

Beitrag der Budget- und Haushaltspolitik zur
Entwicklungspolitik in Kenia und Tansania: Eine
Untersuchung über die Allokationseffizienz finanzpolitischer
Instrumente in zwei Entwicklungsländern

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Grades Doctor rerum politicarum
(Dr. rer. pol.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt von

Reinhard O.K. Muckhoff

1976

BEITRAG DER BUDGET- UND HAUSHALTSPOLITIK ZUR ENT-
WICKLUNGSPOLITIK IN KENIA UND TANSANIA: EINE UN-
TERSUCHUNG ÜBER DIE ALLOKATIONSEFFIZIENZ FINANZ-
POLITISCHER INSTRUMENTE IN ZWEI ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades Doctor rerum politicarum
(Dr. rer. pol.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt von

Reinhard O.K. Muckhoff

1976

BEITRAG ZUR THEORIE DER VERFASSUNGSPOLITIK
WICHTIGKEIT DER VERFASSUNGSPOLITIK
VERGLEICH DER VERFASSUNGSPOLITIK
POLITISCHER VERFASSUNGSPOLITIK

Verfassungspolitische Grundlagen
zur Erlangung des Grades eines
(Dr. rer. pol.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Verfasser:

Prof. Dr. H. Fecher



Referent: Prof. Dr. H. Fecher

Korreferent: Prof. Dr. P. Kuhbier

Promotionsabschlußberatung: 26. Juli 1976

Vorstellung der als verurteilten Personen und
Angehörigen

111

Vorstellung der Verurteilten, Angehörigen, Angehörigen,
Befürworter, Angehörigen und Angehörigen
tischer Verurteilten

112

Meiner Frau Helgard zum Dank

für Opfer und Entbehrungen

Das Ziel der Entwicklungspolitik ist die
Überwindung der Armut und der Unterentwicklung

1.1

Der Staat als Entwicklungspolitik ist die
zentrale und unverzichtbare Kraft der Entwicklung
zur Überwindung der Armut und der Unterentwicklung
gestaltet in Form einer Entwicklungspolitik

1.2

Überprüfung der entwicklungspolitischen Maßnahmen
ausgewählter Entwicklungsmaßnahmen

11

1. Die "1970 - Entwicklungsplan" oder der Entwicklungsplan
ist ein zentraler Entwicklungsplan

12

2. Die "1970 - Entwicklungsplan" ist ein zentraler Entwicklungsplan
des Entwicklungsplans

13

3. Der Entwicklungsplan ist ein zentraler Entwicklungsplan
des Entwicklungsplans

14

4. Die Entwicklungsplan ist ein zentraler Entwicklungsplan
des Entwicklungsplans

15



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555210_0005

Inhalt

Verzeichnis der oft verwendeten Zeichen und Abkürzungen	XIII
Verzeichnis der Tafeln, Tabellen, Übersichten, Erläuterungen, Diagramme und sonstigen schematischen Darstellungen	XIV
Teil I: STAATSHAUSHALT UND WACHSTUMSTHEORIE: MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN ZUR BEEIN- FLUSSUNG VON ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN	1
§ 1	
Das Ziel entwicklungspolitischen Handelns: Überwindung der Elemente der Unterentwicklung	2
§ 2	
Der Staat als entwicklungspolitisches Aktions- zentrum: Das Interventionspotential des Staates zur Regulierung des Wirtschaftsablaufes, dar- gestellt in Form einer Kreislaufmatrix	7
§ 3	
Überprüfung der entwicklungspolitischen Relevanz ausgewählter Wachstumstheorien	14
1. Das "(s/v - n)-Paradoxon" oder von Neumanns Problem in einfachen Wachstumsmodellen	14
a. "s/v" als Wachstumsparameter in Modellen mit fixen Produktionskoeffizienten	14
b. Das Arbeitsangebot als Wachstumsparameter in Modellen mit kontinuierlicher Faktorsubsti- tution	23
2. Die Überprüfung der Modellprämissen und das Dilemma subtiler Wachstumsmodelle	30

Teil II: DIE SOZIO-ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG KENIAS UND TANSANIAS UNTER KOLONIALER HERRSCHAFT ALS DETERMINANTE IHRER ENTWICKLUNGSSTRA- TEGIEN	44
§ 4	
Die Aufteilung Ostafrikas unter den Kolonialmächten	45
§ 5	
Die Entwicklung zum heutigen Tansania unter wech- selnder Herrschaft	52
1. Koloniale Unterwerfung: Deutsch-Ostafrika (1885-1918)	52
2. Tanganjika unter britischer Mandatsverwaltung (1918-1945)	58
3. Emanzipation von britischer Treuhandschaft: Der Weg zur Unabhängigkeit (1945-1964)	72
§ 6	
Die Entwicklung Kenias unter britischer Herrschaft	89
1. Koloniale Unterwerfung (1885-1918)	89
2. Konsolidierung der Macht (1918-1945)	99
3. Endphase des Kolonialismus (1945-1963)	110
TEIL III: DER STATUS-QUO ZUR UNABHÄNGIGKEIT: DAS ER- GEBNIS DER KOLONISATION ALS EINFLUSSGRÖSSE DER ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN KENIAS UND TANSANIAS	119
§ 7	
Der Bestand an Produktionsfaktoren in Kenia und Tansania	120
1. Klima und Tektonik als landschaftsprägende Kräfte in Ostafrika	120
2. Anpassung des Menschen an die natürliche Gliederung der Landschaft	122

a.	Größe und geographische Verteilung der Bevölkerung in Kenia und Tansania	122
b.	Ethnische und rassische Zusammensetzung der Einwohner Kenias und Tansanias	124
3.	Die Ausstattung beider Volkswirtschaften mit Kapitalgütern	127
a.	Konzeptionelle Schwierigkeiten der Kapitalgüterinventarisierung	127
b.	Bestand an produzierten Produktionsmitteln im Dienstleistungssektor	130
b.a.	Die Leistungsfähigkeit der Verkehrs- und Nachrichteneinrichtungen	130
b.b.	Die Kapazität von Bildungs-, Gesundheits- und anderen Einrichtungen	136
c.	Das Produktionspotential des Güter produzierenden Sektors	139
§ 8.		
	Institutionelle Modalitäten der Regelung wirtschaftlicher und sozialer Beziehungen in Ostafrika	143
1.	Gemeinsamer Markt und Zollunion: Organisation der Güter- und Faktormärkte in Ostafrika	143
2.	Zahlungsmittelversorgung und Zahlungsverkehr in der ostafrikanischen Währungsunion	145
a.	Die "Currency Board": Mutation eines "Geldwechselautomaten" zur "Quasi-Notenbank"	145
b.	Das Bankensystem: Periphere Filialen der Londoner City	148
3.	"Labour-Relations": Sozialer Konflikt zwischen "Staat" und Gewerkschaften	150
4.	Bodenbesitzverhältnisse als Indikatoren kolonialer Penetration	156

§ 9

Das Ergebnis des Faktorkombinationsprozesses: Sozialprodukt und Volkseinkommen in Kenia und Tansania im Basisjahr	158
---	-----

Teil IV: MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN BUDGET- GESTEUERTER ENTWICKLUNGSPOLITIK IN KENIA UND TANSANIA	167
--	-----

§ 10

Der Exhaustive Charakter der Staatsausgaben: Kauf von Inputs zur Produktion öffentlicher Güter und Leistungen	168
---	-----

1. Die Öffentliche Hand als Korrektiv der durch Marktdistorsion und Versagen der Unsichtbaren Hand verursachten Bliss-Point-Abweichungen?	168
2. Niveau und Struktur der Staatsausgaben in Kenia und Tansania	173
a. Betrachtung der Ausgaben unter funktionalen Gesichtspunkten	174
b. Einkommenstheoretische oder ökonomische Be- trachtungsweise der Ausgaben	179

§ 11

Zwangsweise und freiwillige Übertragungen als Hauptquellen staatlicher Mittelbeschaffung	183
---	-----

1. Harmonisierte Steuern in nichtkonzertierten Volkswirtschaften	183
a. Organisation der Finanzwirtschaften in Ostafrika	183
b. Generelle Besteuerung der entstandenen Einkommen	186

b.a. Besteuerung der Basiseinkommen durch die Graduated Personal Tax	186
b.b. Besteuerung der Spitzeneinkommen durch die persönliche Einkommenssteuer	191
b.c. Besteuerung der Einkommen juristischer Personen durch die Körperschaftssteuer	197
b.d. Einkommensnahe Bagatell- und Kontrollsteuern	199
b.e. Besteuerung der Exporteinkommen und Stabilisierung der Privatnachfrage durch Exportzölle	199
c. Spezielle Besteuerung der verwendeten Einkommen	202
c.a. Importzölle: Fiskal-cum-Protektionsabgaben	202
c.b. Substitution der Importe und ihrer Zölle: Ursprung der Verbrauchsteuern	206
c.c. Sonstige indirekte Steuern	207
2. Quantitative Zusammensetzung der Staatseinnahmen in Kenia und Tansania	209
a. Zwangsabgaben: Hohe Erträge spezieller Steuern und niedrige Erträge genereller Steuern	214
b. Einseitige freiwillige Übertragungen: Quid pro quo et cui bono?	214
c. Staatsverschuldung im Ausland: Das Liquiditätsproblem unterentwickelter Länder	216
d. Güter- und Leistungsverkäufe: Monopolistische Ausbeutung oder paternalistische Emendation verzerrter Konsumentenpräferenzen?	223
e. Sonstige Einnahmen	225

§ 12

Ein objektspezifisches Bezugssystem zur Beurteilung der Haushaltspolitik in Kenia und Tansania	228
1. Zweck und Eigenschaften des Modells	228
a. Das Modell als Grundlage nicht-normativer Urteile	228
b. Das Modell und seine Prämissen	230
c. Die Lösungen des Modells	236
2. Effektive und hypothetische Zeitpfade im Vergleich	244
a. Positive Wachstumsraten-Differenzen: Beschleunigung des Wirtschaftswachstums dank staatlicher Aktivität?	
b. Negative Wachstumsraten-Differenzen: Kompensation potentieller Wachstumsverluste dank staatlicher Aktivität?	248

Teil V: BEITRAG DER STAATSAUSGABEN ZUR ERREICHUNG DER ENTWICKLUNGSZIELE	250
--	-----

§ 13

Analyse, Interpretation und Kritik der Entwicklung der Staatsausgaben in Kenia	251
1. Wachstum und strukturelle Verschiebungen der Staatsausgaben: Eine Synopse	251
a. Änderungen in der funktionalen Zusammensetzung der Ausgaben: Staatliche Aktivitäten im Wandel	251
b. Änderungen in der ökonomischen Zusammensetzung der Ausgaben: Wachsende Einflußnahme des Staates auf den Wirtschaftskreislauf	256
2. Materielle Hintergründe veränderter Ausgabegebarung	258

a.	Folgekosten der Unabhängigkeit	259
a.a.	Nationalisierung der öffentlichen Verwaltung und Aufbau "institutionalisierter Manifestationen der Souveränität"	259
a.b.	Vertikaler Finanzausgleich im Dienste der Zentralisierung politischer Kontrolle	261
b.	Steigende Haushaltsbelastungen aus wachsender Staatsverschuldung	262
c.	"Law and Order": Gewährleistung Innerer Sicherheit bei abnehmender Budgetbelastung?	263
d.	Soziale Dienste: Beitrag des Staates zur Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitsniveaus der Bevölkerung	265
d.a.	Steigende Grenzkosten im Gesundheitswesen?	265
d.b.	Sinkende Grenzkosten im Bildungswesen?	268
e.	Die Förderung der Wirtschaft durch den Staat	270
e.a.	Agraroutput und Wandlung der Besitz- und Produktionsverhältnisse im Schlüsselsektor Landwirtschaft	270
e.b.	Steigende Kontrolle von Handel und Industrie durch den Staat	277
e.c.	Straßenbau: Autonome Variable im kommunikationspolitischen Kalkül	279

§ 14

Die Ostafrikanische Gemeinschaft: Supranationaler Kommunikationskonzern in Agonie oder Nukleus der "Vereinigten Staaten von Ostafrika"?		281
1.	Die Basis des Konflikts: Nationalismus als Integrationshindernis	281
2.	Die "Lösung" des Konflikts: "The Treaty for East African Co-operation"	283

a.	Geist und Inhalt des Vertrages	283
b.	Würdigung des Vertrages: Regelung oder Unterdrückung des Konflikts?	286
§ 15		
	Analyse, Interpretation und Kritik der Entwicklung der Staatsausgaben in Tansania	288
1.	Wachstum und strukturelle Verschiebungen der Staatsausgaben: Eine Synopse	288
a.	Änderungen in der funktionalen Zusammensetzung der Ausgaben: Staatliche Aktivitäten im Wandel	289
b.	Änderungen in der ökonomischen Zusammensetzung der Ausgaben: Wachsende Einflußnahme des Staates auf den Wirtschaftskreislauf	291
2.	Materielle Hintergründe veränderter Ausgaben- gebarung	294
a.	Folgekosten der Unabhängigkeit und zunehmende Zahlungsverpflichtungen (mit Anmerkungen über Grundlagen einer dynamischen Theorie der Staatsverschuldung)	294
b.	Innere und Äußere Sicherheit: Aufrüstung der Streitkräfte zulasten der Polizeikräfte?	301
c.	Ausbau der Kommunikationskanäle	303
c.a.	Vermaschung der Verkehrswege durch Polarisat- tion? Anspruch und Wirklichkeit der Straßen- baupolitik	303
c.b.	Der Flugplätzebau: Ein Beitrag zur Steige- rung des touristischen Attraktionspotentials?	305
d.	Gesellschaftliche Regulierung der Ökonomie: Das fundamentale Gesetz zur Organisation der Produktionsverhältnisse in Übergangsgesell- schaften	306
d.a.	Urbane und rurale Wasserversorgung: Kosten einer entwicklungspolitischen "Vielzweck- waffe"	306

d.b.	"Socialism and Rural Development": Ujamaa-Dörfer und Transformation der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse	307
d.c.	Verstaatlichung der Produktionsmittel in Handel und Industrie: Einkommens- und Vermögensverluste für die Gesellschaft oder Unternehmer?	317
e.	Die Sozialisierungsaufgabe des Bildungswesens in Tansania: "Education for Self-Reliance"	318

Teil VI:	STAATSEINNAHMEN UND HAUSHALTSGLEICHGEWICHTE: ABSCHLIESSENDE WÜRDIGUNG DER BUDGETPOLITIK IN KENIA UND TANSANIA	323
----------	---	-----

§ 16

	Analyse und Würdigung der zeitlichen Entwicklung der Staatseinnahmen Kenias und Tansanias	324
1.	Wachstum und strukturelle Verschiebungen der Staatseinnahmen: Eine Übersicht	324
a.	Merkmale der vier aufkommensstarken Einnahmengruppen: Steigende Verschuldung bei hohem Gewicht der Steuereinnahmen	325
b.	Das Kennzeichen der aufkommensschwachen Einnahmengruppen: Abnehmende Bedeutung der "Entwicklungshilfe"	329
2.	Die zeitliche Entwicklung der wichtigsten Einnahmenarten in Kenia und Tansania	330
a.	Schwankungen und Trends der aufkommensstärksten Einnahmenarten	331
a.a.	Einfluß der Importsubstitution und wachsenden Konkurrenz "nationaler" Steuern auf das Aufkommen der Importzölle und Verbrauchssteuern	333

a.b. Einfluß einkommens- und verteilungspolitischer Maßnahmen auf die Entwicklung der Einkommens- und Vermögenssteuereinnahmen	338
a.c. Stabiles Gewicht der Kraftfahrzeugsteuereinnahmen in Kenia und Tansania	341
a.d. Benzin- und Dieselsteuern, Fördersteuern und Bergbauregalien, Personen- und Kopfsteuern, Exportzölle: Die Entwicklung der Einnahmen anderer aufkommensträchtiger Steuern	341
a.e. Einflüsse der Schwankungen und Trends im Finanzaufkommen der sechs aufkommensstarken Nicht-Steuerarten auf die Haushaltsplanung	343
b. Aufkommensschwache Einnahmenarten mit auffälligem Zeitverhalten	345
b.a. Lang- und kurzfristiger Einfluß der auffälligen Einnahmenarten auf Struktur und Volumen der Staatseinnahmen Kenias	345
b.b. Konzeptionelle und technische Schwierigkeiten bei der Identifikation der auffälligen Einnahmenarten, dargestellt am Beispiel Tansanias	348
3. Budgetdefizite als Mittel der Allokationspolitik	350

§ 17

Beitrag der Budgetpolitik zur Entwicklungspolitik im Abriß	353
--	-----

Mathematisch-statistischer Anhang	360
-----------------------------------	-----

Literaturverzeichnis	391
----------------------	-----

Ehrenwörtliche Erklärung

Lebenslauf

Verzeichnis der oft verwendeten Zeichen und Abkürzungen

1. Mathematische Zeichen

1.1. Beziehungszeichen

=	gleich
+	ungleich
≈	ungefähr gleich
≡	entspricht
<	kleiner
>	größer
≤	kleiner oder gleich
≥	größer oder gleich

1.2. Algebra

a	positiver Be-trag der Zahl a
a	Absolutbetrag der Zahl a
+	plus - (Addition)
-	minus - (Subtraktion)
a·b, ab, a x b	Multiplikation
a:b, a/b, $\frac{a}{b}$	Division
a ^m	a in der m-ten Potenz
ln	natürlicher Logarithmus
(...), [...], {...}	Klammern (Folge der Operationen)
!	Fakultät [n! = n (n - 1)!]
$\binom{n}{m} = \frac{n!}{m! (n - m)!} = \binom{n}{n-m}$	n über m

1.3. Bezeichnung von Konstanten

const a	Konstante Größe a
π = 3, 141 592 ...	Verhältnis des Kreis- umfanges zum Kreisdurchmesser
e = 2, 718 281 ...	Basis der natürlichen Logarithmen

1.4. Analysis

$\lim_{x \rightarrow \infty}$	Grenzwert strebt gegen
∞	unendlich
$\sum_{i=1}^n$	Summe, in der i (der Summationsin- dex) von 1 bis n läuft
f(...), φ(...), F(...)	Bezeichnungen von Funktionen
Δ	Zuwachs (kleine Differenz)
d	Differential dx = Δx, dy = f'(x)dx
D	Bezeichnung für die Ableitung (Dif- ferentialoperator), Dy=y', D ² y=y''...

1.5. Sonstige Zeichen und Symbole

$\neg$	Negation von a, Nicht-a
!	Kategorischer Imperativ; z.B.: a! = const
sin	die trigonometrische Funktion "Sinus"
⇒	logische Implikation
$\bar{x}$	Durchschnitt (arithmetisches Mittel)
P(x y)	die Koordinaten des Punktes P im kartesischen Koordina- tensystem

2. Abkürzungen

2.1. Deutsche Abkürzungen

a.a.O.	am angeführten Ort
Abb.	Abbildung
Abschn.	Abschnitt
A.d.V.	Anmerkung des Verfassers
Anm.	Anmerkung
Anz.	Anzahl
bzw.	beziehungsweise
Dim.	Dimension
f.(Pl.ff)	(und) der die das folgende
Hrsg.	Herausgeber
HWZ	Halbwertszeit
i.d.R.	in der Regel
i.w.S.	im weiteren Sinn
Kap.	Kapitel
N.F.	Neue Folge
S.	Seite
sog.	sogenannt
Tab.	Tabelle
Tot.	Total (Summe)
u.a.	unter anderem
U.d.V.	Übersetzung des Verfassers
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
VDZ	Verdopplungszeit $[y=y_0 e^{\alpha t} \frac{1}{\ln 2}]_0 \Rightarrow$
vgl.	vergleiche
WaRa	Wachstumsrate
z.B.	zum Beispiel

1.1. Englische Abkürzungen

E.A.	East Africa
E.R.B.	Economic Research Bureau (der Universität Daressalam)
H.M.	Her Majesty
Rep.	Republic
The JoMAS	The Journal of Modern African Studies
Vol.	Volume

1.3. Lateinische Abkürzungen

ca.	circa
cet. par.	ceteris paribus
dto.	dito
e. g.	exempli gratis
et al.	et alii
etc	et cetera
i. e.	id est
p. a.	per annum
q. e. d.	quod erat demonstrandum
vrs.	versus

1.4. Zahlen, Maße, Einheiten

£	Pfund Sterling
Mill.	Millionen
%	Prozent
Shs	Shillings
t	tons/Tonnen
Tsd.	Tausend
'	Abkürzg. für Millionen

1.5. Sonstige Abkürzungen

K.	Kenia
KANU	Kenya African National Union
T.	Tansania
TANU	Tanganyika African National Union

Verzeichnis der Tafeln, Tabellen, Übersichten,
Erläuterungen, Diagramme und sonstigen schematischen
Darstellungen

	Seite
1. Tafeln	
III 1 Entstehung des Bruttoinlandproduktes zu Faktorkosten in Kenia und Tansania nach Erzeugnisgruppen und Beschäftigungsbe- reichen	159
2 Struktur und Volumen des Außenhandels Kenias und Tansanias, 1963	161
IV 1 Funktionale Gliederung der Staatsausgaben Kenias und Tansanias, 1962/63	175
2 Ökonomische Gliederung der Staatsausgaben Kenias und Tansanias, 1962/63	180
3 Struktur des Steuersystems in Kenia und Tansania	185
4 Einkommenssteuerbelastungen im Vergleich: Ein Beispiel	195
5 Gliederung der Staatseinnahmen Kenias und Tansanias, 1962/63	209
6 Zollbelastung der Importe Kenias, 1974	212
2. Tabellen	
I Chronologische Übersicht zur Integration in Ostafrika	369
II Monatliche Niederschlagsmengen in Kenia und Tansania	370
III Ethnische, rassische und geographische Verteilung der Bevölkerung in Kenia und Tansania	370
IV Geographische Verteilung der Bildungsmöglichkeiten in Kenia und Tansania	371

V	Rassistische Zusammensetzung der Karrierepyramide in Kenia und Tansania	372
VI	Kapitalausstattung der Seehäfen Ostafrikas, 1963	373
VII	Kapitalgüterausrüstung der ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft, 1963	373
VIII	Bestand an Straßen und Straßenfahrzeugen in Kenia und Tansania, 1962	374
IX	Installierte Kraftwerkskapazität in Kenia und Tansania, 1962	374
X	Registrierte Firmen in Kenia und Tansania, 1962	374
XI	Struktur und Volumen der konsolidierten Bilanzen der Geschäftsbanken in Ostafrika (per 31. Dez. 1963)	376
XII	Funktionale Gliederung der Staatsausgaben Kenias	383
XIII	Funktionale Gliederung der Staatsausgaben Tansanias	384
XIV	Ökonomische Gliederung der Staatsausgaben Kenias	385
XV	Ökonomische Gliederung der Staatsausgaben Tansanias	386
XVI	Funktionale Gliederung der Staatseinnahmen Kenias	387
XVII	Funktionale Gliederung der Staatseinnahmen Tansanias	388
XVIII	Ökonomische Gliederung der Staatseinnahmen Kenias	389
XIX	Ökonomische Gliederung der Staatseinnahmen Tansanias	390
XX	Struktur der Einkommenssteuerzahler und ihrer Einkommen in Kenia und Tansania	376

3. Übersichten

III	a	Beförderungskapazität von Personen und Gütern im Eisenbahn- und Straßenkraftverkehr Kenias und Tansanias, 1962/63	133
	b	Daten zur Bildungssituation in Kenia und Tansania, 1962	137
	c	Daten zur Krankenversorgung in Kenia und Tansania, 1962	138
	d	Beschäftigungsstand in Kenia und Tansania, 1964	141
	e	Jahres-pro-Kopf-Einkommen nach Sektoren und Rassen in Kenia, 1961	153
	f	Numerische Werte ausgewählter Variablen zur Berechnung des Bruttovolkseinkommens	163
	g	Numerische Werte ausgewählter Variablen zur Berechnung der makroökonomischen Konsumausgaben	165
IV	a	Numerische Werte makroökonomischer Variablen (BIP_{FK} , Exp, N, E/BIP_{FK} , E/BIP_{FK} , E/N)	173
	b	Empfänger "Echter Übertragungen"	182
	c	Einkommenssteuerveranlagungen, 1961	194
	d	Übersicht zur Untersuchung von Importzollwirkungen	203
	e	Numerische Werte ausgewählter Budget-Kennziffern	210
	f	Anfangs- und Parameterwerte des Bezugssystems	238
	g	Zusammenfassung der Ergebnisse der ersten Teillösung des Bezugssystems	239
	h	Prognostizierte und tatsächliche Entwicklung der Bruttoinlandsprodukte Kenias und Tansanias	245

i	Entwicklung der strukturellen Zusammensetzung des Bruttoinlandproduktes zu Faktorkosten in Kenia und Tansania	247
j	Entwicklung der Staatsausgaben in Kenia und Tansania	249
V	a Kennziffern zum Zeitverhalten "Auffälliger" Ausgabenarten Kenias	254
	b Entwicklung der strukturellen Zusammensetzung der Staatsausgaben Kenias	255
	c Mengenindizes zur Entwicklung der Produktion wichtiger Agrarerzeugnisse in Kenia	272
	d Entwicklung der strukturellen Zusammensetzung der Staatsausgaben Tansanias	288
	e Kennziffern zum Zeitverhalten "auffälliger" Ausgabenarten Tansanias	290
	f Kennziffern zum Zeitverhalten der ökonomisch gegliederten Ausgabengruppen Tansanias	292
	g Mengenindizes zur Entwicklung der Produktion wichtiger Agrarerzeugnisse Tansanias	313
VI	a Kennziffern zum Zeitverhalten der funktional gegliederten Einnahmengruppen Kenias und Tansanias	325
	b Kennziffern zum Zeitverhalten der ertragreichsten Einnahmenarten Kenias und Tansanias	332
	c Entwicklung der Einkommensteuerpflichtigen und ihrer Einkommen in Kenia und Tansania	339
	d Kennziffern zum Zeitverhalten der "auffälligen" Einnahmenarten Kenias	345

4. Erläuterungen ...

1...zur makroökonomischen Interpretations- möglichkeit einer Matrix	361
2...zur Verbuchungskonvention makroökonomi- scher Transaktionen	362
3...zur "Fixed-Coefficients-Version" des Harrod-Domar-Modells	364
4...zum Harrod-Domar-Modell mit zwei linear- limitationalen Produktionsfunktionen	365
5...zum neo-klassischen Grundmodell	366
6...zum Einfluß technischen Fortschritts auf die Bestimmung von Wachstumslösungen	367
7...zur Erweiterung des Harrod'schen Grundmodells	368
8...zur Eisenbahndichte in Kenia und Tansania, 1963	375
9...zur Tabelle XI: Struktur und Volumen der konsolidierten Bilanzen ...	377
10...zum Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt beim Vorliegen einer rückwärtsgekrümmten Arbeitsangebotskurve	378
11...zur algebraischen Bestimmung von Konzen- trationsmaßen	379
12...zur Sozialproduktmessung	380

5. Diagramme und sonstige schematische Darstellungen

Allgemeine Form einer Matrix	9
Funktional-institutionelle Aufteilung des BSP	10
Öffentliche und private Transaktionen im Wirtschaftskreislauf	11

Anzahl ausgezeichnete(r) Kontenmengen	11
Indexziffern der wichtigsten Exporterzeugnisse Tanganjikas 1920-1924	63
Leistungsbilanz Deutsch-Ostafrikas/Tanganjikas 1906-1924	64
Einnahmen und Ausgaben der Kolonialverwaltungen in Deutsch-Ostafrika/Tanganjika 1891-1925/26	65
Streikhäufigkeit in Kenia und Tansania 1957-1968	155
Schaubild zur Bestimmung der "optimalen" Staatsausgaben	172
Skizze zur Darstellung des Stufenbetragstarifs d. G.P.T.	190
Grants and Loans in Tansania, 1960-1965	222
Allgemeine Form der Darstellung der Staatsausgaben/-einnahmen	252
Skizze zur Streckung und Umgestaltung der Alterspyramide	267
Entwicklung der Diamantenproduktion in Tansania	342

Teil I

STAATSHAUSHALT UND WACHSTUMSTHEORIE:
MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN ZUR BEEINFLUSSUNG VON
ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN

§ 1 Das Ziel entwicklungspolitischen Handelns:
Überwindung der Elemente der Unterentwicklung

Eine Lebenserwartung von weniger als vierzig Jahren, ein Jahreseinkommen von weniger als 30 £ und eine Schulzeit von weniger als vier Jahren waren 1963 Kennziffern der "statistischen Durchschnittsbürger" Kenias und Tansanias, die sie kaum von der Mehrheit der Weltbevölkerung unterschieden. Diese "Elemente der Unterentwicklung" und das verständliche Verlangen der betroffenen Menschen der "armen" Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas diese Lebensbedingungen möglichst schnell verbessert zu sehen, wurden offensichtlich als "das Wesentliche" jenes Forschungsgegenstandes betrachtet, für den sich das begriffliche Kürzel "Entwicklungsländer" durchsetzte.¹⁾

-
- 1) PREST, Alan R.: Public Finance in Underdeveloped Countries, New York 1963, S. 11: "Although a great deal of high-grade mental effort has gone into defining the characteristics of underdeveloped countries, one may wonder whether this is a very profitable activity."
- Vgl. SALIN, Edgar: Unterentwickelte Länder: Begriff und Wirklichkeit, in: Kyklos, Vol. 12 (1959), S. 402-427 und
- LORENZ, Detlef: Zur Typologie der Entwicklungsländer, in: Jahrbuch der Sozialwissenschaft, Bd. 12 (1963), Heft 3, S. 354-380.
- Die hier verwendeten Begriffe sind rein formal definiert:
- Beurteilungskriterium ist das Volkseinkommen, in einer seiner wohl definierten Formen.
 - Der "Entwicklungsgrad" eines bestimmten Landes ist das Verhältnis seines durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens (P-K-E) in bezug zu dem des Landes mit dem jeweils höchsten P-E-K.
 - Das Kontinuum aller möglichen Entwicklungsgrade wird in zwei Teilmengen gespalten, die Grenze durch Konvention bestimmt. (Grenzfälle werden einer der beiden Kategorien zugeordnet.)

Daß trotz dieser gemeinsamen Merkmale die zahlreichen Anstrengungen,¹⁾ eine allgemein akzeptierte Theorie der Entwicklungspolitik zu erarbeiten, erfolglos blieben, liegt kaum am Unvermögen der beteiligten Forscher als an einer herausragenden Eigenschaft des von ihnen untersuchten Objektes: ihrer Heterogenität. Der Versuch, eine Theorie zu entwickeln, die Länder mit

- unterschiedlichster Siedlungsdichte und Ressourcen-ausstattung,
- mit verschiedenartigsten Klimas und geologischen Strukturen,
- mit mannigfaltigsten Religionen, Rassen und sozialen Ordnungen und divergierenden Zielvorstellungen gerecht

zu werden versucht, scheint dazu verurteilt, entweder allzu leicht der Falsifikation anheimzufallen, oder zu einem Satz leerer Aussagen zu degenerieren, der diese Theorie für die Entwicklungspolitik wertlos macht.

Unterstellt man, daß die rasche Überwindung der Elemente der Unterentwicklung Ziel relevanter Entwicklungspolitik ist, dann impliziert diese Annahme zwei Forderungen:

1. Eine anwendungsorientierte Theorie der Entwicklungs-politik sollte frei sein von unkritisch adaptierten²⁾

-
- Mit der Zuordnung erhält jedes Land die Prädikate "unterentwickelt/arm" bzw. "entwickelt/reich".
 - Als "Entwicklungsland" wird ein armes/unterentwickeltes Land bezeichnet, das eine positive Wachstumsrate seines Volkseinkommens aufweist.
 - Jenes unterentwickelte Land, das über genügend lange Zeit eine höhere Wachstumsrate seines P-K-E aufweist als der Durchschnitt der entwickelten Länder, kann als potentiell reiches Land bezeichnet werden.

1) Hierzu sei auf die einschlägigen bibliographischen Werke verwiesen.

2) Vgl. BEHRENDT, Richard F.: Gesellschaftliche Aspekte der Entwicklungsförderung, in: Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 35 (1965), S. 507-534.

Elementen fremder Denkweisen und stattdessen Axiome enthalten, die der einmaligen Daten- und Zielkonstellation eines bestimmten Landes entsprechen.

2. Dem Anspruch an eine spezielle Theorie der Entwicklungspolitik, die Veränderungen der sozialen und wirtschaftlichen Totalbedingungen eines bestimmten Landes abzubilden und zu prognostizieren, wird man nur genügen können, indem alle relevanten Fachdisziplinen zu ihrer Formulierung herangezogen werden.¹⁾

Diese beiden Aspekte der Entwicklungspolitik werfen unmittelbar zwei weitere Fragen auf: die Frage nach dem geeigneten Träger einer Entwicklungsstrategie und die Frage nach den Beitragsmöglichkeiten wissenschaftlicher Einzeldisziplinen zur Formulierung und Implementierung entwicklungsrelevanten Handelns.

1. Angesichts des gravierenden sozialen, technischen und wirtschaftlichen Wandels, den jede Entwicklungsstrategie entweder explizit anstrebt, oder als Konsequenz ihrer Zielsetzungen mitsichbringt, stellt sie an ihren Träger eine entscheidende Anforderung: Er muß über Mittel verfügen, die eine befriedigende Realisierung der Entwicklungsziele im entsprechenden Land gewährleisten.

Über derartig wirksame Mittel verfügt i.a. allein der Staat; - jenes Gebilde zur Organisation von Herrschaftsbeziehungen, das sich gerade dadurch auszeichnet, daß es

1) Vgl. FRITSCH, Bruno: Die ökonomische Theorie als Instrument der Entwicklungspolitik, in: Kyklos, Vol. 18 (1965), S. 259-276 und KADE, G.: "Daß die großen Fragen der Entwicklungspolitik nur durch Zusammenarbeit aller sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu lösen ist, ist so lange ein Gemeinplatz, bis sich ein echtes interdisziplinäres Forschungsprogramm entwickelt hat." KADE, Gerhard: Wachstumsmodelle, Input-Output-Analyse und Entwicklungsprogrammierung, in: Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung, Bd. 10 (1964), S. 20-80, Zitat S.24.

allein über die Macht verfügt, die Beziehungen und Verhaltensweisen der sich in seinem Machtbereich befindlichen Individuen und Gruppen solchermaßen zu beeinflussen, daß die von ihm verfolgten Ziele eine relativ hohe Realisierungschance haben.¹⁾

2. Die Frage nach den Beitragsmöglichkeiten der wissenschaftlichen Disziplinen zur Überwindung der Unterentwicklung wird kasuistisch und mit Kompetenz nur von den Vertretern jeder einzelnen Disziplin beantwortet werden können.

Da es sich wegen sozialer Trägheit²⁾ und langer Ausreifungszeiten bestimmter Programme bei der Realisierung der allgemeinen entwicklungspolitischen Ziele um einen langfristigen Prozeß handelt,³⁾ wird der Beitrag der Wirt-

1) Vgl. WEBER, Max: Soziologische Grundbegriffe, § 16, 17, in: WINCKELMANN, Johannes (Hrsg.): Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft (Grundriß der verstehenden Soziologie), 1. Halbband, Tübingen 1956, S. 28, 29.
Max WEBER: "S t a a t" soll ein politischer A n - s t a l t s b e t r i e b heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das M o n o p o l l e g i t i m e n physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt." Ebenda, S.29.

2) W.F. OGBURNs Begriff "cultural lag" wurde absichtlich vermieden, weil hier nicht gemeint ist, daß die Adaption immaterieller Kulturinhalte durch eine Gesellschaft hinter der Adaption materieller Kulturinhalte hinterherhinkt, sondern daß ein bestimmter Kulturinhalt durch verschiedene Gruppen einer Gesellschaft unterschiedlich schnell adaptiert wird. Vgl. OGBURN, William F.: Social Change, New York 1952.

3) "Lange Ausreifungszeiten" findet man z.B. im Bildungswesen aber auch bei vielen physischen Infrastrukturinvestitionen. Unter "langfristig" wird hier eine Zeitspanne von mindestens fünf Jahren verstanden. Als einfaches Zeitmaß für das Zeitverhalten einer Variablen wird im Folgenden neben der Wachstumsrate ihre Halbwert- bzw. Verdopplungs- (besser: Doppelwert-) zeit verwendet. Die Verdopplungs-/Halbwertzeit ergibt sich als Quotient aus $\ln 2$ und Wachstumsrate.

schaftswissenschaften zur Entwicklungspolitik primär in jenem Bereich zu suchen sein, der die Untersuchung der Bedingungen und Möglichkeiten langfristigen Wirtschaftswachstums zum Untersuchungsgegenstand hat. Das zentrale entwicklungspolitische Problem, vor das sich der Ökonom gestellt sieht, konzentriert sich somit auf die Frage, auf welche Weise und mit welchem Erfolg der Staat in seiner Rolle als dominanter Träger der Entwicklungspolitik das wirtschaftliche Wachstum eines bestimmten Landes langfristig über den Prozeß der Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts zielgerecht beeinflussen kann.

In der Reihenfolge dieser Fragestellung wird in den folgenden Abschnitten zunächst die Interdependenz von Staats- und Volkswirtschaft dargestellt und die entwicklungspolitische Relevanz allgemeiner Wachstumstheorien erörtert. Anschließend wird - nach Ausleuchtung der kolonialen Vergangenheit - der Erfolg untersucht werden, mit dem die staatlichen Organe Kenias und Tansanias zur Überwindung der Elemente der Unterentwicklung ihrer Volkswirtschaft seit Erlangung der Unabhängigkeit beitrugen.

§ 2 Der Staat als entwicklungspolitisches Aktionszentrum:
Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Intervention zur
Regulierung des Wirtschaftsablaufes, dargestellt in
Form einer Kreislaufmatrix

Jeder Staat kann mit Hilfe immaterieller und materieller Maßnahmen total und partiell, direkt und indirekt in Struktur und Prozesse der Volkswirtschaft eingreifen und im Bereich materieller Maßnahmen finanz-, geld- und währungspolitische Mittel einsetzen, um seine wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zu realisieren.¹⁾

Da wirtschaftliches Denken und Handeln auf den Grundtatbestand der Knappheit materieller Güter und Leistungen ausgerichtet sind, erwartet man, daß der Staat die von ihm angestrebten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen mit materiellen Maßnahmen schneller und wirksamer²⁾ als mit immateriellen erreichen kann, und daß die Chancen der Zielrealisierung umso besser sein werden, je größer die Anzahl und das Gewicht der vom Staat kontrollierbaren Variablen und Parameter sind, die den Wirtschaftskreislauf bestimmen.

Um diese Größen explizit darzustellen, ist es seit François QUESNAY³⁾ üblich, den Wirtschaftskreislauf ex post

1) Die Antonyme total, partiell und direkt, indirekt beziehen sich auf den Umfang des Interventionsbereiches und die Interventionsart. Struktur und Prozeß unterscheiden sich durch die Zeitdimension.

2) "Schnell" bezieht sich auf die Zeitdimension und "wirksam" auf den Zielerreichungsgrad ohne Zeitdimension.

3) Vgl. SCHNEIDER, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, IV. Teil: Ausgewählte Kapitel der Geschichte der Wirtschaftstheorie, Tübingen 1965, S. 381-388 und PHILLIPS, Almarin W.: The Tableau Economique as a Simple Leontief Model, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 69 (Feb. 1955), S. 137-144.

abzubilden, entweder in Analogie zu biologischen, hydro-mechanischen oder nachrichtentechnischen Kreislaufsystemen oder aber buchhalterisch in Form der doppelten Buchführung oder in Form mathematischer Gleichungssysteme.¹⁾ Sofern die Abbildungsqualität der Darstellungsweisen gleich (gut oder schlecht) ist, muß eine rationale Entscheidung zugunsten einer dieser Abbildungsarten andere Auswahlkriterien als die Abbildungsqualität berücksichtigen: Transparenz, Flexibilität, formale (mathematische) Operationalität und die Affinität zur statistischen Datendarstellung lassen die kontenmäßige Abbildung in der speziellen Form einer Matrix für viele Zwecke besonders geeignet erscheinen. Sie erlaubt die Interdependenz einer bestimmten Variablen mit allen übrigen unmittelbar abzulesen. Selbst hohe Grade an Dis-Aggregation trüben die Übersichtlichkeit nur wenig. Die speziellen Regeln der Matrizenrechnung²⁾ lassen bei komperativ-statischer Va-

1) Hydrome-chanische Analogien findet man z.B. bei FÖHL, Carl: Volkswirtschaftliche Regelkreise höherer Ordnung, in: GEYER, Herbert und OPPELT, Winfried (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Regelungsvorgänge im Vergleich zu Regelungsvorgängen der Technik mit Beiträgen von ..., München 1957, S. 49-75, sowie NEWLYN, Walter T.: Money in an African Context, Nairobi, Lusaka, Addis Ababa 1967, S. 101.

Nachrichtentechnische Analogien findet man z.B. bei FÖHL, Carl, a.a.O. und FECHER, Hans: Probleme der Zweckbindung öffentlicher Einnahmen (Dargestellt am Beispiel der Spezialisierung von Kraftverkehrsabgaben für die öffentlichen Ausgaben im Straßenwesen), Berlin 1963, S. 80 u. 158 sowie PHILLIPS, Almarin W.: Stabilisation Policy in a Closed Economy, in: The Economic Journal, (June 1954), S. 290-323, Fig. 10 und Fig. 12. Buchhalterische und mathematische Darstellungen findet man vorzugsweise in Lehrbüchern. Vgl. z.B. SCHNEIDER, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, Tübingen 1967 oder HEDTKAMP, Günter: Lehrbuch der Finanzwissenschaft, Neuwied und Berlin 1968, S. 115 ff.

2) Vgl. z.B. BRONSTEIN, I.N. und SEMENDJAJEW, K.A.: Taschenbuch der Mathematik, Zürich und Frankfurt a.M. 1973, S. 125-132.

riation einer Veränderlichen relativ einfach eine Abschätzung der Effekte dieser Variation auf das ganze System zu; und die statistischen Daten lassen sich häufig direkt in die Matrix übernehmen.

Um die allgemeine Form einer Matrix

$$\| A \| = \begin{vmatrix} a_{11} & a_{12} & \cdot & \cdot & \cdot & a_{1n} \\ a_{21} & a_{22} & \cdot & \cdot & \cdot & a_{2n} \\ \cdot & \cdot & \cdot & \cdot & \cdot & \cdot \\ a_{m1} & a_{m2} & \cdot & \cdot & \cdot & a_{mn} \end{vmatrix}$$

(hier: $m = n$)

für die Ex-post-Darstellung der Interdependenz periodisierter ökonomischer Ströme in einer Volkswirtschaft verwenden zu können, ist es erforderlich, die n^2 Elemente der Matrix in sinnvoller Weise als Konten zu interpretieren.¹⁾

Am Ende einer solchen Interpretationsmöglichkeit erhalte man folgenden funktional-institutionell gegliederten Kontenrahmen, auf dessen $n^2 = 8^2$ Konten die Transaktionen der Wirtschaftssubjekte einer Volkswirtschaft untereinander und mit dem Ausland verbucht und verrechnet werden können:

1) Vgl. Erläuterungen 1 zur makroökonomischen Interpretationsmöglichkeit einer Matrix, im mathematisch-statistischen Anhang.

Funktional-institutionelle Aufteilung des Bruttosozialproduktes

					x	Abkürzg.
BSP	→ Inland	→ Haushalte	→ privat	→ Nicht-Untern.	1	NU Hsh
				→ Unternehmer	2	U Hsh
				→ öffentlich	3	St Hsh
		→ Unternehm.	→ privat		7	priv Ug
			→ öffentlich		4	St Ug
		→ Vermög.Rg.	→ privat		6	priv VR
			→ öffentlich		5	St VR
			→ Ausland		8	Ausld

BSP = Bruttosozialprodukt

x Rangnummer in der Matrix

Untersucht man alle Transaktionsarten hinsichtlich ihrer Verbuchungsmöglichkeiten, so lassen sich folgende Kontenmengen unterscheiden:¹⁾

1) Vgl. Erläuterungen 2 zur Verbuchungskonvention ökonomischer Transaktionen, im mathematisch-statistischen Anhang.

Öffentliche und private Transaktionen im Wirtschaftskreislauf

		1	2	3	4	5	6	7	8	z Σ
NU Hsh:	1		1	1	1	1	1	1	1	7
U Hsh:	2	1		1	1	1	1	1	1	7
St Hsh:	3	1	1		1	1	1	1	1	7
St Ug:	4	1	1	1		1	1	1	1	7
St VR:	5	0	0	0	1		0	0	1	2
priv VR:	6	0	0	0	0	0		1	1	2
priv Ug:	7	1	1	1	1	1			1	7
Ausld:	8	1	1	1	1	1	1	1		7
s Σ		5	5	5	6	6	6	6	7	46

"0": ökonomisch nicht relevante Konten;

"1": ökonomisch relevante Konten;

Anzahl ausgezeichneter Kontenmengen

*

n^2	64
$n (n - 1)$	56
$2 (n - 3)$	10
$(n - 1.5)^2 + 3.75$	46
$n (2 s - 1) - (s + 1)^2 + 4$	28
$(n - 1)^2 + (s + 1)^2 + (1 - n s)^2 - (n s)^2$	18
$2 (n - s - 1)$	8
$(n - 2)^2 + (s + 2)^2 - 3 (\frac{2}{3} s n + 1)$	10

* für $n = 8$ und $s = 3$; (vgl. Erläuterungen 2 im math.-stat. Anhang).

Aus der vorstehenden Übersicht ist zu entnehmen, daß die Anzahl der eine Randsumme (Zeilen- oder Spaltensumme) konstituierenden Konten zwischen zwei und sieben schwankt;

- daß "Zeilensumme 6" nicht durch öffentliche Transaktionen beeinflussbar ist;

- daß an der Bestimmung aller übrigen Randsummen zwei bis sieben Konten beteiligt sind, auf denen staatliche Transaktionen verbucht werden können.

Addiert man alle Zeilen- oder Spaltensummen, so erhält man die Matrixsumme.

Nimmt man an, der Staat beabsichtige, zur Wahrnehmung bestimmter Ziele eine bestimmte Randsumme um einen bestimmten Betrag zu ändern, so führt dies immer zur Änderung der Matrixsumme, sofern die Änderung nicht *uno actu* durch eine kompensatorische Veränderung mindestens einer weiteren Randsumme derselben Kategorie (Zeile/Spalte) ausgeglichen wird.

Unabhängig von der Art der Beeinflussung der betreffenden Randsumme muß über ihre Verbuchung entschieden werden, um die Konsistenz der Matrixelemente untereinander sicherzustellen. In Abhängigkeit der Anzahl der pro Zeile/Spalte vom Staat kontrollierten Konten ($0 \leq s_1 \leq 7$) und der Anzahl der Konten, auf denen die Verbuchung tatsächlich vorgenommen werden soll ($0 \leq s_2 \leq s_1 \leq 7$), ergeben sich folgende Verbuchungsmöglichkeiten:

$$0 \leq \binom{s_1}{s_2} = \frac{s_1!}{s_2! (s_1 - s_2)!} \leq 35 \quad 1).$$

1) Vgl. BRONSTEIN, I.N. und SEMENDJAJEW, K.A.: a.a.O., S. 139.

Berücksichtigt man weiterhin, daß zur Beeinflussung einer einzigen Randsumme unter mehreren Alternativen gewählt werden kann, und daß die Möglichkeiten zur quantitativen Aufteilung des Änderungsbetrages auf Teilmengen außerordentlich groß sein können, dann wird deutlich, daß die Spannweite¹⁾ - innerhalb der staatliche Institutionen über die Allokation ihrer Transaktionen zur Beeinflussung einer einzigen Randsumme disponieren können - (bei der hier vorgenommenen Sektorbildung) praktisch grenzenlos ist. Eine derartig breite Streuung der Verbuchungsmöglichkeiten impliziert, daß in vielen Fällen spezifische Handlungsalternativen zur optimalen Wahrnehmung bestimmter makroökonomischer Zielsetzungen entweder (bereits) existieren oder konzipierbar sind.²⁾

Der zielgerechte Einsatz vorhandener oder die Entwicklung neuer Instrumente setzt indessen voraus, daß die vom Staat verfolgten volkswirtschaftlichen Ziele quantitativ und qualitativ bekannt sind, und daß hinreichend genaue Vorstellungen über das Ursache-Wirkungsverhältnis einschließlich des Zeitverhaltens bestimmter Transaktionen bestehen. Wegen ihres Charakters als Ex-post-Abbildungsmethode periodisierter Abläufe ist die Kreislaufmatrix jedoch für die Darstellung dynamischer Prozesse ungeeignet.

1) Als Differenz zwischen höchstem und niedrigstem Merkmalswert ist die Spannweite das einfachste Streuungsmaß.

2) Diese Feststellung schließt natürlich nicht aus, daß u.U. andere Instrumente als die zielgerechte Variation öffentlicher Transaktionen zur Erreichung bestimmter Ziele wirksamer sein können.

§ 3 Überprüfung der entwicklungspolitischen Relevanz ausgewählter Wachstumstheorien

1. Das "(s/v-n)-Paradoxon" oder von Neumanns Problem in einfachen Wachstumsmodellen

Um beurteilen zu können, ob die öffentlichen Körperschaften eines Landes verfügbare wirtschaftspolitische Instrumente wachstumsfördernd einsetzen, soll zunächst der Beitrag der Wachstumstheorie zur Erklärung wirtschaftlicher Dynamik beleuchtet werden.

a. "s/v" als Wachstumsparameter in Modellen mit fixen Produktionskoeffizienten

Beim Übergang von der statischen und retrospektiven Kreislaufanalyse zur dynamischen oder Wachstumstheorie makroökonomischer Zusammenhänge eignet sich das Harrod-Domar-Modell in der Multiplikator-Akzelerator-Version, weil es - primär produkt-marktorientiert - wie die Kreislaufanalyse ohne explizite Annahmen über die Technologie des Produktionsprozesses auskommt.¹⁾ Das Modell besteht in seiner einfachsten Form aus einer Definitions- und zwei Funktionsgleichungen für die drei variablen Stromgrößen

¹⁾ Vgl. HARROD, Roy F.: An Essay in Dynamic Theory, in: The Economic Journal, Vol. 49 1939), S. 14 - 33 und DOMAR, Evsey: Capital Expansion, Rate of Growth and Employment, in: Econometrica, Vol. 14 (April 1946), S. 137 - 147.

Die Multiplikator-Akzelerator-Version stammt von HARROD: "I now propose to proceed directly to the Fundamental Equation, constituting the marriage of the acceleration principle and the multiplier theory." HARROD, R.F.: a.a.O., S. 15 - 16.

Output (Y), Konsum (C) und Investition (I)¹⁾:

$$(1) \quad Y = C + I; C = c Y; I = v (dY/dt) = v DY.^{2)}$$

Die drei Gleichungen (1) reduzieren sich zu der linearen, homogenen Differentialgleichung erster Ordnung

$$(2) \quad v DY - s Y = 0, \quad \text{wobei } s = 1 - c,$$

deren Lösung³⁾ den Zeitpfad für den Output mit

$$(3) \quad Y = Y_0 e^{(s/v)t} \text{ liefert, wobei } Y_0 = Y \text{ für } t = 0$$

ist. Durch Einsetzen dieser Lösung in die Gleichungen (1) erhält man die entsprechenden Zeitpfade für I und C:

-
- 1) Zur Darstellung von Wachstumsmodellen, vgl. HAHN, Frank H. and MATTHEWS, Russel C.O.: The Theory of Economic Growth (A Survey), in: The Economic Journal, Vol. 74 (Dec. 1964), S. 779-902 und ALLEN, Roy G.D.: Macro-Economic Theory, London 1970. Als Stromgrößen tragen die drei Variablen die Zeitdimension "t", während der Parameter $c = C/Y$ (zeit-) dimensionslos ist. "v" trägt als Quotient einer Bestands- und einer Stromgröße ($v = K/Y$) die Zeitdimension t^{-1} .
- 2) "v" und "c" sind konstante Parameter; c bezeichnet die durchschnittliche Konsumquote und v den Akzeleratorkoeffizienten einer Volkswirtschaft, der die Anzahl Kapitaleinheiten bezeichnet, die die Investoren für erforderlich halten, um eine zusätzliche Outputeinheit zu produzieren. "t" indiziert die Zeit.
- 3) Zur Lösung von Differentialgleichungen, vgl. SMIRNOW, Wladimir I.: Lehrgang der höheren Mathematik, Teil I, Berlin 1956, Teil II, Berlin 1955, Teil III, 1, Berlin 1954 und Teil III, 2, Berlin 1955.

$$(4) \quad I = s Y = s Y_0 e^{(s/v)t} = I_0 e^{(s/v)t}, \quad \text{wobei}$$

$$I_0 = s Y_0 \quad \text{und} \quad C = c Y = c Y_0 e^{(s/v)t} = C_0 e^{(s/v)t},$$

$$\text{wobei } C_0 = c Y_0.$$

Da der Akzeleratorkoeffizient als technischer Parameter mit dem Kapitalkoeffizienten $v = K/Y$ identisch ist, erhält man auch unmittelbar den Wachstumspfad des Kapitalbestandes:

$$(5) \quad K = v Y = v Y_0 e^{(s/v)t} = K_0 e^{(s/v)t}, \quad \text{wobei}$$

$$K_0 = v Y_0.$$

Da sämtliche Variablen mit derselben Wachstumsrate $g_w = s/v$ expandieren, sind Existenz und Bedingungen einer dynamischen Gleichgewichts-Wachstumslösung bei diesem Ansatz nachgewiesen.¹⁾

Solange die Anfangsbedingungen erfüllt sind, die Unternehmer im Zeitablauf stets die Outputentwicklung richtig antizipieren, Vollbeschäftigung von Arbeit und Kapital gewährleistet ist, und die natürliche sowie die stetige Vollbeschäftigungswachstumsrate für alle Zeiten denselben Wert haben, gibt es keine Probleme. Ist jedoch eine dieser Bedingungen verletzt, dann tauchen zwei Fragenkomplexe auf:

1) Vgl. auch die Erläuterungen 3 zur "Fixed-Coefficients-Version" des Harrod-Domar-Modells, im mathem.-stat. Anhang.

1. Zunächst die Frage nach der Instabilität des Systems, die HARROD so sehr beschäftigte¹⁾; die Frage also, welchen Zeitverlauf die tatsächliche Wachstumsrate g einer Variablen bei einer Deviation von der stetigen Gleichgewichtswachstumsrate g_w nehmen wird. Die Beantwortung dieser Frage hängt von der Ursache der Abweichung ab und in höchst sensitivem Maße von den Annahmen bezüglich des Anpassungs- und Lernverhaltens der Wirtschaftssubjekte. Drei Lösungen sind indessen grundsätzlich möglich: Die Wirtschaftssubjekte verhalten sich in einer Weise, die entweder zur "Stabilität des Modells im Sinne Harrods" führt, oder zu einer Situation "relativer Stabilität", oder aber zu einer Lösung, die "absolut instabil" ist.²⁾

2. Der zweite Fragenkomplex versucht jene Konsequenzen aufzudecken, die immer dann eintreten werden, wenn die natürliche und die stetige Vollbeschäftigungswachstumsrate nicht übereinstimmen. Wächst die Wirtschaft mit der Rate g_w , und ist diese größer als g_n , dann stößt sie, sobald alle Arbeitskraftreserven absorbiert sind, an die Vollbeschäftigungsgrenze, so daß g_w aufgegeben werden muß und das Stabilitätsproblem akut wird. Ist hingegen $g_w < g_n$,

1) Vgl. HARROD, R.F.: a.a.O., para. 9 mit 11, S. 21-26.

2) Vgl. JORGENSON, Dale W.: On Stability in the Sense of Harrod, in: *Economica*, Vol. 27 (Aug. 1960), S. 243-248. "Harrod-Stabilität" liegt vor, wenn für die Variablen gilt: $g - g_w \rightarrow 0$ für $t \rightarrow \infty$. "Relative Stabilität" liegt vor, wenn für die Variablen gilt: $g - g_w = \text{const}$ für $t \rightarrow \infty$. "Absolute Instabilität" liegt vor, wenn für die Variablen gilt: $g - g_w \rightarrow \infty$ für $t \rightarrow \infty$.

dann kumuliert die unbeschäftigte Arbeitsmenge, während die übrigen Variablen stetig wachsen.¹⁾ Auch gleichgewichtiges Wachstum und Vollbeschäftigung balancieren auf des Messers Schneide.

Da ein Modell, das die simultane Gleichheit von tatsächlicher, natürlicher und stetiger Gleichgewichtswachstumsrate fordert, mehr verlangt, als "die Realität" zu erfüllen imstande zu sein scheint, wurden Ungleichgewichtsmodelle mit Anpassungsmechanismen entwickelt, die die vom Gleichgewichtsmodell aufgezeigte Labilität des Wachstumsprozesses abzuschwächen oder zu beseitigen suchten. Die Last der Anpassung mußte dabei den Parametern s , v oder g_n oder einer Kombination von ihnen zufallen.

In den Wachstumsmodellen mit differentialen Sparfunktionen²⁾ wird die Annahme einer für alle Einkommensniveaus gleichen Sparneigung aufgegeben. Stattdessen wird angenommen, daß die volkswirtschaftliche Sparquote von der

1) KAHN, Richard F.: Exercises in the Analysis of Growth, in: Oxford Economic Papers, Vol. 11 (June 1959), S. 143-156, auf S. 150: "It seems to me convenient to be able to describe such a state of equilibrium growth which has all the attributes of a Golden Age other than that of full employment. I suggest that it be called a Bastard Golden Age."

2) Vgl. KAHN, R.F.: a.a.O., KALDOR, N.: a.a.O. sowie KALDOR, Nicolas: A Model of Economic Growth, in: The Economic Journal, Vol. 67 (Dec. 1957), S. 591-624. KALDOR, Nicolas and MIRRELES, James A.: A New Model of Economic Growth, in: The Review of Economic Studies, Vol. 29 (1962), S. 174-192.

KALECKI, Michael: Theory of Economic Dynamics (An Essay on Cyclical and Long-run Changes in Capitalist Economy), New York 1954.

PASINETTI, Luigi: Rate of Profit and Income Distribution in Relation to the Role of Economic Growth, in:

Verteilung des Volkseinkommens¹⁾ zwischen Arbeits- und Gewinneinkommen ($W : P$) abhängt, wobei unterstellt wird, daß die Lohnempfänger eine niedrigere Sparneigung haben als die Gewinnbezieher. Bezeichnen wir mit s_W und s_P die konstanten Sparquoten der beiden Einkommensgruppen in einer "Zwei-Klassen-Gesellschaft", und steht P für die Profitsumme der Wirtschaft, so kann die makro-ökonomische Sparquote s als gewichteter Durchschnitt von s_W und s_P dargestellt werden:

$$(6) \quad s = s_W + (s_P - s_W) p, \text{ wobei } p = P/Y \quad 2)$$

Setzt man diese Sparfunktion in die Lösung des ansonsten unverändert gebliebenen Harrod-Domar-Modells ein, so erhält man:

$$(7) \quad \begin{aligned} g_W &= [s_W + (s_P - s_W) p] (1/v) \stackrel{!}{=} g_n \quad \text{oder} \\ g_W &= (s/v) + (s_P - s_W) q \stackrel{!}{=} g_n, \text{ wobei } q = p/v = P/K. \end{aligned}$$

The Review of Economic Studies, Vol. 29 (1962), S. 267-279.

Ders.: A New Theoretical Approach to Problems of Economic Growth, in: Pontificia Academia Scientiarum (Hrsg.): The Econometric Approach to Development Planning, Amsterdam 1965, S. 571-688.

ROBINSON, Joan: A Model of Accumulation, in: Dieselbe: Essays in the Theory of Economic Growth, London 1962, S. 22-87.

Dies.: The Accumulation of Capital, London 1956.

1) Solange kein Output-Einkommens-Lag existiert, sind Output und Einkommen identisch.

$$\begin{aligned} 2) \quad (6.a) \quad S &= s_W W + s_P P; \quad Y = P + W; \quad S_P = s_P P; \\ S_W &= s_W W; \quad S = s_W W + s_P P \implies \\ S &= s_W (Y - P) + s_P P \implies \\ S &= s_W Y - s_W P + s_P P = s_W Y + (s_P - s_W) P \\ S/Y &= s = s_W + (s_P - s_W) (P/Y) \end{aligned}$$

Wegen der Schwankungsmöglichkeit der Gewinnsumme zwischen null und Y unterliegt die Profitrate (oder Ertragsrate des Kapitals) q folgender Restriktion:

(8) Da $0 \leq P \leq Y$ liegt, und $Y = (1/v) K$ ist, gilt

$$0 \leq P \leq (1/v) K \quad \text{oder} \quad 0 \leq q \leq 1/v.$$

Setzt man diese Grenzwerte für q in die Gleichgewichtslösung (7) unter Beachtung der Bedingung, daß $0 \leq s_W \leq s_P \leq 1$ gilt, ein, so erhält man den Wertebereich von g_n , der der Gleichgewichtsbedingung genügt:

$$(9) \quad s_W/v \leq g_n \leq s_P/v \quad \text{oder} \quad s_W \leq v g_n \leq s_P.$$

Diese Ungleichung bedeutet eine entscheidende Erweiterung des Harrod-Domar-Modells: Mußte im rigiden Harrod-Domar-Modell die Wachstumsrate des Arbeitsangebots der stetigen Gleichgewichtswachstumsrate genau gleich sein, dann kann sie nun jeden beliebigen Wert annehmen, der die Grenzen nicht überschreitet. Durch exogene Steuerung der Profitrate, d.h. durch "Einstellen" des Wertes

$$(10) \quad q = \frac{g_n}{s_P - s_W} - \frac{s_W}{(s_P - s_W) v} = \frac{v g_n - s_W}{v(s_P - s_W)} \quad 1)$$

1) Im Falle einer klassischen Sparfunktion ($s_W = 0$) wird (10): $q = g_n/s_P$. KALDOR charakterisiert diese Situation folgendermaßen: "...capitalists earn what they spend, and workers spend what they earn." KALDOR, N.: Alternative Theories of Distribution, a.a.O., S. 96. In diesem Spezialfall koinzidieren funktionelle und personelle Einkommensverteilung. Sofern $s_W > 0$, sind Arbeitnehmer auch Vermögenseigentümer und Gewinnempfänger. Vgl. PASINETTI, L.: Rate of Profit and Income Distribution in Relation to the Rate of Economic Growth, a.a.O., para. 2 ff.
Somit gilt: $P - P_P = P_W > 0 \Rightarrow S_W = s_W (W + P_W)$

kann nunmehr - solange die Bedingung (9) nicht verletzt wird - jederzeit stetiges Gleichgewichtswachstum sichergestellt werden.

$$\Rightarrow s = s_W + (s_P - s_W) (P_P/Y) \text{ (Vgl. (8 a), A. d. V.)}$$

$$\Rightarrow q_P = P_P/K = (s - s_W) / v (s_P - s_W) ;$$

PASINETTI, S. 271: "...this concept has no useful or interesting meaning. The expression which is really needed is one for the ratio of total profits to total capital...". $\Rightarrow P/K = P_P/K + P_W/K = q$.

PASINETTI, S. 271: "...writing K_W for the amount of capital that the workers own indirectly - through the loans to the capitalists - and r for the rate of interest on these loans, we obtain..." $\Rightarrow q_W = r (K_W/K)$.

PASINETTI, S. 271: "An expression for K_W/K can easily be found."

$$q_W = r \frac{K_W}{K} = \frac{S_W}{S} = \frac{s_P s_W - s s_W}{s (s_P - s_W)} .$$

$$\text{Somit: } q = q_P + q_W = \frac{s - s_W}{v (s_P - s_W)} + \frac{s_P s_W - s s_W}{s (s_P - s_W)} r$$

PASINETTI, S. 271-2: "...one needs, a theory of the rate of interest. In a long-run ...model, the obvious hypothesis to make is that of a rate of interest equal to the rate of profit."

$$\Rightarrow r = q \Rightarrow q = s/(v s_P) \Rightarrow q = g_W/s_P \text{ und für}$$

$g_W = g_n$; $q = \frac{g_n}{s_P}$. Im Gleichgewicht ist also die Gesamtprofitrate allein durch die natürliche Wachstumsrate des Arbeitsangebotes g_n und die Sparquote jener Wirtschaftssubjekte bestimmt, die über die Produktionsmittel verfügen: Unternehmer und Manager in kapitalistischen und Staatsfunktionäre in einer sozialistischen Wirtschaft. Da "...the State, as such, cannot consume" (PASINETTI, S. 277), gilt für eine sozialistische Wirtschaft: $s_P = 1 \Rightarrow q = g_n$. Nach Einsetzen von $q = g_W/s_P$ in (10), erhält man:

$$(10.a) \quad g_W = \frac{s_P}{v} + \frac{s_P}{s_W} (g_W - g_n) \text{ und für } g_W = g_n:$$

$$g_W = s_P/v.$$

Die Existenzmöglichkeit einer mit stetigem, gleichgewichtigem Wachstum konsistenten Profitrate nachgewiesen zu haben, bedeutet indessen nicht, einen Lösungsweg für den Konflikt zwischen g_w und g_n gefunden zu haben, da das Modell keine Aussagen darüber zulässt, ob und wie der funktionelle Einkommensverteilungsprozeß die "richtige" Profitrate entstehen lassen kann.

Eine andere Möglichkeit, der Labilität des Harrod-Domar-Modells Herr zu werden, besteht darin, den Kapitalkoeffizienten als unabhängige Variable zu betrachten. Bei gegebener Wachstumsrate des Arbeitsangebots wird nach den Bedingungen einer geeigneten Produktionstechnik gefragt, die die Gleichheit von g_w und g_n sicherstellen. Die Annahme diskreter Variationsmöglichkeit der Produktionskoeffizienten führt zunächst zu linearen Programmierungsmodellen, deren formale Übereinstimmung mit KALDORS Distributionsmodell offensichtlich ist:¹⁾ Hier wie dort werden anstatt einer einzigen "Lösungsstelle" - wie im ursprünglichen Harrod-Domar-Modell - , die Bedingungen für einen Lösungsbereich angegeben, für den eine stetige, gleichgewichtige Wachstumslösung umso wahrscheinlicher sein wird, je weiter die Grenzen - s_w , s_p bzw. v_2 , v_1 - auseinanderliegen. Hier wie dort wird der "richtige" Wert für den Aktionsparameter - q , b - bestimmt, d.h. die Existenz der Lösung nachgewiesen, jedoch lassen beide Modelle keine Aussagen über Richtung und Stärke derjenigen Kräfte zu, die endogen auf diese Parameter einwirken.

¹⁾ Vgl. die Erläuterungen 4 zum Harrod-Domar-Modell mit zwei linear-limitationalen Produktionsfunktionen, im mathem.-stat. Anhang.

Die Annahme kontinuierlicher Variationsmöglichkeit der Produktionskoeffizienten führt schließlich zu den neo-klassischen Solow-Swan-Modellen, die im folgenden Abschnitt näher betrachtet werden sollen.

b. Das Arbeitsangebot als Wachstumsparameter in Modellen mit kontinuierlicher Faktorsubstitution

Sobald man die Annahme fixer Produktionskoeffizienten aufgibt und entsprechend neo-klassischer Annahmen kontinuierliche Substituierbarkeit zwischen den Faktoren Arbeit und Kapital zuläßt, wird die stetige Gleichgewichtswachstumsrate allein durch das Wachstum des Arbeitsangebotes bestimmt¹⁾, von dem angenommen wird, daß es eine stetige und differenzierbare Funktion nach der Zeit ist.²⁾

-
- 1) Dieses Ergebnis unterscheidet sich grundsätzlich von den Resultaten jener Wachstumsmodelle, in denen die Kapitalakkumulation als treibende Kraft des Wirtschaftswachstums betrachtet wird, weil in Modellen mit fixen Produktionskoeffizienten die Arbeitsproduktivität an der Bestimmung der stetigen Gleichgewichtswachstumsrate unbeteiligt bleibt und lediglich subsidiär zur Bestimmung des "richtigen" Anfangsbestandes an Arbeitskräften ($L_0 = u Y_0$) in die Modellösungen eingeht.
 - 2) Vgl. SOLOW, Robert M.: A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 70 (1956), S. 65-94, und SWAN, Trevor W.: Growth Models: Of Golden Ages and Production Functions, (Paper Presented at the International Economic Association Round-Table Conference on Economic Development at Gamagori, Japan, 1960), in: BERRILL, Kenneth E. (Hrsg.): Economic Development with Special Reference to East Asia, New York 1966, S. 3-18.

Stetiges und gleichgewichtiges Wachstum ist nach diesem Ansatz nur möglich, sofern die Bedingung $s/v = \mu$ erfüllt ist.¹⁾ Dann und nur dann wachsen alle Variablen mit der Rate μ des Arbeitsangebotes. Die Sparneigung s und die Kapitalproduktivität $1/v$ sind für die Bestimmung der Wachstumsrate irrelevant; s determiniert die für alle Zeiten konstante Anfangsproduktivität, wobei höhere Sparneigungen mit niedrigeren Kapitalproduktivitäten und niedrigeren Pro-Kopf-Einkommen korrespondieren.²⁾

Wurden bisher die Bedingungen dargestellt, die die Bestimmungsgrößen der stetigen Gleichgewichtswachstumsrate $g_w = s$ und v erfüllen mußten, um kontinuierliches und gleichgewichtiges Wachstum zu gewährleisten, so kann mit gleichem Recht auch g_n^x , die Wachstumsrate des Arbeitsangebots als kritische Variable betrachtet werden. Wiesen bereits klassische Ökonomen wie z.B. Thomas R. MALTHUS und Karl MARX dem quantitativen Aspekt der Arbeitsmengenexpansion eine bedeutende Rolle zur Bestimmung der langfristigen Wirtschaftsentwicklung zu, so sind natürliches Bevölkerungswachstum, Absorption verdeckter Arbeitslosigkeit, Binnenwanderung, Flüchtlingsmigrationen und Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte zwar auch heute noch relevante Momente, die auf das inländische Arbeitsangebot einwirken, die aber in der modernen Wachstumstheorie - teils wegen ih-

1) Vgl. die Erläuterungen 5 zum neo-klassischen Grundmodell, im mathem.-stat. Anhang.

2) $1/v = Y/K = y/k = \mu/s = z$;
 $dz/ds = -\mu/s^2 < 0$, sofern $\mu > 0$.

rer extra-disziplinären Determiniertheit - ungenügend berücksichtigt werden. Während unterstellt wird, daß sich diese Einflüsse zu einer Rate n addieren, und das "natürliche" Arbeitsangebot exponentiell wächst - $L_A = L_0 e^{nt}$ -, ¹⁾ konzentriert sich die Analyse auf jenes Zusatzangebot von Arbeitskräften, das bei konstantem Output infolge technischen Fortschritts freigesetzt wird und zur Gewährleistung der Vollbeschäftigung absorbiert werden muß.

Technischer Fortschritt bedeutet, daß die volkswirtschaftliche Produktionsfunktion über die Zeit variiert, d.h. daß entweder bei konstantem Faktorinput der Output zunimmt, oder daß derselbe Output zu einem späteren Zeitpunkt mit geringerem Faktoreinsatz produziert werden kann. Lautete die Produktionsfunktion ohne Berücksichtigung des technischen Fortschritts $Y = F(K, L)$, so kann sie nun folgendermaßen notiert werden:

$$(11) \quad Y = a F(K, L)$$

1) KAHN, R.F.: a.a.O., S. 147: "I have said nothing so far about the labour force, or as I shall put it, population. The relation between the behavior of employment and the behaviour of population determines the behaviour of unemployment. I therefore make a further assumption. I assume that if population changes at all it grows (or diminishes) at a constant rate." Die Gleichsetzung von Bevölkerung und Arbeitsfähigen sowie die Annahme einer konstanten, exogen bestimmten Wachstumsrate findet man durchweg in der modernen Wachstumstheorie. Lediglich SOLOW, R.M.: a.a.O., S. 90-91, weist auf die klassische MARXsche Hypothese hin, wonach das Bevölkerungswachstum eine Funktion des Pro-Kopf-Einkommens ist.
 $n = F^*(y)$; da $y = f(k)$, wird $n = F^*(f(k)) = F(k)$;
 Somit gilt für $Dk + k\mu = s f(k)$ und $n = \mu$:
 $Dk + k F(k) = s f(k)$ oder $Dk/k = (s/k) f(k) - F(k)$.

wobei $a = a(t)$, $a_0 = 1$ für $t = 0$, $a(t) > 1$, $a'(t) > 0$ für $t > 0$ und $(1/a) \cdot Da = h = \text{const}$, so daß $a = e^{ht}$. 1)

Die Untersuchung der Rolle des technischen Fortschritts als Motor wirtschaftlicher Dynamik erlaubt folgende Feststellungen²⁾:

1. Stetiges Vollbeschäftigungswachstum kann nur realisiert werden, wenn die stetige Vollbeschäftigungswachstumsrate und die natürliche Wachstumsrate denselben Wert haben, wobei sich die natürliche Wachstumsrate g_n^* additiv aus der Wachstumsrate n des "natürlichen" Arbeitsangebots und der Rate m des "Harrod-neutralen", arbeitsparenden technischen Fortschritts zusammensetzt.
2. Unterstellt man andererseits, der technische Fortschritt wirke allein kapitalsparend, so läßt sich nachweisen, daß "Solow-neutraler" technischer Fortschritt mit stetigem Vollbeschäftigungswachstum, wie es bisher verstanden wurde, inkonsistent ist.
3. Dasselbe gilt dann auch für die "realistischere" Art technischen Fortschritts, der Kombination aus arbeit- und kapitalsparenden, oder "Hicks-neutralen" technischen Fortschritt.

Die empirische Relevanz dieser einfachen, in kritischer Weise von der Technologie des Produktionsprozesses und

-
- 1) SWAN, T.W.: a.a.O., S. 10: "The term outside the function here represents what Hicks (John R., A.d.V.) defined, as 'neutral' technical progress."
"Neutralität" bedeutet hier, daß die Effizienz bei gegebener Faktorausstattung über die Zeit zunimmt, d.h., daß die Produktionsfunktion kontinuierlich schiftet.
 - 2) Vgl. die Erläuterungen 6 zum Einfluß technischen Fortschritts auf die Bestimmung von Wachstumslösungen, im mathem.-stat. Anhang.

dem darin materialisierten Akkumulationsprozeß abhängigen Wachstumsmodelle wird offenbar, wenn man einige Implikationen aufdeckt:

1. Fixe Produktionskoeffizienten führten zur Wachstumsrate $g_w = s/v$, stetig variable Koeffizienten zu einer Wachstumsrate $\mu = n + m$ (die beide nur im Gleichgewicht einander gleich sind). Die Wahl des Produktionsprozesses determiniert also zwei grundverschiedene Wachstumsraten: eine, die durch das Sparverhalten und die Kapitalproduktivität bestimmt ist, eine andere, die sich aus den Raten des Bevölkerungswachstums und des arbeitssparenden (technischen) Fortschritts zusammensetzt.
2. Postuliert man als ein mögliches wirtschaftspolitisches Ziel die Steigerung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen einer Volkswirtschaft, so kann dieses Ziel lediglich durch Steigerung der Wachstumsraten erreicht werden, da das Anfangs-Durchschnittseinkommen y_0 als Folge historischer Dispositionen in der Gegenwart unverändert ist.¹⁾

1) Aus dem Zeitpfad des Sozialprodukts und dem des Arbeitsangebotes erhält man den Zeitpfad des Pro-Kopf-Einkommens mit

$$(12a) \quad \frac{Y_0 \cdot e^{(s/v)t}}{L_0 e^{\mu t}} = y = y_0 e^{(s/v - \mu)t}. \text{ Für}$$

$(s/v - \mu) = g_y$ und $\mu = n + m$, sowie $m = 0$, wird:

$g_y = s/v - n$. Die Bestimmung der maximalen Wachstumsrate des Volkseinkommens einer Volkswirtschaft wird hier als "von-Neumann-Problem" bezeichnet. Nach Kenntnis des Verfassers gelang J. v. NEUMANN erstmals der Nachweis der Existenz und Eindeutigkeit eines konstanten Wachstumsfaktors in einem (n-Güter-!) Kapitalakkumulationsmodell. Vgl. NEUMANN, John von: Über ein ökonomisches Gleichungssystem und eine Verallgemeinerung des Brouwerschen Fixpunktsatzes, in: MENGER, Karl (Hrsg.): Ergebnisse eines mathematischen Kolloquiums, Heft 8(1935/36), Wien 1937, S. 73-83. v. NEUMANN, a.a.O., S. 74-75: "...und wir wollen ermitteln, (i)

Die Technologie mit variablen Koeffizienten will glauben machen, daß die maximale Steigerung des Arbeitsangebotes der richtige Weg sei, während die Technologie mit fixen Koeffizienten zu implizieren scheint, daß eine Steigerung der Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens g_y über eine Steigerung der Sparneigung und/oder Senkung des Kapitalkoeffizienten sowie Reduktion der Bevölkerungswachstumsrate zu erreichen sei: Der Trugschluß dieser Implikation wird offensichtlich, wenn man die Wachstumsrate $g_y = (s/v) - n$ umformuliert:

$$(12) \quad g_y = \frac{s}{v} - n = \frac{S}{Y} : \frac{K}{Y} - n = \frac{I}{K} - n = \frac{DK}{K} - n .$$

Die Form $g_y = (DK/K) - n$ impliziert, daß eine maximale Akkumulationsrate und eine möglichst niedrige (d.h. negative) Rate des Bevölkerungswachstums die Wachstumsrate des Durchschnittseinkommens zu steigern geeignet sind.

welche (Produktions-, A.d.V.) Prozesse verwendet werden und ... (ii) mit welcher relativ-Geschwindigkeit die Gesamt-Gütermenge anwächst, ... Wir interessieren uns für jene Zustände der Gesamtwirtschaft, in denen sie sich bei unveränderter Struktur ausdehnt, ... Dann werden die (Intensitäten der m Produktionsprozesse, A.d.V.) mit einem gemeinsamen Faktor α pro Zeiteinheit multipliziert. Dieser Faktor α ist der *Expansionskoeffizient der Gesamtwirtschaft*. "Da nur ein einziger Wert für α existiert, der den Gleichgewichtsbedingungen des Modells genügt, ist er zugleich auch "Der größte Expansionsfaktor ... der Gesamtwirtschaft, der rein technisch möglich ist, ..." (v. NEUMANN, a.a.O., S. 83).

Expansionsfaktor α und Wachstumsrate g unterscheiden sich um den Betrag 1; $\alpha - 1 = g$.

Beide Raten hängen jedoch voneinander ab: Die Akkumulationsrate wird gesteigert, wenn s gegen eins geht, und maximiert, wenn s gleich eins ist, d.h. wenn das laufende Volkseinkommen Y exklusiv investiv verwendet wird; mangels Konsummöglichkeiten ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Bevölkerungswachstumsrate negativ werden wird.

Mag man in der Kontrolle von n tendenziell eine richtige Maßnahme sehen,¹⁾ so ist der Aspekt der Maximierung der Akkumulationsrate noch einer Bemerkung wert: Die Akkumulationsrate kann nicht nur dadurch gesteigert werden, indem man im Zähler DK gegen Y gehen läßt, sondern auch, indem man - u.U. alternativ oder komplementär - im Nenner K gegen null gehen läßt, d.h., indem man den akkumulierten Kapitalbestand bewußt und möglichst speditiv vernichtet. Maximiert wird die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens, wenn entweder nach totaler Vernichtung existierender Kapitalgüter überhaupt nicht mehr investiert und das gesamte Volkseinkommen vollständig konsumiert wird, oder indem die Investitionen "uneinsichtiger", ihren "animal spirits"²⁾ folgender Unternehmer unmittelbar im Zeitpunkt ihrer Realisation vernichtet werden.

1) Diese These wird jedoch nicht von jedermann geteilt. Vgl. z.B. ALUKO, S.A.: Population Growth and the Level of Income (A Survey), in: The Journal of Modern African Studies, 9, 4 (1971), S. 561-575. ALUKO: "... the old theory of population ... saw men rather as mouths for consumption than as hands for production." a.a.O., S. 563-564. Vgl. auch PENROSE, Edith F.: Malthus and the Underdeveloped Areas, in: The Economic Journal, Vol. 67 (June 1957) S. 219-239.

2) KEYNES, John M.: The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936, S. 161-162.

2. Die Überprüfung der Modellprämissen und das Dilemma subtilerer Wachstumsmodelle

Die fragwürdigen Implikationen und die daraus resultierenden Zweifel an der wirtschaftspolitischen Brauchbarkeit der dargestellten Wachstumsmodelle waren Anreiz genug, deren Prämissen zu überprüfen und zu erweitern, um solchermaßen die Modelle zu verbessern.

1. Um die mathematische Operationalität von Wachstumsmodellen zu erhöhen und Index-Probleme zu vermeiden, mußte angenommen werden, sämtliche Variablen¹⁾ seien homogen, differenzierbar nach der Zeit und meßbar. Diese Annahme, die impliziert, daß der Output Y einer Wirtschaft aus einem Gut besteht, das beliebig teilbar und gleichermaßen als Konsumgut wie als Kapitalgut verwendbar ist - wobei seine Verwendung als Kapitalgut ihm Unsterblichkeit und immerwährende, gleichbleibende Produktivität verleiht, während seine Verwendung als Konsumgut ihm sofortigen Untergang sichert, - wurde von Joan ROBINSON²⁾ vehement kritisiert und führte zur Entwicklung der Multi-Sektoren-Modelle von UZAWA, HAHN u.a.³⁾. Die Aufspaltung der Aggregate wurde selten über zwei Sekto-

1) Output=Einkommen Y, Konsum C, Investition I, Kapitalbestand K und Arbeitsmenge L.

2) Zur Kritik der Homogenitäts- und Meßbarkeitshypothese des Kapitalbestandes, vgl. ROBINSON, Joan: The Production Function and the Theory of Capital, a.a.O. und dies.: The Accumulation of Capital, a.a.O.

3) Vgl. UZAWA, Hirofumi: On a Two-Sector Model of Economic Growth, in: The Review of Economic Studies, Vol. 29 (1962) S. 40-47 und HAHN, Frank H.: On Two-Sector Growth Models, in: The Review of Economic Studies, Vol. 32 (19-5), S. 339-346.

ren, Konsumgüter- und Kapitalgütersektor, hinausgetrieben, weil sich erwies, daß sich stetiges und "Harrodstabiles" Wachstum dann und nur dann einstellte, wenn der Konsumgütersektor einen höheren Mechanisierungsgrad aufwies als der Kapitalgütersektor¹⁾; - ein Ergebnis, das SOLOW folgendermaßen beurteilt:

"It seems paradoxical to me that such an important characteristic of the equilibrium path should depend on such a casual property of the technology."²⁾

2. Um die Homogenitätsbedingung nicht zu verletzen, mußte auch unterstellt werden, daß jede Faktoreinheit, gleich welchen Alters, als Folge des technischen Fortschritts gleichermaßen ihre Produktivität über die Zeit stetig steigert. In der Regel ist aber zu beobachten, daß sich die Produktivität einmal in Dienst gestellter Produktionsmittel tendenziell verringert, bis sie physisch oder wirtschaftlich unbrauchbar sind, und daß sich der technische Fortschritt primär in den neuesten Faktorkombinationen niederschlägt und alte weitgehend unberührt läßt. Das Abrücken von Modellen mit "disembodied technical progress" führte zu den "vintage-models"³⁾, bei denen angenommen

-
- 1) Dieses Ergebnis entmutigte offensichtlich nur Theoretiker; in empirischen Arbeiten sind Multi-Sektoren-Modelle keine Seltenheit. Vgl. z.B. CLARK, Paul G.: Development Planning in East Africa, Nairobi 1968 oder MAHALANOBIS, Prasanta C.: Talks on Planning, in: Indian Statistical Institute Series, Nr. 14, London, Calcutta 1961.
- 2) SOLOW, Robert M.: Note on Uzawa's Two-Sector Model of Economic Growth, in: The Review of Economic Studies, Vol. 29 (1962), S. 48-50, Zitat, S. 48.
- 3) Vgl. z.B. BARDHAN, Pranab: Equilibrium Growth in a Model of Economic Obsolescence of Machines, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 83 (1969, S. 312-323; BENSUSAN-BUTT, David M.: On Economic Growth (An Essay

wird, daß der Bestand an Kapitalgütern einer Volkswirtschaft aus Maschinen verschiedener "Jahrgänge" (für eine kontinuierliche Analyse muß die Zeiteinheit infinitesimal klein sein) besteht, wobei Maschinen gleichen Indienststellungsdatums homogen und ihre technischen Eigenschaften über die Zeit invariant sein müssen; d.h. einmal installiert, geht der technische Fortschritt spurlos an ihnen vorüber, ist Substitution zwischen Arbeit und Kapital ausgeschlossen. Um die Analyse der "Jahrgangsmodelle" mit "embodied technical progress" operational zu gestalten, wird Ex-ante-Substitutionalität längs einer stetigen Produktionsfunktion -durchweg einer Cobb-Douglas-Funktion mit konstanten Faktorerträgen, einem einzigen Produktionskoeffizienten und der angenehmen und für "Jahrgangsmodelle" notwendigen Eigenschaft, sowohl Harrod-neutral als auch Solow-neutral zu sein¹⁾ -

in Pure Theory), Oxford 1960; BLISS, Christopher J.: On Putty-Clay, in: The Review of Economic Studies, Vol. 35 (1968), S. 105-132; DOBB, Maurice H.: An Essay on Economic Growth and Planning, London 1960; JOHANSEN, Leif: Substitution versus Fixed Production Coefficients in the Theory of Economic Growth (A Synthesis), in: Econometrica, Vol. 27 (1959); S. 157-176; KALDOR, N. and MIRRELES, J.A.: a.a.O.; PHELPS, Edmund S.: Substitution, Fixed Proportions, Growth and Distribution, in: International Economic Review, Vol. 4 (Sept. 1963), S. 265-288; SLATER, W.E.G.: Productivity and Technical Change, Cambridge 1960, SEN, Amartya K.: Choice of Techniques, London 1960; SOLOW, Robert M., Substitution and Fixed Proportions in the Theory of Capital, in: The Review of Economic Studies, Vol. 29 (1962 b), S. 207-218.

- 1) Zur Neutralität der Cobb-Douglas-Funktion, vgl. UZAWA, Hirofumi: Neutral Inventions and the Stability of Growth Equilibrium, in: The Review of Economic Studies, Vol. 28 (Feb. 1961), S. 117-124.

angenommen, und unterstellt, daß dieselbe Produktionsfunktion für alle "Jahrgänge" gilt, um so zur aggregierten Produktionsfunktion gelangen zu können¹⁾. Da Kapitalgüter gemeinhin nicht mit ihrer physischen Unbrauchbarkeit aus dem Produktionsprozeß ausscheiden, sondern mit ihrer wirtschaftlichen, muß in Putty-Clay-Modellen²⁾ die Bedingung eingehen, daß die Quasi-Renten³⁾ eines "Maschinenjahrganges" innerhalb eines finiten Zeitraumes stetig fallen, bis sie null sind, um so ihre wirtschaftliche Lebensdauer bestimmen zu können. Zwei Entscheidungen sind also zu treffen: die Investitionsentscheidung und die Desinvestitionsentscheidung⁴⁾. Für die Abnahme der Quasi-Renten ist der (gemäß des neo-klassischen Distributionskonzepts, nach dem die Faktoren unter den Bedingungen vollständiger Konkurrenz entsprechend ihren Grenzproduktivitäten entlohnt werden, und nachdem der factorspezifische technische Fortschritt - über die Steigerung der Grenzproduktivitäten - eine gleich große Faktoralohnsatzerhöhung bewirkt), steigende Lohnsatz verant-

-
- 1) Zum Aggregationsproblem, vgl. SAMUELSON, Paul A.: Parable and Realism in Capital Theory (The Surrogate Production Function), in: The Review of Economic Studies, Vol. 29 (June 1962), S. 193-206.
 - 2) Vgl. BLISS, C.J.: a.a.O. und PHELPS, Edmund S.: a.a.O., S. 282 ff. Putty-Putty-Fall: neoklassische Annahme, Ex-post- und Ex-ante-Substitution möglich; Putty-Clay-Fall: nur Ex-ante-Substitution möglich; ex post fixe Faktorproportionen; Clay-Clay-Fall: Harrod-Domar-Annahme; ex-post und ex-ante konstante Produktionskoeffizienten.
 - 3) "Quasi-Renten": Output minus Lohnsumme eines Maschinenjahrganges zu jedem Zeitpunkt, ausgedrückt in Outputeinheiten.
 - 4) Hierbei handelt es sich um die Entscheidungen an der sog. intensive margin und der sog. extensive margin. Vgl. HAHN, F.H. and MATTHEWS, R.C.O.: a.a.O.

wortlich, von dem angenommen wird, daß er für alle Lohnempfänger gleich ist, ohne Rücksicht darauf, an welchen "Maschinenjahrgängen" sie beschäftigt sind. Wenn auch die allgemeine Lösung dieses "Jahgangsmodells" trotz aller Simplifizierungen "exceedingly complicated"¹⁾ ist, so läßt sich nachweisen, daß eine stetige Gleichgewichtslösung mit dem Modell konsistent ist. Sie hat zwei bemerkenswerte Eigenschaften: erstens, wird der herrschende Lohnsatz nicht durch das Grenzprodukt der neuesten Faktorkombinationen bestimmt, sondern durch das Durchschnittsprodukt der ältesten gerade noch beschäftigten Faktorkombination, deren Maschinen unmittelbar vor der Verschrottung stehen; zweitens absorbiert jeder neue Maschinenjahrgang - bei stationärer Arbeitsmenge ($n = 0$) - gerade genau jene Arbeitsmenge, die durch die Verschrottung des ältesten Jahrganges freigesetzt wird²⁾.

3. Auch die vorstehende Weiterentwicklung neo-klassischer Wachstumsmodelle beruhte auf der Annahme exogener Determiniertheit des technischen Fortschritts; - einer Annahme, die von KALDOR kritisiert wurde³⁾ und deren Diskussion zu der Überzeugung führte, daß der Investitionsprozeß (und damit das Verhalten der Investoren) dem technischen Fortschritt zum Durchbruch verhilft⁴⁾ und einen Lern-

1) ALLEN, R.G.D.: a.a.O., S. 295; Möglichkeiten zur Vereinfachung, vgl. ders.: a.a.O., S. 257.

2) Vgl. ders.: a.a.O., S. 294-298 und KALDOR, N. and MIRRELES, J.A.: a.a.O.

3) Vgl. KALDOR, N.: A Model of Economic Growth, a.a.O., und KALDOR, N. and MIRRELES, J.A.: a.a.O.

4) Vgl. SOLOW, Robert M.: Investment and Technical Progress, in: ARROW, Kenneth J., KARLIN, Samuel and SUPPES, Patrick (Hrsg.): Mathematical Methods in Social Sciences 1959, Stanford 1966, S. 89-104.

prozeß induziert, der seinerseits zur Steigerung der Produktivität beiträgt. Um in Modellen ohne explizite Investitionsfunktion¹⁾, die Bedeutung des Investitionsprozesses explizit zu machen, benutzten KALDOR und MIRRELES eine

"...technical progress function which makes the annual rate of growth of productivity per worker operating on new equipment a function of the rate of growth of investment per worker..." 2),

während bei ARROW das Lernen eine Funktion der Summe vergangener Bruttoinvestitionen ist und die Produktivitätssteigerung vom Wert des Lernparameters abhängt³⁾.

-
- 1) Mehr im Fehlen einer expliziten Investitionsfunktion als in der Frage der Faktorsubstituierbarkeit sieht SEN, A.K. den Hauptunterschied zwischen neo-klassischen Modellen und Modellen vom Harrod-Domar-Typ. Vgl. SEN, Amartya, K.: The Money Rate of Interest in the Pure Theory of Growth, in: HAHN, Frank H. and BRECHLING, F.P.R. (Hrsg.): The Theory of Interest Rates, London 1965, S. 267-280.
 - 2) KALDOR, N. and MIRRELES, J.A.: a.a.O., S. 176. Und dies.: "It is assumed that a constant rate of investment per worker over time will itself increase productivity per worker; but that the rate of growth of productivity will also be an increasing function of the rate of growth of investment per worker, though at a diminishing rate." Ebenda.
In der älteren Version war die Wachstumsrate des Durchschnittseinkommens eine Funktion der Wachstumsrate des Pro-Kopf-Kapitalbestandes: $Dy/y = f(Dk/k)$.
Vgl. KALDOR, N.: A Model of Economic Growth, a.a.O.
 - 3) Vgl. ARROW, Kenneth J.: The Economic Implications of Learning by Doing, in: The Review of Economic Studies, Vol. 29 (1962), S. 155-173 sowie ARROW, Kenneth J., CHENERY, Hollis B., MINLAS, B.S. and SOLOW, Robert M.: Capital-Labour Substitution and Economic Efficiency, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 43 (Aug. 1961), S. 225-250 sowie LEVHARI, David: Further Implications of Learning by Doing, in: The Review of Economic Studies, Vol. 35 (1967), S. 31-38.

Diese Ansätze kann man als Versuch verstehen, die Produktionsfunktionen mit ihren angenehmen mathematischen, jedoch wenig "realistischen" Eigenschaften¹⁾ durch Funktionen zu ersetzen, die anstelle technologischer Beziehungen den für die Implementierung von Innovationen verantwortlichen Investitionsprozeß wiedergeben, ohne jedoch explizit Annahmen über das Verhalten der Investoren machen zu müssen.²⁾

4. Die erkennbare Tendenz der Wachstumsmodelle für die Eliminierung einer restriktiven Annahme um der Lösungsmöglichkeit willen mehrere neue in Kauf nehmen zu müssen, verliert sich nicht, bei dem Versuch, die als entscheidend für das Wirtschaftswachstum in "mixed economies" erachteten unternehmerischen Zukunftserwartungen zu berücksichtigen.³⁾ Nimmt man an, daß Geldzinssätze in irgend-

1) Die Abwesenheit externer Effekte, eine für den gesamten Definitionsbereich der Funktion konstante Arbeit-Kapital-Substitutionselastizität von eins, sowie Linearität und Homogenität der Produktionsfunktion garantieren (mathematisches) Wohlverhalten der Cobb-Douglas-Funktion, d.h. die Eigenschaft, stetig und differenzierbar zu sein, und ein mit steigendem Pro-Kopf-Kapital-Einsatz wachsendes, eindeutig definiertes Pro-Kopf-Grenzprodukt zu determinieren. Die sozialen Kosten privater Produktion, der Beitrag des Faktors Boden zum Output und die öffentliche Produktion ergänzen sich auf wunderbare Weise zu einer Produktionsfunktion mit konstanten Skalenerträgen (sofern $\beta = 1 - \alpha$).

2) Vgl. BLACK, John: The Technical Progress Function and the Production Function, in: *Economica* (May 1962), S. 166-170 und JORGENSEN, Dale W. and GRILICHES, Zvi: The Explanation of Productivity Change, in: *The Review of Economic Studies*, Vol. 34 (1967), S. 249-283.

3) SEN, A.K. "The Money Rate of Interest...", a.a.O. S. 277: "What kind of an investment function we should introduce is not very clear, and thus deals with one of the most untraceable elements in a capitalist economy."

Die Beliebtheit einer Investitionsfunktion vom Akzele-
ratorotyp ist offensichtlich auf die doppelte Interpre-

einer Weise unternehmerische Entscheidungen beeinflussen (z.B. in der Weise, daß Investoren zwischen den Alternativen wählen, vorhandene Mittel für physische und/oder Finanzinvestitionen im Inland und/oder Ausland auszugeben)¹⁾, dann sind Realmodelle nicht mehr haltbar, müssen durch nicht-neutrale geld-, kredit- und fiskalpolitische Aktivitäten des Staates²⁾ verursachte "monetary complications"³⁾ in den Modellen berücksichtigt werden.

tationsmöglichkeit von "v" als Verhaltens- und technischer Parameter zurückzuführen:

$$v = \frac{\text{Beabsichtigte Investition}}{\text{Outputänderung bei Vollbeschäftigung}} = \frac{\text{Erforderlicher Kapitalbestand}}{\text{Vollbeschäftigungsoutput}}$$

- 1) TOBIN, J., S. 133: "The willingness of the community to hold physical capital depends on its rate of return and the value of the liquid wealth held by the community. These two assumptions provide a link, generally absent in other models, between the world of real magnitudes and the world of money and prices." TOBIN, James: A Dynamic Aggregative Model, in: The Journal of Political Economy, Vol. 63 (1955), S. 103-115. Vgl. auch JOHNSON, Harry, G.: Essays in Monetary Economics, London 1967, S. 161-178.
- 2) "Die Neutralität des Staates" hat wenig gemein mit den Neutralitätsbegriffen technischen Fortschritts. PHELPS, E.S.: "The fisc and central banks were said to be neutral if they produced the same allocation of resources over time as would be produced if there were no fisc and no central bank but, instead, only an agency to conscript resources for government use, an agency to redistribute wealth and a private monopoly bank which 'priced' its services (including liquidity) in a Pareto-optimal way." PHELPS, Edmund S.: Fiscal Neutrality toward Economic Growth, New York 1965, Chapter 4, S. 104.
- 3) SOLOW, Robert M.: A Contribution of the Theory of Economic Growth, a.a.O., S. 81.

Auf welche Weise auch immer die durchschnittliche Sparneigung einer Volkswirtschaft das Wirtschaftswachstum zu beeinflussen vermag, - sei es, gemäß neo-klassischer Modelle über die Anfangsbedingungen, sei es, gemäß des Harrod-Domar-Ansatzes über die Wachstumsrate, - so bestehen wenig Zweifel daran, daß sie in enger Beziehung zum Faktoreinkommens-Verteilungsprozeß steht, einem Prozeß, der sich äußerst selten unter den Bedingungen vollständiger Konkurrenz vollzieht, wie neo-klassische Grenzproduktivitätsverteilungshypothesen unbeirrbar annehmen (müssen). Hypothesen über Preisbildungsprozesse auf den Produkt- und Faktormärkten unter realiter herrschenden Bedingungen unvollständiger Konkurrenz müßten die Wachstumsmodelle komplettieren, um ihre empirische Relevanz zu erhöhen.

Aus diesen Gründen können alle Bemühungen, Bedingungen für ausgezeichnete Wachstumslösungen abzuleiten, wenig befriedigen¹⁾ und allenfalls als Zwischenstationen auf dem Weg, zu umfassenderen Ungleichgewichtsmodellen, verstanden werden; denn "falsche" Anfangswerte, verschiedene, sich unterschiedlich über die Zeit entwickelnde Wachstumsraten, finite Reaktionszeiten u.a.m. sind die empirischen Tatbestände, denen es mit Anpassungshypothesen und Übergangsfunktionen beizukommen gilt; "richtige" Anfangswerte, gleiche und konstante Wachstumsraten der Variablen, Null-Reaktionszeiten, und vollständige Transparenz der Zukunft sind nicht beobachtbare Fiktionen.

5. Mit welcher Verve, Kompetenz und Methode die aufgeführten Fragen (und weitere im Zusammenhang mit Wirtschaftswachstumstheorien als relevant erachtete Aspekte) auch angegangen wurden, so kann als Ergebnis dieser gut

1) Vgl. ROBINSON, Joan: A Model of Accumulation, a.a.O., S. 34-39.

vierzigjährigen Bemühungen¹⁾ konstatiert werden, daß bis heute kein allgemein akzeptiertes, umfassendes deterministisches Wachstumskonzept existiert, von dem sich generelle Beurteilungskriterien für empirisch beobachtbare Wachstumsvorgänge oder allgemein anerkannte Wachstumsstrategien ableiten ließen. Drei Argumente stützen diese Feststellung:

5.1. Die nahezu vollständige Vernachlässigung politischer, soziologischer und psychologischer Prozesse bei der Erforschung des Wachstumsphänomens erscheint solange unzulässig, bis einwandfrei bewiesen ist, daß ihr Einfluß auf den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung vernachlässigbar klein ist.

5.2. Die meisten Wachstumsmodelle sind darüber hinaus den Beweis schuldig geblieben, daß staats- und außenwirtschaftliche Aktivitäten eine so geringe Rolle im Wachs-

1) v. NEUMANNs "...Untersuchungen wurden...zum erstenmal im Winter 1932 im mathematischen Kolloquium der Universität Princeton vorgetragen". v. NEUMANN, a.a.O., S. 74. Unter Anwendung der Methode der Topologie (auf äußerst ökonomische Weise) in einem System von Ungleichungen die "rentablen" (v. NEUMANN) Produktionsprozesse und Güterpreise, den Expansionskoeffizienten und Zinssatz der Volkswirtschaft in einem n-Güter-m-Produktionsprozesse-Modell unter expliziter Berücksichtigung von Abnutzung, Zeit und Koppelproduktionsmöglichkeiten (unter der Annahme konstanter Skalenerträge, fixer Produktionskoeffizienten und unbeschränkter Verfügbarkeit der Faktoren Arbeit und Land) berücksichtigt zu haben, veranlaßte CHAMPERNOWNE zur Feststellung, daß "this process of abstraction inevitably made many of his conclusions inapplicable to the real world." CHAMPERNOWNE, David G.: A Note on J. v. Neumann's Article on "A Model of Economic Equilibrium", in: The Review of Economic Studies, Vol. 13 (1945/46), S. 10-18, Zitat, S. 10.
Diesen "Geburtsfehler" konnte die Wachstumstheorie offensichtlich bis heute nicht überwinden.

tumsprozeß spielen, wie dies ihre Behandlung in den Modellen suggerieren möchte.¹⁾ Dieser hohe Abstraktionsgrad ist wahrscheinlich auch dafür verantwortlich, daß die Diskussionen über Wachstumstheorien und über "optimale" Entwicklungsstrategien auf getrennten Feldern ausgetragen wurden.²⁾

1) Vgl. die Erläuterungen 7 zur Erweiterung des Harrod'schen Grundmodells, im mathem.-stat. Anhang. SOLOW, Robert M.: A Contribution to the Theory of Economic Growth, a.a.O., S. 89-90, berücksichtigt in seinem neo-klassischen Ansatz überdies eine proportionale Einkommensteuer.

2) Eine Zwischenbilanz der "Comparative-Advantage-versus-Balanced-Growth-Diskussion" zieht CHENERY, H.B. - Während z.B. FRIEDMAN, M. kompromißlos für die Anwendung des Heckscher-Ohlin-Theorems als entwicklungsstrategisches Prinzip plädiert, stieß diese Empfehlung bei den "Balanced-Growth-Apologeten" auf strikte Ablehnung: "It (the Comparative Advantage-Based Development Policy, A.d.V.) is a doctrine which always appealed to those in a strong competitive position; those who were relatively poor never embraced very enthusiastically the prospect of permanent poverty." (SEERS, D., S. 461). Die Verschmelzung der Außenwirtschaftstheorie mit außenpolitischen Maximen machte die Entwicklungsstrategie-Diskussion überdies zu einem fruchtbaren Feld ideologischer Auseinandersetzungen. Vgl. z.B. die RWEYEMAMU-STEIN-RWEYEMAMU-SEIDMAN-Kontroverse im Journal of Modern African Studies, 1970-71.

Es bleibt zu hoffen, daß die Verfechter der Spezialisierungstheorien der Tatsache Rechnung tragen,

1. daß ein großer Teil der Produktion einer Volkswirtschaft (vor allem im Bereich der Infrastruktur) standortgebunden, d.h. per se immobil ist und

2. daß "Komparativer Vorteil" ein "komparativ-statisches"

Konzept ist, das z.B. nicht zu erklären vermag, wie ressourcenarme Länder (wie z.B. die Schweiz und Israel) ihren "komparativen Nachteil" im historischen Prozeß in einen "komparativen Vorteil" verkehren konnten. Ebenso bleibt zu hoffen, daß die Anhänger der Balanced-Growth-Konzepte der Tatsache Rechnung tragen, daß die wirtschaftlich-technische Abhängigkeit der armen Länder von den reichen durch die Applikation von Autarkie-Strategien eher verstärkt als gedämpft wird, und die Überwindung der Elemente der Unterentwicklung eher verzögert als beschleunigt wird.

5.3. Schließlich erscheinen die Wachstumsmodelle selbst für Tendenzaussagen unbrauchbar wie SAMUELSON, HICKS, J.R., PHILLIPS u.a. nachgewiesen haben:¹⁾ Für jedes Modell, dessen Gleichungssystem sich auf eine Differential- oder Differenzengleichung zweiter Ordnung reduzieren läßt, existieren vier verschiedene Lösungen für den zeitlichen Verlauf der Werte der Variablen: positives und negatives "Wachstum", verstärkte oder gedämpfte Oszilla-

Vgl. CHENERY, Hollis B.: Komparativer Vorteil und Entwicklungspolitik, in: FRITSCH, Bruno (Hrsg.): Entwicklungsländer, Köln, Berlin 1968, S. 317-351; FRIEDMAN, Milton: Foreign Economic Aid (Means and Objectives), in: Yale Review, Vol. 47 (1958), S. 500-516; SEERS, Dudley: The Role of Industry in Development (Some Fallacies), in: The Journal of Modern African Studies, 1, 4 (1963), S. 461-365; RWEYEMAMU, Justinian F.: International Trade and the Developing Countries, in: The Journal of Modern African Studies, 7, 2 (1969), S. 203-219; ders.: The Causes of Poverty in the Periphery, in: The Journal of Modern African Studies, 9, 3 (1971), S. 435-455; STEIN, Leslie: Developing Countries and International Trade - An Alternative View, in: The Journal of Modern African Studies, 8, 4 (1970), S. 605-616; SEIDMAN, Ann.: Prospects for African Exports, in: The Journal of Modern African Studies, 9, 3 (1971), S. 409-428.

Schließlich muß noch auf eine terminologische Konvention hingewiesen werden: Während "balanced growth" in der Wachstumstheorie ein bestimmtes Zeitverhalten der Variablen (Y, K, L) zueinander ausdrückt, bezeichnet "balanced growth" in der Entwicklungspolitik-Diskussion strukturelle Eigenschaften der Volkswirtschaft eines Entwicklungslandes.

- 1) Vgl. HICKS, John R.: A Contribution to the Theory of the Trade Cycle, Oxford 1951.
PHILLIPS, A.W.: Stabilisation Policy in a Closed Economy, a.a.O., SAMUELSON, Paul A.: Interactions between the Multiplier Analysis and the Principle of Acceleration, in: The Review of Economic and Statistics (May 1939), S. 75-78.

tionen um ein stationäres Niveau.¹⁾ Über das endgültige Zeitverhalten entscheiden bestimmte Parameter-Wertkonstellationen, ohne deren Kenntnis Trendaussagen inhaltsleer bleiben müssen.

6. Die Stringenz mathematisch formulierter Modelle offenbart in luzider Weise einen allgemeinen Zusammenhang zwischen steigender Differenziertheit und zunehmender Mehrdeutigkeit der Modell-Lösungen, die sich schnell zur Unlösbarkeit steigern läßt: Die Wurzeln der "charakteristischen Gleichung" einer linear-homogenen Differentialgleichung lassen sich mit wachsender Ordnung der Gleichung immer mühseliger bestimmen wie auch die erforderlichen Anfangsbedingungen.²⁾ Die Berücksichtigung von Inhomogenitäten, z.B. in Form autonomer öffentlicher Ausgaben oder privater öffentlicher Investitionen, bedingt die erfolgreiche Bestimmung des 'partikulären Integrals' des inhomogenen Teils der Differentialgleichung, deren Lösung sich der Lösung des homogenen Teils der Gleichung als Zwangskomponente überlagert.³⁾

Man kann Nicht-Linearitäten berücksichtigen,⁴⁾ kontinuierlich verteilte und Totzeitlags einzeln oder kombiniert

1) Für reelle Koeffizienten der charakteristischen Gleichung treten die komplexen Wurzeln als Lösungen der homogenen Gleichung immer paarweise konjugiert komplex auf. Vgl. BRONSTEIN, I.N. und SEMENJAJEW, K.A., a.a.O., sowie SMIRNOW, W.I., a.a.O.

2) Vgl. BRONSTEIN, I.N. und SEMENDJAJEW, K.A., a.a.O., S. 403 ff.

3) Im erweiterten Harrod-Modell wurden bereits autonome Privatinvestitionen berücksichtigt. Vgl. Erl.7 im math.-stat. Anhang

4) Verwiesen sei hier auf GOODWINs nicht-linearen Akzele-
rator. Vgl. GOODWIN, Richard M.: The Non-linear Accelerator and the Principle of Business Cycles, in: Econometrica (Jan. 1951), S. 1-17.

verwenden¹⁾ und auf phantasievolle Weise versuchen, weitere plausibel erscheinende Hypothesen mit ins Kalkül einzubeziehen - und dem Prokrustesbett der Mathematik anzupassen -, ohne von dieser "Zufallsmethode" erwarten zu dürfen, aus der Menge aller denkbaren wachstumsrelevanten Tatbestände ausgerechnet jene zu "erfassen", durch die der Verlauf der Entwicklung eines bestimmten Landes hinreichend genau erklärt und prognostiziert werden kann. Um aber gerade diese Variablen, Parameter und ihre funktionalen Verknüpfungen nach Art und Umfang identifizieren zu können, ist es notwendig, die einzigartige historische Datenkonstellation jedes der beiden Untersuchungsobjekte, Kenia und Tansania, aufzudecken.

1) Zum Zeitverhalten von Regelkreisen und Regelkreisgliedern, vgl. z.B. PRESSLER, Gerhard: Regelungstechnik, Mannheim, Wien, Zürich 1967, und ALLEN, R.G.D.: a.a.O.

Teil II

DIE SOZIO-ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG KENIAS UND
TANSANIAS UNTER KOLONIALER HERRSCHAFT ALS
DETERMINANTE IHRER ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN

§ 4 Die Aufteilung Ostafrikas unter den Kolonialmächten

Aus zwei Gründen erscheint ein historischer Rückblick notwendig: Die Erklärung des Entwicklungsprozesses als Funktion der Zeit setzt die Bestimmung der Funktion und ihrer Konstanten voraus: Determiniert durch Regelmäßigkeiten und Zufälligkeiten der Vergangenheit limitieren die Anfangsbedingungen - zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit Kenias und Tansanias - die Optionen zur Gestaltung der Zukunft, bestimmen wirtschaftliche und soziale Gesetzmäßigkeiten den Gang der Entwicklung¹⁾.

Beide, Anfangsbedingungen und soziale Dynamik, sind wegen der Singularität gesellschaftlicher Prozesse nur aus kritischer Beobachtung der - relevanten - Vergangenheit zu gewinnen.

Die Ursachen des "Struggle for Africa"²⁾ sind "völlig unverständlich" und "undurchsichtig". "Psychologische Faktoren", wie "romantischer Pioniergeist, überströmende Vitalität und ein primitives Expansionsbedürfnis", waren ebenso wirksam wie "Hunger nach Raum und einem neuen Betätigungsfeld", "Abenteuerlust", "Suche nach Absatzmärkten", "Streben nach militärischer Macht", "humanitärer Opfersinn" und "Missionsgeist"³⁾ - Faktoren rationaler und irrationaler Art, die in Europa einige Hektik auslösten:

-
- 1) TINBERGEN, Jan: "The fact is that we simply do not know many of the causes leading to development of a country, with the result that a conscious development policy cannot be chosen with certainty". TINBERGEN, Jan: Development Planning, London 1967, S. 28.
 - 2) MARSH, Z. u. KINGSNORTH, G.W.: a.a.O., S. 91.
 - 3) BERTAUX, Pierre: Afrika: von der Vorgeschichte bis zu den Staaten der Gegenwart, Frankfurt 1966, S. 181.

Nachdem König Leopold von Belgien mit seiner privaten Akquisition¹⁾ im Kongobecken den Sturm auf Afrika entfacht hatte²⁾, fand "auf Betreiben Bismarcks"³⁾ die Berliner Kongokonferenz (November 1884 bis Februar 1885) statt, auf der sich Vertreter von zwölf europäischen Staaten über ihre "Einflußsphären"⁴⁾ in Gebieten einigten, deren Grenzen später fallweise zu konkretisieren waren.

Vor und während der Konferenz hatte der deutsche Staatsbürger Carl PETERS⁵⁾ mit den Führern einiger ostafrikanischer Stämme⁶⁾ "im Auftrage der von ihm gegründeten⁷⁾ Gesellschaft für deutsche Kolonisation" "Unterwerfungsverträge"⁸⁾ abgeschlossen, in

1) BERTAUX, P., a.a.O., S. 185: "Dieses Gebiet war praktisch Leopolds Privateigentum..."

2) Vgl. HATCH, J., a.a.O., S. 15.

3) BERTAUX, P., a.a.O., S. 183.

4) Die britische Formulierung "effektive Okkupation" wurde abgelehnt. Vgl. HATCH, J. a.a.O., S. 16.

5) LOTH, Heinrich: Griff nach Ostafrika (Politik des deutschen Imperialismus und antikolonialer Kampf - Legende und Wirklichkeit), Berlin 1968, charakterisiert PETERS als "krankhaft ehrgeizigen Kleinbürger" - S. 15 -, "Abenteurer und Konquistador" - S. 18 -.

6) Die Stämme waren: Usagera, Usegua, Nguru und Ukami; vgl. LOTH, H. a.a.O., S. 18.

7) Vgl. LOTH, H., a.a.O., S. 18.

8) Diese Formulierung benutzt LOTH, H., a.a.O., S. 18. Zur Art ihres Zustandekommens schreibt er: "... durch Einschüchterung, Bestechung, Alkoholmißbrauch und leere Versprechungen...". LOTH, H., a.a.O., S. 18.

die BISMARCK eintrat¹⁾, um auf der Konferenz "nicht mit leeren Händen zu erscheinen"²⁾. Da "man ... sich über koloniale Gegensätze schließlich immer (hat, A.d.V.) einigen können"³⁾, mußte der Sultan von Sansibar, zu dessen Herrschaftsbereich die zedierten

-
- 1) Zur rechtlichen Bedeutung der PETERSschen "Schutzbriege", vgl. MARSH, Z. und KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 105. Ihrer Meinung nach könnten sie aus zwei Gründen nicht als "seriös ausgehandelt" bezeichnet werden. Zunächst sei es höchst unwahrscheinlich, daß die Stammesführer, die sie unterzeichnet hätten, ihren Sinn verstanden hätten, und zweitens seien die betroffenen Gebiete Teil des Herrschaftsbereiches des Sultans von Sansibar gewesen. FREEMAN-GRENVILLE, G.S.P.: The German Sphere 1884-98, in: OLIVER, Roland u. MATHEW, Gervase (Hrsg.): History of East Africa, Vol. I, Oxford 1963, S. 436, bezeichnet die Vertragsabschlüsse als "gigantischen und bewußten Betrug". RAUM, O.F.: German East Africa: Changes in African Life under German Administration 1892-1914, in: HARLOW, Vincent u. CHILVER, E.M. (Hrsg.): History of East Africa, Vol. II, Oxford 1965, S. 171, ist der Ansicht, man unterschätze die Intelligenz der Stammesführer, wenn man annehme, ihnen sei der Zweck unbekannt gewesen; denn tributmäßige Abhängigkeit sei schließlich ein bekanntes politisches Phänomen in Ostafrika gewesen. Ihre eigentliche Bedeutung hätten sie (MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 105) jedoch erst durch die Anerkennung und Unterstützung BISMARCKs erlangt.
- 2) BERTAUX, P., a.a.O., S. 185-186: BISMARCK wie den anderen Vertretern ging es darum, "... Pfänder in der Hand zu haben, die sie je nach den Umständen wirtschaftlich nutzen oder austauschen konnten." MANN, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt 1958, meint, BISMARCK habe die koloniale Expansion Deutschlands "... nur spät und nur mit der linken Hand mitgemacht..." und die Kolonien "... nicht ernst..." genommen. S. 507. MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 110, schreiben: "...British and Germans were interested in the land as a political possession for strategic reasons...".
- 3) MANN, G., a.a.O., S. 507.

Regionen gehörten¹⁾, ihrer Annexion nolens volens²⁾ zusehen, weil ihm Großbritanniens Regierung, zu der er enge Verbindungen unterhielt³⁾, jegliche Unterstützung⁴⁾ versagte.

Deutsche Ansprüche und britisches Interesse an der ostafrikanischen Küste⁵⁾ erforderten eine Abgrenzung der Interessensphären. Im Teilungsvertrag von 1886 einigte man⁶⁾ sich in London im wesentlichen über folgende Punkte⁷⁾:

-
- 1) Vgl. MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 105.
 - 2) Vgl. MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 106-108. Durch Übermittlung eines Ultimatums - dem er durch Entsendung einiger Kanonenboote Nachdruck verleihen ließ -, forderte BISMARCK im August 1885 den Sultan auf, seine Proteste gegen diese Abmachungen zurückzuziehen.
 - 3) Diese Verbindungen gingen zurück auf den gemeinsamen Kampf Großbritanniens und des Oman-Sansibar-Reiches gegen die Piraten an der Küste Indiens, Arabiens und Ostafrikas.
Vgl. LOFCHIE, Michael F.: Zanzibar: Background to Revolution. Princeton 1965, S. 52 ff.
 - 4) Vgl. MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 105.
 - 5) MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 108-109, begründen dieses Interesse: Furcht, Deutschland könne die gesamte Küste dominieren; Notwendigkeit einer britischen Schlüsselstellung im Norden - Mombasa - zur Neutralisierung des deutschen Hafens Daressalam; Schutz der Seeverbindungen im Indischen Ozean; Brückenkopf zum Bau einer Eisenbahn ins Landesinnere.
 - 6) Die Vertreter Deutschlands und Großbritanniens einigten sich höchstwahrscheinlich, ohne einer Vertretung des Sultans von Sansibar Gelegenheit gegeben zu haben, an diesen Verhandlungen teilzunehmen.
 - 7) Vgl. MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 110.

- Deutschland und Großbritannien anerkannten die Autorität des Sultans über die Inseln Sansibar, Pemba, Mafia und Lamu, sowie über einen Küstenstreifen von zehn Meilen Tiefe, begrenzt von der Mündung des Ruvuma im Süden und der Mündung des Tana im Norden inklusiv einiger Exklaven.
- Das Gebiet zwischen den Flüssen Tana und Ruvuma wurde entlang der "artifiziellen" Grenze, wie sie heute zwischen Kenia und Tansania besteht, in britische und deutsche Einflußsphären aufgeteilt.

Da die Kolonie der "Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft"¹⁾ - außer Daressalam²⁾ - keinen Zugang zur Küste besaß,

"erzwang die deutsche Diplomatie vom regierenden Sultan... den Abschluß des sogenannten Küstenvertrages; die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft erhielt die Ausübung aller staatlichen Hoheitsrechte, die Verwaltung und die Erhebung der Zölle in sämtlichen Häfen des überlassenen Territoriums gegen Entschädigung übertragen."³⁾

Da der Verlauf der Westgrenzen der britischen und deutschen Einflußsphären nicht festgelegt war, konnte PETERS den Tana-Fluß aufwärts ins Landesinnere ziehen⁴⁾ und westlich des Viktoria-Sees neue Gebiete annektieren. Daß die auf dieser Expedition geschlossenen

-
- 1) Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft wurde die halb-staatliche Nachfolgegesellschaft der PETER schen Gesellschaft für deutsche Kolonisation. Zur Politik dieser Gesellschaft, vgl. LOTH, H., a.a.O., S. 19.
 - 2) Im Teilungsvertrag von 1886 war Deutschland eingeräumt worden, in Daressalam eine Zollstelle einzurichten. Vgl. MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W.a.a.O., S. 110.
 - 3) LOTH, H., a.a.O., S. 20.
 - 4) Den Verlauf dieser sogenannten Emin-Pascha-Expedition beschreibt LOTH, H., a.a.O., S. 22.

Verträge nicht zu deutscher Beschlagnahme führten, lag an der veränderten politischen Situation in Europa, an "Bismarcks Absicht, Deutschlands (gefährdete, A.d.V.) Position in Europa zu sichern"¹⁾. Um Großbritannien nicht zu verärgern, war er in Ostafrika konzessionsbereit: Im Helgoland-Vertrag von 1890 wurde die endgültige Aufteilung Ostafrikas zwischen Deutschland und Großbritannien vollzogen²⁾. Die Westgrenze wurde so festgelegt, wie sie heute zwischen Uganda und Tansania/Ruanda verläuft. Die Gebiete nördlich der Grenze wurden zur britischen, die südlichen zur deutschen Interessensphäre geschlagen. Gegen das Versprechen, die deutschen Bemühungen um die endgültige Abtretung des Küstenstreifens durch den Sultan zu unterstützen³⁾, wurde Großbritannien das Protektorat über das Sultanat Sansibar überlassen⁴⁾.

Mit dem Helgoland-Abkommen waren die Schachzüge europäischer Diplomaten um die Hegemonie in Ostafrika beendet, war die Teilung vollzogen, das Reich des Sultans faktisch untergegangen. Die Regierungen selbst konnten

1) MARSH, Z. u. KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 114.

2) Vgl. MARSH, Z. u. KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 114-115.

3) Weiterhin wurde vereinbart, daß Deutschland auf alle Ansprüche nördlich des Tana-Flusses - insbesondere auf das Protektorat Witu - verzichtet und Großbritannien Helgoland an Deutschland abtritt. Der Sultan erhielt eine Abfindung in Höhe von 200.000 Pfund.

4) Anfang 1889 war Kapitän Hermann v. WISSMANN in Ostafrika eingetroffen, um Rebellionen an der Küste niederzuschlagen. Er errichtete sein Hauptquartier in Bagamoyo und seither lebten im Sultanat sechsmal soviel Deutsche wie sonstige Europäer. Unter diesen Umständen ist nicht vorstellbar, wie Großbritannien ohne deutsche Einwilligung hätte das Protektorat übernehmen können.

Vgl. MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 112, 114, und LOTH, H., a.a.O., S. 68.

fortfahren zu vollenden, was Sklavenjäger, Missionare, Forschungsreisende, Eroberer, private und halbstaatliche Chartergesellschaften begonnen hatten: die "Zivilisierung" afrikanischer Kulturen¹⁾.

-
- 1) Zum Unterschied zwischen Zivilisation und Kultur, vgl. z.B. FRANCIS, E.K.: Grundlagen soziologischen Denkens, Bern, München 1965, S. 39 ff.
Zur Darstellung der Sandsch-Kultur an der Ostküste Afrikas, vgl. z.B. BERTAUX, P., a.a.O., S. 106 ff. und DAVIDSON, Basil: Urzeit und Geschichte Afrikas, Hamburg 1961, S. 127 ff. DAVIDSON behandelt auch die Geschichte der im Hinterland beheimateten Azaner. Vgl. DAVIDSON, B., a.a.O., S. 189 ff.
Zur Sklavenjagd äußert sich BERTAUX, P., a.a.O., S. 148: "Um ... nur einige Dutzend Sklaven verkaufen zu können, metzelten die ... Sklavenjäger eine beträchtliche Anzahl Erwachsener und Kinder nieder und vertrieben ganze Dörfer, deren desorganisierte und ihrer männlichen Erwachsenen beraubte Bewohner kaum zu überleben vermochten. Die Entvölkerung und vor allem die indirekten Auswirkungen fallen unvergleichlich viel stärker ins Gewicht als die nackte Zahl der deportierten Sklaven."
Eine Schätzung von 10 Millionen jenseits des Atlantik verkaufter Sklaven scheine zu niedrig und der Tod eines Viertels der Sklaven beim Transport verbürgt. - Macht man sich Vorstellungen über die Größenordnung der in die arabische Welt deportierten Sklaven, in der sie seit Jahrhunderten Bestandteil der sozialen Organisation waren, dann ist es nicht schwer, sich die verheerenden Auswirkungen des Handels mit Afrikas "einzigem Reichtum" - dem "Ebenholz", wie die Sklaven genannt wurden - auf die Völker dieses Kontinents vorzustellen. Die Tätigkeit der christlichen Missionen war besonders in Uganda bemerkenswert. Auf dem Rücken der Eingeborenen wurde die Konkurrenz von Islam und Christentum sowie zwischen Protestanten und Katholiken simultan ausgetragen. Vgl. z.B. BERTAUX, P., a.a.O., S. 238 oder MARSH, Z. and KINGNORTH, G.W., a.a.O., S. 127 ff. oder RAUM, O.F., a.a.O., S. 198-203.
Mit Carl PETERS wurde bereits ein typischer Vertreter der Forschungs- und Eroberungsreisenden vorgestellt.

§ 5 Die Entwicklung zum heutigen Tansania
unter wechselnder Herrschaft

1. Koloniale Unterwerfung: Deutsch-Ostafrika
(1885-1918)

Dem Deutschen Reich war ein Gebiet zugesprochen worden, das knapp doppelt so groß war wie das Reichsgebiet¹⁾. Im Inneren lebten im Süden teils unabhängige, teils von Ngoni-Invasoren unterworfenen Bantu-Stämme, die Landwirtschaft betrieben. Im Norden lebten kriegerische Massai, die mit ihrem Vieh ständig auf der Suche nach ausreichender Wasserversorgung im Lande herumzogen. Und an der Küste lebten die Handel treibenden Suaheli²⁾, die ihre Kultur entlang der Handelswege tief ins Landesinnere trugen. Die Bevölkerung war ungleichmäßig verteilt: Weite Gegenden im Zentrum und Westen des Landes (rund 50 % des Territoriums) waren wegen periodischer Trockenheit und Verseuchung durch

1) Deutsches Reich: rund 540.000 qkm, Deutsch-Ostafrika: rund 990.000 qkm. Vgl. SCHWIND, Martin (Hrsg.): Die Staaten und Länder der Erde. Hannover 1959. Kap. Deutschland (S. 198), Ruanda-Urundi (S. 633) und Tanganjika (S. 756).

2) DAVIDSON, B., a.a.O., S. 170: "Ständig von den Völkern, unter denen sie lebten, absorbiert, erhielten die handeltreibenden Araber stets von Arabien und dem persischen Golf Verstärkung; niemals verloren sie ihre Identität. Ihrer Anwesenheit ist die Suaheli-Kultur zu verdanken: Eine authentische afrikanische Synthese nicht-afrikanischer Ideen, die nichtsdestoweniger grundsätzlich und vorherrschend afrikanisch blieben - Bantu sprechend afrikanisch. Diese Kultur der Küste war synkretistisch: Sie nahm von vielen Quellen, bildete aber eine Einheit mit eigenem Charakter, und diese Einheit war eindeutig afrikanisch."

BERTAUX, P., a.a.O., S. 111: "Die Sanschkultur (mit der Suahelisprache, A.d.V.) des ostafrikanischen Küstenstreifens hatte für ihre Zeit einen außerordentlich hohen Stand erreicht. Heute neigt man...dazu, diese Kultur eher als eine negro-afrikanische und stufenweise islamisierte zu betrachten..."

Tsetse-Fliegen für dauerhafte Besiedlung ungeeignet. Stammeskriege und Plünderungen der arabischen Sklavenjäger und der Ngoni hatten ganze Landstriche verwüstet und deren Bewohner vertrieben. Malaria-, Typhus- und Pockenepidemien dezimierten die Eingeborenen, Rinderpest, Heuschrecken und andere Plagen vernichteten die Rinder und Feldfrüchte¹⁾.

Dieses ungastliche Land begannen nun Deutsche zu kolonisieren: Die Furcht vieler Einheimischer, von Europäern aus ihren Sklaven- und Elfenbeingeschäften verdrängt zu werden, die Einnahmen aus dem ertragreichen Wegezoll, hongo, zu verlieren, ihr Argwohn gegenüber gesetzlicher Landregistrierung, zusätzliche Belastungen durch Hüttensteuern, Rücksichtslosigkeit und Taktlosigkeit der Kolonisatoren waren Ursachen, die die Bevölkerung - zunächst an der Küste und später im ganzen Land - zum bewaffneten Widerstand trieben. Die "Befriedung" dieses anti-kolonialen Kampfes dauerte zwanzig Jahre und kostete Zehntausenden von Afrikanern das Leben²⁾.

1) Vgl. HENDERSON, W.O.: German East Africa, 1884-1918, in: HARLOW, V. u. CHILVER, E.M. (Hrsg.), a.a.O., S. 123.

2) Zum Verlauf dieser Kämpfe, die "... die deutsche Kolonialherrschaft in Ostafrika an den Rand des Abgrundes geführt..." (LOTH, H., a.a.O., S. 91) hatten, vgl.:
FREEMAN-GRENVILLE, G.S.P., a.a.O., S. 433,
LOTH, H., a.a.O., S. 61 ff.,
HENDERSON, W.O., a.a.O., S. 132-146,
RAUM, O.F., a.a.O., S. 172-174,
LOTH, H.: "Nach eigenem Eingeständnis der deutschen Regierung waren bis Januar 1907 rund 75.000 Menschen ermordet worden." a.a.O., S. 91.

Nachdem die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft wegen totalen geschäftlichen Mißerfolges liquidiert und das Gebiet am 1. Januar 1891 Kronkolonie des Deutschen Reiches geworden war, wurde in dem Maße, in dem sich die effektive Kontrolle über das Land ausdehnte, mit der Errichtung eines militärisch supponierten Verwaltungsnetzes begonnen, an dessen Spitze ein Militärgouverneur stand. Die Zivilverwaltung nahm mit der Einrichtung einer Finanzverwaltung 1891 ihren Anfang. Ihr folgten nach und nach Abteilungen für Justiz, Gesundheit, Landwirtschaft und Landvermessung sowie für "Öffentliche Arbeiten".

Die Kolonie wurde in Distrikte¹⁾ untergliedert, deren Machtzentren meistens von para-militärischen Bezirksamtännern geführte Militärstationen waren; diese sorgten für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, für die Aushebung von Arbeitskräften für öffentliche Arbeiten und die Eintreibung der Hüttensteuern. Da jene rund 160 Deutschen, die 1896 die Kolonie verwalteten, diese Aufgaben nicht allein erfüllen konnten, versicherten sie sich der Dienste gefügiger Suaheli (akidas),

1) Ausführliche Darstellungen der deutschen Kolonialverwaltung findet man z.B. bei:
BALD, Detlef: Deutsch-Ostafrika 1900-1914, München 1970,
RAUM, O.F., a.a.O., S. 174-179,
FREEMAN-GRENVILLE, G.S.P., a.a.O., S. 447-448,
HENDERSON, W.O., a.a.O., S. 135 und
ILIFFE, John: Tanzania under German and British Rule,
in: CLIFFE, Lionel u. SAUL, John S. (Hrsg.): Socialism in
Tanzania, Nairobi 1972, S. 8-17.
Die Anzahl der Distrikte variierte: 1896: 14; 1903: 28;
1914: 22.

die auf diese Weise ihre Sprache und islamische Kultur ins Hinterland trugen, so daß Kisuaheli¹⁾ die lingua franca Ostafrikas wurde. Die "akidas" wirkten in der Regel wieder über Dorfälteste, "jumbes", auf die Bevölkerung ein. Zur Verstärkung der Streitkräfte musterte man "askari" an²⁾.

Infolge des langjährigen Unterwerfungskampfes machte die wirtschaftliche Entwicklung nur mühsame Fortschritte: Daressalam, 1890 eine kleine Eingeborenensiedlung, wurde zum Sitz der Kolonialverwaltung ausgebaut, Forts, Häfen und in Grundzügen ein Wegenetz angelegt, eine Schifffahrtslinie nach Hamburg eingerichtet, Telegraphie- und Postverbindungen aufgebaut; 1893 begann der Bau der Usambara-Eisenbahn, die 1912 Moshi am Fuße des Kilimandscharo mit dem Küstenort Tanga verband (352 km). Den Bau der Zentrallinie von Daressalam zum Tanganjikasee nahm man 1905 in Angriff und erreichte Kigoma 1914 (1252 km). Das Land wurde kartiert, das Amani-Institut zur Forschung und Entwicklung der tropischen Landwirtschaft eingerichtet, staatliche und Missionsschulen gebaut; es wurde mit dem Anbau von Kaffee, Baumwolle, Tabak, Tee, Vanille, Sisal, Kokospalmen und Kautschuk experimentiert, und Versuche gemacht, Maultiere und Esel als Zug- und Lasttiere einzusetzen. Man begann

1) Präfixe in Kisuaheli: "Wa-": die Leute von ...; "U-": das Land der ...; "Ki-": Die Sprache, Eigenschaft der ...

2) Vgl. BALD, D., a.a.O., S. 194.

hier und da Afrikaner mit modernen Landwirtschaftsmethoden vertraut zu machen¹⁾, was aber mit zunehmender Einwanderung europäischer Siedler auf deren erfolgreichen Widerstand stieß, da sie Einheimische als Arbeiter und nicht als Konkurrenten schätzten.

Leistungen der Kolonisation waren unverkennbar: Daresalam wurde 1905 "the best built town on the coast"²⁾ genannt; die Grundstruktur eines Verkehrs- und Nachrichtensystems war 1914 gelegt; das Amani-Institut genoß dank seiner erfolgreichen Arbeit Weltgeltung³⁾; Robert KOCHs Entdeckung des Atoxyl ermöglichte die Bekämpfung der Schlafkrankheit⁴⁾, die Güte der deutschen Landkarten von Ostafrika wußten selbst britische Kolonialbeamte zu schätzen⁵⁾, und das Schulsystem erhielt noch nach dem Weltkrieg gute Noten von den neuen Administratoren⁶⁾.

1) RAUM, O.F., a.a.O., S. 190: "Wenn die afrikanische Wirtschaft gleichermaßen von der Kolonialverwaltung unterstützt worden wäre (wie die europäische, A.d.V.), dann hätte die eingeborene, afrikanische Landwirtschaft viel wirksamer entwickelt werden können, und (die Kolonialverwaltung, A.d.V.) dafür gepriesen werden können, das Land erschlossen zu haben." Ü.d.V.

2) HENDERSON, W.O., a.a.O., S. 134.

3) HENDERSON, W.O., a.a.O., S. 144.

4) HENDERSON, W.O., a.a.O., S. 151.

5) HENDERSON, W.O., a.a.O., S. 133-134.

6) HENDERSON, W.O., a.a.O., S. 151.

Diesen Leistungen, die dank Kombination öffentlicher Mittel des Reiches mit afrikanischer Zwangsarbeit¹⁾ erzielt worden waren, standen die unzähligen Toten der "Buschkriege", die Unterdrückten der oft willkürlichen und grausamen Verwaltungsmethoden, die Desorganisation der Stammesverbände²⁾ und die afrikanischen Opfer des Ersten Weltkrieges gegenüber³⁾.

-
- 1) HENDERSON, W.O., a.a.O., S. 154-155.
Zum "Wilhelmstal-System" der Zwangsarbeit, vgl. HENDERSON, W.O., a.a.O., S. 144.
Zum "corvée-System" meint FREEMAN-GRENVILLE, a.a.O., S. 450, es sei keineswegs unnormal gewesen, müsse man doch die Schwierigkeiten bei der Einführung einer Geldwirtschaft berücksichtigen.
RAUM, O.F., a.a.O., S. 195-197, präzisiert: "Taxation however, involved most Africans in money dealings, for they generally preferred to pay cash rather than in labour.....persons who wished to work off the tax or pay in kind could do so,.... Armed askaris as taxcollectors were disliked, and although taxes were on the whole readily payed, the sense of grievance at having to pay them was expressed in phrases like: 'We are being killed by the tax!' Tax defaulters there were... . The defaulters had their huts burned down and their cattle confiscated. The distrikt (hier: Ipenga, A.d.V.) remained unresponsive, and later women were taken away... to work off the taxes which their husbands in hiding were either unwilling or unable to render."
- 2) Zur Begünstigung der Entstehung eines städtischen und ländlichen Proletariats durch die Kolonisation, vgl. RAUM, O.F., a.a.O., S. 197.
- 3) Zum Verlauf des Krieges in Ostafrika unter Führung von Paul v. LETTOW-VORBECK, vgl.:
HENDERSON, W.O., a.a.O., S. 155,
BERTAUX, P., a.a.O., S. 254 und
LOTH, H., a.a.O., S. 27-30.
Wielange der Durchhaltekrieg in Ostafrika das Kriegsende in Europa verzögerte, ist nicht bekannt.

Nachdem der Krieg beendet war und die Alliierten die militärische Kontrolle übernommen hatten, waren die Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen zerstört, der interne Handel zerrüttet, der Überseehandel tot, hatten wissenschaftliche Institute und Wohlfahrtsdienste ihre Arbeit eingestellt, waren manche Distrikte infolge des widersinnigen "Durchhaltekrieges", auf den Hungersnot und Grippeepidemie folgten, entvölkert¹⁾, hatte Deutsch-Ostafrika zu existieren aufgehört. - Profitiert hatten von der Kolonisation allenfalls einige Kautschuk-Plantagen-Besitzer, die ihre Betriebe auf dem Gipfel des Booms von 1910 verkauften²⁾.

2. Tanganjika unter britischer Mandatsverwaltung (1918 - 1948)

Im untergegangenen Deutsch-Ostafrika, nunmehr Tanganjika, bemühte sich Großbritannien solange um die provisorische Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und des Geschäftslebens³⁾, bis ihm im Juli 1922 der Völkerbundrat das sogenannte B-Mandat für Tanganjika

1) MARSH, Z. and KINGNORTH, G.W., a.a.O., S. 229:
"1918 sah Tanganjika so aus, als ob es sich nie wieder würde erholen können". Ü.d.V.
Vgl. auch INGHAM, Kenneth: Tanganyika: The Mandate and Cameron, 1919-1931, in: HARLOW, V. u. CHILVER, E.M., a.a.O., S. 543-593.

2) Vgl. HENDERSON, W.O., a.a.O., S. 152.

3) Vgl. INGHAM, K., a.a.O., S. 547-550.

übertrug¹⁾. Die Mandatsverleihung war mit einigen Auflagen verbunden, die u.a. forderten, die Mandatsmacht solle alles unternehmen

"...um das materielle und geistige Wohlergehen, sowie den sozialen Fortschritt der Bewohner (des Mandatsgebietes, A.d.V.) aufs äußerste zu fördern". 2)

-
- 1) "B-Mandat": "... für Gebiete, deren Völker noch nicht fähig sind, sich unter den besonders schwierigen Voraussetzungen selbst zu regieren". BERTAUX, P., a.a.O., S. 254.

Mit der Mandatsverleihung war eine weitere Teilung Ostafrikas verbunden: Belgien erhielt für seinen Beitrag zur Unterwerfung v. LETTOW-VORBECKs Truppen die Mandatsverwaltung über die beiden "wohlhabendsten und volkreichsten" (INGHAM, K., a.a.O., S. 548, Ü.d.V.) Bezirke Deutsch-Ostafrikas übertragen (rd. 54.000 qkm, A.d.V.). Der Rest der Kolonie wurde zum britischen Mandatsgebiet Tanganjika (rd. 936.000 qkm, A.d.V.).

- 2) Artikel 3 des Völkerbund-Dokumentes, C. 449 (I) & M. 345 (a), 1922 VI., abgedruckt bei: CHIDZERO, B.T.G.: Tanganyika and International Trusteeship, London, New York, Toronto 1961, S. 257, Ü.d.V.

Andere Artikel forderten z.B.:

Artikel 5: die endgültige Abschaffung der Sklaverei; adäquate Entlohnung der Zwangsarbeiter; Schutz der Eingeborenen vor ausbeuterischen Praktiken;

Artikel 6: Regelung der Grundeigentumsfragen in Übereinstimmung mit den örtlichen Gepflogenheiten;

öffentliche Beaufsichtigung von Grundeigentumsstransaktionen zwischen Eingeborenen und Einwanderern;

Artikel 7: Gleichbehandlung aller natürlichen und juristischen Personen der Völkerbund-Mitgliedsstaaten;

Artikel 10: ließ ausdrücklich die supra-territoriale Zusammenarbeit zu, sofern sie im Einklang mit allen anderen Artikeln stand.

Vgl. CHIDZERO, B.T.G., a.a.O.

Da diese Bestimmungen weder den konkreten Verlauf des Emanzipationsprozesses vorzeichneten, noch die afrikanische Vertretung in öffentlichen Körperschaften regelten, reduzierte sich im allgemeinen in der Praxis die Verpflichtung des Mandatsträgers gegenüber dem Völkerbund auf die jährliche Zustellung eines Berichtes zu Händen der "Ständigen Mandatskommission", der über den erzielten Fortschritt informieren sollte. Kritik seitens der Kommission führte in der Regel zur Einberufung einer britischen Untersuchungskommission, die den beanstandeten Mißständen nachging und der britischen Regierung Vorschläge zur Beseitigung der Kritikursachen unterbreitete.

Da der erste britische Gouverneur Sir Horace BYATT¹⁾ die Artikel der Mandatsverpflichtung intensiv interpretierte und infolgedessen den Interessen europäischer Farmer wenig Gehör schenkte, geriet er mit ihnen in Konflikt: In der Annahme, beschlagnahmtes Feindvermögen günstig erwerben zu können, fühlten sie sich um "sichere" Spekulationsgewinne betrogen, als 2,4 % dieses Vermögens Afrikanern zugänglich gemacht wurde; Bemühungen der Verwaltung, Afrikaner am Kilimandscharo im Anbau von "Arabika-Kaffee" zu unterweisen ("traditionell" bauten die Europäer Arabika und Afrikaner die weniger lukrative "Robusta"-Sorte an, A.d.V.), verärgerten sie, weil ihnen Plantagenarbeiter lieber gewesen wären als Konkurrenten²⁾.

1) Zur Ära BYATT siehe INGHAM, K., a.a.O., S. 547-562.

2) Ihr Argument: "... European coffee planters... professed to see a danger that coffee disease might be spread as a result of the laziness and carelessness of the African growers"; INGHAM, K., a.a.O., S. 556.

Trotz dieser Spannungen steht fest, daß unter BYATT die zerrüttete Wirtschaft des Landes saniert wurde und die Grundlagen für die weitere Entwicklung geschaffen wurden.

Um die Konfrontation mit den eingewanderten Kolonisten, den sogenannten Unoffiziellen, abzubauen und sie durch ein Gefühl der Verantwortlichkeit auf seine Politik zu verpflichten, forcierte Gouverneur Sir Donald CAMERON die Bildung des "Legislativrates"¹⁾, der als Diskussionsforum zwischen der offiziellen Verwaltung und den Unoffiziellen dienen sollte. Er bestand aus dem Gouverneur, den Mitgliedern des "Exekutivrates" als Ex-officio-Mitgliedern und anderen vom Gouverneur ernannten offiziellen und unoffiziellen Mitgliedern, wobei die offiziellen die Mehrheit stellten. Afrikaner und Araber hatten in diesem Forum keinen Platz, weil keine geeigneten Persönlichkeiten zur Verfügung standen und die Interessen der Eingeborenen direkt durch den Sekretär für Eingeborenenfragen, den Chefsekretär und den Gouverneur persönlich vertreten wurden²⁾.

Um mit wenigen europäischen Beamten das Land wirksam verwalten zu können, mußte die regionale Verwaltung neu organisiert werden. Das Mandatsgebiet wurde in elf Provinzen mit je einem Provinzkommissar an der Spitze und diese jeweils wieder in Distrikte unter einem Distriktkommissar gegliedert. Die entscheidende

1) Vgl. INGHAM, K., a.a.O., S. 566-570, und CHIDZERO, B.T.G., a.a.O., S. 52-53, sowie 125-127.

2) Vgl. CHIDZERO, B.T.G., a.a.O., S. 126.

Veränderung gegenüber dem deutschen akida-System lag nun darin, daß versucht wurde, in jedem Distrikt diejenige Autorität ausfindig zu machen, von der man annahm, daß sie im Rahmen der präkolonialen Verhältnisse von den Eingeborenen anerkannt worden war. Diesen Autoritäten - chiefs, headmen, Ältestenräte - wurde die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung und die Beitreibung von Hütten- und Kopfsteuern in ihrem Gebiet übertragen, wobei sie einen Teil des Steueraufkommens für die Wahrnehmung lokaler öffentlicher Aufgaben verwenden konnten¹⁾.

Das wirtschaftliche und soziale Leben Tanganjikas während der Zwischenkriegszeit²⁾ war durch allgemein zunehmende Prosperität und deren Störung durch die Weltwirtschaftskrise sowie durch die Diskussion über eine engere Zusammenarbeit unter den vier benachbarten, unter britischer Kontrolle stehenden Territorien Kenia, Sansibar, Tanganjika und Uganda gekennzeichnet.

1) Zum Wesen der "indirect rule", vgl. Kenia, § 6, Kap. 2. In Bezug auf Tanganjika bezweifelt CHIDZERO (a.a.O., S. 131), daß dieses Verwaltungsprinzip der vom Mandat geforderten Emanzipation der afrikanischen Bevölkerung dienlich gewesen sei; denn "indirect rule" habe tendenziell tribalistische Strömungen gefördert und konserviert und solchermaßen die Überwindung von Stammesschranken und die Bildung eines Nationalbewußtseins behindert. Darüber hinaus habe es dem Paternalismus Vorschub geleistet mit der Konsequenz, daß die Autoritäten zu Erfüllungsgehilfen ehrgeiziger Distriktkommissare wurden.

INGHAM, Kenneth: Tanganyika: Slump and Short-Term Governors, 1932-1945, S. 605, in: HARLOW, V. u. CHILVER, E.M., a.a.O., S. 594-624. INGHAM weist darauf hin, daß dieses Verwaltungssystem nur dort habe funktionieren können, wo es gelungen sei, Autoritäten zu finden und sie zur Kooperation zu bewegen.

2) Vgl. INGHAM, K.: "The Mandate", a.a.O. und derselbe:



1. Einige wenige Produktionsdaten¹⁾ lassen eine günstige Mengenkonjunktur für die wichtigsten Exporterzeugnisse Sisal, Baumwolle, Kaffee und Erdnüsse erkennen. Mitte der zwanziger Jahre wurde diese Produktpalette durch Gold bereichert, das 1939 zweitwichtigstes Exportgut nach Sisal wurde. Da lediglich die Sisal- und ein geringer Teil der Kaffeeproduktion in der Hand von Kolonialisten war, und da die temporäre Ausbeutung des alluvialen Goldes internationalen Glücksrittern zugeschrieben werden muß, kann angenommen werden, daß afrikanische Bauern mit ihrer Baumwoll-, Kaffee- und Erdnußproduktion an dieser Mengenkonjunktur partizipierten.

Allerdings darf trotz dieser günstigen Beurteilung nicht vergessen werden, daß mehr als die Hälfte der afrikanischen Landwirtschaft auf einem unproduktiven Subsistenzniveau verharrte, das nicht ausreichte, den Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung zu decken und den Import von Grundnahrungsmitteln wie Reis und Mais notwendig machte.

"Slump and Short-Term Governors", a.a.O., sowie BATES, Margaret L.: Tanganyika: Changes in African Life, 1918-1945, in: HARLOW, V. u. CHILVER, E.M. (Hrsg.), a.a.O., S. 625-638.

1) Index der wichtigsten Exporterzeugnisse Tanganjikas 1920-1924

	1920	1921	1922	1923	1924
Sisal	571,9 $\hat{=}$ 100	42	51	64	113
Baumwolle	164,6 $\hat{=}$ 100	72	86	72	227
Kaffee	138,9 $\hat{=}$ 100	100	147	148	254
Erdnüsse	78,5 $\hat{=}$ 100	180	243	336	459

Basiswerte in Tsd. £

Quelle : INGHAM, K.: "The Mandat...", a.a.O., S. 542.

Bei der Betrachtung der Leistungsbilanz der frühen zwanziger Jahre¹⁾ lassen sich einige charakteristische Merkmale der Wirtschaftsstruktur des Landes erkennen: Da Baumwolle als eines der wichtigsten Exporterzeugnisse erscheint und einfache japanische Baumwollkleidung als wichtigster Importposten, kann angenommen werden, daß die Entwicklungschancen einer - technisch einfachen - afrikanischen Textilverarbeitung entweder unerkannt oder bewußt ungenutzt blieben²⁾.

Die Daten zur Haushaltspolitik und Krisenpolitik der Mandatsverwaltung während der Depression verstärken den Verdacht, daß zumindest die öffentliche Entwicklungspolitik zurückhaltend war: Waren während der letzten Vorkriegsjahre unter deutscher Kolonialherrschaft die Importe durchschnittlich rund doppelt so hoch wie die Exporte³⁾, so kann vermutet werden, daß

1) Leistungsbilanzindex Deutsch-Ostafrikas/Tanganjikas 1906-1924

	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Wert der Exporte	100*	114	99	120	189	222	286
Wert der Importe	229	216	235	307	353	416	458
Saldo der Leistungsbilanz	-129	-102	-136	-187	-164	-194	-172
		1920	1921	1922	1923	1924	
Wert der Exporte		402	259	262	315	490	
Wert der Importe		315	259	252	327	375	
Saldo der Leistungsbilanz		+ 87	+ 0	+ 10	- 12	+115	

* Basiswert: 550.000 £

Quellen: HENDERSON, W.O., a.a.O. u. INGHAM, K.: "The Mandate...", a.a.O.

2) INGHAM, K. in "Slump and Short-Term Governors", a.a.O., S. 612-613 glaubt, daß die Importe aus Japan den britischen Exporteuren ein Ärgernis gewesen seien. Andererseits hätten sie dem Markt eine so geringe Bedeutung beigemessen, daß sie die Produktionsaufnahme gar nicht erst erwogen hätten.

3) Vgl. Anmerkung 1).

diese chronisch negative Leistungsbilanz Ausdruck einer öffentlichen Entwicklungsstrategie war, die öffentliche materielle und immaterielle Vorleistungen als Grundlagen einer zukünftigen privaten Entwicklung verstand. Diese Interpretation erscheint für die Zwischenkriegszeit unzulässig¹⁾: Das offensichtliche Bemühen der Mandatsverwaltung, ihre Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu halten, führte im Effekt dazu, daß Ihre Entwicklungspolitik vom Konjunkturverlauf auf den Weltmärkten der wichtigsten Export- und Importprodukte Tanganjikas diktiert wurde.

2. Die Krisenpolitik unterstützt diese These nachdrücklich; denn Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen waren ihre herausragenden Eigenschaften²⁾. Den Sparmaßnahmen fiel das "Labour Department" zum Opfer, ein Amt,

1). Einnahmen und Ausgaben der Kolonialverwaltungen, 1891-1925/26 (in Tsd. £)

	1891	1895	1907	1909	1912	1917/18	18/19
Einnahmen	73	310	120	156	251	337	462
Ausgaben	170	1620	?	?	?	168	383
Budgetsaldo	- 97	-1310	?	?	?	+169	+ 79

	1919/20	20/21	21/22	22/23	23/24	24/25	25/26
Einnahmen	669	1263	1070	1229	1315	1559	1975
Ausgaben	790	1389	1808	1812	1901	1748	2236
Budgetsaldo	- 121	- 126	- 738	- 583	- 586	- 189	- 261

Quelle: FREEMAN-GRENVILLE, G.S.P., a.a.O., INGHAM, K.: "The Mandate", a.a.O., S. 542.

2) Vgl. insbesondere INGHAM, K.: "Slump and Short-Term Governors", a.a.O., S. 596-602.

das sich um die Verbesserung der sozialen Bedingungen afrikanischer Lohnarbeiter verdient gemacht hatte. Einsparungen trafen auch die medizinische Versorgung der afrikanischen Bevölkerung und das Schulsystem. Die zweifellos negativen Folgen dieser Maßnahmen für die afrikanische Bevölkerung wurden jedoch durch zwei Umstände gemildert: Einerseits wurde der große Anteil afrikanischer Bauern, der seinen Lebensunterhalt überwiegend im Rahmen der Subsistenzwirtschaft verdiente, weder von der Weltwirtschaftskrise noch von den Sparmaßnahmen der Verwaltung berührt. Dieser Personenkreis konnte die Realeinkommenseinbußen, die er durch den Preisverfall seiner wenigen am Markt verkauften Überschüsse erlitt, durch Produktionssteigerung kompensieren. Andererseits versuchte die Administration durch Überwachung der Geschäftspraktiken asiatischer Mittelsmänner¹⁾, die Förderung produktiverer Anbaumethoden und Unterstützung der Nahrungsmittelproduktion für den Eigenbedarf die afrikanischen "Cash-Crop-Bauern" gegen die ruinösen Folgen der fallenden Weltmarktpreise abzusichern.

Die afrikanischen Lohnarbeiter wurden durch die Krisenpolitik hart getroffen: Allgemeiner Anstieg der Arbeitslosigkeit, verstärkt durch produktivitätssteigernde Maßnahmen, Einstellung des Eisenbahnbaus, Verringerung der sozialen Fürsorge infolge der Sistierung

1) Einwanderer vom indischen Subkontinent beherrschten praktisch den gesamten Groß und Einzelhandel in Ostafrika. Das Anwachsen betrügerischer Machenschaften während der Weltwirtschaftskrise führte zu ersten Rassenspannungen zwischen Afrikanern und "Indern" in Tanganjika. Durch persönliche Intervention des Gouverneurs konnten sie beigelegt werden.

Vgl. INGHAM, K.: "Slump and Short-Term Governors", a.a.O., S. 597-598, und MANGAT, J.S.: A History of the Asians in East Africa, Oxford 1969, S. 156-158.

der Arbeitsbehörde verschlechterten ihre Situation.

Durch die versuchsweise Einführung der "personal graduated wealth tax" und subtilere Einzugsmethoden wurde versucht, über die Einnahmen den Staatshaushalt auszugleichen.

Die prozyklische Steigerung der öffentlichen Einnahmen, die erstmalige Möglichkeit, am Kapitalmarkt in London eine öffentliche Anleihe in Höhe von £ 750.000 aufnehmen zu können und das absehbare Ende der Depression bildeten die Basis, von der aus die Bemühungen der Mandatsverwaltung um die Belebung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens eingeleitet und bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges fortgesetzt werden konnten.

3. Weil das Problem der engeren wirtschaftlichen und politischen Integration in Ostafrika bis heute Gegenstand heftiger Kontroversen geblieben ist¹⁾, müssen Ursprung und Inhalt dieser Auseinandersetzung von Anfang an nachgezeichnet werden.

Das Konzept für eine Zusammenarbeit der britischen Territorien Ostafrikas untereinander war Ende des Ersten Weltkrieges in britischen Regierungskreisen entwickelt worden und hatte zunächst zur Bildung einer Freihandelszone zwischen Kenia und Uganda und zur Verschmelzung der Zollbehörden beider Länder geführt.

1) Vgl. INGHAM, K.: "The Mandate", a.a.O., S. 563-566 und 587-593. Derselbe: "Slump and Short-Term Governors", a.a.O., S. 605-610 und 623-624. CHIDZERO, B.T.G.: a.a.O., S. 61-88.
"Der (vergessene) Kolonialrevisionismus" (LOTH, H., a.a.O., S. 104) Deutschlands spielte während der Zwischenkriegszeit eine zunehmende Rolle in dieser Diskussion. 1939 befanden sich 3205 Deutsche und 4054 Briten in Tanganjika.
Vgl. INGHAM, K.: "Slump and Short-Term Governors", a.a.O., S. 605-610 und LOTH, H., a.a.O., S. 104-119.

Ein paar Jahre später erfolgte die Bildung des "Court of Appeal für East Africa" und die Gründung der "Currency Board", die Ostafrika mit einer einheitlichen Währung versorgte¹⁾. Als Anfang der zwanziger Jahre die Integrationsideen die interessierte Öffentlichkeit in Ostafrika beschäftigten, fanden sie vor allem Unterstützung bei der Kolonialverwaltung Kenias, die hoffte, sich durch eine Fusion vom politischen Druck der zahlreichen britischen Siedler befreien zu können, und bei den Geschäftsleuten in Nairobi, die von dort aus ihre Bank- und Handelsfilialen in ganz Ostafrika leiteten. Da die Gouverneure Tanganjikas von einer engen Verbindung mit dem "weißen" Kenia eine unerwünschte Zunahme des europäischen Einflusses in Tanganjika befürchteten - eine Möglichkeit, die ihren vom Mandat abgeleiteten Afrikanisierungsbestrebungen widersprach -, kamen die Unionsvorstellungen nicht über Zoll- und Freihandelsabmachungen und die Institutionalisierung der "Conference of Governors of British East Africa" hinaus²⁾. Erst nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges konnte die Zurückhaltung des Gouverneurs von Tanganjika - nunmehr Sir Mark YOUNG - überwunden und mit der Bildung des "East African Economic Council" ein Instrument für die koordinierte Verteidigungsplanung, für gemeinsame Maßnahmen zur Rekrutierung von Hilfstruppen und zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung geschaffen werden.

1) Vgl. Tab. I: Chronologische Übersicht zur wirtschaftlichen Integration in Ostafrika, im math.-stat. Anhang.

2) Auf der "Governor's Conference" trafen sich zweimal jährlich die Gouverneure Kenias, Tanganjikas und Ugandas sowie der "British Resident" von Sansibar.

Der Kriegsausbruch beendete die Entwurfsarbeiten des "Central Development Committees" für das erste Entwicklungsprogramm Tanganjikas, und die Wirtschaft wurde auf die Bedingungen des Krieges umgestellt. Durch Aufrechterhaltung der - durch die Internierung deutscher Farmer zum Teil gefährdeten - Produktion und forcierte Förderung des Weizenanbaus versuchte die Verwaltung, das Land von ausländischen Lieferungen unabhängig zu machen und das Transportsystem des Commonwealth zu entlasten. Durch Einsparungen bei den Sozialdiensten und Einführung von Einkommensteuern konnte das öffentliche Finanzaufkommen erhöht werden, aus dem man den Ausbau leistungsfähiger Verkehrswege für Truppen- und Materialtransporte finanzierte. Preissteigerungen auf den Rohstoffmärkten, das Wiederaufleben eines Natur-Kautschuk-Booms - nach dem Verlust Malayas an Japan - und die sprunghafte Entwicklung der 1940 begonnenen Diamantenförderung trugen mit zur Verdoppelung des Finanzaufkommens während der Kriegszeit bei.

Dennoch blieb die Mehrheit der Afrikaner von dieser Kriegskonjunktur unberührt: Noch immer war mehr als die Hälfte des Landes wegen Tsetsefliegen-Verseuchung und mangelhaften Niederschlägen nicht besiedelbar, dienten mehr als 80 % des kultivierten Landes der Subsistenzproduktion. Die großen, qualitativ minderwertigen Viehherden der pastoralen Völkerschaften erschwerten die Bodenkonservierung und begünstigten die Erosion. Hirse, Mais und Bananen waren immer noch die vorherrschenden Nahrungsmittel, Fleisch und Milch nur in wenigen, wohlhabenderen Regionen erhältlich, Zucker und Tee ein seltener Luxus. Streichhölzer,

Lampen, Seife, Geschirr, Kleidung und Fahrräder, sowie in steigendem Maße Hacken, die den Grabstock ersetzten, waren die Erzeugnisse, über die die Subsistenzgesellschaft mit der Geldwirtschaft verbunden war. 7,5 % der Kinder gingen zur Schule, wo sie gerade die Grundzüge des Lesens und Schreibens erlernen konnten; kaum ein Afrikaner vermochte die Aufnahmeprüfung für die Weiterbildung am Makerere College in Uganda zu bestehen, der einzigen höheren Ausbildungsstätte Ostafrikas. Frauen hatten im Missionsdienst minimale Emanzipationsmöglichkeiten.

Der allgemeine Gesundheitsstand der Bevölkerung war so niedrig, daß bei der Aushebung für den Arbeits- und Militärdienst 30 % - 90 % der Rekruten eines Distrikts aus medizinischen Gründen untauglich gemustert wurden. Die Tatsache, daß 1944 mehr als 1,3 Mill. Personen staatliche Krankenhäuser aufsuchten, steht hierzu nicht im Widerspruch, weil die meisten Patienten Frauen waren, die zur Entbindung kamen. Die Lebensbedingungen der Lohnarbeiter auf den Sisalplantagen und im Goldgräber-Camp am Lupa Fluß wiesen bezüglich Unterbringung, Ernährung und Gesundheitsfürsorge "extrem niedrige Standards"¹⁾ auf, so daß sich die "Ständige Mandatskommission" zur Kritik veranlaßt sah.

Aber auch positive Tendenzen waren erkennbar: Aus der 1922 gegründeten "Tanganyika Territory African Civil Service Association" ging um 1930 die "Tanganyika African Association - T.A.A. -" hervor, die mit der Zeit immer stärker zum Anwalt politischer Forderungen

¹⁾ BATES, M., a.a.O., S. 628.

der Afrikaner wurde. Kisuaheli, die nunmehr von fast allen Stämmen - mit Ausnahme der Massai - adaptierte Sprache, wurde zum Kristallisationskern einer "nationalen Identität", zunehmende Urbanisierung brachte immer mehr Afrikaner in Kontakt mit europäischer Zivilisation, und 87.000 Afrikaner kehrten mit neuen Erfahrungen von den Kriegsschauplätzen zurück, mit Erfahrungen, die erwarten ließen, daß sie destabilisierend auf die traditionellen sozialen Beziehungen wirken würden.

Einzelne junge Afrikaner, die nach dem Krieg erstmals Gelegenheit fanden, höhere Ausbildungseinrichtungen in Übersee zu besuchen, entwickelten rasch "politisches Bewußtsein", gründeten an den Ausbildungsstätten Foren, in denen sie mit Gleichgesinnten und "Intellektuellen" anderer abhängiger und unabhängiger Länder diskutierten und eigene Vorstellungen über die Zukunft ihrer Länder entwarfen¹⁾. In ihre Heimatländer kehrten sie meist mit der Überzeugung zurück, daß die Beendigung der kolonialen Abhängigkeit sowohl nötig als auch möglich sei²⁾.

1) Vgl. BERTAUX, P., a.a.O., S. 268, 273.

2) Sie war möglich (nach BERTAUX), weil Großbritannien den dialektischen Widerspruch zwischen "imperialem Ehrgeiz" und dem "Bekenntnis zur Idee der Freiheit" nur aufheben konnte, "... wenn man das ganze Problem unter dem Gesichtswinkel einer Evolution betrachtete: Die Kolonialmacht durfte sich als rechtmäßiger Vormund minderjähriger Völker betrachten, die es ihrer Volljährigkeit zuzuführen galt". BERTAUX, P., a.a.O., S. 274-275.

NYERERE scheint diese Ansicht zu bestätigen, wenn er schreibt: "Es ist verhältnismäßig einfach, die Unabhängigkeit von einer Kolonialmacht zu erlangen - besonders von einer, die sich darauf beruft, ihre nationale Moral auf die Prinzipien der Freiheit und Demokratie zu gründen."

NYERERE, Julius K.: Freedom and Socialism - Uhuru na Ujamaa, Nairobi, Dar-es-Salaam, 1969, S. 29. Ü.d.V.

3. Emanzipation von britischer Treuhandschaft:

Der Weg zur Unabhängigkeit (1945-1964)

Als der erste afrikanische Student Tanganjikas, Julius K. NYERERE, von seinem Studienaufenthalt in Edinburgh zurückkehrte, arbeitete er darauf hin, aus der T.A.A. eine nationale Massenbewegung zu machen. Anlässlich einer Reorganisation ging hieraus die "Tanganyika African National Union - TANU -"¹⁾ als afrikanische Massenpartei hervor, mit deren Unterstützung er das Land in die Unabhängigkeit führte. Daß dieser Prozeß ohne spektakuläre Ereignisse²⁾ ablief, ist der atypischen Entwicklung Tanganjikas als britisches Mandats- und Treuhandgebiet³⁾ und der politischen Weitsicht einiger Gouverneure und ihres Kontrahenten NYERERE zuzuschreiben: Die nicht-afrikanischen Minderheiten waren infolge dieser historischen Entwicklung zu klein und zu verstreut, als daß sie die britische Administration zur stärkeren Berücksichtigung ihrer Interessen hätten bewegen können⁴⁾, und andererseits unterstand die britische

1) Vgl. HATCH, J., a.a.O., S. 302.

2) Als "spektakulär" seien jene Ereignisse bezeichnet, die gemäß "...der üblichen westlichen Krisenberichterstattungspraxis ..." die Schlagzeilen der Tagespresse liefern: antikolonialer Krieg, Coups, politische Morde, Revolutionen usw.
Vgl. CONDON, John C.: Nation Building and Image Building in the Tanzanian Press, in: The Journal of Modern African Studies, 5,3 (1967), S. 349.

3) Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm die Organisation der Vereinten Nationen Funktionen des untergegangenen Völkerbundes: Aus den "Mandatsgebieten" wurden "Treuhandgebiete". Wenn auch, wie das Beispiel Namibia erweist, die völkerrechtlichen Implikationen dieser Rechtsnachfolge strittig sind, so hatte das für Tanganjika faktisch keine Bedeutung.
Vgl. "Trusteeship Agreement for The Territory of Tanganyika", in: CHIDZERO, BTG, a.a.O., S. 263-268.

4) Es kann angenommen werden, daß es um 1960 rund neun Mill. Afrikaner, 100.000 Asiaten und 20.000 Europäer in Tanganjika gab.
Vgl. BERTAUX, P., a.a.O., S. 298-299. (Nach der Teilung des indischen Subkontinents, 1947, setzte sich die Konvention durch, die früher als "Inder" bezeichneten Gruppen "Asiaten" zu nennen, A.d.V.).

Verwaltung in Tanganjika der "moralischen Kontrolle" von "Völkerbund" und "Vereinten Nationen", Institutionen, die in der Kolonialfrage "tendenziell progressiver" waren als die Kolonialmächte¹⁾, und deren Forderungen die Verwaltung nicht einfach ignorieren konnte. Angesichts dieser historischen Situation und der politischen Dynamik, die von der TANU ausging, sah insbesondere Gouverneur Sir Richard TURNBULL seine Funktion hauptsächlich darin, einvernehmlich mit NYERERE und dem "Colonial Office" Tanganjika der Unabhängigkeit zuzuführen²⁾. Dieser Prozeß sukzessiven Transfers politischer Verantwortung³⁾ an afrikanische Persönlich-

-
- 1) "Visiting Missions" der internationalen Institutionen und Berichtspflicht zu Händen der "Supervisory Authority" wirkten als moralische Kontrollen; die "Progressivität" kam vor allem im Treuhand-Abkommen zum Ausdruck. So fordert z.B.
Artikel 6: progressiv steigende Beteiligung Einheimischer im öffentlichen Dienst;
Artikel 8: Respektierung der Sitten, Rechte und Interessen der eingeborenen Bevölkerung;
Artikel 12: Beseitigung des Analphabetentums.
Nach CHIDZERO B.T.G., a.a.O., S. 263-268.
- 2) Um 1957 hatte die TANU rund 100.000 Mitglieder, während die konservativere "United Tanganyika Party - U.T.P. -" etwa 10.000 Mitglieder zählte. Vgl. HATCH, J., a.a.O., S. 305.
Nach der totalen Wahlniederlage im Jahre 1959 zerfiel die U.T.P. und ging unter. Vgl. CHIDZERO, B.T.G., a.a.O., S. 270.
- 3) Der politische Emanzipationsprozeß lief in allen von Großbritannien kontrollierten Territorien ziemlich gleichförmig ab. Die Grundstufe der "Lehrzeit der Freiheit" BERTAUX, P., a.a.O., S. 277) war die "Lokalverwaltung". Der nächste Schritt bestand in der Bildung eines "Legislativrates", der meistens "...zum Zentrum des konstitutionellen Entwicklungsprozesses" (LOFCHIE, Michael F.: Zanzibar: Background to Revolution, Princeton 1965, S. 63, Ü.d.V.) wurde. In ihm saßen mehrheitlich britische Verwaltungsbeamte als "Offizielle" und Repräsentanten der ansässigen Bevölkerung als "Nicht-Offizielle": in Ostafrika zuerst Europäer, dann Inder und u.U. Araber und zum Schluß Afrikaner. "Nicht-Offizielle" wurden zunächst von der Administration ernannt und später von der entsprechenden Bevölkerungsgruppe gewählt. In dem Maße, wie die Mehrheit der "Offiziellen" im Legislativrat abnahm, wuchs das System in die "verantwortliche Regierung" hinein, die selbst wieder von der "internen Selbstregierung" abgelöst wurde. Am Ende stand schließlich die "Unabhängigkeit". Vgl. z.B. HATCH, J., a.a.O., S. 301-311.

keiten vollzog sich mit unvorhergesehener Zügigkeit, so daß Tanganjika am 9. Dezember 1961 die politische Unabhängigkeit erlangen konnte¹⁾.

Wegen der einseitigen Ausrichtung der politischen Aktivitäten auf die Herbeiführung der Unabhängigkeit während der fünfziger und frühen sechziger Jahre waren notwendige wirtschaftliche und soziale Strukturveränderungen unterblieben: Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in Höhe von rund 150 Mill. £ wurde in einer intersektoral kaum verflochtenen Wirtschaft²⁾ zu gut 60 % im Primärsektor, zu mehr als 20 % im tertiären und zu rund 15 % im sekundären Sektor produziert³⁾. Da mindestens

1) HATCH, J., a.a.O., S. 309: "Nyereres sukzessiven Forderungen nach Unabhängigkeit, zunächst für 1975-80, dann für 1969 und noch im Jahre 1959 für 1964, waren alle durch die Dynamik der nationalen Kräfte, die er geweckt und gelenkt hatte, überholt worden." Ü.d.V.

2) Vgl. PEACOCK, Alan T. und DOSSER, Douglas G.M.: The National Income of Tanganyika 1952-54, London 1958, Table 2, Inter-Industry Transactions for Tanganyika, 1954.
Von den 306 Feldern ihrer Matrix wurden besetzt:
- mit berechneten Werten: 24; davon waren 16 vernachlässigbar klein
- mit Schätzwerten: 19; davon waren 4 vernachlässigbar klein.
Die größte Transaktion mit einem geschätzten Wert von 55 Mill. £ bestand aus Getreidelieferungen der Landwirtschaft an den Sektor "Handwerk und Gewerbe" für die Heimproduktion von "pombe" dem ostafrikanischen Substitut für Bier.
Vgl. auch dieselben: Input-Output Analysis in an Underdeveloped Country: A Case Study, in: The Review of Economic Studies Vol. 25, 1957/58, S. 21-24.

3) Berechnet nach PEACOCK, A.T. u. DOSSER, D.G.M.: "National Income of Tanganyika", a.a.O., Table 2: Inter-Industry Transactions for Tanganyika, 1954 und The United Republic of Tanzania (Hrsg.): National Accounts of Tanzania, 1964 to 1970, Dar-es-Salaam 1972, S. 18-19.

ein Drittel des Bruttoinlandproduktes im Subsistenzbereich produziert und verzehrt und rund ein Viertel des Bruttoinlandproduktes exportiert wurde, konnten im monetären Bereich der Wirtschaft Tanganjikas 1954 etwa 40 % des Bruttoinlandproduktes für den Kauf von Konsum- und Investitionsgütern verwendet werden. Da mehr als 90 % der Exporte aus dem Primärsektor stammten - wobei allein der Export von Sisal und Kaffee mehr als 50 % ausmachte -, war der Erwerb monetärer Einkommen in hohem Maße den Zufälligkeiten der Ernteergebnisse und der Weltmarktpreise ausgesetzt¹⁾. Daß die Devisenerlöse dazu verwendet wurden, um im Ausland produzierte Industrieerzeugnisse zu kaufen, ergibt sich aus der sektoralen Aufteilung der Importe: Von 84 % sektoral klassifizierbaren Importen gingen 81 % in den tertiären und sekundären Sektor. Da die Leistungsbilanz nahezu ausgeglichen war, änderte sich der Wert des Inlandangebotes kaum, sondern lediglich seine Zusammensetzung: Über den Umweg des Außenhandels fand also ein Ressourcen-Transfer vom Primär- zum sekundären und tertiären Sektor statt.

1) "Exposed economies" nennt Walter W. HELLER Wirtschaften, deren "... ausgesetzte Position sich hauptsächlich aus ihrer großen Abhängigkeit vom Export von ein oder zwei Agrar- oder Mineralerzeugnissen (ergibt, A.d.V.), die sowohl die Quelle des Volkseinkommens als auch der Devisen darstellen. Dieses Ausgesetztsein wird noch gesteigert durch die Abhängigkeit vom Ausland in Hinsicht auf Industrieerzeugnisse und oft auch in Hinsicht auf Nahrungsmittel. Schließlich werden die Versuche, die heimische Wirtschaft zu stabilisieren, durch die beherrschende Stellung ausländischer Investoren in den Primärindustrien kompliziert, verbunden mit der Tendenz sowohl der einheimischen als auch der ausländischen Investoren einen sicheren Hafen für ihre Gewinne im Ausland zu finden. "

HELLER, Walter W.: Finanzpolitik für unterentwickelte Volkswirtschaften, in: RECKTENWALD, Horst C. (Hrsg.): Finanzpolitik, Köln, Berlin 1969, S. 171-192, Zitat S. 180.

Diese Strukturmerkmale der Wirtschaft Tanganjikas sind die Folgen zurückliegender wirtschaftspolitischer Entscheidungen: Das Kriegswirtschaftskonzept der Selbstversorgung hatte zu einem Rückgang des Außenhandels und zu einer Schrumpfung des monetären Bereichs der Landwirtschaft geführt. Die bereits 1939 konzipierten Pläne zur Verbesserung des Bildungswesens mußten wegen der angespannten Haushaltslage der "Treuhandverwaltung" während der Nachkriegszeit gekürzt werden¹⁾. Die materiellen Investitionschancen wurden in den Nachkriegsjahren durch internationale Kapitalgüterknappheit, Mangel an qualifiziertem Personal und durch britische Zahlungsbilanzschwierigkeiten behindert, so daß durch diese temporären Einflüsse die langfristigen Entwicklungschancen Tanganjikas lediglich unvollständig wahrgenommen werden konnten²⁾. In der Folge des Koreakrieg-Booms verfünffachte sich der Exportwert des Landes und bewirkte über Export- und Importzölle sowie Einkommensteuern eine Verdreifachung der öffentlichen Einnahmen - der relative Anteil des Hütten- und Kopfsteueraufkommens am Gesamtaufkommen ging von 30 % im Jahre 1939 auf 9 % im Jahre 1952 zurück -, und da die Haushaltsvoranschläge tendenziell zu niedrig geschätzt wurden, wurden auch die Entwicklungsausgaben zu vorsichtig disponiert, und das Wachstumspotential der Wirtschaft unvollständig genutzt. Darüber hinaus erlitt die wirtschaftliche Entwicklung durch den "totalen Mißerfolg"³⁾ des ehrgeizigen

1) Vgl. EHRLICH, Cyril: Some Aspects of Economic Policy in Tanganyika, 1945-60, in: The Journal of Modern African Studies, 2,2 (1964), S. 265-277.

Die Finanzwirtschaft der Treuhandverwaltung hatte praktisch den Status einer großen Kommunalverwaltung innerhalb des Vereinigten Königreichs. Da sie keine Geldschöpfung betreiben konnte und ihre Verschuldungsmöglichkeiten begrenzt waren, wurden ihre Ausgaben fast vollständig durch die Einnahmen bestimmt.

Vgl. PEACOCK, A.T. u. DOSSER, D.G.M.: "National Income of Tanganyika", a.a.O.

2) Vgl. EHRLICH, Cyril, a.a.O.

3) BERTAUX, P., a.a.O., S. 256.

Erdnußplanes einen erheblichen Rückschlag: Rund 240.000 Hektar Land sollten in Süd-Tanganjika für die mechanische Erdnuß-Großproduktion kultiviert und komplementäre Infrastrukturinvestitionen - Eisenbahnerschließung, Bau von Siedlungen inklusive der notwendigen öffentlichen Versorgungseinrichtungen und Errichtung eines Verschiffungshafens - vorgenommen werden. Dieser "grandiose Plan"¹⁾ bedeutete für die vorhandenen Transportkapazitäten eine große Belastung, weil "extravagante und nutzlose Geräte und Ausrüstungen"²⁾ importiert und die gesamte übrige Verkehrsentwicklung gestört wurde. Das Scheitern dieses Projektes führte zur Abschreibung von 36,5 Mill. £, dem Äquivalent der kumulierten Staatsausgaben Tanganjikas zwischen 1946 und 1950³⁾, und ließ neben der Erfahrung,

"daß die erfolgreiche Verwirklichung eines Planes in Afrika weitgehende Vorstudien bedingte und nur über eine (begrenzte und experimentelle⁴⁾ A.d.V.) Zwischenstufe erreicht werden konnte"

nur einige, überdies umstrittene, Verbesserungen des Transportnetzes zurück. Ihr ungewisser zukünftiger Nutzen stand im Widerspruch zur erklärten Politik der Verwaltung, die vorgab, Projekten mit kurzen Ausreifungszeiten und hohen unmittelbaren Erträgen Vorrang geben zu wollen⁵⁾.

1) CHIDZERO, B.T.G., a.a.O., S. 235, Ü.d.V.

2) EHRLICH, C., a.a.O., S. 270, Ü.d.V.

3) Vgl. EHRLICH, C., a.a.O., S. 270.

4) BERTAUX, P., a.a.O., S. 256.

5) Vgl. EHRLICH, C., a.a.O., S. 276 und LISTOWEL, Judith: The Making of Tanganyika, London 1965, S. 142-155.

Diesem Eigenanspruch handelte die Administration auch mit ihrer Straßenbaupolitik zuwider: Das Konzept, das weite Land mit einem großmaschigen Netz leistungsfähiger Hauptstraßen zu überziehen, ohne für entsprechende Zubringerstraßen aus den Siedlungsgebieten zu sorgen, führte dazu, daß Primärstraßen an Gemeinden vorbeiführten, ohne diese mit dem Verkehrsnetz (und der Geldwirtschaft) zu verknüpfen. Darüber hinaus führte das Rasterkonzept, in dem die Berücksichtigung gegenwärtigen und zukünftigen Verkehrsaufkommens keinen Platz hatte, zu Überkapazitäten in wirtschaftlich wenig entwickelten und wenig entwicklungsfähigen Gebieten und zu mangelnden Kapazitäten in Gegenden großer wirtschaftlicher Aktivität¹⁾.

Aber nicht nur das Konzept des Straßenbaus widersprach der Zielsetzung der Administration, sondern auch die Konzentration der öffentlichen Entwicklungsvorhaben auf den Straßenbau überhaupt: So wurden landwirtschaftliche und veterinärmedizinische Projekte sowie Be- und Entwässerungsvorhaben, von denen man rasche Erträge

1) Die Ausdrucksweise "leistungsfähige Hauptstraßen" und "Primärstraßen" bezeichnet unter ostafrikanischen Verhältnissen größtenteils Schotterstraßen, die nicht nach jedem tropischen Regenschauer unpassierbar werden.

Die Straßenbaupolitik widersprach der Zielsetzung der Verwaltung nach "quick returns" (C. Ehrlich). Die "Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung - IBRD -" verfolgte offensichtlich andere Zielsetzungen, wenn sie feststellt: "Dies war als Ausgangspunkt die richtige Politik: Eine Zubringerstraße nützt solange wenig, wie keine Hauptstraße den Verkehr aufnehmen kann. Die Alternative, Region um Region mit einem kompletten System von Haupt- und Zubringerstraßen zu versehen, würde die Wirtschaftsentwicklung wichtiger Regionen des Landes präjudiziert und die Verwaltung (der vernachlässigten Regionen, A.d.V.) erheblich behindert haben."

IBRD (Hrsg.): The Economic Development of Tanganyika, 1950-60, Baltimore 1961, S. 277, Ü.d.V.

erwarten konnte, - mangelhaft konzipiert - erst zu einem Zeitpunkt aufgenommen, als das

"eingeborene Mißtrauen der Bauern gegenüber neuen Verhaltensweisen, Ideen und Techniken, das durch die unvermeidlichen nationalistischen Polemiken verstärkt wurde, eine Atmosphäre geschaffen hatte, die landwirtschaftliche Fortschritte unmöglich machte."¹⁾

Als Ergebnis dieser "grundsätzlich negativen"²⁾ Wirtschaftspolitik hinterließen die Treuhandverwalter den souveränen afrikanischen Nachfolgern

"eine schlecht ausgebildete und zur Meisterung der unwirtlichen Umwelt schlecht gerüstete Bevölkerung, eine Infrastruktur von außerordentlich geringer Dichte",

und - infolge eines

"internationalen Status, der seit 1918 private Investitionen und unternehmerische Anstrengungen entmutigt hatte"³⁾,

- einen relativ kleinen monetären Privatsektor⁴⁾ in einer insgesamt wenig differenzierten Wirtschaft⁵⁾, so daß von der Unabhängigkeit (Uhuru)⁶⁾ lediglich diejenigen wenigen Afrikaner unmittelbar profitierten, die die europäischen Verwaltungsbeamten und Politiker ablösten. Für die meisten Bürger Tanganjikas lag die einzige Veränderung darin, daß sie

1) EHRLICH, C., a.a.O., S. 275-276, Ü.d.V.
Das "land-extension-programme" kann als mangelhaft konzipiert betrachtet werden, weil durch die Verpflichtung der Berater, kooperationsunwillige Bauern den Behörden zu melden, das notwendige Vertrauen zwischen Berater und Beratenem erschüttert wurde. Vgl. EHRLICH, C., a.a.O., S. 276.

2) EHRLICH, C., a.a.O., S. 276. 3) Ebenda

4) Der Anteil des monetären Privatsektors am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen lag schätzungsweise zwischen 55 % und 60 %.

5) Vgl. PEACOCK, A.T. u. DOSSER, D.G.M.: "National Income of Tanganyika", a.a.O. und dieselben: "Input-Output Analysis", a.a.O.

6) "Uhuru" ist Kisuaheli für Unabhängigkeit. - Zur Rolle politischer Schlagwörter im sozialen Leben Ostafrikas vgl. SCOTTON, Carol M.M.: "Some Swahili Political Words", in: The Journal of Modern African Studies 3,4 (1965), S. 527-542 u. CONDON, J.C., a.a.O., S. 335-354.

"ein wachsendes Bewußtsein für afrikanische Würde, für die Verantwortung gegenüber lokalen und nationalen Fragen und für die Erkenntnis (entwickelten, A.d.V.), daß weiße Herrscher keine ständige Erscheinung in Tanganjika...¹⁾

sein würden. Diese unwägbaren psychologischen Effekte waren vermutlich die wichtigsten Aktiva der Unabhängigkeitskampagne; - Aktiva, die die Politiker hofften, für den bevorstehenden Kampf um wirtschaftliche Entwicklung und höhere Lebensstandards der afrikanischen Bevölkerung mobilisieren zu können.

Als das Kabinett Nyerere im Sommer 1961 die Regierung übernahm, sah es sich einer Reihe akuter Probleme konfrontiert, die keine Schonungsfrist gewährten:

Als sich Großbritannien wegen eigener Zahlungsbilanzschwierigkeiten zunächst außerstande erklärte, den von Sir Ernest VASEY "... für die Periode des Übergangs von der kolonialen Art der Verwaltung zur unabhängigen"²⁾ entworfenen Dreijahres-Entwicklungsplan zu finanzieren, kam es bei der Rückkehr NYERERES von der erfolglosen "Financial Conference"³⁾ zu Handgreiflichkeiten enttäuschter Afrikaner gegenüber Angehörigen der europäischen und asiatischen Minderheiten. Die Gefahr offener Rassen-Auseinandersetzungen bedrohte den Ruf des Landes, ein Modell friedlicher Entkolonisierung zu sein und konnte nur gebannt werden, indem sich Großbritannien auf Intervention Gouverneur TURNBULLs hin bereitfand⁴⁾, Tanganjika eine einseitige Übertragung in Höhe

1) HATCH, J., a.a.O., S. 301, Ü.d.V.

2) Government of Tanganyika (Hrsg.): Development Plan for Tanganyika 1961/62-1963/64, Dar-es-Salaam 1961, S.1, Ü.d.V.

3) Zur sog. Financial Crisis, vgl. LISTOWEL, J., a.a.O., S. 391-398.

4) Vgl. LISTOWEL, J., a.a.O., S. 391-398.

von 8,75 Mill £ und einen Kredit von mehr als 13 Mill. £ zu gewähren. Durch diese Zuweisungen war die Finanzierung des 24 Millionen-Entwicklungsplanes gesichert.

Nicht gesichert war hiermit jedoch die inter-rassische Harmonie: Denn in dem Maße, in dem immer mehr junge Leute in die Städte strömten, um die Versprechungen der Uhuru-Kampagne einzufordern - oder das, was sie dafür hielten -¹⁾, und erfahren mußten, daß Ausbildungs- und Arbeitsplätze knapp und ihre Vorstellungen von einem 'besseren Leben' unerfüllbar waren, daß Armut²⁾ also weiterhin das Los der meisten Afrikaner sein werde, verschärfte sich der Klassen-Rassen-Konflikt³⁾, so daß er der Kontrolle der Regierung zu entgleiten drohte⁴⁾. In dieser Situation trat NYERERE unter Akklamation der "Afrikanisierungs-Fraktion"⁵⁾ seiner Partei von der Regierungsspitze zurück, bildete das Kabinett um und

1)

LISTOWEL, J., a.a.O., S. 405: "...einfache Stammesangehörige waren zu der Überzeugung gelangt, daß sie nach der Unabhängigkeit keine Steuern mehr zahlen mußten; andere erhofften sich "easy jobs" und hohe Löhne, wieder andere glaubten gleich überhaupt nicht mehr arbeiten zu müssen. Obwohl Nyerere dieser Euphorie mit mehreren Rundfunkappellen zu begegnen und seine Landsleute auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen versuchte, glaubten ihm die meisten Afrikaner in dieser Beziehung nicht." Ü.d.V.

- 2) Zweifellos bezeichnet "Armut" eine relative wirtschaftliche und soziale Position innerhalb einer Gesellschaft: Das durchschnittliche Einkommen einer europäischen Familie war zehnmal höher als das einer afrikanischen.
- 3) Es scheint, daß soziale Konflikte ceteris paribus umso leichter entstehen, je mehr soziale Wertschätzung und Rassenzugehörigkeit der Gruppenmitglieder identisch sind.
- 4) Vgl. LISTOWEL, J., a.a.O., S. 407-408.
- 5) "Afrikanisierung": Substitutionsprozeß zur Ablösung europäischer und asiatischer Führungskräfte durch afrikanische.

widmete sich in den folgenden Monaten der Reorganisation von Partei und Verwaltung¹⁾: Um die erforderliche Konformität zwischen den "realistischeren" Vorstellungen der politischen Führung und den Erwartungen der Mehrheit der Bevölkerung herzustellen, entwarf er die Grundzüge einer Ideologie²⁾, die von ihren Verfechtern als afrikanischer Sozialismus³⁾ bezeichnet wird. Indem er diese Ideologie zum Credo der mit Erlangung der

1) Vgl. LISTOWEL, J., a.a.O., S. 408-411.

2) ROBINSON, Joan: Doktrinen der Wirtschaftswissenschaften, München 1965, S. 10: zur Funktion der Ideologie:
"Mag sich nun die Ideologie aus der Welt des Denkens in den Sozialwissenschaften eliminieren lassen oder nicht, die Welt des Handelns im gesellschaftlichen Leben kann sie mit Sicherheit nicht entbehren. Eine Gesellschaft kann nicht existieren, wenn ihre Mitglieder nicht gemeinsame Ansichten besitzen über die Art und Weise ihre Angelegenheiten zu führen; und diese gemeinsamen Ansichten finden ihren Ausdruck in der Ideologie."

3) Hierbei handelte es sich zunächst um kaum mehr als eine "...negative Haltung gegenüber dem Kapitalismus..." (LETNEV, S. 56), oder bestenfalls um "...theoretische Erkundungen von Wegen zur Neugestaltung der Gesellschaft..." (LETNEV, S. 57), in denen Vorstellungen über "...the communal, inter-family, and inter-tribal solidarity of former times, and the specific national characteristics of the present..." (BEN-AMOR/ CLAIRMONTE, S. 482) einen breiten Platz einnahmen, sofern es sich nicht lediglich um "...ein Mittel zur Verschleierung einer unüberbrückbaren Kluft zwischen Tun und Sagen..." (LETNEV, S. 57) handelte.

Vgl. LETNEV, A.B.: The Neocolonialists as Interpreters of Socialism, in: SOLODOVNIKOV, V.G. (Hrsg.): Africa in Soviet Studies, Moscow 1969, S. 61-65 und BEN-AMOR, Abdelmalek u. CLAIRMONTE, Frederick: Planning in Africa, in: "The Journal of Modern African Studies, 3, 4 (1965), S. 473-497.

Unabhängigkeit ziellos gewordenen TANU machte¹⁾, bewahrte er der Massenbewegung die Dynamik, und indem er die Provinzverwaltung zentralisierte und vormals politisch neutrale Beamte durch TANU-Funktionäre ersetzte²⁾, stellte er sicher, daß seine Vorstellungen in allen Teilen des Landes verbreitet und die daraus abgeleiteten Handlungsprogramme durchgesetzt werden konnten³⁾.

Zum ersten Jahrestag der Unabhängigkeit kehrte NYERERE nunmehr mit mehr formeller und informeller Macht ausgestattet, als Präsident⁴⁾ der Republik Tanganjika an die Spitze des Kabinetts zurück, um sich den im Zusammenhang mit der absehbaren Unabhängigkeit Kenias und Sansibars entstehenden Fragen widmen zu können.

Nachdem bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges die Integration der britischen Territorien in Ostafrika nicht über die Einrichtung der "Governor's Conference" und die Verschmelzung einiger technischer Organisationen von gemeinsamem Interesse hinausgekommen war⁵⁾, drängte die Labour-Regierung in London in der Nachkriegszeit

- 1) Vgl. NYERERE, J.K., a.a.O., S. 30.
- 2) Vgl. TORDOFF, William: Regional Administration in Tanzania, in: The Journal of Modern African Studies, 3,1 (1965), S. 63-90 und RWEYEMAMU, Anthony H.: Managing Planned Development: Tanzania's Experience, in: The Journal of Modern African Studies, 4,1 (1966), S. 1-16.
- 3) Zum Erfolg der sog. Self-Help-Schemes, vgl. LISTOWEL, J., a.a.O., S. 412 und TORDOFF, W., a.a.O., S. 83.
- 4) NYERERE, J.K.: Dissolving the Independence Parliament, in: Derselbe: Freedom and Socialism-Uhuru na Ujamaa, a.a.O., S. 39: "The powers of the President under our constitution are very great indeed; in addition he represents in his person the unity and dignity of our nation."
Zur Machtfülle des Präsidenten, vgl. auch LISTOWEL, J., a.a.O., S. 413.
- 5) Vgl. Tab. I: Chronologische Übersicht zur Integration in Ostafrika, im math.-stat. Anhang.

auf größere Verwaltungseinheiten¹⁾, was zur Bildung weiterer technischer Organisationen und 1948 zur Konstituierung der "East African High Commission" und der "Central Legislative Assembly" als verfassungsmäßigem Überbau der Gemeinschaftseinrichtungen führte.²⁾ Da die Gemeinschaftseinrichtungen als "koloniale Relikte"³⁾ mit der Souveränität Tanganjikas unvereinbar schienen, und da trotz allgemein erfolgreicher Arbeit Mängel offenbar geworden waren⁴⁾, bedurfte es einer Revision, bei der Tanganjika die weitere Existenz supranationaler ostafrikanischer Institutionen vor allem

-
- 1) Ihre Absicht, den Einfluß der europäischen "Unoffiziellen" auf die Verwaltung Kenias zu neutralisieren, führte nicht nur zur "violent opposition" (K. Ingham) der Kolonisten Kenias sondern auch auf die Ablehnung seitens afrikanischer Politiker. Vgl. INGHAM, Kenneth: A History of East Africa, London 1962, S. 375-402.
LISTOWEL, J., a.a.O., S. 135 und
LEYS, Colin und ROBSON, Peter: Introduction, zu:
Dieselben (Hrsg.): Federation in East Africa - Opportunities and Problems, Nairobi 1965, S. 1.
 - 2) Der Aufsicht der "High Commission" unterstanden etwa dreißig Abteilungen und Bereiche.
Vgl. BANFIELD, Jane: The Structure and Administration of the East African Common Services Organization, in: C. LEYS, C. u. ROBSON, P., a.a.O., S. 31.
 - 3) BANFIELD, J., a.a.O., S. 31.
 - 4) Hauptmängel: Finanzierung der Gemeinschaftseinrichtungen; ungenügende Planungskompetenz;
Vgl. BANFIELD, J., a.a.O., S. 32.
LISTOWEL, J., a.a.O., S. 140-141.
NYE, Joseph S.: The Extent and Viability of East African Co-operation, in: LEYS, C. u. ROBSON, P., a.a.O., S. 41-55.

von einer Einigung über die gerechtere Verteilung der Nutzen und Kosten der Gemeinschaftseinrichtungen unter den Mitgliedsstaaten abhängig machte¹⁾. Durch Konstituierung der "East African Common Services Organization"²⁾ als Nachfolgeorganisation der "East African High Commission" und durch Einrichtung des "Distributable Pool Fund"³⁾ wurde der Fortbestand gemeinsamer ostafrikanischer Einrichtungen gesichert, und die weitere Diskussion über eine ostafrikanische Föderation vorangetrieben⁴⁾. Dies kann im unmittelbaren Zusammenhang mit der politischen Unabhängigkeit Kenias und Sansibars gesehen werden: Diente die Diskussion im Falle Kenias dazu, politisch auf Großbritannien einzuwirken, um Kenias

-
- 1) GHAI, D.: "...it appears that Kenya has been the greatest net beneficiary, that Uganda has on balance gained rather than lost, and that Tanganyika has suffered a substantial loss. This conclusion differs sharply from that arrived at by the Raisman Commission."
GHAI, Dharam: Territorial Distribution of the Benefits and Costs of the East African Common Market, in: LEYS, C. u. ROBSON, P., a.a.O. S. 81.
 - 2) Vgl. BANFIELD, J., a.a.O., Kap. 3.
 - 3) Zur Lösung des Finanzproblems der E.A.C.S.O. und um eine gerechte "Territorial Distribution of the Benefits and Costs of the East African Common Market" (GHAI) zu erzielen, akzeptierte man die Vorschläge der "Raisman Commission" als Interimslösung.
Zum Umverteilungsmechanismus des sog. Raisman-Distributable-Pool-Fund, vgl.
NDEGWA, Philip: The Common Market and Development in East Africa, Nairobi 1968, S. 105.
 - 4) Stimuliert wurde die Föderations-Diskussion, durch den panafrikanischen "spirit of Addis Ababa".
Vgl. LEYS, C. u. ROBSON, P., a.a.O., S. 1.

Weg in die Unabhängigkeit zu verkürzen¹⁾, so fiel ihr in bezug auf Sansibar die Funktion²⁾ zu, den Zusammenschluß der beiden Republiken Tanganjika und Sansibar zur Vereinigten Republik von Tansania zu erklären, der am 27. April 1964 überraschend vollzogen wurde.

Unter der Annahme, daß der weitere Verlauf der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Union auch durch die Anfangsbedingungen und Gesetzmäßigkeiten des zweiten "Taufpaten" der "Vereinigten Republik" mitbestimmt ist,

-
- 1) In der "Federation Declaration" erklärten Jomo KENYATTA, Julius K. NYERERE und Milton OBOTE am 5. Juni 1963 in Nairobi:
"...Indem wir die Ergebnisse der Wahl in Kenia begrüßen, müssen wir gleichzeitig jedem Versuch, die Erlangung der Unabhängigkeit zu verzögern, aufs Schärfste unsere Opposition erklären... und wir müssen es als unfreundlichen Akt ansehen, falls Großbritannien unter dem Vorwand einiger Minderheits- oder anderer Interessen Kenia darin behindert, zum erstmöglichen Zeitpunkt in den Kreis der freien Nationen einzutreten. Wir sind nunmehr selbst direkt von dieser Frage betroffen, da eine Verzögerung der Unabhängigkeitsbemühungen Kenias die Bildung der Föderation, die wir bilden wollen, aufhält..."
The Federation Declaration of 5th June 1963, abgedruckt in: LEYS, C., u. ROBSON, P., a.a.O., Appendix I, S. 207, Ü.d.V.
- 2) BERTAUX, P., a.a.O., S. 300: "Dies (die Vorgänge in Sansibar, A.d.V.) gab Nyerere die Gelegenheit, seinen Traum einer Föderation zu verwirklichen."
Andere Erklärungsversuche, vgl.:
REY, Lucien: The Revolution in Zanzibar, in: New Left Review, No. 25, May-June 1964, abgedruckt in: CLIFFE, L. u. SAUL, J. S., a.a.O., S. 30-31
JAESCHKE, Ernst: Zwischen Sansibar und Serengeti, Erlangen 1968;
N.N.: Tansania: Mögliche Hintergründe und Folgen der Ermordung von Sansibar-Präsident Karume, in: Internationales Afrika Forum, 8. Jhrg., Nr. 5, Mai 1972, S. 303.
LQFCHIE, Michael, a.a.O., S. 279 und "The Nationalist": The "Official" Version of the Zanzibar Revolution, in: CLIFFE, L. u. SAUL, J. S., a.a.O., S. 38-40.

hätten diese nun konsequenterweise dargestellt werden müssen. Aber bereits während der Datensichtung stellte sich heraus, daß es dem "Revolutionsrat" Sansibars - nach außen hin abgeschirmt durch die "Interim Constitution"¹⁾ - gelungen war, den Inselstaat in eine Obskurität zu führen, die zu entschleiern erfolglos blieb.²⁾

Da wegen des Informationsnotstandes ein Einfluß Sansibars auf die weitere Entwicklung der Union statistische nicht nachweisbar ist, ein Einfluß an sich logisch nicht ausgeschlossen werden kann, mußte zwischen zwei Alternativen abgewogen werden: entweder mit mußmaßlichen, d.h. spekulativen Einflüssen zu operieren, die sich der Kontrolle entziehen, oder durch Vernachlässigung einen klar definierten Fehler in Kauf zu nehmen. Hier wurde der überprüfbaren Methode der Vorzug gegenüber der spekulativen gegeben.

Damit scheidet Sansibar als Gegenstand der weiteren Untersuchung aus, wird (hier) seine koloniale Vergangenheit irrelevant. Dieses Vorgehen erscheint nicht

-
- 1) Sie wurde am 5. Juli 1965 von der Nationalversammlung verabschiedet. Vgl. The United Republic of Tanzania (Hrsg.): Statistical Abstract 1966, Dar-es-Salaam 1968, S. 10.
 - 2) Bei seinen Recherchen in Ostafrika stieß der Verfasser 1972 in Ministerien, Zentralbanken, Gemeinschaftsinstitutionen, Universitäten, Botschaften, aber auch in Basars, Geschäften und Hotels je nach Temperament und Position der auf das Thema "Sansibar" Angesprochenen, auf beredtes Schweigen, mokante Bemerkungen und bare Ignoranz.

zuletzt auch deshalb gerechtfertigt, weil sich alle in Frage kommenden Autoren (einschließlich der Vereinigten Republik von Tansania)¹⁾ für dieses Vorgehen entschlossen haben, und somit die Vergleichbarkeit der Arbeiten untereinander gewährleistet bleibt. Lediglich der programmatische Anspruch also rechtfertigt die Konvention, von "Tansania" zu sprechen, wenn "Tanganjika" gemeint ist.

1) Auch für die "Vereinigte Republik von Tansania" scheint Sansibar ein Terra incognita zu sein, wenn sie in ihren statistischen Veröffentlichungen feststellt: "Unless otherwise stated, figures relate only to Tanganyika." The United Republic of Tanzania (Hrsg.): Statistical Abstract 1966, a.a.O., S. VII.

§6 Die Entwicklung Kenias unter britischer Herrschaft

1. Koloniale Unterwerfung (1885-1918)

In der britischen Einflußsphäre¹⁾ besorgte die staatlich konzessionierte "Imperial British East Africa-Company - IBEA-Comp.-" die Geschäfte britischer Philanthropen, Imperialisten und Geschäftsleute²⁾, von denen etliche glaubten, "...daß die Annexionen

-
- 1) Die Süd- und Westgrenzen waren 1890 definiert worden. Die Nord- und Ostgrenzen mußte Großbritannien mit Italien aushandeln: Kismayu, an der Mündung des Juba-Flusses gelegen, wurde einem britisch-italienischen Kondominium unterstellt und alle weiter nördlich gelegenen Häfen, die ursprünglich der Herrschaft Sansibars unterworfen waren, Italien überlassen. 1891 gab Großbritannien den "extravaganten Ansprüchen" (J. FLINT) Italiens auf Äthiopien nach und vereinbarte Grenzen, die Italien vom Quellgebiet des Nil fernhielten. Bis auf eine Zone im Nordwesten, die an den gemeinsam von Ägypten und Großbritannien beherrschten Sudan grenzte, waren somit alle Grenzen Britisch-Ostafrikas definiert.

Nachdem Italiens Krieg gegen Äthiopien "mit einer Katastrophe" (P. BERTAUX) geendet hatte, mußte mit Äthiopien, das die aufgezwungenen Grenzen nie anerkannt hatte, eine neue Vereinbarung getroffen werden. 1906 einigten sich Großbritannien, Frankreich und Italien, als Garantiemächte Äthiopiens auf den heute noch gültigen Verlauf der Grenzen zwischen Äthiopien und Kenia.

Vgl. FLINT, John E.: The wider Background to Partition and Colonial Occupation, in: OLIVER, Roland u. MATHEW Gervase, (Hrsg.): History of East Africa, Vol. I, Oxford 1963, S. 391-432 sowie BERTAUX, P., a.a.O., S. 199.

Die Provinz Jubaland wurde schließlich 1925 an Italien - in Anerkennung seiner Kriegseleistungen auf seiten der Alliierten - abgetreten. Vgl. LOW, D.A.: British East Africa: The Establishment of British Rule, 1895-1912, in: HARLOW, V. und CHILVER, E.M., (Hrsg.): The History of East Africa, Vol. II, Oxford 1965, S. 1-56, Anm. 5, S. 6-7.

- 2) Vgl. hierzu und zum folgenden: KIEWIET HEMPHILL, Marie de: The British Sphere, 1884-94, in: OLIVER, R. u. MATHEW, G. a.a.O., S. 391-432, Ü.d.V.

afrikanischen Territoriums Afrika genausoviel Nutzen bringen werden wie Großbritannien." ¹⁾ Da die britischen Interessen in Ostafrika auf die volkreichen Königreiche im Norden und Westen des Viktoriasees konzentriert waren ²⁾, können alle nicht am Lake Victoria von der IBEA-Comp. realisierten Aktivitäten als Mittel zur Wahrnehmung dieser Interessen verstanden werden. Hierbei stand die Sicherung und Versorgung der Karawanen auf ihrer dreimonatigen Reise von der Küste des Indischen Ozeans ³⁾ zum 800 km entfernten Viktoriasee durch "wertlos" und "steril" erachtete Regionen im Vordergrund. Die Errichtung und der Unterhalt von Forts längs des Karawanenweges und "Strafexpeditionen" gegen rebellierende Stämme verursachten einen Aufwand ⁴⁾, zu dem die Erträge aus dem (vornehmlich Elfenbein-)Handel in einem ungünstigen Verhältnis standen, so daß die Gesellschaft - wie ihre deutsche Konkurrenz im Süden - in wachsende Schwierigkeiten geriet. Diesen bereitete die britische Regierung ein schnelles Ende:

1) KIEWIET HEMPHILL, Marie de: The British Sphere, 1884-94, in: OLIVER, R. u. MATHEW, G., a.a.O., S. 396.

2) Viele Interessen waren im Spiel: Die Faszination, die die stabilen, komplexen Herrschaftssysteme ausstrahlten, der Wunsch ihrer Könige, christianisiert zu werden, Abwehr des vordringenden islamischen Einflusses, Verbreitung der Pax britannica, Beherrschung der Nilquellen, die Idee von der Kap-Kairo-Straße und die Aussicht auf potentielle Märkte. Vgl. KIEWIET HEMPHILL, Marie de, a.a.O.

3) Die Route durch das Massai-Land hatte Joseph THOMAS 1883-4 erstmals erkundet. Vgl. MARSH, Z. und KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 76.

4) Der Sultan von Witu widersetzte sich besonders hartnäckig den Versuchen Großbritanniens, die Sklaverei abzuschaffen. Vgl. KIEWIET HEMPHILL, Marie de, a.a.O. S. 412 und 417.

Der Sultan von Sansibar wurde gezwungen, die Schulden der bankrotten IBEA-Gesellschaft aus Mitteln des Sultanats zu finanzieren¹⁾, währenddessen Großbritannien den Westen seiner Einflußsphäre 1894 zum "Uganda Protectorate" proklamierte und im Jahr darauf den Osten zum "East Africa Protectorate". Da britische Staatsmänner und Administratoren das "East Africa Protectorate" weiterhin lediglich als "Highway to Uganda"²⁾ betrachteten, blieb seine weitere Entwicklung - vorerst noch - ungewiß: Die Statthalter konnten sich auf die "Ausbreitung der britischen Herrschaft"³⁾ konzentrieren, während Ingenieure und Heerscharen indischer Kulis sich abmühten, von Mombasa aus den "Highway" für

1) Vgl. FLINT, John, E.: Zanzibar 1890-1950, in: HARLOW, V. u. CHILVER, E.M. (Hrsg.), a.a.O., S. 641-671. MARSH/KINGSNORTH, a.a.O., S. 149, zum Ende der IBEA-Company: "They (the directors of the Comp., A.d.V.) were forced to accept a parsimonious grant of £ 250.000 in compensation (for the Comp.'s loss., A.d.V.), a poor reward for their almost entirely philanthropic efforts." £ 200.000 dieser Kompensationszahlung stammten aus der Staatskasse Sansibars.

2) KIEWIET HEMPHILL, Marie de, a.a.O., S. 431-2.

3) Untertitel des Beitrages von LOW, D.A., a.a.O. Derselbe, a.a.O., S. 31-32: "...it was force and military prowess which in the main effected the critical submissions to British authority of the people of this region... But there was... a strong tendency to resort to arms without considering possible alternatives; to inflict punishment on a scale out of all proportion to any 'offence' which had been committed, and to treat as rebellion actions by Africans which, in truth, were only the expression of a natural instinct to preserve their own freedom and to be rid of obstinate and unwelcome intruders."

die "Uganda Railway" passierbar zu machen¹⁾. Als 1904 das £ 5,5 Millionen-Bauprojekt in Kisumu am Ostufer des Viktoriasees beendet wurde, sanken zwar die Frachtkosten von 7S 6d pro Tonnenkilometer auf 2.5d, aber wegen des niedrigen Frachtaufkommens fuhr die Eisenbahn jahrelang mit enormen Betriebsverlusten²⁾.

Britische Steuerzahler bzw. ihre Parlamentsvertreter, waren - wenn auch zögernd - bereit, die Verwaltung abhängiger Territorien zu subventionieren, aber von Eisenbahnen erwartete man, daß sie wirtschaftlich operierten³⁾.

Die Initiative lag nunmehr bei der "East African Administration": Diese lud zur Erkundung nutzbarer Bodenschätze Unternehmer aus London und Johannesburg ein, die ihre Interessen im "East Africa Syndicate" verbunden hatten. Da die Prospektoren keine Mineralien fanden, die ihrer Mühe wert gewesen wären³⁾, mußte ver-

-
- 1) Auf die Hilfe der rd. 32.000 indischen Kulis war man angewiesen, "...weil die britische administrative Kontrolle über die Afrikaner Kenias seinerzeit...sehr begrenzt war." LOW, D.A., a.a.O., S. 21, Ü.d.V. Von diesen verzichteten 6724 auf ihre vertraglich vereinbarte Rückreise. Vgl. MANGAT, J.S.: A History of the Asians in East Africa. Oxford 1969, S. 39. Vgl. auch PATTERSON, J.H.: The Man-eaters of Tsavo, London 1910; er schildert ausführlich die Schwierigkeiten, die beim Bau dieser Eisenbahnlinie zu überwinden waren.
- 2) Vgl. WRIGLEY, C.C.: Kenya: The Patterns of Economic Life 1902-45, in: HARLOW, V. u. CHILVER, E.M. (Hrsg.): a.a.O., S. 209-11 und MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W.: a.a.O., S. 172 sowie LOW, D.H., a.a.O., S. 20-21.
- 3) Nirgendwo in der zitierten Literatur historischen Inhalts fehlt der Hinweis, daß das britische Parlament von abhängigen Territorien i.d.R. mindestens erwartete, "self supporting" zu sein.

sucht werden, das notwendige Frachtaufkommen aus der Landwirtschaft zu beziehen. Die Aussichten hierfür waren nicht schlecht: Bereits Mitte der neunziger Jahre hatte Bischof TUCKER bemerkt, daß

"Kikuyu (-Land, A.d.V.) was like a garden of Eden".¹⁾

Und damit hatte er nur den geringeren Teil von mehr als 100.000 qkm fruchtbaren Landes gemeint, das auf den Flanken des Rift Valley liegt. Die Apologeten einer forcierten Landwirtschaftspolitik²⁾ - allen voran Commissioner Sir Charles ELIOT - betrachteten dieses Gebiet zweckoptimistisch als menschenleer und ihrem Selbstverständnis zufolge als

"a white man's country in which native questions (would) present but little interest";³⁾

- als neues Australien, Amerika oder Neuseeland. War ursprünglich eine Massenkolonisation der Highlands auf der Basis kapitalsparender Kleinbetriebe ins Auge gefaßt und durch Anwerbung mittelloser Bauern in Groß-

1) Zitiert bei KIEWIET HEMPHILL, M. de, a.a.O., S. 416.

2) Vgl. WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 212.

3) Zitiert bei WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 213. Dieser kausale Zusammenhang war in der traditionellen afrikanischen Rechtsvorstellung unbekannt. Grund und Boden waren selten Privateigentum, nicht einmal Kollektiveigentum, sondern eine "sakrale Sache", die Gott gehörte und von den Stammesältesten treuhänderisch verwaltet wurde. Vgl. MAINI, Krishan, M.: Land Law in East Africa, Nairobi 1965, S. 5. WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 213, zitiert Sir Charles ELIOT, wonach dieser 1905 selbst die Anzahl der Kikuyu auf 200.000 - 300.000 geschätzt habe, aber nicht ausschließen wollte, daß es auch eine Million hätten gewesen sein können.

britannien und Südafrika gefördert worden,¹⁾ so erwies sich rasch, daß dieses Konzept, das die Selbstbewirtschaftung durch die Farmer vorausgesetzt hätte, aus rassischen Gründen zum Scheitern verurteilt war. C.C. WRIGLEY hat die Situation folgendermaßen geschildert:

"Die Siedler konnten nicht auf einem Subsistenzniveau leben, weil dies den vitalen Unterschied zwischen Weiß und Schwarz verwischt haben würde; ... Und in der Nachbarschaft schwarzer Arbeitskräfte war es für einen weißen Mann sowohl wirtschaftlich schwierig, wie auch sozial schockierend, manueller Lohnarbeit nachzugehen. Vielmehr erwartete man von ihm, daß er von Anfang an Arbeitgeber eingeborener Arbeitskräfte sein werde.."2)

Dieser soziale Druck ging aus von den normsetzenden Lebensstandards einer Reihe von "Gentleman-Settlern", Mitgliedern des englischen und anglo-irischen Adels und Großbürgertums, denen es weniger darum ging, Geld zu verdienen, als das, was sie hatten, in einem herrlichen Land auf angenehme Art und Weise auszugeben³⁾. Da die vertrauten Tätigkeiten dieser Einwanderer - Schafzucht und Weizenanbau - wenig Gewinn abwarfen, waren gegen 1908 Elfenbein, Bienenwachs, Häute und

1) Vgl. WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 215-221.

2) Derselbe, a.a.O., S. 220, Ü.d.V.

3) Derselbe, a.a.O., S. 217. Weiterhin charakterisiert er diesen Personenkreis folgendermaßen: "To these people, impoverished by the fall in land rents and bored with a life of a country gentleman or a peacetime cavalry-officer, the East African Highlands offered a possibility of gain, the certainty of action and adventure". Ebenda.

Felle sowie Kopra immer noch die wichtigsten Exportgüter des Protektorats, waren die Ausgaben der Verwaltung höher als ihre Einnahmen, war die Wirtschaftsentwicklung in höchstem Maße unbefriedigend¹⁾.

Als 1905 die Zuständigkeit für das Protektorat vom Londoner Außenministerium zum Kolonialministerium überging, wurde Major LEGETT, ein Mann mit Erfahrungen aus Südafrika, beauftragt, die Entwicklungsaussichten des Protektorats zu untersuchen. Er empfahl den Anbau von Baumwolle einerseits in Form kapitalintensiver Plantagenwirtschaft durch Europäer und andererseits auf kleinbäuerlichen afrikanischen Betrieben²⁾. Der letzte Aspekt dieses Konzepts war von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil er nicht der Tatsache Rechnung trug, daß europäische Siedler bisher meistens ihre Interessen in der Land- und Arbeiterfrage durchzusetzen vermocht hatten.

Gegen 1911 erst begann sich die Wirtschaftslage des Landes zu verbessern: Der Kautschukboom, Preishaussen für Kaffee und Mais - Anreize, die neue gewinnorientierte Investoren anzogen, - gaben der Entwicklung neue Impulse und veranlaßten die Verwaltung zum Ausbau der Eisenbahnlinie. Die Inder, denen die europäischen Farmer die Niederlassung auf den Highlands ver-

1) Vgl. WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 221-222.

2) Vgl. BENNETT, George: Settlers and Politics in Kenya, in: HARLOW, V. u. CHILVER, E.M. (Hrsg.), a.a.O., S. 265-332.

wehren ließen¹⁾, beherrschten den gesamten Handel und hatten somit auch Anteil an der günstigen Konjunktur. Da in der Vorkriegszeit die Erzeugnisse afrikanischer Produzenten immer noch mehr zum monetären Einkommen des Landes beitrugen als die Produkte europäischer Kolonisten, kann angenommen werden, daß auch Afrikaner - als Produzenten, wie auch als Arbeiter auf den Farmen - Anteil an der günstigen Wirtschaftsentwicklung hatten.

Obwohl es für die Afrikaner weder öffentliche medizinische Fürsorge noch Schulausbildung, noch Unterweisung in produktiven Anbaumethoden gab, reichten diese Maßnahmen nicht aus, um nach Lösung der Landfrage²⁾ den Bedarf der Farmer an Landarbeitern zu decken. Die Expansion der Plantagenwirtschaft mit ihrem großen saisonalen Personalbedarf, der Ausbau von Eisenbahn

1) WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 214: "...a beginning (with Indian peasant colonists, A.d.V.) was actually made with ... the settlement of a few former railway builders in the Kibos area, on the plain east of Kisumu." In dem malariaverseuchten Sumpfgebiet ließen sich nach Ansicht MANGATs nur etwa ein Dutzend ehemaliger Kulis nieder. Vgl. MANGAT, J.S., a.a.O., S. 66-67. WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 214: "Later for political reasons, the settlement of Indians on the land was disfavoured, and in the highland zone was in effect prohibited,..."

2) Mit den "Massai-Abkommen" (Vgl. BENNET, G., a.a.O.) war "The 'Kenya patchwork of settled areas and native reserves'... laid down". LOW, D.A., a.a.O., S. 38.

Unter den Völkerschaften zwischen dem Indischen Ozean und dem Viktoriasee gab es kaum eine, die nicht auf Teile alten Stammeslandes verweisen konnte, die europäischer Okkupation anheim gefallen waren. Vgl. LOW, D.A., a.a.O., S. 50-51.

und Straßen, und nicht zuletzt reiche Touristen mit ihrem Bedarf an Trägern für Löwen- und Elefanten-Safaris trieben die Nachfrage nach Arbeitskräften in die Höhe. Das Angebot blieb jedoch wegen hoher Freizeitpräferenz und wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Afrikaner - infolge der Subsistenzwirtschaft - rigide. Zwangsarbeit war offiziell nicht mehr statthaft, eine Erhöhung der Hüttensteuer ohne gleichzeitige Besteuerung der Europäer schwer vertretbar, die von den Siedlern geforderte drastische Reduktion der Anbaufläche der Afrikaner beim Kolonialministerium in London nicht durchsetzbar und höhere Lohnsätze - offensichtlich - gar nicht denkbar¹⁾. Als Ausweg aus dieser Konstellation entwickelte sich das "Squatter-System": Afrikaner, meistens Leute aus dem Stamm der Kikuyu, siedelten sich als Hintersassen auf europäischen Farmen an, lebten dort in "schlechten und zuweilen entsetzlichen Unterkünften"²⁾, gingen relativ ungestört ihren Lebensgewohnheiten nach und wurden vom Farmer entweder auf Abruf oder zu festgelegten Zeiten zu Arbeitsleistungen herangezogen.

Die Kriegsergebnisse des Ersten Weltkrieges prägten die weitere Entwicklung des Protektorates: Rund zwei Drittel der europäischen Männer beteiligten sich aktiv

1) BENNET, G., a.a.O., S. 274: "The Governor held a conference with some 150 plain-spoken settlers who advocated the whip - some acknowledged using it - and Pass Laws to discipline the natives, besides taxation to force out labour. Delamere also urged that the amount of land the natives were allowed to hold 'should be absolutely limited'; they must 'force the native to work', and he hoped that they could rely on the Government."

2) WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 232.

an den Kämpfen gegen v. LETTOW-VORBECKs Truppen in Deutsch-Ostafrika und zogen im Laufe des Krieges rd. 163.000 Afrikaner als Träger mit, die durch Kriegshandlungen, Hungersnöte und Epidemien stark dezimiert wurden¹⁾. Obwohl die Protektoratsverwaltung versucht hatte, die Kriegsanstrengungen durch Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Selbstversorgung des Landes und den Bau einer strategischen Eisenbahnnachschublinie zum Kilimandscharo zu unterstützen, waren die vom Kriegsschauplatz zurückkehrenden Europäer mit den Leistungen der Verwaltung unzufrieden. Zur "Beratung" der Administration bildeten sie den "War Council", über den sie exekutive Funktionen zu erlangen versuchten, um sich gute Startpositionen für die Nachkriegsentwicklung zu sichern. In diesem "Kriegsrat" wurde der "Soldier Settlement Scheme" entworfen mit dem Ziel, Land für "small men" und "homes for heroes"²⁾ zu schaffen in der - unerklärten - Absicht, die eigenen Reihen für die Zukunft zu stärken.

1) Vgl. MIDDLETON, John: Kenya: Administration and Changes in African Life, S. 353, in: HARLOW, V. u. CHILVER, E.M. (Hrsg.), a.a.O., S. 332-392. Während der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit starben allein 120.000 Kikuyu durch direkte oder indirekte Kriegseinflüsse.

2) Vgl. WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 233 und BENNETT, G., a.a.O., S. 288-289.

2. Konsolidierung der Macht (1918 - 1945)

In der Nachkriegszeit enttäuschte die Verwaltung "gefangen zwischen Pflicht und dem Druck der europäischen Farmer"¹⁾ die Erwartungen dieser Minderheit nicht²⁾.

Das nach wie vor akute Arbeiterproblem versuchte man zu lösen, indem Arbeiter-Anwerber die traditionelle "Press Gang"³⁾, die "Chiefs", bestachen, gutgläubige Arbeitswillige betrogen, Kinder und Frauen aus den afrikanischen Rückzugsgebieten auf die europäischen Farmen schleppten, wo sie nicht selten brutal behandelt wurden⁴⁾. Als komplementäre Maßnahme zu diesen Rekrutierungsmethoden erhöhte die Kolonialverwaltung die Kopfsteuern⁵⁾, führte sie ein Registrationssystem ein, mit dem die Wanderungen afrikanischer Arbeiter

1) BENNETT, G., a.a.O., S. 293, Ü.d.V.

2) WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 261: "..., farmers, were at no time a majority even of the non-official white population, being consistently outnumbered by the professional and business classes."

3) Die Bezeichnung "press gang" verwendet LOW, D.A., a.a.O., S. 50. "...these so called chiefs ... often (were, A.d.V.) little but partly detribalized riff-raff..." und "... in general a hindrance to efficient administration.". MIDDLETON, J., a.a.O., S. 349-350.

4) Vgl. MIDDLETON, J., a.a.O., S. 355.

5) Zur Funktion der Kopfsteuern: "... to make him (the native, A.d.V.) into a labourer taxation was introduced, with the intention also of 'educating' him in 'citizenship'." MIDDLETON, J., a.a.O., S. 336. Da von "... sichtbaren Gegenleistungen in Form staatlicher Leistungen für die afrikanische Bevölkerung nichts zu bemerken war, ..." (MIDDLETON, J., a.a.O., S. 356, Ü.d.V.) wirkte diese Steuer im höchsten Maße redistributiv.

kontrolliert werden sollten, und verbot sie, daß Afrikaner "europäisches" Land pachten durften. Ihre eigenen Finanzierungsschwierigkeiten und die der Farmer während der kurzen Rezession um 1921 löste die Administration dadurch, daß sie zweimal innerhalb von zwölf Monaten Afrikaner Kopfsteuern zahlen ließ, die vorgesehene Einführung einer Einkommensteuer für Europäer sistierte und den Farmern erlaubte, die Lohnsätze um ein Drittel zu reduzieren. Auf diese Weise förderten die Behörden tatkräftig eine Entwicklung "die die Lebensgrundlage der afrikanischen Bevölkerung in den zentralen Gebieten bedrohte"¹⁾, und zwar in einem Ausmaß, daß von einem "state of slavery imposed by the Europeans"²⁾ gesprochen wurde; - paradoxerweise von den gleichen Europäern, die kaum vierzig Jahre zuvor u.a. unter dem Vorwand der Sklavenbefreiung ins Land gekommen waren.

Die Nachkriegsrezession verhinderte die Einwanderung der "small men" und "heroes"; stattdessen kamen Anfang der zwanziger Jahre wohlhabende Leute, die sich auf der Suche nach Raum und Abenteuern in Kenia wohlfühlten, so daß die Kolonie eine Art "afrikanische Bermudas"³⁾ wurde und die "White Highlands" ein Land großer Farmen blieben.

Die Administration versuchte es den Kolonisten auch weiterhin recht zu machen: Nachdem man gelernt hatte,

1) MIDDLETON, J., a.a.O., S. 354, Ü.d.V.

2) THUKU, Harry, zitiert bei BENNETT, G., a.a.O., S. 294.

3) WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 241.

tropische Weizen- und Rinderkrankheiten zu bekämpfen, wurden die Einfuhrzölle für Milchprodukte und Weizen erhöht, um den Kolonisten das "English-style-farming" zu erleichtern. Da das Frachtaufkommen immer noch nicht ausreichte, um die Kapazität der Eisenbahn auszulasten, suchte man ein expansionsfähiges Massengut und begann Mais anzubauen. Bei gegebenen Produktions-, Frachtkosten und Weltmarktpreisen konnte es nur von wenigen Farmern profitabel angeboten werden, so daß sich die Eisenbahnverwaltung entschloß, die Frachtkosten drastisch zu senken. Da diese externe Kostenreduktion falsch dosiert wurde, expandierte der Maisanbau in einem Ausmaß, daß Mais-Monokulturen bald weite Landstriche überzogen¹⁾. Dessen ungeachtet blieben die Plantagenerzeugnisse Kaffee und Sisal, mit denen die Farmer den Exportanteil "afrikanischer" Produkte verdrängt hatten (70% 1912/13 vrs. 20% 1928), die wichtigsten Exportgüter des Landes.

Dieser Rückgang belegt auch eindrücklich, daß trotz der Proklamation einer "Dual Policy" nur der europäische Teil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung von dieser Politik profitierte. Tatsächlich hatten die Afrikaner wegen der Arbeiter-Rekrutierungspraktiken keine freie Wahl zwischen selbständiger Landwirtschaft und abhängiger Lohnarbeit. Darüberhinaus wurde ihnen der Anbau des ertragreichsten Produktes, des Kaffees, verwehrt²⁾.

1) Vgl. WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 235-239.

2) Derselbe, a.a.O., S. 246: "Nicht nur wurden keine positiven Schritte zur Einführung von Kaffee in die afrikanische Landwirtschaft unternommen, sondern vielmehr wurde sein Anbau erheblich behindert, was einem faktischen Verbot gleichkam." Ü.d.V.

In dem Maße, in dem die "europäische" Landwirtschaft dank günstiger Weltkonjunktur und öffentlicher Unterstützung expandierte, wurden auch die Kapazitäten der komplementären Sektoren ausgebaut: Nairobi - 1902 ein Eisenbahn-Bauarbeiter-Camp und seit 1907 Sitz der Protektorats-Administration - entwickelte sich während der Zwischenkriegsjahre zum kommerziellen Zentrum Ostafrikas. Britische Handelshäuser und Banken wählten diese Stadt als Standort, von dem aus sie ihre ostafrikanischen Geschäfte und Filialen führten. Die steigenden öffentlichen Einnahmen verwandte man für den Ausbau der Verkehrseinrichtungen in den "White Highlands" und der Verschiffungskapazitäten in Mombasa. In dieser Phase der Prosperität, mit der Möglichkeit neue Finanzquellen zu erschließen, konnte die Verwaltung von der Praxis abrücken, die Frachttarife im Transitverkehr mit Uganda die Rolle von Quasi-Steuertarifen spielen zu lassen.

Sie fand sich bereit, die Eisenbahn- und Hafeneinrichtungen einer gemeinsamen Körperschaft aus Vertretern Ugandas und Kenias zu unterstellen, die diese Verkehrseinrichtungen nunmehr nach rein kommerziellen Grundsätzen führte¹⁾.

Aber unter der Oberfläche europäischer Hegemonie in Politik und Wirtschaft hatten sich Tendenzen abzuzeichnen begonnen, die langfristig von nachhaltigerer Wirkung sein sollten: 1914 bereits revoltierten die Girijama im Hinterland der Küste gegen Steuerzahlung, Arbeiter-

¹⁾ Vgl. WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 239-240.

aushebung und Landüberfremdung¹⁾, nach dem Krieg formten sich bei den Kikuyu politische Zellen, die gegen die Politik der Kolonialherren opponierten. Die "Young Kikuyu Association" unter der Führung von Harry THUKU forderte die Beseitigung des Registrationssystems (kipande), Reduktion der Kopfsteuerlast und die Rückgabe überfremdeten Kikuyu-Landes. THUKU wurde wegen seiner "Agitation" verhaftet und deportiert, eine Solidaritätsversammlung in Nairobi durch Polizeigewalt aufgelöst.²⁾

Auch die indischen Einwanderer begannen gegen die europäische Vormachtstellung zu opponieren: Waren 1907 bereits "unoffizielle" - d.h. nicht der Administration angehörige - Europäer in den Legislativrat berufen worden, so bestand ihre weitere Strategie darin, "europäische Selbstverwaltung" über eine unoffizielle, gewählte Mehrheit im Legislativrat zu erlangen. Als gleichberechtigte Untertanen des britischen Königs empfanden die Inder die Tendenz der Europäer, die Macht zu monopolisieren, als Affront und forderten für sich die gleiche Vertretung im Legislativrat, Beendigung der Segregation in den Städten, Beseitigung der Diskriminierung beim Landerwerb in den Highlands und die Besetzung

1) Diese Revolte wurde in einer Weise niedergeschlagen, daß "... die Girijama in einen Zustand resignierender Hoffnungslosigkeit verfielen, der bis zum Zweiten Weltkrieg andauerte." MIDDLETON, J., a.a.O., S. 384, Ü.d.V.

2) 25 Personen wurden bei diesem Einsatz erschossen bzw. so schwer verwundet, daß sie später ihren Verletzungen erlagen. Vgl. MIDDLETON, J., a.a.O., S. 356-373.

öffentlicher Posten nach dem Leistungsprinzip¹⁾. Nachdem politische Forderungen der Inder nicht einfach durch Polizeimaßnahmen zum Schweigen gebracht werden konnten und die Europäer andererseits die Gleichheit der Inder infolge rassistischer Verblendung nicht akzeptieren konnten²⁾, trugen beide Einwanderungsgruppen ihre Kontroverse vor die Imperialverwaltung in London. Die britische Regierung nahm diese Auseinandersetzung zum Anlaß, die Grundkonzeption ihrer Kolonialpolitik für Kenia zu überprüfen und setzt für beide Einwanderergruppen ein Signal, indem sie 1923 im "Davonshire White Paper" deklarierte, daß den Interessen der eingeborenen Afrikaner vorrangige Bedeutung gegenüber den Interessen anderer, eingewanderter Rassen einzuräumen sei³⁾.

-
- 1) Die Rolle der Inder in Ostafrika brachte John HATCH auf die prägnante Formel: "In some ways they resembled the Jews of medieval Europe, indispensable as money-lenders and traders, but hated for the power this gave them over those who made use of their services." HATCH, J., a.a.O., S. 123.
Vgl. auch MANGAT, J.S., a.a.O., S. 97-178.
 - 2) "East African colonists stand on the principle that the white race is the only people which has proved its capacity to govern mixed races." Lord DELAMERE, zitiert bei BENNETT, G., a.a.O., S. 314.
 - 3) Der Kernsatz des Dokumentes: "Primarily, Kenya is an African territory, and H.M. Government think it necessary definitely to record their considered opinion that the interests of the African native must be paramount, and that if and when those interests and the interests of the immigrant races should conflict, the former should prevail."
Zitiert bei MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 182-183.

Nachdem sich unter den Europäern der Schock über die unerwartete "neue" Politik der britischen Regierung gelegt hatte, fuhren sie fort, ihre wirtschaftliche und politische Machtposition auszubauen. Sie steigerten die Unzufriedenheit unter den Afrikanern in einem Maße, daß sich der latente Konflikt an einer für die traditionelle Sozialordnung der Kikuyu so bedeutenden Institution wie der Zirkumzision der Mädchen lösen mußte: Von Jomo KENYATTA als "conditio sine qua non of the whole teaching of tribal law, religion and morality"¹⁾ beurteilt, mußten die Pressionen seitens der Missionare, diesen Brauch abzuschaffen, als Versuch zur Zerstörung der traditionellen Sozialordnung verstanden und abgelehnt werden. Die meisten Konvertiten verließen die Missionsschulen und bildeten Sektten und Vereinigungen, die wirtschaftliche, politische, soziale, religiöse und erzieherische Ziele gleichermaßen verfolgten. Anlässe ähnlicher oder anderer Art zur Opposition gegen die Kolonisierungsmethoden der Europäer fanden sich überall, wo Afrikaner das Gefühl hatten, ungerecht behandelt zu werden²⁾, nur artikuliert sich der Mißmut bei den Kikuyu stets am

1) KENYATTA, Jomo: Facing Mount Kenya, London 1938, 3. Aufl. 1965, S. 133: "The real argument lies not in the defence of the surgical operation... but in the understanding of a very important fact in the tribal psychology of the Gikuyu -namely, that this operation is still regarded as the very essence of an institution which has enormous educational, social, moral and religious implications, quite from the operation itself."

2) Vgl. MIDDLETON, J., a.a.O., S. 356-385.

vehementesten, da sie den Methoden am stärksten ausgesetzt waren¹⁾.

Mit dem Ende der "goldenen" Zwanzigerjahre schien auch der wirtschaftliche Erfolg die europäischen Farmer verlassen zu haben: In zwei aufeinanderfolgenden Jahren wurden ihre Kulturen von Heuschrecken vernichtet. Das neue Jahrzehnt begann mit ungewöhnlicher Trockenheit und die Weltwirtschaftskrise schmälerte die Erlöse und brachte hoch verschuldete Farmer,

"für die die Highlands glückliche Jagdgründe waren, aber kein Platz, an dem man Grenzerlöse mit Grenzkosten zum Ausgleich zu bringen hatte" ²⁾,

an den Rand des Ruins. Um sie davor zu bewahren, unternahm die Verwaltung praktisch "alle Anstrengungen"³⁾: Sie ließ eine Reduktion der Lohnsätze um 40% zu, stellte die Einführung der verhaßten Einkommensteuer weiterhin zurück⁴⁾ und wandte mehr als 300.000 £ Sterling für

1) Hierin, so scheint es, liegen die Ursachen des "höheren politischen Bewußtseins der Kikuyu" (MIDDLETON) und ihrer starken Opposition gegen die Kolonialverwaltung. Zentrum der Opposition war die "Kikuyu Central Association", die politische Nachfolgeorganisation der "Young Kikuyu Ass." von Harry THUKU. Vgl. MIDDLETON, J., a.a.O., S. 358-360.

2) WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 247, Ü.d.V. Derselbe: "...much of the European farming was still somewhat amateurish." Ebenda.

3) WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 248: "It (the Administration, A.d.V.) ... made strenuous efforts to save the European farmers from ruin."

4) Diesen Erfolg feierten die Siedler, als "... the greatest constitutional victory in the history of the Colony...". Vgl. BENNETT, G., a.a.O., S. 322.

Rückvergütungen, Rabatte, Darlehenssubventionen und Darlehen auf. Trotzdem zogen es viele Farmer vor, ihr Glück auf den Goldfeldern von Kakamega zu suchen. 1935, auf dem Höhepunkt des "gold-rush" stellten sechshundert Europäer und fünfzehntausend Afrikaner dem Metall nach¹⁾.

Für die Afrikaner bedeutete die Depression ein "great disaster"²⁾. Die Preise ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse sanken stärker als diejenigen der europäischen Farmer; reduzierte Lohneinkommen und erstmals offene Arbeitslosigkeit bei konstanter Hütten- und Kopfsteuerlast bewirkten eine Zunahme der Realsteuerlast, der man durch Produktionsexpansion zu begegnen versuchte. Dieses Motiv zur Outputsteigerung wurde durch die Tatsache stimuliert, daß immer mehr afrikanische Bauern begannen, der Erzeugung eines auf dem Markt verwertbaren Überschusses als Einkommensquelle Wert beizumessen. Und die so gewonnene wirtschaftliche Unabhängigkeit von den sozialen Bindungen an die Stammesgemeinschaft strebten immer mehr Familien an³⁾. Da die Europäer zunehmend die Meinung vertraten, daß prosperierende Reservate⁴⁾ den sozialen Wandel der afrikanischen Gesellschaftsordnungen aufhalten und die Einwanderer von der Verantwortlichkeit - und den daraus

1) Vgl. WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 248.

2) Ebenda, S. 250.

3) Vgl. ebenda, S. 250-251.

4) De-jure gab es in Kenia keine Rassensegregation, weil die britische Regierung entsprechende Initiativen abwies. Vgl. WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 258-260.

ableitbaren Kosten - für die Verproletarisierung befreien könnten¹⁾, nahmen sie die Konkurrenz auf dem Markt als "kleineres Übel" hin. Da wegen des Bevölkerungsdruckes²⁾ in den Reservaten die Durchschnittsanbaufläche immer kleiner wurde, ein Ausweichen als "Squatter" auf "europäischen Boden" - 1928 "waren nur etwa ein Achtel des okkupierten Landes in den Highlands in irgendeiner Weise kultiviert"³⁾ - infolge gesetzlicher Restriktionen unmöglich wurde⁴⁾, und die Kolonialverwaltung fast nichts unternommen hatte, um die Afrikaner in produktiveren Anbaumethoden - als der "shifting cultivation" - zu unterweisen, waren nach anfänglicher Produktionsexplosion Erosion und Landkanppheit unvermeidlich⁵⁾. Die ursprüngliche Absicht, soziale Kosten zu vermeiden, führte im Effekt zur Abwanderung landloser jüngerer Leute in die Städte.

Während sich die Diskussionen über diese Fragen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hinzogen, kehrte mit der Erholung der Preise auf den Welt-Waren-Märkten

-
- 1) Vgl. WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 258 und S. 262:
"...it (das System prosperierender Reservate, A.d.V.) certainly enabled to postpone serious considerations of the formidable social and economic problems which would be posed by the emergence of an urban proletariat."
- 2) MIDDLETON, J., a.a.O., S. 340, beziffert die Anzahl der in Reservaten lebenden Kikuyu auf: 1902: 452.000, 1931: 489.000 und 1948: 745.000.
- 3) WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 242, Ü.d.V.
- 4) Vgl. derselbe, S. 257.
- 5) Vgl. ebenda.

das Selbstbewußtsein der Farmer zurück¹⁾. Den Maisanbau überließen sie nunmehr überwiegend den afrikanischen Bauern, während sie selbst sich der Viehhaltung und dem Anbau einer neuen Pflanze, Pyrethrum, zuwandten, die in mehr als 2000 m Höhe gut gedieh, wenig Kapitalinvestitionen erforderte und hohe Gewinne abwarf²⁾. Kaffee, Sisal und in steigendem Maße Tee, dessen Anbau auf Initiative Londoner Unternehmen hin betrieben wurde, waren die wichtigsten Exportgüter der Kolonie, während Mineralien - Gold und Soda - einen relativ geringen Anteil am Exportwert hatten³⁾.

Die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges lenkten die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie in andere Bahnen.

Die Politik wurde suspendiert⁴⁾ und die Kolonie mittels "Defence Regulations" vom Exekutivrat aus verwaltet, über den die Farmer trotz der Aufsicht durch die Regierung in London ihre Position zu konsolidieren versuchten. Vorkehrungen wurden getroffen, um die erwartete Invasion italienischer Truppen - von Abessinien und italienisch Somaliland aus - abwehren zu können. 75.000 Afrikaner aus der Kolonie - 20% der erwachsenen Männer des Landes - kamen während des Krieges bei der

1) Der "Farmer-und-Politiker" CAVENDISH-BENTINCK war 1938 der Ansicht, "... that the settlers took a considerable part, in the government of the country, having a bigger 'say' than ever before." Zitiert bei BENNETT, G., a.a.O., S. 327.

2) Vgl. WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 249-250.

3) Ebenda

4) Politische Organisationen der Afrikaner, u.a. die "Kikuyu Central Ass.", wurden verboten und die Europäer direkt an der Kriegsverwaltung beteiligt. Vgl. BENNETT, G., a.a.O., S. 328-330.

Armee in den Genuß formeller und informeller Ausbildung; viele lernten lesen und schreiben, erwarben technische Kenntnisse und kamen in Nordkenia, Äthiopien und Madagaskar mit Afrikanern anderer Stämme, im Mittleren und Fernen Osten mit Völkern anderer Kulturen in Kontakt und erlebten dort, daß "die traditionelle Überlegenheit der Europäer und Asiaten außerhalb Ostafrikas keineswegs akzeptiert wurde"¹⁾. Diese Entwicklungen trugen mit dazu bei, daß gegen Kriegsende immer mehr Europäer erkennen mußten, daß "die ursprüngliche Idee ein neues Südafrika zu schaffen, von Anbeginn an ein nicht realisierbarer Traum gewesen war"²⁾.

3. Endphase des Kolonialismus (1945 - 1963)

In dem Maße, in dem starkes Bevölkerungswachstum, traditionelle Anbaumethoden und steigende Erosion die materiellen Lebensumstände in den Reservaten verschlechterten, und junge Menschen glaubten, ihre Ambitionen durch traditionelle Lebensformen behindert zu sehen, wanderten sie in die Städte. Dort hofften sie, ihre Vorstellungen von einem "besseren Leben" realisieren zu können. Tatsächlich führte die Landflucht zu Arbeitslosigkeit, Entstehung von Slums, Stammesentfremdung und weiter wachsender Unzufriedenheit mit den Ergebnissen europäischer Kolonisation³⁾. Sie galt es konsequen-

1) MIDDLETON, J., a.a.O., S. 386, Ü.d.V.
Die militärischen Operationen ostafrikanischer Truppen sind beschrieben bei: INGHAM, Kenneth: A History of East Africa, London 1962, S. 368-371.

2) BENNETT, G., a.a.O., S. 332, Ü.d.V.

3) Vgl. HATCH, J., a.a.O., S. 328 und MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 242-243, sowie MIDDLETON, J., a.a.O., S. 391.

terweise zu beenden - wollte man sich nicht mit seinem Los zufrieden geben - und die instrumentelle Frage beantwortete der Gegner: Gesetzliche Diskriminierung und mangelnde Repräsentation im Legislativrat lieferten genügend Argumente für politische Agitation. Dieser versuchte die Kolonialverwaltung durch Versammlungsverbote, Vereinsregistrierung und Brüskierung des populärsten afrikanischen Politikers, Jomo KENYATTA, beizukommen¹⁾. Diese Maßnahmen trieben KENYATTA und seine Gesinnungsfreunde in die Obskurität, aus der heraus vermutlich die Mau-Mau-Bewegung entstand²⁾.

Als sich Anfang der fünfziger Jahre politische Verbrehen häuften, verhängte der Gouverneur 1952 über die am Anfang eines Bürger- und Anti-Kolonialkrieges stehende Kronkolonie den Notstand³⁾, ließ Truppen einfliegen und KENYATTA mit seinen Gefolgsleuten verhaften. Mehr als zehntausend Menschen (davon 38 europäische Soldaten und dreißig europäische Zivilisten) mußten sterben, ehe jedermann klar wurde, daß der Wendepunkt fünfzigjähriger europäischer Großgrundbesitzer-Oligarchie erreicht worden war.

Weil die kostenbewußte Regierung in der Metropole auf eine schnelle Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung

1) Vgl. HATCH, J., a.a.O., S. 328.

2) Die Verbindung KENYATTAS mit der Bewegung ist bis heute unklar, aber "... es gibt einige bruchstückhafte Beweise (für eine Verbindung mit der Bewegung, A.d.V.), die jedoch keineswegs ausreichen, ein endgültiges Bild zu entwerfen". HATCH, J., a.a.O., S. 329, Ü.d.V.

Zur Bewegung selbst, vgl.

HATCH, J., a.a.O., S. 331,

BERTAUX, P., a.a.O., S. 296-297 und

MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 244-245.

3) Vgl. HATCH, J., a.a.O., S. 333-334.

drängte, sahen sich die Statthalter in der Kolonie gezwungen, der afrikanischen Bevölkerung substantielle politische, soziale und wirtschaftliche Konzessionen zu machen, Zugeständnisse, die notwendigerweise den Einfluß des europäischen "Landadels" in dieser Kolonie verringern mußten.

Die Endphase der Kolonialzeit verlief kurz und bewegt¹⁾. 1955 gewährte man Afrikanern auf Distriktebene das politische Organisationsrecht, schloß man die eigenen Reihen und unternahm alle Anstrengungen, gefürchtete Kikuyu-Führer aus der Politik fernzuhalten²⁾, so daß Tom MBOYAs Gewerkschaften zum Zentrum der afrikanischen Opposition wurden. MBOYAs geschicktes Taktieren - unter Anraten von Aneurin BEVAN³⁾ - drängte die Europäer zusehends in die Defensive⁴⁾. Als der Luo Oginga ODINGA vor Ablauf der Haftzeit KENYATTAs dessen Namen wieder in die Öffentlichkeit brachte, erwies sich, daß dieser Name nichts von seiner Magie eingebüßt hatte, und daß Politik in Kenia ohne KENYATTA nicht mehr möglich war. Nicht zuletzt deshalb fanden MBOYA und ODINGA in der "Kenya Independence Movement" zusammen.

1) Vgl. HATCH, J., a.a.O., S. 334 ff.

2) Eliud MATHU hinderte man z.B. daran Minister zu werden. Vgl. HATCH, J., a.a.O., S. 336.

3) BEVAN riet MBOYA die März-Wahl 1957 nicht zu boykottieren, um solchermaßen der britischen Öffentlichkeit die Unterrepräsentierung der Afrikaner im Legislativrat demonstrieren zu können. Einmal parlamentarisch vertreten, werde britische Fairness für eine rasche Lösung des quantitativen Aspekts dieses Problems sorgen. Vgl. HATCH, J., a.a.O., S. 337.

4) Vgl. BLUNDELL, Michael: So Rough a Wind, London 1964.

Personelle Änderungen an der Spitze des Kolonialministeriums in London änderten auch die Politik: Ian MacLEOD lud politische Repräsentanten der Kolonie zur Diskussion der Zukunft des Landes zur "Ersten Lancaster-House-Konferenz" ein, von der die europäischen Vertreter der Kolonie die Gewißheit mitnahmen, in London keine Unterstützung mehr für ihre Präntentionen zu finden¹⁾, und die afrikanischen die Überzeugung, daß die Zukunft ihnen gehören werde.

Als Kikuyu- und Luo-Persönlichkeiten 1960 die "Kenya African National Union - K.A.N.U." als Massenpartei gründeten und die Posten unter sich aufteilten, wurden die Führer kleinerer Stämme mißtrauisch und gründeten unter Leitung von Ronald NGALA die "Kenya African Democratic Union - K.A.D.U.". Angesichts dieser Polarisierung und den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit zogen es viele Europäer vor, das Land für immer in Richtung Süd-Rhodesien und Südafrika zu verlassen.

Die Wahl von 1961 gewann die KANU, die sich jedoch weigerte, die Regierung zu bilden, solange nicht ihr "De-nomine-Präsident" KENYATTA aus Haft und Verbannung entlassen worden war. Eilfertig sprang die KADU in die Bresche und diskreditierte sich somit in den Augen der meisten Afrikaner als "Partei der Kollaborateure".

KENYATTA wurde im August 1961 endgültig freigelassen. Seine Versuche, KANU und KADU zur Zusammenarbeit zu

1) HATCH, J., a.a.O., S. 342: "Once the British government decided to remove its backing from European political pretentions, they virtually collapsed".

bewegen, scheiterten an der Weigerung der KADU, seinen Führungsanspruch zu akzeptieren. Uneins ging man zur "Zweiten Lancaster-House-Konferenz", bei der - nunmehr unter den Auspizien von Sir Reginald MAUDLING - eine stark föderative Verfassung zum Schutz der kleinen Stämme vor zentraler Kikuyu-Luo-Dominanz vereinbart wurde. Bei der Frühjahrswahl 1963 gewann die KANU 72 von 117 Unterhaussitzen, so daß KENYATTA die 'Interne Selbstregierung' bilden konnte¹⁾. Der letzte Schritt in die vollständige Souveränität ließ nicht lange auf sich warten: Bei neuerlichen Verhandlungen über die Verfassung einigte man sich auf eine stärkere Berücksichtigung der zentralistischen Vorstellungen der KANU und auf das Datum der Unabhängigkeit. Am 12. Dezember 1963 wurden "Kenya-Colony" und "Kenya-Protectorat" als "Republic of Kenya" aus britischer Vormundschaft entlassen, war die Episode sechzigjähriger Kolonistenhegemonie beendet.

Die turbulente politische Transformation Kenias seit dem Zweiten Weltkrieg bis zur Unabhängigkeit hatte wirtschaftliche und soziale Veränderungen in den Hintergrund des Interesses treten lassen: Das Selbstversorgungskonzept der Kriegswirtschaft zur Entlastung der Transportmittel der Alliierten hatte auch Grenzbetrieben ausreichende Erträge gebracht²⁾. Korea-kriegsboom und optimistische Zukunftserwartungen euro-

1) Zum Wahlverlauf und -ergebnis, vgl. SANGER, Clyde and NOTTINGHAM, John: The Kenya General Election of 1963, in: The Journal of Modern African Studies, 2,1 (1964), S. 1-40.

2) Vgl. WRIGLEY, C.C., a.a.O., S. 264.

päischer Investoren¹⁾ stimulierten die weitere Wirtschaftsentwicklung des Landes als Agrarprodukte-Lieferant des Vereinigten Königreiches²⁾. Der auf etwa 30% geschätzte Anteil der Subsistenzwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt³⁾ verlor u.a. durch die Expansion der verarbeitenden und Konsumgüterindustrie an Gewicht: Streichhölzer, Zigaretten, Bier, Textilien, Baumaterialien, Plastikprodukte und Metallbehälter wurden in Mengen produziert, die den Import dieser Waren teilweise erübrigten. Bau- und Fahrzeugreparaturbetriebe vergrößerten das Angebot ihrer Leistungen, und im Einzelhandel begannen Afrikaner den Asiaten das Monopol streitig zu machen⁴⁾.

Zur Beseitigung der Kriegsfolgen und zur Förderung der zukünftigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung rief die Kolonialverwaltung die "Development and Reconstruction Authority" ins Leben und gründete den "Development and Reconstruction Fund" zur Finanzierung der öffentlichen Kapitalinvestitionen⁵⁾. Programme

-
- 1) Als Indiz für dieses Vertrauen kann die vielfache Überzeichnung einer 3,5-Prozent-Anleihe der Stadt Nairobi gewertet werden, die 1949 in London und Nairobi gleichzeitig aufgelegt wurde. Vgl. INGHAM, K., a.a.O., S. 385.
 - 2) Der Anteil landwirtschaftlicher Produkte an den Exporterlösen betrug 1954 94%. Vgl. MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 242.
 - 3) Vgl. LURY, Dennis, A.: Appendix IV, The Statistical Background, in: LEYS, C. und ROBSON, P. (Hrsg.), a.a.O., S. 227.
 - 4) Vgl. MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 247 und MIDDLETON, J., a.a.O., S. 387. Die Begriffe "Asiaten" und "Inder" sind synonym zu verwenden.
 - 5) Vgl. INGHAM, K., a.a.O., S. 378.

zur Steigerung landwirtschaftlicher Produktivität und zur Erhöhung des Bildungsangebotes bildeten die Schwerpunkte des ersten Zehnjahresplanes Kenias, der jedoch wegen allgemeiner internationaler Kapitalgüterknappheit, sowie interner Inflation und Unruhen mehrmals modifiziert und reduziert werden mußte¹⁾. Um die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen des Mau-Mau-Krieges zu beseitigen, begann die Kolonialverwaltung mit Unterstützung der britischen Regierung Pläne zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Einkommen in den Krisengebieten zu realisieren²⁾. Diese Maßnahmen führten in dem Umfang wie bäuerliche Skepsis gegenüber Modernisierungsmaßnahmen durch das Erlebnis unmittelbarer Vorteile überwunden werden konnte, zur Erhöhung des Angebotes landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus afrikanischer Produktion³⁾.

Diese Strukturänderungen wurden durch Umsiedlungs- und Ansiedlungsprogramme ergänzt, durch die man die Bewohner der verstreuten 'shambas'⁴⁾ und die aus den

1) INGHAM, K., a.a.O., S. 385-386.

2) Der sog. Swynnerton-Plan sah Maßnahmen zur Flurbereinigung und individuellen Landnutzung vor. Rechtlich fanden sie ihren Ausdruck in der "Native Lands Registration Ordinance" und dem "Land Registration (Special Areas) Act".
Vgl. MAINI, K.M., a.a.O., S. 37-41.

3) Die Anzahl afrikanischer Kaffeebauern stieg von rd. zehntausend im Jahre 1952 auf rd. fünfundsiebzigtausend im Jahre 1958.
Vgl. INGHAM, K., a.a.O., S. 394.

4) Die "shamba" ist die traditionelle Lebensgrundlage der bäuerlichen Bevölkerung Ostafrikas; bestehend aus einigen Lehmhütten, einigen Quadratmetern kultivierten Landes und etwas Kleinvieh, entspricht sie in den seltensten Fällen unserer Vorstellung von einem Bauernhof.

Slums von Nairobi ausgesiedelten 90.000 Afrikaner in Dörfern sesshaft machte¹⁾. Dienten diese Vorkehrungen primär dazu, die verstreut lebenden Familien vor Überfällen der Terroristen zu schützen, in Nairobi die Zentren des Aufruhrs zu beseitigen und "subversive" Aktivitäten wirksamer kontrollieren zu können, so hatten sie die langfristig vorteilhaften Nebenwirkungen, mehr Afrikanern leichteren Zugang zu besseren sozialen Einrichtungen zu ermöglichen als je zuvor: Trinkwasserversorgung, hygienische Sanitäreinrichtungen, Anschluß an Verkehrsmittel, sowie bessere Bildungs- und medizinische Versorgungsmöglichkeiten waren allgemein geschätzte Annehmlichkeiten, denen die gelegentlich als Nachteil empfundene räumliche Nähe von Nachbarn gegenüberstand.²⁾

Die offensichtlichen - wenn auch keineswegs selbstlosen - Anstrengungen der Behörden³⁾ zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Eingeborenen, die Absicht, die "White Highlands" für afrikanische Besiedlung zu "öffnen" und die unsichere politische Zukunft der Kolonie verdrossen indessen etliche europäische Investoren, die es vorzogen, ihre Engagements in Kenia "abzubauen" und keine neuen mehr einzugehen⁴⁾.

1) Vgl. BERTAUX, P., a.a.O., S. 297.

2) Vgl. MARSH, Z. and KINGSNORTH, G.W., a.a.O., S. 246.

3) Durch Beseitigung sozialer Not versuchte man dem Bürgerkrieg die Grundlage zu entziehen und den britischen Staatshaushalt von den Kriegskosten zu entlasten.

4) Vgl. INGHAM, K., a.a.O., S. 394-396 und HATCH, J., a.a.O., S. 343.

Die souveräne Regierung stand vor einer prekären Aufgabe: bei rückläufiger Tendenz der wirtschaftlichen Aktivität gestiegenen Erwartungen der Staatsbürger genügen zu müssen¹⁾.

¹⁾ Republic of Kenya (Hrsg.): Economic Survey 1963, Nairobi 1963, S. 1: "Outside the subsistence sector the stagnation which has beset the economy in recent years showed little sign of improvement in 1962 and ... in 1962 the real per capita income must have fallen."

Teil III

DER STATUS-QUO ZUR UNABHÄNGIGKEIT:
DAS ERGEBNIS DER KOLONISATION ALS EINFLUSSGRÖSSE
DER ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN KENIAS UND TANSANIAS

§ 7 Der Bestand an Produktionsfaktoren in Kenia und Tansania

Welcher Art war nun das koloniale Erbe, das die souveränen Regierungen sich anschickten anzutreten, welches die Bedingungen, denen sie Rechnung tragen mußten, wollten sie in ihrem Bemühen, in eigener Verantwortung die Elemente der Unterentwicklung zu überwinden, nicht von vornherein scheitern?

1. Klima und Tektonik als landschaftsprägende Kräfte in Ostafrika

Nach Aufteilung Afrikas unter den europäischen Großmächten Ende des neunzehnten Jahrhunderts - und Abgrenzung der Interessensphären Deutschlands und Großbritanniens in Ostafrika - entstanden in dem geographischen Raum zwischen Zentralafrikanischem Graben und Indischem Ozean einerseits sowie zwischen dem Quellgebiet des Nils und dem Fluß Ruvuma andererseits bis zum Ende einer wechselhaften Kolonialära Tansania (937 Tsd. qkm) und Kenia (583 Tsd. qkm) als größte Staaten.¹⁾

1. Das geologische Rückgrat dieser Region bildet die ostafrikanische Aufwölbungsschwelle, die im nördlichen Teil nahezu parallel zum zentralafrikanischen Graben verläuft und in ihrer Firstlinie eingebrochen

¹⁾ Die übrigen Staaten sind: Burundi (28 Tsd. qkm), Rwanda (26 Tsd. qkm) und Uganda (243 Tsd. qkm). Vgl. FLOHR, E.F., in: SCHWINDT, Martin (Hrsg.): a.a.O., S. 633 - 635 u. S. 792 - 795.

ist. Morphologische Erschütterungen hinterließen eine Graben- und Schollenbruchtektonik, die, von Vulkanismus durchsetzt, weiten Teilen Ostafrikas ein ausgeprägtes und abwechslungsreiches Relief verleiht, das sich mit dem Abfall der Schwelle zum Indischen Ozean hin verliert.¹⁾

2. Diese geologisch vorgezeichnete Gliederung Ostafrikas in eintönige Großlandschaften abseits der Grabenbrüche und vielfältige Kleinräume längs der Bruchzonen wird durch die Klima- und Vegetationsverhältnisse akzentuiert: Zwar liegt Ostafrika im Bereich äquatorialer Konvektionsregen, aber adverse Monsun- und Passateinflüsse stören die volle Entwicklung einer zweiten Regenzeit, so daß die durchschnittliche Niederschlagsmenge unter 800 mm p.a. liegt.²⁾

Die jahreszeitliche Konzentration der ohnehin niedrigen Durchschnittsniederschlagsmenge auf wenige, durch Exposition zur Küste und ausreichende tektonische Hebungen gekennzeichnete Regionen ist die unmittelbare Ursache für die geographische Verteilung der Vegetationszonen Kenias und Tansanias:

- Während die ariden Gebiete Kenias im Norden und Nordwesten, die etwa zwei Drittel der Gesamtfläche Kenias ausmachen, von wüstenartiger Steppe überzogen sind, konzentrieren sich die klimatisch anspruchsvolleren Vegetationsformen auf die Hochlandregionen im Westen und Südwesten beiderseits des "Rift Valles", sowie
- in weitaus bescheidenerem Maße - auf einen schmalen

¹⁾ Vgl. FLOHR, E.F., a.a.O., S. 446 - 450 und S. 756 - 761.

²⁾ Vgl. Tab. II: Monatliche Niederschlagsmengen in Kenia und Tansania, im mathem.-stat. Anhang.

Küstenstreifen im Osten und auf Höhenzüge, die im Südosten die Küste mit den Hochlandregionen verbinden.

- In Tansania führten die geologischen und klimatischen Verhältnisse dazu, daß das Landesinnere weitgehend von laubwerfendem Trockenwald, Miombo, und steppenartiger Savanne - in den zentralen, abflußlosen Gebieten gelegentlich durchsetzt von ausgedehnten Sümpfen - bedeckt ist, und sich üppigere Vegetationsformen (mit Ausnahme im Norden und Südwesten) nur in den Randgebieten des weiten Landes ausbilden konnten.¹⁾

2. Anpassung des Menschen an die natürliche Gliederung der Landschaft

a. Größe und geographische Verteilung der Bevölkerung in Kenia und Tansania

1. Diese natürliche Gliederung der Landschaft kann zweifellos als entscheidende Ursache für die Art der Besiedlung und Nutzung Kenias und Tansanias betrachtet werden.

- Die Hälfte der rund 8,6 Millionen Einwohner Kenias lebte 1962 auf rund sechs Prozent der gesamten Landfläche in den drei regenreichen Provinzen Nyanza, Western und Central, westlich und östlich des Rift Valleys.²⁾ Bei einer Siedlungsdichte von fünfzehn Personen pro Quadratkilometer im Landesdurchschnitt mußte

¹⁾ Vgl. Republic of Kenya (Hrsg.): "Statistical Abstract 1971", Nairobi 1971, S. 4 - 5 und The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "Statistical Abstract 1966", Dar-es-Salaam 1968, S. 2 - 3.

²⁾ Vgl. Tab. III: Ethnische, rassische und geographische Verteilung der Bevölkerung in Kenia und Tansania, im mathem.-stat. Anhang.

sich jeder Bewohner Nyanzas mit 0.74 Hektar Land begnügen, während in der North-Eastern-Province 64.2 Hektar oder 86 mal soviel Land auf jede Person entfiel.¹⁾

- In Tansanias finden wir eine weniger markante Konzentration der fast gleich großen Bevölkerung auf weniger zusammenhängende Regionen: Die Hälfte der 8,8 Millionen Einwohner lebte 1957 auf etwas mehr als einem Viertel der gesamten Landfläche des Staatsgebietes in den Anliegerregionen des Viktoriasees und östlich des Grabenbruchs in dem Gürtel, der sich von den Vulkankegeln des Merus und Kilimandscharos über die Umsambara-Berge bis zur Küste südlich Daressalams hinzieht.²⁾ Bei einer landesweiten Siedlungsdichte von zehn Einwohnern pro Quadratkilometer entfielen in der am dichtesten besiedelten Region, Mwanza, 2.35 Hektar Land auf jeden Bewohner und in der am dünnsten besiedelten, Tabora, 23.16 ha auf jeden Einwohner.³⁾

2. - Die mit mehr als drei Prozent p.a. wachsende und bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von weniger als vierzig Jahren jugendliche Bevölkerung Kenias (bei einem Durchschnittsalter von etwa 21 Jahren war jeder zweite Einwohner jünger als 16 Jahre⁴⁾) fand in den drei dicht besiedelten Provinzen die besten Chancen eine Primarschule besuchen zu können. Während landesweit knapp sechzig Prozent der sieben- bis dreizehnjährigen Kinder Aufnahme in einer Elementarschule fanden, gingen in "Central", "Western" und "Nyanza" drei

1) Vgl. Tab. III, a.a.O.

2) Vgl. Tab. III, a.a.O.

3) Vgl. Tab. III, a.a.O.

4) Vgl. Tab. IV: Geographische Verteilung der Bildungschancen in Kenia u. Tansania, im mathem.-stat. Anhang.

Viertel dieser Altersgruppe und in der North-Eastern-Province lediglich zwei Prozent zum Unterricht.¹⁾

- Bei einer Wachstumsrate von knapp zwei Prozent p.a. und einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 38 Jahren war die Bevölkerung Tansanias 1957 im Durchschnitt 22 Jahre alt und die Hälfte der Bewohner des Landes jünger als 19 Jahre.²⁾ Die Chance der Jugend, eine Elementarschule besuchen zu können, betrug 1964 mehr als 40% und war (bei einer Primarschülerquote von 88%) in der Kilimandscharo-Region am höchsten und (mit 24%) in der Shinjanga-Region am geringsten.³⁾

b. Ethnische und rassische Zusammensetzung der Einwohner Kenias und Tansanias

1. Lassen diese generellen Aussagen über Größe, Alter und Bildung der Bewohner Kenias und Tansanias bereits Rückschlüsse auf symptomatische Eigenschaften der kolonialen Herrschaft zu, so wird der Charakter der ostafrikanischen Variante des Kolonialismus als dreistufiges Rassen-Klassen-System bei näherer Betrachtung unverkennbar:⁴⁾ An der Spitze der sozialen Schichtungs-
pyramide stand die Minorität einiger Zehntausend europäischer Einwanderer, die als "colonial masters" die Schlüsselstellungen in Staat und Wirtschaft okkupierten;⁵⁾ auf die mittleren Ränge verwiesen sie ihre aus

1) Vgl. Tab. IV, a.a.O.

2) Vgl. "Tanzania-Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 23, 32 und 34.

3) Vgl. Tab. IV, a.a.O.

4) Vgl. Tab. III, a.a.O.

5) Vgl. Tab. V: Verteilung der Arbeitsplätze nach Qua-

dem indischen Subkontinent eingewanderten asiatischen Erfüllungsgehilfen, deren intermediäre Dienste eine notwendige Voraussetzung für eine wirksame Beherrschung der Masse der an der Basis der Schichtungsramide rangierenden Afrikaner darstellten. Dieses allgemeine Bild enthielt indessen wieder landesspezifische Nuancen: ¹⁾

Daß mit 2.7% der Anteil der Europäer und Asiaten an der Gesamtbevölkerung Kenias (1962) knapp zweieinhalbmal größer war als in Tansania (1957), und daß folglich die Europäer bei der Besetzung "Hochschul-Ausbildungserfordernder-Stellen" in Tansania - gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung - mehr als 300-fach und in Kenia "nur" knapp 100-fach überrepräsentiert waren ²⁾, findet seine Ursache primär darin, daß Kenia aufgrund der kontinuierlicheren kolonial-historischen Entwicklung als britische Kolonie von privaten Investoren bevorzugt wurde und zum Verwaltungszentrum der meisten öffentlichen ostafrikanischen Gemeinschaftseinrichtungen avancierte. ³⁾

2. Es variierte nicht nur die rassische Zusammensetzung der Bevölkerung von Land zu Land, sondern auch die Intra-Rassen-Strukturierung des afrikanischen Bevölkerungsteils, der in beiden Ländern mehr als 95% der Gesamtbevölkerung stellte. ⁴⁾

Ob man die Untergruppierungen der afrikanischen Bevöl-

lififikation und Rassenzugehörigkeit der Arbeitnehmer in Kenia und Tansania, im mathem.-stat. Anhang.

1) Vgl. Tab. III, a.a.O.

2) Vgl. Tab. V, a.a.O.

3) Vgl. Teil II dieser Arbeit.

4) Vgl. Tab. III, a.a.O.

kerung traditionellerweise als "Stämme" und deren gruppenspezifisches Verhalten als "tribalistisch" bezeichnet, oder ob man diese Betrachtungsweise als

"Projektion der Vorstellungskraft kolonialer Administratoren bei der Suche nach überschaubaren, handlichen und standardisierten Einheiten" 1)

ablehnt, ist in diesem Zusammenhang ohne Belang;²⁾ wesentlich ist hier allein, daß die Existenz dieser - wie auch immer entstandenen - ethnischen Fragmentierungen besonders in Kenia eine potentielle Gefährdung der politischen Stabilität des jungen Staates darstellt:³⁾

- Wenn sich Kikuyu und Luo am Vorabend der Unabhängigkeit besser als andere "Stämme" vorbereitet sahen, politische Macht übernehmen zu können, und den Prozeß sukzessiven Machttransfers zum eigenen Vorteil zu nutzen, so lag dies sicherlich auch an den intensiveren Erfahrungen dieser Völkerschaften mit den Vor- und Nachteilen der Kolonisation. Die Dominanz dieser Gruppen in Regierung und Administration ist eine Tatsache des politischen Lebens Kenias, das von Angehörigen kleiner "Stämme" kritisiert wird und die herrschenden Gruppen untereinander konkurrieren läßt. Ob diese

1) STANILAND, Martin: The Rhetoric of Centre-Periphery Relations, in: The Journal of Modern African Studies, 8, 4 (1970), S. 617 - 636, Zitat S. 633 - 634, Ü.d.V.

2) Zur Diskussion dieses Problems vgl. auch: MAFEJE, Archie: The Ideology of Tribalism, in: The Journal of Modern African Studies, 9, 2 (1971), S. 253 - 261 und TIGNOR, Robert, L.: Colonial Chiefs in Chiefless Societies, in: The JoMAS, 9, 3 (1971), S. 339 - 359.

3) Vgl. ROTCHILD, Donald: Ethnic Inequalities in Kenya, in: The Journal of Modern African Studies, 7, 4 (1969), S. 689 - 711.

Antagonismen durch "Harambee ¹⁾ -Appelle" überwunden werden können, erscheint zweifelhaft, ob durch - gewaltlose - "gerechtere" Verteilung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Macht auf alle Gruppierungen wegen der damit verbundenen relativen Machteinbuße der herrschenden Gruppierungen, fraglich.

- Daß derartige Prozesse "regionaler Partikularisation" und "Klassenbildung" ²⁾ in Tansania weitgehend unbekannt sind, mag einmal seine Ursache darin haben, daß hier die Intensität der Kolonisation insgesamt geringer war als in Kenia und daß ihr Einfluß in den regionalen Schwerpunkten - Arusha/Meru, Kilimandscharo, Tanga/Usambara und Daressalam/Küste - auf relativ kleine "Stämme" wirkte ³⁾, die allein quantitativ nicht über die Potenz verfügten, die Alleinnachfolge der Kolonialverwaltung anzutreten und sich dadurch zu Beherrschern der übrigen Gruppierungen aufzuschwingen.

3. Die Ausstattung beider Volkswirtschaften mit Kapitalgütern

a. Konzeptionelle Schwierigkeiten der Kapitalgüterinventarisierung

Bei dem Versuch, den Bestand an produzierten Produk-

¹⁾ Kisuaheli für: "Laßt uns alle an einem Strang ziehen!"

²⁾ Dies sind A. MAFEJES Vorschläge zur Bezeichnung der dargestellten Sachverhalte. Vgl. MAFEJE, A., a.a.O., S. 261.

³⁾ Vgl. Tab. III, a.a.O.

tionsmitteln einer Volkswirtschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt aufzunehmen, sind die Schwierigkeiten ungleich größer als bei der Darstellung der beiden originären Produktionsfaktoren.

Um die Vielzahl heterogener Kapitalgüter in einer Maßzahl darstellen zu können, ist es zunächst notwendig, sie inhaltlich eindeutig nach ökonomischen Kriterien von den übrigen produzierten Gütern, Nicht-Produktions- oder Konsumgütern, abzugrenzen.¹⁾ Sodann benötigt man zur Aggregation der Menge individueller Kapitalgüter eine geeignete Maßeinheit als 'numéraire'.²⁾ Sofern die vorstehenden Bedingungen befriedigend erfüllt wären, blieben noch das Preisindex- und das Abschreibungsproblem zu klären; ersteres, um in einer Welt fluktuierender Preise die Einstandspreise aller Kapitalgüter intertemporal "gleichnamig" zu machen, letzteres, um der Wertänderung jedes Anlagegutes als Folge seines Alterns Rechnung zu tragen.

-
- 1) Die identische Gleichsetzung von Eigentum, Besitz und Verwendungsart langlebiger, produzierter Güter nach dem Muster, Unternehmenseigentum = Investitionsgut = Produktionsmittel und Haushaltseigentum = Konsumgut, entspricht dieser Forderung nur unvollkommen, solange diese Identitätsbeziehungen unbewiesen bleiben.
 - 2) Üblicherweise verwendet man als numéraire den Wert jeden Kapitalgutes, ausgedrückt in Geldeinheiten, wobei - häufig stillschweigend - vorausgesetzt wird, daß dieser durch Preise bestimmt ist. Diese Annahme impliziert, daß Märkte - und zwar vollkommene - für die einzelnen Sachanlageobjekte existieren. Marktexistenz und Marktvollkommenheit sind Testkriterien für die Kapitalgüterbewertung, die nicht nur in Entwicklungsländern Zweifel an der Brauchbarkeit des Wertindikators "Preis" begründet erscheinen lassen; eines Indikators, dessen Verwendung die Identität von betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Wertschätzung voraussetzt.

Hofft man - in Ermangelung eindeutiger empirischer Untersuchungsergebnisse -, daß sich die Fehler der Kapitalgüter-Bewertungsprozedur zu null addieren, dann erhält man eine Aggregatgröße, mit der sich in Modellen bequem operieren läßt, die jedoch ohne Annahmen über die Struktur des Kapitalgüterbestandes weitgehend inhaltsleer und für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit einer konkreten Volkswirtschaft unbrauchbar ist.¹⁾ Dieses Dilemma kann nur vermieden werden, wenn die Inventarisierung der Kapitalgüter nach drei Kriterien erfolgt: nach physischen Eigenschaften in "natürlichen" Maßeinheiten, nach Alter und nach Wert.²⁾

Daß die statistische Praxis diesen Anforderungen in den wenigsten Fällen genügt, ist bei dem Gewicht, das die Wirtschaftstheorie dem Kapitalakkumulationsprozeß für das Wirtschaftswachstum beimißt,³⁾ eine erstaunliche und bedauernswerte Tatsache. Diesen eher universellen Mängeln der Kapitalgüterstatistik überlagern sich landesspezifische: Im Falle der Untersuchungsobjekte unterschiedliche klassifikatorische Abgrenzungen der Kapitalgütergruppen, Unvollständigkeiten der erfaßten Kapitalgüter einerseits, mögliche Doppelzählungen andererseits, unbekannte Schätzmethoden⁴⁾ und diskontinuierliche statistische Reihen.

1) Diese Aussage gilt für jede Aggregatgröße und zwar umso mehr, je heterogener die Elemente sind, die sie konstituieren.

2) Die notwendigen Kosten für den buchhalterischen und statistischen Mehraufwand wären gegen den induzierten Zusatzgewinn aufzurechnen (vollständige Informationen verringern die Verlustrisiken).

3) Vgl. § 3.

4) Bezüglich der eigenen Schätzwerte gilt für die überwiegende Zahl der Fälle: Wurden in amtlichen

Unter diesen Umständen trotzdem eine Inventarisierung zu versuchen, kann allenfalls den Zweck haben, einen vagen Eindruck von der Kapitalgütersausstattung Kenias und Tansanias am Ende der Kolonialzeit zu gewinnen; - einen Eindruck, der trotz aller Vorbehalte eventuell dazu beitragen kann, die wirtschaftlichen Ausgangspositionen beider Länder an der Schwelle zur politischen Unabhängigkeit abzuschätzen.

b. Bestand an produzierten Produktionsmitteln im Dienstleistungssektor

b.a. Die Leistungsfähigkeit der Verkehrs- und Nachrichteneinrichtungen

Wegen der herausragenden Bedeutung der Verkehrswege für die koloniale Penetration Ostafrikas beginnt¹⁾ die Kapitalgüterbetrachtung mit den Verkehrs- und Nachrichteneinrichtungen.

1. Ausgangspunkte dieser Penetration waren Seehäfen, von denen im Verlauf der Kolonisation Mombasa in Kenia und Daressalam in Tansania die größte Bedeutung erlangten, wobei sich das bereits bekannte Verteilungs-

Statistiken für ein bestimmtes Bezugsjahr lediglich Aggregatgrößen ausgewiesen, so erfolgte ihre Fraktionierung in Teilgrößen in demselben Verhältnis wie die amtliche Aufteilung im nächstgelegenen Jahr. Die Differenz von Bezugs- und Berichtsjahr betrug selten mehr als ± 2 Jahre. Hält man Strukturveränderungen von mehr als $\pm$ fünf Prozent p.a. für unwahrscheinlich, so beträgt der maximale absolute Fehler bei Anwendung dieser Methode für eine Zweijahresschätzperiode 10,25%.

Bei Matrixdarstellungen wurde dieselbe Methode angewendet und zusätzlich die Konsistenz der Matrix überprüft. Bei negativem Testverlauf wurden die Elementwerte iterativ korrigiert.

1) Vgl. § 5, Kap. 1 und § 6, Kap. 1.

muster wiederholt: Die Anlagen des wichtigsten Seehafens Kenias waren sehr wahrscheinlich für eine größere Umschlagskapazität konzipiert als die der fünf Seehäfen Tansanias zusammen.¹⁾

2. Der Zu- und "Abführung" des Transportaufkommens in den Seehäfen diente traditionsgemäß die Eisenbahn, und zwar die in Mombasa beginnende "Kenya-Uganda-Line" sowie die in Daressalam beginnende "Tanganyika-Central-Line". Beide können als Hauptschlagadern der Transportsysteme ihrer Länder angesehen werden.²⁾ Überdies läßt die Betrachtung ausgewählter Indikatoren³⁾ den Schluß zu, daß das Angebot an Eisenbahn-Transportkapazität in Tansania cet. par. geringer war als in Kenia.

3. Den modernen Straßenverkehr kann man in Ostafrika weitgehend als komplementäres Verkehrssystem zur flächenmäßigen Verteilung und Erschließung des Transportaufkommens in eisenbahnfernen Gebieten ansehen.

Betrachtet man den internationalen Klassifikationsunterschied der Straßen⁴⁾ erster und zweiter Ordnung als vernachlässigbar klein, setzt man ihren Bestand von jeweils 16 - 17 Tsd. Kilometern (1962) in beiden Ländern in Bezug zur Größe der Bevölkerung und/oder

- 1) Vgl. Tab. VI: Kapitalgütersausstattung der Seehäfen Ostafrikas, im mathem.-stat. Anhang.
- 2) Vgl. Tab. VII: Kapitalgütersausstattung der ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft, im mathem.-stat. Anhang.
- 3) Vgl. Erläuterungen 8 zur Eisenbahndichte in Kenias und Tansania, 1963, im mathem.-stat. Anhang.
- 4) Straßenklassifikationssysteme nach:

Rang	Kenya Stat. Abstract 1971	Tanzania Stat. Abstract 1966	Road Map of East Africa
1	Primary Roads	Territorial Main Roads	Trunk Roads
2	Secondary Roads	Local Main Roads	Local Main Roads
3	Minor- and Administr.R.	District Roads	Secondary Roads
4	-	Township a. other Settlmt.R.	Minor R., Tracks, Foot-paths

des Territoriums¹⁾ und berücksichtigt man wieder die regionale Verteilung, so zeigt ein Blick in die "Road Map of East Africa"²⁾ wieder das bekannte Bild:

- Während es in Kenia lediglich eine Ost-West-Transversale nach Somalia gibt, konzentrieren sich alle übrigen "Trunk-" und "Local Main Roads" auf die Gebiete dichter Besiedlung, wobei die längste Fernstraße parallel zur Kenya-Uganda-Railway verläuft.
- In Tansania findet man ein Raster von drei Nord-Süd- und zwei Ost-West-Transversalen, von der die nördlichere zunächst der Tanganyika-Central-Line folgt, sich dann in einen Südwest- und einen Nordwestzweig teilt, die schließlich jeweils durch Gebiete führen, die nicht dem Einzugsbereich der Eisenbahn zuzurechnen sind.

Weiterhin läßt die Karte erkennen, daß die nachgeordneten Straßen in beiden Ländern (Kenia: 25 000 km, Tansania 18 000 km) weitgehend unterschiedliche Funktionen zu erfüllen haben: In Kenia dienen sie als einzige Wege dazu, die Regionen im Norden und Nordosten für den modernen Verkehr zu öffnen, während sie in Tansania vorwiegend als Verteiler und Zubringer der Hauptstraßen fungieren.³⁾

Eine Beurteilung der Leistungsfähigkeit des modernen Straßenverkehrs ist ohne Berücksichtigung des Kraft-

1) Vgl. Tab. VIII: Bestand an Straßen und Straßenfahrzeugen in Kenia und Tansania 1962, im mathemat.-stat. Anhang.

2) George Philip & Son, LTD. (Hrsg.): Road Map of East Africa, London 1965.

3) Zur kritischen Würdigung der kolonialen Straßenbau-

fahrzeugbestandes unvollständig: Selbst bei Geltung optimistischer Annahmen zugunsten Tansanias¹⁾ lassen die nachstehenden Daten nur den Schluß zu, daß die Güter- und Personen-Transportkapazität (1962) in Kenia größer war als in Tansania, obwohl die Anzahl registrierter Omnibusse in Tansania größer war als in Kenia:

Kapazität zur Beförderung von Personen und Gütern im Eisenbahn- und Straßenkraftverkehr Kenias und Tansanias, 1962/63 *

	K e n i a		Tansania		Kenia u. Tansania	
	PTK 1)	GTK 2)	PTK 1)	GTK 2)	PTK 1)	GTK 2)
Eisenbahnverk.	10 Tsd ± 6%	109 Tsd ± 52%	8 Tsd ± 5%	73 Tsd ± 47%	18 Tsd ± 5%	182 Tsd ± 50%
Straßenkraftverk.	170 Tsd ± 94%	99 Tsd ± 48%	147 Tsd ± 95%	81 Tsd ± 53%	317 Tsd ± 95%	180 Tsd ± 50%
Eisenbahn-u. Straßenkraftverk.	180 Tsd ± 100% 54%	208 Tsd ± 100% 57%	155 Tsd ± 100% 46%	154 Tsd ± 100% 43%	335 Tsd ± 100% 100%	362 Tsd ± 100% 100%

* Schätzung; 1) Personentransportkapazität, in Anzahl Sitzplätze
2) Gütertransportkapazität in "tons": Quelle: Vgl. Anmerkung 2)

politik in Tansania, vgl. EHRLICH, C., a.a.O., und HOFMEIER, Rolf: Transport and Economic Development in Tanzania, München 1973.

- 1) Insbesondere wurde angenommen,
 - daß die Klassifikationsunterschiede bei der Registrierung von Straßenfahrzeugen nicht gravierend sind,
 - daß sämtliche 3402 als Regierungsfahrzeuge ausgewiesenen Fahrzeuge Tansanias Lastkraftwagen waren und produktiver Verwendung dienten, und
 - daß alle 105 Lastkraftwagen und Anhänger des "East African Road Service" als Eigentum der "East African Railways and Harbours" an deren Hauptsitz in Nairobi registriert waren.
- 2) Der Schätzung liegen folgende Annahmen zugrunde:
 - a. die für Kenia pessimistische und Tansania optimistische Annahme der proportionalen Verteilung der Transportkapazität der Kenya-Uganda- plus Tanga-

5. In den "Lake-Regions" konkurriert die Binnenschiffahrt mit den anderen Verkehrsmitteln um die Beförderung des Transportaufkommens. Auf dem 68 800 qkm großen Viktoria- und dem 32 880 qkm großen Tanganjika-See unterhielten die "East African Railways & Harbours" 1963 mit 8 Schiffen, 9 Schleppern, 4 Motorleichtern und mehr als 60 anderen kleinen Wasserfahrzeugen ein Streckennetz von mehr als 5600 km mit 40 Anlegestellen.¹⁾ Wegen des überragenden Anteils Tansanias an Häfen, Anlegestellen und am Streckennetz kann angenommen werden, daß sein Teil an der Nutzung der Gesamtkapazität mindestens ebenso groß war wie der Kenias.²⁾

Die Kapazität zur Beförderung von Personen und Gütern auf dem Rudolf- und Malawi-See sowie zum West-(Kongo-) Ufer des Tanganjika-Sees entzog sich der Feststellung.

Line auf Kenia, Tansania und Uganda entsprechend der Gleisanteile;

b. die drei Annahmen der Anm. 1), S. 133;

c. Die Annahme, daß die strukturelle Zusammensetzung des Lkw-Bestandes in Kenia und Tansania gleich war und daß

d. folgende Durchschnittskapazitäten repräsentativ sein mögen:

7,76 "tons" Tragfähigkeit pro Lkw

7,92 " " " Anhänger und

65,48 Plätze pro Omnibus.

Quelle: E.A.C.S.O.: East African Railways & Harbours (Annual Report 1963), a.a.O., S. 55.

1) Vgl. E.A.C.S.O.: East African Railways & Harbours (Annual Report 1963), a.a.O., S. 55.

2) Diese vorsichtige Schätzung berücksichtigt bereits, daß Kisumu in Kenia als Endpunkt einer Eisenbahnlinie wahrscheinlich das größte Transportaufkommen aller Binnenhäfen hatte.

6. Für den internationalen Flugverkehr standen mit Nairobi und Daressalam je ein Großflughafen pro Land zur Verfügung. Von hier aus (und Entebbe in Uganda) flog die "East African Airways" 1961 Destinationen im Südosten des Kontinents sowie London und Bombay als Zielplätze im Liniendienst an.

Im Binnenverkehr steuerte die Gesellschaft regelmäßig zwanzig Flugplätze in Tansania und fünf in Kenia an, was angesichts der unterschiedlichen Siedlungsstruktur beider Länder nicht überrascht. Die Gesellschaft verfügte 1962 über eine Transportkapazität von 42 Millionen Tonnenmeilen, aufgeteilt auf zehn oder elf Flugzeuge unterschiedlicher Größe.¹⁾

Die Anzahl der übrigen Flugzeuge, die produktiver Nutzung dienten, war vermutlich nicht unbeträchtlich, wenn man davon ausgeht, daß die rund fünfzig vom "East African Directorate of Civil Aviation" lizenzierten Flug- und Landeplätze Tansanias zweckgerecht genutzt wurden.²⁾

7. Der Abwicklung des Brief-, Paket- und Postzahlungsverkehrs sowie der Fernsprech- (und Fernschreib-)vermittlungen dienten 1962 schätzungsweise je etwa 220 Postämter und mehr als 80 Tausend Fernsprechanchlüsse in Ostafrika, von denen mehr als 45 Tausend auf Kenia und weniger als 20 Tausend auf Tansania entfielen.³⁾

1) Vgl. East African Airways Corporation (Hrsg.): An Outstanding Year for EAA (A Reveiw* of Progress in 1961), ohne Ort und Jahr; *) Druckfehler im Original; und dies.: Annual Report and Accounts for the Year Ending December 31st 1966, Nairobi 1967.

2) Vgl. "Tansania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 73 - 74.

3) Vgl. "Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O.,

8. Die Betrachtung der Nachrichten- und Verkehrsmittel Kenias und Tansanias wäre ohne einen Hinweis auf die kaum abschätzbare Kapazität der traditionellen kapitalintensiven und kapitallosen Transportverfahren im Rahmen der Subsistenzproduktion unvollständig.¹⁾

9. Am Ende der Bestandsaufnahme der Kommunikationseinrichtungen sollen - wegen ihrer Eigenschaft als "Quasi-Transportbetriebe"²⁾ - die Stromversorgungsunternehmen erwähnt sein. Die verfügbaren Daten erlauben die Feststellung, daß die "installierte Leistung" zur Produktion (und Distribution) elektrischer Energie 1962 in Kenia mit mehr als 100.000 Kilowatt mehr als doppelt so groß war wie in Tansania.³⁾

b.b. Die Kapazität von Bildungs-, Gesundheits- und anderen Einrichtungen

Wegen der unbefriedigenden Datenlage mußte die Kapazität anderer Bereiche des Dienstleistungssektors geschätzt und in Form von "Hilfsindikatoren" dargestellt werden.

S. 146 - 147. East African Community (Hrsg.): Economic and Statistical Review, Nr. 9 (Dec. 1963), Nairobi 1964, S. 53 und dies.: Statistical Survey of the East African Community, unveröffentlichtes Maschinenskriptum, Nairobi 1972, Tab. 5.10.

- 1) Zum Transport der Güter vom Ort der Entstehung zum Ort des Verbrauchs dient i.d.R. die Arbeitskraft der Frauen entweder ausschließlich oder in Kombination mit Fahrrädern.
- 2) Sofern und soweit die Produktion bestimmter Betriebe nicht lagerfähig ist (z.B. Elektrizität und Nachrichten), wird das "Distributionsproblem" zur kritischen Variablen des Absatzes; Erzeugung und Verteilung vollziehen sich praktisch simultan.
- 3) Vgl. Tab. IX: Installierte Kraftwerkskapazität in Kenia und Tansania, im mathem.-stat. Anhang.

1. Unter der Annahme, daß der Schätzfehler der "Anzahl Kinder im Schulalter" nicht grob verzerrend wirkt, vermittelt die nachstehende Übersicht einen Eindruck von der Leistungsfähigkeit¹⁾ der Schulsysteme in beiden Ländern:

b. Daten zur Bildungssituation in Kenia und Tansania, 1962

		Primar- schulen	Sekundar- schulen	Lehrerbil- dungsinst.	Handels- schulen	Gew. Ø
Schüler pro Schule	K. T.	151 155	187 229	96 118	16 17*	151 156
Schüler pro Lehrer	K. T.	41 38*	19 12*	11 11*	6 4	39 35
Schüler pro 100 Kinder im Schulalter	K. T.	60 31	--	--	--	61 32

* Schätzungen; "Kinder im Schulalter" = Kinder im Alter von 7 mit 13 Jahren

Quellen: "Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S. 148, "Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 170 - 179.

2. Sobald man - stets unter dem "Quellenvorbehalt" - auch den Umfang des Pflegepersonals mit berücksichtigt, verliert sich der relativ günstige Eindruck von der Krankenversorgung Tansanias, den man bei alleiniger Betrachtung des Krankenbettenbestandes gewinnt.²⁾ Wieder stellt sich die vertraute Situation ein: Mit Ausnahme der zahnärztlichen Versorgung, bei der Tansania mög-

1) "Kapazität", das Vermögen einer bestimmten Faktorkombination Arbeit bestimmter Art und Menge pro Zeiteinheit zu verrichten, ist ohne Angabe der Betriebsintensität und Arbeitszeitquote ein anfechtbares Maß für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit einer Faktorkombination. Vergleiche sind nur unter der Ceteris-paribus-Annahme zulässig.

2) Der höhere Krankenbettenbestand Tansanias ist vor al-

licherweise einen geringen Vorteil gegenüber Kenia aufwies¹⁾, finden wir wieder Kenia in der günstigeren "Startposition":

c. Daten zur Krankenversorgung in Kenia und Tansania, 1962

	Kenia	Tansania
Einwohner pro Krankenbett	813	572
" " Krankenschw.	2 249	4 756
" " Hebamme	5 221	10 979
" " prakt. Arzt	10 658	11 464
" " Apotheker	56 444	99 041
" " Zahnarzt	246 743	204 404
" " sonst.mediz. Personal *		160 117

* "Radiographers, Radiological Technicians, Laboratory Assistants, Lab. Technologists".

Quellen: "Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S.13 und 156 - 157, "Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 24 und 166 - 167.

3. Unter der Annahme, daß Privatbanken selten über lange Zeit verlustreiche Zweigstellen unterhalten, kann die Größe des Filialnetzes als erstes Indiz für die Leistungsfähigkeit des Geschäftsbankensystems betrachtet werden: Mit mehr als 161 Filialen war das Bankennetz Kenias 1963 mehr als doppelt so groß wie Tansanias,

lem auf den relativ höheren Anteil der "Missions-Krankenbetten" (T.: 44%, K.: 13%) zurückzuführen. Möglicherweise ist das relativ niedrige Leistungsangebot der Missionen in Kenia eine Folge der "Initiationsaffaire". Vgl. § 6, Kap. 2.

1) Dieser Beurteilung liegen die für Tansania günstigsten Annahmen zugrunde. Vgl. "Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 166 - 167.

was vermuten läßt, daß auch das Volumen der angebotenen Bankleistungen in Kenia größer war als in Tansania.¹⁾

c. Das Produktionspotential des Güter produzierenden Sektors

Mangels "geeigneter" Daten ist man auch bei der Taxierung der Leistungsfähigkeit des Güter produzierenden Sektors auf Schätzungen angewiesen.

1. Die Firmenregister weisen für 1962 aus, daß die Anzahl der in Kenia eingetragenen Firmen - einschließlich der des Dienstleistungssektors - mit gut 5000 mehr als doppelt so groß und die "Überfremdungsquote" mit rund 12% weniger als halb so groß war wie in Tansania.²⁾

Als Steinchen im Mosaik der Produktionsverhältnisse können Anzahl und Eigentumsverhältnisse registrierter Firmen keinen Eindruck vom gesamten Bild vermitteln, selbst wenn bekannt ist, daß praktisch das gesamte Bankgewerbe, die Produktion industrieller Massenkonsumgüter und die Plantagenproduktion wichtiger Exporterzeugnisse durch überseeische Unternehmungen kontrolliert wurden.³⁾

1) Vgl. ENGBERG, Holger, L.: Commercial Banking in East Africa, 1950 - 1963, in: The Journal of Modern African Studies, 3,2 (1965), S. 175 - 200, Tafel 4 und 5, S. 188, und "Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 116.

2) Vgl. Tab. X: Registrierte Firmen in Kenia und Tansania, im mathem.-stat. Anhang.

3) Als Zweigbetriebe der regionalen Hauptquartiere überseeischer Unternehmungen in Nairobi waren viele Betriebe in Tansania ebenso abhängig von den Entscheidungen der Stammfirmen in den Metropolen Europas, Nordamerikas und Asiens wie viele Betriebe in Kenia. Die Funktion Nairobis als "Zwischenwirt" erklärt

2. Berücksichtigt man die Beschäftigung als weiteren Indikator zur Abschätzung des Güter-Produktionspotentials der beiden Volkswirtschaften, so ist diese Erklärungsvariable nur soweit beweiskräftig, wie angenommen werden kann, daß die Produktionsfunktionen und Auslastungsgrade in beiden Ländern zum Beobachtungszeitpunkt keine signifikanten Unterschiede aufwiesen.¹⁾

möglicherweise auch die höhere Überfremdungsquote Tansanias. Vgl. ENGBERG, H.L., a.a.O. und SEIDMANN, A., a.a.O., sowie dieselbe: Comparative Development Strategies in East Africa, Nairobi 1962, S. 33 - 47.

- 1) Während die starke Interdependenz der Volkswirtschaften Ostafrikas untereinander und ihre große Abhängigkeit von den Faktor- und Produktweltmärkten die Annahme gleicher Auslastungsgrade rechtfertigen, ist die Annahme identischer Produktionsfunktionen anfechtbar, weil unterstellt werden müßte,
- daß gleiche Produktionsprozesse in der Lage wären, unterschiedliche Outputs zu erzeugen;
 - daß Altersunterschiede die Produktivität sonst gleicher Faktorkombinationen unberührt lassen;
 - daß Größenunterschiede sonst gleicher Produktionsanlagen keinen Einfluß auf die Skalenstückgewinne haben;
 - und daß sich, sofern die vorstehenden Bedingungen nicht erfüllt sind, ihr kombinierter Nettoeffekt zu null saldiert.
- Diese Annahme ist kaum rigoroser als die Annahme, der Theorie, daß sich die Skalengewinne betriebswirtschaftlicher Großproduktion, abnehmende Grenzerträge des Faktors Boden und die Effekte der wirtschaftlichen Aktivität des Staates zu einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit einem einzigen Produktionskoeffizienten ergänzen. Vgl. § 3, Kap. 1, Abschnitt b.

d. Beschäftigungsstand in Kenia und Tansania, 1964

Branchen und Sektoren	Kenia Anzahl	Z	Tansania Anzahl	Z
1. Landwirtschaft, Forsten, Fischerei	202.100	35	153.400	44
2. Verarbeitung u. Reparaturen	49.100	9	22.600	6
3. Hoch- und Tiefbau	9.200	2	11.500	3
4. Bergbau, Steine, Erden	2.300	~	7.800	2
I. Güter- Produktionssektor	262.700	46	195.300	55
5. Öffentlicher Dienst	158.700	28	89.200	25
6. Sonstige Dienstleistungen	67.600	12	23.700	8
7. Handel	49.500	9	17.300	5
8. Verkehr (E.A. Railw. & Harbours)	23.300	4	14.600	4
9. Transport, Lager u. Kommunik.	11.100	2	9.300	3
10. Elektrizität u. Wasser	2.500	~	1.800	~
II. Dienstleistungssektor	312.700	54	155.900	45
I. und II. Gesamtbeschäftigung	575.400	100	351.200	100
amtl. geschätzte Bevölkerung	9.1 Mill.	-	9.6 Mill.	-
Beschäftigungsrate	-	6.3	-	3.7

Quellen: "Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S. 188 und 13;
 "Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 156 und 24.

Unter diesen Bedingungen lassen die vorstehenden Daten folgende Feststellungen zu:

1. Am Ende der Kolonialzeit war lediglich ein kleiner Teil der Bevölkerung beider Länder im monetären Bereich der Wirtschaft beschäftigt und dieser Anteil war in Kenia deutlich höher als in Tansania.
2. Die branchenmäßige Verteilung der Beschäftigten war in beiden Ländern - ordinal gemessen - genau gleich.
3. Im Dienstleistungssektor waren nahezu genau so viele Erwerbstätige beschäftigt wie im Güter-Produktionssektor, wobei die meisten Beschäftigten des Leistungssektors im öffentlichen Dienst standen.
4. Die moderne Landwirtschaft absorbierte mehr als drei-viertel aller Beschäftigten des Güter-Produktionssektors, wobei ihr Gewicht in Tansania etwas größer war als in Kenia.

3. Trotz aller möglichen Einwände lassen die vorstehenden Fakten keinen Zweifel daran, daß die Mehrheit der Bevölkerung in beiden Ländern den Lebensunterhalt im Bereich der Subsistenzwirtschaft gefunden haben muß.¹⁾ Angesichts dieser Tatsache ist es bedauerlich feststellen zu müssen, daß die statistische Erfassung dieses Produktionspotentials im umgekehrten Verhältnis zu seiner beschäftigungs- und sozialpolitischen Bedeutung zu stehen scheint; - bedauerlich deshalb, weil i.d.R. angenommen wird, daß zwischen Informationsgrad und Erfolgchance (entwicklungs-)politischen Handelns eine nicht-inverse Beziehung besteht.

Bevor nun das Ergebnis des Faktorkombinationsprozesses als weiterer Indikator der Leistungsfähigkeit der beiden Volkswirtschaften untersucht wird, erscheint es nützlich, die institutionellen Bedingungen darzustellen, unter denen diese Prozesse am Ende der Kolonialzeit vollzogen wurden, weil, wie im Teil II gezeigt wurde, die moderne Kolonisation von Anbeginn an vielleicht weniger die Angelegenheit privater Individuen als die öffentlicher Organe der Kolonialmächte war.

¹⁾ Hierbei ist unterstellt, daß nicht alle Erwerbsfähigen der restlichen 95% der Bevölkerung "arbeitslos" gewesen sein können.

§ 8 Institutionelle Modalitäten der Regelung wirtschaftlicher und sozialer Beziehungen in Ostafrika

Versteht man unter "institutionellen Bedingungen" die Gesamtheit aller relativ zeitstabilen¹⁾, formellen und informellen Normen (einschließlich der ihre Stabilität sichernden materiellen Einrichtungen), unter denen - als Teilaspekt sozialer Beziehungen - der Prozeß der Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts einer Volkswirtschaft abläuft, dann kann man auch die durch Sitten, Gebräuche, Konventionen und Recht²⁾ geregelten monetären und nicht-monetären Beziehungen (einschließlich der ihre Existenz gewährleistenden Organisationen) als institutionelle Bedingungen auffassen und darstellen.

1. Gemeinsamer Markt und Zollunion: Organisation der Güter- und Faktormärkte in Ostafrika

Aufgaben und organisatorische Struktur der trotz jahrzehntelanger Querelen³⁾ entstandenen kommerziellen und

1) "Relativ zeitstabil" kann rein formal definiert werden als $d \text{ Variable} / d \text{ Zeit} \approx 0$.

2) Da es für die hier verfolgten Zwecke ohne Belang ist, ob jemand sein Handeln "... freiwillig, sei es einfach 'gedankenlos' oder aus 'Bequemlichkeit' oder aus welchen Gründen immer ..." (S. 15), oder wegen "... der V o r s t e l l u n g vom Bestehen einer l e g i t i m e n O r d n u n g ..." (S. 16) nach den Normen ausrichtet, oder weil für ihn "... die Existenz eines Erzwingungs- S t a b e s , entscheidend..." (S. 18) ist, wurde hier der Begriff Institution weiter gefaßt als Max WEBERs Begriff "Geltung einer Ordnung". Vgl. WEBER, M., a.a.O., S. 14 - 19, § 4 - 6.

3) Vgl. § 5, Kap. 2 und 3.

wissenschaftlichen Gemeinschaftseinrichtungen in Ostafrika waren gegen Ende der Kolonialzeit grundlegend überdacht und reformiert worden.¹⁾ Das Ergebnis dieser Bemühungen, die "East African Common Services Organization (E.A.C.S.O.)", war faktisch mehr als der "institutionelle Überbau" dieser Einrichtungen;²⁾ vielmehr diente sie - als Geflecht von Institutionen - der Koordinierung supra-nationaler Funktionen einer Zoll- und Währungsunion im Rahmen eines (partiellen) Gemeinsamen Marktes.³⁾

Diese Charakterisierung kennzeichnet bereits einige Eigenschaften der Produkt- und Faktormärkte:

1. freie Mobilität der innerhalb des Gemeinsamen Marktes produzierten Güter und Leistungen; und
2. gemeinsame Zollltarife gegenüber Drittländern, solchermaßen generell gegen Länder und selektiv gegen Güter und Leistungen diskriminierend.⁴⁾
3. Eine sinnvolle Interpretation des Faktormobilitätskriteriums reduziert sich auf die Mobilität der Arbeiter⁵⁾ und deren inter-territorialen Wanderungen waren,

1) Vgl. LEYS, Colin and ROBSON, Peter (Hrsg.): Federation in East Africa (Opportunities and Problems), Nairobi 1965.

2) Vgl. BANFIELD, J., a.a.O.

3) Zur terminologischen Abgrenzung, vgl. BALASSA, Bela: The Theory of Economic Integration, London 1962, S.2.

4) Vgl. East African Community (Hrsg.): Annual Trade Report of Tanzania, Uganda and Kenya (For the Year ...), Mombasa 19... .

5) Denn die Mobilität mobiler, produzierter Produktionsgüter ist ipso facto mit der Zollunion gewährleistet, weil freier Güterverkehr freien Kapitalgüterverkehr einschließt. Eindeutig ist die Beurteilung auch hinsichtlich des Faktors Boden: Er selbst ist im Wort-

soweit es sich um afrikanische Arbeiter geringer Qualifikationen handelte, formell unterbunden.

2. Zahlungsmittelversorgung und Zahlungsverkehr in der ostafrikanischen Währungsunion

a. Die "Currency Board": Mutationen eines "Geldwechselautomaten" zur "Quasi-Notenbank"

Die Versorgung Ostafrikas mit Zahlungsmitteln erfolgte seit 1919 nach dem "Currency Board System":¹⁾

Völlig passiv erfüllte die bis 1961 in London ansässige und von sonstigen ostafrikanischen Behörden unabhängige "East African Currency Board" in diesem System die Funktion, zum absolut festen Kurs von eins jede präsentierte britische Noteneinheit in eine ostafrikanische einzutauschen (bzw. umgekehrt), so daß Pfund-Sterling und Ostafrika-Shillings identisch waren. Die Notwendigkeit der Geschäftsbanken, im Zuge ihrer gewinnorientier-

sinn immobil, seine Schätze, soweit gehoben, sind Güter der Produktgruppe Roh- und Grundstoffe.

1) Vgl. NEWLYN, Walter, T.: Money Markets in East Africa, in: The Journal of Modern African Studies, 4,4 (1966), S. 471 - 478; ders.: Money in an African Context, a.a.O., und ders.: Finance for Development, Nairobi 1968.

Hierbei handelt es sich um

"...the operation of a sterling exchange-standard system through the mechanism of a currency board combined with a banking system consisting of expatriate London based banks, servicing each colony as only one small part of their total operations."

NEWLYN, W.T.: Finance for Development, a.a.O., S. 20.

ten Aktivitäten in den Kolonien, Zahlungen in einer Geldart leisten zu müssen, die sie selbst nicht kreieren konnten - hier: in Ostafrika-Shillings als definitivem Zahlungsmittel -, und die Deckungspflicht ostafrikanischer Noten und Münzen im Umlauf von mehr als hundert Prozent¹⁾ lenkten ostafrikanische Sterling-Währungsreserven aus der Verfügungsgewalt der Exporteure unter Einschaltung der Banken nach London in die Dispositionsmacht der regierungsabhängigen Currency Board, die diese Mittel am Geldmarkt investierte, so daß

"In effect the colonies were thus lending money to Britain for investment." ²⁾

Die nahezu perfekte Unabhängigkeit von "kolonialer Notenbank" und "kolonialer Regierung" provozierte in dem Maße Kritik, wie das Entwicklungspotential der Kolonien nicht ausgeschöpft werden konnte, weil der Zwang, exzessive, durch die Einlösungsverpflichtung nicht gerechtfertigte Sterling-Reserven zu halten, den Kauf von Maschinen und Anlagen für die Kolonien behinderten. Dieser Kritik gab die Britische Regierung 1955 schließlich nach und erlaubte den Currency Boards³⁾ sukzessive in die Rolle von "Quasi-Zentralbanken" der Kolonien hineinzuwachsen:

1) 10% Überdeckung waren als Vorsorge für potentielle Wertpapier-Abschreibungsverluste zu halten. Vgl. NEWLYN, W.T.: Money in an African Context, a.a.O., S. 31.

2) SEIDMAN, A.: Comparative Development Strategies in East Africa, a.a.O., S. 39.

3) Es gab mehrere Currency Boards für die britischen Kolonien.

1. Der erste Schritt bestand darin, daß die Currency Boards auf koloniale Geldeinheiten lautende Schuldverschreibungen der Finanzbehörden der entsprechenden Währungsunion¹⁾ als Reserven aktivieren durften. Mit dieser Möglichkeit übernahmen sie Funktionen einer Staatsbank, begann sich mit knapp fünfzig-jähriger Verzögerung, eine Empfehlung des "Emmott Committee's" zu realisieren, wonach

"...the resources and credit of the (colonial, A.d.V.) Government should be the final security for the discharge by the Currency Board of its obligation." 2)

2. 1960 wurde in einem weiteren Schritt jenen Geschäftsbanken, die Konten bei der Currency Board unterhielten, die Möglichkeit eingeräumt, sich kurzfristig "fiduziär" bei der Currency Board zu verschulden, um die Finanzierung der jährlichen Erntekampagne zu erleichtern. Mit dieser Möglichkeit übernahm die Currency Board Funktionen einer Bank der Banken, einschließlich monetärer Kontrollmöglichkeiten.

3. Mit der Übersiedlung aus Londons City nach Nairobi versuchte 1961 die East African Currency Board auch rein äußerlich die Metamorphose von einer "kolonialen Geldwechselstelle" in eine moderne Zentralnotenbank sichtbar zu machen.

1) Das Operationsfeld der E.A.C.B. variierte mit der Zeit: zeitweilig gehörten ihm auch Äthiopien, Britisch-Somaliland und Aden an.

2) Zitiert bei NEWLYN, W.T.: Money in an African Context, a.a.O., S. 31.

b. Das Bankensystem: Periphere Filialen der
Londoner City

1. Als Außenstellen primär in London beheimateter und global operierender Großbanken engagierten sich die Geschäftsbanken in den Kolonien von Anbeginn an¹⁾ vorwiegend bei der Finanzierung des Import- und Exporthandels nach dem Prinzip: "short-term loans against first class security"²⁾. Nahezu beiläufig übernahmen sie als Nebengeschäft dieser Aktivitäten die Funktionen von Depositenbanken und akkumulierten, beschleunigt durch Kriegs-Importrestriktionen, die die Ausgabenmöglichkeiten der Einleger beschränkten, Überschußreserven. Gewinnstreben und die Abwesenheit von Wechselkursrisiken innerhalb des Sterling-Blocks lenkten diese Reserven geradezu zwangsläufig auf die Geld- und Kapitalmärkte Londons, mit dem Ergebnis,

"...that for a long period of their history, the banks were actually involved in a process of exporting capital from the underdeveloped countries of East Africa for the use in a developed country." 3)

Als nach dem zweiten Weltkrieg, verstärkt durch die Korea-Kriegs-Konjunktur, das monetäre Sozialprodukt der ostafrikanischen Länder schneller expandierte als die Bankeinlagen⁴⁾, als, m.a.W., die Möglichkeiten und Be-

1) Die National Bank of India ließ sich 1896 als erste Bank in Ostafrika nieder. Vgl. NEWLYN, W.T.: Money in an African Context, a.a.O., S. 41.

2) NEWLYN, W.T.: Money in African Context, a.a.O., S. 45.

3) Ebenda, S. 43.

4) Vgl. ENGBERG, H.L., a.a.O., S. 180, Table I und S. 182, Table 2.

reitschaft der Banken zur Ausdehnung ihrer Aktivgeschäfte in Ostafrika schneller zunahm als ihre Reserven (zunehmende Konkurrenz durch andere Kapitalsammelstellen und Kapitalflucht am Vorabend der Unabhängigkeit beeinträchtigten trotz starker Geschäftsstellenexpansion das Passivgeschäft), hätten sie in Liquiditätsschwierigkeiten geraten müssen, die jedoch nie auftraten, weil die Filialen praktisch unbegrenzt die Reserven ihrer Londoner Zentralen beanspruchen konnten.

Dieses allgemeine Bild der "Banking Performance" bestätigt sich bei Betrachtung der Bilanzstruktur der in Ostafrika operierenden Geschäftsbanken.¹⁾ Die traditionelle Praxis der Geschäftsbanken, Kreditgewährungen vom Nachweis dinglicher Sicherheiten anstelle persönlicher Kreditwürdigkeit potentieller Schuldner abhängig zu machen, und die Neigung, lieber Umlauf- anstelle von Anlagevermögen zu finanzieren²⁾, scheint gegen Ende der Kolonialzeit von ihnen selbst als insuffizient erkannt worden zu sein, wie ihre starke Beteiligung an der Gründung spezieller Anlagen-Finanzierungsinstitute wie Entwicklungs- und Leasinggesellschaften beweist.³⁾

2. Andere Kapitalsammelstellen, die in Europa eine wichtige Rolle bei der Finanzierung langfristiger Investi-

1) Vgl. Tab. XI: Struktur und Volumen der konsolidierten Bilanzen der Geschäftsbanken in Ostafrika, im mathem.-stat. Anhang sowie Erläuterung 4 zur Tab. XI, ebenda.

2) "Traditionally English Banks lend against stock-in-trade or against the movement of goods", NEWLYN, W.T.: Money in an African Context, a.a.O., S. 45.

3) Vgl. SEIDMAN, A.: Comparative Development Strategies in East Africa, a.a.O., S. 41.

tionen oder bestimmter Spezialgeschäfte spielen, trugen in Ostafrika wenig zur Entwicklung der Wirtschaft bei: Versicherungsgesellschaften konzentrierten sich auf kurzfristige und mit geringen Risiken behaftete Geschäfte wie Sach- und Vermögensversicherungen; Bau-sparkassen spielten eine marginale Rolle und Institute zur Finanzierung wirtschaftlicher Aktivitäten der Afrikaner existierten praktisch nicht, weil, wie NEWLYN meint:

"...between these expatriate bankers and the potential entrepreneurs of the African population the gulf was too wide." 1)

3. "Labour-Relations": Sozialer Konflikt zwischen "Staat" und Gewerkschaften

Vermutlich haben sich Gewerkschaftsführer nie (auch nur vorwiegend) als beauftragte Tarifhändler ihrer Mitglieder im Verteilungskampf mit den Unternehmern verstanden:

"Es war (zweifellos auch in Kenia und Tansania, A.d.V.) von Anbeginn an ihr Ziel, der Würde des arbeitenden Menschen Achtung zu verschaffen und sie zu schützen, ihn sozial zu sichern und eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die allen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht." 2)

Der Kampf um die Änderung der Gesellschaftsordnung war Anfang der fünfziger Jahre, als sich die Gewerkschaft-

1) NEWLYN, W.T.: Money in an African Context, a.a.O., S. 44.

2) Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Beschlissen auf dem außerordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 21. und 22. November 1963 in Düsseldorf), ohne Ort und Jahr, S. 3.

ten in Ostafrika konstituierten, identisch mit dem Kampf um die politische Unabhängigkeit.¹⁾ Uhuru als Ziel und Verheißung machte Gewerkschaften und nationale Massenbewegungen zu natürlichen Verbündeten in der Auseinandersetzung mit den "Colonial Masters" in Wirtschaft und Verwaltung, im Konkurrenzkampf um deren Positionen und Einkommen jedoch zu Gegnern, so daß nach Meinung Tom MBOYAs die Gewerkschaften beim Übergang zur Unabhängigkeit zu "alternativen Machtzentren" neben den politischen Parteien wurden.²⁾

Diese Interessenkollision erklärt sich nahezu zwangsläufig aus den kolonialen Arbeitsmarktverhältnissen in Ostafrika: In Teil II waren bereits die wichtigsten Faktoren dargestellt worden, die das Arbeitsmengenangebot bestimmten: Zwangsaushebung, Barleistung der Hütten- und Kopfsteuern, Personalregistrierung, Pressionen der Chiefs und Headmen, Anbauverbote für bestimmte landwirtschaftliche Geldmarkterzeugnisse, Preisdifferenzierung wegen vorgeblicher oder tatsächlicher Qualitätsunterschiede der Produkte, faktische Diskriminierung durch Banken, Erosion der Anbauflächen in den Reservaten, "Landflucht" und allgemeiner Wandel der sozialen Strukturen.

1) Vgl. z.B. BIENEFELD, M.A.: Labour in Tanzania, in: CLIFFE, Lionel and SAUL, John, S. (Hrsg.): Socialism in Tanzania, Dar-es-Salaam 1972, S. 338 - 346; JACKSON, Dudley: Economic Development and Income Distribution in Eastern Africa, in: The Journal of Modern African Studies, 9, 4 (1971), S. 531 - 542. WEEKS, John, F.: Wage Policy and the Colonial Legacy (A Comparative Study), in: The Journal of Modern African Studies, 9, 3 (1971), S. 361 - 387.

2) MBOYA, Tom: East African Labour Policy and Federation, in: ROBSON, P. and LEYS, C. (Hrsg.), a.a.O., S. 102 - 110, Zitat S. 103.

Daß koerzitive Maßnahmen teilweise den Preismechanismus ersetzten, um Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen, lag am Verhalten der Anbieter und Nachfrager: Soweit die afrikanische Bevölkerung die im Rahmen der traditionellen Arbeits- und Sozialordnung produzierten Subsistenz-einkommen als ausreichend empfand, bestand für sie wenig Anlaß, Freizeit durch Geldeinkommen zu substituieren, konnte sie sich, m.a.W., "Freizeitverzicht" relativ teuer bezahlen lassen.

Da die geringe Elastizität des Angebots in bezug auf Lohnsatzänderungen¹⁾ des (ihrer Meinung nach) abundanten Faktors Arbeit den Interessen und Erfahrungen der Kolonisten widersprach, und da seit "Entdeckung" der rückwärtsgekrümmten Arbeitsangebotskurve durch Lord LUGARD²⁾ die Grenzen der Manipulierbarkeit des (positiven marginalen) Arbeitsangebotes durch Lohnsatzsteigerungen als theoretisch fundiert galten³⁾, institutionalisierte man zur Unterstützung des angeblich insuffizienten Marktmechanismus ein Zwangs- und Drangsalierungssystem, um die Angebots-Nachfrage-Lücke bei herrschenden Diktatpreisen zu schlie-

1) Die "Punkt Elastizität" einer Funktion $y_1 = f_1(x)$ sei "gering", wenn gilt: $0 < \frac{d[f_1(x)]}{dx} \frac{x}{f_1(x)} = \varepsilon < 1$.

Die Funktion $y_1 = f_1(x)$ sei weniger elastisch als die Funktion $y_2 = f_2(x)$, wenn für den gemeinsamen Definitionsbereich beider Kurven die Bedingung, $\frac{d[f_1(x)]}{dx} \frac{x}{f_1(x)} < \frac{d[f_2(x)]}{dx} \frac{x}{f_2(x)}$ od. $\frac{d[f_1(x)]}{d f_2(x)} < \frac{f_1(x)}{f_2(x)}$ erfüllt ist (Bei einer marginalen Änderung von x muß die relative marginale Änderung von y_1 kleiner sein als die von y_2).

2) Vgl. Lord LUGARD: The Dual Mandate in British Tropical Africa. London 1965. S. 404 -405.

3) Vgl. Erläuterung 5 zum Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt beim Vorliegen einer rückwärtsgekrümmten Arbeitsangebotskurve, im mathem.-stat. Anhang.

Ben: - bei Lohnsätzen, mit denen ein Einkommen verdient werden konnte, das ohne Subsidien von Seiten der Verwandten auf dem Land oft genug nicht ausreichte, das Existenzminimum des in der Stadt lohnarbeitenden Mannes sicherzustellen.¹⁾ Da diese (staatlich unterstützte) partielle Ausschaltung des Marktmechanismus einerseits und die strikte Einhaltung des Marktprinzips bei der Bestimmung ihrer eigenen Einkommen andererseits dem Interesse der Herrschenden maximal entsprach, stießen sie sich weder am ordnungspolitischen Widerspruch, noch an der Einkommenskluft zwischen den Hungerlöhnen der afrikanischen Arbeiter und ihren eigenen "... high salary levels designed to attract expatriate employees ..."2).

e. Jahres-Pro-Kopf-Einkommen nach Sektoren und Rassen in Kenia 1961

		Europäer	Asiaten	Afrikaner	Alle Beschäftigten	
Land- und Forstwirtschaft	Einkommen	23 %	0,5 %	10,9 %	13,7 %	12,3 Mill. £
	Beschäftigte	0,3 %	0,1 %	42,4 %	42,7 %	252000 Pers.
	Eink./Besch.	1313 £	666 £	39 £	49 £	--
	Eink.-Quotient	87 %	43 %	2,6 %	3,3 %	--
Handel und Industrie	Einkommen	16,5 %	12,8 %	15,5 %	44,8 %	40,2 Mill. £
	Beschäftigte	2,0 %	4,2 %	22,7 %	28,9 %	170500 Pers.
	Eink./Besch.	1257 £	460 £	104 £	236 £	--
	Eink.-Quotient	84 %	31 %	6,9 %	16 %	--
Öffentl. Dienst	Einkommen	14,9 %	8,2 %	18,4 %	41,5 %	37,3 Mill. £
	Beschäftigte	1,5 %	2,1 %	24,7 %	28,3 %	167000 Pers.
	Eink./Besch.	1506 £	607 £	113 £	223 £	--
	Eink.-Quotient	100 %	40 %	7,5 %	15 %	--
Gesamte Geldwirtschaft	Einkommen	33,7 %	21,5 %	44,8 %	100,0 %	89,8 Mill. £
	Beschäftigte	3,8 %	6,4 %	89,8 %	100,0 %	589500 Pers.
	Eink./Besch.	1365 £	511 £	76 £	152 £	--
	Eink.-Quotient	91 %	34 %	5,0 %	10 %	--

Einkommensquotient = Pro-Kopf-Einkommen/Höchst-Pro-Kopf-Einkommen
Quelle: "Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S. 187 und 196.

- 1) SEIDMAN, A.: Comparative Development Strategies in East Africa, a.a.O., S. 30: "In 1957, a study indicated that in fact the traditional sector subsidized a third of the urbanized workers living in Nairobi by providing them with supplementary food as well as supporting their families."
- 2) WEEKS, J.F., a.a.O., S. 385.

Mindestens drei Aspekte also sind es, vor deren Hintergrund der Konflikt der Gewerkschaften mit den alten und neuen Herrschern in Kenia und Tansania gesehen werden muß:

1. hoher Anteil des öffentlichen Dienstes an
2. einer niedrigen Gesamt-Lohnbeschäftigungsquote¹⁾ bei
3. großen Einkommensunterschieden.²⁾

Sofern und soweit die Gewerkschaftsführer in beiden Ländern die Interessen der afrikanischen Lohnarbeiter vertraten, mußten sie in ihrem Bemühen das Einkommensgefälle zu nivellieren, wegen der allgemeinen Asymmetrie von Lohnsatzänderungen³⁾ auf eine beschleunigte Steigerung der Mindestlohnsätze hinwirken. Diese Politik mußte sich - bei der hohen Beschäftigungsquote im öffentlichen Dienst - immer auch gegen die hochbezahlten Staatsfunktionäre und "alten Kameraden" des Unabhängigkeitskampfes richten. Deren Handlungsspielraum als öffentliche Arbeitgeber war nicht groß: Verweigerten sie den Gewerkschaften substantielle Lohnzugeständnisse, drohte Streik; - ein Kampfmittel, das sie für die Konsolidierung des juvenilen Staatsgefüges - einschließlich ihrer Funktionärsposten - für ebenso abträglich hielten wie die potentiellen Gefahren, die von einem wachsenden Zustrom

¹⁾ Der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung betrug 1961 in Kenia 7,0% und in Tansania 4,4%; vgl. "Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S. 187 und 13; und "Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 154 und 24.

²⁾ Vgl. Erläuterungen 6 zur algebraischen Bestimmung von Konzentrationsmaßnahmen, im mathem.-stat. Anhang.

³⁾ Vgl. DUNLOP, John T.: The Theory of Contemporary Wage Theory, London 1964, S. 22 - 26.

Arbeit-suchender auszugehen drohten, die bei Erfüllung der Lohnforderungen (bei der nunmehr unterstellten elastischen Reaktion der Eingeborenen auf Lohnsatzänderungen!¹⁾) in Erwartung höherer Einkommen aus ihren Beschäftigungen in der Subsistenzwirtschaft zusätzlich in die Städte gelockt worden wären.²⁾ Diesem Dilemma versuchten die Regierungen durch eine Gesetzgebung zu entgehen, die im Effekt darauf abzielte, die Gewerkschaften durch Streikverbote³⁾ und "Einbindung" ihrer Führer in die Regierungsverantwortung zu entmachten.

1) WEEKS wies nach, daß das seit Anfang der sechziger Jahre auftretende Arbeitslosigkeitsproblem in Ostafrika eine Folge der Mindestlohnsatzerhöhungen war. Vgl. WEEKS, J.F., a.a.O.

2) JOCHIMSEN, R.: "Die industrielle Reservearmee" steckt nämlich noch in der unterbeschäftigten Menschenmasse des vorkapitalistischen Bereichs und ist bisher nur nicht zur arbeitslosen Masse geworden, weil sie noch nie in industrieller, abhängiger Beschäftigung tätig gewesen ist." S. 73 (Hierzu hatte sie, solange sie selbst Besitzerin des "Boden-Quasimonopols" war, weder Veranlassung noch - mangels Arbeitsplätzen - Gelegenheit.) Vgl. JOCHIMSEN, Reimut: Dualismus als Problem der wirtschaftlichen Entwicklung, in: FRITSCH, Bruno (Hrsg.): Entwicklungsländer, Köln, Berlin 1968, S. 65 - 80 und SEIDMANN, A.: Comparative Development Strategies in East Africa, a.a.O., S. 28.

3) Relative Streikhäufigkeit in Kenia und Tansania im Zweijahresdurchschnitt:

Periode	Kenia		Tansania	
1957 - 59	31,8 %	172 Tsd.AT	42,7 %	288 Tsd.AT
1960 - 62	100,0 %	541 " "	100,0 %	675 " "
1963 - 65	46,2 %	250 " "	4,2 %	28 " "
1966 - 68	20,3 %	110 " "	1,0 %	7 " "

AT: Durch Streiks verlorene Arbeitstage

Quelle: JACKSON, D., a.a.O., S. 533.

JACKSON, D.: "... just before and after independence, most Commonwealth countries have suffered a wave of strikes and industrial unrest, as workers have tried to obtain immediate alleviation of long-felt grievances." Ebenda.

4. Bodenbesitzverhältnisse als Indikatoren kolonialer Penetration

Für die Organisation der Bodenbesitzverhältnisse waren im wesentlichen zwei Einflüsse entscheidend:

1. Die geringere geographische Konzentration kultivierbaren Bodens und die geringere koloniale Penetration verhinderten in Tansania eine ähnlich große und konzentrierte Landüberfremdung wie in Kenia. Sie bewahrten das Land vor Entwicklungen, die in Kenia zunächst zur Bildung der White Highlands und Entstehung von Reservaten für Eingeborene geführt hatten¹⁾ und die am Ende - nachdem sich das so angelegte und durch andere Ursachen verstärkte Konfliktpotential im Bürgerkrieg entladen hatte - aufwendige Agrarreformen zur Änderung dieser Bodenverhältnisse erforderten.²⁾

1) HARBESON, J.W. zur kolonialen Landpolitik in Kenia: "... colonial land policy served political rather than economic ends before about 1954 ... First, it hastened the destruction of traditional land tenure patterns among the Kikuyu without replacing them or alleviating any of the consequent distress. Secondly, it fuelled nationalist anger at the allegedly unjust acquisition of African land by European settlers under colonial auspices. The first consequence magnified the second." HARBESON, John, W.: Land Reform and Politics in Kenya 1954- 70, in: The Journal of Modern African Studies, 9, 2 (1971), S. 231 - 251, Zitat, S. 232.

2) SEIDMANN, A.: Comperative Development Strategies in East Africa, a.a.O., S. 56 zum sog. Swynnerton-Plan: "The political-economic of the execution of the programme suggest that it was initially conceived by the British in large part as an aspect of 'psychological warfare' to defeat the Mau Mau." Und der Autor dieses Planes scheint dies zu bestätigen, wenn er meint: "Politically, the greatest gain from participation of the African community in running its

2. Für die Beurteilung der landwirtschaftlichen Produktionskapazität eines bestimmten geographischen Raumes sind neben geologisch-meteorologischen und demographischen Tatbeständen die Nutzungsmethoden der natürlichen Ressourcen von mindestens gleichrangiger Bedeutung: Sie variieren in Ostafrika von Region zu Region, von ethnischer Gruppe zu ethnischer Gruppe mit der Folge, daß man auf relativ engem Raum praktisch sämtliche Möglichkeiten der Landnutzung beobachten kann: nomadische Viehwirtschaft, semi-seßhafte Brandrodungs-Kultivationsmethoden, permanenten Garten- und Ackerbau und hoch technisierte Plantagenwirtschaft.¹⁾ Die nahezu totale und unmittelbare Interdependenz zwischen der Organisation der landwirtschaftlichen Produktverhältnisse und den sozialen Beziehungen in ruralen Gesellschaften²⁾ verringert sehr wahrscheinlich den prognostischen Wert rein ökonomischer Erklärungsversuche des Entwicklungsphänomens und die Chance, bei Anwendung einseitig ökonomischer Strategien, das Entwicklungspotential eines Landes maximal auszus schöpfen.

own agricultural industry will be a politically content and stable community." SWYNNERTON, R.J.M.: A Plan to Intensify the Development of African Agriculture in Kenya, Nairobi 1954, S. 10.

1) Vgl. SEIDMAN, A.: Coöperative Development Strategies in East Africa, a.a.O., S. 27 - 30.

2) Als Grund für das gleichzeitige Nebeneinander unterschiedlicher Produktionsmethoden wird man weniger eine "optimale" Anpassung an verschiedenartige materielle Faktorausstattungen annehmen dürfen, als vielmehr eine unterschiedliche Bereitschaft verschiedener Bevölkerungsgruppen sich exogenem, soziokulturellem Wandel zu öffnen.

§ 9 Das Ergebnis des Faktorkombinationsprozesses: Sozialprodukt und Volkseinkommen in Kenia und Tansania im Basisjahr

1. Bevor nun die Ergebnisse der Faktor-Kombinationsprozesse der Volkswirtschaften Kenias und Tansanias erörtert werden, erscheint es - um einer "realistischen" Würdigung der nachstehenden Daten willen - nützlich, auf methodische Unzulänglichkeiten der Sozialprodukt-Messung hinzuweisen, auf Mängel, die vor allem durch Schwierigkeiten bei der Erfassung und Bewertung der während einer Periode produzierten Güter und Leistungen resultieren und die eine "objektive" Beurteilung der Versorgung einer bestimmten Anzahl Personen pro Zeit- und Raumeinheit mit von Menschen produzierten Gütern und Leistungen erschweren.¹⁾

2. Betrachtet man nunmehr die in der nachstehenden Tafel dargestellten konsolidierten Produktionsergebnisse Kenias und Tansanias, so erkennt man unmittelbar einige strukturelle Eigenarten dieser Volkswirtschaften:

¹⁾ Vgl. PEACOCK, A.T. and DOSSER, D. G.M.: The National Income of Tanganyika 1952 - 1954, a.a.O. und dieselben: Input-Output Analysis in an Underdeveloped Country (A Case Study), a.a.O. sowie LURY, D.: National Accounts in Africa, a.a.O., GÜSTEN, Rolf und HELMSCHROTT, Helmut: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in Tropisch-Afrika, Berlin, Heidelberg 1965, sowie § 7, Kap. 3, Abschn. a. und die Erläuterungen 7 zur Sozialproduktmessung, im mathem.-stat. Anhang.

Mit Anteilen von 1/4 bzw. 1/3 trugen die Aktivitäten in den Subsistenzbereichen beider Länder 1963 mehr als doppelt soviel zur Entstehung der jeweiligen Brutto-

1. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts zu Faktorkosten in Kenia und Tanzania nach Erzeugnisgruppen und Beschäftigungsbereichen, 1963

Erzeugnisgruppen	J: Beschäftigungsbereiche	Kenia 1)			Tansania 2)		
		Subsistenz monetär		$\sum_{j=1}^n Y_j$	Subsistenz monetär		$\sum_{j=1}^n Y_j$
		privat	Staat		privat	Staat	
* S i s a l				2.6	10.2		10.2
* Baumwolle		0.2		0.2	3.5		3.5
* K a f f e e		3.3		3.3	3.1		3.1
* K:Weizen T:Cashew N		1.1		1.1	0.7		0.7
* K:Mais T:Erdnüsse		0.9		0.9	0.6		0.6
* K:Pyrethr.T:And Ölfr.		0.5		0.5	0.8		0.8
* Tee		2.2		2.2	0.8		0.8
* Zuckerrohstoffe		0.4		0.4	1.1		1.1
* sonst.Lw-Marktpr.		1.6		1.6	1.6		1.6
* Massen-Nahrungsm.		18.5		18.5	27.8		27.8
Landwirtschaft		18.5		31.3	27.3		27.3
Viehwirtschaft		4.9		8.6	2.4		2.4
Forstwirtschaft		2.2		2.5	0.7		0.7
Fischerei + Jagd		0.1		0.4	0.2		0.2
Bergbau + Mineral.		-		0.3	-		-
Industrie u. Repar.gew.		-		9.4	-		-
Baugewerbe		-		1.9	-		-
Energie- u. Wasservers.		-		1.4	-		-
Transportgewerbe		-		9.5	-		-
Nachrichten u. Lagerwes.		-		12.3	-		-
Groß- u. Einzelhandel		-		1.6	-		-
Banken, Versich., Immob.		-		3.6	-		-
Eigenmiete		-		5.9	-		-
Sonst.Leistungen		-		10.5	-		-
Verteidigung		-		0.7	-		-
$\sum_{j=1}^n Y_j^*$	%	25.7	63.0	11.2	33.8	52.5	100.0
Bevölkerung	Mill.	11.1	163.63	28.80	76.792	119.360	227.356
Pro-Kopf-BIP _{FFK}	£						

*: Schätzungen; #: "Commerce"; #: 0.5(9.7982) + 10.5733);
 Quellen: 1) "Kenya Statistical Abstract 1965", a.a.O., S. ; 2) "Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 142-147; 3) East African Community (Hrsg.): Economic and Statistical Review, No. 53 (Dec. 1966), a.a.O., S. 88;

inlandsprodukte zu Faktorkosten bei wie die öffentlichen Haushalte mit etwa 1/8, waren die Staatsquoten, bezogen auf den jeweiligen monetären Sektor mit 15% bzw. 20% eher bescheiden, so daß konsequenterweise der größere Teil der Bruttoinlandsprodukte in den privaten und monetär arbeitenden Beschäftigungsbereichen entstand. Mit Anteilen von 43% bzw. 61% und mit 23% bzw. 16% an den jeweiligen Produktionsergebnissen erweisen sich Agrarwirtschaft¹⁾ und Dienstleistungsgewerbe einmal mehr als "Schlüsselsektoren" der beiden Volkswirtschaften. Berücksichtigt man die Tatsachen, daß Sisal, Kaffee, Tee und Baumwolle die wichtigsten landwirtschaftlichen Markterzeugnisse waren, und daß das warenproduzierende Gewerbe außerhalb der Agrarsektoren in beiden Ländern mit 13% bzw. 5% geringe Beiträge zur Wertschöpfung leistete, erhärtet sich die Annahme, daß das relativ große Gewicht der Dienstleistungen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Abwicklung der Kollektion landwirtschaftlicher Exportgüter und der Distribution industrieller Importgüter gesehen werden muß.²⁾

Die Daten der folgenden Tafel zerstreuen letztmögliche Zweifel: An jenem Drittel (K.: 37,9%; T.: 32,5%) der Bruttoinlandsproduktion, das jeweils exportiert wurde, waren Nahrungsmittel und Rohstoffe in Kenia mit knapp der Hälfte und in Tansania mit mehr als drei Viertel des Wertes beteiligt und trugen somit entscheidend zur Finanzierung der Käufe von Industrieerzeugnissen und Transportausrüstungen bei.

1) Die Bereiche "Landwirtschaft", "Viehwirtschaft", "Forstwirtschaft" sowie "Fischerei und Jagd" wurden zum Sektor "Agrarwirtschaft" zusammengefaßt.

2) Vgl. § 7 und 8.

2. Struktur und Volumen des Außenhandels in Kenia und Tansania 1963

Güter- Gruppen	K e n i a				T a n s a n i a			
	Exporte fob £Mill	%	Importe cif £Mill	Salden £Mill	Exporte fob £Mill	%	Importe cif £Mill	Salden £Mill
0 Nahrungsmit. u. Lebewild	30.8	31.3	8.6	+22.2	16.9	22.8	5.8	+11.1
1 Getränke und Tabak	3.1	3.2	1.8	+1.3	0.2	0.3	2.4	-2.4
2 Rohstoffe ohne Kraftst.	14.1	14.2	1.4	+12.6	41.0	55.4	0.3	+40.7
3 Mineralöle, Schmierf. u. ä.	3.0	3.0	8.8	-5.8	1.2	1.6	3.8	-2.6
4 Tier- u. Pflanzenfette/Öle	0.4	0.4	1.8	-1.3	0.7	1.0	0.6	+0.1
5 Chemische Erzeugnisse	4.5	4.6	6.3	-1.8	0.5	0.7	3.8	-3.3
6 Industrieerzeugn., kl. sif	6.9	7.1	24.5	-17.6	5.7	7.7	17.2	-11.5
7 Maschinen u. Transportausr.	2.7	2.8	19.0	-16.3	0.3	0.4	11.6	-11.3
8 Sonst. industrielle Waren	5.1	5.2	6.6	-1.6	0.8	1.1	6.0	-5.3
9 Güter und Transakt., unspez.	0.4	0.4	4.1	-3.8	1.3	1.8	1.3	+0.1
Summe Warenverkehr	70.8	72.1	82.9	-12.1	68.6	92.7	52.8	+15.8
Transportleistungen	8.6	8.8	5.4	+3.2	2.1	2.8	2.6	-0.5
Frachten und Versicherungen	6.7	6.8	0.5	+6.2	0.4	0.5	0.2	+0.2
Auslandsreisen	7.0	7.1	6.7	+0.3	2.3	3.1	2.2	+0.1
Sonstige Leistungen	5.1	5.2	3.0	+2.1	0.6	0.8	1.8	-1.2
Summe Dienstleistungen	27.4	27.9	15.6	+11.8	5.4	7.3	6.8	-1.4
Summe Außenhandel	98.2	100.0	98.5	-0.3	74.0	100.0	59.6	+14.4

Quellen: "Kenya Statistical Abstract 1965", a.a.O., S. ;

"Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 48 - 66;

East African Community (Hrsg.): Annual Trade Report of Tanzania, Uganda and Kenya (For the Year Ended 31st December 1963), Mombasa 1964.

Die bestimmenden Größen beim Übergang von Inlands- zu Inländerkonzepten der Ergebnisermittlung einer offenen Volkswirtschaft sind die inter-nationalen Faktoreinkommens-Übertragungen:

Die in $j = 1, 2, 3, \dots, \kappa, \kappa+1, \kappa+2, \dots, \kappa^*$ in- und ausländischen Unternehmungen entstandenen Inlandseinkommen $\sum_{j=1}^{\kappa^*} Y_j = \sum_{j=1}^{\kappa} Y_j + \sum_{j=\kappa+1}^{\kappa^*} Y_j$ werden auf $i = 1, 2, 3, \dots, \mu, \mu+1, \mu+2, \dots, \mu^*$ in- und ausländische Faktoreigentümer zur Entlohnung der von ihnen der jeweiligen Volkswirtschaft zur Verfügung gestellten Faktordienste verteilt: $\sum_{i=1}^{\mu^*} Y^i = \sum_{j=\kappa+1}^{\kappa^*} Y_j$.

Aus nachstehender Matrix sind die Inländern zugeflossenen und von inländischen Unternehmungen gezahlten Faktoreinkommen unmittelbar ablesbar:

$$(1) \quad \begin{array}{l} \sum_{i=1}^{\mu^*} Y^i = \sum_{j=1}^{\kappa^*} Y_j \\ \hline = \sum_{i=1}^{\mu} Y^i + \sum_{i=\mu+1}^{\mu^*} Y^i \end{array} \quad \begin{array}{l} = \sum_{j=1}^{\kappa} Y_j + \sum_{j=\kappa+1}^{\kappa^*} Y_j \\ \hline = \sum_{i=1}^{\mu} \sum_{j=1}^{\kappa} Y_j^i + \sum_{i=1}^{\mu} \sum_{j=\kappa+1}^{\kappa^*} Y_j^i + \\ \sum_{i=\mu+1}^{\mu^*} \sum_{j=1}^{\kappa} Y_j^i + \sum_{i=\mu+1}^{\mu^*} \sum_{j=\kappa+1}^{\kappa^*} Y_j^i \end{array}$$

$$\begin{array}{l} \text{Inländern} \\ \text{überwiesene} \\ \text{Faktoreinkom-} \end{array} \quad \begin{array}{l} \sum_{i=1}^{\mu} Y^i = \sum_{j=1}^{\kappa^*} Y_j - \left(\sum_{i=\mu+1}^{\mu^*} \sum_{j=1}^{\kappa} Y_j^i + \sum_{i=\mu+1}^{\mu^*} \sum_{j=\kappa+1}^{\kappa^*} Y_j^i \right) + \end{array}$$

$$\begin{array}{l} \text{Von Inlands-} \\ \text{unternehmungen} \\ \text{gezahlte} \\ \text{Faktoreinkom-} \end{array} \quad \begin{array}{l} \sum_{j=1}^{\kappa} Y_j = \sum_{i=1}^{\mu^*} Y^i - \left(\sum_{i=1}^{\mu} \sum_{j=\kappa+1}^{\kappa^*} Y_j^i + \sum_{i=\mu+1}^{\mu^*} \sum_{j=\kappa+1}^{\kappa^*} Y_j^i \right) - \end{array}$$

$$\begin{array}{l} \text{Saldo der} \\ \text{Faktoreinkom-} \\ \text{mensübertra-} \\ \text{gungen:} \end{array} \quad \begin{array}{l} \sum_{i=1}^{\mu} Y^i - \sum_{j=1}^{\kappa} Y_j = \sum_{i=1}^{\mu} \sum_{j=\kappa+1}^{\kappa^*} Y_j^i - \sum_{i=\mu+1}^{\mu^*} \sum_{j=1}^{\kappa} Y_j^i \end{array}$$

Führt man für die Gleichung des Bruttoinlandproduktes zu Faktorkosten, BIP_{FK} , die Kurzschreibweise

$$(2) \quad BIP_{FK} = O - V + EX - IM = Y \quad \text{ein,}$$

und für die rechte Seite der Faktoreinkommens-Übertragungsgleichung (1) die Kurznotation

$$(1.a) \quad \sum_{i=1}^u \sum_{j=x+1}^{x^*} Y_j^i - \sum_{i=u+1}^{u^*} \sum_{j=1}^x Y_j^i = FE - FZ, \quad ,$$

so erhält man durch Addition der Gleichungen (2) und (1.a) das Bruttoinländereinkommen zu Faktorkosten oder Bruttovolkseinkommen Y^b einer Volkswirtschaft für die abgelaufene Periode, in der Form:

$$(3) \quad Y^b = BIP_{FK} + FE - FZ = O - V + X - M, \quad \text{wobei} \\ X = EX + FE \text{ und } M = IM + FZ \text{ ist.}$$

Die numerischen Werte betrugen für Kenia und Tansania 1963:

Übersicht f	Symbol	Dim.	Kenia	Tansania
Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten	BIP_{FK}	£ Mill.	259,1	227,4
+ Faktoreinkommen aus dem Ausland	+ FE	"	5,3	1,6
- " an das Ausland	- FZ	"	-14,5	- 7,1
= Bruttovolkseinkommen	= Y^b	"	249,9	221,9
Bevölkerung	N	Mill.	8,847	10,186
= Pro-Kopf-Bruttoeinkommen	$y^b = Y^b/N$	£	28,25	21,79

Quellen: Vgl. Tafel 1, und "Tanzania-Background to the Budget 1966/67", Dar-es-Salaam 1966, S. 45.

Da bisher^{die} für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung relevante Aktivität des Staates unbeachtet geblieben war, müssen nunmehr noch indirekte Steuern und Subventionen berücksichtigt werden:

Lassen die fiskalischen Regelungen die Behandlung einseitiger gesetzlicher Übertragungen der Unternehmungen an öffentliche Körperschaften einer Volkswirtschaft als Kostenbestandteile bei der Gewinnermittlung zu, so erhöhen sich die betrieblichen Aufwendungen um den Betrag dieser Abgaben, während Subventionszahlun-

gen die betrieblichen Erträge erhöhen.¹⁾

Notiert man für das Aufkommen, das die $j = 1, 2, 3, \dots, \kappa$ inländischen Unternehmungen für $i = 1, 2, 3, \dots, \rho$ (indirekten) Steuerarten während einer Periode an den Staat überweisen, mit

$$T = \sum_{i=1}^{\rho} \sum_{j=1}^{\kappa} \delta_{ij}^i$$

und das Gesamt der ihnen während einer Periode aus $i = 1, 2, 3, \dots, \sigma$ Subventionsarten zugeflossenen Mittel, mit

$$\bar{T} = \sum_{i=1}^{\sigma} \sum_{j=1}^{\kappa} \delta_{ij}^i,$$

so können diese Transaktionen in der Beziehung (3) folgendermaßen berücksichtigt werden:

$$\begin{aligned} (4) \quad Y^b + T &= \left. \begin{aligned} &O - V + X - M + \bar{T} \\ \text{BIP}_{FK} + FE - FZ + T &= \end{aligned} \right\} \text{oder} \\ Y^b + T - \bar{T} + M - X &= \left. \begin{aligned} &O - V \stackrel{!}{=} C + I^b \\ + T - \bar{T} + IM - EX &= \end{aligned} \right\} \end{aligned}$$

Die bei der Produktion des um inländische Vorleistungen reduzierten Bruttoinlandoutputs entstandenen und um den Wert des Güter- und Warenhandels mit dem Ausland bereinigten Bruttoinlandseinkommen zu Marktpreisen $(Y + T - \bar{T})$ sind also genau gleich dem Marktwert jener Güter und Leistungen, die in derselben Periode im In-

¹⁾ Da die Systematisierung der Steuerarten von der Wahl des Inzidenzkonzepts abzuhängen scheint, wurde hier - um der Eindeutigkeit willen - die formale Inzidenz der klassifikatorischen Zuordnung zugrunde gelegt. So wurden insbesondere alle als Produktions- und Verbrauchsteuern ausgewiesenen Abgabenarten den "indirekten Steuern" zugeteilt. Als Subventionen - hier vereinfachend verstanden als indirekte Negativsteuern - wurden lediglich jene Ausgaben der Schatzämter betrachtet, die erkennbar öffentliche und private Unternehmungen als Begünstigte auswiesen und keine Marktäquivalente darstellten.

land konsumiert und (brutto-) investiert wurden; er betrug 1963:

Übersicht g	Symbol	Dimens.	Kenia	Tansania
Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten	Y	£ Mill.	259,1	227,4
+ indirekte Steuern..	$+T_i$	"	23,0	14,8
- Subventionen	$-T$	"	0,5	0,1
+ Importe	$+IM$	"	98,5	59,6
- Exporte	$-EX$	"	98,2	74,0
= Ex-post-Bruttoinlandsnachfrage	$=C+I^b$	"	281,9	227,7
- Bruttoinvestition	$-I^b$	"	30,4	24,3
= Konsumausgaben	$=C$	"	251,5	203,4
Bevölkerung	N	Mill.	8,85	10,19
Pro-Kopf-Konsumausgaben	$c_n=C/N$	£	28,43	19,97

Quellen: wie zuvor und: The Appropriation Accounts, Revenue Statements, Accounts of the Funds and other Public Accounts of Tanzania (for the Year 1962/63), Dar-es-Salaam 1964 und dieselbe Publikation für das Finanzjahr 1963/64.

Trotz aller gebotenen Vorsicht bestätigen die vorstehenden Daten¹⁾ frühere Feststellun-

1) Meß-, Protokollierungs- (incl. Druck-) "Manipulationsfehler" und Rundungsdifferenzen begrenzen relativ häufig die Überzeugungskraft statistischer Daten. Da sich im Bereich der Sozialwissenschaften bestimmte Messungen nicht beliebig oft wiederholen lassen, ist die Anwendung des sog. Normalverteilungsgesetzes der Fehler zur Berücksichtigung zufälliger Fehler unzulässig. Systematische Fehler können i.d.R. nach Art und Umfang bestimmt werden: Notiert man z.B. das Ergebnis einer Messung in Millionen Einheiten mit einer Dezimalstelle, so kann geschrieben werden: $X = n \cdot 10^{-1}$ (Mill.E) = $n \cdot 10^{-1} \cdot 10^6$ (E) = $n \cdot 10^5$ (E), wobei $n \geq 1$. Da z.B. alle Meßergebnisse, deren Werte zwischen 44 444,45 (E) und 144 444,44 (E) liegen, durch Rundung den Wert $x = 0,1$ (Mill. E) annehmen, gilt für den Rundungsfehler: $\Delta_1 = \pm 1 \cdot 10^4$ (E), wobei $0 \leq |1| < 5$. Ergeben z.B. geeignete Kontrollen "unerklärte Quellendifferenzen" in der Größenordnung von $\pm m \cdot 10^4$ (E), so kann für diese Fehlerart geschrieben werden: $\Delta_2 = \pm m \cdot 10^4$ (E), wobei $0 \leq |m| < 10$. Für beide Fehlerarten zusammen ergibt sich somit maximal: $\Delta_3 = \Delta_1 + \Delta_2 = (\pm 1 \pm m) \cdot 10^4$ (E) und für den maximalen relativen Fehler: $\Delta_3^* = \frac{\Delta_3}{X} = \frac{(\pm 1 \pm m) \cdot 10^4}{n \cdot 10^5} = \frac{\pm 1 \pm m}{n} \cdot 10^{-1}$ oder $-1.5 (1/n) < \Delta_3^* < +1.5 (1/n)$. Da gilt, $\lim_{n \rightarrow \infty} \frac{1 \pm m}{10 n} \rightarrow 0$, steht fest, daß n die kritische Variable ist, von der

gen,¹⁾ wonach die stärkere koloniale Penetration Kenias zu einem absolut und relativ höheren - bezogen auf die Bevölkerungsgröße - Niveau wirtschaftlicher Aktivität als in Tansania führte, zu einer Wirtschaft, die weniger vom Agrarsektor abhing als die Tansanias u. die kommerzielle Funktionen für ganz Ostafrika wahrnahm.

- Wie die souveränen Regierungen diese Startbedingungen nutzten, um die Erwartungen ihrer Staatsbürger zu erfüllen, wird nun zu untersuchen sein.

die Fehlergrenzen entscheidend abhängen. Somit ergibt sich, daß die Richtigkeit eines X-Wertes umso vorsichtiger zu beurteilen ist, je kleiner er ist, weil sich dann Rundungs- und unerklärte Quellendifferenzen umso verzerrender auswirken können. Für empirisch relevante n-Werte (hier i.a.: $n = n^* 10^{3 \pm 3}$, wobei $1 \leq n^* < 10$) sind die maximalen Fehlergrenzen folgendermaßen bestimmt:

$$-\frac{1.5}{n^*} \leq -\frac{1.5}{n^*} 10^{-6} < \Delta_3^* < +\frac{1.5}{n^*} 10^{-6} \leq +\frac{1.5}{n^*} .$$

¹⁾ Vgl. Teil II sowie § 7 und 8.

Teil IV

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN BUDGETGESTEUERTER
ENTWICKLUNGSPOLITIK IN KENIA UND TANSANIA

§ 10 Der exhaustive Charakter der Staatsausgaben:
Kauf von Inputs zur Produktion öffentlicher Güter
und Leistungen

1. Die öffentliche Hand als Korrektiv der durch Markt-
distorsion und Versagen der unsichtbaren Hand ver-
ursachten Bliss-Point-Abweichungen?

Ungeachtet der - cum grano salis - immer noch gültigen Feststellung SAMUELSONs, wonach

"Except for Sax, Wicksell, Lindahl, Musgrave, and Bowen, economists have rather neglected the theory of optimal public expenditure, spending most of their energy on the theory of taxation", 1)

scheint über zwei - unglücklicherweise nicht immer voneinander unabhängige - Kriterien zur Bestimmung der Art und Höhe öffentlicher Ausgaben Einmütigkeit zu herrschen:

1. über das Ausmaß der Funktionsfähigkeit der Märkte (ihre Existenz unterstellt) für bestimmte Güter und Leistungen, und
2. über das Ausmaß der Verträglichkeit souveränen, von staatlichen Aktivitäten unbeeinflussten, pri-

1) SAMUELSON, Paul A.: The Pure Theory of Public Expenditure, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 36 (1954), S. 387 - 389, Zitat, S. 387. Weiters sei z.B. verwiesen auf: Derselbe: Aspects of Public Expenditure Theories, in: Review of Economics and Statistics, Vol. 40 (1958), S. 332 - 338.
PIGOU, Arthur C.: A Study in Public Finance, London 1928, S. 42 - 53. ECKSTEIN, Otto: A Survey of the Theory of Public Expenditures Criteria, in: National Bureau of Economic Research (Hrsg.): Public Finances: Needs, Sources, and Utilization, Princeton 1961, S. 439 - 494. SHOUP, Carl S.: Public Finance, Chicago 1969, S. 463 - 652.

vatwirtschaftlichen Handelns mit volkswirtschaftlichen Zielen, oder über die "Wirksamkeit der unsichtbaren Hand."¹⁾

Der Staat solle, so fordert die orthodoxe Argumentation, in Marktwirtschaften umso weniger die Organisation der Produktion, Verteilung und Verwendung von Gütern und Leistungen stören, je vollständiger die Märkte für diese Güter und Leistungen seien und je vollkommener die individuellen Präferenzen und das durch sie bestimmte Handeln der privaten Marktteilnehmer mit den volkswirtschaftlichen Zielen übereinstimmen würden.

Diese Entscheidungsregel läßt sich offensichtlich nur anwenden, sofern "Marktvollständigkeit" und "Wirksamkeit der unsichtbaren Hand" gemessen werden können. Während mehr als ein halbes Dutzend vorgeschlagener Monopolgradmaße zur Meßbarkeit von Marktvollkommenheit zur Verfügung stehen,²⁾ erscheinen die konzeptionellen Schwierigkeiten zur Quantifizierung der Wirksamkeit der unsichtbaren Hand wegen der notwendigerweise involvierten

1) Die Vorstellung von einer "unsichtbaren Hand", die mikro- und makroökonomische (marginale) Kosten und Nutzen in Übereinstimmung bringt, beschäftigt Ökonomen seit Adam Smith. Vgl. z. B. auch McKEAN, Roland N.: The Unseen Hand in Government, in: The American Economic Review, Vol. 55 (1965), S. 496 - 506.

2) Von den Monopolmaßen, die z. B. Bain, Lerner, Morgan, Papandreou, Rothschild und Triffin vorgeschlagen haben, erscheinen in dem hier behandelten Zusammenhang die von Bain und Lerner nützlich; vgl. GUTENBERG, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre (Zweiter Band: Der Absatz), Berlin, Göttingen, Heidelberg 1962, S. 197 - 200.

Werturteile allenfalls im Rahmen normativer Konzepte lösbar.¹⁾

Mehr noch als diese eher "technischen Mängel" sprechen ordnungspolitische Bedenken gegen die unkritische Anwendung dieser Entscheidungsregel als wirtschaftspolitische Norm, weil mit Erreichen des idealtypischen²⁾ Zustandes der Wirtschaft Staat und Unternehmer ihre Existenzgrundlagen verloren hätten: Der Staat seine Rechtfertigungsgründe und die Unternehmer ihre Gewinne.³⁾ Da Anarchie⁴⁾ und Nullgewinne den vitalen Inter-

-
- 1) Denn die Entscheidung der Frage, wessen Präferenzen verzerrt und wessen unverzerrt sind, verliert auch dann nichts von ihrem Werturteilscharakter, wenn sie von einer moralisch integren Autorität, einem Sachverständigenrat, einer informierten Gruppe oder durch ein Mehrheitsvotum getroffen wird. MUSGRAVE, R. A. stellt lapidar fest: "The problem of merit wants differs in that, it falls outside the framework of consumer sovereignty. Theoretical constructions of the benefit type - with or without implementation through voting - are inapplicable. Yet the determination of merit wants is undertaken in the same voting process as that of social wants; and the considerations of the present chapter largely apply to both cases." MUSGRAVE, Richard A.: The Theory of Public Finance, Tokyo, 1961, S. 135. Vgl. auch HEAD, John G.: On Merit Goods, in: Finanzarchiv, N F. Bd. 25 (1966), S. 1 - 29.
 - 2) "Ein »Idealtypus« in unserem Sinn ist, ..., etwas gegenüber der w e r t e n d e n Beurteilung völlig indifferentes, er hat mit irgendeiner anderen als einer rein l o g i s c h e n Vollkommenheit nichts zu tun." WEBER, Max: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen, 1968, S. 200.
 - 3) Dieser Behauptung liegt die Gewinnmaximierungshypothese zugrunde.
 - 4) Unter "Anarchie" wird hier ein (dauerhafter) Zustand herrschaftsfreier sozialer Beziehungen verstanden.

essen einer der Ideologie der freien Verkehrswirtschaft verpflichteten Gesellschaft ebenso widersprechen wie Technokratie¹⁾ und (staats-) monopolistische Organisation des Wirtschaftsablaufs, kann diese Regel nur Anwendung finden, sofern durch eine geeignete Nebenbedingung das Ausmaß des Selbstzerstörungsprozesses (der unmodifiziert angewendeten Entscheidungsregel) in Grenzen gehalten werden kann.²⁾

Nimmt man an, daß die Staatsausgaben E eine abnehmende Funktion sowohl des Monopolgrades ($0 \leq \zeta_M \leq 1$) wie auch des "Präferenzverzerrungsgrades" ($0 \leq \zeta_P \leq 1$) sind³⁾, dergestalt, daß gilt, $dE/d\zeta_M < 0$, $dE/d(1-\zeta_P) > 0$ und $\zeta_M > (1-\zeta_P)$ für $E = 0$, dann wären für die Zielfunktion, Sicherstellung (optimaler) Marktvollständigkeit und Wirksamkeit der unsichtbaren Hand unter Mini-

1) "Technokratie" steht hier für "Diktatur der informierten Gruppe".

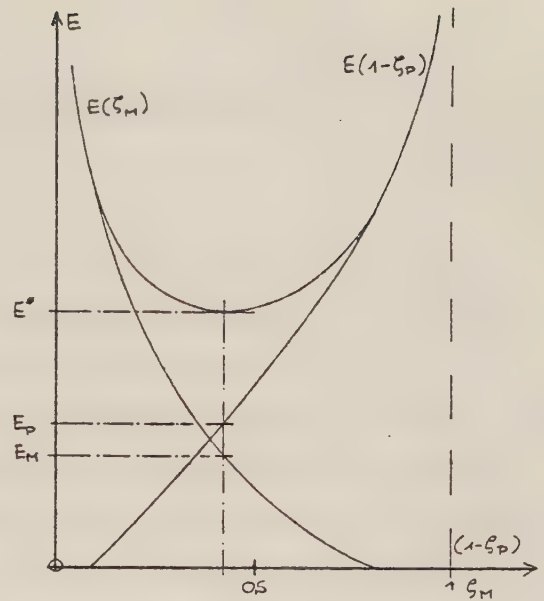
2) Dieses Ausmaß monopolistischer Ausbeutung kann man im Sinne Baran/Sweezys auch als "gesellschaftlich notwendige Kosten" zur Sicherstellung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung interpretieren. Vgl. BARAN, Paul A. und SWEEZY, Paul M.: Monopolkapital, Frankfurt 1970, S. 132 - 138.

3) Es gelten folgende identische Gleichsetzungen:
 $1 - \zeta_M$ = "Marktvollständigkeitsgrad" und $1 - \zeta_P$ = "Gleichschaltungsgrad". ζ_P kann z.B. operationalisiert werden, durch: $\zeta_P = \frac{1}{m} \sum_{i=1}^m \xi_i$;

Hierbei bedeuten, $i = 1, 2, 3, \dots, m$: Anzahl "sozialer Fragen", in einer Zwei-Gruppen-Gesellschaft (informierte / uninformierte) und ξ_i die "tatsächliche Einstellung" der uninformierten Gruppe zur Frage i , ausgedrückt durch eine Zahl auf einer "Falsch-Richtig-Zahlengerade" im Intervall $0 \leq \xi_i \leq 1$. Die (normsetzende) informierte Gruppe hat stets das richtige Bewußtsein", $\xi_i = 1$.

mierung der Staatsausgaben!, Höhe und Aufteilung der Staatsausgaben sowie Monopol- und Präferenzverzerrungsgrad simultan und eindeutig bestimmt (Vgl. Schaubild).

Trotz der suggestiven Eindeutigkeit der Lösung sind Mängel dieses - statischen und partiellen - Ansatzes unverkennbar:



1. der elitär-autoritäre Charakter der "Präferenzverzerrungshypothese";
2. ungelöste empirische Schwierigkeiten bei der Aufteilung der Ausgaben in "monopolgradrelevante" und "präferenzverzerrungsgrad-relevante", sowie bei der Auswahl der Gestalt der Ausgabenfunktionen und der Schätzung ihrer Parameter;
3. Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer einseitig ausgabenorientierten Zielfunktion und an der Reduzierbarkeit aller Staatsausgaben auf nur zwei Veränderliche (ζ_M , ζ_P).

Sofern und soweit staatliche Aktivitäten zur Wahrnehmung anderer als ökonomischer Zielsetzungen immer auch knappe Ressourcen absorbieren, sofern und soweit also der Staat als ökonomisch relevante und bedingte, nicht aber als wirtschaftliche Erscheinung¹⁾ auf den Wirtschaftskreislauf einwirkt, wird die Entwicklung einer "monistisch-ökonomischen" Theorie der Staatsausgaben durch Einflüsse "gestört", deren Stärke und Richtung kasuistisch festzustellen und zu berücksichtigen sind.

1) Zur terminologischen Unterscheidung, vgl. WEBER, M.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, a.a.O., S. 162.

2. Niveau und Struktur der Staatsausgaben in Kenia und Tansania

Angesichts dieses Dilemmas soll versucht werden, über ein spezielles, anwendungsorientiertes Referenzsystem zu fundierten Aussagen über die Budgetgestaltung in Kenia und Tansania während der ersten Dekade politischer Unabhängigkeit zu gelangen. Notwendige Grundlagen für dessen Entwurf liefern die nachstehenden, funktional und ökonomisch gegliederten Darstellungen der Ausgaben und Einnahmen der Zentralhaushalte beider Staaten.¹⁾

Übersicht a	Symbol	Dimens.	Kenia	Tansania
Monet. BIP zu Faktorkosten	BIP_{FK}^m	£ Mill.	192,4	150,6
+ Subsistenzprodukt	BIP_{FK}^s	£ Mill.	66,7	76,8
= Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten	BIP_{FK}	£ Mill.	259,1	227,4
Staatsausgaben *	E	£ Mill.	62,9	39,1
Bevölkerung	N	Mill.	8,847	10,186
Totale Ausgabenquote	E/BIP_{FK}	%	24,3	17,2
Partielle Ausgabenquote	E/BIP_{FK}^m	%	32,7	26,0
Pro-Kopf-Staatsausgaben	E/N	£	7,11	3,84

* Durchschnitt der Fiskaljahre 1962/63 und 1963/64

Quellen: Vgl. Übersicht h, § 9, Kap. 2 und Tab. XII und XIII:

Funktionale Gliederung der Staatsausgaben Kenias/Tansanias, im statistischen Anhang.

1) Die veröffentlichten Haushaltsrechnungen Kenias und Tansanias sind nach institutionell-administrativen Gesichtspunkten gegliedert - KOLMS: "Es sind

Die vorstehende Übersicht zeigt, daß der Wert der 1963 durch den Zentralhaushalt Kenias kontrollierten Ressourcen absolut und relativ - in bezug auf das monetäre und gesamte Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten und auf die Einwohnerzahl - größer war als in Tansania, daß also quantitativ das Potential einer entwicklungsgerechten Budgetpolitik in Kenia höher eingeschätzt werden kann als in Tansania.¹⁾

a. Betrachtung der Ausgaben unter funktionalen Gesichtspunkten

Obwohl die komparative Beurteilung des qualitativen oder strukturellen Aspektes der Budgets - und zwar insbesondere der Ausgaben - beider Länder wegen der unterschiedlichen Rechnungslegungsmethoden behutsam vorgenommen werden muß, erscheint folgende Interpretation der funktional gegliederten Staatsausgaben zulässig:

...vor allem verfassungspolitische Gesichtspunkte, die diesem Prinzip seine Bedeutung geben. KOLMS Heinz: Finanzwissenschaft I, Berlin 1959, S. 70 - Die Reklassifikation nach ökonomischen Kriterien erfolgte in zwei Schritten. Zunächst wurden die Staatsausgaben nach dem funktionalen Gliederungsprinzip geordnet und anschließend unter Verwendung von Matrix-Tabelaus in die endgültige Darstellungsform gebracht. Auf die (ursprünglich beabsichtigte) Wiedergabe der Matrizen wurde wegen des Mißverhältnisses zwischen Informationsgehalt und Platzbedarf verzichtet (von knapp 11 000 Matrixstellen konnten durchschnittlich nur etwa 7 % besetzt werden).

1) Vgl. § 2

1. Funktionale Gliederung der Staatsausgaben Kenias und Tansanias im Fiskaljahr 1962/63

K e n i a				T a n s a n i a			
Sachbereich	Rec.	Dev.	Tot.	Sachbereich	Rec.	Dev.	Tot.
Allgem.Verwltg:				Allgem.Verwltg:			
Zentralbehörden	1,94	0,47	2,41	Zentralbehörden	3,87	-	3,87
Provinz Behörden	3,29	0,08	3,37	Regional-u.Lokalbeh.	2,87	-	2,87
Rechts-u. Innere				Rechts- u. Innere			
Sicherheit	13,75	0,49	14,24	Sicherheit	7,88	-	7,88
Streitkräfte	0,29	~	0,29	Streitkräfte u.			
				"National Service"	1,64	-	1,64
Finanzverwaltung	2,73	0,02	2,75	Finanzverwaltung	0,96	-	0,96
				Sonst.Allgem.Dienste	0,36	-	0,36
1. Allgem.Staatsdienste	22,00	1,06	23,06	Allgem.Staatsdienste	17,58	-	17,58
Straßenbau-u.				Straßenbau- u.			
Unterhaltung	3,55	2,29	5,84	-unterhaltung	4,14	2,72	6,86
Sonst.Verkehrseinr.	0,46	0,19	0,65	Flugplätze	-0,04	0,08	0,04
Wasserversorgung	1,27	0,32	1,59	Wasservers.u.Bewässerung	-0,47	1,48	1,01
Bauwesen	1,80	0,15	1,95		-	-	-
Andere Infrastruktur-					-	-	-
leistungen	0,04	0,07	0,11		-	-	-
2. Infrastrukturleistg.	7,12	3,02	10,14	Infrastrukturleistungen	3,63	4,28	7,91
Landwirtsch.Dienste	7,47	8,77	16,24	Versch.Agrarwirtsch.D.	4,39	1,35	5,74
Viehwirtschaftl.D.	1,82	0,18	2,00		-	-	-
Forstwirtsch.Dienste	1,44	0,08	1,52	Forstwirtschl.Dienste			
Großwildjagd u.							
Fischerei D.	0,30	0,05	0,35	Großwildjagd.u.Fischerei	2,15	0,59	2,74
Nationalparks und				Nationalparks und			
Tourismus	0,16	0,07	0,23	Tourismus			
Handel u.Industrie	0,19	0,05	0,24	Sonstige Wirtschaft	1,29	1,59	2,88
Bodenschätze u. Bergb.	1,02	0,03	1,05	Bodenschätze	0,41	0,10	0,51
3. Wirtschaftsförderung	12,40	9,23	21,63	Wirtschaftsförderung	8,24	3,63	11,87
Unterrichtswesen	12,96	0,83	13,79	Unterrichtswesen	11,72	2,82	14,54
	-	-	-	Sonst. kulturelle Dienste	0,21	-	0,21
Gesundheitswesen	5,61	0,30	5,91	Gesundheitswesen	3,57	0,16	3,73
Sonst. Sozialdienste	1,42	0,08	1,50	Soz.Wohlf.u.and.Soziald.	-	0,49	0,49
Soziale Beziehungen	0,56	0,01	0,57	Soz.Beziehgn.u.Soz.Sicherg.	0,28	-	0,28
Wohnungsförderung	0,10	0,43	0,53	Stadtentwicklung	2,95	0,80	3,75
4. Soziale Dienste	20,65	1,65	22,30	Soziale Dienste	20,73	4,27	25,00
Informationswesen	0,49	0,01	0,50		-	-	-
Versch.öffentl.				Versch. öffentliche			
Bauarbeiten	2,34	0,30	2,64	Bauarbeiten	4,04	1,66	5,70
Sonst.öffentl.Dienste	0,27	-	0,27	Sonst.öffentl.Dienste	-0,84	1,24	0,40
5. Sonst.öffentl.Dienste	3,10	0,31	3,41	Sonst.öffentl.Dienste	3,20	2,90	6,10
Zuweisungen an							
Tilgungsfonds	0,88	-	0,88	Fundierte, unfund.	5,38	-	5,38
				und andere Schulden			
Rückzahlungen	0,85	-	0,85		-	-	-
Zinszahlungen	6,34	-	6,34		-	-	-
Pensionen u.Abfdg'n	4,49	-	4,49	Pensionen u.Abfindungen	3,93	-	3,93
Kompensationszhlg.	2,85	-	2,85		-	-	-
Reiseko.u.H.Beihilfen	1,40	0,01	1,41		-	-	-
Unspezifizierte Zahlg.					-	-	-
an Lokalbeh.	1,64	1,00	2,64		-	-	-
6. Lauafd.Zahlungsverpfl.	18,45	1,01	19,46	Lauafd.Zahlungsverpflichtg.	9,31	-	9,31
7.	-	-	-	Unspezifiz.Zweckzuweisg'n	22,23	-	22,23
I. Gesamte Staatsausg.	83,72	16,28	100,00	Gesamte Staatsausgaben	84,92	15,08	100,00

Quellen: Vgl. Tab. XII und XIII: Funktionale Gliederung der Staatsausgaben Kenias/Tansanias, im statistischen Anhang.

1. Betrachtet man den relativ hohen Ausgabenanteil zur Gewährleistung der Rechts- und inneren Sicherheit in Kenia (infolge der Mau-Mau- und Unabhängigkeitswirren¹⁾) als temporäre Erscheinung und unterstellt man, daß eine proportionale Aufteilung der als Zweckzuweisungen verbuchten Ausgaben Tansanias auf die einzelnen Funktionsbereiche zulässig ist, dann kann man davon ausgehen, daß die Reihenfolge der Sachbereichsgruppen (dem Gewicht nach) in beiden Ländern gleich war:

- 1.1. Erhaltung und Ausbau der "Sozialen Dienste";
- 1.2. Aufrechterhaltung der "Allgemeinen öffentlichen Dienste";
- 1.3. Förderung bestimmter Wirtschaftszweige;
- 1.4. Bedienung "Laufender Zahlungsverpflichtungen";
- 1.5. Erhaltung und Ausbau der Infrastruktur.

2. Trotz dieser weitreichenden Übereinstimmung in der Strukturierung der Aggregate sind Unterschiede unverkennbar: Auch bei vorsichtigster Interpretation der Daten kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die größeren Ausgabenanteile zur Bedienung "Laufender Zahlungsverpflichtungen" und zur Förderung einzelner Wirtschaftszweige in Kenias Budget durch den hohen Anteil der Ausgaben für "Soziale Dienste" in Tansanias Haushalt aufgewogen wurden. Dieser Unterschied in der Struktur der Ausgabengruppen läßt sich auf die verschiedenen Gewichte besonders folgender Sachbereiche zurückführen:

2.1. Das höhere Gewicht der "Laufenden Zahlungsverpflichtungen" in Kenia ist vor allem der relativ großen Belastung zuzuschreiben, die durch die Repatriierung ausländischer Beamter im Verlauf des Entkolonisationsprozesses des öffentlichen Dienstes entstand. Daß diese Belastung in Tansania relativ gering war, erklärt sich aus dem niedrigeren Niveau kolonialer Penetration und dem bereits länger wirksamen Entkolonisationsprozeß in diesem Land.²⁾

1) Vgl. § 6, Kap. 3.

2) Vgl. Teil II und III.

2.2. Das relativ hohe Gewicht der öffentlichen Ausgaben zur Förderung der Landwirtschaft in Kenia, - das auch fast vollständig den Anteil der Wirtschaftsförderungsausgaben bestimmt, - muß vor allem auf die Belastung des Staatshaushaltes durch die Landreform zurückgeführt werden.¹⁾

2.3. Trotz unterschiedlicher "innerer" Struktur war der Anteil der "Allgemeinen Staatsausgaben" an den gesamten Staatsausgaben in beiden Ländern mit etwa 23 % gleich groß. Dies erklärt sich aus den selbstkompensierenden Einflüssen des relativen Mehraufwandes zur Aufrechterhaltung der "Inneren Sicherheit" in Kenia und dem größeren Gewicht der Ausgaben für "Folgekosten der Unabhängigkeit"²⁾ in Tansania.

2.4. Ein ähnlicher Sachverhalt liegt bei den "Infrastrukturleistungen" vor: Eine einseitige Konzentration der Ausgaben auf den Bau und die Unterhaltung von Straßen in Tansania wird durch eine gleichmäßigere Verteilung der Mittel auf mehrere Ausgabenarten in Kenia ausgeglichen.³⁾

1) Vgl. § 6, Kap. 3 und § 8, Kap. 4.

2) Unter "Folgekosten der Unabhängigkeit" werden hier alle zusätzlichen Staatsausgaben verstanden, die allein durch den Akt der Veränderung des völkerrechtlichen Status (gegenüber dem Status-Quo-Ante) induziert wurden. Hierbei kann es sich z. B. um Ausgaben für den Auf- und Ausbau des Diplomatischen Dienstes einschließlich seiner Unterhaltung ebenso handeln, wie um Beiträge an internationale Organisationen oder auch um Betriebs- und Unterhaltungskosten für "Geschenke zur Unabhängigkeit".

3) Vgl. § 7, Kap. 3, Abschn. b.

2.5. Unter Vernachlässigung der "Sonstigen öffentlichen Dienste" muß am Ende der "arithmetische Ausgleich" über die "Sozialen Dienste" erfolgen: Obwohl der "Sozialetat" Tansanias ein Drittel der Staatsausgaben absorbierte (Kenia: ein Viertel) und die Belastung der beiden Sozial Etats durch Ausgaben für das Unterrichts- und Gesundheitswesen mit rd. 60 % bzw. 23 % etwa gleich (groß) war, konnten in Kenia dank des größeren Budgetvolumens absolut mehr Mittel für beide Zwecke aufgewendet werden als in Tansania.

3. Da es sich bei den "Entwicklungsausgaben" fast ausschließlich um Aufwendungen handelt, deren Finanzierung im Wettbewerb um ausländische "Entwicklungshilfe"-Mittel gesichert werden konnte, diese Attraktionsfähigkeit allein aber keine notwendige Bedingung der entwicklungspolitischen Nützlichkeit dieser so finanzierten Projekte/Programme ist, seien sie hier nur am Rande und der Vollständigkeit halber erwähnt. Das Verhältnis der "Entwicklungs-" zu den "Laufenden" Ausgaben betrug im Fiskaljahr 1962/63 in beiden Ländern etwa 16 zu 84.¹⁾

1) Der trotz aller Kritikbedürftigkeit (vgl. z.B. KOLMS, H., a.a.O., Bd. I, S. 79 - 80 sowie Bd. IV, S. 7 - 9) zweifellos positive Informationswert dieser Klassifikation der Staatsausgaben rechtfertigte deren Reproduktion.

b. Einkommenstheoretische oder ökonomische
Betrachtungsweise der Ausgaben

Da die funktionale Gliederung des Budgets eine Beurteilung der Allokations-, Umverteilungs- und Stabilisierungswirkungen der durch die öffentliche Hand kontrollierten Ressourcen auf den Prozeß der Entstehung, Verteilung und Verwendung des Volkseinkommens nicht zuläßt, ist die ökonomische Gliederung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen unentbehrlich. Diese Gliederungsart unterscheidet im wesentlichen jene Ausgaben, die der Staat in Wahrnehmung seiner redistributiven Funktion an den privaten Sektor der Volkswirtschaft zurückfließen läßt und jene, die er durch den Kauf von Gütern und Faktordiensten absorbiert, sei es zur Selbsterhaltung und/oder um Güter und Leistungen zur Befriedigung "spezifisch öffentlicher" und/oder "meritorischer" Bedürfnisse¹⁾ privater Wirtschaftssubjekte zu produzieren. Die folgende Tafel soll einen Eindruck von der Aufteilung der Staatsausgaben in "Transformations-" und "Transferausgaben" in Kenia und Tansania vermitteln:

1) Vgl. MUSGRAVE, R.A., a.a.O., insbes. S. 6 - 17 und HEAD, J.G., a.a.O.

2. Ökonomische Gliederung der Staatsausgaben Kenias und Tansanias im Fiskaljahr 1962/63

Kenia				Tansania			
Ausgabenarten	Rec.	Dev.	Tot.	Ausgabenarten	Rec.	Dev.	Tot.
Arbeitsentgelte	30,70	-	30,70	Arbeitsentgelte	28,30	-	28,30
Sold und Zuschläge	0,20	-	0,20	Sonst. Gehälter und Zuschläge	3,54	-	3,54
Wohnungszuschüsse	1,28	-	1,28				
Umsatzbeiträge	1,41	-	1,41				
Pensionsfonds-Zuvasg.	0,72	-	0,72				
Militär-Pensionen und Gratifik.	0,13	-	0,13				
Mieten u. Pachten für Wohnbaut.	0,26	-	0,26	Mieten und Pachten	0,30	-	0,30
Mieten u. Pachten f. andere Bauten	0,27	-	0,27	Büro- u. Wohnungsmieten	0,18	-	0,18
Unterhalt und Reparaturausg.	2,28	-	2,28	Unterhalts-, Reparatur- und Ersatzausg.	3,36	-	3,36
Reisekosten	1,60	-	1,60	Reisen, Besuche, Konferenzen, Delegat.	3,18	-	3,18
Tagungen von Ausschüssen, Komitees	0,14	-	0,14				
Büroausstattung, Postgeb. u. Büromat.	1,40	-	1,40	Büroausgaben und Postgebühren	1,10	-	1,10
Beamtenfortbildung	0,28	-	0,28	Fortbildung u. Gutachten	0,55	-	0,55
Forschungen u. Untersuchungen	0,22	-	0,22	Forschungen, Untersuchungen, Erhebungen	-	0,22	0,22
Vermittlungskosten u. Kommissionen	0,06	-	0,06	Spenden, Gebühren, Kommissionen	4,11	-	4,11
Strom, Wasser, Hausverwaltung	0,56	-	0,56	Administrative Verluete	0,16	-	0,16
Militär-Rationen	0,79	-	0,79	Sicherheitsorgane	2,75	-	2,75
Uniformen	0,39	-	0,39	Unterh. Kosten d. Transporteinrichtungen	3,92	-	3,92
Vorratshaltung	0,87	-	0,87	Unterh. Kosten d. Gesundheitseinrichtg.	1,55	-	1,55
Kosten der E.A. Finanzverwaltung	1,32	-	1,32	Unterh. Kosten d. Wasserversorg. u. Bewässerungseinr.	1,02	-	1,02
Sonst. Kosten der Provinzverwaltung	0,42	-	0,42	Unterhaltskosten von Bauten	0,91	-	0,91
Unterhaltskosten der Staatsdruckerei	0,29	-	0,29	Kosten zur Erschließung von Naturschätzen	0,11	-	0,11
Unterhaltsk. d. Off.							
Bibliotheken	0,02	-	0,02				
Verschiedene sonst. Käufe	1,56	-	1,56				
1.1. Laufende Kosten d. öffentl. Dienstes	47,27	-	47,27	Laufende Kosten des öffentlichen Dienstes	55,04	0,22	55,26
Ko. f. Tiefbauwerke	-	3,47	3,47	Kosten f. Tiefbauwerke	-	4,45	4,45
Ko. f. Hochbauten	-	1,29	1,29	Kosten f. Hochbauten	-	5,10	5,10
Ko. f. Wohnbauten	-	0,51	0,51	Kosten f. Wohnbauten	-	0,22	0,22
Ko. f. Anlagen, Masch. u. Ausr.	-	1,00	1,00	Kosten f. Anlagen, Masch. u. Ausr.	-	0,51	0,51
Ko. f. Fahrzeuge	-	0,71	0,71	Kosten f. sonst. Kapitalgüter	-	1,74	1,74
1.2. Kosten d. Brutto-Kapitalbildung	-	6,98	6,98	Kosten d. Brutto-Kapitalbildung	-	12,02	12,02
1. Käufe von Gütern u. Dienstleistungen	47,27	6,98	54,25	Käufe von Gütern und Dienstleistungen	55,04	12,24	67,28
Tilgung von Inlandsschulden	-	0,02	0,02	Tilgung "Allgemeiner Schulden"	0,07	-	0,07
Zuweisg. an Tilgungsfonds	-	0,88	0,88	Tilgung unfundierter Inlandsschulden	0,74	-	0,74
Tilgung von Auslandsschulden	-	0,83	0,83	Tilgung von Auslandsschulden	0,73	-	0,73
2.1. Staatsschuldendienst	-	1,73	1,73	Staatsschuldendienst	1,54	-	1,54
Zinsen für Inlandsschulden	1,73	-	1,73	Zinsen f. fundierte Inlandsschulden	2,02	-	2,02
	-	-	-	Zinsen f. unfundierte Inlandsschulden	0,72	-	0,72
Zinsen für Auslandsschulden	4,61	-	4,61	Zinsen für Auslandsschulden	0,69	-	0,69
2.2. Zinsendienst	6,34	-	6,34	Zinsendienst	3,43	-	3,43
Darlehen an Haushalte	-	0,82	0,82	Darlehen an versch. Empfänger	0,32	-	0,32
Darlehen an Staatsunternehm.	-	0,95	0,95	Darl. a. Staatsunternehm.	-	-	-
Darl. a. and. Behörden	-	4,28	4,28	Darlehen an subordinierte Behörd.	-	0,08	0,08
2.3. öffentl. Aktivkredite	-	6,05	6,05	öffentl. Aktivkredite	0,32	0,08	0,40
Subsidien an die Landwirtschaft	1,11	-	1,11	Beiträge, Beihilfen, Unterstützungen, Subventionen usw. an... f. d. ...	4,80	-	4,80
Subs. a. and. Sektoren	0,20	-	0,20				
Übertrg. a. Personen (incl. Pension)	6,93	-	6,93	Pensionen u. Abfindungen			
a. priv. Aus- bildungst.	8,28	-	8,28	Priv. Kultur.-bildungs- Forschungs-Instit.	3,92	-	3,92
a. priv. Verei- nigungen	0,36	-	0,36	Priv. Wohltätigkeits- organisationen	0,35	-	0,35
a. lokale Beh. an Siedlungs- behörden	2,96	-	2,96	Subordin. Behörden u. öffentl. Instit.	6,71	0,82	7,53
an Straßen- bauunter	3,36	-	3,36	Parastaatl. Organisat.	0,71	1,87	2,58
an E.A.C.-Organ.	5,00	-	5,00	Überweisung an In- standhaltgs.-Fonds	0,06	-	0,06
an sonst. ausld. Empfänger	0,37	-	0,37	E.A.C.-Organisation and. ausld. u. internat. Organisat.	0,37	0,01	0,38
Versch. sonstige Übertragungen	2,40	-	2,40	Verschiedene unbekannte Empfänger	1,52	-	1,52
	0,66	-	0,66	Kompensationszahlungen	0,91	0,05	0,96
				"Special Expenditure"	3,68	-	3,68
				Kapitalbeteiligungen	0,91	-	0,91
				Rückzahlg. u. durch- laufende Posten	0,02	-	0,02
					0,64	-	0,64
2.4. Sonstige Übertragungen	21,63	-	21,63	Sonstige Übertragungen	24,60	2,75	27,35
2. Übertragungszahlungen	37,97	7,78	45,75	Übertragungszahlungen	29,89	2,83	32,72
1. Gesamte Staatsausgaben	85,24	14,76	100,00	Gesamte Staatsausgaben	84,93	15,07	100,00

N Schätzung

Quellen: Vgl. Tab. XIV und XV: Ökonomische Gliederung der Staatsausgaben Kenias/Tansanias, im statistischen Anhang.

Obwohl das Quellenmaterial die erwünschte strenge Gliederung der Ausgaben nach den drei paarweisen A5-grenzungskriterien, Inland/Ausland, Unternehmungen/Haushalte und privat/öffentlich nicht zuließ, und obwohl die Ausgabenaufteilung im Falle Tansanias geschätzt werden mußte,¹⁾ erscheinen folgende Feststellungen zulässig:

1. Etwa 30 % der Ausgaben der Zentralhaushalte beider Länder wurden im Fiskaljahr 1962/63 für die Besoldung der Staatsbediensteten aufgewendet.
2. Gegen 10 % der Ausgaben wurden für die Erhaltung und Erweiterung des öffentlichen Realkapitalbestandes verwendet.
3. Etwa weitere 10 % der Ausgaben wurden durch den Kauf sonstiger Güter und Leistungen aufgezehrt.

1) Die Schätzung wurde in drei Schritten vorgenommen: In den beiden ersten wurden Zeitreihen zurückgerechnet: Im ersten, indem die Veränderungen der beiden nächstgelegenen Jahre berücksichtigt wurden, um Einflüssen der unmittelbaren "zeitlichen Nachbarschaft" Gewicht zu verleihen; im zweiten, indem die Steigung und Ordinatenverschiebung jener Geraden bestimmt wurden, die der Bedingung genügt, daß die algebraische Summe aller - unquadrierten - Ordinatendifferenzen (zwischen Gerade und effektivem Merkmalswert) im vorhandenen Bereich null ist; diese Methode soll dem langfristigen Trend Gewicht verleihen. Im dritten Schritt wurde schließlich das arithmetische Mittel der Ergebnisse der beiden ersten Schritte gebildet und die Plausibilität des Resultats überprüft: Negative Werte und inhaltliche Unverträglichkeiten wurden eliminiert, ihr Gewicht anteilig auf die verbleibenden Positionen verteilt und die ganze Struktur schließlich auf 100 % hin verzerrt.

4. Berücksichtigt man, daß als Empfänger der verschiedenen Übertragungszahlungen subordinierte und parastaatliche (incl. ostafrikanischer Gemeinschafts-) Organisationen ausgewiesen sind, und nimmt man realistischerweise an, daß diese Institutionen zur Wahrnehmung ihrer Funktionen den größten Teil der ihnen übertragenen Mittel ebenfalls für Güter- und Leistungskäufe ausgeben, dann darf der Anteil der Güter und Leistungskäufe an den Ausgaben der Zentralhaushalte in beiden Ländern auf 70 bis 80 Prozent geschätzt werden.

5. Der Rest, also 20 - 30 % der Ausgaben, können als "Echte Übertragungen" der öffentlichen Hand betrachtet werden, d. h. als umverteilte Einkommens- teile, deren Verausgabung allein keine neuen Einkommen erzeugt. In der folgenden Übersicht wurde versucht, diese echten Übertragungen näher zu spezifizieren:

Übersicht b	Kenia	Tansania
Übertragungen, an inländische Privatunternehmen oder Subventionen natürliche Personen im Inland oder Transferzahlungen an private inländ. Bildungs- und Wohltätigkeitsorganisationen	1.3 6.9 8.3	0.9 4.8 4.3
Kredite und sonstige Übertragung an den Privatsektor	1.2	4.0
Übertragungen an den Privatsektor des Inlandes	17.7	14.0
Tilgung von Auslandsschulden	0,8	0,7
Zinszahlungen an das Ausland	4,6	0,7
Sonstige Übertragungen an das Ausld. (ohne E.A.C.)	2.4	1.5
Übertragungen an das Ausland	7.8	2.9
Nicht näher spezifizierbare Übertra- gungen	3.3	5.2
"Echte Übertragungen"	28.8	22.1

Quellen: Vgl. Tab. XII - XV, im math.-stat. Anhang

§ 11 Zwangsweise und freiwillige Übertragungen als
Hauptquellen staatlicher Mittelbeschaffung

Ob und inwieweit ein System öffentlicher Einnahmen das Attribut "multipel" verdient, wird nach dem Ausmaß zu beurteilen sein, in dem dieses System über die Wahrnehmung der notwendigen Funktion - die Finanzierung der Staatsausgaben sicherzustellen - hinaus geeignet ist, zur Realisierung verteilungs- und stabilitätspolitischer sowie anderer ökonomischer und/oder nichtökonomischer Zielsetzungen beizutragen. Diese Frage ist für Kenia und Tansania unter den Bedingungen eines weitgehend harmonisierten Steuersystems zu untersuchen.

1. Harmonisierte Steuern in nichtkonzertierten
Volkswirtschaften

a. Organisation der Finanzwirtschaften in Ostafrika

Parallel zur allgemeinen politischen Verwaltungsstruktur der ostafrikanischen Länder finden wir ein dreistufiges System der Finanzwirtschaften. Um die Unterschiede zwischen Finanzbedarf und Finanzaufkommen zwischen den einzelnen Ebenen auszugleichen, sind sie durch einen vertikalen Übertragungsfluß miteinander verbunden.

An der Spitze dieser Hierarchie stehen das "East African Income Tax Department" und das "East African Customs and Excise Department", die im Auftrage des ostafrikanischen Legislativrates und der nationalen gesetzgebenden Körperschaften die Veranlagung und Einziehung der aufkommensträchtigen Einkommen- und Körperschaftsteuern sowie der Verbrauchsteuern und

Zölle durchführen. Nach Abzug eines bestimmten (proportionalen) Anteils des Bruttoaufkommens zur Deckung der Verwaltungskosten der sich nicht-selbsttragenden ostafrikanischen Gemeinschaftsrichtungen¹⁾ und zur Finanzierung des horizontalen Finanzausgleiches unter den drei Partnerstaaten der "Steuerunion" wird das Aufkommen nach dem Her- bzw. Hinkunftsprinzip den nationalen Finanzwirtschaften zugewiesen.²⁾ Gemeinsam mit dem Aufkommen aus "nationalen" Steuern konstituiert es das "Nationale Steueraufkommen", von dem ein Teil subordinierten Finanzwirtschaften überwiesen wird, deren geringe Steuereinnahmen i. d. R. nicht zur Finanzierung ihrer Aufgaben ausreichen.

1) Vgl. § 5, Kap. 2 u. 3 sowie § 8, Kap. 1 u. 2.

2) Im Falle der Verbrauchsteuern bereitet die Anwendung des Destinationsprinzips keine nennenswerten Schwierigkeiten beim Export in ostafrikanische Partnerländer, da die Bahnbeförderung von Gütern anmeldepflichtig ist und der Straßen-transport relativ leicht an Grenzstellen kontrolliert werden kann.

3. Das Steuersystem in Kenia und Tansania

	Kenia	Tansania
"Ostafrikanische Gemeinschaftssteuern"	Einkommensteuern Importzölle Verbrauchssteuern	
Steuern, die allein nationaler Jurisdiktion unterliegen und deren Erträge dem Zentralhaushalt zufließen,	Estate Duty Rent Tax Export Duty Hotel Accommodation Tax Second Hand Mot. Veh. Purchase T. Stamp Duties Beer, Cigarettes u. Tobacco Tax Traditional Liquor Tax Betting and Gaming Tax Petroleum u. Fuel Oil Tax Air Passenger Tax	Estate Duty Rent Tax Export Tax Hotel Accommodation Levy Used Mot. Veh. Registration Tax Stamp Duties Tobacco Tax Sales Tax Dairy Industry Levy Pyrethrum Levy Entertainment T. Private Mot. Veh. Registration T. Electricity Consumption T. Personal Tax
Steuern, die subordinierten Finanzwirtschaften zufließen,	Graduated Personal Tax	Native Authority Rates Local government Rates Municipal House T. Urban House Tax

Quelle: Vgl. Tab. XVI - IXX, im mathem.-stat. Anhang.

Die synoptische Durchsicht der ertragstarken Steuerarten läßt eine Reihe charakteristischer Eigenschaften des ost-

afrikanischen Steuersystems erkennen.¹⁾

b. Generelle Besteuerung der entstandenen Einkommen

Das System der Einkommenbesteuerung beruht auf drei Abgabenarten: Der Personen- und individuellen Einkommensteuer für die Besteuerung natürlicher Personen, sowie der Körperschaftsteuer für die Gewinnbesteuerung juristischer Personen.

b.a. Besteuerung der Basiseinkommen durch die
Graduated Personal Tax

"Perhaps more than any other feature of African taxation, the personal taxes, particularly those which are graduated, reflect an adaptation of the tax structure to the conditions of the countries."²⁾

Historisch aus den Hütten- und Kopfsteuern hervorgegangen,³⁾ sind sie - wie diese als direkte und in Geld zu entrichtende Steuern - ein Instrument der Massen-

1) Detaillierte Darstellungen findet man z. B. bei:
DUE, John F.: Taxation and Economic Development in Tropical Africa, Cambridge Mass. 1963;
GHAI, Dharam P.: Taxation for Development (A Case Study of Uganda) Nairobi 1966;
HICKS, Ursula K.: Development from Below (Local Government and Financing in Developing Countries of the Commonwealth), Oxford 1961;
dieselbe: Development Finance - Planning and Control, Oxford 1965;
SCHNITTGER, Lübke: Besteuerung und wirtschaftliche Entwicklung in Ostafrika, Berlin, Heidelberg, New York 1966.

2) DUE, J. F., a.a.O., S. 80.

3) Vgl. Teil II.

besteuerung am Übergang zur Einkommensteuer und darauf ausgerichtet, auf einfache, kostenarme Weise die Empfänger niedriger Einkommen unter Beachtung des Leistungsfähigkeitsprinzips zu besteuern und in die Geldwirtschaft zu drängen.

Steuerpflichtig sind in Kenia und Tansania praktisch alle über 18-jährigen Männer (und unter bestimmten Umständen auch Frauen), die ständig im Land leben. Besteuert werden deren gesamte, aus inländischen Quellen stammenden monetären und Subsistenz Einkommen, wobei nur Tansania

"... expenditure which is accepted as having been incurred wholly and exclusively in relation to the trade, industry, profession or occupation from which the income is derived,"¹⁾

zuläßt.

Die Ermittlung der steuerpflichtigen Einkommenshöhe erfolgt i. a. in beiden Ländern unter intensiver Beteiligung der untersten, mit den örtlichen Verhältnissen vertrautesten Verwaltungsinstanzen in einem dreistufigen Prozeß: Zunächst werden - meistens anhand äußerer Merkmale - die Einkommensquellen des Steuerpflichtigen in einer Steuerliste festgehalten; dann wird auf Grund der herrschenden oder erwarteten Preise der Ertrag pro einkommenschaffender Aktivität ermittelt. Obwohl die dritte Phase, die Veranlagung selbst, nur mehr eine Rechenaufgabe der Verwaltung wäre, wird die berechnete Steuerschuld in praxi einer öffentlichen Diskussion zwischen jedem Zensiten eines Dorfes und einem "Assessment Committee" unterzogen, u. U. modifiziert und quasi unter sozialer Kontrolle sanktioniert.

1) International Bureau of Fiscal Documentation (Hrsg.): African Tax Systems, Teil B: East African Community, Amsterdam 1972, S. 7.

Sind im Konflikt zwischen Einfachheit und Gerechtigkeit¹⁾ dieser Steuer Bruttokonzept, mangelhafte Berücksichtigung persönlicher Freibeträge und unorthodoxe Ermittlungsprozedur der Steuerschuld Ausdruck des Bemühens um Operationalität, so hätte die Last des Bemühens um Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit im Tarif zum Ausdruck kommen müssen. Ohne näher auf dessen numerische Gestaltung eingehen zu wollen, - die mehr noch als die allgemeinen Vorschriften des Steuergesetzes Gegenstand der "permanenten Steuerreform" ist, - kann als sicher gelten, daß die Tarifgestaltung der G.P.T. derzeit weder unter dem Gerechtigkeits- noch unter dem Ertragsaspekt den Verwaltungsmehraufwand gegenüber den alten Hütten- und Kopfsteuern lohnt.

Betrachtet man die (der Tarifhoheit der jeweiligen Selbstverwaltungsorgane unterstehenden) "Local Government Rates" und "Urban House Taxes" als untere Ergänzung der seit 1964 mit einem Freibetrag von 2000 Shs.

-
- 1) Als "gerecht" wird hier eine Steuer bezeichnet, wenn sie bei gleicher Leistungsfähigkeit zweier Zensiten beiden dieselbe Steuerlast aufbürdet. Diese "horizontale Gerechtigkeit" ist von der "vertikalen Gerechtigkeit" zu unterscheiden, die in allen Steuerrechtferigungslehren Gegenstand der Betrachtung ist und die auch L. KÖLLNER im Auge hat, wenn er feststellt: "Auch ein Postulat wie das der steuerlichen Gerechtigkeit kann nicht in jedem Entwicklungsland gleich erhoben werden. Denn in Gesellschaften, die sich infolge Revolution und Industrialisierung in einem Umbruch befinden, sind alle Vorstellungen über Gerechtigkeit schnellen Wandlungen unterworfen." KÖLLNER, Lutz: Grundfragen der Finanzpolitik in Entwicklungsländern, in: Schmollers Jahrbuch, Bd. 83, (1963), S. 171 - 204, Zitat S. 176.

Jahreseinkommen ausgestatteten (und der Tarifhoheit der Zentralregierung Tansanias unterliegenden) G.P.T., so hat die Ausgestaltung des Tarifs der solchermaßen erweiterten G.P.T. als Stufenbetragstarif in beiden Ländern dessen Nachteile:

1. Innerhalb jeder Stufe verzögert regressiv zu wirken, was besonders auf der untersten Stufe als extrem ungerecht empfunden werden muß, da die Durchschnittsbelastung mit schwindendem Einkommen grenzenlos wächst. Tatsächlich unterscheidet sich also die unterste Stufe der erweiterten G.P.T. durch nichts von den früheren Hütten- und Kopfsteuern. Berücksichtigt man die extrem ungleiche Einkommensverteilung in Ostafrika¹⁾ und die Tatsache, daß die zweite Tarifschwelle der erweiterten G.P.T. in Tansania bei 77 % und in Kenia bei 59 % der durchschnittlichen Pro-Kopf-Jahreseinkommen einsetzt, dann unterliegt notwendigerweise die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in beiden Ländern der Besteuerung auf unterster Stufe.

2. Als weiteren immanenten Nachteil des Stufenbetragstarifs muß man die Unstetigkeiten der marginalen und durchschnittlichen Steuersätze beim Übergang von Stufe zu Stufe betrachten, weil sie ein zusätzliches Moment der Ungerechtigkeit ins Tarifsystem bringen.

Da Unstetigkeiten und innere Regression (als Merkmale partieller Ungerechtigkeiten des Stufenbetragstarifs) weder hinreichende noch notwendige Kriterien zur Beurteilung des Tariftyps der erweiterten G.P.T. sind, muß die Anordnung der Stufen nach Höhe und Tiefe kasuistisch untersucht werden, um feststellen zu können, ob diese Tarifform ihrem Typ nach regressiv, proportional oder progressiv ist. Dem progressiven Tarif werde sie zugeordnet, sofern ihre (sprung-regressive) Durchschnittssteuersatz-Funktion eine positive Durchschnitts-

1) Vgl. § 8, Kap. 3.

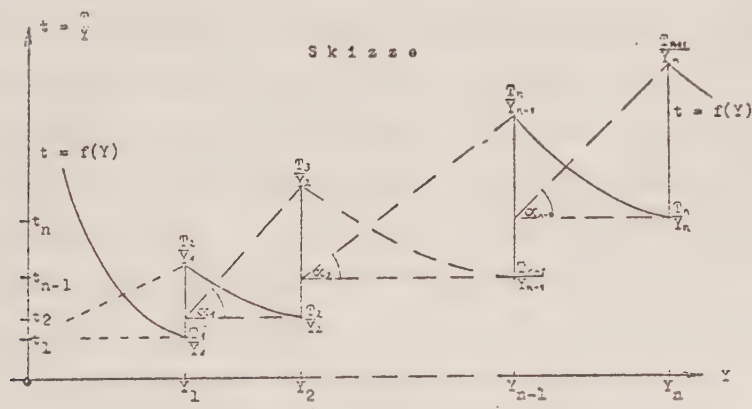
steigung hat:¹⁾ Mit Steigungen von $7,95 \cdot 10^{-6}$ (Kenia) und $5,69 \cdot 10^{-6}$ (Tansania) war das Testergebnis (für 1964) tatsächlich schwach positiv.²⁾

Eine weitere bemerkenswerte Eigenschaft der G.P.T.-Tarifgestaltung ist ihre "begrenzte Reichweite", d. h. die Eigenschaft, jenseits einer bestimmten Einkommenshöhe den Betrag konstant zu halten mit dem Effekt, daß bei weiter steigenden Einkommen die durchschnittliche Belastung durch die G.P.T. kontinuierlich sinkt.

Das Ausmaß, in dem es gelingt, ein bestimmtes Steuerpotential auszuschöpfen, hängt von der verwaltungstechnischen Effizienz der Finanzverwaltung und ihrer Fähigkeit ab, die "Steuermoral" und Zahlungswilligkeit der Zensiten zu fördern. Der für die Verwaltung bequemste Weg, unselbständige Arbeiter dem Quellenabzugverfahren zu unterwerfen, stellt solange nur wenige Einkommenbezieher der "Arbeiteraristokratie"³⁾ ange-

1) Vgl. KOLMS, H., a.a.O., Bd. II, Berlin 1964, S. 43.

2) Diese Werte wurden berechnet nach der Formel:



$$m = \frac{1}{n-1} \sum_{i=1}^{n-1} \frac{t_{i+1}}{\Delta Y_{i+1}}$$

wobei

$$t_{i+1} = \frac{T_{i+1}}{Y_{i+1}} - \frac{T_i}{Y_i} = \frac{T_{i+1} - T_i}{Y_{i+1} - Y_i}$$

$$\Delta Y_{i+1} = Y_{i+1} - Y_i$$

$$i = 1, 2, 3, \dots, n$$

T_i = Stufenbetrag der Stufe i

3) Anglo-amerikanische Bezeichnung der kleinen Menge Lohnarbeiter in vielen Entwicklungsländern (besser: Arbeiter-Oligarchie).

hören, keine allgemeine Lösung des Problems dar. Ob die ertragwirksamen, kolonialen Beitreibungsmethoden zweckmäßiger waren als die straf- oder zivilrechtliche Sanktionierung der Defraudation, ist hier nicht zu entscheiden; daß^{es} bei einiger Phantasie dennoch möglich ist, Beitreibungsmethoden zu entwickeln, die - ohne Polizei, Gerichte und Gefängnisse um Amtshilfe zu bitten und ohne "das Volk zu kriminalisieren" - dem fiskalischen Zweck genügen und überdies gleichzeitig aufklärend wirken, so daß dem Zensiten ein Zusammenhang zwischen "Geben und Nehmen des Staates" bewußt wird, beweisen Methoden in Tansania, bei denen Steuerschuldner bis zur Vorlage der fälligen Steuerquittungen der Genuß begehrter öffentlicher Leistungen und die Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte verwehrt werden.

b.b Besteuerung der Spitzeneinkommen durch die
Persönliche Einkommensteuer

Auch die ostafrikanische Spielart der persönlichen Einkommensteuer reflektiert das Bemühen um ein vertretbares Verwaltungsaufwand-Steuerertrags-Verhältnis unter afrikanischen Bedingungen.

Nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen zwischen Kolonialverwaltung und Kolonialisten,¹⁾ 1937 zunächst in Kenia und 1940 in den anderen ostafrikanischen Territorien - in Tanganjika als temporäre "War Revenue (Income) Tax" - auf der Grundlage der "Colonial Model Income Tax Ordinance" eingeführt, war sie zunächst eine den kolonialen Bedürfnissen angepaßte britische Einkommensteuer zur Besteuerung der in den Kolonien lebenden Europäer. Den heutigen Bedürfnissen wurde sie schrittweise angepaßt: 1952 durch Verabschiedung des

1) Vgl. Teil II.

"East African Income Tax (Management) Act" (durch die "East African Legislative Assembly), das die territorialen Verordnungen ablöste, und durch das "Management Act" von 1958, das gemeinsam mit einer Reihe supra-nationaler und nationaler¹⁾ Bestimmungen derzeit die formale Grundlage der Steuer darstellt.

Abgesehen von einem kleinen Personenkreis mit diplomatischem oder ähnlichem Status²⁾ unterliegen alle ständig in Ostafrika ansässigen Menschen mit ihrem gesamten, innerhalb der ostafrikanischen Partnerstaaten entstandenen monetären Jahreseinkommen uneingeschränkt der Einkommensteuerpflicht. Von den aus fünf enumerierten Einkunftsarten³⁾ zusammengesetzten "Aggregate Income" werden "Freigestellte Einkommen (Exempt Income)", "Werbungskosten (Deductions)" und "Persönliche Freibeträge (Allowances)" subtrahiert, um zum "Steuerrechtlich relevanten Einkommen (Chargeable Income)" zu gelangen, auf das dann der ("polygone") Stufengrenzsatztarif zur Berechnung der Steuerschuld angewendet wird.⁴⁾ Nun

-
- 1) Die Gemeinschaftssteuern unterliegen dualer Jurisdiktion: Die East African Legislative Assembly beschließt über die Rahmenstruktur dieser Gesetze, während die nationalen gesetzgebenden Körperschaften anlässlich der Budgetberatungen über Einzelheiten der Steuertarife, wie Höhe der Steuer- und Zollsätze, Höhe der Freibeträge u. ä. Beschluß fassen. In praxi besteht auch hinsichtlich dieser Einzelheiten weitgehende Übereinstimmung unter den Partnerländern.
 - 2) Hierzu werden bestimmte Mitglieder der nationalen Regierungen, oberste Mandatsträger ostafrikanischer Gemeinschaftsorgane sowie bestimmte Ausländer gezählt, die besondere Privilegien genießen.
 - 3) Stand: 1970.
 - 4) Die entsprechende Steuerbetragsfunktion lautet:

$$T_{IT} = t'_{i+1} (Y^+ - \sum_{i=1}^n \Delta Y_i) + \sum_{i=0}^n \Delta Y_i t'_i$$

Sie wird im Verlauf des Textes diskutiert.

kann nicht bestritten werden, daß diese Tarifform entscheidende Vorteile gegenüber dem Stufenbetrags-tarif hat, indem sie die verzögerte Regression und die unendlich hohe Grenzbelastung beim Stufenwechsel vermeidet, aber den Mangel aller Stufentarife, diskontinuierlich zu verlaufen, kann sie ebenso wenig vermeiden, was dazu führt, daß wir innerhalb der Stufen eine verzögerte Progression vorfinden mit dem Effekt, daß der marginale Durchschnittsteuersatz am Anfang einer Stufe größer ist als am Ende.

Dank einer großzügigen - d. h. an westeuropäischen Einkommenshöhen und -verteilungen orientierten - Freibetragsregelung, die mit 4.500 Shs. (1963/64) bzw. 4.320 Shs. (1970/71) um ein Vielfaches jenseits des durchschnittlichen Pro-Kopf-Jahreseinkommens lag,¹⁾ erfaßt die Einkommensteuer lediglich die Einkommen der Spitzenverdiener (Vgl. Übersicht c), was ihr den Charakter einer begrenzten Einkommensteuer oder den einer "Fortsetzung der G.P.T. mit anderen Mitteln" verleiht:

1) PREST, A.R.: "More formally, we can say, that if we have a series of tax rates a, b, c, ... applying to the first, second, third percentiles of incomes ~~mes~~ in the U. K., then if we are to have the same ratio of tax yield to income in, say, Nigeria, the tax rates must apply, to the same percentiles of incomes in that country.... For, if incomes were less unequally distributed in the poorer country than in the richer one, the proportion of income accruing to the upper percentiles of the number of recipients would be less and the proportion to lower percentiles greater. ... both (rates and allowances), should be geared to the level of incomes in the country in which they are applied, rather to that in the "parent" country."

PREST, A.R., a.a.O. S. 33.

Übersicht c	K.	T.
Veranlagungen (incl.Körpersch.)	55513	19188
davon steuerzahlungspflichtig	43835	17276
Bevölkerung	8.3 Mill.	9.4 Mill.
Steuerpflichtige/Veranlagungen	79,0 %	90,0 %
Veranlagungen/ Bevölkerung	0,7 %	0,2 %

Quelle: EACSO, East African Income Tax Department (Hrsg.)
Report of the Period 1st July 1962 to 30th June
1963, Nairobi 1963, S. 5.

Betrachtet man also erweitere G.P.T. und Einkommensteuer als integriertes System zur direkten Besteuerung persönlicher Einkommen, so haben wir es in Ostafrika mit einer Tarifformel zu tun, die ihr Bildungsgesetz abschnittsweise ändert. Die bereits erwähnten inhärenten Mängel beider Tarifformen werden wegen ihrer ungenügenden gegenseitigen Abstimmung noch aggraviert, wie das nachstehende Beispiel beweist:

Die Stufenbetragstarifforn der Steuerbetragsfunktion kann folgendermaßen notiert werden:

$$(1) \quad T_{GPT}(Y) \left| \begin{array}{l} Y_j \\ Y_{j-1} \end{array} \right. = b_j, \text{ wobei } Y_j, b_j > 0$$

und $j = 1, 2, 3, \dots, n$

Y bezeichnet das individuelle Bruttoeinkommen eines Zensiten. Nach Subtraktion der drei Abzugsarten gelangt man zur Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer:

$$(2) \quad \text{Für } E + D + A = F = \Delta Y_0, \text{ gelte: } Y - F = Y^* \quad 1)$$

Für die Stufengrenzsatztarifforn der Steuerbetragsfunktion kann nunmehr geschrieben werden:

1) Es steht "E" für "Exempt Income", "D" für "Deductions" und "A" für "Allowances".

$$(3) \quad T_{IT} = t'_{i+1} (Y - \sum_{i=0}^n \Delta Y_i) + \sum_{i=0}^n \Delta Y_i t'_i$$

$$\text{oder } T_{IT} = t'_{i+1} (Y^* - \sum_{i=1}^n \Delta Y_i) + \sum_{i=0}^n \Delta Y_i t'_i$$

wobei ΔY_i die "Tiefe" der Stufe i und t'_i den Grenzsteuersatz der Stufe i und T den Steuerbetrag bezeichnen ($i = 0, 1, 2, 3, \dots, n$). Die Steuerbetragsfunktion über den gesamten Einkommensbereich ergibt sich aus Addition der beiden Teil-Steuerbetragsfunktionen (1) und (3):

$$(4) \quad T = T_{IT} + T_{GPT} = t'_{i+1} (Y^* - \sum_{i=1}^n \Delta Y_i) + \sum_{i=0}^n \Delta Y_i t'_i + b_j.$$

Da negative Einkommensteuern nicht existieren, muß noch die Bedingung, $Y > F$, gelten. Nachstehend wurden die Belastungen für einen Freibetrag von $F_1 = 4\,320$ Shs. (Lediger) und $F_2 = 19\,200$ Shs. (Verheirateter mit vier Kindern) für das Jahr 1970 berechnet:

4. Einkommensteuerbelastungen im Vergleich: Ein Beispiel

	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Grenzsteuersatz t'_i	0,000	0,125	0,275	0,375	0,475	0,525	0,575	0,625	0,725	0,775	dto.	dto.	dto.	dto.
"Stufentiefe" ΔY_i	$F_{1,2}$	20000	20000	dto.	dto.	dto.	dto.	20000	60000	100000	100000	dto.	dto.	dto.
Stufenbetrag b_j	0	48	72	108	156	240	360	480	600	dto.	dto.	dto.	dto.	dto.
Stufengrenze Y_j	0	1920	2880	4080	6240	8400	10320	12000	12600	13600	14600	15600	16600	17600
Einkommen Y	0	1000	2000	3000	4000	5000	10000	15000	20000	25000	50000	100000	200000	Mill.
GPT-St'betrag T_{GPT}	48	48	72	108	108	156	360	600	600	600	600	600	600	600
E'Steuerbetrag T_{IT}	-	-	-	-	-	85	716	1335	1950	2637	10130	33231	97084	111652
E'Steuerbetrag T_{IT}	-	-	-	-	-	-	-	-	100	725	5470	25420	37040	700120
Steuerbetrag T_1	48	48	72	108	108	241	1070	1935	2560	3287	10730	33932	97684	112252
Steuerbetrag T_2						156	360	600	700	1225	6070	26020	87640	700720
Steuersatz t_1														
Steuersatz t_2		4.80	3.60	3.60	2.70	4.82	10.70	12.90	12.80	13.15	21.46	33.83	48.84	71.23
Grenzsteuersatz t_1						3.12	3.60	4.00	3.50	5.30	12.14	26.02	43.91	70.07
Grenzsteuersatz t_2														
Grenzsteuersatz t_1		-1.20	0.00	-0.90	+2.12	+5.88	+2.20	-0.10	+0.35	+8.31	+12.37	+15.01	+22.39	
Grenzsteuersatz t_2					+0.42	+0.48	+0.40	-0.50	+1.80	+6.84	+13.88	+17.80	+26.23	

Quelle: International Bureau of Fiscal Documentation, a.a.O., S.3,4, und 6;

Innere Regression und mangelhafte Abstimmung der Tarifforniel (4) sind evident: sie diskriminiert eindeutig gegen kinderreiche Familien, indem sich deren Belastung durch direkte Steuern bei einem Einkommensrückgang von 5000 Shs. auf 4000 Shs. lediglich um 48 Shs. reduziert, für einen kinderlosen und alleinstehenden Einkommensempfänger jedoch um 133 Shs.¹⁾

Es bleibt zu hoffen, daß das Income Tax Department trotz der Schwierigkeiten, die aus der Tatsache erwachsen, daß nicht beide Einkommensteuerarten seiner Verwaltung unterliegen, die durch den Übergang zum PAYE-System gewonnene Arbeitsentlastung dazu nutzen kann, auch diesem Problem Beachtung zu schenken. Der Weg ist vorgezeichnet: Er führt über geeignetere, gegenseitige Abstimmung der beiden Steuerarten, über Ablösung des Stufenbetragtarifes durch den Stufengrenzsatztarif im G.P.T.-Bereich, über grenzenlose Steigerung der Stufenanzahl schließlich zu stetigen, exponentiellen Funktionen.²⁾

Im Konflikt zwischen Perfektion und Simplität entschied man sich in Ostafrika jedoch für die zweite Möglichkeit, wie die Reduktion der Stufenanzahl von 14 auf 10 und Vereinfachungen bei den Werbungskosten- und Freibetragsregelungen beweisen.³⁾

1) Absolute Einkommensrückgänge sind insbesondere bei Exporteinkommen keine Seltenheit in Ostafrika.

2) z. B. der Form: $T = (1 - a^Y) Y$; $T/Y = t = 1 - a^Y$;
 $dT/dY = t' = 1 - (1 + Y \ln a) a^Y$; $0 \ll a < 1$.

3) Vgl. East African Community, East African Income Tax Department (Hrsg.): Report for the Period 1st. July 19... to 30th June 19..., Nairobi 19... insbesondere für die Fiskaljahre 1962/63 und 1970/71.

b.c Besteuerung der Einkommen juristischer Personen durch die Körperschaftsteuer

Im Sinne einer universalen Besteuerung der Einkommen kann die Körperschaftsteuer als notwendiges Komplement zur Belastung jener Einkommen verstanden werden, die nicht in die Verfügungsgewalt natürlicher Personen gelangen. Konnte L. Schnittger 1965 noch behaupten,

"... daß die Besteuerung der Unternehmereinkommen in den drei ostafrikanischen Staaten ein etwas verwirrendes Bild abgibt",¹⁾

so gilt heute eher das Gegenteil; denn die Besteuerung der Einkommen nicht befreiter juristischer Personen ist im wesentlichen durch drei Bestimmungen geregelt:

1. "Companies etc. are subject to tax at the corporation rate of Shs. 8/- in the £ (d.h.t=40%; A.d.V.) but dividends received from resident companies are excluded from the profits so charged.
2. There is no direct Undistributed Income Tax. If dividends are less than might have been made, assessments may be directed to charge tax at the shareholders' respective rates to the extent that the distributions are considered inadequate when compared with ^{the} economic situation of the firm.
3. There is no Capital Gains Tax."²⁾

Indem diese Bestimmungen die Abzugsfähigkeit von Vorsteuern nur zulassen, solange Einkommen unter Firmen transferiert werden - seit 18/06/1971 sind "Subventionen" unter Firmen unzulässig - diskriminieren sie eindeutig gegen Unternehmungseinkommen, das von Firmen an natürliche Personen abgeführt wird. Da der Unternehmungsgewinn mit 40 % und der ausgeschüttete Gewinn nochmals

1) SCHNITTGER, L., a.a.O., S. 130.

2) Jahresbericht 1970/71 des East African Income Tax Department, a.a.O., S. 12.

mit 12,5 % bis 77,5 % (durch die Persönliche Einkommensteuer) belastet wird, bietet diese Regelung u. U. einen hohen Anreiz zur Gewinnthesaurierung. Dieser Ausweichmöglichkeit versucht die zweite Bestimmung zu begegnen, indem sie ausdrücklich die Sollbesteuerung zuläßt.

Das Element der Potentialbesteuerung¹⁾, das im vorliegenden Fall faktisch der Finanzverwaltung investitions- und beschäftigungspolitische Kompetenzen einräumt, finden wir auch an anderen Stellen der Einkommenbesteuerung: Bei der Veranlagung zur G.P.T. und - mit umgekehrter Beweislast - bei der Veranlagung nicht-buchführungspflichtiger Selbständiger zur persönlichen Einkommensteuer; - also immer dann, wenn die Bemessungsgrundlage (an Hand äußerer Merkmale) geschätzt werden muß.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß in Ostafrika mit der erweiterten G.P.T. und der Einkommensteuer ein universales System zur Besteuerung monetärer und nicht-monetärer Einkommen besteht, das dank seiner inhärenten Flexibilität geeignet wäre, sowohl dem Fiskalzweck wie auch redistributiven, allokativen, konjunktur- und bevölkerungspolitischen Zielsetzungen unter den sozio-ökonomischen Bedingungen Ostafrikas dienlich zu sein. Tatsächlich haben wir es mit einem historischen System zu tun, das verschiedenen Jurisdiktionen unterliegt, mangelhaft aufeinander abgestimmt und kaum einkommenselastisch ist,²⁾ weil der breiten

-
- 1) Zur Soll-Besteuerung in Entwicklungsländern, vgl. KALDOR, Nicolas: Taxation for Economic Development, in: The Journal of Modern African Studies, 1,1 (1963), S. 7 - 23.
 - 2) Elastizitätsuntersuchungen sind ausführlich dargestellt bei GHAI, D.P.: Taxation for Development (...), a.a.O.

Steuerbasis im Bereich der G.P.T. die progressiven Sätze mangeln, und den progressiven Sätzen im Bereich der Einkommensteuer die breite Steuerbasis fehlt.

b.d Einkommensnahe Bagatell- und Kontrollsteuern

Wegen ihrer Eigenschaft als "historische Relikte" und Bagatellsteuern im derzeitigen Steuersystem können die Erbschaft- und Vermögensteuern kurz abgehandelt werden. "Estate Duties" - in der Form der Erbnachlaßsteuern -, "Rent Taxes" und "Payments in Lieu of Rates" - meistens in der Ausgestaltung als Grundwertsteuern - sowie die in Tansania mancherorts zusätzlich erhobenen "Municipal House Taxes" und "Urban House Taxes" - als städtische Kontrollsteuern für die auf dem flachen Land erhobenen "Local-" und "Native Authority Rates" - stehen als Steuern auf das Vermögen in enger Beziehung zu den Einkommensteuern. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß akkumuliertes Einkommen die Grundlage ihrer Bemessung ist, daß bei der Veranlagung - sofern die Beurteilung der persönlichen Leistungsfähigkeit der Zensiten unmöglich oder wegen des damit verbundenen Verwaltungsaufwandes unvertretbar ist, - Techniken der Einkommensteuerveranlagung angewendet werden, und daß die fällige Steuerschuld i. d. R. aus dem laufenden Einkommen gezahlt werden muß.

b.e Besteuerung der Exporteinkommen und Stabilisierung der Privatnachfrage durch Exportzölle

Die - unkonventionelle - Zuordnung der Exportzölle zu den Einkommensteuern muß in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrer Wirkungsweise gesehen werden: Bezeichnet

p_a den in ausländischer Währung ausgedrückten Stückpreis eines Exportgutes im Zollausland, w_1 den Wechselkurs zur Umrechnung in inländische Geldeinheiten und x die Menge der von inländischen Exporteuren verkauften Exportware, so beträgt ihr Exporterlös $EX = xw_1p_a$. Nach Abzug ihrer Einkaufs-, Lager-, Versicherungs- und Verwaltungskosten, K , erzielen sie bei Abwesenheit eines Exportzolls einen Gewinn G^* von:

$$(5) \quad G^* = EX - K = xw_1p_a - K$$

Bei Existenz eines Ad-valorem-Zolls mit dem Satz z_1 beträgt die Zollbelastung $Z_1 = z_1xw_1p_a$ und im Falle eines spezifischen Zolls mit dem Satz z_2 : $Z_2 = z_2x$. Der Gewinn nach Abzug der Zollbelastung beträgt nunmehr:

$$(6.1) \quad G^* - Z_1 = G_1 = xw_1p_a(1-z_1) - K \quad \text{bzw.}$$

$$(6.2) \quad G^* - Z_2 = G_2 = x(w_1p_a - z_2) - K$$

Die partiellen Ableitungen von (6.1) und (6.2) nach z_1 bzw. z_2 ergeben: $dG_1/dz_1 = -xw_1p_a$ bzw. $dG_2/dz_2 = -x$. Bei Existenz und Konstanz von x , w_1 und p_a führt also eine Zollsatzerhöhung stets zu Gewinneinbußen beim Exporteur. Ob er diese unvermeidliche Ertragsschmälerung auf die inländischen Produzenten rückwälzen kann, ist eine Tatfrage: Seit in Ostafrika staatliche Absatzmonopole - "Marketing-Boards" - den Handel der wichtigsten Exportgüter¹⁾ kontrollieren, und als Erfüllungsorgane des Fiskus die Produzentenerlöse "an der Quelle" besteuern, wird vielen Produzenten weder die Höhe noch die Tatsache der Belastung bewußt. Somit aber kann man den Exportzoll als "unmerkliche", proportionale Einkommensteuer auf Exporteinkommen betrachten, die weder die persönliche Leistungsfähigkeit noch die spezielle

1) Vgl. § 9.

Kostensituation des einzelnen Produzenten berücksichtigt und damit der G.P.T. sehr ähnlich ist.

Als preisfixierender Monopsonist kann der Staat über diesen Abschöpfungsmechanismus - bei preiselastischer Anpassung der Anbieter - sowohl die Produzenteneinkommen wie auch die Exportgüterproduktion selbst steuern, die bei fluktuierenden Weltmarktpreisen auftretenden "Zufallsgewinne" in die eigenen Kassen leiten und auf diese Weise - um den Preis unstetigerer Steuereinnahmen - die Produzenteneinkommen stabilisieren.

Da die ostafrikanischen Länder für einige Produkte - Sisal, Pyrethrum-Extrakt und Gewürznelken (Sansibar) - im oligopolistischen Wettbewerb mit anderen Anbietern auf den Weltmärkten stehen, sei noch kurz angegeben, unter welchen Bedingungen es gelingen kann, den Preiseffekt einer Zollsatzserhöhung auf die Käufer fortzuwälzen: Anstelle von $p_a = \text{const}$ gelte nunmehr $p_a = f(z)$ und für (6.1) und (6.2.):

$$(7.1) \quad G_1 = xw_1 (1 - z_1) f(z_1) - K \quad \text{bzw.}$$

$$(7.2) \quad G_2 = xw_1 f(z_2) - (xz_2 + K)$$

Die Ableitungen von (7.1) und (7.2) nach z_1 bzw. z_2 ergeben:

$$(8.1) \quad G'_1 = xw_1 (1 - z_1) f'(z_1) - xw_1 f(z_1) \quad \text{bzw.}$$

$$(8.2) \quad G'_2 = xw_1 f'(z_2) - x$$

Die Exportgewinne bleiben konstant, wenn die Bedingung $G'_1, G'_2 \stackrel{!}{=} 0$, erfüllt ist: Da $f'(z) = df(z)/dz$, gilt:

$$(9.1) \quad \xi_1 = \frac{df(z_1)}{f(z_1)} \frac{z_1}{dz_1} = \frac{z_1}{1-z_1} \quad \text{und} \quad (9.2) \quad \xi_2 = \frac{z_2}{w_1 f(z_2)}$$

Dann und nur dann, wenn die Elastizitäten der Auslandspreise in bezug auf inländische Zollsatzvariationen die vorstehenden Werte haben, gelingt eine vollständige Fortwälzung einer Zollsatzserhöhung auf die ausländischen Importeure.

c. Spezielle Besteuerung der verwendeten Einkommen

c.a Importzölle:

Fiskal-cum-Protektionsabgaben

Während kompensatorische, allokativen und redistributive Erwägungen bei der Besteuerung der Exporte in Kenia und Tansania seit jeher eine eher bescheidene Rolle spielten, wurde das protektionistische Wirkungspotential der Importbesteuerung bereits seit den zwanziger Jahren zielbewußt genutzt.¹⁾

Wie bei der Betrachtung der Exportzölle bezeichnet p_a wieder den Stückpreis eines Importgutes im Zollaussland in ausländischen Geldeinheiten und w_2 den Wechselkurs zur Umrechnung in inländische Geldeinheiten. Ohne Importzollbelastung sei eine Volkswirtschaft gerade bereit $x = x_0$ Mengeneinheiten dieses Gutes zu importieren, so daß sie hierfür IM inländische Geldeinheiten aufwenden muß:

$$(10) \quad IM = x w_2 p_a \stackrel{!}{=} x_0 p, \text{ wobei}$$

$$p = w_2 p_a = \text{const} > 0.$$

Die Ad-valorem-Zollbetragsfunktion ist gegeben durch $Z_1 = z_1 \times p$ und die spezifische Zollbetragsfunktion durch $Z_2 = z_2 \times p$. Die Bruttoimportausgaben IM^* sind somit bestimmt durch:

$$IM_1^* = xp (1 + z_1) \quad \text{und} \quad IM_2^* = x (p + z_2),$$

je nach Bemessungsgrundlage des Zolls. Unter Beachtung der Importrestriktion (10) erhält man:

$$(11.1) \quad IM_1^* = xp (1 + z_1) \stackrel{!}{=} x_0 p \Rightarrow x_1 = x_0 / (1 + z_1)$$

$$(11.2) \quad IM_2^* = x (p + z_2) \stackrel{!}{=} x_0 p \Rightarrow x_2 = x_0 p / (p + z_2).$$

1) Vgl. Teil II.

Somit gilt:

d.	Funktion: y =	Differentialquot.: dy/dz =	Elastizität: (dy/y):(dz/z) =
(12.1)	$IM_1^+ = x_o p \left\{ \frac{z_1}{1+z_1} \right\}^{\frac{1}{p}}$	$d IM_1^+ / dz_1 = 0$	$\gamma_1 = 0$
(12.2)	$IM_2^+ = x_o p \left\{ \frac{z_2}{p+z_2} \right\}^{\frac{1}{p}}$	$d IM_2^+ / dz_2 = 0$	$\gamma_2 = 0$
(13.1)	$Z_1 = x_o p \frac{z_1}{1+z_1}$	$dZ_1 / dz_1 = x_o p \frac{1}{(1+z_1)^2} > 0$	$\delta_1 = \frac{dZ_1}{dz_1} \frac{z_1}{Z_1} = \frac{1}{1+z_1}$
(13.2)	$Z_2 = x_o p \frac{z_2}{p+z_2}$	$dZ_2 / dz_2 = x_o p \frac{p}{(p+z_2)^2} > 0$	$\delta_2 = \frac{dZ_2}{dz_2} \frac{z_2}{Z_2} = \frac{p}{p+z_2}$
(14.1)	$IM_1 = x_o p \frac{1}{1+z_1}$	$d IM_1 / dz_1 = -x_o p \frac{1}{(1+z_1)^2} < 0$	$\varepsilon_1 = \frac{d IM_1}{IM_1} \frac{z_1}{dz_1} = - \frac{z_1}{1+z_1}$
(14.2)	$IM_2 = x_o p \frac{p}{p+z_2}$	$d IM_2 / dz_2 = -x_o p \frac{p}{(p+z_2)^2} < 0$	$\varepsilon_2 = \frac{d IM_2}{IM_2} \frac{z_2}{p+z_2} = - \frac{z_2}{p+z_2}$

Wie die vorstehenden partiellen Ableitungen der Funktionen (12.1) mit (14.2) nach den entsprechenden Zollsätzen z_1 und z_2 zeigen, wirkt eine Zollsatzserhöhung gleich welcher Art, nicht auf die Bruttoimportausgaben; sie bleiben wegen der Importrestriktion (10) konstant. Erwartungsgemäß erhöht die Zollsatzsteigerung - ceteris paribus - das Zollaufkommen zu Lasten der importierten Menge, solchermaßen gegen ausländische Produzenten und inländische Endnachfrager diskriminierend. Hierbei spielt es (in diesem Spezialfall) keine Rolle, ob der Zoll als Finanz- oder Schutzzoll begründet wurde, weil mit steigendem Zollsatz sowohl der Produzentenschutz als auch das Zollaufkommen zunehmen:

$$(15.1) \quad \lim_{z_1 \rightarrow \infty} \frac{x_o p}{1 + 1/z_1} = x_o p = IM, \quad \lim_{z_1 \rightarrow \infty} \frac{x_o p}{1 + z_1} = 0 \Rightarrow Z_1 = IM$$

$$(15.2) \quad \lim_{z_2 \rightarrow \infty} \frac{x_o p}{1 + p/z_2} = x_o p = IM, \quad \lim_{z_2 \rightarrow \infty} \frac{x_o p}{1 + z_2/p} = 0 \Rightarrow Z_2 = IM$$

War im vorstehenden Argument der Einfachheit halber angenommen worden, die inländischen Endnachfrager seien ungeachtet der Höhe einer Zollbelastung jederzeit bereit, denselben Geldbetrag für den Import eines bestimmten Gutes auszugeben, war, m.a.W., eine in bezug auf Zollsatzänderungen unelastische (Brutto-)Importwertfunktion unterstellt worden (für $z_1, z_2 = 0 \Rightarrow \varepsilon_1, \varepsilon_2 = 0$ und für

$$\lim_{z_1 \rightarrow \infty} \frac{-1}{1 + 1/z_1} = -1, \quad \lim_{z_2 \rightarrow \infty} \frac{-1}{1 + p/z_2} = -1 \Rightarrow 0 < \varepsilon_{1,2} < |1|),$$

so steht diese Annahme offensichtlich nicht im Einklang mit den Erfahrungen des Finanzministers Kenias, wenn er erklärt:

"Although I do not contemplate reducing the duty (für Spirituosen, A.d.V.) at this stage, it would be foolish to increase it."

1) Budgetrede 1963/64, in: Government of Kenya (Hrsg.): The National House of Representatives, Official Report, 11th June 1963, S. 29 . Unter Geltung einer

Obwohl öffentliche Regierungserklärungen nicht mit den tatsächlich verfolgten Zielen identisch sein müssen, scheinen Elastizitätserwägungen bei der Tarifgestaltung

"Constant Outlay Curve" wäre diese Äußerung unverständlich, weil es für diese spezielle Art des Nachfrageverhaltens keinen Zollsatz gibt, der nicht auch ein höheres Zollaufkommen brächte. Für alle anderen Nachfragefunktionen der Art $x = f(p^*)$, $dx/dp^* < 0$, $x, p^* > 0$, lassen sich Bedingungen für die Maximierung des Zollaufkommens bestimmen:

$$\begin{aligned} (a) \quad IM &= px, \quad p = w_2 p_a & (b) \quad IM^* &= p^* x, \quad p^* \geq p \\ (c) \quad Z_1 &= IM^* - IM = x(p^* - p) & (d) \quad z &= Z_1 / IM = (1/p)(p^* - p) \\ \Rightarrow p^* &= p(1+z) & \Rightarrow (c.1) \quad Z_1 &= zxp \\ (e) \quad x &= f(p^*) = f(p+zp) & (c.2.) \quad Z_1 &= pz f(p^*) \Rightarrow \max! \\ (f) \quad dZ_1/dx &= p [z' f(p^*)] \stackrel{!}{=} 0; \quad -z' f(p^*) = +z f'(p^*); \\ -1 &= z f'(p^*) / z' f(p^*) = f'(p^*) / z : z' / f(p^*) = \eta_{x,z} = |1| \end{aligned}$$

Notwendige Bedingung für die Maximierbarkeit des Zollaufkommens: $\eta_{x,z} = 1$. Für den Spezialfall der Constant Outlay Curve gilt für (e): (e.1) $x = f(p^*) =$

$f(p+zp) = IM^* / p^*$, $IM^* = \text{const}$ und für (c.2):

$$Z_1 = zp IM^* / (zp + p).$$

$$(f.1) \quad dZ/dz = [(1+z) - z] \frac{p IM^*}{(p+zp)^2} \stackrel{!}{=} 0 \Rightarrow 1+z \stackrel{!}{=} z \Rightarrow$$

$$\frac{z}{1+z} \stackrel{!}{=} 1 \Rightarrow z \rightarrow \infty, \text{ weil } \lim_{z \rightarrow \infty} \frac{z}{1+z} = 1. \quad \text{q.e.d.}$$

Für jede Nachfragefunktion $f(p^*)$, die sich nicht durch die Funktionsgleichung einer gleichseitigen Hyperbel abbilden läßt, existiert eine Importmengenelelastizität (in bezug auf Zollsatzänderungen) $\eta_{x,z} = 1$ und damit ein das Zollaufkommen maximierender Optimalzollsatz z^* . Da mit jeder Zollsatzsteigerung im Bereich $z < z^*$ sowohl der Produzentenschutz wie auch das Zollaufkommen erhöht wird, können Fiskal- und Protektionszweck in diesem Bereich unterschieden werden, sofern das Zollaufkommen in Form (grenzkostenwirksamer) Subventionen den schutzbedürftigen Unternehmungen zugewiesen würden. Unter Verletzung des Nonaffektationsprinzips könnte bei geringerer Diskriminierung derselbe Schutzeffekt erzielt werden.

in Ostafrika Berücksichtigung gefunden zu haben: Bei einem hohen Grad an Harmonisierung unter den Partnerstaaten werden ca. 200 Grundpositionen durch spezifische oder Wertzölle belastet, wobei gelegentlich die jeweils ertragsreichere Bemessungsgrundlage zu verwenden vorgeschrieben ist. Die Tarifsätze reichen von 17,5 % bis 80 % (Stand: 1970/71) und belasten im unteren Bereich überwiegend "Lebensnotwendige Güter" und im oberen "Luxusartikel". Befreit sind i. a. Grundnahrungsmittel, Saatgut, Medikamente und Bücher. Neben dem durch den Zoll gebotenen Schutz werden bestimmten Branchen Zollstundungen, Nachlässe und Rückzahlungen gewährt, sei es für bestimmte Rohstoffe, Maschinen und/oder Ausrüstungen.

Der Vollständigkeit halber ist zu erwähnen, daß neben den supra-nationalen "Customs Duties" Importzölle existieren, die - wie übrigens alle Exportzölle - allein der nationalen Jurisdiktion des betreffenden Partnerstaates der Zollunion unterliegen: In Kenia, eine Mineralöl-Importsteuer und in Tansania die "Dairy Industry Levy" und - seit 1967 - die "Transfer Tax".

c.5 Substitution der Importe und ihrer Zölle:
Ursprung der Verbrauchsteuern

In dem Maße, in dem durch inländische Produktionsaufnahme bestimmte Güter der Importbesteuerung entzogen werden, treten Verbrauchsteuern an ihre Stelle, die in Form von Fertigfabrikate-Produktsteuern für den Fiskus nahezu ebenso leicht zu verwalten sind

wie Importzölle. Nimmt man an, der Importsustitutionsprozeß sei eine (unstetig) wachsende Funktion der Binnennachfrage nach einem bestimmten Gut,¹⁾ so überrascht es nicht, mit Zucker, Zigaretten, Tabak, Streichhölzern, Spirituosen, Wein, Bier, Nicht-Alkoholika u. ä., Waren der Verbrauchbesteuerung unterliegen zu sehen, die man als "Massen-Genußmittel" bezeichnen kann. Da die Steuerschuld i. d. R. erst bei Verlassen des Produktionsbetriebes entsteht, sind sie als "Excise Duties" treffend bezeichnet.

c.c Sonstige "indirekte" Steuern

Neben diesen Verbrauchsteuern finden wir auch "reine" Verkehrsteuern, wie Umsatzsteuern, Kfz.-Registrationssteuern, Gebrauchtwagenkaufsteuern, "Pyrethrum Levies", Elektrizitätssteuern, Beherbergungssteuern, Vergnügungssteuern, Wett- und Spielsteuern, Stempelsteuern sowie eine Reihe anderer Konzessionsabgaben - incl. Royalties - und Gebühren, mit steuerlichen Eigenschaften.

Entsprechend ihrer Beschaffenheit als Importzoll-Substitute sind die Verbrauch- (und Verkehrsteuern) mit spezifischen und Ad-valorem-Tarifen ausgestattet, deren Sätze i. a. zwischen 5 % und weniger als 40 % variieren und der - angeblich oder tatsächlich - relativ niedrigen Nachfrageelastizität (in bezug auf Steuersatzänderungen) der betroffenen Konsumentengruppen Rechnung tragen sollen.

1) Formal kann für diese Investitionsfunktion geschrieben werden: $I_i = k E(C_i)$: Die Investition zur Produktion des Gutes i ist eine den Mindestauslastungsgrad k ($0 \ll k < 1$) sicherstellende nichtelementare Funktion E der Inlandsnachfrage nach dem Konsumgut C_i .

Fazit: Mit den speziellen Importzöllen, Verbrauch- und Verkehrsteuern existiert in Ostafrika ein weitgehend harmonisiertes System selektiver Besteuerung der Warenströme, das weder die Subsistenz-¹⁾ noch die Dienstleistungsproduktion erfaßt. Die Belastung trifft in erster Linie die Konsumenten mittlerer und hoher Einkommensschichten und verstärkt so die mehr oder weniger vorhandene Progression der Personal Taxes und Einkommensteuern. Bei der leistungs- wiewohl verbesserungsfähigen Besteuerung der Einkommen kann zu Gunsten dieses Dualismus' - neben historischen Gründen - wenig mehr²⁾ als die angebliche Unmerklichkeit der "indirekten" Steuern angeführt werden; sofern und soweit die "Nichtfühlbarkeits-These" gilt, wird aber auch Sparen nicht als Steuervermeidungsmöglichkeit wahrgenommen werden können.

-
- 1) "Subsistenzproduktion" wird hier ausnahmsweise einmal doppelsinnig verstanden: bezeichnet sie sonst ausschließlich die "nicht-monetäre Produktion", so ist hier darüber hinaus an die "monetäre Produktion", zur Sicherstellung des Existenzminimums gedacht.
 - 2) Ob die Absicht über ein vielseitiges wirtschaftspolitisches Instrumentarium zu verfügen, die Entwicklung dieses Steuersystems entscheidend beeinflusste, erscheint zweifelhaft.

2. Quantitative Zusammensetzung der Staatseinnahmen in Kenia und Tansania

Nach der Darstellung des ostafrikanischen Steuersystems soll nun untersucht werden, wie die Regierungen Kenias und Tansanias die Staatsausgaben des Jahres 1963 finanzierten.

5. Gliederung der Staatseinnahmen Kenias und Tansanias im Fiskaljahr 1962/63

K e n i a				T a n s a n i a			
Einnahmearten	Rec.	Dev.	Tot.	Einnahmearten	Rec.	Dev.	Tot.
Besteuerung der Einkommen	-	-	-	Besteuerung der Einnahmen	-	-	-
per Einkommensteuern	18.95	-	18.95	per Einkommensteuern	13.77	-	13.77
" Personensteuer	2.15	-	2.15	" Personensteuern	2.16	-	2.16
" Exportzölle	0.02	-	0.02	" Exportzölle	1.68	-	1.68
Besteuerung des Vermögens				Besteuerung des Vermögens			
per Erbschaftssteuern	0.05	-	0.05	per Erbschaftssteuern	0.01	-	0.01
" Steuern auf Grund- und Boden	0.05	-	0.05	" Steuern auf Grund- und Boden	0.14	-	0.14
				Sonst.St.auf Eink.u.Verm.	0.04	-	0.04
1.1 Steuern auf Eink.u.Verm.21.11	-		21.55	Steuern auf Eink.u.Verm.	17.80	-	17.80
Besteuerung des Konsums				Besteuerung des Konsums			
per Importzölle	23.45	-	23.45	per Importzölle	24.09	-	24.09
" Verbrauchersteuern	9.29	-	9.29	" Verbrauchsteuern	8.83	-	8.83
" Mineralölsteuern	1.85	-	1.85	"	-	-	-
" Kraftfahrzeugst.	1.46	-	1.46	" Kraftfahrzeugst.	1.49	-	1.49
Besteuerung der Produktion				Besteuerung der Produktion			
per Gewerbesteuern	0.29	-	0.29	per Gewerbesteuern	0.25	-	0.25
" Stempelsteuern	0.88	-	0.88	" Stempelsteuern	0.54	-	0.54
" Vergnügungssteuern	0.10	-	0.10	"	-	-	-
" versch.Lizenzsteuern	0.73	-	0.73	" versch.a.Steuern	0.68	-	0.68
" Fördersteuern, Bergb.	0.27	-	0.27	" Förderst., Bergb.	2.42	-	2.42
1.2 Steuern auf Konsum u. Produktion	38.32	-	38.32	Steuern auf Konsum u. P.	38.30	-	38.30
1. Steuereinnahmen	59.54	-	59.54	Steuereinnahmen	56.10	-	56.10
Finanzhilfe aus inl.Quel.	-	0.01	0.01	Finanzhilfen aus in- u.			
" des Verein.Kön.	4.50	6.38	10.28	ausländ. Quellen		12.73 ¹	12.73

1. Die Anteile der Steuern, Finanzhilfen und "Verschiedenen sonstigen Einnahmen" waren mit rd. 60 : 10 : 5 Prozent an den Gesamteinnahmen in beiden Ländern etwa gleich groß.

2. Die restlichen Einnahmen stammten aus Vermögens- sowie Güter- und Leistungstransaktionen, wobei in Kenia das Schwergewicht mit 16 % bei Vermögenstransaktionen und in Tansania mit 23 % bei Güter- und Leistungserlösen lag.

3. Da die weitgehende Harmonisierung der Besteuerung in Ostafrika einen unmittelbaren Vergleich zwischen beiden Ländern erlaubt, kann man einige Positionen der Ertragstruktur unmittelbar gegenüberstellen:

Übersicht e		K.	T.	K./T.		K.	T.	K./T.
		in Mill. £				%		
1	Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten	259.1	227.4	1.14				
2	Staatsausgaben/-einnahmen	62.9	39.1	1.61	Budgetquote	2/1	24.3	17.2
3	Warenimporte	82.9	52.8	1.57	Importquote	(3+4)/1	38.0	26.2
4	Dienstleistungsimporte	15.6	6.8	2.29	Ø Zollsatz	5/3	17.9	17.8
5	Importzollaufkommen	14.8	9.4	1.57	IM'Z / Budget	5/2	23.5	24.1
6	Verbrauchssteueraufkommen	5.8	3.5	1.66	V'St / Budget	6/2	9.3	8.8
7	Einkommensteueraufk.	11.9	5.4	2.20	E'St / Budget	7/2	19.0	13.8
8	Personensteueraufk.	1.4	0.8	1.75	P'St / Budget	8/2	2.2	2.2

Quellen: Vgl. Tafel 5, § 9, Kap. 2 und Tabellen XVI mit IXX, im statistischen Anhang

a. Zwangsabgaben: Hohe Erträge spezieller Steuern
und niedrige Erträge genereller Steuern

1. Das spezielle (oder selektive) System der Besteuerung des Warenstromes war in beiden Ländern ungleich ertragreicher als das generelle System der Einkommenbesteuerung: Der Anteil der Importzölle und Verbrauchsteuern an den Staatseinnahmen betrug in beiden Ländern jeweils etwa 24 und 9 Prozent. Die absoluten Aufkommensunterschiede waren indessen beträchtlich, weil sowohl das Bruttovolkseinkommen wie auch die Ausgaben-/Einnahmenquote des Staates in Kenia größer war als in Tansania.

Die durchschnittliche Zollbelastung der Importwaren lag in beiden Ländern bei mindestens 18 % (Vgl. Übersicht e) und bestätigt frühere Befunde,¹⁾ wonach trotz der erheblich niedrigeren Importquote Tansanias die Zusammensetzung des Importwarenkorb in beiden Ländern kaum Unterschiede aufwies, und vorwiegend Waren enthielt, die nicht in den Begehrkreis niedriger Einkommensschichten fielen (Vgl. Tafel 6).

1) Vgl. Tafel 2, § 9.

6. Warenimporte und Zollbelastung nach Endverbrauchern und Warenarten in Kenia, 1964

	Kapital- Bildung		Inermediä- rer Verbr.		Endverbr. priv. Hsh.		Private Importe		t= T IM %		Staats- verbr. IM		Im- porte Σ	
	IM*	T _M	IM*	T _M	IM*	T _M	IM*	T _M						
Benzin u. Kohleprod.	-	-	150	94	19	10	169	104	61,5		1		170	
Rohöl und Erdgas	-	-	988	447	-	-	988	447	45,2		-		988	
Textilien und Kleidg.	16	4	750	229	687	322	1453	555	38,2		33		1486	
Lebensmittel, Getränke und Tabak	-	-	495	98	580	215	1075	313	29,1		16		1091	
Transportmittel	486	78	478	83	147	41	1111	202	18,2		79		1190	
Versch.Fertigw.	26	3	73	8	167	29	266	40	15,0		19		285	
Baumaterial, Tonerde u. Glas	-	-	78	9	23	5	101	14	13,9		1		102	
Lederwaren u. Schuhe	-	-	10	1	88	12	98	13	13,3		5		103	
Chemikalien u. Gummi	-	-	1027	57	228	64	1255	121	9,6		33		1288	
Metallwaren	27	1	228	14	82	16	337	31	9,2		8		345	
Holz, Kork u. Möbel	8	1	73	5	15	1	96	7	7,3		11		107	
Papier u. Drucksachen	-	-	427	31	95	3	522	34	6,5		23		545	
Maschinen	992	26	124	8	179	48	1295	82	6,3		71		1366	
Landw., Forstw., Fischerei u. Jagd	5	-	246	17	151	5	402	22	5,5		1		403	
Metall-Halbzeuge	-	-	696	23	1	-	697	23	3,3		2		699	
Sonst. Bergbaupr. u. Erden	-	-	54	2	-	-	54	2	0		-		54	
Wasser u. Elektrizität	-	-	45	-	12	-	57	-	0		-		57	
Sonstige Produkte	-	-	23	4	1	-	24	4	16,7		3		27	
Σ	1560	113	5965	1128	2475	771	10000	2012	20,1		306		10306	
Ø Zollsätze in %	7,2		18,9		31,2		20,1		-		-		-	

Quelle: "Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S. 70.

2. Die Beurteilung der Verbrauchsteuern kann nicht so eindeutig ausfallen, weil die Umsätze der besteuerten Erzeugnisse unbekannt sind. Mit einem Anteil von 9 % an den Staatseinnahmen in beiden Ländern ergab sich ein Steueraufkommen von 5,8 Mill. £ in Kenia und 3,5 Mill. £ in Tansania, so daß bei weitgehend harmonisierter Tarifstruktur - und ohne Grund zur Annahme unterschiedlichen Nachfrageverhaltens gleicher Einkommensschichten - geschlossen werden kann, daß in Kenia die Verbrauchsteuerbasis breiter war als in Tansania.

3. Bei Betrachtung des Personensteueraufkommens bestätigt sich die Richtigkeit der Annahme einer breiteren "Einkommenspyramide" in Kenia:¹⁾ Mit je rd. zwei Prozent der Staatseinnahmen war der absolute Betrag in Kenia 1,75-mal größer als in Tansania (Vgl. Übersicht e). Bei der etwas kleineren Bevölkerung Kenias, ähnlicher, nahezu progressionsloser Tarifgestaltung und gleicher Effizienz in der Verwaltung dieser Steuer muß der höhere Ertrag der G.P.T. auf die Existenz einer breiteren Steuerbasis zurückgeführt werden.

4. Die einzige signifikante Abweichung zwischen den Anteilen der einzelnen Steuerarten an den gesamten Staatseinnahmen finden wir bei den Einkommensteuern: 11.9 Mill. £ oder 19 % der Staatseinnahmen in Kenia und 5,4 Mill. £ oder 14 % der Staatseinnahmen in Tansania sind Unterschiede, die - bei gleichem Tarif - nicht mehr allein durch den proportional wirkenden (und an der Spitze der Einkommenspyramide kaum mehr wirksamen)

1) Tatsächlich handelt es sich bei der "Einkommenspyramide" um einen Längsschnitt durch dieselbe.

"Basis-Verbreiterungseffekt"¹⁾ erklärt werden können, sondern nurmehr durch die Progressionswirkung rasch steigender Grenzsteuersätze auf eine höhere Einkommenspyramide. Damit bestätigen sich einmal mehr frühere Befunde,²⁾ wonach die Einkommensverteilung in Kenia ungleicher war als in Tansania. Diesen Sachverhalt wird man dem Metropolcharakter Nairobis zuschreiben müssen, d. h. dem Tatbestand, daß die von hier aus gelenkten administrativen und kommerziellen Aktivitäten zu einer absolut größeren Konzentration von Europäern führte, die, wie bereits dargestellt wurde, an der Spitze der Einkommenspyramide standen.

b. Einseitige, freiwillige Übertragungen:

Quid pro quo et cui bono?

Als "Finanzhilfen" werden hier alle freiwilligen und einseitigen Geldübertragungen - ausländischer und privater inländischer Wirtschaftssubjekte - verstanden, sofern sie als solche in den veröffentlichten Rechnungswerken der zentralen Finanzwirtschaften Kenias und Tansanias ausgewiesen sind.³⁾

1) Nimmt man vereinfachend an, der Längsschnitt durch die "Einkommenspyramide einer Gesellschaft sei ein gleichschenkliges Dreieck mit der Anzahl $X_i = 2 x_i$ geld-einkommensloser Zensiten als Grundseite und dem Maximaleinkommen y_i als Höhe, so wird der "Basiseffekt" definiert, durch: $\bar{X} = X_i - (X_i/y_i) \cdot y = dX = (1 - y/y_i) dX_i$. Entsprechend läßt sich ein "Streckungseffekt" definieren: $dX = (X_i \cdot y / y_i^2) dy_i$.

2) Vgl. § 7, Kap. 2, § 8, Kap. 3, Tab. III, IV u. V, im math.-stat. Anhang.

3) Sofern und soweit z.B. ein zinsloser Kredit zweifellos ein Element der Hilfe enthält, haftet der Verbuchung nach dem Effektiv-Konzept ein systematischer Fehler an. Mangels einer öffentlichen Rechnungslegung, die auch kalkulatorische Ausgaben und Einnahmen ausweist, bleibt nur zu hoffen, daß sich Soll- und Habenfehler zu null saldieren. Vgl. SHOUP, C.S. a.a.O., S. 487 ff.

Mit mehr als 10 % war ihr Anteil an den Staatseinnahmen in beiden Ländern größer als das Aufkommen der dritt-ertragstärksten Steuer.¹⁾ Ihr spürbares Gewicht, ihre Verteilung auf wenige "Kontributoren" und die geringe Kontrollierbarkeit dieser Einnahmenart durch die Exekutive trägt ein größeres Moment der Instabilität in die Budgetpolitik der betreffenden Länder als das Exportzollaufkommen.²⁾ Da die mit der Akzeptierung derartiger Hilfen eingegangenen nicht-monetären Verbindlichkeiten i. d. R. unbekannt bleiben, ist es selten möglich, die Elastizität der Nachfrage eines Landes nach "Finanzhilfen" in Bezug auf polit-ökonomische (oder neokoloniale) Forderungen festzustellen.³⁾

1) Vgl. Anmerkung 1), S. 221.

2) Während das "klassische" Stabilitätsproblem vieler Entwicklungsländer - weltmarktinduzierte Schwankungen der verfügbaren Einkommen über inländische Nachfrageänderungen auf das Importzoll- und Verbrauchsteueraufkommen zu übertragen - durch den Abschöpfungsmechanismus der Marketing Boards unter Inkaufnahme unstetiger Exportzolleinnahmen kontrollierbar wurde (Vgl. Kap. 1. Abschn. b.e) ist -bei gegebener Nachfrage- eine Lösung des hier angesprochenen Stabilitätsproblems nicht in Sicht.

3) "7. Breaking diplomatic relations with Britain. Tanzania's action in adhering to the OAU decision on Rhodesia has meant that the £ 7.5 million interestfree loan which had been agreed between the two Governments but not actually signed, has now been 'frozen'. This money is therefore not available to pay for development work within the first two years of the Five-Year Plan. This 'break' will also have adversely affected any question of

c. Staatsverschuldung im Ausland:

Das Liquiditätsproblem unterentwickelter Länder

Die paradoxe Situation, daß sich der Staat bei der Beschaffung seiner Finanzmittel nicht allein auf die seiner intensiven Kontrolle unterworfenen Steuereinnahmen verläßt, sondern durch Kreditnachfrage der Konkurrenz potentieller privater Gläubiger auf den Geld- und Kapitalmärkten ausgesetzt, wird z. B. folgendermaßen gerechtfertigt:

"..., so scheint sich der öffentliche Kredit besonders dann zu empfehlen, wenn mit der Schuldenaufnahme eine unpopuläre Steuererhöhung wenigstens zeitweilig umgangen werden kann oder eine kurzfristig auftretende Finanzierungslücke geschlossen werden muß oder aber der Schuldendienst aus den Erträgen der damit finanzierten rentablen Anlage selbst oder aus den damit einhergehenden

further aid for the later years of the Plan.

This loss or delay in assistance has implications throughout the Development Plan. For example, although most of the projects for which British aid has been expected have now been stopped certain of them had reached such an advanced stage of building or were so integrated into other parts of a project, that work had to be continued and the money found from local funds. Adopting this policy, however, meant that we may have to refuse other offers of help when these only cover import costs because the local monies which would have been available for the Tanzanian contribution are being utilized to fill the gap which was created by failure to receive the British money."

NYERERE, J.K.: Principles and Development, in: Ders., a.a.O., S. 186 - 206, Zitat. S. 203 - 204.

steigenden Steuereinnahmen getragen werden kann, ..."¹⁾

und

"... die öffentliche Verschuldung ... hat ... neuerdings, insbesondere im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Rezessionsbekämpfung, erheblich zugenommen."²⁾

Täuschung der Staatsbürger, Überwindung der Folgen fehlerhafter Haushaltsplanung, Zwischenfinanzierungsprinzipien für rentable Anlagen und Rezessionsbekämpfung als Bestimmungsgründe staatlicher Verschuldung in entwickelten, kapitalistischen Ländern sind wenig geeignet, das Wesen der Staatsverschuldung in Entwicklungsländern zu erfassen, weil "...die besonderen Fragen der Auslandsverschuldung..."³⁾ unberücksichtigt bleiben würden; - Fragen, die auch "besonderer" Antworten durch die Theorie und Praxis der Staatsverschuldung bedürfen:

Die Abhängigkeit vieler Entwicklungsländer von Zahlungsmitteln, die sie weder im ausreichenden Maß verdienen noch selbst kreieren können, ist weniger das Ergebnis rationalen Kalküls⁴⁾, noch interner institutioneller Hindernisse⁵⁾, sondern einfach Ausdruck ihrer

1) HEDTKAMP, G., a.a.O., S. 217.

2) Wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium (Hrsg.): Kriterien und Konsequenzen der Staatsverschuldung, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 150, 1268, S. 860 - 863, Zitat, S. 860.

3) Ebenda

4) Vgl. BUCHANAN, James M: Public Principles of Public Debt (A Defense and Restatement), Homewood Ill., 1958, insbesondere S. 73 - 84.

5) Vgl. § 7, Kap. 3, Abs. aa und § 8, Kap. 2.

materiellen Armut, die sie zwingt, unter Bedingungen, auf die sie wenig Einfluß haben,¹⁾ selbst die banalsten Dinge, importieren zu müssen. Man mag dies - zu Recht oder Unrecht - der kolonialen Ausbeutung anlasten,²⁾ nur zu mehr als

"a sense of obligation and continuing responsibility on the part of the former mother-countries"³⁾

führt diese Erkenntnis nicht, weil Zeit ein asymmetrisches Konzept ist. In einer solchen Situation existieren andere Verschuldungsgrenzen als jene, die sich der betreffende Staat selbst setzt, existiert, m. a. W., (latent) ein Liquiditätsproblem⁴⁾, das eine sorgfältige Finanzierungsplanung erfordert, um zu verhindern, daß der Staat zwischen der Skylla nationaler Entwicklungsambition und der Charybdis internationaler Zahlungsunfähigkeit Schiffbruch erleidet. Die Anforderungen an eine liquiditätssichernde Budgetplanung sind evident: Alternative Bündel privater und öffentlicher inlands- und auslandsfinanzierter Aktivitäten sind unter Beachtung des ökonomischen Prinzips und Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit⁵⁾ auf die Zahlungsbilanzeffekte hin zu untersuchen und im Falle der Implementierung ständig zu überwachen.

1) Vgl. KALDOR Nicolas: International Trade and Economic Development, in: The Journal of Modern African Studies, 2, 4 (1964), S. 491 - 511.

2) Vgl. z.B. RWEYEMAMU, J. F.: The Causes of Poverty in the Periphery, a.a.O. und FRANK, André G.: Die Entwicklung der Unterentwicklung, in: Ders. et. al. (Hrsg.): Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus, Berlin 1969, S. 30-45.

3) HICKS, Ursula K.: Development Finance (...), a.a.O., S. 40.

4) "Liquiditätsproblem": hier: Die Sorge einer Volkswirtschaft, jederzeit ohne - durch unerwartete Devisenengpässe - erzwungene Planänderungen ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

5) Vgl. Anmerkung 3), S. 215.

Das Zeitprofil eines Leistungsbilanzdefizits zu planen, dessen Finanzierung letztlich - unter Schonung der Reserven - durch "geschenkte" und/ oder geliehene Mittel sicherzustellen ist, wird wegen der exponierten Stellung der Importe und Exporte am Anfang und Ende des nationalen Produktionsprozesses umso besser gelingen, je kontrollierter dieser Prozeß selbst abläuft.

Während die Existenz eines Liquiditätsproblems für viele Entwicklungsländer schwerlich zu bestreiten ist, herrscht wegen der antagonistischen Ansichten von Kreditoren und Debitoren über die "richtigen" Grenzen der Auslandsverschuldung sehr viel weniger Einmütigkeit.¹⁾ Nimmt man an, daß öffentliche Debitoren jederzeit versuchen, bedingungslos überlassene ausländische Zahlungsmittel zu maximieren,²⁾ daß Kreditoren, sofern es sich um (Banken-)Unternehmungen handelt, ihren Gewinn,³⁾ und, sofern es sich um Regierungen handelt, ih-

1) Vgl. GUTH, Wilfried: Zum Rückzahlungsproblem der Entwicklungsländer (Ansatzpunkte für eine realistische Entwicklungspolitik), in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 178 (1965) S. 158 - 168

2) Die "Grenzen der Verschuldung" werden im § 15 näher untersucht.

3) Vgl. z. B. die Statuten der Weltbank, in: The International Bank for Reconstruction and Development (Hrsg.): The International Bank for Reconstruction and Development 1946 - 1953, Baltimore 1954, insbesondere Appendix L, Articles of Agreement, S. 237 ff.

ren politischen Einfluß¹⁾ zu maximieren trachten, dann liegt hier eine "Marktform" vor, die einem bilateralen (polit.-ökonomischen) Oligopol sehr ähnlich ist. So gesehen ist es für die Entwicklungsländer ein Gebot der Rationalität, die Anbieter untereinander (strategisch) auszuspielen²⁾, um zu möglichst günstigen Konditionen in den Besitz dringend benötigter Devisen zu gelangen. Ob unter diesen Bedingungen eine allgemeine Gleichgewichtslösung bestimmbar ist, erscheint sehr fraglich.

-
- 1) "Fraglos lagen die Motive zu zahlreichen dieser (Entwicklungshilfe-) Programme in unserer Furcht vor der Ausbreitung des Kommunismus. Zwar werden gefüllte Mägen die Demokratie nicht retten; aber leere können ihren Untergang besiegeln. Und wenn wir unseren Freunden moderne Gewehre geben, wird das nicht nur zu ihrer Verteidigung, sondern auch zum Schutz der amerikanischen Soldaten beitragen.... Nennen Sie das Altruismus, wenn Sie wollen. Oder bezeichnen Sie es als auf lange Sicht gesehene Zweckmäßigkeit. Wir wissen, daß auf der Welt auf jeden Amerikaner 15 Nichtamerikaner entfallen. Unsere Zukunft hängt also weitgehend von einer stabilen internationalen Ordnung ab, die der westlichen Gesellschaft gegenüber nicht feindlich eingestellt ist." SAMUELSON, Paul A.: Volkswirtschaftslehre, Bd. II, Köln 1965, S. 399.
 - 2) H. MÖLLER scheint dieses Verhalten zu kritisieren, wenn er schreibt: "Die Lenkung aller solcher Finanzierungsmittel über eine internationale Institution würde manche Vorteile haben; sie würde die Kredite und Zuwendungen entpolitisieren und es den Empfangsländern erschweren, die Geldgeber untereinander auszuspielen."
MÖLLER, Hans: Internationale Wirtschaftsorganisationen, Wiesbaden 1960, S. 104.

Betrachten wir unter diesen Aspekten nunmehr die Einnahmen Kenias und Tansanias aus öffentlicher Verschuldung im Finanzjahr 1962/63:

1. Die Verbindlichkeiten des Zentralhaushaltes in Kenia nahmen um 7,5 Mill. £ oder 12 % der gesamten Staatseinnahmen zu. Hiervon stammten 6 Mill. £ oder 80 % aus dem Vereinigten Königreich und der Rest etwa je zur Hälfte aus der Bundesrepublik Deutschland und von der Weltbank. Soweit diese Verteilung der Krediteinnahmen auf die Gläubiger kein Zufall war,¹⁾ wird sie nicht als Ausdruck erhöhter Besorgnis um die nationale, finanzielle Unabhängigkeit Kenias interpretiert werden dürfen.

2. Mit 0,3 Mill. £ oder 0,8 % der Staatseinnahmen war die Steigerung der öffentlichen Verbindlichkeiten Tansanias überraschend niedrig. Eine Überprü-

1) Tatsächlich gibt es Hinweise, daß Großbritannien das wichtigste Gläubigerland Kenias ist: Die kumulierten Auslandsverbindlichkeiten betrugen am 30/06/1970 74,7 Mill. £; hiervon entfielen auf:

G.B.:	70,48 %	I.D.A.:	14,23 %	U.S.A.I.D.:	6,54 %
B.R.D.:	5,21 %	I.B.R.D.:	1,60 %	9 andere:	1,94 %

Quelle: "Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S. 173.

fung der Quellen erwies,¹⁾ daß ein Fehler in der Größenordnung einer Zehnerpotenz - zu Lasten der "Finanzhilfen" - angenommen werden muß und davon auszugehen ist, daß das Debet Tansanias um 3,1 Mill £ oder 7,9 % der Staatseinnahmen zunahm. Hiervon entfielen 59 % auf das Vereinigte Königreich, 27 % auf verschiedene andere ausländische Gläubiger, 9 % auf britische Privatbanken in Tansania und der Rest auf verschiedene andere inländische Kreditoren, so daß hier die Verteilung der Kredite auf die Gläubiger etwas gleichmäßiger war als in Kenia.

3. In der Eigenschaft als Gläubiger seiner Beschäftigten, subordinierten Dienststellen, Versorgungsbetriebe (u. U. privater Firmen) fließen dem Staat - sofern die Kredite nicht notleidend werden - früher oder später nach ihrer Verausgabung Tilgungszahlungen zu, die in den Haushaltsrechnungen als Einnahmen verbucht sind. Eine ökonomische Würdigung dieses staatlichen

$\frac{j}{i}$	Jahr	Grants Loans		Tot.	Grants	Loans	Tot.
1	1960/61	1974 ¹⁾	2832 ¹⁾	4806	41.07	58.93	100.00
2	61/62	3182 ¹⁾	3970 ¹⁾	7152	44.49	55.51	100.00
3	62/63	4929 ¹⁾	290 ¹⁾	5219	94.44	5.56	100.00
4	63/64	1260 ¹⁾	1378 ¹⁾	2638	47.76	52.24	100.00
5	64/65	1018 ¹⁾	2953 ¹⁾	3971	25.64	74.36	100.00
6	Durchschnitt 1, 2, 4, 5 :				39.74	60.26	100.00
7	Durchschnitt 2, 4 :				46.13	53.87	100.00
8	Ø	2241	2978	5219	42.94	57.06	100.00

Die Veränderung des Schuldenstandes zwischen dem 30/06/1962 und 30/06/1963 lieferte 2 Werte:

(a) Differenz der "Totals": 3093 Tsd. £²⁾;

(b) kumul. Differenz d. "Details": 3226 Tsd. £²⁾;

$1/3 (2978 + 3093 + 3226) = 3099$. Hiernach wird angenommen, daß der Zuwachs an Verbindlichkeiten 1962/63 3,1 Mill. £ betrug. Sie verteilten sich folgendermaßen:²⁾ u.K.: 38,71 %, U.S.A.I.D.: 11,93 %, Lieferanten 11,62 %, B.R.D.: 3,22 %, britische Banken in Tansania: 8,18 % und verschiedene andere Inlandsquellen 6,32 %.

Quellen: "Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O.

1) S. 126;

2) S. 129.

Bankgeschäftes ist ohne Kenntnis der interpersonellen Verteilung der Aktivkredite kaum möglich. Da aber anzunehmen ist, daß der Staat seine Kredite zu günstigeren als zu Marktbedingungen gewährt, wären hier wieder kalkulatorische Sozialtransfers und Subventionen zu verrechnen.

Bei den Dividenden und Zinserträgen handelt es sich im wesentlichen um Einkommen, die die Currency Board aus den exzessiven Währungsreserven erwirtschaftet.¹⁾

d. Güter- und Leistungsverkäufe: Monopolistische Ausbeutung oder paternalistische Emendation verzerrter Konsumentenpräferenzen?

Nach den Übertragungszahlungen betrachten wir nunmehr die in Form von Erwerbseinkünften, Gebühren und Beiträgen anfallenden Einnahmen aus Güter- und Leistungsverkäufen des Staates.

Unter Ausnützung der Eigenschaft, daß spezielle Entgelte

"... gegenüber der allgemeinen Steuer den unbestreitbaren Vorteil (haben, A.d.V.), daß sie mit sehr viel geringeren Widerständen von den (Zahlungs-, Beitrags- und, A.d.V.) Gebührenpflichtigen gezahlt werden, da hier die Verbindung von Einnahmen und den damit finanzierten Ausgaben besonders deutlich scheint und oft der Anschein echter Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung erweckt wird",²⁾

bieten sich dem Staat Möglichkeiten, durch Täuschung der Staatsbürger einnahmepolitische Zielsetzungen wahrzunehmen. Da unter diesen Umständen der Fiskal-

1) Vgl. § 8, Kap. 2.

2) HEDTKAMP, G.: a.a.O., S. 234.

zweck umso leichter zu erfüllen ist, je uninformierter die privaten Wirtschaftssubjekte sind,¹⁾ wird es sich bei diesem Angebot öffentlicher Güter und Leistungen nicht um meritorische²⁾ handeln können. Ob und in welchem Maße der Staat nun aus dieser Quelle schöpft und durch monopolistisches Verhalten "Mallokalationen" knapper Ressourcen verursacht, entzieht sich weitgehend empirischer Überprüfbarkeit, weil die Kostenfunktionen der staatlichen Produktion marktfähiger Güter und Leistungen selten zu ermitteln sind.

Dessenungeachtet bleibt zu konstatieren, daß die Einnahmen aus Güter- und Leistungsumsätzen merklich zum Finanzaufkommen der Zentralhaushalte Kenias und Tansanias beitragen, und daß es - besonders in bezug auf Tansania - ungerechtfertigt wäre, den speziellen Entgelten eine wichtige einnahmepolitische Bedeutung abzusprechen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die (1962/63) als "Appropriations-in-Aid"³⁾ ausgewiesenen speziellen Deckungsmittel Tansanias schätzungsweise ein Drittel "Consolidated-Fund-Services-Reimbursements" enthielten,⁴⁾ waren hier die Güter- und Leistungserlöse (mit vielleicht etwa 6 Mill. £) sehr wahrscheinlich höher als in Kenia (4,6 Mill. £).

-
- 1) Würden die Nachfrager beispielsweise, daß sich der Staat bei der Preisbildung einer Ware monopolistisch verhält, könnten sie durch Steigerung ihrer Nachfrageelastizität cet. par. ein größeres Angebot bei geringeren Preisen und niedrigeren Stückgewinnen erzwingen.
 - 2) Vgl. Anmerkung 1), S. 170.
 - 3) Appropriations-in-Aid: "... the revenue earned by Departments and Ministries by the provision of goods and services appropriated to meet their own expenditure",
"Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S. 158.
 - 4) Die Einnahmen späterer Jahre liefern Evidenz für die Zulässigkeit dieser Annahme.

Angesichts des (durch die weitgehende Steuerharmonisierung in Ostafrika) eng begrenzten steuerpolitischen Spielraums und der Risiken, mit denen der Kapitalimport behaftet ist, scheint der Fiskus in Tansania die Preis-, Gebühren- und Beitragspolitik als autonome, instrumentale Variable einzusetzen, um den Finanzbedarf der öffentlichen Hand zu decken, ohne der Ansicht MUSGRAVES Beachtung zu schenken, der zufolge marktfähige öffentliche Güter und Leistungen verzerrte (Konsumenten-) Präferenzen zu korrigieren hätten.¹⁾

e. Sonstige Einnahmen

Absichtliche Verschleierungen, Abgrenzungsschwierigkeiten, Zufälligkeiten, Rechenfehler u. a. m. als Ursachen "unerklärter" und "verschiedener" Positionen erschweren oder verhindern deren Überprüfung und Würdigung. Drei spezifizierbare Einnahmenarten aus der Gruppe der "Verschiedenen sonstigen Einnahmen" seien deshalb nur kurz erwähnt:

1. Obwohl Straf- und Bußgelder als repressive Maßnahmen zur Ahndung, Vergeltung, Sühnung oder Abschreckung von Straftaten zweifellos die Präferenzen der Zahlungspflichtigen beeinflussen (sollen), handelt es sich wegen ihres Zwangscharakters nicht um Äquivalente meritorischer Güter. Ähnliches gilt für die sog. Gerichtskosten, da sie meistens von der unterlegenen und nicht von der nutznießenden, obsiegenden Partei

1) MUSGRAVE: "For purposes of this study, our concern is primarily with the first or normative view." MUSGRAVE, R. A., a.a.O., S. 4.

gezahlt werden müssen.¹⁾

2. Die Zahlungen der ostafrikanischen Gemeinschaftsorgane sind hier rubriziert, da es sich bei ihnen um ein quantitativ nicht aufteilbares *mixtum compositum* handelt, das praktisch Elemente aller vorausgegangenen Einnahmenarten enthalten kann, z. B. : Restzahlungen aus Steuerendabrechnungen, Übertragungen aus Redistributionsfonds, weitergeleitete Passivkreditmittel und Überschüsse der "Self-Contained-Services".
3. Sofern die in dieser Gruppe ausgewiesenen Einnahmen teilweise von staatlichen und para-staatlichen Organisationen stammen, kann die Möglichkeit von Doppelzahlungen nicht ausgeschlossen werden.

Während durch eine Reklassifikation der in den Kapiteln 1 und 2.a diskutierten Steuerarten allein keine neuen Einsichten über ihre Wirkungen auf den permanenten Prozeß der Entstehung, Verteilung und Verwendung des Volkseinkommens zu gewinnen wären, würde eine einkommens- und herkunftsgerechtere Untergliederung der übrigen (40 %) Übertragungs- und Entgelteinnahmen dazu beitragen, die Transformationseigenschaften²⁾ der Zentralhaushalte Kenias und Tansanias weiter abzuklären. Leider ließen die verfügbaren Informationen weder die Identifikation von Banken, sonstigen Unternehmungen und

-
- 1) Unglücklicherweise sind diese "Kosten", Straf- und Bußgelder im Falle Tansanias unisolierbar in den Zweckzuweisungen enthalten.
 - 2) Transformationseigenschaft: Hier die Eigenschaft, ein Mehr an Übertragungseinnahmen - Steuern, Finanzhilfen, Verkaufserlöse aus Real- und Finanzvermögenstransaktionen, Straf- und Bußgelder, Geldschöpfungserträge - in ein Mehr an Transformationsausgaben - Ausgaben für den Erwerb von Gütern und Leistungen - zu überführen.

Haushalten - jeweils private und öffentliche, inländische und ausländische¹⁾ - als Veranlasser dieser Zahlungen noch die Ermittlung der Gewinn- und Entgeltanteile aus Vermögenstransaktionen an den öffentlichen Erwerbseinnahmen zu.²⁾

1) Vgl. § 2 Kap. 1.

2) Lediglich zwei Beobachtungen entsprechender Extrauntersuchungen sind bemerkenswert:

- (a) Alle verfügbare Evidenz bestätigte die Annahme, daß der Staat seine Aktivkredite, und zwar insbesondere die Personalkredite, mit attraktiven Konditionen ausstattet.
- (b) Von den mit Manipulationen einer bestimmten Datenmenge oft verbundenen Informationswertverlusten werden in Kenia besonders die ausländischen Finanzhilfen betroffen.

§ 12 Ein objektspezifisches Bezugssystem zur Beurteilung der Haushaltspolitik in Kenia und Tansania

1. Zweck und Eigenschaften des Modells

a. Das Modell als Grundlage nicht-normativer Urteile

Im Lichte der bisher gewonnenen Einsichten in wirtschaftliche und soziale Tatbestände der Untersuchungsobjekte Kenia und Tansania muß der Wert der in Paragraph drei diskutierten deterministischen Wachstumsmodelle zur Erklärung und Prognostizierung der sozio-ökonomischen Entwicklung dieser Volkswirtschaften noch fragwürdiger erscheinen, weil sie drei spezifische Merkmale dieser Länder nicht explizit berücksichtigen:

1. in kritischer Weise vom Ergebnis der Substanz- und Marktproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse abhängig zu sein;
2. als Exporteure landwirtschaftlicher Produkte und Importeure industrieller Konsum- und Investitionsgüter in sensibler Weise den Preisschwankungen auf den Weltmärkten ausgesetzt zu sein und
3. bei allem Reichtum an Arbeitskräften unter einem eklatanten Mangel an qualifizierten Arbeitern zu leiden.¹⁾

Als Abbildungen des Wachstumsprozesses in kapitalintensiven Wirtschaften erscheinen somit Kapitalakkumula-

1) Vgl. PFISTER, Bernhard: Die Problematik des Faktors Arbeit in Entwicklungsländern und Entwicklungspolitik, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 178(1965), S. 169 - 185.

tionstheorien wenig geeignet, den Entwicklungsprozeß in agrarisch orientierten Gesellschaften erklären, geschweige denn prognostizieren zu können. Da andererseits die entwicklungspolitische Zielsetzung die Mobilisierung und den effektiven Einsatz aller verfügbaren öffentlichen und privaten Ressourcen verlangt,¹⁾ ist es z. B. ein Gebot wirtschaftlicher Rationalität, private und staatliche Wirtschaftspläne gegenseitig aufeinander abzustimmen, um das - z. B. allein durch Uninformiertheit verursachte - Risiko der Mal-lokation knapper Ressourcen zu verringern.

Da aber Aussagen über die "Abgleichsgüte" von Wirtschaftsplänen, über die Effizienz des Faktoreinsatzes usw. stets relative, d. h. "wertende" Aussagen sind, muß, um mangels einer "verstehenden Methode" (dem normativen Aspekt positiver Ökonomik gemäß) die intersubjektive Überprüfbarkeit solcher "Werturteile" gewährleisten zu können, die Bezugsgröße bzw. - beim Vorliegen komplizierterer Tatbestände - das Bezugssystem, mit der bzw. mit dem historisch-empirische Fakten verglichen werden, explizit dargestellt werden.

Die Qualität eines solchen Referenzsystems wird i. d. R. durch die Güte des verfügbaren Datenmaterials und den Bestand gesicherter theoretischer Kenntnisse bestimmt, die beide jedoch stets viele Wünsche offenlassen. So kollidiert beispielsweise die Grundeigenschaft spezifisch öffentlicher Güter unteilbar zu sein, mit dem Stetigkeits- und Differenzierbarkeitspostulat jener Modelle, die in der Sprache der Infinitesimalrechnung formuliert sind; als externe Effekte beeinflussen sie - und die Art ihrer Finanzierung - die Nutzenfunktionen der Konsumenten und die Produktionsfunktionen der Pro-

1) Vgl. § 1.

duzenten auf (kardinal) nicht meßbare Weise und verbieten insbesondere bei einer Politik forcierten Strukturwandels die Annahme fixer Koeffizienten bei Produktion und Konsumtion. Die Reaktion der Investoren und Konsumenten auf solche Änderungen sind meistens ebenso unbekannt und unmeßbar wie die "optimale" Größe und Struktur der Staatswirtschaft.

Wenn trotz dieser "formidablen",¹⁾ analytischen und konzeptionellen Schwierigkeiten auf den folgenden Seiten ein mathematisches Bezugssystem entwickelt wird, dann nicht zuletzt aus der Überzeugung, mit Hilfe dieser Methode ein konsistentes und vollständiges System hypothetischer Beziehungen am schärfsten abbilden und solchermaßen die zentrale Frage, welchen Beitrag die öffentlichen Haushalte Kenias und Tansanias seit ihrer Unabhängigkeit zur Überwindung der Unterentwicklung dieser Staaten geleistet haben, einer möglichst befriedigenden Antwort näherbringen zu können. Indessen soll es nicht dazu verleiten, eine Teilmenge ökonometrisch darstellbarer Beziehungen für die Gesamtheit aller "relevanten" wirtschaftlichen oder gar sozialen Verflechtungen einer Volkswirtschaft zu halten.

2. Das Modell und seine Prämissen

Die allgemeine makroökonomische Kreislaufbeziehung

$$\begin{aligned} (1) \quad \text{BIP}_{\text{MP}} - (T_i^\Theta - \bar{T}_i) &= \text{BIP}_{\text{FK}} = \\ C + I + (\text{EX} - \text{IM}) - (T_i^\Theta - \bar{T}_i), &\text{ mit} \\ T_i^\Theta &= T_i^\# + T_M \quad - \text{vgl. Gleichg. (7)} \end{aligned}$$

wird modifiziert, um einige als kritisch betrachtete und testbare Variablen explizit zu machen:

1) SHOUP, C.S., a.a.O., S. 7.

- (2) Das Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten entsteht in folgenden sechs, voneinander relativ unabhängigen¹⁾ Produktionsbereichen:

	privat	öffentl.	Tot.
Subsistenzw.	P_3^P		} P
Monet. Landw.	P_L^P		
Hoch-u. Tiefbau	P_3^P	P^G	
Industrie	P_I^P		
Handel u. Transp.	P_H^P		
BIP _{FK}	P^P	+	P^G = P

- (3) Die pro Periode entstandenen Einkommen werden i. d. R. für die quantitative und qualitative Erhaltung und Änderung des Bestandes an Produktionsfaktoren (incl. Vorräte) verwendet. Da das duale Gliederungsprinzip der Einkommens-Verteilungsstatistik (funktions- und personell) bislang keinen Eingang in die Einkommens-Verwendungsstatistik gefunden hat, muß die konventionelle Investitions-Konsumgüter-Dichotomie beibehalten werden,²⁾ die an juristischen Merkmalen

- 1) Die geringe intersektorale Verflechtung ist ein weiteres typisches Strukturmerkmal dieser Wirtschaften. Vgl. PEACOCK, A.T. u. DOSSER, D.G.M., a.a.O.
- 2) Eine faktor- und funktionsgerechte Gliederung der Einkommensverwendung könnte beispielsweise folgende Struktur haben:

	Bestandserhaltung		Bestandsänderung	
	quantitativ	qualitativ	quantitativ	qualitativ
Arbeit	Ersatzrekrutierung	"Konsum"	Harrod-neutraler techn. Fortschritt	Arbeitskräfte-Mobilisierung
Boden	Landrückgewinnung	Bodenkonservierung	agrarwirtsch. Fortschritt	Land-/Bodengewinnung
Kapital	Reinvestition	Instandhaltung	Solow-neutral. techn. Fortschritt	Nettoinvestition

anknüpft und als Investitionen nur die statistisch erfaßten Veränderungen der Vorrats- und Anlagebestände bei Unternehmungen mißt. Der Anteil kapazitätswirksam verwendeter Einkommensteile wird somit systematisch unterschätzt.

	privat	öffentl.	Tot.
Masch.u.Anlag.	I_M^P	I_M^G	I_M
Hoch-u.Tiefbauten	I_B^P	I_B^G	I_B
Vorräte	statistisch nicht erfaßt		
Investitionen	I^P	$+ I^G$	$= I$

- (4) Die nicht investierten Einkommensteile werden ex definitione von öffentlichen und privaten Haushalten konsumiert: $C = C^P + C^G$.

- (5) Exportiert werden hauptsächlich landwirtschaftliche Rohstoffe und einige industrielle Erzeugnisse: $EX = EX_L + EX_I$.

- (6) Private und öffentliche Wirtschaftssubjekte importieren im wesentlichen drei Warengruppen:

	privat	öffentl.	Tot.
Endkonsumgüt.	IM_C^P	IM_C^G	IM_C
Intermediäre Güt.	IM_I^P	IM_I^G	IM_I
Kapitalgüter	IM_K^P	IM_K^G	IM_K
Importe	IM^P	$+ IM^G$	$= IM$

- (7) Das Brutto-Steueraufkommen entstammt, wie in Paragraph 11 gezeigt wurde, im wesentlichen vier Steuerarten: "direkten" und "indirekten" Steuern sowie Export- und Importzöllen: $T = T_d^{\#} + T_X + T_i^{\#} + T_M$.

(8) Für die 24 unabhängigen und abgeleiteten Variablen sollen folgende funktionalen und definitiven Beziehungen gelten:

$$(8.1) \quad P_S^P = (1 - \mu) P$$

$$(8.2) \quad P_L^P = \mu_L P$$

$$(8.3) \quad P_B^P = \mu_B P$$

$$(8.4) \quad P_I^P = \mu_I P$$

$$(8.5) \quad P_H^P = \mu_H P$$

$$(8.6) \quad P^G = \mu_G P$$

$$P_M = P - P_S^P = \mu P ; \mu = \mu_L + \mu_B + \mu_I + \mu_H + \mu_G$$

$$(8.7) \quad I_M^P = s_M^M P_M = s_M^M \mu P$$

$$(8.8) \quad I_B^P = s_S^B P_S^P + s_M^B P_M = [s_S^B (1-\mu) + s_M^B \mu] P$$

$$(8.9) \quad I_M^G = A_M^G \quad (A: \text{autonome und/oder exogene Variable})$$

$$(8.10) \quad I_B^G = A_B^G$$

$$I = A_M^G + A_B^G + P[(s_M^M + s_M^B)\mu + s_S^B(1-\mu)]$$

$$(8.11) \quad C^P = c_S^P P_S^P + c_M^P Y_M^P = P[(1-\mu)c_S + c_M(1-t_d)\mu]$$

$$(8.12) \quad C^G = A_C^G$$

$$C = A_C^G + P[(1-\mu)c_S + c_M(1-t_d)\mu]$$

$$(8.13) \quad EX_L = A_X^L$$

$$(8.14) \quad EX_I = A_X^I$$

$$EX = A_X^L + A_X^I$$

$$(8.15) \quad IM_C^P = m_C^P Y_M^P$$

$$(8.16) \quad IM_I^P = m_I^P Y_M^P$$

$$(8.17) \quad IM_K^P = m_K^P I_M^P$$

$$(8.18) \quad IM_C^G = m_C^G C^G$$

$$(8.19) \quad IM_I^G = m_I^G C^G$$

Es bedeuten:

c: durchschnittl. Konsumquote,
m: " Importquote,
μ: " Sektoranteil
am SP,
s: " Sparquote,
t: Durchschnittssteuersatz,
wobei $0 \leq c, m, \mu, s, t \leq 1$
und $A \geq 0$

$$(8.20) \quad IM_K^G = m_K^G I_M^G$$

$$IM = A_C^G (m_C^G + m_I^G) + m_K^G A_M^G + \mu P [(1-t_d)(m_C^P + m_I^P) +$$

$$(8.21) \quad T_d^* = (T_d^\# - \bar{T}_d) = t_d P_M = t_d \mu P \quad m_K^P s_M^M]$$

$$(8.22) \quad T_i^* = (T_i^\# - \bar{T}_i) = t_i P_M = t_i \mu P$$

Da die Zölle in Form spezieller Abgaben auftreten, gilt:

$$T_X^L = t_X^L EX_L = t_X^L A_X^L$$

$$T_X^I = t_X^I EX_I \quad \text{mit } t_X^I = 0, \text{ um den Export dieser Güter nicht zu behindern.}$$

$$(8.23) \quad T_X = t_X^L A_X^L$$

$$T_M^C = t_M^C IM_C^P = t_M^C m_C^P (1-t_d) \mu P$$

$$T_M^I = t_M^I IM_I^P = t_M^I m_I^P (1-t_d) \mu P$$

$$T_M^K = t_M^K IM_K^P = t_M^K m_K^P s_M^M \mu P$$

$$(8.24) \quad T_M = \mu P [(1-t_d)(t_M^C m_C^P + t_M^I m_I^P) + t_M^K m_K^P s_M^M]$$

$$T_i = T_i^* + T_M = \mu P [t_i + (1-t_d)(t_M^C m_C^P + t_M^I m_I^P +$$

$$T_d = T_d^* + T_X = t_X^L A_X^L + t_d \mu P \quad t_M^K m_K^P s_M^M)]$$

$$T = T_d + T_i = t_X^L A_X^L + \mu P [t_d + t_i + (1-t_d)(t_M^C m_C^P + t_M^I m_I^P) + t_M^K m_K^P s_M^M]$$

Weiterhin gilt:

$$Y_M^P = P_M - T_d = \mu P (1-t_d) - t_X^L A_X^L \approx \mu P (1-t_d) \quad \text{für } t_X^L \approx 0 \quad 1)$$

$$Y^P = Y_M^P + P_S^P = P(1-\mu t_d)$$

$$BIP_{FK}^P = Y^P + T_d = P$$

Formt man die Gleichung (1) in der BIP_{FK} -Version unter Berücksichtigung der vorstehenden Beziehungen nach I um, so erhält man die gesamtwirtschaftliche Ersparnis mit:

1) Die empirischen Befunde rechtfertigen diese vereinfachende Annahme. Vgl. § 11, Tafel 5.

$$(9) \quad I = A + \epsilon P \stackrel{!}{=} S, \text{ wobei}$$

$$A = A_C^G [(m_C^G + m_I^G) - 1] + A_M^G m_K^G - (A_X^L + A_X^I)$$

$$\text{und } \epsilon = 1 - c_S(1 - \mu) + \mu \left\{ (1 - t_d) [(1 + t_M^C) m_C^P + m_I^P (1 + t_M^I) - c_M] + t_i + m_{KSM}^P (1 + t_M^K) \right\}$$

(10) Für die Entstehung des Bruttoinlandproduktes zu Faktorkosten sollen folgende Beziehungen zwischen dem Kapitalbestand K und dem Output P gelten:

$$K_S^P = p_S P_S^P = p_S (1 - \mu) P = v_S P$$

$$K_L^P = p_L P_L^P = p_L \mu_L P = v_L P$$

$$K_B^P = p_B P_B^P = p_B \mu_B P = v_B P$$

$$K_I^P = p_I P_I^P = p_I \mu_I P = v_I P$$

$$K_H^P = p_H P_H^P = p_H \mu_H P = v_H P$$

$$K^G = p_G P^G = p_G \mu_G P = v_G P$$

$$K_i/P = p_i P_i/P = p_i \mu_i = v, K = vP, \text{ wobei}$$

$$v = v_S + v_L + v_B + v_I + v_H + v_G$$

Als Abhängige von der Zeit tragen alle "Strom-Variablen" und alle "Bestands-Strom-Parameter" die Zeitdimension τ^{-1} , alle "Bestandsvariablen" und "Strukturparameter" die Zeitdimension τ^0 .

Fordert man als Gleichgewichtsbedingung eines dynamischen Wirtschaftsprozesses Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren¹⁾ und Gleichheit von geplanter Investition und geplanter Ersparnis, so können die vorstehenden Ex-post-Identitäten als Ex-ante-Bedingungen eines dynamischen Gleichgewichts interpretiert werden²⁾; es gilt:

$$(11) \quad \mathcal{G} P + A = s P = S \stackrel{!}{=} I = D K = v D P$$

oder

$$v D P - \mathcal{G} P = A, \text{ wobei } D = \frac{d}{d\tau}.$$

Die Lösung dieser einfachen, inhomogenen Differentialgleichung erster Ordnung hängt u. U. in kritischer Weise von $A = A(\tau)$ ab, d. h. vom Zeitverhalten der exogen determinierten Größe A.

c. Die Lösungen des Modells

1. Nimmt man zunächst einmal an, die den Term $A(\tau)$ determinierenden Größen saldierten sich (zufällig) zu null, dann kann die zentrale Frage nach der wachstumsrelevanten Budgetpolitik (in Entwicklungsländern des dargestellten Typs) einer Beantwortung näher ge-

-
- 1) Namentlich herrsche keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit.
 - 2) Auf die Berücksichtigung von Lags wurde verzichtet, 1. weil es sich hier um eine langfristige Betrachtung handelt und 2. weil ihre empirische Meßbarkeit auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde.

bracht werden: Unter dieser Voraussetzung dominiert ein Ausdruck der Art $B e^{(\sigma/v)\tau}$, $B > 0$,¹⁾ die Lösung. Da σ und v eindeutig bestimmt sind, lassen sich die Bedingungen, unter denen der Staat über die durch ihn kontrollierten Parameter t_d , t_i , t_M^C , t_M^I , t_M^K und v_a die Wachstumsrate erhöhen kann, angeben: Die Wachstumsrate $\eta = \frac{\sigma}{v}$ steigt cet. par., je kleiner v wird, je kleiner also - auch - der Kapitaleinsatz pro öffentlicher Outputseinheit ist. Durch Variation der Durchschnittsteuersätze kann der Staat auf den Zähler der Wachstumsrate einwirken; es gilt:

$$(12) \quad \frac{d\sigma}{dt_M^C}, \frac{d\sigma}{dt_M^I}, \frac{d\sigma}{dt_M^K}, \frac{d\sigma}{dt_i} > 0, \\ \text{sofern} \quad t_d < 1.$$

Hiernach würde eine Erhöhung der durchschnittlichen Steuersätze der Verbrauchsteuern und Importzölle cet. par. stets zu einer Erhöhung der Wachstumsrate führen, während dies bei einer Erhöhung des durchschnittlichen Steuersatzes der Einkommensteuern (incl. G.P.T.) nur dann der Fall wäre, sofern die Bedingung

$$(13) \quad c_M > (1+t_M^C) m_C^P + (1+t_M^I) m_I^P \quad \text{bzw.} \\ \text{für } 0 \leq t_M^C, t_M^I \leq 1 \quad c_M > (m_C^P + m_I^P) > 2(m_C^P + m_I^P)$$

erfüllt wäre. Genügen die empirischen Werte der Parameter zwar der notwendigen, nicht aber der hinreichenden Bedingung, gilt also $(m_C^P + m_I^P) > c_M > 2(m_C^P + m_I^P)$, dann könnte man durch geeignete Einstellung der Parameter t_M^C und t_M^I die Erfüllung der Bedingung (13) erzwingen.

1) "B": beliebige Integrationskonstante; zur Lösung, vgl. SMIRNOW, W. I., a.a.O.

2. Vor der Diskussion der vollständigen Lösung der Differentialgleichung (11) sollen die numerischen Werte der Variablen und Parameter des Modells für das Basisjahr 1963 betrachtet werden:

f. Werte ausgewählter Variablen und Parameter für Kenia und Tansania, 1963

	Kenia		Tansania		Kenia		Tansania		
1) P ₀	h	259,1 Mill.	227,4 Mill.	C _H 1)	0.2039	0.2314	v _S 3)	0.0129	0.0169
1) L ₀	h	67,2 Mill.	64,7 Mill.	c _H 1)	0.1365	0.1320	v _L 3)	0.2573	0.3237
1) I ₀	h	31,0 Mill.	9,3 Mill.	c _H 1)	0,0579	0.0974	v _B 3)	0.0374	0.0125
1) G ₀	h	1,8 Mill.	0,7 Mill.	c _I 2)	0.0451	0.0321	v _I 3)	0.0667	0.0530
2) G ₀	h	42,2 Mill.	23,8 Mill.	c _S 2)	0.9500	0.9500	v _H 3)	0.3892	0.2116
1) G ₀		0.5556	1.2857*	c _H 2)	0.7926	0.7295	v _G 3)	0.1333	0.1562
2) G ₀		0.0308	0.0546	c _M 1)	0.0743	0.0545	v 3)	0.8968.	0.7739
2) G ₀		0.0166	0.0714	c _P 1)	0.1402	0.1916			
1) A ₀		0.7430	0.6620	c _I 1)	0.3064	0.1369			
1) E ₀		0.0437	0.0291	c _M 1)	0.9301	0.9390			

Berechnet, nach:

- 1) amtlichen Daten in "Statistical Abstracts" Kenias und Tansanias, a.a.O., sowie in den National Accounts of Tansania 1964 to 1970, Dar-es-Salaam 1972;
- 2) wie 1) unter Berücksichtigung von Schätzfehlern für:
 $-dt_i = (0.5 \pm 0.5)u_i$ Ti, einen Schätzbetrag für Kosten- und preiswirksame Abgaben privater Unternehmen an den Staat wie Mieten, Pachten, Zinsen, Royalties und verschiedene Gebühren und Beiträge: $u_K = 0.1993$; $u_T = 0.6296$;
 $-dx = (0.05 \pm 0.05)x$, einen geschätzten Fehleranteil an der Staatskonsumquote α in bezug auf den gesamten Inlandskonsum; $\alpha_K = 0.1680$; $\alpha_T = 0.1170$;
 $-des = \pm 0.05$ es, einen Fehleranteil an der Konsumquote aus Subsistenzeinkommen; $es = 0.95$;
3) für α in v wie 1); für p in v, vgl. TINBERGEN, J. a.a.O., S. 239; zusätzlich wurde angenommen, daß sämtliche v_i mit einem Fehler von $dv_i = (0.1 \pm 0.1)v_i$ behaftet sind.

* Die Quellen weisen in der Tat aus, daß $INK > IG$ $\Rightarrow m_K > 1$.

Für das Basisjahr 1963 erhält man danach folgende Ergebnisse:

Übersicht g	Kenia	Tansania
σ	0,6478	0.5197
σP_0	£ 167,8 Mill.	118,2 Mill.
A_0	£ -137,4 Mill.	- 93,9 Mill.
$S_0 = \sigma P_0 + A_0$	£ 30,4 Mill.	24,3 Mill.
$s = S_0 / P_0$	0.1173	0.1068
$\eta = \sigma / v$	0.7223	0.6715
$g = s / v$	0.1308	0.1380

Wegen der relativen Unempfindlichkeit dieser Ergebnisse gegenüber den durch die Schätzfehler in das Gleichungssystem getragenen Unsicherheiten¹⁾ steht also fest, daß die extrem hohen Werte von σ ohne Korrektur durch einen geeigneten Zeitpfad von $A(\tau)$ eine Wachstumslösung für $P(\tau)$ liefern würden, die mit einer Verdopplungszeit von ca. 1 1/2 Jahren phantastisch hoch wäre.

1) Es läßt sich nachweisen, daß der Folgefehler in S null sein muß, und daß der relative Fehler in σ zwischen zwei und drei Prozent liegt, - in einer Größenordnung also, die nicht aus den Rahmen des mutmaßlichen Fehlers fällt, mit dem das statistische Quellenmaterial wahrscheinlich behaftet ist. Darüber hinaus beeinflußt selbst der mit höchstens zwanzig Prozent angenommene Schätzfehler in v die Ergebnisse kaum, weil v etwas kleiner als eins ist.

3. Deshalb soll nunmehr angenommen werden, $A(\tau)$ sei durch die Funktion

$$(14) \quad A(\tau) = A_0 e^{\vartheta \tau}$$

hinreichend genau bestimmt. Nach Addition der allgemeinen Lösung der homogenen mit der speziellen Lösung der inhomogenen Gleichung erhält man unter Berücksichtigung der Anfangsbedingung $P \stackrel{!}{=} P_0$ für $\tau = 0$ die vollständige Lösung der Gleichung (11) mit:¹⁾

$$(15) \quad P = \frac{A_0}{v(\vartheta - \eta)} e^{\vartheta \tau} + \left(P_0 - \frac{A_0}{v(\vartheta - \eta)} \right) e^{\eta \tau}$$

oder weil empirisch $A_0 < 0$,²⁾ gilt für $A_0 = -|A_0|$:

$$P = \frac{|A_0|}{v(\eta - \vartheta)} e^{\vartheta \tau} + \left(P_0 - \frac{|A_0|}{v(\eta - \vartheta)} \right) e^{\eta \tau}$$

Für $\vartheta, \eta > 0$ bestimmen zwei Exponentialausdrücke den Zeitpfad von P , die nur dann für alle Zeiten ein stetiges, positives Wachstum für P sicherstellen, wenn cet. par. ϑ folgender weiteren Bedingung genügt: Schreibt man (15) in der Form,

$$(16) \quad P = \frac{|A_0|}{v(\eta - \vartheta)} \left\{ e^{\vartheta \tau} + \left[\frac{P_0}{|A_0|} v(\eta - \vartheta) - 1 \right] e^{\eta \tau} \right\}$$

dann wird für $v, |A_0|, P_0 > 0$ und $\eta > \vartheta$ $P > 0$, sofern der Wert des Terms in der eckigen Klammer nicht negativ ist, d. h. sofern

$$(17) \quad \vartheta = \eta - \frac{|A_0|}{P_0} = \eta + \frac{A_0}{v P_0}$$

Betrachtet man die beiden ausgezeichneten Lösungen, die den Bedingungen $\vartheta_1 = 0$ und $\vartheta_2 = \eta - \frac{A_0}{v P_0}$ genügen, so erhält man:

-
- 1) Zur Lösung inhomogener Differentialgleichungen, vgl. auch BRONSTEIN/SEMENDJAJEW, a.a.O., S. 375 - 389.
 2) Der Wert der öffentlichen Importe ist kleiner als der Wert der Exporte plus "Staatskonsum".

$$(18.1) \quad P = \frac{|A_0|}{v\eta} + (P_0 - \frac{|A_0|}{v\eta}) e^{\eta\tau} \quad \text{und}$$

$$(18.2) \quad P = P_0 e^{\eta\tau}.$$

4. Für alle $\vartheta < \vartheta_1 < \eta$ dominiert ein negativer Wachstumsterm die Lösung mit der Folge, daß über kurz oder lang der Zeitpfad von P negativ wird.¹⁾ Für $\vartheta = \eta$ existiert keine sinnvolle Lösung von (15), weil der Nenner des vor der Klammer stehenden Faktors in (16) null wird. Für $\vartheta_1 > \eta$ erhält man für $P(\tau)$ dieselben Lösungstypen wie im Falle $\vartheta_2 < \vartheta_1 < \eta$ mit dem einzigen Unterschied, daß die Vorzeichen der beiden Exponentialausdrücke in (15) und damit ihre (partiellen) Wirkungen auf $P(\tau)$ vertauscht werden.

Schließt man unter diesen Umständen alle Lösungen im Bereich $\vartheta_1 < \vartheta_2$ als empirisch irrelevant aus, so erweisen Kontrollrechnungen für den Lösungsbereich $0 \leq \vartheta_1 \leq \vartheta_2$, daß allenfalls Lösungen mit ϑ_1 in unmittelbarer Nähe von ϑ_2 empirisch relevant sein können:

$$(19) \quad \vartheta_1 \approx \vartheta_2 = \eta - \frac{A_0}{v P_0} = s/v = g,$$

weil $s = \sigma - \frac{A_0}{P_0}$ und $\sigma = \eta v$.

Würde man die Lösung (19) zur wirtschaftspolitischen Norm erheben, so wären die Chancen ihrer Erfüllung gering, weil $A(\tau)$ hauptsächlich durch Agrarexporter-

1) $p(\tau)$ steigt kontinuierlich von null aus, durchläuft einen Wendepunkt, erreicht ein Extremum und sinkt dann stetig gegen $-\infty$. Die Kurve schmiegt sich der Abszisse und den Ästen der partiellen e -Terme asymptotisch an.

löse bestimmt ist, durch eine Variable also, die man naturgemäß schwer kontrollieren kann. Die Last der wirtschaftspolitischen Regelung fiel somit den um ihren Importanteil bereinigten öffentlichen Konsumausgaben zu, die wegen ihres relativ geringen Anteils an A ¹⁾ überaus elastisch auf Variationen von A_X^L zu reagieren hätten, um die Erfüllung der Bedingung (19) sicherzustellen.

5. Trotz etlicher Unzulänglichkeiten verliert das Modell insoweit nichts von seinem Wert als Bezugssystem, wie es dazu beiträgt, die Annahme potentieller Wachstumsraten der Bruttoinlandsprodukte zu Faktorkosten und laufenden Preisen in Größenordnungen ²⁾ von

$$\begin{aligned} \text{Kenia} &: 0.0992 \leq g \leq 0.1308 \\ \text{Tansania} &: 0.1150 \leq g \leq 0.1380 \end{aligned}$$

zu rechtfertigen. Auf der Basis dieser Richtwerte lassen sich weitere Kennziffern berechnen: Bei einem Wachstum der jeweiligen Bevölkerung N mit der Rate v - Kenia: $v \approx 0.03$ p.a. und Tansania: $v \approx 0.02$ p.a. - kann für das (jeweilige) nominale, durchschnittliche Pro-Kopf-Wachstum des BIP_{FK} eine Rate in der Größenordnung von

$$\begin{aligned} \text{Kenia} &: 0.069 \leq (g - v) \leq 0.101 \\ \text{Tansania} &: 0.095 \leq (g - v) \leq 0.118 \end{aligned}$$

erwartet werden, weil gilt:

1)	A_C^G	$(m_C^G + m_I^G) - 1$	$+ A_M^G m_K^G$	$- (A_X^L + A_X^I)$	$= A$
K.	-0.293		+ 0.007	-(0.489 + 0.225)	= -1.000
T.	-0.222		+ 0.010	-(0.689 + 0.099)	= -1.000

2) Die Schwankungsbereiche berücksichtigen die bei der Übersicht h angegebenen Schätzfehler.

$$(20) \quad P = P_0 e^{g\tau} ; \quad N = N_0 e^{v\tau} ;$$

$$P/N = n = \frac{P_0 e^{g\tau}}{N_0 e^{v\tau}} = n_0 e^{(g-v)\tau}.$$

Dividiert man das nominale, durchschnittliche Pro-Kopf- BIP_{FK} durch einen geeigneten, stetig über die Zeit mit der Rate π wachsenden Preisindex Π , so erhält man den Zeitpfad des realen, durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP_{FK}, mit:

$$(21) \quad \frac{n}{\Pi} = n^* = \frac{n_0 e^{(g-v)\tau}}{\Pi e^{\pi\tau}} = n_0^* e^{[g-(v+\pi)]\tau}$$

Aus dieser Beziehung ist unmittelbar ersichtlich, daß die Chancen für ein positives Wachstum des realen durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP_{FK} in Kenia und Tansania keineswegs als sicher gelten können, wobei die Aussichten Tansanias etwas günstiger zu sein scheinen als jene Kenias.

Dieses Ergebnis hat - außer in der geringeren Wachstumsrate der Bevölkerung Tansanias - seine Ursache paradoxerweise auch im relativ höheren Anteil der Subsistenzproduktion am Gesamtprodukt Tansanias; denn der Nachteil der Subsistenzproduktion, wenig zur gesamtwirtschaftlichen Ersparnis beizutragen, neutralisiert sich in seiner Wachstumswirksamkeit von selbst, indem er andererseits dazu führt, den gesamtwirtschaftlichen Kapitalkoeffizienten niedrig zu halten. Entwicklungspolitische Strategien mit dem Ziel, den Anteil der Subsistenzproduktion an der gesamten Produktion nachdrücklich zu verringern, können hier- nach u. U. Gefahr laufen, wachstumshemmend zu wirken, wenn es im Zuge der mit diesem Prozeß gemeinhin verbundenen Erhöhung des Kapitalkoeffizienten nicht gelingt, die Sparquote im selben Maße zu erhöhen.

2. Effektive und hypothetische Zeitpfade im Vergleich

Unterstellt man, daß das Verhältnis der volkswirtschaftlichen Sparquote zum Kapitalkoeffizienten über die Zeit konstant bleibt - sei es, daß sie beide selbst im Zeitablauf konstant sind, sei es, daß sie sich im Gleichschritt, d. h. mit derselben Rate, verändern, oder z. B. durch staatliches Zwangssparen in Einklang gehalten werden -, dann lassen sich auf einfache Weise die Basiswerte wichtiger volkswirtschaftlicher Variablen unter der Annahme der Konstanz der übrigen Koeffizienten in die Zukunft projizieren.

Auffällige Deviationen der effektiven Werte dieser Variablen mit ihren prognostizierten können als Ergebnisse zufälliger und/oder entwicklungspolitischer Einflüsse Hinweise über den Erfolg oder Mißerfolg bestimmten wirtschaftspolitischen Handelns oder Unterlassens liefern.

a. Positive Wachstumsratendifferenzen:

Beschleunigung des Wirtschaftswachstums dank staatlicher Aktivität?

Ausgehend von der zentralen Hypothese, nach der dem Staat wegen der relativ hohen Realisierungschance, über die er kraft seines Machtmonopols verfügt, die entscheidende Rolle im entwicklungspolitischen Prozeß zugewiesen wurde,¹⁾ soll als krudes Maß entwicklungspolitischen Erfolges die Elastizität des BIP_{FK} in Bezug auf die Staatsausgaben diskutiert werden. Sofern sich also nachweisen läßt, daß im Zeitablauf

1. die Istwerte des BIP_{FK} größere als die prognostizierten Werte annahmen ($P^* > P$), und

1) Vgl. § 1 u. § 2.

2. die Werte der tatsächlichen Elastizität des BIP_{FK} in bezug auf die Staatsausgaben größer als eins waren ($\varepsilon^* > 1$), wird dieses Ergebnis als Indiz einer entwicklungsförderlichen Ausgabenpolitik des Staates gewertet¹⁾. Für die erste Dekade seit Erlangung der Unabhängigkeit wurden folgende Maßzahlen ermittelt:

h. Geschätzte und tatsächliche Werte des BIP_{FK} in Kenia und Tansania, 1963-1973 (in Mill. \$)

	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	
Kenia	P_{max}	259.1	295.3	336.6	383.6	437.2	489.3	567.9	647.3	737.7	840.8	958.2
	P_{min}	259.1	286.1	316.0	348.9	385.3	425.5	469.8	518.8	572.9	632.7	698.7
	P^*	259.1	328.4	327.5	381.1	405.8	439.3	474.6	521.6	575.0	652.2	731.1
	$F^* 1)$	1.2675	0.9973	1.1637	1.0648	1.0826	1.0804	1.0990	1.1024	1.1343	1.1210	
Tanzania	P_{max}	227.4	261.0	299.6	344.0	394.9	453.3	520.4	597.4	685.8	787.2	903.7
	P_{min}	227.4	255.1	286.2	321.0	360.2	404.0	453.3	508.5	570.5	640.0	718.1
	P^*	227.4	279.7	283.6	325.9	339.6	360.3	377.7	409.5	432.3	501.8	
	$F^* 1)$	1.2302	1.0138	1.1494	1.0420	1.0608	1.0484	1.0841	1.0557	1.1608		

P_{max} : maximaler Prognosewert; P_{min} : minimaler Prognosewert
 P^* : Istwert ; $F^* = P_t^* / P_{t-1}^*$

Quellen: P_{max} , P_{min} , P^* : eigene Berechnungen

P^* : "Kenya Statistical Abstracts", 1963 - 1974, a.a.O.
National Accounts of Tanzania 1964 to 1970 und 1964 to 1972
sowie "Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O.

- 1) Istwerte mit Superskript # ;
Sollwerte ohne Kennzeichnung:
 $\varepsilon = (DP / P) / (DE / E)$; wegen konstanter Koeffizienten, gilt $E = aP$ und $\varepsilon = (DP/P) / (aDP / aP) = 1$.
 $\varepsilon^* = (DP^* / P^*) / (DE^* / E^*)$; $\varepsilon^* / \varepsilon = \varepsilon^* = \varepsilon^* / 1$;
"Entwicklungsförderlich": sofern $\varepsilon^* > \varepsilon$, d. h. sofern $\varepsilon^*, \varepsilon^* > 1$. Da diese Bedingung bei jedem beliebigen Niveau von $P > 0$ erfüllt sein kann, muß zusätzlich noch die notwendige Bedingung $P^* > P$ gelten.

Je nach Wahl der Berechnungsmethode¹⁾ gewinnt man aus den vorstehenden Daten die tatsächlichen Jahreswachstumsraten $g^{\#}$ des nominalen BIP_{FK} mit:

Kenia:	0.103	$\approx$	$g^{\#}$	$\approx$	0.110
Tansania:	0.088	$\approx$	$g^{\#}$	$\approx$	0.094

und nach Abzug der Bevölkerungswachstumsraten ν die Wachstumsraten des nominalen, durchschnittlichen Pro-Kopf- BIP_{FK} , mit:

Kenia:	0.073	$\approx$	$(g^{\#} - \nu)$	$\approx$	0.080
Tansania:	0.068	$\approx$	$(g^{\#} - \nu)$	$\approx$	0.074

Sofern also die durchschnittliche Inflationsrate π für den betrachteten Zeitraum kleiner als $\pi_K < 0.073$ und $\pi_T < 0.068$ war, konnte mit Sicherheit ein positives, reales Pro-Kopf-Wachstum des BIP_{FK} erzielt werden.

Tatsächlich wurden mit höchstens 0.049 in Kenia und höchstens 0.037 in Tansania die jährlichen Inflationsraten überraschend niedrig ausgewiesen²⁾, so daß die Möglichkeit eines geringen positiven Wachstums des realen durchschnittlichen Pro-Kopf-Inlandproduktes zu Fak-

1) Berechnungsmethoden:

$$(a) \quad g^{\#} = (1/m) \sum_{i=1}^m F_i - 1, \quad i = 1, 2, 3, \dots, m;$$

$$(b) \quad F^{\#} = e^{g^{\#} \tau} \quad \text{mit } F^{\#} = P_m^{\#} / P_0^{\#} \Rightarrow \ln F^{\#} = g^{\#} \tau$$

$$\text{und } g^{\#} = (1/\tau) \ln (P_m^{\#} / P_0^{\#}).$$

- 2) Vgl. "Kenya Statistical Abstracts" und "National Accounts of Tanzania", a.a.O.
Allerdings weist z. B. die Zentralbank Kenias für den Zeitraum 1966 - 73 eine Expansionsrate der Geldmenge - Currency outside Banks + Private Demand Deposits + Other Deposits - von 0.144 - 0.156 p.a. aus. Vgl. Central Bank of Kenya (Hrsg.): Eighth Annual Report for the Year Ended 30th June 1974, Nairobi 1974; S. 33.

torkosten nicht ausgeschlossen werden kann.

Dessenungeachtet blieb die notwendige Bedingung erfolgreicher Entwicklungspolitik - $P^* > P$ - unerfüllt, möglicherweise weil, wie befürchtet, der Rückgang des Subsistenzanteils am BIP_{FK} über die Zeit wachstumshemmend wirkte.

i. Strukturelle Entwicklung des BIP_{FK} in Kenia und Tansania, 1963 - 1973

	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Kenia	P^*	25.7	27.1	24.1	25.7	25.6	24.6	24.0	23.2	22.4	21.1
	P^*_{PS} 1)	20.1	18.7	17.6	18.1	17.1	17.1	17.8	17.4	16.7	18.1
	P^*_{PL} 2)	3.9	4.0	4.0	4.1	4.3	4.7	4.4	4.4	4.5	5.1
	P^*_{PB} 3)	11.5	12.1	12.7	11.7	12.0	12.1	12.2	12.5	13.4	14.2
	P^*_{PI} 4)	27.6	23.7	25.9	25.2	25.3	25.3	25.1	25.6	25.4	23.0
	P^*_{PH} 5)	11.2	14.4	15.7	15.2	15.7	16.2	16.5	16.9	17.6	18.5
	P	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Tansania	P^*	33.8	31.7	32.2	31.5	31.0	30.7	29.4	28.7	29.1	29.3
	P^*_{PS} 1)	29.7	23.5	19.7	19.5	17.1	16.8	17.4	17.5	16.4	16.4
	P^*_{PL} 2)	2.2	2.7	2.9	3.3	4.3	4.3	4.0	4.8	5.3	5.5
	P^*_{PB} 3)	5.7	8.2	9.1	9.9	10.5	9.9	10.8	10.5	10.9	11.1
	P^*_{PI} 4)	14.9	24.3	25.8	26.2	27.1	28.4	28.6	28.4	27.8	27.7
	P^*_{PH} 5)	13.7	9.6	10.3	9.6	10.0	9.9	9.8	10.1	10.5	10.0
	P	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

- 1) monetäre Land-, Vieh- u. Forstwirtsch. incl. Jagd u. Fischerei;
- 2) Hoch- u. Tiefbau incl. Wasser- u. Energiebauten;
- 3) Grundstoffindustrie, verarbeitende Industrie und Reparaturgewerbe;
- 4) Lager-, Transport- u. Nachrichtenwesen sowie Handel, Banken u. Versicherungen;
- 5) "Eigenmieten" und "sonstige Leistungen" wurden anteilig auf die monetären Sektoren verteilt;

Quellen: Vgl. Übersicht h.

b. Negative Wachstumsratendifferenzen:
Kompensation potentieller Wachstumsverluste
dank staatlicher Aktivität?

Da ein positiver Ausgang des Versuchs, das Erfülltsein notwendiger Bedingungen zu falsifizieren, das Erfülltsein hinreichender Bedingungen zu überprüfen erübrigt, muß, um diese Mühe dennoch zu rechtfertigen, die zentrale Hypothese, nach der die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums als Gegenstand der Entwicklungspolitik seit der Unabhängigkeit unterstellt wurde, ausgetauscht werden durch eine weniger rigide Hypothese, z. B. durch die Annahme, es sei Zweck dieser Politik gewesen, einen für die Anfangszeit politischer Unabhängigkeit erwarteten Rückgang wirtschaftlicher Aktivität bestmöglich zu verhindern.

Die Bedingung, $\epsilon^{\#} \stackrel{!}{>} 1$, läßt sich in die leichter testbare Bedingung, $g^{\#} \stackrel{!}{>} \epsilon^{\#}$, überführen,¹⁾ in der $\epsilon^{\#}$ die Rate des effektiven Wachstums der Staatsausgaben $E^{\#}$ bezeichnet:

1) Die Bedingung, ϵ^* , $\epsilon^{\#} \stackrel{!}{>} 1$ oder $(DP^{\#}/P^{\#}) (E^{\#}/DE^{\#}) \stackrel{!}{>} 1$ (Vgl. Anmerkung 1), S.269) reduziert sich wegen Geltung der Beziehungen $DP^{\#}/P^{\#} = (1/P^{\#}) (dP^{\#}/d\tau) = D \ln P^{\#} = g^{\#}$ und $E^{\#}/DE^{\#} = 1/\epsilon^{\#}$ auf die Bedingung $(g^{\#}/\epsilon^{\#}) \stackrel{!}{>} 1$ oder $g^{\#} \stackrel{!}{>} \epsilon^{\#}$.

j. Entwicklung der Staatsausgaben Kenias und Tansanias, 1963-1973, in Mill. £ ¹⁾

	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Kenia E # F # 2)	62.9	69.3	74.0	81.2	89.7	99.8	113.2	139.1	168.7	191.0	218.7
	1.1017	1.0673	1.0973	1.1047	1.1126	1.1343	1.2253	1.2128	1.1322	1.1450	
Tans. E # F # 2)	39.1	44.8	52.4	59.8	67.1	76.4	94.6	114.9	128.4	153.3	
	1.1458	1.1696	1.1412	1.1221	1.1386	1.2382	1.2146	1.1175	1.1939		

1) Durchschnitt zweier Fiskaljahre; 2) $F^{\#} = E_{t}^{\#} - E_{t-1}^{\#}$
 Quellen: Vgl. Übersicht h;

Aus den vorstehenden Daten erhält man die tatsächlichen durchschnittlichen Wachstumsraten der Staatsausgaben $E^{\#}$ mit:

$$\begin{aligned} \text{Kenia:} \quad & 0.1130 \leq \epsilon^{\#} \leq 0.1214 \\ \text{Tansania:} \quad & 0.1161 \leq \epsilon^{\#} \leq 0.1486 \end{aligned}$$

Somit steht also fest, daß auch die Bedingung, $g^{\#} > \epsilon^{\#}$ - trotz anfänglicher Unsicherheit - für keines der beiden Länder über den gesamten Beobachtungszeitraum erfüllt wurde, daß, m. a. W., die fortgesetzte Steigerung der Staatsausgaben nicht zu einer relativ höheren Steigerung des Bruttoinlandproduktes zur Faktorkosten führte.

Teil V

BEITRAG DER STAATSAUSGABEN ZUR ERREICHUNG
DER ENTWICKLUNGSZIELE

§ 13 Analyse, Interpretation und Kritik der Entwicklung der Staatsausgaben in Kenia

1. Wachstum und strukturelle Verschiebungen der Staatsausgaben: Eine Synopse

Eine optimistischere Beurteilung der in § 12 dargestellten Befunde erscheint nur möglich, sofern sich Indizien dafür finden lassen, daß sie die notwendige Voraussetzung für ein beschleunigtes zukünftiges Outputwachstum und/oder für eine "gerechtere" gegenwärtige oder zukünftige Verteilung der Einkommen gewesen sind.

Um diese Fragestellung einer Klärung zuzuführen, soll zunächst die zeitliche Entwicklung der Ausgaben der Zentralhaushalte während der vergangenen zehn Jahre näher untersucht werden.

a) Änderungen in der funktionalen Zusammensetzung der Ausgaben: Staatliche Aktivitäten im Wandel

Die funktionale Gliederung der Staatsausgaben Kenias - Vgl. Tab. XII: Funktionale Gliederung der Staatsausgaben Kenias, im math.-stat. Anhang. - läßt für den Beobachtungszeitraum folgende Feststellungen zu:¹⁾

1. Während die Ausgaben von Fiskaljahr zu Fiskaljahr um durchschnittlich rd. 13% stiegen, unterlag

1) Zur Untersuchung der Staatsausgaben wurden folgende Kennziffern verwendet:

ihre Zusammensetzung unterschiedlich starken Schwankungen, die 1962, 1963 und 1969 besonders markant waren.

Aus der allgemeinen Form der Darstellung

$j \backslash i$	1	2	...	m-1	m	$\sum_{i=1}^m a_j^i$
1	a_1^1	a_1^2	...	a_1^{m-1}	a_1^m	" a_1^i
2	a_2^1	a_2^2	...	a_2^{m-1}	a_2^m	" a_2^i
...	...	...	...	...	...	...
n-1	a_{n-1}^1	a_{n-1}^2	...	a_{n-1}^{m-1}	a_{n-1}^m	" a_{n-1}^i
n	a_n^1	a_n^2	...	a_n^{m-1}	a_n^m	" a_n^i
$\sum_{j=1}^n a_j^i$	100	100	...	100	100	100 m

wobei $0 \leq a_j^i < 100$, $i = 1, 2, \dots, m$ Fiskaljahre und $j = 1, 2, \dots, n$ Klassifikationskriterien, gewinnt man:

- (a) $\frac{1}{m} \sum_{i=1}^m a_j^i$, das durchschnittliche Gewicht der Ausgabenart j am gesamten Haushalt während der i Fiskaljahre;
- (b) $\frac{1}{m-1} \sum_{i=1}^{m-1} (a_j^{i+1} : a_j^i) - 1$, die durchschnittliche Änderungsrate der Ausgabenart j während der i Fiskaljahre;
- (c) $\sum_{i=1}^{m-1} (a_j^{i+1} - a_j^i) = \sum_{i=1}^{m-1} \Delta_j^i$, den totalen Änderungsbetrag des Gewichtes der Ausgabenart j während der i Fiskaljahre;
- (d) $\frac{1}{m} \sum_{i=1}^m a_j^i \sum_{i=1}^{m-1} \Delta_j^i$, den durchschnittlichen Änderungsbetrag des Gewichtes der Ausgabenart j während der i Fiskaljahre;
- (e) $\sum_{i=1}^{m-1} |\Delta_j^i|$, den totalen, absoluten Änderungsbetrag des Gewichtes der Ausgabenart j während der i Fiskaljahre;

2. Eine starke Konzentration der Ausgaben auf wenige Funktionsbereiche ist augenfällig: Zwölf von vier- und-dreißig Funktionsbereichen absorbierten durchschnittlich 80% der Ausgaben; an der Spitze standen während des Beobachtungszeitraumes die "Landwirtschaft i.w.S." (15.8%), das "Erziehungswesen" (12.2%), die "Innere und Rechtssicherheit" (11.8%), der "Staats-schuldendienst" (9.0%), der "Straßenbau" (7.0%) und das "Gesundheitswesen" (5.5%) mit zusammen rd. 61% der gesamten Staatsausgaben.

3. den absolut größten Ausgabenschwankungen unterlag von den vorgenannten Funktionsbereichen die "Landwirtschaft i.w.S." gefolgt vom "Erziehungswesen", dem "Straßenbau", der "Inneren und Rechtssicherheit", dem "Staatsschuldendienst" und dem "Gesundheitswesen". Bezogen auf ihre Gewichte verschiebt sich die Rangfolge etwas: Die "Landwirtschaft i.w.S." unterlag den stärksten Fluktuationen, gefolgt vom "Erziehungswesen", dem "Straßenbau", dem "Staatsschuldendienst", dem "Gesundheitswesen" und der "Inneren und Rechtssicherheit".

4. Trotz der kurzfristigen Schwankungen sind langfristige Verschiebungen in der Ausgabenstruktur unverkennbar: Während die Ausgaben für "Innere und Rechts-

$$(f) \frac{1}{m} \sum_{i=1}^m a_j^i \sum_{i=1}^{m-1} \left| \Delta_j^i \right|, \text{ den durchschnittlichen, absoluten Änderungsbetrag des gewichtes der Ausgabenart } j \text{ während der } i \text{ Fiskaljahre;}$$

$$(g) \sum_{j=1}^n \left| \Delta_j^i \right|, \text{ den totalen, absoluten Änderungsbetrag der Gewichte aller } j \text{ Ausgabenarten von Fiskaljahr zu Fiskaljahr.}$$

sicherheit" absolut und relativ am meisten an Gewicht verloren, gefolgt von den relativen Ausgaben für die "Landwirtschaft i.w.S.", nahmen die Ausgabenanteile für den "Straßenbau" absolut und relativ am meisten zu, gefolgt vom "Staatsschuldendienst" und dem "Erziehungswesen". Das Gewicht der Ausgaben für das "Gesundheitswesen" blieb nahezu konstant.

5. Bei den übrigen, eindeutig definierbaren Funktionsbereichen waren auffällige Veränderungen zu beobachten, bei den Ausgaben für die "Streitkräfte", den "Nicht spezifizierten Übertragungen an subordinierte Verwaltungskörperschaften", bei den Aufwendungen zur Förderung von Handel und Industrie, den "Beitragszahlungen an internationale Institutionen" sowie bei den "Kompensations- und Ruhegeldzahlungen" an Beamte. Diese sechs Funktionsbereiche absorbierten während der Beobachtungszeit durchschnittlich 17% der Ausgaben des Zentralhaushaltes. Die Rangfolge ihrer Gewichte sowie ihrer kurz- und langfristigen Änderungen ist nachstehend zusammengefaßt:

Übersicht a

Rang	Funktionsbereich	Gewicht	kurzfr.Ändg.		langfristige Ändg.		
			absol.	relat.	absol.	relat.	Vorz.
1	Streitkräfte	2	3	5	2	3	+
2	Übertrg.an subord.Beh	3	2	3	3	4	-
3	Handel u. Industrie	5	4	4	1	2	+
4	Beitr.an Intern.Org	6	6	1	4	1	+
5	Kompensationszhlg.	4	1	2	6	6	-
6	Pensionen	1	5	6	5	5	-

Quelle: Vgl. Tab. XII: Funktionale Gliederung der Staatsausgaben Kenias, im mathem.-stat. Anhang; zur Berechnungsmethode, vgl. Anm. 1), S. 251.

Von den drei gewichtigsten Funktionsbereichen in dieser Gruppe - "Pensionen", "Streitkräfte", "Übertragungen an subordinierte Behörden" - nahmen die Ausgabengewichte "Übertragungen an subordinierte Behörden", "Pensionen und Gratifikationen" relativ langsam ab, während der Ausgabenanteil für die "Streitkräfte" schnell stieg.

Ausgehend von einem relativ niedrigen Anteil an den gesamten Ausgaben nahmen die Ausgaben für die "Förderung von Handel und Industrie" sowie für "Beitragszahlungen an internationale Organisationen" relativ schnell an Gewicht zu, im Falle der "Kompensationszahlungen" langsam ab.

5. Übersicht zur strukturellen Entwicklung der Staatsausgaben Kenias, 1962/63 - 1971/72 in funktionaler und ökonomischer Gliederung

Ausgaben		1962/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70	70/71	71/72	72/73
Funktionale Gliederung	Allg. Staatsd.	23.1	21.4	25.3	25.0	26.2	25.7	23.2	22.7	19.4	21.1	
	Soziale D.	22.3	17.0	17.5	17.3	19.1	19.6	21.7	26.0	28.2	15.7	
	Wirtsch. D.	21.6	22.8	22.4	18.4	18.5	21.1	22.0	18.6	19.1	17.5	
	Infrastrukt.	10.1	8.9	8.2	10.7	11.5	11.3	12.0	13.5	14.6	30.4	
	Versch. D.	3.4	3.3	2.6	2.5	2.3	2.2	2.1	1.8	1.8	2.0	
	Lauf. Z' Verpf.	19.5	26.6	24.0	26.1	22.4	20.1	19.0	17.4	16.9	13.3	
Summe		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Ökonomische Gliederung	Kons. von G+L	47.3	43.1	49.3	48.4	49.2	47.2	45.3	50.3	48.8		
	Kapitalbildg.	7.0	4.6	6.3	8.3	11.8	15.2	15.8	16.5	18.3		
	Eins. Übertrg.	1.3	0.6	0.4	1.0	0.7	2.6	3.7	1.1	0.8		
	Aktivkredite	6.1	9.4	8.6	7.3	7.4	7.2	9.4	6.8	3.8		
	Schuldentilg.	1.7	3.3	4.4	6.0	4.1	2.9	2.8	3.4	6.8		
	Zinsendienst	6.3	5.9	6.3	6.1	6.2	5.7	5.7	5.4	4.7		
	Versch. Trsakt.	30.3	33.1	24.7	22.9	20.6	19.2	18.3	16.5	16.8		
in Mill. K		57.7	68.1	70.5	77.5	84.9	94.6	105.0	121.5	156.8	167.5	

Quellen: Vgl. Tab. XII u. XIV: Funktionale/Ökonomische Gliederung der Staatsausgaben Kenias, im mathem.-stat. Anhang.

b) Änderungen in der ökonomischen Zusammensetzung der Ausgaben: Wachsende Einflußnahme des Staates auf den Wirtschaftskreislauf.

Die Betrachtung der ökonomischen Gliederung der Ausgaben - vgl. Tab. XII: Ökonomische Gliederung der Staatsausgaben Kenias, im mathem.-stat. Anhang - liefert folgende Ergebnisse:

1. Knapp 50% der Staatsausgaben wurden während des Beobachtungszeitraumes jährlich für den "Kauf von Gütern und Leistungen" verwendet, von denen - bei schwach fallender Tendenz - im Durchschnitt mehr als zwei Drittel zur Zahlung von Arbeitsentgelten aufgewendet wurden.¹⁾
2. In die verbleibende Hälfte der Ausgaben teilten sich "Verschiedene Übertragungen" (22.8%), "Kapitalbildung" (11.2%), "Passivkredite" - "Tilgung von Staatsschulden" (3.7% plus "Zinsendienst" (5.9%) -, "Aktivkredite" (7.1%) und "Subventionen" (1.3%).

¹⁾ Diese vorsichtige Formulierung berücksichtigt bereits, daß ein (unquantifizierbarer) Teil der im Rahmen des vertikalen Finanzausgleichs transferierten Mittel letztlich auch für die Entlohnung von Arbeitern verwendet wird.

3. Langfristige Trends sind auch bei dieser Klassifikationsart trotz der Überlagerung durch kurzfristige Schwankungen klar ausgeprägt: Der Anteil jener Ausgaben, die der "Kapitalbildung" des öffentlichen Sektors dienten, stieg mit durchschnittlich 11.9% p.a. absolut und relativ am stärksten, während der Anteil zur "Bedienung öffentlicher Schulden" langsamer zunahm. Die Anteile aller übrigen Ausgabengruppen verloren während des Beobachtungszeitraumes an Gewicht. Absolut am stärksten ging der Anteil der "Verschiedenen Übertragungen" zurück, gefolgt von den "Güter- und Leistungsaufwendungen", den "Kreditgewährungen" und den "Subventionen"; relativ nahmen die Anteile für "Subventionen" am meisten ab, gefolgt von den "Verschiedenen Übertragungen", den "Aktivkrediten" und den "Entgelten für Güter- und Leistungskäufe".

4. Bei näherer Betrachtung der - mit 22.8% zweitgrößten - Ausgabengruppe "Verschiedene Übertragungen" erweist sich, daß der jährliche Gewichtsverlust von durchschnittlich -3.7% hauptsächlich durch den rapiden Rückgang der "Übertragungen an Ausbildungsinstitutionen" (-14.7% p.a.), eine mäßige Einbuße der "Übertragungen an Personen incl. Pensionen" (-4.9% p.a.) und einen geringfügigen Rückgang des Anteils der "Übertragungen an verschiedene subordinierte Körperschaften" verursacht wurde.

Da andererseits die funktionale Gliederung der Ausgaben eine tendenzielle Gewichtszunahme, z.B. der Be-

reiche "Erziehung" und "Straßenbau" ausweist, wird hier eine allgemeine Tendenz der Ausgabengestaltung erkennbar: eine offensichtliche Verschiebung der "Produktion öffentlicher Güter und Leistungen" von selbständig Rechnung legenden Wirtschaftssubjekten zugunsten zentraler Institutionen.

2. Materielle Hintergründe veränderter Ausgaben- gebarung.

Da es sich bei der - monetären - Abbildung geplanten und/oder tatsächlichen - realwirtschaftlichen - Tuns und Unterlassens des Staates im Budget oder Haushalt weder um eine bijektive noch um eine vollständige Abbildung handelt ¹⁾, müssen komplementäre Informationen ausgewertet werden, wenn es darum geht, einen "realistischen" Eindruck von den entwicklungsrelevanten Aktivitäten des Staates zu vermitteln.

1) Bezeichnet m_i die Elemente einer Definitionsmenge M und $\bar{m}_i$ die nicht abgebildeten Elemente dieser Definitionsmenge, so heißt eine Abbildung $f: (M - \bar{M}) \rightarrow N$ (N : Bildmenge) "... bijektiv genau dann, wenn sie surjektiv und injektiv ist". STROMBACH, Werner et al.: Mathematische Logik (Ihre Grundprobleme in Theorie und Anwendung), München 1972, S. 29.

a. Folgekosten der Unabhängigkeit

a.a Nationalisierung der öffentlichen Verwaltung
und Aufbau "Institutionalisierter Manifestationen
der Souveränität"

Unter den zwölf, durch hohes Gewicht, starke Schwankungen und/oder langfristige Änderungen ausgezeichneten Ausgabenarten befinden sich vier mit einem Anteil von zusammen 11.6%, deren Beitrag zur Realisierung der entwicklungspolitischen Zielsetzungen kaum abschätzbar ist, nämlich die Funktionsbereiche "Streitkräfte", "Beiträge an Internationale Organisationen", "Kompensationszahlungen" sowie "Pensionen und Gratifikationen". Die Tatsache, daß diese Ausgabenbereiche mehr durch das Ausmaß ihrer kurzfristigen als das ihrer langfristigen Änderungen auffallen, und die Tatsache, daß die stärksten Schwankungen während der Übergangsphase zur Unabhängigkeit auftraten, erlaubt ihre Charakterisierung als "Folgekosten der Unabhängigkeit".

1. Im Fall des Ausgabenpostens "Streitkräfte" sind zwei Folgekostenelemente zu unterscheiden: einmal Aufwendungen für die Unterhaltung bestehender Verbände, die vor der Unabhängigkeit den Militärhaushalt des Vereinigten Königreiches belasteten, und zum anderen Mehrbelastungen für den Aufbau neuer Einheiten, wie die "Kenya Air Force", "Kenya Navy" u.a. Ob und in welchem Maße die Verwendung eines rasch steigenden Anteils der Staatsausgaben -

Hierzu sind zweifellos auch die Ausgaben für den Aufbau des Diplomatischen Dienstes zu zählen. Vgl. auch § 11, Kap. 2.

1962/63: 0.3%; 1967/68: 6.5% - für die Besoldung inländischer Soldaten und den Kauf ausländischen Kriegsgeschützes dazu beiträgt, die "territoriale Integrität" eines Staates zu erhöhen oder zu gefährden, die Macht einer herrschenden Gruppe zu stärken oder zu schwächen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes zu fördern oder zu hemmen¹⁾, wird mit ökonomischer Rationalität allein nicht kompetent zu beantworten sein. Festzuhalten bleibt allerdings, daß Kenias Streitkräfte aktiv an der Niederschlagung des "Mau-Mau-Bürgerkrieges" und des "Shifta-Grenzkonfliktes" mit Somalia beteiligt waren.

2. Die zeitliche Entwicklung der Ausgabengewichte "Kompensationszahlungen" sowie "Pensionen und Gratifikationen" spiegelt den Verlauf der "Afrikanisierung" des öffentlichen Dienstes wider, d.h. des Ablösungsprozesses britischer Kolonialbeamter durch afrikanische Kader kenianischer Nationalität. Die Effekte dieser Politik auf die Verringerung verbreiteter Armut, Krankheit und Unbildung entziehen sich ebenso der exakten Meßbarkeit, wie die der "Beitragszahlungen an Internationale Organisationen", der Aufwendungen für den Aufbau und Unterhalt des "Diplomatischen Dienstes" und anderer institutionalisierter Manifestationen nationaler Souveränität.

1) Die innenpolitischen Aktivitäten einiger afrikanischer Streitkräfte und zwar insbesondere deren Coup d'état-Aktionen, untersucht WELCH, Claude E.: Soldier and State in Africa, in: The JOMAS, 5,3 (1967), S. 305 - 322.

Sofern und soweit sie u.U. der Formulierung und Propagierung gesellschaftlicher Werthaltungen und Ziele dienlich sind, die Gruppensolidarität fördern und die Entwicklungsbereitschaft stimulieren,¹⁾ wird man die für ihre Einrichtung und Unterhaltung aufgewendeten Mittel a priori nicht als vollständig vergeudet betrachten dürfen.

a.b. Vertikaler Finanzausgleich im Dienste der Zentralisierung politischer Kontrolle

Während der stark fluktuierende Anteil der Aufwendungen für "Nicht näher spezifizierte Übertragungen an subordinierte Selbstverwaltungskörperschaften" nur in dem geringen Maße als Folgelast der Unabhängigkeit betrachtet werden kann, wie er durch die konstitutionellen Änderungen Kenias während der Übergangsphase zur Unabhängigkeit verursacht wurde, muß die merklich fallende Tendenz der Belastung des Zentralhaushaltes durch den vertikalen Finanzausgleich - ausgedrückt durch die Funktionsbereiche "Allgemeine Provinzverwaltung" plus "...Übertragungen an subordinierte Selbstverwaltungskörperschaften" - als Ausdruck der Zentralisierung der öffentlichen Verwaltung Kenias gewertet werden.

Die Effekte dieser Änderungen der Verwaltungsstruktur auf die entwicklungspolitischen Zielsetzungen sind vor allem dann, wenn - wie im Falle der Verfassungsänderun-

1) Für die hier angesprochenen politisch-sozialen Integrationsbestrebungen hat sich im politischen Sprachgebrauch Kenias der Terminus "Harambee" (Let's pull together!) durchgesetzt.
Vgl. auch SCOTTON, C.M.M., a.a.O.

gen - die Verwaltungsreform primär der Erfüllung politischer Zielsetzungen dienen soll¹⁾, kaum abschätzbar.

b. Steigende Haushaltsbelastungen aus wachsender Staatsverschuldung

Da die Grenzen öffentlicher Verschuldung gegenüber in- und ausländischen Gläubigern durch Verschuldungsbereitschaft und Kreditwürdigkeit determiniert sind, durch Tatbestände, die weder Schuldner noch Gläubiger genötigt sind, nach ausschließlich wirtschaftlichen Kriterien operational zu definieren, kann nicht beurteilt werden, ob die Grenzen der Belastbarkeit des Zentralhaushaltes durch die Bedienung der Staatsschulden - Tilgung und Zinsen - bei durchschnittlich 9% p.a. und leicht steigender Tendenz erreicht sind oder nicht.²⁾ Ebenso wenig läßt sich der Beitrag die-

1) Die Verfassungsänderung, den Übergang von der föderalistischen "Majimbo"-Verfassung zur zentralistischen "Jamhuri-Verfassung" rechtfertigt die Regierung folgendermaßen:

"The history of Kenya's struggle for freedom from colonial rule is a bloody one which left suspicion and fear in its wake. The Majimbo (Regional) Constitution under which Independence was achieved was itself a reflection of the disunity which existed between the various races and tribes of the nation - a disunity which could easily have ruined the country... . Within a year tribal suspicions had been so overcome that the Opposition Party, Kadu, voluntarily disbanded and the unitary Republican Constitution was inaugurated with the support of the entire nation." Republic of Kenya (Hrsg.): Three Years of Independence (Building for a better Future), Nairobi 1966, S. 23 - 24. Vgl. auch § 6, Kap. 3.

2) Vgl. auch § 11, Kap. 2, Abschn. b. und die allgemeinen Überlegungen zur Staatsverschuldung im § 15, Kap. 2, Abschn. a.

ser Ausgabenströme zur umfassenden Verbesserung der Einkommens-, Gesundheits- und Bildungsverhältnisse während eines bestimmten Zeitraumes feststellen, solange weder die tatsächliche noch die alternative Verwendung eigener und fremder Mittel bei Schuldnern und Gläubigern für den Fall des Zustandekommens oder Nichtzustandekommens einer Kreditbeziehung bekannt sind.

c. "Law and Order": Gewährleistung Innerer Sicherheit bei abnehmender Budgetbelastung?

Der auffällige Rückgang des Anteils der Ausgaben für die "Innere- und Rechtssicherheit" kann auch als Folgeerscheinung der Unabhängigkeit interpretiert werden: Da während der Endphase kolonialer Herrschaft die Sicherheitsorgane verstärkt worden waren, um den Bürgerkrieg unter Kontrolle zu bringen, konnte nach Erlangung der Unabhängigkeit und Konsolidierung des politischen Lebens die Stärke der Polizeikräfte dem reduzierten Konfliktpotential angepaßt werden.¹⁾

1) Faßt man die beiden gegenläufigen Zeitpfade jener Ausgabenanteile, die für den Unterhalt der Polizei- und Streitkräfte aufgewendet wurden

	Anfangsgewicht	Ø WäRa
Polizeikräfte	15.9%	- 6.4%
Militärkräfte	0.6%	+66.0%
Sicherheitskr.	16.5%	- 2.3%

den zu einem einzigen zusammen, so zeigt sich, daß dessen Gewicht um durchschnittlich 2.3% p.a. (HWZ: ≈ 30 Jahre) abnahm.

Verhütung von Vertragsverletzungen und Verbrechen als wichtigste Aufgaben von Justiz und Polizei, werden allgemein als notwendige Voraussetzungen langfristiger Dispositionen betrachtet, und ein Beitrag dieser öffentlichen Dienste zur Erhaltung und Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten kaum ernstlich bestritten. Die Größe dieses Beitrages entzieht sich jedoch weitgehend der Meßbarkeit, weil i.d.R. weder die Anzahl der erfüllten Verträge noch die Anzahl der Nicht-Verbrechen, die allein der Existenz - eines nach Qualität und Quantität bestimmten Umfanges - dieser öffentlichen Dienste zu verdanken sind, statistisch erfaßt bzw. erfaßbar sind.¹⁾ Nach schwieriger dürfte ein funktionaler Zusammenhang zwischen der Existenz dieser Dienste und dem Gesundheits- und Bildungsstand der Bevölkerung nachzuweisen sein.

-
- 1) Statistisch erfaßt werden in der Justiz- und Kriminalstatistik i.d.R.:

"Cases filed for hearing":

"Prison population-Number
of persons committed":

"Crimes known to the
police":

WaRa $\hat{=}$ VDZ/HWZ		
10.3%	6.7	Jahre
2,7%	25.7	Jahre
-1.2%	57.8	Jahre

Quelle: "Kenya Statistical Abstract 1972", a.a.O.,
S. 243 - 245.

d. Soziale Dienste: Beitrag des Staates zur Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitsniveaus der Bevölkerung

d.a. Steigende Grenzkosten im Gesundheitswesen?

Im Bereich der Sozialen Dienste sollten wegen der Unmittelbarkeit der Wirkungszusammenhänge Kosten-Leistungs-Beziehungen am wenigsten schwer nachzuweisen sein.

Das Gewicht der Staatsausgaben für das Gesundheitswesen blieb - unter Schwankungen - mit durchschnittlich 5.5% p.a. nahezu konstant, so daß - bei einem Bevölkerungswachstum von ca. 3% p.a. und einem Haushaltssummenwachstum von 13% p.a. - der pekuniäre Aufwand des Staates zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung durchschnittlich um 10% pro Kopf und Jahr gestiegen ist. Ob dieser Mehraufwand eine überprüfbare Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustandes der Bevölkerung bewirkte, ist jedoch nicht mit letzter Sicherheit zu beurteilen, weil im Falle präventiver Maßnahmen die Anzahl jener Gesunden, die ihr Gesundsein einer bestimmten Präventivmaßnahme verdanken, naturgemäß schwer feststellbar ist und weil für den Bereich der kurativen Medizin nur wenige Informationen verfügbar sind. Diese weisen aus, daß die Anzahl der öffentlichen und privaten Krankenbetten mit 3.5% p.a. ein wenig schneller als die Bevölkerung zunahm, daß die Anzahl bestimmter, infektiöser Krankheitsfälle mit 11.2% p.a. schneller wuchs als die Anzahl medizinisch ausgebildeter Personen, und daß Konzentrations- und Umschichtungsprozesse das "Krankheits-

bild der Nation" stark veränderten.¹⁾ Diese Fakten reichen indessen nicht aus, um die Behauptung,

"... that the generation of children now growing up will be fitter and freer from disease than were their parents" 2)

zweifelsfrei zu bestätigen.

Sofern präventive und kurative Maßnahmen tatsächlich dazu beitragen, die gesundheitlichen Risiken der Bürger eines Landes zu verringern, verändern sie notwendigerweise die Altersstruktur der Bevölkerung³⁾ mit allen Konsequenzen: Sie verringern das Verhältnis der Nicht-Erwerbsfähigen zu den Erwerbsfähigen und verteilen die Last der Versorgung von Kindern und Invaliden auf mehr Personen, sofern es gelingt, zusätzliche Arbeitsplätze und Einkommen zu schaffen; vorhandene und

-
- 1) Praktiker: +8.7% p.a.; Krankenschwestern: +8.7% p.a.; Hebammen: +9.1% p.a. Auf die zwei häufigsten von 23 Infektionskrankheiten entfielen 1962 70.6% (Dysenterien und Lepra) aller gemeldeten Fälle und 1971 89.5% (Dysenterien und Bilharzia). Vgl. "Kenya Statistical Abstract 1972", a.a.O., S. 176 - 178.
 - 2) Republic of Kenya (Hrsg.): "Three Years of Independence(...)", a.a.O., S. 3.
 - 3) Analytisch kann man die "Streckung" und "Umgestaltung" der "Alterspyramide" unterscheiden. (Vgl. auch § 11, Kap. 2, Abschn. a, Anm. 1), S. 214 Bei der "Streckung" erhöht sich sowohl das Alter des letzten Überlebenden eines Jahrganges wie auch die Anzahl derjenigen Personen, die ein bestimmtes Alter erreichen "Alters-" und "Mengeneffekte" konstituieren den "Streckungseffekt"; bei der "Umgestaltung" existieren nur positive und negative Mengeneffekte gegenüber der Ausgangssituation.

erworbene Fähigkeiten, berufliche und Lebenserfahrungen können ohne gravierende Mehrkosten zum eigenen und

Die Lebenserhaltungskosten einer Person seien eine stetig und monoton mit dem Alter wachsende Funktion der Zeit:

$$(a) \quad K(\tau) = K_0 e^{\alpha \tau}$$

Die Kantenlinie der "Jahrgangs-Alterspyramide" genüge der Funktion:

$$(b) \quad N^*(\tau) = N_0^* \frac{1}{a} (a - \tau)$$

Durch Multiplikation von (a) und (b) erhält man die "kollektiven Unterhaltskosten (KUK)" eines Geburtsjahrganges für eine bestimmte Periode:

$$(c) \quad KUK(\tau) = N_0^* \frac{1}{a} (a - \tau) e^{\alpha \tau}$$

Durch Integration von (c) nach der Zeit und Bestimmung der Integrationskonstante C erhält man die "kollektiven Integral-Unterhaltskosten (KIK)":

$$(d.1) \quad KIK(\tau) = \frac{(\alpha(a-\tau)+1)}{\alpha a^2} e^{\alpha \tau} \frac{\alpha a(\alpha-1)-1}{\alpha a^2} K_0 N_0^*$$

Durch geeignete Maßnahmen gelinge es, die "Jahrgangs-Alterspyramide" um $\Delta a > 0$ zu "strecken" - vgl. Anm.3), S. 266 -. Man erhält eine zweite KIK-Funktion (d.2). Durch die Subtraktion (d.2) - (d.1) erhält man die Differenz der KIK-Funktionen, mit:

$$(e) \quad \Delta KIK(\tau) = K_0 N_0^* \frac{1}{\alpha^2 a_1 a_2} (a_1 e^{\alpha \tau_2} - a_2 e^{\alpha \tau_1} + \alpha \tau^2),$$

wobei $\tau_1 \leq a_1$ und $\tau_2 \leq (a_1 + \Delta a) = a_2$.

In der nebenstehenden Skizze sind die Beziehungen (a) bis (e) graphisch dargestellt.

In den Beziehungen (a) - (e), bedeuten:

K_0 : durchschnittliche "Pro-Kopf-Geburtskosten", $K_0 \geq 0$;

α : Wachstumsrate der individuellen Lebens-Erhaltungskosten;

τ : Periodenindex;

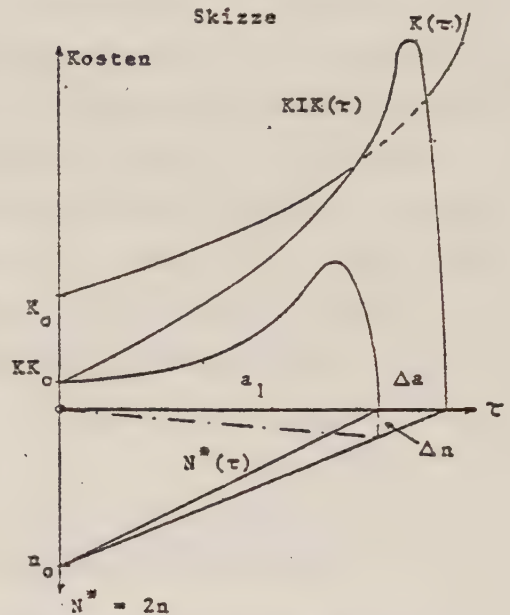
N_0^* : Geburtenstärke eines Jahrganges;

a : Alter des letzten Überlebenden eines Jahrganges;

a_1 : Alter des letzten Überlebenden der ursprünglichen "Alterspyramide";

a_2 : Alter des letzten Überlebenden der "gestreckten Alterspyramide";

$\Delta a = a_2 - a_1$: "Alterseffekt der Streckung".



zum Vorteil der Gesellschaft von mehr Menschen längere Zeit genutzt und vermehrt werden, private und öffentliche Bildungsaufwendungen eine höhere Rendite abwerfen. Andererseits muß aber berücksichtigt werden, daß i.d.R. die Pro-Kopf-Lebens-Erhaltungskosten eine mit zunehmendem Alter wachsende Funktion der Zeit sind.¹⁾ Hieraus folgt unmittelbar, daß eine Art kostenoptimale Altersstruktur existiert, die durch eine altersspezifische Allokation gegebener und/oder zusätzlicher Mittel angesteuert werden kann: Zusätzliche Mittel müßten notwendigerweise Verwendungen entzogen werden, in denen Unzulänglichkeiten der Altersstruktur die Ausprägung eines günstigen Kosten-Leistungsverhältnisses verhindern.

d.b. Sinkende Grenzkosten im Gesundheitswesen?

Besondere Beachtung verdient unter diesem Aspekt das Erziehungswesen wenn, wie in Kenia, die durchschnittliche Lebenserwartung einer Person niedrig und der Bildungsaufwand relativ hoch sind. Die öffentlichen Ausgaben für Bildungs-, Ausbildungs- und kulturelle Einrichtungen verzehrten während der Beobachtungszeit durchschnittlich rd. zwölf Prozent der Staatsausgaben und durchliefen ein markantes Wellental, ohne daß ein entsprechender Leistungsrückgang nachweisbar wäre; zwischen 1963 und 1972 nahm die Anzahl aller Schüler stets positiv von 927 Tsd. auf 1.846 Mill. oder um 7.7% p.a. und die Anzahl der diensttuenden Lehrer um 10% zu, so daß der Anteil der Schüler pro Lehrer sank, und zwar von 37 auf 30. Stärker noch, als das Verhältnis von Schülern

1) Vgl. Anm. 3), S. 266.

zu Nichtschülern eines Jahrganges stieg das Verhältnis von Sekundarschülern zu Primarschülern:

1963 : 30; 1972 : 11; ¹⁾.

Daß bei allgemein steigenden Grenzkosten des Erziehungswesens ²⁾ von Jahr zu Jahr mehr Kinder Aufnahme in Primar- und Sekundarschulen finden konnten, obwohl die Staatsausgaben für den Funktionsbereich "Edukation" zeitweilig - auch absolut - zurückgingen, ist höchst wahrscheinlich der wachsenden Bereitschaft der Bevölkerung zu verdanken, freiwillig im zunehmenden Maße Geld und Freizeit für die Bildung ihrer Kinder zu "opfern". Diese Bereitschaft wird weniger gestiegenem Altruismus zuzurechnen sein, als der Erfahrung, daß formale Schulung als intangibles, unveräußerliches und langlebiges Konsum- und Investitionsgut - dank ihrer prestige- und einkommenssteigernden Eigenschaften - einen größeren Nutzen für die Familie abwirft, als die alternative Verwendung knapper Mittel für den Kauf tangibler und kurzlebiger Konsumwaren. Daß darüber hinaus die externen Effekte der Bildung dazu beitragen, die Produktivität vorhandener Faktorkombinationen und das Volkseinkommen zu erhöhen, ist eine

1) Quellen: Vgl. "Kenya Statistical Abstracts" der entsprechenden Jahre, a.a.O.

2) Vgl. SHOUP, C., a.a.O., S. 143.

nützliche Eigenschaft solange das "Crash Programme der Afrikanisierung"¹⁾ kein Überangebot an qualifizierten Arbeitskräften produziert. Sobald aber die Anzahl der Bewerber spürbar größer als die Anzahl ihrer Beschäftigungsmöglichkeiten ist, sind die externen Effekte der Massenbildung sehr wahrscheinlich negativ.²⁾

e. Die Förderung der Wirtschaft durch den Staat

e.a. Agraroutput und Wandlung der Besitz- und Produktionsverhältnisse im Schlüsselsektor Landwirtschaft

Das Schwergewicht der öffentlichen Ausgaben lag während des Beobachtungszeitraumes eindeutig im Bereich der Landwirtschaft i.w.S.. Land-, Vieh- und Forstwirtschaft sowie Jagd und Fischerei absorbierten - unter Schwankungen und leicht fallender Tendenz - durchschnittlich etwas

-
- 1) "One of the first major programmes of the Gouvernement, ..., was to embark on a crash programme of secondary school expansion and high-level training in order to increase, as fast as possible, the supply of trained manpower to run the economy independently of outside assistance." Republic of Kenya (Hrsg.): Development Plan for the Period 1970 to 1974, Nairobi 1969, S.23.
 - 2) Zur sozialen Problematik der Primarschulabsolventen, vgl. § 15, Kap. 2, Abschn. e.

weniger als 16% der Staatsausgaben, das meiste

"... to transfer much of the European farmland to African hands and at the same time increase the agricultural production of the country as a whole." 1)

Wurden zunächst die als "Development Expenditures"²⁾ im Funktionsbereich Landwirtschaft budgetierten öffentlichen Mittel primär für die Finanzierung der Landreform³⁾ verwendet, (1963/64: rd. 75%), so verschob sich mit wachsendem Zweifel an der ökonomischen Nützlichkeit reiner Vermögenstransaktionen das Gewicht der öffentlichen Ausgaben zugunsten produktionssteigernder Maßnahmen: Ging es bei der Landreform primär darum, etwa 50 Tsd. afrikanische Familien nach dem "Million-Acre-Settlement-Scheme" und nach dem "Squatter-Settlement-Scheme" auf etwa 1 Million Hektar Land der vormals "Scheduled (White) Areas" - insgesamt 3 Mill. Ha. - anzusiedeln, und ihnen wie auch Familien der "traditional African farming areas" und anderer Regionen - nach Flurbereinigung und Katastrierung der nach dem "customary tribal land tenure system" kultivierten Flächen - Privateigentumsrechte nach modernen Gesichtspunkten zu übertragen⁴⁾, so bestanden die produktions- und einkommenssteigernden Aktivitäten vor allem, darin,
- die landwirtschaftlichen Forschungs- und Beratungsdienste mit dem Ziel auszubauen, kostensenkende Produktionsverfahren für "traditionelle" und "moderne"

1.) Rep. of Kenya (Hrsg.): "Three Years of Independence (...)", a.a.O., S. 5.

2.) Vgl. . §. 10, Kap. 2, Abschn. a, S. 178.

3.) Vgl. FLIEDNER, Hanfried: "Die Bodenrechtsreform in Kenia", Berlin, Heidelberg, New York, 1965.

4.) Sog. "freehold title deeds".

Produkte zu entwickeln und zu propagieren,

- durch den Neu- und Ausbau von Verkehrswegen, Umschlag- und Lagerplätzen die Absatzkosten zu senken und
- durch preisregulierende Interventionen die Produktion zu steuern.

Die nachstehende Tabelle kann im gewissen Umfang als Ausdruck der Anpassungsfähigkeit der Farmer an diese öffentlichen Maßnahmen gewertet werden.

c. Mengenindizes der wichtigsten landwirtschaftlichen Marktprodukte Kenias, 1963 - 1973

Erzeugnisse	1963	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74
Sisal	71.300t±100	95	90	80°	73	71	70	62	63			
Wattle Bark	49.600t±100	92	71	101	111	75	68	59	57			
Baumwolle	8.800t±100	125	141	164	144	163	194	159	191			
Kaffee	40.500t±100	102	97	141	119	98	129	144	147			
Tee	18.100t±100	112	109	118	126	165	199	227	201			
Cashew-Nüsse	6.200t±100	138	132	146	174	125	119	146	177			
Ananas		-	-	-	100 ¹⁾	124	143	267	284			
Mais	210.400t±100	65	49	64	118	168	133	98	122			
Weizen	110.400t±100	122	156	116	147	196	219	201	186			
Reis	13.000t±100	102	109	128	122	144	175	219	231			
Zuckerrohr	512.500t±100	117	101	100	138	185	268	303	298			
Hülsenfrüchte	12.000t±100	86	109	163	122	38	68	96	104			
Kühe+Kälber	164.300S±100	96	112	114	132	112	113	121	128			
Schafe+Ziegen	172.800S±100	66	67	37	39	31	57	67	58			
Schweine	48.300S±100	93	115	114	100	108	109	125	106			

t: metrische Tonnen; S : Stück; 1) 1967: 12.000t:

Quelle: "Kenya Statistical Abstracts" der entsprechenden Jahre, a.a.O.

Im Bereich der landwirtschaftlichen Exporterzeugnisse sind die Agrar-Rohstoffe - hier: Sisal, Akazienrinde, Baumwolle und Pyrethrum Extrakt - stets mehr oder weniger

der Konkurrenz durch synthetische und/oder andere natürliche Substitutionsprodukte ausgesetzt. Im vorliegenden Fall traf sie vor allem die Sisalproduzenten: Die technischen und preislichen Vorteile der Polypropylen-Erzeugnisse sowie verschlechterte institutionelle Marktbedingungen ¹⁾ verursachten zwischen 1964 und 1968 einen Verfall der fob-Mombasa-Preise um jährlich knapp 20%. Die Folge war, daß Grenzbetriebe die Produktion einstellen mußten ²⁾ und die Ablieferungen um jährlich 6% zurückgingen.

Dem Absatz von "Kolonialwaren", d.h. tropischen Nahrungs- und Genußmitteln - hier: Kaffee, Tee, Cashew-Nüsse und Ananas -, drohen zwar keine Gefahren technischer Substitution aber die Konzentration aller Anbieter auf die relativ gesättigten, "traditionellen" Märkte Westeuropas, Nordamerikas, Australiens und Japans, führt - wie auch bei Agrar-Rohstoffen - bei relativ konstanter Nachfrage und steigendem Angebot zur Preiserosion und, sofern unterversorgte Märkte preis-unrealistisch reagieren, zu "paradoxe Überproduktion" und Kartellbildung. Dennoch wurde die Expansion der Kaffeeproduktion Kenias weniger durch seine "Kaffeequote" im "Internationalen Kaffeeabkommen" als durch verbreitetes Auftreten der "Coffee Berry Disease" beeinträchtigt. ³⁾

-
- 1) Abwertung der Währungen wichtiger Konkurrenten und Abnehmer; Beseitigung der Commonwealth-Präferenzen".
 - 2) Vgl. Republic of Kenya (Hrsg.): "Development Plan ...", a.a.O., S. 246.
 - 3) Ebenda, S. 244.

Das rapide Wachstum der Ananasproduktion beweist, daß Diversifikationsanstrengungen nicht immer und notwendig zur Produktion paradoxer Überproduktion führen müssen.

Neben Sorghum und Millet, die ausschließlich im Rahmen der Subsistenzwirtschaft angebaut werden, sind Mais und Weizen die wichtigsten Grundnahrungsmittel in Kenia. Trotz nahezu konstanter Erzeugerpreise stiegen - von unterschiedlichen Niveau aus - die Ablieferungen an die staatlichen Handelsmonopole um durchschnittlich 10% p.a. Da die Erzeugerpreise i.d.R. über den Exportparitätspreisen lagen, erlitten die Monopole Einkaufsverluste, die den Produzenten in Form von Subventionen zugute kamen. Während die Maissubventionen als "transitorisch" betrachtet werden, wünscht die Regierung die Weizenproduktion dem Inlandsbedarf anzupassen, obwohl sie langfristig das Weizenproduktionspotential des Landes optimistisch beurteilt.¹⁾

Die mit jährlich rd. 16% steigenden Zuckerrohrablieferungen bei den Fabriken dokumentieren eindrücklich das Bemühen, zur Schonung der Zahlungsbilanz von Zuckerimporten unabhängig zu werden. Reis und Hülsenfrüchte spielen in der Protein- und Kohlehydrateversorgung der Bevölkerung eine verhältnismäßig geringe Rolle, weil die Preise dieser "unkonventionellen" Lebensmittel zu hoch sind und ihre Qualität zu schlecht ist.

Obwohl das Potential der durch Be- und Entwässerung und Tsetsefliegen-Entseuchung erschließbaren landwirtschaftli-

1) Vgl. Republic of Kenya (Hrsg.): "Development Plan ...", a.a.O., S. 238 - 239.

chen Nutzfläche noch beträchtlich ist, werden ohne revolutionäre agrartechnische Fortschritte letztlich rd. 4/5 ¹⁾ der Fläche Kenias wegen übermäßiger Trockenheit unkultivierbar bleiben. In diesen ariden Gebieten des Nordens und Nordostens halten nomadisierende Völkerschaften etwa 50% der Rinder, 55% der Schafe und 75% der Ziegen des Landes; - ein Fleischpotential, dessen systematische, marktmäßige Erschließung erst kürzlich begonnen wurde.²⁾ Das Schwergewicht der staatlichen Anstrengungen, die Milch- und Fleischproduktion zu steigern, lag und liegt währenddessen zweifellos in den Gebieten intensiver landwirtschaftlicher Kultivation und richtete sich inhaltlich vor allem auf die Erhaltung des genetischen Potentials des von den Europäern übernommenen hoch-ertragreichen Zuchtviehs.³⁾

Negative und niedrige positive Wachstumsraten der Ablieferungen viehwirtschaftlicher Produkte bei staatlichen Verwertungsgesellschaften lassen annehmen, daß die Produktion in der Landwirtschaft (vgl. Übersicht c) ⁴⁾ allgemein schneller wuchs als in der Viehwirtschaft.

Die Insuffizienz des kolonialen Bankensystems im Bereich des landwirtschaftlichen Kreditwesens, seine Spezialisierung auf die kurzfristige Finanzierung der Agrarexporte,⁵⁾

1) Vgl. § 7, Kap. 1.

2) Vgl. Rep. of Kenya (Hrsg.): "Development Plan ...", a.a.O., S. 265 ff.

3) Ebenda, S. 258.

4) Schafe, Ziegen, Lämmer: - 13.6% p.a.; Milch: - 2.9% p.a.; Rindvieh: + 3.6% p.a.; Schweine: + 1.4% p.a.
Quelle: "Kenya Statistical Abstracts" der entsprechenden Jahre, a.a.O.

5) Vgl. § 8, Kap. 2, Abschn. b.

wurde durch die Tätigkeit öffentlicher Institutionen überwunden: Langfristige "Investitionsdarlehen" für den Landerwerb, mittelfristige Entwicklungsdarlehen für den Kauf von Vieh, Maschinen und Farmeinrichtungen und kurzfristige Betriebsmittelkredite zum Kauf von Saaten, Dünger und anderer Inputs wurden praktisch jedermann zugänglich, ohne daß die staatliche Kreditpolitik frei von Widersprüchen wäre: Einerseits von der Einkommensunwirksamkeit reiner Vermögenstransaktionen überzeugt,¹⁾ erblickt die Regierung andererseits in der staatlichen Unterstützung der Privatisierung von Grund und Boden einen "... mächtigen Antrieb für die Agrarentwicklung"²⁾, u.a., weil "... land title deeds provide good security for agricultural loans."³⁾

Indem sie solchermaßen wissentlich die Ursachen der Kreditversagungen seitens privater Banken beseitigt, erschwert sie ihren eigenen Agrar-Kreditorganisationen die Geschäfte, rückt sie ein weiteres Stück von ihren sozialistischen Vorstellungen ab.⁴⁾

-
- 1) "However, the economic benefits from doing this (... using a very high proportion of ... funds for the land transfer programme, A.d.V.) are marginal at best." Rep. of Kenya (Hrsg.): Development Plan "...", a.a.O., S. 200.
 - 2) Wörtlich: "The reform acts as a powerful stimulus to agricultural development." Republic of Kenya (Hrsg.): "Development Plan ...", a.a.O., S. 210.
 - 3) Ebenda
 - 4) Vgl. Republic of Kenya (Hrsg.): "African Socialism and its Application to Planning in Kenya", Nairobi 1965.

e.b. Steigende Kontrolle von Handel und Industrie durch den Staat

War im Falle der Landwirtschaft das hohe Gewicht der Staatsausgaben für diesen Funktionsbereich kennzeichnend, so ist es im Bereich "Handel und Industrie" ihr enormer absoluter und relativer Anstieg¹⁾. Er ist Ausdruck des Bestrebens der Regierung, den eigenen, bisher relativ geringen Einfluß²⁾ auf den Industrialisierungsprozeß mit dem Ziel zu verstärken,

- das Outputwachstum - bisher: 7 - 8% p.a. zu beschleunigen,
- die personelle und finanzielle Auslandsabhängigkeit unter Kontrolle zu bringen,
- die Wertschöpfung und Exporterlöse durch Verarbeitung inländischer Rohstoffe zu steigern,
- knappe ausländische Zahlungsmittel durch Ausschöpfung aller Importsubstitutionsmöglichkeiten für notwendige Importe freizusetzen und
- die Standortwahl von Industrieansiedlungen zu beeinflussen, um eine gleichmäßigere regionale Streuung der externen Effekte der Industrialisierung zu erreichen.

Eine Schlüsselstellung bei der Realisierung dieser Zielsetzungen nehmen öffentlich finanzierte Entwicklungsgesellschaften ein⁴⁾, über die die Regierung privaten

1)		1961/62	1970/71	Wa RA $\hat{=}$	VDZ
	K£ Tsd.	157	6351	41%	$\hat{=}$ 1.7 Jahre
	% St'Ausg.	0.30	4.05	29%	$\hat{=}$ 2.3 Jahre

- 2) Mit Sicherheit stammten weniger als 20% aller Investitionsmittel dieses Sektors aus öffentlichen Quellen.
- 3) Vgl. Rep. of Kenya (Hrsg.): "Development Plan ...", a.a.O., S. 304 ff.
- 4) Die wichtigsten sind: Agricultural Finance Corporation; Settlement Fund Trustees; Kenya Tea Authority; Industrial and Commercial Development Corporation; Development Finance Company of Kenya; National Construction Company.

Investoren Kredite gewährt, Beteiligungen erwirbt und den Bau von "Industrieparks" - industrial estates - finanziert. Den geringeren Teil der verfügbaren Mittel verwendet sie für den Ausbau und die Unterhaltung von Forschungs-, Ausbildungs- und Beratungsdiensten in eigener Regie.

Über die Vergabe von Importlizenzen, quantitative Importrestriktionen, protektionistische Zölle, selektive Zollrückerstattungen, spezielle Abschreibungs-erleichterungen und andere Vergünstigungen - z.B. durch Zuerkennung des "Approved Status" für bestimmte Unternehmungen nach dem "Foreign Investments Protection Act, 1964" - versucht der Staat überdies die Investitionstätigkeit auf quantitativ kaum abschätzbare Weise zu stimulieren.

Die öffentliche Begünstigung der Wirtschaft beschränkte sich indessen nicht einseitig auf die Förderung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion: Über ihre Handels-, Beteiligungs- und Bankgesellschaften, sowie in ihrer Eigenschaft als größter Nachfrager von Gütern und Leistungen für den Eigenbedarf nimmt die Regierung unmittelbar, und durch Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, administrative Kontrollen und internationale Verträge - z.B. East African Treaty, EEC-Assoziation mittelbar Einfluß auf Gegenstand, Volumen und Ergebnis der Geschäfte des Dienstleistungssektors, sowie auf die Besitz- und geographische Verteilungsstruktur der in diesem Sektor tätigen Firmen¹⁾.

1) Allein über ihre 3362 Geschäfte in Nairobi und Mombasa (48.3%) wickelten die 332 Groß- und Einzelhandelsfirmen des Landes 1966 75% ihrer Umsätze ab

Besondere Hervorhebung verdienen in diesem Zusammenhang die Gründung der "Central Bank of Kenya" als Zentralnotenbank 1966, und die Verabschiedung der "Banking Act" 1968, mit deren Hilfe die Regierung die Befolgung ihrer wirtschaftspolitischen Zielsetzungen durch die Privatbanken sicherstellen kann.

e.c. Straßenbau: Autonome Variable im kommunikationspolitischen Kalkül.

Das Transportsystem eines Landes ermöglicht Personen und Gütern die Überwindung von Distanzen zu Bedingungen, die nicht ausschließlich durch technische Notwendigkeiten diktiert sind: Verfügte die Eisenbahn noch während der ersten Dekaden dieses Jahrhunderts über eine technisch determinierte Monopolstellung im Überlandverkehr, so sah sie sich im Laufe der Zeit der wachsenden Konkurrenz des modernen Straßenverkehrs ausgesetzt. Technische Eigenschaften, wie die relativ große Anpassungsfähigkeit der Straßenführung an schwierige topographische Verhältnisse und der Straßenqualität an langfristig steigenden Beförderungsbedarf, größere Flexibilität bei der Wahl der Reiseroute, Zwischenstationen und Beförderungsgeschwindigkeit und die größere kurzfristige Adaptionsfähigkeit an Art und Menge des Transportaufkommens sichern dem Straßenverkehr im Personen-, Stückgut-, und Flächenverkehr die größten komparativen Kostenvorteile gegenüber dem Bahntransport.

(276 Mill. KSh). Lediglich 98 oder 29.5% dieser Firmen befinden sich im vollständigen oder teilweisen Eigentum kenianischer Bürger - Citizens -. Quelle: Rep. of Kenya (Hrsg.): "Development Plan ...", a.a.O., S. 413 - 414.

Aber nicht nur diesen technischen Eigenschaften des Straßentransports ist es zuzuschreiben, daß die Straßenbauausgaben Kenias während des Beobachtungszeitraumes auf Regionen ohnehin relativ großer Verkehrsdichte konzentriert wurden und einen - unstetig - wachsenden Teil der Staatsausgaben verzehrten ¹⁾:

Die Aufgaben des Transportsystems,

"... (to, A.d.V.) contribute toward an efficient allocation of productive resources through the stimulation of expanding production in the agricultural and industrial sectors, development of rural and urban markets and ... (to, A.d.V.) enable people to travel as they wish to satisfy their individual desires and to attain preferred regional distribution of population, industry and incomes." ²⁾

lassen sich nach Ansicht der Regierung durch den bevorzugten Ausbau des Straßenverkehrs auch deswegen leichter verwirklichen,

1. weil mit dem Ausbau und der Unterhaltung des Straßennetzes das privatwirtschaftliche Unternehmerinteresse am Tiefbau und am Transporthaupt- und -nebgewerbe geweckt und gefördert wird,
2. weil die unmittelbare Beteiligung öffentlicher und privater Mittel die Finanzierung einer zusätzlichen Transportleistungseinheit i.d.R. erleichtert und
3. weil die Straßentransport-Investitionsentscheidungen weitgehend von den verkehrspolitischen Zielsetzungen der ostafrikanischen Partnerländer unabhängig sind.³⁾

1) Ø Gewicht: 7%; Ø Wachstumsrate des Gewichtes: 8.3% p.a.
2) Rep. of Kenya (Hrsg.): "Development Plan ...", a.a.O., S. 377 - 378.
3) Vgl. ebenda, S. 377 - 393.

Alle übrigen modernen Verkehrs- und Nachrichtenmittel unterliegen - mit Ausnahme des Ausbaus der Flugplätze - der Entscheidungskompetenz selbständiger Institutionen der "Ostafrikanischen Gemeinschaft".

§ 14 Die Ostafrikanische Gemeinschaft: Supranationaler Kommunikationskonzern in Agonie oder Nukleus der "Vereinigten Staaten von Ostafrika"?

1. Die Basis des Konflikts: Nationalismus als Integrationshindernis

Mit dem Übergang zur Unabhängigkeit hatten die ostafrikanischen Gemeinschaftseinrichtungen die letzte rechtliche und organisatorische Reform erlebt; - eine Reform, die der Integration der drei ostafrikanischen Staaten dienlich sein sollte. Tatsächlich bleibt jedoch festzuhalten,¹⁾

1) Vgl. GREEN, Reginald H.: The Treaty for East African Co-operation (A Summary and Interpretation), in: The JoMAS, 5,3 (1967), S. 414 - 419;
MEAD, Donald C.: Economic Co-operation in East Africa, in: The JoMAS, 7,2 (1969), S. 277 - 287;
NDEGWA, Philip: The Common Market and Development in East Africa, a.a.O.;
PHILIP, Kjeld: Reflections on the Treaty for East African Co-operation, Paper, vorgelegt beim: The 1972 E.A.C. Study Seminar on Integration and Regional Plan Co-ordination, Kampala, 1972;
SIMBA, Iddi: Possibilities of Regional Industrial Planning (The Role of a Development Bank), Paper No.12, vorgelegt beim: The 1972 E.A.C. Study Seminar on Integration and Regional Plan Co-ordination, Kampala 1972.

- daß die Diskussionen um Auflösung und Belebung der Gemeinschaftsdienste nie verebbten;
- daß sich Kenia der Erfüllung des "Kampala-Abkommens" widersetzte;
- daß die Gründung nationaler Zentralbanken die ostafrikanische Währungsunion und Currency-Board-Prozedur beendete;
- daß die Errichtung von Importrestriktionen (Verbote, Lizenzen, Quoten) durch Tansania und Uganda den Freihandel unter den drei Ländern primär zu Lasten Kenias behinderte;
- daß während dieser Phase nationaler Eigennützigkeit eine akute Gefahr für den vollständigen Zusammenbruch der ostafrikanischen Gemeinschaftseinrichtungen bestand.

Daß es hierzu nicht kam, lag nicht zuletzt an den pragmatischen Vorschlägen der "Commission on East African Co-operation"¹⁾, die den beteiligten Regierungen eine Verständigung über die partielle Restitution des Gemeinsamen Marktes und über einen neuen Verteilungsmodus der gegenwärtigen und zukünftigen "Gemeinschaftserträge" unter den Partnerstaaten ermöglichten.

1). Diese Kommission - unter Leitung von Kjeld PHILIP - untersuchte im Auftrag der drei beteiligten Regierungen die Ursachen der Gemeinschaftsschwierigkeiten und Möglichkeiten zu ihrer Überwindung.

2. Die "Lösung" des Konflikts: "The Treaty for East African Co-operation"

a. Geist und Inhalt des Vertrages

Durch zwei Maßnahmenbündel versuchte man im wesentlichen diesen Zielsetzungen gerecht zu werden: 1. durch Schaffung monetärer und fiskalischer Anreize zur Beeinflussung der Standortentscheidungen privater Investoren und 2. durch grundlegende Reorganisation der Gemeinschaftsinstitutionen.

1.1 Die neu gegründete "East African Development Bank" verfolgt den Zweck, potentielle Investoren durch selektive finanzielle Unterstützung und Bereitstellung komplementärer Dienstleistungen zur Ansiedlung sog. Common-Market-Industries ¹⁾ in den industriell weniger entwickelten Partnerstaaten Tansania und Uganda zu veranlassen und die Komplementarität der industriellen Produktion unter den Partnerländern zu verstärken.

1.2 Die Verbindung der klassisch LISTschen Schutzzoll-idee mit den Freihandelsvorstellungen der Gemeinschaft führte zur Geburt der "Transfer Tax", eines semi-permeablen Importzollsystems zum Schutz neuer Industrien der weniger industrialisierten Partnerländer gegen die

1) Vgl. SIMBA, I., a.a.O..
"Common-Market-Industries" können definiert werden als Betriebe, die bei optimaler Kapazitätsauslastung einen Output produzieren, der nur vom Gemeinsamen Markt absorbiert werden kann. Für "National Industries" gilt die Definition analog.
PHILIP, Kjeld, a.a.O., schätzt, daß die Nachfrage nach Industriewaren in Ostafrika etwa so groß ist wie die in Kopenhagen.

Konkurrenz aus den relativ stärker industrialisier-
ten¹⁾ .

Entscheidender als die notwendige Neuregelung der Finanzierung²⁾ des politisch-administrativen Überbaus der Gemeinschaft, der Finanzverwaltungen und der technisch-wissenschaftlichen Einrichtungen war die Neugestaltung der inneren Struktur der Gemeinschaftsorgane und ihrer Beziehungen zu den nationalen Regierungen und den "self-contained-services".

2.1 Die wichtigsten Organe im politisch-administrativen Überbau der Gemeinschaft, sind:

- die "East African Authority", das oberste Entscheidungs- und Kontrollorgan der Gemeinschaft, repräsentiert durch die Regierungschefs der drei Partnerstaaten,
- das von Kjeld PHILIP intentional so genannte "supranational East African cabinet",³⁾ die geschäftsführende Exekutive der Gemeinschaft, bestehend aus je

1) Der "Treaty for East African Co-operation" als formale Grundlage der Kooperation der Partnerländer untereinander läßt am Schutzzollcharakter der Transfer Tax keinen Zweifel: Voraussetzung des Schutzes eines Industrieproduktes ist:

- ein Mindest-Handelsbilanzdefizit des den Schutz bea-
tragenden Landes von 20% des cif-Wertes aller Indu-
striewaren im Handel mit den Partnern; und
- das Vorhandensein einer sorgfältig definierten Pro-
duktionskapazität für die schutzbedürftige Ware.
Die Schutzdauer ist auf maximal 8 Jahre limitiert und
die Schutzhöhe auf maximal 50% des Gemeinschafts-Aus-
senzollsatzes entsprechender Waren. Vgl. Republic of
Kenya (Hrsg.): Treaty for East African Co-operation,
Nairobi 1967, und SEGAL, Mark D.: The Revenue Effect
of East African Transfer Taxes, E.R.B. Paper 71.5,
Dar-es-Salaam 1971, sowie § 11, Kap.1, Abschn. c.a.

2) Zum Ende des "Raisman Distributable Pool", vgl. NDEGWA,
P., a.a.O., S. 105.

3) PHILIP, K., a.a.O., S. 12.

einem "East African minister" der nationalen Regierungen, und

- den fünf "Councils", Beratungsgremien, in denen die drei Ostafrikaminister und drei bis neun Ressortminister der nationalen Regierung Sitz und Stimme haben.

2.2 Die "self-contained-services" unterlagen folgenden organisatorischen Änderungen:

- Die "siamesischen Zwillinge" Railways & Harbours wurden getrennt, administrative Funktionen aller Hauptverwaltungen auf die nationalen Filialen übertragen und - um sie als kommerzielle Unternehmungen von politischer Einflußnahme weitgehend unabhängig zu machen ¹⁾ - die Rechtsform dieser Dienste nach dem Vorbild der "East African Airways Corporation" geändert.
- Dem verbreiteten Einwand, Tansania und Uganda würden teilweise von Nairobi aus regiert, begegnete man durch die Verlegung der Hauptsitze einiger Gemeinschaftsorganisationen: Während die Hauptsitze der Eisenbahn- und der Luftfahrt-gesellschaft in Nairobi verblieben, wurde der Hauptsitz der Hafengesellschaft nach Dar essalam und der Sitz der "East African Community" nach Arusha in Nordtansania verlegt. Kampala in Uganda wurde Sitz der Post- und Telefongesellschaft sowie der Entwicklungsbank.

1) Dessen ungeachtet werden der Vorsitzende, Generaldirektor und drei Direktoren des "Board of Directors", von der "Authority" und drei weitere Direktoren von den nationalen Regierungen ernannt.

b. Würdigung des Vertrages: Regelung oder Unterdrückung des Konfliktes?

Angesichts des Zusammenbruchs, von dem die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Partnerstaaten untereinander bedroht waren, erscheint es unbillig, die Vorkehrungen des "Treaty for East African Co-operation" zu kritisieren: Immerhin trugen sie zum Überleben der weitgehend harmonisierten Zoll- und Steuerunion, des Gemeinsamen Marktes für Industrieprodukte und der Gemeinschaftsdienste bei. Überdies wurde die Rolle Nairobis als faktische Hauptstadt Ostafrikas durch die Dezentralisierung der Gemeinschaftsdienste beendet und die Nachfrage der Gemeinschaftsinstitutionen sowie ihrer Arbeitnehmer nach Gütern und Leistungen geographisch gleichmäßiger verteilt. Ob aber auch nur eine einzige "Common-Market-Industry" ihre Existenz der Aktivität der Entwicklungsbank verdankt, und eine einzige "National Industry" in Tansania und Uganda dem Transfer-Tax-Schutz, ist nicht nur deshalb zweifelhaft, weil das Gewicht derartiger Anreize im unternehmerischen Investitionskalkül als relativ gering veranschlagt werden muß, sondern weil ihr positiver Effekt mit den negativen Effekten einer allgemeinen Verschlechterung des "Investitionsklimas" in Ostafrika aufgerechnet werden muß.¹⁾

-
- 1) Ob ohne Auftreten dieser Störungen eine Umkehr des historischen Ablaufs des Importsubstitutionsprozesses - Kenia substituiert Waren aus Übersee, Tansania u. Uganda substituieren Waren aus Kenia - möglich gewesen wäre, kann ohne Kenntnis einer "Investitions-Incentives-Elastizität" nicht beantwortet werden. Und eine solche Elastizität ist i.d.R. nicht meßbar, weil nur von irrationalen Investoren die Entschleierung der Entscheidungsprozesse erwartet werden kann. Vgl. auch FECHER, Hans: Einige Bemerkungen über "Incentive-Wirkungen" der Einkommensbesteuerung, in: Public Finance, Vol. 20 (1965), S. 76 - 117.

Denn die politische, soziale und wirtschaftliche Entfremdung unter den Partnerstaaten hat wegen des Vorherrschens nationalstaatlichen Ordnungsdenkens in den höchsten Gemeinschaftsorganen einmal mehr zu jenem Tiefstand an Gemeinsamkeit geführt, bei dem Zusammenhalt-¹⁾ Appelle politische Führung und Entscheidungen ersetzen, und die Gemeinschaftsorgane zur Administration jenes Minimums an fiskalischen, wissenschaftlichen und technischen Diensten verurteilt sind, das keinem Partner "weh tut".

Ob dieses Minimum durch Lösung der personellen Probleme²⁾ überwunden werden kann, oder lediglich eine Zwischenstation auf dem Weg zu einem Minimum Minimumum ist, bei dem die Ostafrikanische Gemeinschaft nur mehr aus wenigen Betriebsgesellschaften zur Aufrechterhaltung einiger Transport- und Nachrichteneinrichtungen bestehen wird, wird sich nach der Untersuchung der Staatsausgaben Tansanias sicherer beurteilen lassen.

-
- 1) Zuletzt am 15/01/1975 rief Präsident NYERERE vor der Legislativversammlung der Gemeinschaft dazu auf, "... den Zusammenhalt der Ostafrikanischen Gemeinschaft nicht durch bilaterale Zwiste zu schwächen. ... Zeitweilige Verärgerung sollte nicht dazu führen, die Organisation zu zerstören". ddp-Meldung, Arusha 16. Jan. 1975, zitiert nach NZZ, Nr. 14, vom 18./19. Jan. 1975, S. 4.
 - 2) Seit dem Putsch von Idi AMIN in Uganda am 25/01/1971 kann die "Authority" ihre Funktionen praktisch nicht wahrnehmen, weil Präsident NYERERE nicht bereit ist, mit AMIN zu verhandeln.

§ 15 Analyse, Interpretation und Kritik der Entwicklung der Staatsausgaben in Tansania

1. Wachstum und strukturelle Verschiebungen der Staatsausgaben: Eine Synopse

Die durchschnittliche Verdopplungszeit der Ausgaben des Zentralhaushaltes Tansanias betrug während der ersten Entwicklungsdekade rd. fünf Jahre, wobei die Zusammensetzung besonders während der ersten Jahre erheblichen kurzfristigen Schwankungen und langfristigen Verschiebungen unterlag: 1).

d. Übersicht zur strukturellen Entwicklung der Staatsausgaben Tansanias, 1962/63 - 1971/72, in funktionaler und ökonomischer Gliederung

Ausgabenart		1962/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70	70/71	71/72
Funktionale Gliederung	Allgem. Staatsd.	17.6	17.9	23.8	27.4	23.8	26.6	24.6	26.2	30.2	28.0
	Soziale Dienste	25.0	22.9	26.5	26.0	23.3	24.0	22.8	22.7	22.8	22.2
	Wirtsch. Dienst.	11.9	10.3	11.5	10.8	11.6	12.5	10.4	15.7	16.9	13.4
	Infrastruktur	7.9	7.1	12.7	11.5	14.9	12.9	20.7	19.1	20.4	22.8
	Versch. Dienst.	6.1	16.2	5.8	5.7	7.3	6.9	7.1	1.2	0.5	0.8
	Laufend. Z' Verpf	9.3	10.2	19.7	18.6	19.1	17.1	14.4	15.1	9.2	12.8
	AIA+CFS	22.2	15.4	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Ökonomische Gliederung	Kons. v. G+L.	51.6	-	48.6	48.8	46.7	45.8	43.2	40.7	42.6	37.8
	Kapitalbildg.	16.0	-	17.4	16.7	19.7	19.5	22.2	21.6	22.9	22.3
	Eins. Übertrg.	17.2	-	16.6	14.6	15.2	16.4	16.7	16.4	16.3	14.5
	Aktivkredite	-	-	0.6	1.7	1.0	0.9	1.6	-	0.7	2.5
	Schuldentilg.	1.5	-	2.0	2.5	2.7	3.6	2.5	4.8	2.3	4.1
	Zinsendienst	3.1	-	3.4	3.7	4.9	5.5	4.2	3.2	3.9	4.4
	Versch. Trsakt.	10.6	-	11.4	12.0	9.8	8.3	9.6	13.3	11.3	14.4
		*									
in Mill. Shs.		752'4	812'3	980'0	1117'7	1274'1	1409'1	1646'3	2137'1	2460'5	2674'6

* Schätzungen: Methode, vgl. § 10, Kap. 2, Abschn. b, Anm. 1), S. 181.

Quellen: Vgl. Tab. XIII u. XV: Funktionale/Ökonomische Gliederung der Staatsausgaben Tansanias, im statistischen Anhang.

1) Die Schwankungen sind zum Teil auch auf die Umstellung der Darstellungsmethode in den "Appropriation Accounts,

a. Änderungen in der funktionalen Zusammensetzung der Ausgaben: Staatliche Aktivitäten im Wandel

Die Untersuchung der funktionalen Klassifikation der Staatsausgaben Tansanias - Vgl. Tab. XIII: Funktionale Gliederung der Staatsausgaben Tansanias, im math.-stat. Anhang - liefert folgende Befunde:

1. Dem Ausgabenvolumen nach waren das "Erziehungswesen" (14.0%), die "Innere- und Rechtssicherheit" (8.2%), die "Landwirtschaft i.w.S." (7.5%), der "Straßen- und Flugplätzebau" (6.9%), der "Staatsschuldendienst" (6.7%) und die "Streitkräfte" (5.6%) die sechs größten der dreiunddreißig Funktionsbereiche: Zusammen absorbierten sie durchschnittlich 49% der Ausgaben.
2. Das Ausmaß der absoluten und relativen Schwankungen, denen die Ausgabengewichte dieser Funktionsbereiche im Zeitablauf unterlagen, war - cum grano salis - umso größer, je kleiner ihr Anteil an den gesamten Ausgaben war.
3. Langfristig nahm der Anteil der Militärausgaben absolut und relativ am meisten zu, gefolgt von den Aufwendungen für Staatsschulden, Straßen und Flugplätze, sowie für Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen. Das Gewicht der Ausgaben für die "Innere- und Rechtssicherheit" nahm stärker ab als das für die Landwirtschaft, deren durchschnittlicher Anteil nahezu konstant blieb.
4. Folgende sechs relativ eindeutig abgrenzbare Funktionsbereiche fielen weniger durch ihr Gewicht - zusammen 18% - als durch das Ausmaß ihrer kurz- und/oder langfristigen Änderungen auf: "Finanzverwaltung", "Pensions-

Revenue Statements, Accounts of the Funds and Other Public Accounts of Tanzania" zurückzuführen. Verwendete Kennziffern, vgl. Anm. 1) S. 251.

zahlungen", "Vertragliche Verbindlichkeiten", "Wasserversorgung", "Handel und Industrie" sowie "Ujamaa-Dörfer". Die Rangordnung ihrer Gewichte sowie ihrer relativen und absoluten kurz- und langfristigen Änderungen ist nachstehend festgehalten:

Rang	Funktionsbereich	Gewicht	kurzfr.Ändg.		langfr.Ändg.		Vorz.
			absol.	relat.	absol.	relat.	
1	Finanzverwaltung	4	1	1	2	1	+
2	Wasserversorgung	1	2	4	4	6	+
3	Vertragl. Verbindl.	2	3	5	3	4	+
4	Pensionszahlungen	3	4	6	1	3	-
5	Ujamaa-Dörfer	6	5	3	5	2	+
6	Handel u. Industrie	5	6	2	6	5	+

Quellen: Vgl. Tab. XIII: Funktionale Gliederung der Staatsausgaben Tansanias, im math.-stat. Anhang; zur Berechnungsmethode, vgl. Anm. 1), S. 251.

Die Gewichte der drei größten Ausgabenbereiche dieser Gruppe - "Wasserversorgung", "Vertragliche Verbindlichkeiten", "Pensionszahlungen" - unterlagen im Zeitablauf unterschiedlichen Veränderungen: Während die Pensionszahlungen an Gewicht abnahmen, nahmen die Ausgaben zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen stärker als die Wasserbauaufwendungen zu.

Der Anteil der Ausgaben für die Finanzverwaltung hatte die stärksten Schwankungen und den größten Zuwachs zu verzeichnen. Die relativen Ausgaben für "Ujamaa-Dörfer"

verdienen vor allem wegen ihrer langfristigen Zunahme, und die Ausgaben für Handel und Industrie wegen ihrer Unstetigkeit erwähnt zu werden.

b. Änderungen in der ökonomischen Zusammensetzung der Ausgaben: Wachsende Einflußnahme des Staates auf den Wirtschaftskreislauf

Obwohl sich die Zeitreihen der ökonomischen Gliederung der Staatsausgaben Tansanias - Vgl. Tab. XV: Ökonomische Gliederung der Staatsausgaben Tansanias, im math.-stat. Anhang - nicht so weit zurückverfolgen ließen wie jene der funktionalen Gliederung, sind die vorliegenden Daten informativ genug, um folgende Diagnose zu stellen:

1. Der Anteil der Ausgaben für den Kauf von Gütern und Leistungen bewegte sich zwischen 44% und 50% der Staatsausgaben; absolut unterlag er den größten kurzfristigen und langfristigen Veränderungen; wegen des großen Gewichts sind die relativen Änderungen weniger markant. Mindestens¹⁾ 45% der Güter- und Leistungsausgaben wurden durchschnittlich für Arbeitsentgelte ausgegeben. Ihr Anteil an den gesamten Ausgaben ging mit durchschnittlich 11% p.a. schneller zurück als der Anteil der Güter- und Leistungsausgaben insgesamt ($\approx$ - 3% p.a.).

1) Tatsächlich ist ihr Anteil in dem Maße höher, in dem andere Ausgabenarten unausgewiesene Arbeitsentgelte enthalten.

2. Mit Ausnahme des nahezu konstanten Gewichts der

"Einseitigen Übertragungen" profitierten alle übrigen Ausgabengruppen vom Gewichtsverlust der Güter- und Leistungsausgaben. Die größte absolute Gewichtszunahme erfuhren mit + 3.9% p.a. die Kapitalbildungsausgaben, gefolgt von den Ausgaben für "Verschiedene Transaktionen", für die Bedienung der Staatsschulden - Passivkredite plus Zinsendienst - und für die Kreditgewährung. Relativ, d.h. bezogen auf den Durchschnittsanteil an den gesamten Ausgaben, nahm das Gewicht der Aktivkredite am meisten zu, gefolgt von den Staatsschulden, "Verschiedenen Transaktionen" und Kapitalbildungsausgaben.

3. Das Ausmaß - ordinal ausgedrückt durch Rangziffern - der kurzfristigen absoluten und relativen Schwankungen der Ausgabengewichte geht aus der folgenden Zusammenfassung hervor:

Rang	Ausgaben- gruppen	Ge- wicht	kurzfr.Ändg.		langfrist.Ändg.		
			absol.	relat.	absol.	relat.	Vorz.
1	Kons. Güter+L.	44.3%	1	7	1	4	-
2	Versch. Trsakt.	11.2%	2	4	3	3	+
3	Passivkr.	3.1%	3	2	4	2	+
4	Kapital- bildung	20.3%	4	5	2	5	+
5	Aktivkr.	1.1%	5	1	6	1	+
6	Zinsen	4.2%	7	3	7	6	+
7	Einseitg. Übertr.	15.8%	6	6	5	7	-

Quellen: Vgl. Tab. XV: Ökonomische Gliederung der Staatsausgaben Tansanias, im math.-stat. . Anhang; zur Berechnungsmethode, vgl. Anm. 1), S. 251.

4. Nimmt man die Ausgabengruppen "Einseitige Übertragungen" und "Verschiedene Transaktionen" in näheren Augenschein, so ziehen drei Ausgabenbereiche mit einem durchschnittlichen Gesamtgewicht von knapp 20% der gesamten Staatsausgaben oder 72% der Gruppenausgaben die Aufmerksamkeit an sich: ¹⁾

- Übertragungen an subordinierte Behörden und Institutionen;
- Ausgaben für Pensionen und Abfindungen sowie für Entschädigungen und Vertragsverpflichtungen;
- Übertragungen an Staatsunternehmungen.

Während einerseits das Gewicht der Übertragungen an subordinierte Behörden von Jahr zu Jahr im Durchschnitt um 4.2% zunahm, andererseits das Gewicht der "Einseitigen Übertragungen" insgesamt leicht abnahm, mußten andere Empfänger - insbesondere kulturelle, Bildungs- und wissenschaftliche Einrichtungen (-6.9%) - einen relativ starken Gewichtsverlust hinnehmen.

Der zeitliche Verlauf der Ausgabenanteile der beiden Bereiche unterstreicht diese Feststellung: Das Gewicht öffentlicher Transaktionen an Private ²⁾ ging von Jahr zu Jahr um durchschnittlich 5.0% zurück, wovon vor allem die Staatsunternehmungen profitierten; durch spektakuläre Zuwächse von durchschnittlich 43.7% p.a. sicherten sie sich in kurzer Zeit mehr als drei Prozent der Staatsausgaben.

1) Vgl. Tab. XV: Ökonomische Gliederung der Staatsausgaben Tansanias, im mathem.-stat. Anhang.

2) "Transaktionen an Private" = "Pensionen u. Abfindungen" + "Kompensationszahlungen" + "Vertragsverpflichtungen".

Obwohl innerhalb der Ausgabengruppen erhebliche Gewichtsverlagerungen zugunsten öffentlicher und zu Lasten privater Empfänger stattfanden, und obwohl sich die Gewichte zwischen den Ausgabengruppen verschoben, blieb am Ende der Anteil der Staatsausgaben für "Einseitige Übertragungen" und "Verschiedene Transaktionen" mit 15.8% und 11.3% nahezu unverändert (+0.7% p.a.).

2. Materielle Hintergründe veränderter Ausgabegebarung

Nunmehr soll wieder versucht werden, die materiellen Hintergründe aufzudecken, die den zeitlichen Verlauf der Staatsausgaben für die zwölf ausgewählten Funktionsbereiche bestimmten, um solchermaßen Einsichten über den tatsächlichen Ablauf des Entwicklungsprozesses zu gewinnen.

a. Folgekosten der Unabhängigkeit und zunehmende Zahlungsverpflichtungen (mit Anmerkungen über Grundlagen einer dynamischen Theorie der Staatsverschuldung)

Der materielle Beitrag der "Laufenden Zahlungsverpflichtungen"¹⁾ zur beschleunigten Steigerung von Einkommen, Bildung und Gesundheit ist kaum abschätzbar, geschweige denn meßbar, solange das Inzidenzproblem als ungelöst betrachtet werden muß.²⁾ Dessenungeachtet wird

-
- 1) "Laufende Zahlungsverpflichtungen": = "Staatsschulden" + "Vertragliche Verbindlichkeiten" + "Pensionszahlungen i.w.S."
 - 2) Dieser Feststellung liegt keine agnostische^{a)} Haltung zugrunde sondern die Hoffnung, daß dieser zentrale Gegenstand der Finanztheorie und -politik^{b)} eine Entwicklung erfahren möge, die es erlaubt, die Wirkungen^{c)} budgetpolitischer Maßnahmen auf die Verteilung

wird jedoch angenommen werden dürfen, daß sich wegen der Nichtübereinstimmung von Zahlern und Empfängern der durch den Staat umverteilten inländischen Einkommens-
teile das Volumen des Inlandseinkommens um den Teil
der ins Ausland überwiesenen Beträge verringern wird,

der verfügbaren, monetären und/oder realen Einkommen zwischen Individuen, Gruppen und Institutionen befriedigend zu erklären und zu prognostizieren .

a) HANSEN, Bent: Ett Bidrag till Incidensläran, in:
Ekonomiska Tidskrift, Vol. 56 (1954), S. 195 - 213,
insbes. S. 196;

RECKTENWALD, Horst C.: Steuerüberwälzungslehre
(Theoretische und empirische Verteilung von Abgaben
und Kosten), Berlin 1966, S. 22 - 25.

b) Vgl. auch:

BUCHANAN, James M.: Fiscal Theory and Political
Economy (Selected Essays), Chapel Hill N.C. 1960,
insbes. S. 125 - 150;

DOSSER, Douglas G.M.: Tax Incidence and Growth, in:
The Economic Journal, Vol. 71 (1961), S. 572 - 591;

FECHER, Hans: Inzidenzprobleme finanzpolitischer
Mittel zur Vermögensumverteilung, in: ALBERS, Willi
(Hrsg.): Öffentliche Finanzwirtschaft und Verteilung I,
in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F.
Bd. 75/I (1974), S. 95 - 145;

HANSEN, Bent: Finanspolitikens Ekonomiska Teori, Upp-
sala 1955, insbes. S. 97-101.

MUSGRAVE, Richard A.: On Incidence, in: The Journal
of Political Economy, Vol. 61 (1953) S. 306 - 323 und
derselbe, "The Theory of Public Finance", a.a.O. und
SHOUP, C.S., a.a.O.

c) HANSEN, B.: Ett Bidrag till Incidensläran, a.a.O.,
S. 199: "Incidensen kommer på detta sätt endast att
bli en bestämd verkan bland alla andra verkingar av
skatten."

Unglücklicherweise wurde auf dem Umweg über das Eng-
lische das Wort "Wirkung (verknningar)" mit "Effekt"
übersetzt. In dieser Arbeit bezeichnen "Effekte" durch-
weg marginale Wirkungen.

und daß sich die wirksame Inlandsnachfrage¹⁾ in ihrer Zusammensetzung mit Konsequenzen für die zukünftige Höhe des Inlandseinkommens ändern wird; - ändern wird auf eine Weise, die ohne weitere Annahmen unbestimmt bleiben muß.

Die zeitliche Entwicklung der drei Komponenten der "Laufenden Zahlungsverpflichtungen" des Staates verlief unterschiedlich:

1. Mit einer durchschnittlichen Verdopplungszeit von 9,5 Jahren ($\approx 7.3\%$ p.a.) stiegen die Ausgaben zur Bedienung öffentlicher Schulden - im Gegensatz zu den beiden anderen Ausgabenarten - relativ stetig, was die Autoren des "Development Plan for Tanganyika"²⁾ zu folgender Feststellung veranlaßte:

"The size of recurrent expenditure which is limited by recurrent revenue, i.e. by the amount of money that Government collects each year in various taxes places in turn a limit on the size of development expenditure. ... Firstly, development expenditure is financed out of (foreign, A.d.V.) grants and borrowing, the latter being by far the bigger source of funds. The amount of money that can be borrowed is, however, limited by the capacity of the recurrent revenue, since interest payments on loans and provision for repayment of capital have to be met out of recurrent expenditure. Secondly, most of development expenditure generates lasting increases in recurrent expenditure that have to be met each year out of recurrent budgets".

Daß Schuldendienst und Folgelasten tatsächlich die Ent-

1) "Wirksame Inlandsnachfrage" aus "Laufenden Zahlungsverpflichtungen": "Laufende Zahlungsverpflichtungen" - (Auslandsanteil + gehorteter Anteil).

2) Tanganyika Government (Hrsg.): Development Plan for Tanganyika, 1961/62 - 1963/64, Dar-es-Salaam 1961, S. 9;

Vgl. auch CLARK, P.G., a.a.O., S. 22 - 25, 54, 110, 112.

wicklungsbereitschaft eines Staates limitieren könnten, erscheint bei dynamischer Betrachtungsweise eher fraglich: Unter der Bedingung, daß das Volkseinkommen und der "Ordentliche Finanzbedarf" im Gleichschritt, d.h. mit derselben Rate α wachsen, daß das Steueraufkommen in bezug auf das Volkseinkommen elastisch ist, und der Staat willens ist, einen konstanten Anteil des Steueraufkommens einem Tilgungsfonds zuzuweisen, läßt sich bei gegebenen Anfangsbedingungen und einer frei wählbaren, zukünftigen Höchststeuerquote nachweisen, ¹⁾ daß der

1) Variablen:

$Y(\tau)$ = Volkseinkommen $\hat{=}$ vorhandene Ressourcen

$T(\tau)$ = Steueraufkommen

$REC(\tau)$ = "Ordentlicher Finanzbedarf"

$D(\tau)$ = Tilgungsfondszuweisung

$REC^*(\tau)$ = Folgelasten — Finanzierungsspielraum

$R(\tau)$ = zusätzliche Ressourcen

τ = Periodenindex

Definitionen:

$t_o = T_o/Y_o$; $\delta = D/T$; $t = T_\infty/Y_\infty$;

Bedingungen:

$T - (REC + REC^* + D) \hat{=} 0$;

$Y_o > T_o > REC_o > D_o > REC_o^* \hat{=} 0$; $R_o \geq 0$;
 $0 \leq \alpha_Y \hat{=} \alpha_{REC} = \alpha < t_o < \delta < t < 1$; $t_o < \frac{1}{2}t$

Zeitpfade:

$$\begin{aligned} Y(\tau) &= (Y_o + R_o) e^{\alpha\tau} \\ T(\tau) &= (Y_o + R_o) (e^{\alpha\tau} - 1) t + t_o \\ D(\tau) &= (Y_o + R_o) [(e^{\alpha\tau} - 1) t + t_o] \delta \\ REC(\tau) &= (Y_o + R_o) e^{\alpha\tau} (1 - \delta) t_o \\ REC^*(\tau) &= (Y_o + R_o) (e^{\alpha\tau} - 1) (1 - \delta) (t - t_o) \end{aligned}$$

Finanzierungsspielraum für Folgelasten und Fondszuweisungen jeweils schneller, d.h. mit einer höheren Rate, wächst als der "Ordentliche Finanzbedarf";-

Quoten:

$$\begin{aligned} t_0 &\leq T/Y && \leq t \\ \delta t_0 &\leq D/Y && \leq \delta t \\ \text{REC}/Y &= (1-\delta) t_0 && = \text{const} \\ 0 &\leq \text{REC}^*/Y \leq (t-t_0)(1-t) \end{aligned}$$

Elastizitäten in bezug auf Y: ... in bezug auf T:

$$\begin{aligned} t/t_0 &\geq \varepsilon_{T,Y} > 1 \\ t/t_0 &\geq \varepsilon_{D,Y} = \varepsilon_{T,Y} > 1; \text{const} = \varepsilon_{D,T} = 1 \\ \varepsilon_{\text{REC},Y} &= 1 = \text{const}; t_0 < \varepsilon_{\text{REC},T} < 1 \\ \infty > \varepsilon_{\text{REC}^*,Y} > 1 && \infty > \varepsilon_{\text{REC}^*,T} > \alpha \end{aligned}$$

Wachstumsraten:

$$\begin{aligned} \alpha_Y &= \text{const} \\ \alpha t/t_0 &\leq \alpha_T && \leq \alpha_Y \\ \alpha t/t_0 &\leq \alpha_D && \leq \alpha_Y \\ \alpha_{\text{REC}} &= \alpha_Y && = \text{const} \\ \infty > \alpha_{\text{REC}^*} > \alpha_Y \end{aligned}$$

Anfangszustand: $Y_0 > T_0 > \text{REC}_0 > D_0 > \text{REC}_0^* > 0$

Endzust. ($\tau \rightarrow \infty$): $Y > T > \text{REC}^* > D > \text{REC} > 0$

Behauptung: Eine einmalige Ressourcenzufuhr führt zur Erhöhung der Steigung der Zeitpfade:

$$\begin{aligned} Y(\tau) &= (Y_0 + R_0) e^{\alpha\tau} ; \quad dY/d\tau = \alpha (Y_0 + R_0) e^{\alpha\tau} \Rightarrow \\ \alpha (Y_0 + R_0) e^{\alpha\tau} &= \alpha (Y_0 + 0) e^{\alpha\tau} \Rightarrow R_0 > 0 \quad \text{q.e.d.} \end{aligned}$$

Schnittpunkt zweier Zeitpfade:

$$\begin{aligned} (a) \quad Y(\tau) &= (Y_0 + R_0) e^{\alpha\tau} \quad \text{für } R_0 = 0 \\ (b) \quad Y(\tau) &= (Y_0 + R_0) e^{\alpha^*\tau} \quad \text{für } R_0 > 0 \quad \text{und } \alpha^* < \alpha \end{aligned}$$

$$Y_0 e^{\alpha\tau} = (Y_0 + R_0) e^{\alpha^*\tau} \Rightarrow \tau = \frac{\ln(1 + R_0/Y_0)}{\alpha - \alpha^*}$$

$$\frac{d\tau}{d(\alpha - \alpha^*)} = - \frac{\ln(1 + R_0/Y_0)}{(\alpha - \alpha^*)^2} ; \quad \frac{d\tau}{d[\ln(R_0/Y_0)]} = \frac{1}{(\alpha - \alpha^*)(1 + R_0/Y_0)}$$

und zwar ohne daß das Steueraufkommen das Volkseinkommen, und ohne daß das Folgelasten-plus-Fondszuweisungspotential jemals das Steueraufkommen vollständig absorbieren. Überdies führt eine einmalige Ressourcenzufuhr aus dem Ausland, sei es in Form von Geschenken und/oder Krediten, zur unmittelbaren Verbesserung der Anfangsbedingungen und zur einmaligen Erhöhung der Steigung der Funktionen aller Variablen mit dem Effekt, daß von Periode zu Periode für alle Variablen höhere Zuwächse realisiert werden können als ohne diesen Impuls. Da sich die Effekte mehrerer Impulse kumulativ steigern, erscheint es - unter den hier gemachten Annahmen - wenig wahrscheinlich, daß ein Verschuldungsproblem - Zinszahlungs-, Rückzahlungs- und Folgelastenfinanzierungs-Schwierigkeiten - die Entwicklungsbereitschaft behindern könnte.¹⁾ Vielmehr ist es wahrscheinlich, daß die begrenzte Absorptionsfähigkeit²⁾ einer Volkswirtschaft ihrer Entwicklung Grenzen setzt. Führt nämlich die mit der Ressourcenzufuhr verbundene Neudisposition über die Verwendung aller Ressourcen zur Wahl einer Entwicklungsstrategie, die eine niedrigere Wachs-

1) Da der größte Teil der sog. Entwicklungsausgaben vom Ausland finanziert wird - teilweise mehr als 80% p.a. - , ist das Auftreten von Zahlungsbilanz-Problemen wahrscheinlicher. Vgl. z.B. KALDORs Berechnungen, in: KALDOR, N.: International Trade and Economic Development, a.a.O.

2) ROSENSTEIN-RODAN, Paul N.: International Aid for Underdeveloped Countries, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 43, 2 (1961), S. 107 - 138 auf S. 110: "Absorptive capacity relates to the ability to use capital productively".

tumsrate α^* hervorbringt als die Alternative ohne zusätzliche Ressourcen (α), dann verkehrt sich der verbesserte Startvorteil früher oder später in einen Nachteil - indiziert durch die Werte der Variablen -, wobei der Schnittpunkt der Zeitpfade durch die Differenz $\alpha - \alpha^*$ und das Verhältnis der zusätzlichen zu den vorhandenen Ressourcen bestimmt ist.

2. Während also die effektiven Ausgaben zur Bedienung der öffentlichen Schulden Tansanias eine wachsende Funktion der Zeit waren, sind die beiden anderen Komponenten der laufenden Zahlungsverpflichtungen durch Zeitpfade gekennzeichnet, die ihre Charakterisierung als "Folgelasten der Unabhängigkeit" rechtfertigen. Inhaltlich reflektieren sie wieder den Verlauf des Afrikanisierungsprozesses, d.h. des personellen Umwälzungsprozesses in Verwaltung und Wirtschaft: Während offensichtlich die strategischen Schlüsselpositionen unmittelbar mit der Unabhängigkeit neu besetzt wurden, wurden "Technokraten" sukzessive in dem Maße abgelöst, wie geeignete afrikanische Bewerber nachwuchsen.¹⁾

Durch Überlagerung aller drei Ausgabenarten gewinnt man den Zeitpfad der (relativen) "Laufenden Zahlungsverpflichtungen": Sie erreichten 1964 mit rd. zwanzig Prozent ihren Höhepunkt und fielen seither auf etwa zwölf Prozent.

3. Mit durchschnittlich 2.8% unterlag das Ausgabengewicht "Finanzverwaltung" bei leicht steigender Tendenz größeren Schwankungen, die vermutlich durch Zentralisierungs-

1) Vgl. z.B. The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "The Economic Survey 1970-71", a.a.O., S. 86.

effekte im Zuge der Gebiets- und Finanzverwaltungs-
reform verursacht wurden.¹⁾

b. Innere und Äußere Sicherheit: Aufrüstung der Streit-
kräfte zulasten der Polizeikräfte?

Der Anteil der hinsichtlich ihrer entwicklungspoliti-
schen Nützlichkeit umstrittenen Militärausgaben stieg
von weniger als einem Prozent innerhalb von zehn Jah-
ren auf rd. zehn Prozent.²⁾ Da es keine Hinweise da-
für gibt, daß die äußere Bedrohung der territorialen
Unverletzlichkeit und Souveränität Tansanias in dem
Maße zugenommen hätte, wie der Ausbau des Zerstörungs-
potentials, wird angenommen werden dürfen, daß die
Streitkräfte - wie in Kenia - vor allem innenpoliti-
schen Zwecken dienen.³⁾ Diese Annahme findet Unter-
stützung in der Tatsache, daß die Ausgaben für "Innere
und Rechtssicherheit" während des Beobachtungszeitrau-
mes leicht an Gewicht verloren.

Sofern die Verwendung eines wachsenden Teiles der Staats-
ausgaben für Polizei- und Streitkräfte - 1961/62: (7.9
+ 0.8)%; 1970/71: (7.0 + 9.0)% - auf ein gestiegenes
Sicherheitsbedürfnis jener Gruppen hindeutet, die an

1) Vgl. TORDOFF, W., a.a.O.

2) Eine durchschnittliche Wachstumsrate des Anteils
der Militärausgaben an den Staatsausgaben von
34% p.a. steht nicht im Einklang mit den Beobach-
tungen C.E. WELCHs. Vgl. WELCH, C.E., a.a.O., S. 309.

3) Republic of Kenya (Hrsg.): "Development Plan ...",
a.a.O.: S. 553 - 554. "The Armed Forces also assist
the Police in the preservation of internal security
when necessary".

der relativen Unverletzlichkeit und Legalität¹⁾ interessiert sind, bleibt es fraglich, ob ein bestimmtes Maß solcher Unverletzlichkeit am wirtschaftlichsten durch zwei - komplementäre oder konkurrierende - Sicherheitsorgane gewährleistet wird. Partiell, d.h. aus der Sicht der herrschenden Gruppen, wird diese Frage immer dann zu bejahen sein, wenn die Beherrschten die Kosten Ihrer Beherrschung selbst tragen.

Weiterhin fragt es sich, ob die Armee eines Entwicklungslandes²⁾ lediglich für die (passive) Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit des Landes unterhalten werden sollte, oder ob die bei der Truppe akkumulierten technisch-organisatorischen Fähigkeiten nicht auch "produktiv" im Kampf gegen die Elemente der Unterentwicklung Verwendung finden sollten.³⁾

1) WEBER, Max: "Die heute geläufigste Legitimitätsform ist der L e g a l i t ä t s g l a u b e: die Fügsamkeit gegenüber f o r m a l korrekt und in der üblichen Form zustande gekommenen Satzungen. Der Gegensatz paktierter und oktroyierter Ordnungen ist dabei nur relativ. ... Der Fall ..., daß gewaltsame oder doch rücksichtslosere und zielbewußtere Minderheiten Ordnungen oktroyieren, die dann auch den ursprünglich Widerstrebenden als legitim gelten, ist überall häufig. Soweit Abstimmungen als Mittel der Schaffung oder Änderung von Ordnungen legal sind, ist es sehr häufig, daß der Minderheitswille die formale Mehrheit erlangt und die Mehrheit sich fügt, also: die Majorisierung nur Schein ist."

WEBER, M.: "Wirtschaft und Gesellschaft", a.a.O., S. 19-20.

2) Dies gilt analog auch für entwickelte Länder.

3) Vgl. GUTTERIDGE, William F.: Review of: The Role of the Military in Underdeveloped Countries, edited by J.J. Johnson, in The JoMAS, 1,1 (1963), S. 128; und derselbe: Review of: The Man on Horseback: The Role of the Military in Politics, by S.E. Finer, in: The JoMAS, 1.2 (1963), S. 279.

Solange aber dieses Potential allenfalls für den Auf- und Ausbau militärischer Einrichtungen genutzt wird, wird - wie in der Vergangenheit - das Hauptgewicht der nationalen Infrastrukturinvestitionen bei den mit Tiefbauprojekten befaßten Funktionsbereichen "Straßen-, Flugplätze- und Wasserbau" liegen.

c. Ausbau der Kommunikationskanäle

c.a. Vermaschung der Verkehrswege durch Polarisation? Anspruch und Wirklichkeit der Straßenbaupolitik

Die Straßenbaupolitik Kenias konzentrierte sich auf den Bau von "Rice-", "Sugar-", "Tea-", "Fish-" , Tourist-" u.a. Roads ¹⁾ , um die Entwicklung spezieller Wirtschaftszweige zu fördern. In Tansania verfolgte die Straßenbaupolitik, nicht zuletzt wegen der andersartigen natürlichen Bedingungen, andere Ziele:

"The (new, A.d.V.) economic factors comprise ... a greater emphasis on the development of main trunk roads rather than on feeder roads. Two main factors are responsible for this change. Firstly, the size of the feeder road programme is limited by the number of surveyors available, a factor not affecting the main trunk road programme which will be carried out by contractors. Secondly, the (World Bank, A.d.V.) Mission's view that the main trunk road system is virtually completed is not accepted by the Government. The present main road system looks outwards, particularly in the north and facilitates the flow of purchasing power from the rich provinces in the north to Kenya and Uganda rather than inwards to Tanganyika. ... The Government's view is that the new main road system should connect the areas of agricultural and mineral production (...) with the main outlets of

1) Vgl. Republic of Kenya (Hrsg.): "Development Plan...", a.a.O., S. 381 - 392.

Tanganyika. Also, there is little point in starting on an ambitious feeder roads programme if there are no railheads and main roads to feed to ... However, the Government accepts the Mission's view, that gradually the emphasis should shift to feeder roads and this factor will be taken into consideration in the next plan." 1)

Die offensichtliche Absicht, aus personeller Not eine straßenbaupolitische Tugend zu machen, ließ sich schwieriger als geplant in die Tat umsetzen, weil die Finanzierungsbereitschaft des Auslandes und die Leistungsfähigkeit der inländischen Baubehörden überschätzt wurden.²⁾ Im Effekt führten diese Engpässe dazu,

- daß der Bestand an Fernstraßen nahezu unverändert blieb - 1962: 16.270 km; 1972: 16.880 km - und die geplante engere Vermaschung des Fernstraßennetzes nicht erreicht wurde;
- daß sich die qualitativen Verbesserungen des Fernstraßennetzes wegen der eigennützigen Finanzierungszuschüsse Sambias auf den Ausbau der Daressalam-Tunduma-Straße konzentrierten³⁾ und

-
- 1) Tanganyika Government (Hrsg.): "Development Plan for Tanganyika", a.a.O., S. 13 - 14. Vgl. auch HOFMEIER, R., a.a.O.
 - 2) Vgl. The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "The Economic Survey 1970-71", a.a.O., S. 52.
 - 3) Wegen des Boykotts Rhodesiens sah sich Sambia veranlaßt, seinen Überseehandel neu zu organisieren. Politische und wirtschaftsgeographische Erwägungen sprachen für Daressalam als geeigneten "Umschlagplatz"; der Bau der "Tanzania-Zambia-Pipeline", "-Road" und "-Railway" waren die unmittelbaren Folgen dieser Entscheidung.
Der Anteil der asphaltierten Fernstraßen verdoppelte sich innerhalb von 10 Jahren und betrug 1972 2.540 km oder 15% des Fernstraßennetzes. Hiervon ent-

- daß die Bemühungen um den Ausbau der Zubringerstraßen erst gegen Ende der sechziger Jahre aufgenommen werden konnten.

c.b. Der Flugplätzebau: Ein Beitrag zur Steigerung des touristischen Attraktionspotentials?

Um sich einen, seinen reichlich vorhandenen natürlichen und kulturellen Sehenswürdigkeiten entsprechenden Anteil an dem im rasch wachsenden Massenerntourismus relativ leicht zu verdienenden Devisenaufkommen zu sichern, wurde der internationale Flugplatz von Daressalam modernisiert und der "Kilimanjaro International Airport" in Nordtansania gebaut ¹⁾. Ob letzterer die in ihn gesetzten Erwartungen - durch Abwehr der touristischen Erschließung des sog. Northern Circuit von Nairobi aus, und Kanalisation der Touristenströme auf den "Coastal Circuit", die Verweildauer der Ostafrikatouristen im Lande zu erhöhen - wird erfüllen können, ist fraglich, solange durch seine Fertigstellung lediglich die notwendige Bedingung erfüllt ist, um Nairobi erfolgreich Konkurrenz machen zu können. Abnehmende Zuwachsraten der Besuche in den wichtigsten "National Parks" des "Northern Circuit" - Lake Manyara, Ngorongoro, Serengeti ²⁾ - und das kaum zufällige Fehlen statistischer Daten über das internationale Passagieraufkommen des im Dezember 1971 eröffneten Flughafens begründen diese Skepsis.

fielen allein auf die Daressalam-Tunduma-Straße 1000km oder 40%. Quelle: The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "The Economic Survey 1971-72", a.a.O., S. 108.

1) Vgl. The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "The Economic Survey 1970-71", a.a.O., S. 63-64.

2) Vgl. The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "Background to the Budget 1968-69", a.a.O., S. 72-73; dieselbe: "The Economic Survey 1970-71", a.a.O., S. 63-64 und dieselbe: "The Economic Survey 1971-72", a.a.O., S. 119-124.

d. Gesellschaftliche Regulierung der Ökonomie: Das fundamentale Gesetz zur Organisation der Produktionsverhältnisse in Übergangsgesellschaften ¹⁾

d.a. Urbane und rurale Wasserversorgung: Kosten einer entwicklungspolitischen "Vielzweckwaffe".

Der paradoxen Situation, trotz unerschöpflicher Süßwasservorräte nur höchstens fünfzehn Prozent der Bevölkerung mit hygienisch unbedenklichem Wasser versorgt zu wissen ²⁾, versucht der Staat durch den (auch relativ) steigenden Einsatz öffentlicher Mittel Herr zu werden:

Im Vordergrund der städtischen Wasserversorgungsaktivitäten steht das Bemühen, mit dem Nachfragezuwachs von jährlich knapp 10% Schritt zu halten, und die

"... conflicting demands of capital outlays, public health and the requirement that revenue from urban water supply (must, A.d.V.) pay for the costs" ³⁾

durch die bevorzugte Installation privater Hauszapfstellen zu Lasten öffentlicher in Einklang zu bringen.

Kostendeckungsgrundsätze spielen bei der Wasserversorgung der Landbevölkerung eine untergeordnete Rolle:

- 1) Vgl. BETTELHEIM, Charles: Calcul économique et formes de propriété, Paris 1970, insbes. S. 119-120.
- 2) The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "The Economic Survey 1971-72", a.a.O., S. 96: "... only 11.5 percent of the rural population are currently served by good "water supplies".
3 der 11 größten Binnenseen der Welt unterliegen teilweise der territorialen Hoheit Tansanias: Viktoria-, Tanganjika- u. Malawi See.
- 3) RAIKES, T. et al.: Regional Planning in Tanzania (An Economic View from the Field), E.R. B. Paper 68.8, Dar-es-Salaam 1968, S. 22.

Die vom Ausland der Regierung für den Ausbau der ruralen Wasserversorgung zur Verfügung gestellten Mittel werden auf die Regionen nach Maßgabe ihres Bevölkerungs- und Nutzviehanteiles verteilt, von "Regional Development Committees"

"... on the basis of intuitive guesses and political considerations" 1)

einzelnen Projekten zugewiesen, und vom zentralen Bauvollzugsorgan nach dem Minimalkostenprinzip für den Kauf von Inputs verwendet. Das Wasser der betriebsfertigen Anlage wird - nachdem sie dem zuständigen "District Council" zur Beaufsichtigung und Unterhaltung über-eignet wurde, - schließlich der Bevölkerung über öffentliche Zapfstellen gratis zur Verfügung gestellt.

Fünf ressourcenverzehrende Körperschaften sind an dieser exemplarischen Allokationsprozedur beteiligt, ohne die kritische Rolle der ländlichen Wasserversorgung im Lichte verkehrs-, siedlungs-, gesundheits-, bildungs-, und outputrelevanter Tatbestände zu begutachten, ohne, m.a.W., die Eignung bestimmter Projekte als Komponenten komplexer Programme zu untersuchen.

d.B. "Socialism and Rural Development" 2): "Ujamaa-Dörfer und Transformation der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse"

Mangelhafte Koordination als organisatorisches Prinzip gehört zum Wesen der Keimzellen tansanischen Sozialismus',

-
- 1) RAIKES, T. et al.: Regional Planning in Tanzania (An Economic View from the Field), E.R.B. Paper 68.8, Dar-es-Salaam 1968, S. 20.
 - 2) Titel des zweiten programmatischen Papers NYERERE nach Veröffentlichung der sog. Arusha Declaration on Socialism and Self-Reliance. NYERERE, J.K.: Socialism and Rural Development, in: Freedom and Socialism-Uhura na Ujamaa, a.a.O., S. 337 - 366.

den "Ujamaa-Dörfern"¹⁾ : Gedacht, als spontan sich konstituierende, selbst verwaltende, permanente lokale Einheiten, als intermediäre Gebilde zwischen brandrodenden, streusiedelnden Großfamilien und gesellschaftlichen Totalgebilden, als Schmelztiegel traditioneller afrikanischer Tugenden²⁾ und moderner, organisatorisch-technologischer Fertigkeiten anderer Kulturen, verkörpern sie die Anwendung der Prinzipien der "Arusha-Declaration" - Sozialismus und Selbsthilfe - auf die Lebensverhältnisse der Landbevölkerung.³⁾ Um das diesen Vorstellungen - die im Interesse der gesamtgesellschaftlichen Integration darauf abzielen, das Geflecht kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Beziehungen im Lande zu revolutionieren - notwendigerweise innewohnende Potential sozialer Spannungen so gering wie möglich zu halten, legte die Regierung (aus wohlverstandenen Eigeninteresse) größten Wert darauf, die Menschen freiwillig entscheiden zu lassen, ob, wann und wie sie den ersten Schritt zur "Kommunitagenesis" machen wollten, und sich selbst darauf zu beschränken, die Selbsthilfebemühungen der Mitglieder bereits Wirklichkeit gewordener Ujamaa-Dörfer zu unterstützen, indem:

"... within its resources it (the Government, A.d.V. ... gives priority to requests which are received from villages ...". 4)

Tatsächlich hielt sie sich jedoch nicht an diese Allokationsregel: Angesichts der geringen sozialen Wandlungs-

-
- 1) "Ujamaa": "... it is an African word and thus emphasizes the African-ness of the policies we intend to follow. ... its literal meaning is 'family-hood' so that it brings to the mind of our people the idea of mutual involvement in the family, as we know it." NYERERE, J.K., a.a.O., S. 2.
 - 2) "... mutual respect, sharing of joint production, and work by all". NYERERE, J.K.: Socialism and Rural Development, a.a.O., S. 340.
 - 3) Vgl. ebenda, S. 337 - 366.
 - 4) Ebenda, S. 365.

bereitschaft der Landbevölkerung sah sich die Regierung im steigendem Maße genötigt, die soziale Trägheit¹⁾ nicht nur durch Indoktrination, sondern auch durch "incentive" Vorleistungen in Form von Gesundheits-, Ausbildungs-, Verkehrs-, Versorgungs- und Produktionseinrichtungen zu überwinden, um solchermaßen möglichst viele Menschen für den langen Marsch von den "shambas" in "registered multipurpose co-operative primary societies" zu gewinnen.²⁾

Die notwendigen Mittel zur Finanzierung dieser unerwarteten Mehrbelastungen wurden durch Kürzungen anderer Haushaltstitel freigesetzt.

Im Funktionsbereich "Landwirtschaft i.w.S." waren hiervon vor allem die Forschungsaufwendungen betroffen³⁾, ohne daß dies - wegen des geringen Gewichts der beteiligten Titel und der geringen durchschnittlichen Kürzungsquote - im Aggregat Spuren hinterließ: Etwa acht

1) Vgl. Anm. 2), S.5.

2) Vgl. RAIKES, P. et al., a.a.O., S. 8 - 9 und S. 20 - 21; The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "The Economic Survey 1970-71", a.a.O., S. 24 - 25, dieselbe: "The Economic Survey 1971-72", a.a.O., S. 60 - 64.

"The ultimate aim of the ujamaa village programme is that the village should become a fully collectivized unit, i.e. a production and marketing co-operative." The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "The Economic Survey 1970-71", a.a.O., S. 24.

3) "There were many problems in agricultural, forestry and research activities. The Budget allocation for some research votes were reduced by 25-30 per cent in 1969/70... ." The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "The Economic Survey 1970-71", a.a.O., S. 27.

Prozent seiner Haushaltsmittel verwendete der Staat während des Beobachtungszeitraumes durchschnittlich für diesen Schlüssel-und-Problemsektor,¹⁾ um die wirtschaftliche und soziale Existenzgrundlage der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu sichern; - zu sichern, vor den Gefahren, die der Landwirtschaft in ihrer Rolle als wichtigster "Produzent" von Nahrungsmitteln, Rohstoffen, Einkommen und Devisen, sowie als bedeutender Nachfrager nach Arbeitskräften und industriellen Konsum- und Investitionsgütern aus verschiedenen Gründen drohen. Allein im Bereich des Außenhandels sind dies ein knappes Dutzend:

- Die quantitative und qualitative Ausstattung der Volkswirtschaft mit Produktionsfaktoren, die Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion auf wenige, aber jeweils andere marktbeherrschende Länder, die Koexistenz weniger Staaten mit gesättigter und vieler Staaten mit ungesättigter Nachfrage, die Kontrolle des Welthandels durch wenige multinationale Konzerne²⁾, die Substitution umweltfreundlicher, reproduzierbarer Rohstoffe durch umweltbelastende, nicht-reproduzierbare und die Konsumentenpräferenzen sind kurzfristig unveränderliche Daten im historischen Prozeß, die die Alternativen zur Gestaltung der Zukunft eines exportabhängigen Agrarlandes limitieren.

1) Landwirtschaft i.w.S. einschl. Ujamaa-Dörfer.

2) Zur Rolle der Firmen, "General Foods", "Standard Brands", "Tenco", "Nestlé", "Unilever" u.a. im Nahrungsmittel-Welthandel, vgl. SEIDMAN, A.: Prospects for Africa's Exports, a.a.O.

- Bilaterale Oligopole, das Interesse der Marktführer Angebot und Nachfrage, Einkommen und Preise zu stabilisieren, das Interesse der peripheren Mitbewerber, eine durch politische oder natürliche Ereignisse verursachte Absatzkrise eines Marktführers zum eigenen Vorteil zu nutzen¹⁾ und die nimmermüde Suche privater und staatlicher Spekulanten nach lukrativen Arbitragegeschäften sind Tatbestände, die die Kartellbildung zugleich behindern und begünstigen, und der Steuerung der Exporterlöse höchste Sorgfalt abverlangen.

Nicht zuletzt hier sind die materiellen Ursachen für die wachsende Partizipation des Staates an der Landwirtschaft zu suchen.

Konzentrierten sich die staatlichen Aktivitäten zunächst darauf, den Betrieb und Ausbau land-, vieh-, forst- und fischereiwirtschaftlicher Forschungs-, Versuchs- und Beratungseinrichtungen zu finanzieren, um auf diese Weise die agrarpolitischen Zielsetzungen - Beschleunigung der landwirtschaftlichen Marktproduktion, Diversifizierung des Agrarexportangebotes, Nahrungsmittel-Selbstversorgung - zu verwirklichen, so nahm mit der Zeit die Qualität staatlicher Intervention in die ländlichen Produktions- und Lebensverhältnisse neue Dimensionen an:²⁾ Die Kon-

1) Von der Vernichtung eines Teiles der brasilianischen Kaffeeproduktion durch Frostschäden im Juli 1969, z. B., dem Boykott rhodesischen Tabaks und dem Rückgang der Cashewnuß-Produktion Moçambiques während des Bürgerkrieges haben zweifellos auch Tansanias Produzenten profitiert.

2) Vgl. The United Republic of Tanzania (Hrsg.): (a), "Background to the Budget 1968-69", a.a.O., S. 45 - 55, dieselbe: (b), "The Economic Survey 1970-71", a.a.O., S. 20 - 51, dieselbe: (c), "The Economic Survey 1971-72", a.a.O., S. 60 - 82.

trolle der Faktormärkte

durch Mindestlohnvorschriften, durch den Auf- und Ausbau des landwirtschaftlichen Kreditwesens und durch Lenkung des Handels mit landwirtschaftlichen Inputs über staatliche Handelsgesellschaften

sowie die Beeinflussung der Produktion

durch den Auf- und Ausbau landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, durch Förderung von "Settlement Schemes" und Ujamaa-Dörfern, durch Verstaatlichung wichtiger Produktionszweige, durch den Betrieb von Staatsfarmen und -forsten und durch Steuerung von Anbau, Absatz und Einkommen über staatliche Ankaufsmonopole

sind Aktivitäten, die durch das Ausgabengewicht "Landwirtschaft" nur mangelhaft repräsentiert sind, weil sie praktisch jeden Haushaltstitel berühren können und weil sie in zunehmenden Maße von einer rasch wachsenden Zahl selbständiger, untereinander funktional, rechtlich, organisatorisch, finanziell und personell verflochtener Körperschaften wahrgenommen werden, deren Rechnungswerke i.d.R. nicht veröffentlicht werden.

Eben dieser Grund und die Tatsache, daß viele dieser Maßnahmen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zielsetzungen gleichzeitig dienen und kaum ihre Anlaufphase überwunden haben, erschweren eine gerechte Beurteilung der staatlichen Aktivitäten im Bereich der Landwirtschaft. Deshalb können die nachstehenden Produktionsdaten allenfalls als schwache Erfolgsindikatoren dieser Anstrengungen betrachtet werden:

g. Mengenindizes der wichtigsten landwirtschaftlichen
Marktprodukte Tansanias, 1963 -1971

Produkte	1963	64	65	66	67	68	69	70	71
Sisal	214000t $\pm$ 100	107	100	103	110	91	96	93	83
Baumwolle	45000t $\pm$ 100	120	142	141	152	109	149	164	141
Pyrethrum	2250t $\pm$ 100	100	162	197	249	212	168	100	162
Kaffee	28200t $\pm$ 100	119	119	173	170	217	195	210	193
Tee	4900t $\pm$ 100	96	114	137	143	157	174	169	209
Tabak	1800t $\pm$ 100	117	283	196	435	409	652	613	665
Cashew-N.	-	100 ¹⁾	100	112	118	180	177	171	194
Rindvieh	8 ¹ 5Mill.S. $\pm$ 100	104	117	124	132	139	151	154	160

t: metrische Tonnen; S.: Stück; 1) 1964: 72.900 t ;

Quellen: The United Republic of Tanzania (Hrsg.):

"Statistical Abstract 1966", a.a.O.,

"Background to Budget 1968-69", a.a.O.,

"The Economic Survey 1970-71", a.a.O. und

"The Economic Survey 1971-72", a.a.O.

Trotz vorwiegend witterungs- und/oder krankheitsbedingter Schwankungen sind aus der Übersicht g drei Trends unverkennbar, die weitgehend im Einklang mit den nationalen Planzielen und öffentlichen Aktivitäten im Bereich der Landwirtschaft stehen: Der Output an landwirtschaftlichen Rohstoffen - hier: Sisal, Baumwolle und Pyrethrum - nahm an schwächsten und die Produktion von Kolonialwaren - hier: Kaffee, Tee, Tabak und Cashewnüsse - am stärksten zu, während die Nahrungsmittel-Urproduktion - Zuckerrohr und Rindvieh - eine mittlere Position einnahm. Folgende Einschränkungen sind indessen zur Korrektur dieses generellen Bildes notwendig:

1. Wenn bis zu fünfzig Prozent einer Kaffee-Jahresernte mit Preisnachlässen an Nicht-Quotenländer verkauft werden muß, um die Produktionsstätten - Plantagen und

Gärten/Felder - und Lager zu räumen,¹⁾ erscheint Kritik an der Qualität marktgerechter Produktionslenkung berechtigt. Allerdings sollte sie auch die anspruchsvolle Planungsaufgabe berücksichtigen, die in einfachster Form lauten könnte: durch relative preisliche Diskriminierung der Kaffeeerzeugung einen Substitutionsprozeß zu fördern, der unter Verwendung der freigesetzten Ressourcen einen besseren Beitrag zur Entstehung des Sozialproduktes und des Leistungsbilanzsaldos leistet, als vom Fortdauern des Status quo zu erwarten gewesen wäre. Zu vergleichen wären also je zwei hypothetische Einkommens- und Leistungsbilanzsaldenströme, die jeweils durch natürliche und Marktbedingungen bestimmt sind. Beim Kaffee sind dies: ein Konsumentenkontinuum praktisch aller Sättigungsgrade und die Tatsache, daß eine Kaffeepflanze bei einer natürlichen Lebensdauer von 20-30 Jahren sieben Jahre bis zur ersten Leistungsabgabe gepflegt werden muß.

Wenn unter diesen Umständen die Elastizität des Kaffeeangebotes in bezug auf die "paradoxe Überproduktion" z.B. in Kenia größer als in Tansania war, so drückt dies, da in beiden Staaten die Produktion durch die Preispolitik staatlicher Handelsmonopole gesteuert wird, entweder eine unterschiedliche Beurteilung des zukünftigen Kaffee-Weltmarktes aus oder - ceteris paribus - eine unterschiedliche einkommenspolitische Behandlung der Kaffeepflanzen

1). Vgl. United Republic of Tanzania (Hrsg.): (a), "Background to the Budget 1968-69", a.a.O., S. 49 - 50, dieselbe: (b), "The Economic Survey 1970-71", a.a.O., S. 43, dieselbe: (c), "The Economic Survey 1971-72", a.a.O. S. 76.

2. Der Entwicklungszyklus einer Kulturpflanze spielt als Planungskriterium beim Anbau von Baumwolle als einjährigem Gewächs eine untergeordnete Rolle. Wenn hier die Produktionsergebnisse hinter den optimistischen Planerwartungen zurückblieben,¹⁾ so lag dies - bei der hohen Elastizität des Produzentenangebotes auf die jährlichen Garantiepreis-Voran-kündigungen -, an unzulänglichen öffentlichen Kredit- und Beratungsmöglichkeiten, die die Verwendung geeigneter Saaten, Düngemittel und Insektizide behinderten, den Schädlingsbefall begünstigten und den Kultivierungsbemühungen der Bauern Grenzen setzten; - an der quantitativ und qualitativ ungenügenden Lager-, Transport- und Aufbereitungskapazität, die teilweise auf bürokratische Insuffizienz zurückzuführen ist.

3. Obwohl anerkannt werden muß, daß der Bau von Rindviehschwemmen zur Bekämpfung von Krankheiten beitrug,²⁾ wird man den Beitrag des Staates zur Steigerung von Qualität und Quantität des nationalen Rindviehbestandes - nicht zuletzt wegen der "irrationalen Preispolitik"³⁾ - als eher marginal bezeichnen müssen und relativ stetiges Wachstum der schwer wandelbaren Eigengesetzlichkeit pastoraler Lebensverhältnisse zurechnen müssen. Weniger als 2,5% des Bestandes (oder ca. 25% der

1) Vgl. The United Republic of Tanzania (Hrsg.): (a) , "Background to the Budget 1968-69", a.a.O., S. 47, dieselbe: (b), "The Economic Survey 1970-71", a.a.O., S. 39 - 40, dieselbe: (c), "The Economic Survey 1971-72", a.a.O., S. 74 - 75.

2) Ebenda: (a), S. 55 - 56,
(b), S. 32 - 34,
(c), S. 82.

3) The United Republic of Tanzania (Hrsg.): The Economic Survey 1971-72", a.a.O. S. 91.

Gesamtentnahmen wurden jährlich über organisierte Märkte verkauft, so daß von einer nennenswerten kommerziellen Erschließung dieses Proteinpentials kaum gesprochen werden kann.

4. Die Rindviehhaltung und -nutzung kann als symptomatisch für die Art der inländischen Nahrungsmittelversorgung gelten: Jagd, Fischfang, Kleintierhaltung und der Anbau von Mais, Reis und Weizen dienen, soweit nicht von staatlichen Unternehmen betrieben, unmittelbar der Subsistenzversorgung. Allfällige Überschüsse werden - in Abhängigkeit der Preisfixierung durch staatliche Handelsmonopole - auf in- und ausländischen Schwarzmärkten und/oder an die staatlichen Ankaufs- und Bevorratungsstellen, den "buyers of last resort", verkauft. Diese steuern durch ihre Ankaufs-, Lagerhaltungs- und internationale Waren-Terminhandelspolitik die Grundnahrungsmittelversorgung der Stadtbevölkerung und den nationalen Selbstversorgungserfolg.¹⁾

5. In die volkswirtschaftlich belanglose Frischobst- und Gemüseversorgung griff der Staat entsprechend seinen ordnungspolitischen Grundsätzen bislang nicht ein, denen zufolge die Staatspartei, TANU, dafür sorgen will,

"... that the Government exercises effective control over the principal means of production and pursues policies which facilitate the way to collective ownership of the resources of this country;"²⁾

-
- 1) Seit 1969 die Phase der Maisüberschüsse beendet wurde, importiert die "National Agricultural Products Board - NAPB - jährlich etwa die Hälfte ihres Bedarfs an dieser wichtigsten Getreideart Tansanias.
- 2) NYERERE, J.K.: The Arusha Declaration: Socialism and Self-Reliance, in: Freedom and Socialism-Uhuru na Ujamaa a.a.O., S. 233.

d.c. Verstaatlichung der Produktionsmittel in Handel
und Industrie: Einkommens- und Vermögensverluste
für die Gesellschaft oder Unternehmer?

Einen Tag nach Veröffentlichung der zitierten programmatischen Zielsetzungen übernahm bzw. verstärkte die Regierung am 16. Februar 1967 die Kontrolle über die Sisalproduktion und "Verarbeitende Industrie", sowie über Banken, Versicherungen, Großhandel und das Straßentransportgewerbe. Für die Akquisition der Aktiva und Passiva der etwa 100¹⁾ betroffenen Unternehmen mußten allein im Fiskaljahr 1967/68 15 Mill. T Shs.²⁾ oder rd. 10% der Staatsausgaben vom Schatzamt für Kompensationszahlungen bereitgestellt werden. Anstatt diese Mittel selbst z.B. der zielgerechten Erweiterung, Umstrukturierung und Ver-
maschung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials zuzuführen, übereignete sie der Staat der Dispositionsgewalt privater Unternehmer, um dafür Produktivvermögen zu erwerben, das nicht zur Realisierung volkswirtschaftlicher Zielsetzungen geschaffen worden war. Und da bei der persistenten Unterauslastung des Produktionspotentials in der "Verarbeitenden Industrie"³⁾ und der desolaten Situation auf dem Sisalmarkt wahrscheinlich mehr private Verluste denn Gewinne verstaatlicht wurden, widerspricht diese Art der Verwendung öffentlicher Mittel zweifellos der erklärten Zielsetzung der

1) Vgl. ROE, Alan R.: The Future of the Company in Tanzanian Development, in: "The JoMAS, 7,1 (1969), S. 47 - 67.

Über knapp 50 Unternehmungen - rd. 40 nationale und rd. 10 multinationale - kontrolliert der Staat mehr oder weniger praktisch alle Sektoren der Wirtschaft außerhalb der Subsistenzwirtschaft.

2) Vgl. Africa Research Limited (Hrsg.): Africa Research Bulletin, Economic, Financial and Technical Series, Exeter 1967, S. 760 A.

3) Der durchschnittliche Auslastungsgrad der Verarbeiten-

Partei, die vorgibt, sich dafür einsetzen zu wollen

"... that the Government mobilizes all the resources of this country towards the elimination of poverty, ignorance and disease." 1)

e) Die Sozialisierungsaufgabe des Bildungswesens in Tansania: "Education for Self-Reliance" 2)

Nachhaltiger als durch demonstrative Rechtsakte zur Symbolisierung bestimmter Ideen und Werte wird die soziale Integration einer Gesellschaft sehr wahrscheinlich durch die Qualität ihres Bildungssystems beeinflusst. Um dieser Funktion³⁾ genügen zu können, mußte das koloniale "Drei-Klassen-Rassen-Erziehungssystem" reformiert werden.

Mit der Beseitigung rassistischer und religiöser Diskriminierung erhielten alle Kinder, die Zugang zu einer Primarschule fanden - 45% - 50% eines Jahrganges - ,

den Industrie Tansanias liegt eher unter als über 50%. Vgl. The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "The Economic Survey 1971-72", a.a.O., S. 94.

Vgl. auch: DOBRSKA-WOYDT, Z.: Criteria for Evaluation of Investment Projects in Manufacturing Industry, E.R.B. Paper 68.18, Dar-es-Salaam 1968, S. 12.

- 1) NYERERE, J.K.: "The Arusha Declaration", a.a.O., S. 232.
- 2) Titel der ersten politischen Direktive NYERERES nach Veröffentlichung der "Arusha Declaration". , abgedruckt in Freedom and Socialism-Uhuru na Ujamaa, a.a.O., S. 267 - 290.
- 3) SKLAR, R.L. verurteilt die strukturell-funktionale Theorie Talcott PARSONS' als "konservativ" und fordert stattdessen eine kritisch-marxistische Klassenanalyse der Gesellschaften Afrikas, Vgl. SKLAR, Richard L.: Political Science and National Integration (A Radical Approach), in The JOMAS, 5,1 (1967), S. 1 - 11.

die Chance, an die Spitze der Bildungspyramide vorzudringen¹⁾. Diese Chance blieb indessen gering, weil nur 10% - 13% jener Schüler und Schülerinnen, die die letzte Primarschulklasse erreichten, das Übertrittsexamen zur Sekundarschule bestanden. Während sie in exklusiven Internatsschulen, mit staatlichen Vollkosten-Stipendien wohl versorgt, sorglos einer sicheren Karriere entgegen sehen konnten,²⁾ erlitten zwei Drittel ihrer weniger glücklichen Mitschüler das Los der Arbeitslosigkeit. Frustriert, der autochthonen Kultur entfremdet und in der Hoffnung, "den Sprung nach oben" doch noch zu schaffen, zieht es diese "marginal men" in die Subkultur der "Shanty Towns".³⁾ Als Zaungäste nehmen sie teil am unaufhaltsamen sozialen Aufstieg der kleinen Elite akkulturierten Landsleute, einer "Neuen Klasse"⁴⁾ von Büro-

-
- 1) Vgl. NYERERE, J.K.: Education for Self-Reliance, in: Freedom and Socialism-Uhuru na Ujamaa, a.a.O., S. 267 - 290; The United Rep. of Tanzania (Hrsg.): "Statistical Abstract 1966", S. 170 - 181; dieselbe: "Background to the Budget 1968-69", a.a.O., S. 74 - 75; dieselbe: "The Economic Survey 1970-71", a.a.O., S. 83 - 88; dieselbe: "The Economic Survey 1971-72", a.a.O., S. 129 - 134.
 - 2) Vgl. KOFF, David und MUHL, George von der: Political Socialisation in Kenya and Tanzania, in: The JoMAS, 5,1 (1967), S. 13 - 51, und RESNICK, Idrian N.: Manpower Development in Tanzania, in: The JoMAS, 5,1 (1967), S. 107 - 123.
 - 3) Vgl. VENGROFF, Richard: Urban Government and Nation Building in East Africa, in: The JoMAS, 9,4 (1971), S. 577 - 592, und GAVRILOVA, A.: Urbanisation in Africa, in: The JoMAS, 9,2 (1971), S. 291 - 296.
 - 4) Dieser Begriff wurde dem gleichnamigen Buch Milovan Djilas' entlehnt. Vgl. auch GRUNDY, Kenneth W.: The "Class Struggle", in Africa (An Examination of Conflicting Theories), in: The JoMAS, 2,3 (1964), S. 379 - 394 und ARMAH, Ayi Kwei: Die Schönen sind noch nicht geboren (Originaltitel: The Beautiful Ones Are Not Yet Born), Olten u. Freiburg i.Br. 1971.

und Technokraten, die die Verwaltung von Staat und Wirtschaft beherrscht, sich mit komfortablen Statussymbolen umgibt und als "Wabenzi"¹⁾ der Bevölkerung ein eigenwilliges Sozialismusverständnis veranschaulicht.

Die desintegrierenden Kräfte dieses grundsätzlich elitären Bildungssystems umzukehren und den agrarsozialistischen Zielsetzungen Tansanias dienstbar zu machen, ist das Anliegen der politischen Direktive "Education for Self-Reliance". Durch die Vermittlung zweckmäßigerer Lehrinhalte,

"... that is, the skills ... (a pupil, A.d.V.) ... ought to acquire and the values he ought to cherish if he or she is to live happily and well in a socialist and predominantly rural society, and contribute to the improvement of life there.", 2)

durch Abwertung der Examina und ihrer sozialen Wertschätzung sowie durch Anwendung des Selbsthilfeprinzips auf das Bildungssystem, d.h. vor allem durch Verpflichtung der Sekundarschüler und Studenten zu körperlicher Arbeit,³⁾

-
- 1) "Wabenzi": Kisuaheli für "Volk der Mercedes-Benz-Fahrer". Dieser Befund trifft auch auf Kenia zu.
 - 2) NYERERE, J.K.: Education for Self-Reliance, a.a.O., S. 282.
 - 3) "Schools must, in fact, become communities - and communities which practise the precept of self-reliance ... This means that all schools, but especially secondary schools and other forms of higher education, must contribute to their own upkeep; they must be economic communities as well as social and educational communities. Each school should have, as an integral part of it, a farm or workshop which provides the food eaten by the community, and makes some contribution to the total national income."
NYERERE, J.K.: Education for Self-Reliance, a.a.O., S. 282 - 283. Zur Funktion der Universität in Tansania, vgl. derselbe: The Role of an African University, in: The JoMAS, 9,1 (1971), S. 107 - 114.

- soll den glücklosen "Primary School Leavers" die Schmach des Versagens genommen, ihre soziale Entwurzelung vermieden und ihre psycho-physischen Fähigkeiten der ruralen Entwicklung erhalten werden;
- soll den erfolgreichen Schülern und Studenten die Attitüde intellektueller Arroganz verleidet und ihr gesellschaftliches "Kommitment" gefördert werden;
- sollen nicht zuletzt die Kosten sozialer Desintegration - Armut, Trunk- und Drogensucht, Prostitution, Kriminalität und Krankheit - minimiert und Mittel des Bildungsetats für den Auf- und Ausbau zusätzlicher Bildungseinrichtungen freigesetzt werden,¹⁾ ohne das oberste bildungspolitische Planziel,

"... of being essentially self sufficient at all skill levels in the economy by 1980,"²⁾

zu verfehlen.

Beruflich-funktionale Differenzierung ohne soziale Stratifizierung fordert also der bildungspolitische Grundsatz Tansanias, "... eine radikale Veränderung nicht nur des Erziehungssystems, sondern auch vieler gesellschaftlicher Verhaltensweisen"³⁾ eine Umwälzung schließlich, an der

1) Aus den bei 14% der Staatsausgaben festgeschriebene Bildungsausgaben sind auch die Auf- und Ausbauprogramme für folgende Bildungseinrichtungen zu finanzieren: "Adult Education", "Technical Education", "Vocational and Craftsman Training", "Teacher Education", "Higher Education", "Pre-Service and In-Service Training", "Kivukoni College", "Institute of Finance Management", "Civil Service Training Centre".

2) The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "The Economic Survey 1970-71", a.a.O., S. 84.

3) NYERERE, J.K.: Education for Self-Reliance, a.a.O., S. 281, Ü.d.V.

am Ende auch der mehr oder weniger utopische Charakter des "Ujamaa-Sozialismus" zu messen sein wird.¹⁾ - Der studentische Widerstand gegen die privilegierten Beschränkenden Vorkehren des "National-Service-Gesetzes" im Oktober 1966²⁾ und die amtlichen Feststellungen, bei anhaltend unbefriedigenden Ergebnissen in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Ausbildung bis 1980 höchstens 70% der entsprechenden Planstellen nationalisieren zu können³⁾, dokumentieren die Schwierigkeiten, Pläne Wirklichkeit werden zu lassen.

-
- 1) Die Ansicht M. BOHNETs, daß die Ausbildung einer Klassenstruktur durch die Nach-Arusha-Politik im Ansatz verhindert wurde, erscheint in dieser Form kaum haltbar. Vgl. BOHNET, Michael: Tanzania: Bilanz und Perspektiven eines sozialistischen Entwicklungslandes, in: Internationales Afrika Forum, 4,8. Jhrg. (Apr. 1972), S. 251 - 259.
 - 2) Vgl. NYERERE, J.K.: Education for Self Reliance, a.a.O., S. 271, RESNICK, I.N., a.a.O., und SKLAR, R.L., a.a.O.

KOFFs und von der MUHLLs Meinung - a.a.O., S. 42 -: "In East Africa, there is little evidence to suggest that students are highly politicised; they do not react publicly, as a group, to major political decisions - neither are they ready to lend a hand in undermining the legitimacy of their own government ", wurde durch die Fakten widerlegt.

- 3) Vgl. The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "The Economic Survey... 1970-71", a.a.O., S. 86.

Teil VI

STAATSEINNAHMEN UND HAUSHALTSGLEICHGEWICHTE:
ABSCHLIESSENDE WÜRDIGUNG DER BUDGETPOLITIK IN
KENIA UND TANSANIA

§ 16 Analyse und Würdigung der zeitlichen Entwicklung
der Staatseinnahmen Kenias und Tansanias

Das weitgehend harmonisierte Steuersystem in Ostafrika¹⁾ und die weitreichende Identität zwischen der funktionalen und ökonomischen Gliederung der Staatseinnahmen²⁾ lassen es - um der Vermeidung uninformativer Wiederholungen willen - sinnvoll erscheinen, die Einnahmengebaurungen Kenias und Tansanias parallel zu untersuchen.

Auf der Grundlage der funktionalen Klassifikation der Staatseinnahmen Kenias und Tansanias wird die zeitliche Entwicklung der Struktur der öffentlichen Einnahmen in Beiden Ländern zunächst dargestellt, um anschließend ihren Verlauf - ggf. unter Verwendung komplementärer Informationen, die der ökonomischen Klassifikation der Staatseinnahmen⁴⁾ zu entnehmen sind -, inhaltlich interpretieren und kritisch würdigen zu können.

1. Wachstum und strukturelle Verschiebungen der
Staatseinnahmen: Eine Übersicht

Unter Rückgriff auf die im Teil V verwendeten Kennziffern⁵⁾ ergibt sich für die zeitliche Entwicklung der nach funktionalen Gesichtspunkten aggregierten Einnahmenarten Kenias und Tansanias nachstehende Übersicht:

1) Vgl. § 11.

2) Vgl. Tab. XVI mit XIX, im mathem.-stat. Anhang.

3) Vgl. Tab. XVI und Tab. XVII, im mathem.-stat. Anhang.

4) Vgl. Tab. XVIII und XIX, im mathem.-stat. Anhang.

5) Vgl. Anm. 1), S. 251.

Partei, die vorgibt, sich dafür einsetzen zu wollen

"... that the Government mobilizes all the resources of this country towards the elimination of poverty, ignorance and disease." 1)

e) Die Sozialisierungsaufgabe des Bildungswesens in Tansania: "Education for Self-Reliance" 2)

Nachhaltiger als durch demonstrative Rechtsakte zur Symbolisierung bestimmter Ideen und Werte wird die soziale Integration einer Gesellschaft sehr wahrscheinlich durch die Qualität ihres Bildungssystems beeinflusst. Um dieser Funktion³⁾ genügen zu können, mußte das koloniale "Drei-Klassen-Rassen-Erziehungssystem" reformiert werden.

Mit der Beseitigung rassistischer und religiöser Diskriminierung erhielten alle Kinder, die Zugang zu einer Primarschule fanden - 45% - 50% eines Jahrganges - ,

den Industrie Tansanias liegt eher unter als über 50%. Vgl. The United Republic of Tanzania (Hrsg.): "The Economic Survey 1971-72", a.a.O., S. 94.

Vgl. auch: DOBRSKA-WOYDT, Z.: Criteria for Evaluation of Investment Projects in Manufacturing Industry, E.R.B. Paper 68.18, Dar-es-Salaam 1968, S. 12.

1) NYERERE, J.K.: "The Arusha Declaration", a.a.O., S. 232.

2) Titel der ersten politischen Direktive NYERERES nach Veröffentlichung der "Arusha Declaration". , abgedruckt in Freedom and Socialism-Uhuru na Ujamaa, a.a.O., S. 267 - 290.

3) SKLAR, R.L. verurteilt die strukturell-funktionale Theorie Talcott PARSONS' als "konservativ" und fordert stattdessen eine kritisch-marxistische Klassenanalyse der Gesellschaften Afrikas, Vgl. SKLAR, Richard L.: Political Science and National Integration (A Radical Approach), in The JoMAS, 5,1 (1967), S. 1 - 11.

Rang	Einnahmengruppe	Land	Gewicht	kurzfr.Ändg.		langfr. Ändg.		Vorz.
				absol.	relat.	absol.	relat.	
1	Steuern auf Einkommen und Vermögen	K.	2	6	8	3	5	+
		T.	2	4	7	4	7	+
2	Steuern auf Konsum und Produktion	K.	1	2	7	6	8	-
		T.	1	5	8	5	8	-
3	Freiwillige einseitige Übertragungen	K.	5	3	2	1	2	-
		T.	7	7	2	3	1	-
4	Güter- und Leistungsverkäufe	K.	4	7	6	5	6	+
		T.	4	3	6	2	3	-
5	Einnahmen aus Vermögensübertragungen	K.	6	4	4	8	7	+
		T.	8	8	3	6	5	
6	Aufnahme langfristiger Verbindlichkeiten	K.	3	1	5	2	3	+
		T.	3	1	4	1	2	+
7	Zuschüsse, Rückzahlungen, Gebühren u.ä. Einnahmen	K.	7	5	3	4	4	-
		T.	5	6	5	7	4	+
8	Unerklärte Einnahmen	K.	8	8	1	7	1	-
		T.	6	2	1	8	6	-

Quellen: Vgl. Tab. XVI und Tab. XVII: Funktionale Gliederung der Staatseinnahmen Kenias/Tansanias, im mathem.-stat. Anhang; zur Berechnungsmethode, vgl. Anm. 1), S. 251.

a. Merkmale der vier aufkommensstarken Einnahmengruppen:
Steigende Verschuldung bei hohem Gewicht der Steuereinnahmen

1. Die Einnahmen der vier wichtigsten Einnahmengruppen,
 - Steuern auf Konsum und Produktion,
 - Steuern auf Einkommen und Vermögen,
 - Aufnahme langfristiger Verbindlichkeiten und
 - Güter- und Leistungsverkäufe

erbrachten während der ersten Entwicklungsdekade in beiden Ländern pro Jahr durchschnittlich etwa 83% der Staats-

einnahmen der Zentralhaushalte. Hiervon entfielen etwas mehr als 70% - K.: 71%; T.: 72% - allein auf das Steuer-aufkommen.

2. In Kenia und Tansania nahm das Gewicht der Steuern auf Einkommen und Vermögen spürbar zu, während der Anteil der Steuern auf Konsum und Produktion in beiden Ländern leicht an Boden verlor.

3. Am stärksten wuchs in beiden Ländern der Anteil der jährlich neu eingegangenen langfristigen Kreditverpflichtungen. Ihr Anteil an den Staatseinnahmen stieg von 10.5% (K.) bzw. 11.5% (T.) im Jahr 1961/62 auf 21.4% (K.) bzw. 32% (T.) im Fiskaljahr 1971/72, so daß sich ihr Anteil an den Staatseinnahmen in zehn Jahren mehr als verdoppelte;-verdoppelte, trotz der damit verbundenen Probleme für die zukünftige Zahlungsbilanz und die polit-ökonomische Unabhängigkeit der beiden Länder.¹⁾

4. Der Anteil der Entgelte für Güter- und Leistungsverkäufe des Staates an den gesamten Einnahmen unterlag in beiden Ländern unterschiedlichen Trends: Während ihr Gewicht in Kenia leicht zunahm, ging ihr Anteil in Tansania merklich zurück, so daß die These, Tansania setze

1) Vgl. § 11, Kap. 2. b. und 2. c., NYERERE, J.K.: The Arusha Declaration: Socialism and Self-Reliance, a.a.O., S. 239-241 sowie The United Republic of Tanzania (Hrsg.): Speech by the Honourable the Minister for Finance (Introducing the Estimates of Revenue and Expenditure 1970/71 to the National Assembly on the 17th June 1970), Dar-es-Salaam 1970, S. 10, Ziff. 57; (im Folgenden: "Tanzania-Budget Speech 1970/71").

die Preispolitik für öffentliche Güter und Leistungen als quasi-fiskalpolitisches Instrument ein,¹⁾ bei dynamischer Betrachtungsweise nicht weiter aufrechterhalten werden kann. Vielmehr deutet die Tatsache, daß die absoluten Erlöse aus dem Verkauf öffentlicher Güter und Leistungen während des Beobachtungszeitraumes (bei einer Größenordnung von 120 - 140 Mill. T.Shs.) nahezu konstant blieben, - cet. par. - auf eine eher zurückhaltende und sozial orientierte Preispolitik hin, sofern ihr überhaupt eine bewußte Absicht unterliegt.²⁾

Die (relative) Stagnation des (absoluten) Finanzaufkommens aus dieser Einnahmengruppe muß bei dem rapiden, diskontinuierlichen Anstieg der gesamten Staatseinnahmen Tansanias³⁾ notwendigerweise durch hohe Ränge bei der Ermittlung der absoluten kurz- und langfristigen Änderungen des Gewichts dieser Einnahmengruppe an den gesamten Einnahmen des Zentralhaushaltes Tansanias zum Ausdruck kommen.⁴⁾

1) Vgl. § 11, Kap. 2., Abschn. d.

2) Obwohl in den Haushaltsreden der Finanzminister Tansanias fast immer auf die mutmaßlichen Verteilungswirkungen bestimmter einnahmenpolitischer Maßnahmen eingegangen wird - vgl. z.B. "Tanzania-Budget Speech 1970/71", a.a.O., S. 24, Ziff. 146 und 147 -, kann andererseits nicht ausgeschlossen werden, daß die Preispolitik für öffentliche Güter und Leistungen ebenso in Vergessenheit geriet wie die Stempelsteuersätze, von denen behauptet wird:

"Stamp Duty rates have not been reviewed for a very considerable period of time - some of these rates date back 30 years - nor can it be said that administration has been fully effective."

"Tanzania-Budget Speech 1970/71", a.a.O., S. 22, Ziff. 134.

3) Vgl. Tab. XVII, Zeile B, im mathem.-stat. Anhang.

4) Vgl. die Übersicht auf S. 325, Zeile 8, Spalten 3 und 5.

Daß die entsprechenden Kennziffern für Kenia höhere Rangnummern ausweisen müssen, versteht sich bei dem wachsenden Anteil der Güter und Leistungserlöse an den Staatseinnahmen Kenias von selbst. Daß die relativen kurz- und langfristigen Änderungen des Anteils dieser Einnahmengruppe an den jeweiligen gesamten Staatseinnahmen weniger markant waren, lag an ihren mit durchschnittlich 7% (K.) bzw. 12% (T.) relativ hohen Gewichten.

5. Den größten absoluten und relativen kurzfristigen Schwankungen unterlagen trotz ihres gegenüber den Güter- und Leistungsentgelten hohen Gewichts - die Einnahmenanteile aus der Aufnahme langfristiger Verbindlichkeiten. Ob und inwieweit diese Fluktuationen Ausdruck der Schwierigkeiten der betroffenen Länder sind, sich einen kontinuierlichen Strom ausländischer Zahlungsmittel auf den Verschuldungswege zu sichern, wird sich kaum zuverlässig ermitteln lassen.

Den geringsten absoluten und relativen kurzfristigen Fluktuationen waren - wegen ihres hohen Gewichts - naturgemäß jene Einnahmengruppen ausgesetzt, in denen die Steuereinnahmen zusammengefaßt wurden. Dessenungeachtet darf nicht übersehen werden, daß der Anteil der Einnahmen aus Steuern auf Konsum und Produktion im Falle Kenias großen absoluten kurzfristigen Schwankungen unterlag. Diese Schwankungen sind dem unstetigen Verlauf der (relativen) Zoll- und Verbrauchsteuereinnahmen zuzuschreiben, auf dessen Ursachen an anderer Stelle zurückzukommen sein wird.

b. Das Kennzeichen der aufkommensschwachen Einnahmen-
gruppen: Abnehmende Bedeutung der "Entwicklungshilfe"

1. Ihrem Gewicht nach rangieren die Beiträge der
 - freiwilligen, einseitigen Übertragungen,
 - die Rückzahlungen, Zuschüsse, Gebühren und anderen Einnahmen,
 - die Einkünfte aus Vermögensübertragungen und
 - die unerklärten Einnahmenauf den Plätzen fünf bis acht.
2. Während in Kenia die freiwilligen, einseitigen Übertragungen und die Einnahmen aus Vermögenstransaktionen ein größeres Gewicht beanspruchten als in Tansania, verhielt es sich bei den beiden übrigen Einnahmengruppen umgekehrt. Alle vier Einnahmengruppen zusammen trugen in beiden Ländern über die Jahre hinweg durchschnittlich mit 17% zu den Staatseinnahmen bei.
3. Während der Anteil der freiwilligen, einseitigen Übertragungen an den Staatseinnahmen langfristig in beiden Ländern eine stark abnehmende Tendenz aufwies, nahm in Kenia der Anteil der Einnahmen aus Vermögensübertragung schwach zu und in Tansania schwach ab; bei den Rückzahlungen, Zuschüssen, Gebühren und anderen Einnahmen war die Tendenz umgekehrt: Rückgang des Anteils dieser Einnahmengruppe in Kenia und Zunahme in Tansania.
4. Kurzfristig war - unter Außerachtlassung der Unerklärten Einnahmen - der Anteil freiwilliger, einseitiger Übertragungen starken relativen Schwankungen ausgesetzt, gefolgt vom Anteil der Einnahmen aus Vermögensübertragung

gen und dem Anteil der Einnahmen aus Rückzahlungen, Zuschüssen, Gebühren u.ä. Das Ausmaß der absoluten und relativen Schwankungen dieser drei Ausgabengruppen war in Kenia stets größer als in Tansania oder gerade gleich groß (ausgedrückt durch Rangziffern).

2. Die zeitliche Entwicklung der wichtigsten Einnahmenarten in Kenia und Tansania

Durch die nähere Betrachtung ausgewählter Einnahmenarten soll wieder versucht werden, die wichtigsten materiellen Hintergründe der vorstehenden statistischen Tatbestände aufzudecken, um solchermaßen die Interpretation und Würdigung der Einnahmengenbarung (und ihres Einflusses auf den relativ eng begrenzten entwicklungspolitischen Erfolg in beiden Ländern¹⁾) zu erleichtern.

Die Auswahl der Einnahmenarten unterlag denselben Prinzipien wie die Auswahl der Ausgabenarten²⁾: von den 40 ausgewiesenen Einnahmenarten Kenias³⁾ wurden jene acht eindeutig abgrenzbaren Einnahmenarten für die detaillierte Untersuchung ausgesucht, die durch einen hohen Anteil an den Staatseinnahmen auffallen und weitere acht, die sich durch starke kurz- und/oder langfristige Änderungen ihrer Gewichte auszeichnen; diese 16 Ausgabenarten (40% aller ausgewiesenen Ausgabenarten) stellten während der ersten Entwicklungsdekade Jahr für Jahr rd. $(65+5)\% = 70\%$ der Staatseinnahmen Kenias sicher.

1) Vgl. § 12, Kap. 2.

2) Vgl. § 13 und § 15.

3) Vgl. Tab. XVI, im mathem.-stat. Anhang.

Im Falle Tansanias konnten zwar jene 10 von 51 Ausgabenarten¹⁾ ausgewiesen werden, die sich durch hohes Gewicht auszeichneten, aber auf die Darstellung der übrigen zehn, durch starke kurz- und/oder langfristige Änderungen auffallenden Ausgabenarten mußte verzichtet werden, weil die Diskontinuität der Zeitreihen, insbesondere der wechselnde Dis-Aggregationsgrad bestimmter Datenmengen, eine genügend beweiskräftige Zeitreihenanalyse verhinderte.

Die zehn "gravierenden" Einnahmenarten Tansanias stellten pro Jahr durchschnittlich rd. 58% der Staatseinnahmen sicher.

a. Schwankungen und Trends der aufkommensstärksten Einnahmensarten

In der nachstehenden Übersicht sind die (8 + 10) nach ihren Gewichten ausgewählten Einnahmensarten Kenias und Tansanias zusammengefaßt:

1) Vgl. Tab. XVII, im mathem.-stat. Anhang.

Rang	Einnahmenart	Land	Gewicht	kurzfr.Ändg.		langfr.Ändg.		Vorz.
				absol.	relat.	absol.	relat.	
1	Importzölle	K.	2	2	8	3	8	-
2		T.	1	1	9	1	6	-
3	Verbrauchssteuern	K.	3	6	9	4	5	+
4		T.	3	6	10	6	8	+
5	Einkommenssteuern inkl. Körpersch. St	K.	1	3	10	2	6	+
6		T.	2	2	8	4	10	-
7	Kraftfahrzeugst. u. Kraftfahrzeugabgaben	K.	8	9	6	9	9	+
8		T.	7	9	7	10	9	-
9	Benzin- und Dieselsteuern	K.	6	10	7	7	3	
10	Fördersteuern und Bergregalien	T.	5	7	4	5	5	-
11	Personen- (Kopf-) steuern	T.	4	4	5	8	7	+
12	Exportzölle	T.	6	3	2	2	4	+
13	Zuschüsse von E.A.C.-Institut.	T.	8	8	3	7	3	-
14	Dividenden monet. Institut.	K.	7	7	2	5	2	+
15	Entgelte f. Güter	T.	9	5	1	3	1	+
16	Pachten für Grund und Boden	T.	10	10	6	9	2	-
17	Finanzhilfen d. Verein. Königr.	K.	4	1	3	1	1	
18	Aktivkredit-Tilgungszahlungen	K.	5	4	4	6	7	-

Quellen: Vgl. Tab. XVI und Tab. XVII: Funktionale Gliederung der Staatseinnahmen Kenias/Tansanias, im mathem.-stat. Anhang; zur Berechnungsmethode, vgl. Anm. 1), S. 251.

Von den vorstehenden 18 Einnahmenarten haben Kenia und Tansania folgende vier - mit durchschnittlichen Anteilen

von 53% (K.) und 47% (T.) - gemeinsam: "Importzölle", "Verbrauchssteuern", "Einkommens- und Körperschaftssteuern" sowie "Kfz.-Steuern und -Abgaben".

Vier weitere Steuerarten (Benzin- und Dieselsteuern in Kenia, Fördersteuern und Bergregalien, Personen- (Kopf-) Steuern und Exportzölle in Tansania) erhöhen diesen Anteil auf jeweils durchschnittlich 55% der Staatseinnahmen und dokumentieren (gemeinsam mit den vier erstgenannten Steuerarten) eindrucklich die herausragende Bedeutung der Zwangsabgaben für die öffentliche Mittelbeschaffung; - eine Dominanz, die für viele Autoren finanz- und entwicklungspolitischer Studien Anlaß genug zu sein scheint, anderen Arten der Mittelbeschaffung vergleichsweise geringe Beachtung zu schenken.¹⁾

a.a. Einfluß der Importsubstitution und wachsenden Konkurrenz "nationaler" Steuern auf das Aufkommen der Importzölle und Verbrauchssteuern

1. Von den acht vorstehenden Steuerarten trug jährlich im Durchschnitt allein das Aufkommen der Importzölle und Verbrauchssteuern - bei insgesamt fallender Tendenz - mit knapp einem Drittel zum Finanzaufkommen beider Haushalte bei; - die Importzölle bei hohem Niveau mit fallender Tendenz und die Verbrauchssteuern bei niedrigerem Niveau mit steigender Tendenz.

Obwohl dieser Befund mit der These vom komplementären, steuersystematischen Charakter der Verbrauchssteuern und

1) Vgl. z.B. DUE, J.F., a.a.O., GHAI, D.P.: "Taxation for Development", a.a.O.; HICKS, U.K.: "Development Finance", a.a.O.; SCHNITTGER, L., a.a.O.

Importzölle in Prozeß der Importsubstitution im Einklang steht,¹⁾ reicht die kompensierende Kraft der Verbrauch—ssteuern (in Tansania offensichtlich weniger als in Kenia) nicht aus, um den sinkenden Anteil der Importzölle an den Staatseinnahmen vollständig auszugleichen.

2. Da die Ursachen dieser Insuffizienz durch diskretionäre Maßnahmen des Staates und das Anpassungsverhalten - quantitativ, qualitativ und zeitlich - der inländischen Produzenten und Konsumenten bestimmt sind, erscheint es zweckmäßig, wenigstens die überprüfbaren Steuerparameteränderungen in ihrer Eigenschaft als "Auslöser" dieser Anpassungsprozesse aufzudecken.²⁾

Betrachtet man die Definition des Steuerobjektes, der Bemessungsgrundlage und die Gestaltung des Steuertarifes als Aktionsparameter der Steuerpolitik, so zeigt eine kursorische Durchsicht der "Budget-Speeches"³⁾ der Finanz-

1) Vgl. § 11, Kap. 1, Abschn. c.b.

2) Dieses Vorgehen hat überdies den Vorteil, in gewissem Umfang auch das große Maß absoluter lang- und kurzfristiger Änderungen des Anteils dieser beiden Steuerarten am Finanzaufkommen beider Staaten veranschaulichen zu können.

3) Republic of Kenya - The National Assembly: House of Representatives (Hrsg.): Official Report (Budget Speech, Nairobi 1966, S. 711-730 (im Folgenden: "Kenya-Budget Speech 1966/67").

Republic of Kenya - The National Assembly (Hrsg.): Budget Speech, Nairobi 1968 (im Folgenden: "Kenya-Budget Speech 1968/69").

Republic of Kenya (Hrsg.): Speech delivered to the National Assembly on the 19th June 1969 by the Hon. J.S. Gichuru, Minister of Finance, Republic of Kenya, on presenting the Budget for the Fiscal Year 1969/70 (1st July to 30th June), Nairobi 1969 (im Folgenden: "Kenya-Budget Speech 1969/70").

Dieselbe: Budget Speech for the Fiscal Year 1971/72 (1st

minister Kenias und Tansanias, daß beide Regierungen praktisch jährlich die Parameter der Verbrauchssteuern und Importzölle (wegen der weitgehend harmonisierten Steuerunion)¹⁾ im Gleichschritt variierten,

- um zusätzliche Deckungsmittel für den laufend steigenden Finanzbedarf zu mobilisieren,
- um durch Protektion inländischer "infant industries" den Prozeß der Importsubstitution zu beschleunigen und
- um eine Reihe anderer, spezieller Zielsetzungen wahrzunehmen, wie z.B. zahlungsbilanzpolitische, beschäf-

July - 30th June) by The Hon. Mwai Kibaki, E.G.H., M.P., Minister for Finance and Economic Planning, Nairobi 1971 (im Folgenden: "Kenya-Budget Speech 1971/72").

Dieselbe: Speech delivered to the National Assembly on the 15th June 1972 by the Hon. Mwai Kibaki, Minister for Finance and Economic Planning, Republic of Kenya, when presenting the Budget for the Fiscal Year 1972/73 (1st July to 30th June), Nairobi 1972 (im Folgenden: "Kenya-Budget Speech 1972/73").

The United Terepublic of Tanzania (Hrsg.): Speech by the Honourable the Minister for Finance (Introducing the Estimates of Revenue and Expenditure 1967/68 to the National Assembly, on the 14th June, 1967), Dar-es-Salaam 1967 (im Folgenden: "Tanzania-Budget Speech 1967/68").

Dieselbe: Dieselben Veröffentlichungen für das Fiskaljahr 1968/69, veröffentlicht am 18. Juni 1968 (im Folgenden: "Tanzania-Budget Speech 1968/69") und das Fiskaljahr 1969/70, veröffentlicht am 19. Juni 1969 (im Folgenden: "Tanzania-Budget Speech 1969/70").

Dieselbe: Speech by the Minister for Finance and Expenditure for 1971/72 to the National Assembly on the 17th June, 1971, Dar-es-Salaam 1971 (im Folgenden: "Tanzania-Budget Speech 1971/72").

Dieselbe: Speech by the Minister for Finance (The Hon. C.D. Msuya) Introducing the Estimates of Public Revenue and Expenditure for 1972-73 to the National Assembly on 15th June 1972, Dar-es-Sallam 1972 (im Folgenden: "Tanzania-Budget Speech 1972/73").

1) Vgl. § 11.

tigungspolitische,¹⁾ handelspolitische, export-absatzpolitische und verteilungspolitische.

Da ein und dieselbe Maßnahme i.d.R. der Erfüllung mehrerer Zielsetzungen dienlich sein kann,²⁾ unterscheiden sich je nach der allgemeinen ordnungspolitischen Ausrichtung des betreffenden Landes die Begründungen dieser Maßnahmen vor der Legislative mit der Folge, daß eine "objektive" Würdigung erschwert wird.

Nimmt man jedoch die Art der belasteten Güter und das Maß ihrer Belastung in näheren Augenschein,³⁾ so gewinnt man

1) Daß über den Grad der Wirksamkeit bestimmter Maßnahmen gelegentlich unterschiedliche Auffassungen zwischen den Finanzministern bestehen können, belegen die beiden folgenden Zitate:

1. "Kenya-Budget Speech 1971/72", a.a.O., S. 12:

"Early this year a Select Committee of this House considered the problems of unemployment in this country, and amongst their recommendations, was a proposal that a duty should be imposed on lifting and loading equipment since they were increasingly being used to replace local labour...Accordingly, I propose to impose a duty of 30 per cent on lifting and loading equipment, including forklift trucks and work trucks."

2. "Tanzania-Budget Speech 1971/72", a.a.O., S. 19, Ziff. 113:

"Certain types of mechanical lifting and moving apparatus for use in factories and warehouse which has the effect of replacing unskilled labour, are proposed to be subjected to a 30 per cent rate of duty. It would be unrealistic to suppose this will do much to increase employment but if it causes managers to think again about the choice between local workers and imported machinery in certain moving and storing operations it will have served its purpose."

2) Vgl. § 11, Kap. 1. Abschn. c.a.

3) Vgl. "Kenya/Tanzania-Budget Speeches", a.a.O.

den Eindruck, daß die Belastung umso größer ist, je unelastischer die Nachfrage auf Einzelhandelspreisänderungen reagiert, daß also der Fiskalzweck im Vordergrund der Besteuerung zu stehen scheint.

3. Wenn indessen trotz dieser diskretionären Maßnahmen der konsolidierte Anteil dieser beiden Steuerarten an den gesamten Staatseinnahmen zurückging, so liegt dies - bei gegebener höherer Einkommenselastizität anderer Einnahmenarten, insbesondere der Einkommens- und Vermögenssteuern,¹⁾ u.a. an der Einführung stets neuer indirekter Steuerarten,²⁾ mit denen die nationalen Fiskal, ungebunden durch die Harmonisierungsverpflichtungen innerhalb der ostafrikanischen Steuerunion, autonom ihre

1) Vgl. GHAI, D.P.: "Taxation for Development", a.a.O., S.63.

2) In unvollständiger und unsystematischer Reihenfolge seien hier genannt (vgl. auch Tab. XVI mit XIX, im mathem.-stat. Anhang):

1. für Kenia: Entertainment Tax, Second-Hand Motor Vehicle Purchase Tax, Airport-Passenger Tax, Traditional Liquor Tax, Consumption Taxes for: beer, cigarettes and tobacco, spirits, electricity, motor tyres, motor batteries, transistor batteries, crown corcs, cement, footwear, paint and distemper, woven fabrics;
2. für Tansania: Limited sector taxes, like:
hotel levies, business licences, stamp duties, driving licences, training levies; Electricity Taxes, Sales Taxes for cement, beer, cigarettes, soft drinks, gasoline, textiles, processed foods, paints and distempers, paper products, a variety of household goods, jewellery, office machines, motor vehicle parts; Used/Private Motor Vehicle Taxes, Taxes on agricultural products like copra, cashew nuts, seeds and groundnuts, hides and skins;
Export taxes on cotton, pyrethrum flowers and coffee.

Quellen: Vgl. "Kenya/Tanzania Budget Speeches", a.a.O. Viele dieser Abgabenarten treffen Steuerobjekte, die bereits durch Ostafrikasteuern belastet sind.

finanz- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zu realisieren trachten.¹⁾

4. Ob und inwieweit die starken absoluten kurzfristigen Gewichtsschwankungen dieser beiden Einnahmenarten durch vom Gesetzgeber falsch antizipierte Reaktionen der Träger der Steuerlast auf die diskretionären Steuerparameteränderungen verursacht sind, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht untersucht werden.

a.b. Einfluß einkommens- und verteilungspolitischer Maßnahmen auf die Entwicklung der Einkommens- und Vermögenssteuereinnahmen

1. Die Einkommens- und Körperschaftssteuern unterlagen einer angesichts der weitgehenden Steuer-Harmonisierung überraschenden zeitlichen Entwicklung: Während ihr

1) Daß die Abstimmung fiskalpolitischer Maßnahmen unter den Partnerländern gelegentlich mit Schwierigkeiten verbunden ist, zeigt folgendes Zitat:

"My last proposal relating to the Customs Tariff is to ask this hon. House to agree that the Act (the Customs Tariff Act, A.d.V.) should be changed to provide that the Minister for Finance, ..., may vary all or any fiscal entry by notice in the (Government-, A.d.V.) Gazette by an amount not exceeding 10 per cent of the rate of duty ruling at the time. ... Perhaps I should mention that both Tanzania and Uganda already have provision for such a regulator within their laws and if they were to implement the regulator at any time, Kenya would not be able to adjust quickly and a common external tariff would no longer exist."

"Kenya-Budget Speech 1972/73", a.a.O., S. 9.

Anteil an den Staatseinnahmen unter heftigen absoluten Schwankungen in Kenia (absolut und relativ) spürbar zunahm, ging ihr Anteil unter heftigen absoluten Schwankungen in Tansania absolut zwar stark, relativ jedoch schwach zurück.¹⁾

2. Sofern und soweit diskretionäre Steuerparameteränderungen in beiden Ländern - dank der ostafrikanischen Steuerunion - gleich waren, wird wegen des progressiven Tarifs dieser Steuerart angenommen werden dürfen, daß sich die Basis und Höhe der Einkommenspyramide in Kenia schneller entwickelte als in Tansania. Sofern die - durch den Informationsnotstand erzwungene - Auswahl der "Years of Income" in der nachstehenden Übersicht für den Beobachtungszeitraum repräsentativ sind, bestätigen sie die These:

	Land	1967 ¹⁾	1968 ¹⁾	1969 ¹⁾	Ø
Anzahl Steuerzahler	K. T.	38 160 18 412	41 163 17 068	42 703 17 180	40 679 17 553
Mean "Actual Income" per "Taxpayer"	K. T.	2 561 £ 2 630 £	2 615 £ 2 542 £	2 614 £ 2 668 £	2 597 £ 2 613 £
Konzentrations- maße	α ²⁾ K. T.	0.488 0.481	0.445 0.496	0.394 0.464	0.4 0.480
	λ ³⁾ K. T.	0.376 0.469	0.302 0.426	0.423 0.500	0.369 0.465

1): "Year of Income"; 2): $\alpha = \frac{\sum_{i=1}^{n/2} x_i}{\sum_{i=1}^{n/2} y_i}$;

3): Vgl. Erläuterungen 11 im mathem.-stat. Anhang.
Quelle: Vgl. Tab. XX: Struktur der Einkommenssteuerzahler und ihrer Einkommen in Kenia und Tansania, im stat. Anhang.

¹⁾ Vgl. die Übersicht auf S. 332.

Während die Anzahl der Zensiten in Kenia eindeutig stieg, scheint die Basis der Steuerzahler in Tansania eher unverändert geblieben zu sein. Während die Konzentration der "Actual Incomes"¹⁾ auf die Steuerzahler in Tansania nahezu unverändert blieb, ist in Kenia ein eindeutiger Konzentrationstrend festzustellen, der indessen nicht zu einer gegenüber Tansania größeren Zunahme der Durchschnittseinkommen führte.

3. Die Vermutung, daß diese unterschiedlichen Entwicklungen in der Verteilung der steuerpflichtigen Einkommen einkommens- und verteilungspolitischen Maßnahmen²⁾ der Regierung Tansanias zuzuschreiben sind, erhärtet sich bei der Durchsicht der Rechtfertigungen steuerpolitischer Änderungen anlässlich der "Budget-Speeches", wenn man immer wieder auf ähnliche Äußerungen wie die folgende stößt:

"Analysis of the incidence of the Shs 163.5 million in proposed revenue measures will, as I hope Honorable Members will agree, demonstrate that they do adhere to our principles of promoting socialism, using fiscal means to reduce inequality in purchasing power, and insofar as (Druckfehler im Original, A.d.V.) is possible limiting burdens placed on low income workers and peasants." 3)

4. Die mehr als doppelt so große Basis der Einkommenssteuerzahler in Kenia erklärt auch ausreichend das gegenüber Tansania höhere durchschnittliche Gewicht dieser Einnahmenart an den Staatseinnahmen Kenias.

1) "Actual Income" = "Aggregate Income" - "Deductions"; vgl. § 11, Kap. 1, Abschn. b.b.

2) Hier ist z.B. an ein System von Lohn-Preis-Kontrollen gedacht.

3) "Tanzania-Budget Speech 1972/73", a.a.O., S. 31, Ziff. 189.

a.c. Stabiles Gewicht der Kraftfahrzeugsteuereinnahmen
in Kenia und Tansania

1. Da die Kraftfahrzeugsteuern und -abgaben nicht zu den sog. Ostafrikasteuern gehören, und da deshalb der Grad ihrer Harmonisierung unter den Partnerstaaten lediglich zufällig so hoch sein dürfte wie der Grad der Harmonisierung bei den sog. Ostafrikasteuern, muß ein inter-nationaler Vergleich der zeitlichen Entwicklung ihres Aufkommens entsprechend vorsichtiger vorgenommen werden.

2. Trotz dieser Einschränkung erscheint die Feststellung zulässig, daß der Aufkommensanteil dieser Abgabenart in beiden Ländern absolut und relativ, kurz- und langfristig recht stabil blieb, daß m.a.W. das Aufkommen dieser Zwangsabgaben, ausgedrückt in Geldeinheiten, in beiden Ländern über die Zeit mit derselben Rate wuchs wie die gesamten Staatseinnahmen.

a.d. Benzin- und Dieselsteuern, Fördersteuern und Bergbauregalien, Personen- und Kopfsteuern, Exportzölle:
Die Entwicklung der Einnahmen anderer aufkommens-
trächtiger Steuern

1. Unter den zehn übrigen Einnahmenarten, die Kenia und Tansania nicht gemeinsam haben, befinden sich mit Benzin- und Dieselsteuern (Kenia), Fördersteuern und Bergbauregalien, Personen- und Kopfsteuern und Exportzöllen (Tansania) vier weitere Zwangsabgabenarten, die letzte Zweifel an der herausragenden Bedeutung der Steuern für die staatliche Mittelbeschaffung zerstreuen.¹⁾

¹⁾ Vgl. die Übersicht auf S. 332.

2. Während das Gewicht der Benzin- und Dieselsteuern an den Staatseinnahmen Kenias - bei fallender Tendenz lang- und kurzfristig kaum gravierenden Änderungen unterlag, nahm der Anteil der Fördersteuern und Bergregalien in Tansania infolge der rückläufigen Diamantenproduktion merklich ab.¹⁾

3. Die beiden übrigen Elemente im System der Besteuerung der Einkommen natürlicher und juristischer Personen in Tansania, die Personen- und Kopfsteuern sowie die Exportzölle,²⁾ konnten ihren Anteil an den Staatseinnahmen unter starken kurz- und langfristigen Schwankungen leicht erhöhen und die rückläufige Tendenz im Aufkommensanteil der Einkommens- und Körperschaftssteuern teilweise kompensieren.

4. Die Tatsache, daß auch diese Einnahmenarten häufigen diskretionären Maßnahmen unterlagen,³⁾ läßt wieder annehmen, daß weniger eine hohe immanente Elastizität des Steueraufkommens in bezug auf das Sozialprodukt für die Gewichtszunahme verantwortlich war, als vielmehr die exogenen Steuerparameteränderungen.

1) Entwicklung der Diamantenproduktion in Tansania:

Jahr der Produktion	1961	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71
Menge in 000 Karat	685	647	589	664	828	906	988	683	770	681	
Wert in Mill. TShs.	115.6	168.0	100.4	135.6	145.0	186.3	229.3	136.7	141.6	106.2	

Quellen: "Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 90;
"Economic Survey 1971-72", a.a.O., S. 90.

2) Vgl. § 11, Kap. 1, Abschn. b.

3) Vgl. "Tanzania-Budget Speeches", a.a.O.

a.e. Einflüsse der Schwankungen und Trends im Finanz-
aufkommen der sechs aufkommensstarken Nicht-Steuer-
arten auf die Haushaltsplanung

1. Von den sechs nicht Steuern darstellenden Einnahmen-
arten entfallen je drei auf Kenia und Tansania:

auf Kenia die Einnahmen

- aus Dividendenzahlungen monetärer Institutionen, sei es der East African Currency Board, sei es der Central Bank of Kenya
- aus Finanzhilfen des Vereinigten Königreichs und
- aus Aktivkredittilgungen;

und auf Tansania die Einnahmen

- aus Zuschüssen der E.A.C.-Institutionen,
- aus dem Verkauf öffentlicher Güter und Leistungen und
- aus Verpachtung von (öffentlichem) Grund und Boden.

2. Eine bemerkenswerte Eigenschaft verbindet diese sechs Einnahmenarten trotz aller Verschiedenartigkeit: die Tatsache, daß sie mehr oder weniger der Kontrolle des Fiskus entzogen sind und als Erwartungsgrößen ein Element der Unsicherheit in die Haushaltsplanung tragen.

Dies gilt für die sog. Finanzhilfen, die Kenia aus dem Vereinigten Königreich empfangt, für die Dividendenzahlungen monetärer Institutionen an das Schatzamt und für die Zuschüsse, die Tansania von ostafrikanischen Gemeinschaftseinrichtungen erhält. Aber auch Tilgungszahlungen Güter- und Leistungsentgelte und Pachten unterliegen in stärkerem Maße der Planungshoheit privater Wirtschaftssubjekte als die Zwangsabgaben an den Staat.

3. Das Element der Unsicherheit wird bei Betrachtung der sog. Finanzhilfen des Verein. Königreichs an Kenia besonders augenfällig: mit einem durchschnittlichen Anteil von knapp 5% p.a. unterlagen diese Einnahmen absolut und relativ, kurz- und langfristig heftigen Änderungen, die kaum jemals richtig antizipiert werden konnten.¹⁾
4. Angesichts dieser Schätzwierigkeiten muß das tendenziell rückläufige Gewicht dieser Einnahmenart als Vorzug betrachtet werden, weil es - wie bei den drei übrigen an Bedeutung verlierenden Einnahmenarten (EAC-Zuschüsse, Pachteinnahmen und Kreditrückzahlungen) - den Einfluß der Schätzfehler auf die Haushaltsvoranschläge schwinden läßt.
5. Diese Einschätzung gilt indessen nicht für die sich langfristig positiv entwickelnden Einnahmengewichte "Dividenden monetärer Institutionen" und "Entgelte für Güter"; dieser Mangel wird allerdings wegen des bislang relativ geringen Anteils dieser Einnahmen an den gesamten Staatseinnahmen beider Länder kaum spürbar.

1) Vgl. "Kenya-Budget Speech 1966/67", a.a.O., S. 718, 72;
"Kenya-Budget Speech 1968/69", a.a.O., S. 4, 7, 8;
"Kenya-Budget Speech 1969/70", a.a.O., S. 3 und
"Kenya-Budget Speech 1971/72", a.a.O., S. 1, 4.

b. Aufkommensschwache Einnahmenarten mit auffälligem Zeitverhalten

b.a. Lang- und kurzfristiger Einfluß der auffälligen Einnahmenarten auf Struktur und Volumen der Staatseinnahmen Kenias

Betrachtet man nun die acht durch auffällige kurz- und/oder langfristige Änderungen ausgezeichneten Einnahmenarten Kenias, deren durchschnittlicher Beitrag zum gesamten Finanzaufkommen relativ gering ist,

Rang	Einnahmenart	Gewicht	kurzfr.Ändg.		langfr.Ändg.		
			absol.	relat.	absol.	relat.	Vorz.
1	United Kingdom Aid Programme	3	1	1	1	1	-
2	Graduated Personal Tax	2	2	3	3	7	-
3	Entgelte für staatl. Bildungsleistungen	1	3	6	2	4	+
4	Abrufe von Fonds	4	4	5	4	2	-
5	Finanzhilfen der USA	8	6	2	8	3	-
6	Rückvergütungen lokaler Behörden	5	5	4	7	8	-
7	"Gerichtskosten"	6	7	7	6	6	-
8	E.A.C. Rückvergütungen	7	8	8	5	5	-

Quellen: Vgl. Tab. XVI und Tab. XVII: Funktionale Gliederung der Staatseinnahmen Kenias/Tansanias, im mathem.-stat. Anhang; zur Berechnungsmethode, vgl. Anm. 1), S. 251.

so erscheinen folgende Feststellungen erlaubt:

1. Zunächst befinden sich unter diesen acht Einnahmenarten drei - Personensteuern, Entgelte für öffentliche Leistungen und EAC-Rückvergütungen -, die ihrem Wesen nach anderen, in den Abschnitten a.a. bis a.e. behandelten Einnahmenarten so ähnlich sind, daß die dort getroffenen Feststellungen weitgehend auch für diese Einnahmenarten gelten.

2. Zwei dieser acht Einnahmenarten - G.P.T. und Fondsabrufe - mit einem Anteil von zusammen rd. 2% an den Staatseinnahmen können wieder als Aktionsparameter des Staates betrachtet werden, während die übrigen sechs Einnahmenarten wieder mehr oder weniger der Dispositionsgewalt des Fiskus entzogen sind.

3. Während der Einnahmenanteil aus der G.P.T. besonders durch das Ausmaß seiner absoluten kurz- und langfristigen Änderungen auffällt, ist bei den Fondsabrufen vor allem das Ausmaß des starken relativen Rückganges dieses Einnahmenanteils an den Staatseinnahmen augenfällig.

Während die Aufkommensschwankungen bei der G.P.T. vor allem durch die vorübergehende Abschaffung dieser Steuer zwischen 1964/65 bis 1966/67 verursacht wurden,¹⁾ ist der Rückgang der Fondsabrufe an den Staatseinnahmen vor allem auf den -im Zuge des Ausbaus organisierter inländischer Geld- und Kapitalmärkte zwangsläufigen - relativen Bedeutungsverlust des "National Social Security Fund" als traditioneller öffentlicher Verschuldungsquelle zurückzuführen.²⁾

1) Vgl. Tab. XVI im mathem.-stat. Anhang.

2) Vgl. Republic of Kenya (Hrsg.): Economic Survey 1971, Nairobi 1971, S. 174-175.

4. Da die Größe der Erfahrung eines Landes in Entwicklungshilfeverhandlungen wenig an der grundsätzlich passiven Verhandlungsposition des Hilfe suchenden Staates ändert,¹⁾ wird man im tendenziellen Rückgang des Anteils der freiwilligen einseitigen Übertragungen Großbritanniens und der USA auf Kenia auch einen Rückgang politisch-ökonomischer Abhängigkeit erkennen können, der schließlich auch zur Vermeidung der großen absoluten und relativen langfristigen und kurzfristigen Schwankungen dieses Einnahmenanteils an den Staatseinnahmen beiträgt.
5. Ob und inwieweit den "Gerichtskosten" ein Element der Kostenäquivalenz anhaftet, wurde bereits anderenorts diskutiert,²⁾ so daß hier nur festzuhalten bleibt, daß ihr geringer Anteil an den Staatseinnahmen über die Zeit nur relativ³⁾ geringen Änderungen unterlag.
6. Anders verhielt es sich mit den Entgelten, die der Staat durch die Bereitstellung öffentlicher Bildungseinrichtungen erzielte. Ihr Anteil an den Staatseinnahmen unterlag starken absoluten kurzfristigen Schwankungen bei einer langfristig absolut stark steigenden Tendenz, die sicherlich nicht nur dem stark gestiegenen Interesse der Bevölkerung an Bildungsinputs zuzuschreiben ist,⁴⁾ aber immer auch.

1) Der Finanzminister Kenias teilt diese Ansicht offensichtlich nicht, wenn er erklärt:

"We are now experienced in the negotiation of overseas aid, and have been much encouraged by indications that the World Bank, ..., will be prepared to increase the rate of its lendings to Kenya."

"Kenya-Budget Speech 1969/70", a.a.O., S. 3.

2) Vgl. § 11, Kap. 2. Abschn. e.

3) d.h. im Verhältnis zu den sieben anderen hier betrachteten Einnahmenarten.

4) Vgl. § 13, Kap. 2., Abschn. d.b.

7. Ohne die Organisation des vertikalen Finanzausgleichs zwischen supranationalen ostafrikanischen Gemeinschaftsinstitutionen, nationalen Haushalten und subordinierten Verwaltungskörperschaften und die Zahlungsmodalitäten zwischen diesen öffentlichen Wirtschaftssubjekten tiefgründig zu untersuchen, müssen qualitative Interpretationen der kurz- und langfristigen Entwicklung der beiden letzten Einnahmenarten (Rückvergütungen von lokalen und EAC-Behörden) unterbleiben.

Der Verzicht auf diese Untersuchungen erscheint durch den geringen Anteil dieser Einnahmenarten an den Staatseinnahmen - je rd. 0.4% - und ihre relative Stetigkeit bei sinkender Tendenz gerechtfertigt.

b.b. Konzeptionelle und technische Schwierigkeiten bei der Identifikation der auffälligen Einnahmenarten, dargestellt am Beispiel Tansanias

1. Der Versuch, die zehn durch auffällige kurz- und/oder langfristige Änderungen ausgezeichneten Einnahmenarten Tansanias untersuchen zu wollen, scheiterte primär an der Diskontinuität der Darstellungsmethoden der relevanten Daten im statistischen Quellenmaterial.¹⁾ Diese Diskontinuität der Dis-Aggregationsmethoden führte im Effekt dazu, daß die Zeitreihen bestimmter Einnahmenarten nur wenige Jahre umfassen und somit allgemeine Aussagen über die gesamte hier betrachtete Zeitspanne verbieten.

1) Vgl. Tab. XVII, im mathem.-stat. Anhang.

2. Sofern und soweit von diesem Mangel die disaggregierte, länderweise Darstellung der jährlichen Neuverschuldung Tansanias im Ausland betroffen ist,¹⁾ liegt der Mangel in der Natur der Auslandsverschuldung; denn in ihrem Wunsch möglichst viele Mittel für die Entwicklungspolitik zu mobilisieren, unterliegen die Entwicklungsländer dem Zwang, sich bei jenem Land verschulden zu müssen, das sich zu gegebenem Zeitpunkt gerade bereitet, zu günstigeren als Marktbedingungen einen Kredit zu gewähren.²⁾

Aus eben diesem Grund mußte auch auf die disaggregierte Darstellung der zeitlichen Entwicklung der internationalen Verschuldungsstruktur Kenias verzichtet werden.³⁾

3. Von den übrigen vier Einnahmenarten, die es wert gewesen wären, näher betrachtet zu werden, betreffen - mit einem Gesamtanteil an den Staatseinnahmen von 2.1% - zwei "Reimbursements" und die beiden übrigen Zuschüsse von staatlichen Agrar-Monopolgesellschaften und Einnahmen aus Kompensationszahlungen.⁴⁾

1) Dies trifft allein für sechs Einnahmenarten zu.
Vgl. Tab. XVII, im mathem.-stat. Anhang.

2) Vgl. auch § 13, Kap. 2.b. und § 15, Kap. 2.a.

3) Dieser inhärente Mangel, die inter-nationale Verschuldungsstruktur nicht über einen genügend langen Zeitraum untersuchen zu können, läßt sich konzeptionell nicht beseitigen, so daß man sich mit der Betrachtung der aggregierten Form der jährlichen Neuverschuldung und ihren kurz- und langfristigen Änderungen bescheiden muß.

4) Vgl. Tab. XVII, im mathem.-stat. Anhang.

3. Budgetdefizite als Mittel der Allokationspolitik

1. Nachdem die wesentlichen Aspekte in der Ausgaben- und Einnahmengerbung Kenias und Tansanias während der ersten Entwicklungsdekade untersucht wurden, wäre noch zu erforschen, ob und inwieweit die Regierungen beider Staaten Haushaltsungleichgewichte in den Dienst der Entwicklungspolitik stellten.

2. Die Definition eines Haushaltsdefizits, wonach,

"Financing through deficit...means short term borrowings and advances as opposed to other sources of funds such as grants, long and medium term security sales and recurrent budget surpluses." 1)

läßt den dualen Charakter eines Haushaltsungleichgewichts als Ex-ante-Größe und/oder Ex-post-Größe unentschieden.

3. Ob und inwieweit mit budgetierten Haushaltsungleichgewichten bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Zielsetzungen verfolgt wurden, ist schwer überprüfbar. Aber anzunehmen, daß die Variablen des Entwicklungs-/Kapitalbudgets - Art und Aufwand der Programme/Projekte einschließlich der Modalitäten ihrer Finanzierung - im Plankalkül²⁾ relativ unabhängig sind, daß geplante Defizite des Entwicklungsbudgets durch Überschüsse des laufenden Budgets finanziert werden und daß versucht wird, ein potentiell konsolidiertes Defizit durch Steuererhöhungen

1) "Tanzania-Budget Speech 1971", a.a.O., S. 16, Ziff. 92.

2) Vgl. z.B. die "Five Year-Development Plans" Kenias und Tansanias, a.a.O.

und/oder kurzfristige Kreditaufnahme zu Lasten des Laufenden Budgets zu decken, dürfte in vielen Fällen den Tatsachen recht gut entsprechen.¹⁾

4. Multipliziert man in den Tabellen XII und XIII bzw.

XVI und XVII des mathem.-stat. Anhangs die Werte der Zeilen I/II mit den entsprechenden Werten der Zeilen A/B, und subtrahiert man die Ausgaben (-IA) von den Einnahmen (+IIB), so erhält man die errechneten effektiven Salden der konsolidierten Haushalte und ihrer Sub-Haushalte.²⁾ Ihr Ausmaß und ihre Entwicklung bestätigen

1) Vgl. "Kenya-Budget Speech 1971", a.a.O., S. 11.
Ob es zielgerechter ist, eine absehbare Haushaltslücke über Steuerparameteränderungen und/oder kurzfristige Verschuldung zu finanzieren, kann ohne gesicherte Hypothesen über die Allokations-, Distributions- und Stabilitätswirkungen verschiedenartiger Instrumente nicht entschieden werden.

2) Errechnete (a) und amtlich ausgewiesene (b) Überschüsse/Fehlbeträge der Zentralhaushalte Kenias und Tansanias

Fiskal- jahr	K E N I A									T A N S A N I A										
	Revenue			Expenditure			Surplus/Defizit			Revenue			Expenditure			Surplus/Defizit				
	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT		
1961/62	45	9	54	45	7	52	-	+	2	+	a	543	147	690	600	147	747	- 57	-	- 5
	44	9	54	45	7	52	- 1	+	2	+	b									
1962/63	47	11	59	48	9	58	- 1	+	2	+	a	668	107	774	639	113	752	+ 29	-	7 + 22
	47	11	59	48	9	58	- 1	+	2	+	b									
1963/64	56	13	69	54	14	68	+ 2	-	1	+	a	690	92	782	667	145	812	+ 23	-	53 - 30
	56	13	69	54	14	68	+ 2	-	1	+	b									
1964/65	57	16	73	57	14	71	-	+	2	+	a	839	98	937	776	204	980	+ 63	-106	
	57	16	73	57	14	71	-	+	2	+	b									
1965/66	63	11	74	63	14	78	-	-	3	-	a	897	227	1124	888	230	1118	+ 10	-	3 + 7
	63	11	74	63	14	78	-	-	3	-	b									
1966/67	71	15	86	69	16	85	+ 2	-	1	+	a	1024	231	1255	980	294	1274	+ 44	-	63 - 19
	71	15	86	69	16	85	+ 2	-	1	+	b									
1967/68	81	16	97	75	20	95	+ 6	-	4	+	a	1130	277	1406	1065	344	1409	+ 65	-	68 - 3
	81	16	97	74	20	94	+ 7	-	4	+	b									
1968/69	91	16	107	81	25	105	+10	-	9	+	a	1270	274	1544	1186	461	1646	+ 84	-187	-103
	91	16	107	81	25	105	+10	-	9	+	b									
1969/70	100	29	129	91	30	122	+ 9	-	1	+	a	1577	399	1969	1527	611	2137	+ 51	-218	-168
	100	29	128	91	31	122	+ 9	-	2	+	b									
1970/71	118	29	147	110	46	156	+ 8	-17	-	9	a	1683	570	2253	1631	829	2461	+ 52	-259	-207
	118	29	147	110	46	156	+ 8	-17	-	9	b									
1971/72	131	37	167	122	55	177	+ 9	-18	-10	a	1823	852	2676	1722	952	2675	+101	-100	+	1

Quellen: Vgl. Tab. XII, XIII, XVI und XVII, im statistischen Anhang sowie "Kenya-Economic Survey 1970", a.a.O., S. 169 und "Tanzania-National Accounts 1964 to 1972", a.a.O., S. 43.

die vorstehende Annahme.¹⁾

5. Allerdings sind die errechneten effektiven Haushalts-
über-/unterschüsse quantitativ nicht immer mit den
effektiven Haushaltsungleichgewichten identisch, weil
den Quellen der Tabellen XII mit XIX, den sog. Appropria-
tion Accounts", eine Reihe Mängel anhaften: So können
z.B. durch unüberprüfbare und über die Zeit veränderte
Konsolidierungspraktiken zwischen dem Laufenden und Kapi-
talbudget des Zentralhaushalts einerseits und zwischen
dem Zentralhaushalt und den Haushalten sub- und super-
ordinierter Fiski andererseits unidentifizierbare Doppel-
zählungen verursacht sein; sofern und soweit die Einzugs-
und Verwaltungskosten bestimmter Einnahmenarten nicht
mit den Bruttoeinnahmen saldiert sind, liegt ein die
"Budget-Performance" beschönigender Systemfehler vor,
usw.

Da derartige Fehler für Außenstehende i.d.R. nicht zu
entschleiern sind, muß man sich mit den von den Regie-
rungen selbst veröffentlichten Haushaltsungleichgewich-
ten zufrieden geben.²⁾ Aber auch sie stehen mit den in
Ziffer 3. gemachten Annahmen in Einklang und die gele-
gentlichen Abweichungen von den errechneten Salden er-
klären teilweise die in den Tabellen XII mit XIX ausge-
wiesenen "Unerklärten Einnahmen".

1) Vgl. S.351, Anm. 2), Zeilen a.

2) Vgl. S.351, Anm. 2), Zeilen b.

6. Sofern und soweit also die Hypothese gilt, Deficit-

Spending a conto des Laufenden Budgets diene letztlich der Finanzierung von Entwicklungsprogrammen/-projekten, liegt hier ein Aspekt der Budgetgestaltung vor, der nicht mit der orthodoxen, post-keynesianischen Meinung, Deficit Spending sei ein Instrument der Stabilitätspolitik,¹⁾ im Einklang steht.

§ 17 Beitrag der Budgetpolitik zur Entwicklungspolitik
im Abriß

Am Ende soll nun versucht werden, den Gang der Untersuchung und ihre wichtigsten Ergebnisse zusammenzufassen.

1. Zum Ziel der Entwicklungspolitik war die schnellstmögliche Überwindung der wesentlichen Elemente der Unterentwicklung, - verbreitete Armut, Krankheit und Unbildung der Bevölkerung, eines bestimmten Landes - erklärt worden,²⁾ und dem Staat in seiner Eigenschaft als Wirtschaftssubjekt kraft seiner Machtfülle die Schlüsselrolle als Träger der Entwicklungspolitik zugewiesen worden.³⁾ Seinem Budget, d.h. seiner Disposition über Einnahmen und Ausgaben und solchermaßen über knappe Ressourcen wurde die zentrale instrumentale Bedeutung beigemessen, weil es mehr als andere Instrumente geeignet scheint, direkt, zielgerecht und wirksam den Prozeß der Entstehung, Verteilung und Verwendung des Volkseinkommens beeinflussen zu können.

1) Vgl. MUSGRAVE, R.A.: "Public Finance", a.a.O., S. 22-27. "The budget of the Stabilization Branch,..., will be a surplus or a deficit budget." Ebenda, S. 25.

2) Vgl. § 1.

3) Vgl. § 2.

2. Mangels allgemein gültiger Ziel-Mittel-Beziehungen mußte, um qualitative und quantitative Aussagen über die entwicklungspolitische Wirksamkeit staatlichen Handelns und Unterlassens ableiten zu können, - unter Verwendung der Erkenntnisse der Wachstums- und Entwicklungstheorie-Diskussion¹⁾ - ein anwendungsorientiertes Bezugssystem entworfen werden,²⁾ mit der Eigenschaft:

- den Staat explizit als Wirtschaftssubjekt auszuweisen,
- den speziellen dynamischen und statischen Randbedingungen der Beiden Untersuchungsobjekte Kenia und Tansania mit hinreichender Genauigkeit Rechnung zu tragen und
- einen Zeitpfad für das Volkseinkommen vorzuzeichnen, der ohne diskretionäre Änderung bestimmter Parameter und/oder Auftreten unkontrollierbarer exogener Störungen wahrscheinlich gewesen wäre.

3. Die Untersuchung der speziellen Randbedingungen³⁾ erwies, daß Elemente des Zufalls bei der Aufteilung Afrikas unter den europäischen Großmächten die koloniale Entwicklung Kenias und Tansanias nachhaltig beeinflussten: Während die kontinuierlichere Entwicklung Kenias unter britischer Herrschaft zu einem höheren Niveau kolonialer Penetration⁴⁾ und größeren sozialen Emanzipationskrisen führte, verlief die koloniale Entwicklung Tansanias unter wechselnder Herrschaft umgekehrt; während in Tanganjika der Prozeß sukzessiven Machttransfers zügig abgewickelt wurde, gefährdete in Kenia Bürgerkrieg den Bestand allgemein höheren Wohlstandes.

1) Vgl. § 3.

2) Vgl. § 12.

3) Vgl. § 4 mit 11.

4) verstanden als Ausmaß importierter materieller und immaterieller Kultur- und Zivilisationsinhalte Westeuropas.

4. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit¹⁾ finden wir in beiden Ländern ein aus Europäern, Asiaten und Afrikanern konstituiertes Drei-Klassen-Rassen-System zur Organisation wirtschaftlicher und sozialer Beziehungen in Volkswirtschaften, die - bei unterschiedlichem Niveau -

- einen großen Teil ihres Outputs im Rahmen der Tauschwirtschaft produzieren und konsumieren,
- einen anderen großen Teil ihres monetären Sozialprodukts in Form von Agrar-Rohstoffen und "Kolonialwaren" exportieren,
- für die Abwicklung des Außenhandels einen großen Dienstleistungssektor unterhalten (müssen), und
- in denen eine Reihe inter-territorialer/supra-nationaler Institutionen mehr und wichtigere wirtschaftspolitische Aufgaben wahrnehmen als der Staat, der überwiegend Ordnungs- aber kaum Gestaltungsaufgaben erfüllt und somit eine passiv SMITHsche Rolle spielt.²⁾

5. Nach dem Machttransfer standen die souveränen Regierungen vor der Aufgabe, angesichts verunsicherten Verhaltens europäischer und asiatischer Unternehmer mit einer veralteten physischen Faktorausstattung, die auf die Bedingungen der Kolonialwirtschaft zugeschnitten war,

- die rückläufigen Tendenzen wirtschaftlicher Aktivität umzukehren,
- eine Reihe Folgelasten der Unabhängigkeit für den Aufbau institutionalisierter Manifestationen der Souveränität und für die "Afrikanisierung" des öffentlichen Dienstes verkraften zu müssen, und

1) Vgl. § 7 mit 9.

2) Vgl. SCHNEIDER, E., Bd. IV, a.a.O., S. 63.

- überdies Bedürfnisse der sie tragenden Massen befriedigen zu müssen, die sie selbst während der Unabhängigkeitskampagne geweckt hatten.

Diese Aufgabe konnte mit den Methoden des "Nachtwächterstaates" (LASSALLE) nicht bewältigt werden. Sie erforderte die umfassende und aktive Intervention des Staates zur zielgerechten Organisation des wirtschaftlichen Lebens, weil die kolonialen Entrepreneure nicht mehr willens und afrikanische noch nicht fähig waren, ihre Funktionen im Wirtschaftssystem der betreffenden Staaten zu erfüllen.

6. Das Heraustreten des Staates aus liberaler Neutralität war - in Tansania mehr als in Kenia - von einem wachsenden Staatsanteil am Sozialprodukt begleitet.¹⁾

Obwohl die Schwerpunkte staatlicher Aktivität in beiden Ländern über die Jahre wechselten, ließ sich feststellen, daß die Regierung Kenias auf die Beschleunigung der öffentlichen Kapitalbildung in Bereichen der Sozial-, Gemeinschafts- und Wirtschaftsdienste besonderen Wert legte, während in Tansania der Ausbau der Allgemeinen Staatsdienste im Vordergrund der Anstrengungen stand, gefolgt von den Gemeinschafts-, Wirtschafts- und sozialen Diensten.²⁾

1) Vgl. § 12, 13, 15.

2) Die wichtigsten Funktionsbereiche dieser Ausgaben-
gruppen sind: Soziale Dienste: Gesundheit und Er-
ziehung; Gemeinschaftsdienste: Straßenbau und Wasser-
versorgung; Wirtschaftsdienste: Landwirtschaft, Han-
del und Industrie; Allgemeine Staatsdienste: Allge-
meine Verwaltung, Innere und Äußere Sicherheit.

Symptomatischer als diese Abweichungen erscheint für die Diagnose der von den Regierungen verfolgten entwicklungspolitischen Strategien ihre unterschiedliche Haltung gegenüber der wirtschafts- und sozialpolitischen Rolle des Schlüssel- und Problemsektors Landwirtschaft zu sein: Beim Anhalten der während der ersten Entwicklungsdekade beobachteten Trends wird sich in einem Zeitraum von 26 - 27 Jahren der Anteil der Ausgaben zur Förderung der landwirtschaftlichen Lebens- und Produktionsverhältnisse am Staatshaushalt in Kenia halbieren und in Tansania verdoppeln.¹⁾ Diese Tendenzen können kaum anders denn als Ausdruck unterschiedlicher ordnungspolitischer Konzeptionen interpretiert werden: während sich Tansania dem Ujamaa-Sozialismus verschrieben hat, verfolgt Kenia - unter gebührender Beachtung der herausragenden sozio-ökonomischen Bedeutung der Landwirtschaft und in Erwartung relativ größerer Wertschöpfungs-Steigerungsmöglichkeiten in anderen Sektoren - die pragmatischere Laisser-faire-Position sog. mixed economies.²⁾

7. Sofern und soweit jedem Ziel ein einziges "optimales"

Mittel zugeordnet werden kann, wird ein und dasselbe Mittel allenfalls zufällig der Erfüllung mehrerer Ziele gleich dienlich sein können.

1) Kenia: 0.5 · 17,2%, Tansania 2 · 10,7%.

2) "We believe in the development strategy of a mixed economy in which the State participates jointly with the private sector in selected projects."

"Kenya-Budget Speech 1971/72", a.a.O., S. 3.

Vor diesem Hintergrund müssen die Schwierigkeiten gesehen werden, die den beteiligten Regierungen bei der Verwirklichung ihrer entwicklungspolitischen Konzeptionen durch die Steuerunion¹⁾ (und anderer ostafrikanischer Gemeinschaftsinstitutionen²⁾) erwachsen. Unterschiedlicher Finanzbedarf, divergierende Allokations-, Distributions- und Stabilitätsregeln lassen sich kaum durch identische Finanzsysteme realisieren, so daß jedes Land aus nationalem Selbstinteresse und zu Lasten der Integrationsidee versucht ist, die vorhandenen Gemeinschaftsinstrumente in steigendem Maße durch nationale anzureichern.³⁾

Dessenungeachtet werden auch in Zukunft die trinkenden, rauchenden und autofahrenden Einkommenssteuerpflichtigen die größte Steuerlast - in einem überwiegend fiskalischen Zwecken genügenden Finanzsystem - zu tragen haben, werden Importe als Objekte der Besteuerung (relativ) an Bedeutung verlieren, werden Treasury Bills-finanzierte Defizite der Laufenden Haushalte in steigendem Maße zur Finanzierung der Entwicklungsprogramme herangezogen, um die polit-ökonomische Abhängigkeit vom Ausland zu verringern⁴⁾ und die Güte der Finanzplanung zu erhöhen.

1) Vgl. § 11.

2) Vgl. § 8 und 14.

3) Vgl. § 11 und 16.

4) Vgl. z.B. "Kenya-Budget Speech 1971/72", a.a.O.
S. 3 und

"Kenya-Economic Survey 1971", a.a.O., S. 23, 24, 168.

8. Wenn angesichts dieser Entwicklungen der von der Budgetpolitik ausgehende Impuls für die soziale und wirtschaftliche Transformation Kenias und Tansanias weniger stimulierend war als erwartet, wenn insbesondere weder die Pro-Kopf-Einkommen, noch das Durchschnittsalter der Bevölkerung und ihr Bildungsstand signifikante Steigerungen erfuhren, so lag dies sicherlich zum großen Teil an der mangelhaften Vorbereitung der Regierungen auf die Übergangsphasen.¹⁾ Improvisation bei der Bewältigung der Tagesgeschäfte, Konzeptionslosigkeit bei der Implementierung langfristiger Vorhaben und aus Unerfahrenheit geborene Insuffizienz bei der Planung und Verwaltung vieler Entwicklungsprojekte verursachten Friktionen, die z.B. dazu führten, daß ein großer Teil öffentlicher "Investitionen" für die Akquisition vorhandenen Produktionsvermögens verwendet wurde, daß m.a.W. die Eigentümer der Produktionsstätten wechselten, ohne daß der Staat, die Möglichkeit ausgeschöpft hätte - mit den vorhandenen Mitteln - den Realkapitalbestand durch eigene Nettoinvestitionen (zielgerecht) zu komplementieren.

Das Wissen um diese Mängel kann ihre Wiederholung verhindern helfen.

1) Für beide Länder lassen sich zwei in ihrer Intensität unterschiedliche Übergangsphasen identifizieren:

1. der Übergang von kolonialer Abhängigkeit zu nationaler Souveränität und
2. der Übergang von konzeptionsarmer zu programmatischer Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Mathematisch-statistischer Anhang

Erläuterungen 1 zur makroökonomischen Interpretationsmöglichkeit einer Matrix

1. Als Konto gibt jedes Element über die Herkunft einer Transaktion Aufschluß, wobei die Herkunft mit "Einnahmen" und die Hinkunft mit "Ausgaben" identisch sind; die Ausgaben sollen in den Zeilen, die Einnahmen in den Spalten verbucht sein, wobei unterstellt wird, daß sämtliche Transaktionen monetär bewertbar und bewertet sind.¹⁾

2. Um Doppelzählungen zu vermeiden, muß gefordert werden, daß jede Transaktion nur einmal verbucht wird, und daß Transaktionen innerhalb eines Kontos ausgeschlossen werden. Die zweite Forderung reduziert damit die Anzahl der besetzbaren Matrixelemente von n^2 auf $n(n-1)$ Elemente, weil der Wert aller Elemente der Hauptdiagonale null ist.

3. Um nicht für jedes Wirtschaftssubjekt einer Volkswirtschaft eine Buchhaltung führen zu müssen, repräsentiert jedes besetzbare Element bereits eine hoch aggregierte und konsolidierte Transaktion und kann u.U. als Saldo einer Sub-Matrix verstanden werden.

4. Um die Anzahl der Elemente bestimmen zu können, muß die Zeilen- bzw. Spaltenanzahl festgelegt werden. Öffentliche und private Wirtschaftssubjekte einer Volkswirtschaft entscheiden während einer Periode über die Verwendung des monetär bewerteten - und um den Saldo der

1) Die Insuffizienz der Sozialproduktmessung - auf die im Paragraph neun näher einzugehen sein wird, - vermag natürlich nichts an der Richtigkeit dieser Forderung zu ändern.

Faktoreinkommens-Übertragungen an das Ausland und vom Ausland bereinigten - Bruttosozialproduktes. Dieses im Inland verfügbare Produkt wird teilweise konsumiert und der Rest gespart bzw. investiert. Über Konsumtion bzw. Konsumverzicht befinden allein Haushalte, wobei angenommen wird, daß die Konsum- bzw. Sparscheidungen privater Haushalte quantitativ und qualitativ als Funktion der verfügbaren Einkommen stark voneinander abweichen.¹⁾ Deshalb sollen, um die Homogenität der Aggregate zu erhöhen, Unternehmer- und Nicht-Unternehmerhaushalte unterschieden werden.

Da über positive und negative Investitionen in Unternehmen disponiert wird, führt die Nicht-Identität der Entscheidungsträger zwangsläufig dazu, daß die Ergebnisse von Haushalts- und Unternehmendispositionen allenfalls zufällig übereinstimmen. Um den Wirtschaftskreislauf schließen zu können, müssen die Ergebnisse der Spar- und Investitionsentscheidungen auf einem Vermögenskonto miteinander verrechnet werden.

Somit erhält man ein System von $mn = g^2$ Konten, die zu einem quadratischen Schema von m Zeilen und n Spalten angeordnet sind (hier: $m = n$).

Folglich verbleiben

$$(1) \quad (n - 1.5)^2 + 3.75 - [n(2s - 1) - (s + 1)^2 + 4] = (n - 1)^2 + (s + 1)^2 + (1 - n s)^2 - (s n)^2$$

nicht durch öffentliche Transaktionen beeinflussbare Konten. Allerdings stehen von diesen

1) Vgl. KALDOR, Nicolas: Alternative Theories of Distribution, in: The Review of Economic Studies, Vol. 23 (1955/56), S. 83-100.

Erläuterungen 2 zur Verbuchungskonvention makro-
ökonomischer Transaktionen

Für die $n = 8$ Zeilen/Spalten existieren somit unter Beachtung der Bedingung 2¹⁾ höchstens 56 Konten. Es bleibt zu untersuchen, ob auf ihnen allen ökonomisch relevante Transaktionen möglich sind:

Transaktionen der Nicht-Unternehmerhaushalte an ...

...U Hsh, a_{12} : Rückzahlg. Persönlicher, Konsumenten-
kredite

... St Hsh, a_{13} : Direkte Steuern, Sozialversichg.,

Beiträge, Gebühren

...St Ug, a_{14} : Käufe von Gütern und Leistungen von
öffentl. Unternehmen

...St VR, a_{15} : Kauf Öffentlicher Forderungen

...priv VR, a_{16} : Kauf Privater Forderungen

...priv Ug, a_{17} : Käufe von Gütern und Leistungen von
Priv. Unternehmen

...Ausld, a_{18} : Faktoreinkommenstransfers

Transaktionen der Unternehmerhaushalte, an ...

...NU Hsh, a_{21} : Entgeltung persönl. Dienstleistgn.;
"Dienstbotenkredite"

...St Hsh, a_{23} : Direkte Steuern, Sozialversg., Bei-
träge, Gebühren

...St Ug, a_{24} : Käufe von G. u. L. von öffentl. Unter-
nehmungen

...St VR, a_{25} : Kauf öffentlicher Forderungen

...priv VR, a_{26} : Kauf privater Forderungen

...priv Ug, a_{27} : Käufe von G. u. L. von privaten Unter-
nehmungen

...Ausld, a_{28} : Faktoreinkommenstransfers

1) Vgl. Erläuterungen 1

$$(2) \quad 2(n - s - 1)$$

Konten im Zusammenhang mit Auslandstransaktionen, die der Staat über währungs- und zollpolitische sowie durch quantitative und qualitative Restriktionen relativ leicht beeinflussen kann. Somit sind

$$(3) \quad (n-1)^2 + (s+1)^2 + (1-sn)^2 - (sn)^2 - [2(n-s-1)] =$$

$$(n-2)^2 + (s+2)^2 - 3\left(\frac{2}{3}sn + 1\right)$$

Konten nicht durch den Staat beeinflusbar.

2. Bezeichnet man die ökonomisch relevanten Konten mit

"1" und die ökonomisch nicht relevanten Konten mit

"0" - während die Hauptdiagonale der Matrix unbezeichnet bleibt -, dann lassen sich die vorstehenden Beziehungen einfach darstellen (vgl. S. 11).

Transaktionen der öffentlichen Haushalte, an ...

...NU Hsh, a₃₁: Faktoreinkommen und Sozialtransfer

...U Hsh, a₃₂: Faktoreinkommen

...St Ug, a₃₄: Käufe von G. u. L. Subventionen

...St VR, a₃₅: Budgetüberschüsse

...priv VR, a₃₆: Kauf privater Forderungen

...priv Ug, a₃₇: Kauf von G. u. L., Subventionen

...Ausld, a₃₈: Faktoreinkommensüberweisungen

Transaktionen öffentlicher Unternehmungen, an ...

...Nu Hsh, a₄₁: Faktoreinkommen Löhne, Zinsen, Pachten

...U Hsh, a₄₂: Faktoreinkommen verteilte Gewinne

...St Hsh, a₄₃: Direkte u. indirekte Steuern, Sozialvers., Gebühren

...St VR, a₄₅: Abschreibungen u. unverteilte Gewinne

...priv VR, a₄₆: Kauf privater Forderungen

...priv Ug, a₄₇: Käufe von Gütern und Leistungen (Vorleistungen)

...Ausld, a₄₈: Käufe im Ausland, Faktoreinkommens-transfers

Belastung des öffentlichen Vermögensrechnungskontos, zugunsten...

...NU Hsh, a₅₁: Keine Transaktionen

...U Hsh, a₅₂: Keine Transaktionen

...St Hsh, a₅₃: Keine Transaktionen

...St Ug, a₅₄: Bruttoinvestitionen

...priv VR, a₅₆: Keine Transaktionen

...priv Ug, a₅₇: Keine Transaktionen

...Ausld, a₅₈: Kapitalexport

Belastung des privaten Vermögensrechnungskontos, zugunsten ...

...NU Hsh, a₆₁: Keine Transaktionen

...U Hsh, a₆₂: Keine Transaktionen

...St Hsh, a₆₃: Keine Transaktionen

...St Ug, a₆₄: Keine Transaktionen

...St VR, a₆₅: Keine Transaktionen

...priv Ug, a₆₇: Bruttoinvestitionen

...Ausld, a₆₈: Kapitalexport, Kauf ausländischer Forderungen

Transaktionen privater Unternehmungen, an ...

...NU Hsh, a₇₁: Faktoreinkommen Löhne, Zinsen, Pachten

...U Hsh, a₇₂: Faktoreinkommen verteilte Gewinne

...St Hsh, a₇₃: Direkte und indirekte Steuern, Sozialversg., Beiträge

...St Ug, a₇₄: Käufe von G. u. L. öffentl. Unternehm.

...St VR, a₇₅: Kauf öffentlicher Forderungen

...priv VR, a₇₆: Abschreibungen und unverteilte Gewinne

...Ausld, a₇₈: Zahlung von Importen und Faktoreinkommen

Transaktionen des Auslands, an inländische...

- ...NU Hsh, a_{81} : Faktoreinkommen und Transfers aus dem Ausland
- ...U Hsh, a_{82} : Faktoreinkommen und Transfers aus dem Ausland
- ...St Hsh, a_{83} : Faktoreinkommen und Transfers aus dem Ausland
- ...St Ug, a_{84} : Exporterlöse, Faktoreinkommensübertragungen
- ...St Vr, a_{85} : Kapitalimport, Verschuldung gegenüber dem Ausland
- ...priv VR, a_{86} : Kapitalimport, Verschuldung gegenüber dem Ausland
- ...priv Ug, a_{87} : Exporterlöse, Faktoreinkommen aus dem Ausland.

1. Wegen des Charakters der Vermögensverrechnungskonten als "Clearing Stellen" sind in den Zeilen fünf und sechs jeweils nur die Konten a_{54} , a_{58} und a_{67} , a_{68} ökonomisch sinnvoll, so daß von den n ($n - 1$) Konten 2 ($n - 3$) Konten unbesetzbar bleiben, also insgesamt nur

$$(1) \quad n(n-1) - [2(n-3)] = (n-1.5)^2 + 3.75$$

Konten ökonomisch relevant sind.

Bezeichnet man die Anzahl der staatliche Transaktionen kennzeichnenden Subskripte (3, 4 und 5) mit s , dann kann bestimmt werden, wieviele der ökonomisch relevanten Konten durch öffentliche Transaktionen beeinflusbar sind:

$$(2) \quad \begin{aligned} 2sn - s^2 - s - [(n-1) - 2 + s] &= \\ n(2s-1) - (s+1)^2 + 4 &\quad (\text{vgl. S. 11}). \end{aligned}$$

Erläuterungen 3 zur Fixed-Coefficients-Version des Harrod-Domar-Modells

Die stetige, gleichgewichtige Wachstumsrate s_v , HARRODS "warranted rate of growth"¹⁾, erwartet man natürlich auch als Lösung der zweiten Version des Harrod-Domar-Modells; -jener, in der der Prozeß der Kapitalakkumulation als Vehikel des Wirtschaftswachstums explizit erscheint, und in der das Ein-Faktor-Modell zu einem Zweifaktor-Modell erweitert wird; der Version mit einer streng linear-limitationalen Produktionsfunktion. Unter der Bedingung vollständiger Kapazitätsauslastung gibt die Beziehung $K = vY$ an, wie hoch bei gegebenem Kapitalbestand der Output ist. $1/v$ gibt also die Kapitalproduktivität bei Kapalauslastung an.²⁾ Schreibt man die Auslastungsbedingung in marginaler Form, so daß $DK = vDY$ gilt, dann ist DK , die Kapitalbestandsänderung über die Zeit, mit der Investition I identisch, und die Auslastungsbedingung hat nunmehr dieselbe formale Gestalt wie die Investitionsfunktion in der Multiplikator-Akzelerator-Version: $I = vDY$. Da die übrigen Modellgleichungen unverändert beibehalten werden, ergibt sich für die Zeitpfade der Variablen dieselbe Lösung:

$$Y = Y_0 e^{(s/v)t}; \quad I = I_0 e^{(s/v)t}, \quad \text{und} \quad K = K_0 e^{(s/v)t}.$$

1) HARROD, R.F.: a.a.O., S. 16: "I use the unprofessional term warranted instead of equilibrium, or moving equilibrium, because, although every point on the path of output described by G. (Harrods ursprüngliche Notation, A. d. V.) is an equilibrium point in the sense, that producers, if they remain on it, will be satisfied, and be induced to keep the same rate of growth in being, the equilibrium is, for reasons to be explained, a highly unstable one."

2) Vgl. DOHAR, E.: a.a.O., S. 14.

Die Nachfrage nach Arbeit als zweitem Produktionsfaktor ergibt sich bei Auslastung der Produktionskapazität aus der Einzigartigkeit des angenommenen Produktionsprozesses: dieser entweder technisch einzig mögliche, oder aus mehreren technisch möglichen allein ausgewählte Prozeß fordert, daß zur Produktion des Output Y für alle Zeiten $1/v$ Kapitaleinheiten und $1/u$ Arbeitseinheiten erforderlich sind. Aus der Beziehung $Y \leq \min(\frac{1}{v}K, \frac{1}{u}L)$ wird nach Eliminierung redundanter Produktionsfaktoren:

$$(1) \quad Y = (1/v)K = (1/u)L.$$

Da die Zeitpfade für Y und K bekannt sind, folgt aus der Eindeutigkeit der vorstehenden Beziehung unmittelbar der Pfad der Nachfrage nach Arbeit unter den Bedingungen vollständiger Kapazitätsauslastung:

$$(2) \quad L = uY = uY_0 e^{(s/v)t} = L_0 e^{(s/v)t}, \text{ wobei } L_0 = uY_0.$$

Output, Kapitalakkumulation und die Nachfrage nach Arbeit schreiten also pari passu mit der Rate $g_w = s/v$ fort, und zwar so lange, wie die Nachfrage das Angebot an Arbeit nicht überschreitet, das sich unabhängig von g_w mit der natürlichen Wachstumsrate g_n entwickelt.

Erläuterungen 4 zum Harrod-Domar-Modell mit zwei linear-limitationalen Produktionsfunktionen

Verlangte das Harrod-Domar-Modell, daß jederzeit sämtliche verfügbaren Produktionsfaktoren entsprechend der einzig zulässigen Produktionsfunktion effizient eingesetzt werden mußten, um den Vollbeschäftigungsooutput zu produzieren, so sollen nunmehr zwei Produktionsprozesse, ein kapitalintensiver und ein arbeitsintensiver, zur Verfügung stehen. 1) Auf diese sind die vorhandenen Produktionsfaktoren so aufzuteilen, daß bei konstantem Output die Gleichheit von g_w und g_n sichergestellt ist.

Die Produktionsfunktionen lauten dann:

$$(1) \quad bY = b(K/v_1) = b(L/u_1) \text{ und } a^*Y = a^*(K/v_2)$$

$$= a^*(L/u_2),$$

wobei b und a^* die relativen Anteile der beiden Prozesse am Gesamtoutput angeben, so daß gilt: $b + c = 1$, $a^* = 1 - b$, $0 < b \leq 1$. Die Summe der Einzeloutputs liefert den Gesamtoutput mit $Y = b(K/v_1) + (1 - b)(K/v_2)$. Nach Ausklammern von und Division durch K erhält man:

- 1) Vgl. ROBINSON, Joan: The Production Function and the Theory of Capital, in: The Review of Economic Studies, Vol. 21 (1954), S. 81-106 und dies.: A Model of Accumulation, a.a.O.
ROBINSON, J.: "...we divide the stock of capital equipment into two sectors - plant designed for the production of commodities to be sold to consumers and basic plant which can be used either for producing itself or for producing plant for the commodity sector."
ROBINSON, J.: A Model of Accumulation, a.a.O., S. 46.
Hiermit antizipierte Frau Robinson praktisch die späteren Zwei-Sektoren-Modelle.

Erläuterungen 5 zum neo-klassischen Grundmodell

$$(2) \quad Y/K = 1/v = b/v_1 + (1-b)/v_2.$$

Setzt man den Wert für die Kapitalproduktivität $1/v$ in die Harrod-Domar-Gleichgewichtslösung ($g_w = s/v + g_n$) ein, so bekommt man

$$(3) \quad g_w = s \left[b (1/v_1) + (1-b) (1/v_2) \right] + g_n.$$

Da $0 \leq b \leq 1$, erhält man den Bereich stetiger Gleichgewichtslösungen mit:

$$(4) \quad s/v_2 \leq g_n \leq s/v_1.$$

Sofern diese Bedingung erfüllt ist, kann das "richtige" Einsatzverhältnis beider Prozesse bestimmt werden, für das stetiges, gleichgewichtiges Wachstum gewährleistet ist:

$$(5) \quad b = \frac{v_1 (v_2 g_n - s)}{s (v_1 - v_2)} = \frac{(g_n/s) - (1/v_2)}{(1/v_1) - (1/v_2)}.$$

Das Arbeitsangebot ist im Solow-Swan-Modell durch die Funktion

$$(1) \quad L_A = L_0 e^{\mu t}, \text{ wobei } \mu = \text{const.} \quad \text{und} \\ \Delta L_A / L_A = \Delta \ln L_A = g_n^x = \mu \quad \text{bestimmt.}$$

Aus der Annahme kontinuierlicher Substituierbarkeit der Faktoren folgt stetige Variabilität des Kapitalkoeffizienten und somit die Möglichkeit, einen Wert für v bzw. $1/v$ zu finden, der immer und stets die Gleichheit von g_w und g_n^x für neo-klassische Produktionsfunktionen sicherstellt. Lautet die Produktionsfunktion $Y = F(K, L)$, so erhält man nach Division durch L und vereinfachender Schreibweise die Pro-Kopf-Version der Produktionsfunktion:

$$(2) \quad y = f(k), \text{ wobei } f(k) = F(k, 1), y = Y/L \text{ und } k = K/L.$$

Da Ex-ante-Gleichheit von Ersparnis und Investition postuliert wird, gilt $I = DK = S = sY$, wobei $s = \text{const.}$

Für die drei Variablen sind drei von einander unabhängige Gleichungen vorhanden, so daß der Lösungsweg determiniert ist:

$$(3) \quad DK + k\mu = s f(k) \quad 1).$$

$$1) \quad (3.a) \quad sY = DK \Leftrightarrow s(Y/L) = DK/L \Rightarrow sy = DK/L \Rightarrow \\ s f(k) = DK/L. \text{ Für } k \text{ als unabhängige Variable} \\ \text{gilt: } k = K/L \Rightarrow DK = D(K/L) \Rightarrow DK/k = (1/k) D(K/L) \\ \Rightarrow D \ln k = D \ln K - D \ln L = D \ln K - D \ln (L_0 e^{\mu t}) \\ (L_0 e^{\mu t}). \text{ Wegen } D \ln(L_0 e^{\mu t}) = D \ln L_0 + D \mu t = \mu, \\ \text{wird: } D \ln k = D \ln K - \mu. \text{ Wegen } D \ln K = DK/K = \\ s(Y/K) = s(y/k), \text{ wird: } D \ln k = (s/k) f(k). \text{ So-} \\ \text{mit: } D \ln k = (s/k) f(k) - \mu \text{ und } D \ln k = 1/k DK = \\ (s/k) f(k) - \mu; \Rightarrow DK + k\mu = s f(k). \quad q. e. d.$$

Die Lösung dieser inhomogenen Differentialgleichung mit linearem, homogenem und unbestimmtem inhomogenem Teil muß gefunden werden, indem man bei gegebenen Anfangswerten die Wurzeln der "charakteristischen Gleichung" bestimmt und das "partikuläre Integral" des inhomogenen Teils der Differentialgleichung findet. 1) Ist die Lösung einer Differentialgleichung ohnehin nicht so einfach wie ihre Formulierung, so ist es ausgeschlossen, die Lösung einer unspezifizierten Gleichung zu finden. 2) Unterstellt man deshalb den Fall, daß $k = k_0 = \text{const}$ für alle t , dann ist die Lösung besonders einfach: nämlich $k_0 = s f(k_0)$, weil Dk_0 für $k_0 = \text{const}$ gleich null wird. Da $k = k_0 = \text{const} = K/L$ und $L_A = L_0 e^{\mu t}$, erhält man den Zeitpfad des Kapitalbestandes mit $K = k_0 L_0 e^{\mu t}$. Wegen $k_0 = \text{const}$ und $y = f(k) = f(k_0)$, folgt für den Anfangs-Pro-Kopf-Output $y_0 = f(k_0)$, so daß $y = y_0$ für alle t gilt. Somit erhält man den Zeitpfad des Output mit: $y = Y/L = y_0$ und $Y = y_0 L_A = y_0 L_0 e^{\mu t}$.

Da von der Gleichung $k_0 = s f(k_0)$ bzw. $\frac{f(k_0)}{k_0} = \frac{\mu}{s}$ die Gleichgewichtslösung abhängt, bedarf sie der Interpretation: Die Anfangswerte k_0 und $y_0 = f(k_0)$, von denen aus die Variablen ihren Zeitverlauf beginnen, müssen der Bedingung $y_0/k_0 = \mu/s$ genügen. Dann, und nur dann, wenn diese Beziehung erfüllt ist, gilt $y = y_0$, $k = k_0$ und $y/k = \text{const}$ für alle Zeiten. Da $y/k = Y/K = 1/v = \text{const}$, folgt die Bedingung für die stetige, gleichgewichtige Wachstumslösung des Modells: $1/v = \mu/s$. Damit ist der Kreis geschlossen: $s/v = \mu$.

1) Vgl. SMIRNOW, W.I.: a.a.O.
 2) SOLOW, R.M.: a.a.O., S. 68: "Naturally without specifying the exact shape of the production function we can't hope to find the exact solution."

Erläuterungen 6 zum Einfluß technischen Fortschritts auf die Bestimmung von Wachstumslösungen

Unterstellt man, daß es sich bei der Produktionsfunktion (11) mit 'Hicks-neutralem' technischen Fortschritt um eine lineare und homogene Funktion handelt, dann kann notiert werden: $Y = F(K, jL)$, wobei $i, j = a$. Die Zeitpfade ergeben sich dann mit: $i = e^{it}$ und $j = e^{at}$. Wirkt der gesamte technische Fortschritt allein arbeitsparend, d.h. wird $i = 0$, dann lautet die Produktionsfunktion:

$$(1) \quad Y = F(K, jL) \quad \text{oder} \quad Y = F(K, e^{at} L).$$

Unterstellt man simplifizierend, daß diese Produktionsfunktion mit "Harrod-neutralem" technischen Fortschritt fixe Koeffizienten hat, dann gilt:

$$(2) \quad Y = \frac{K}{v} = \frac{L e^{at}}{u} = \frac{L}{u} e^{at} \rightarrow L_N = u Y e^{-at}$$

Da weiterhin die Bedingung der Ex-ante-Gleichheit von Investition und Ersparnis beibehalten wird, gilt nach wie vor: $I = DK = S \cdot Y = (s/v)K$ und $\frac{DK}{K} = s/v$ und $K = K_0 e^{(s/v)t}$ sowie $Y = (1/v)K_0 e^{(s/v)t}$ oder $Y = Y_0 e^{(s/v)t}$, wobei $Y_0 = (1/v)K_0$. Somit gilt: $L_N = u Y_0 e^{(s/v)t} e^{-at} = L_0 e^{(s/v - a)t}$, wobei $L_0 = u Y_0$. Da sich das "natürliche" Arbeitsangebot nach der Funktion $L_A = L_0 e^{nt}$ entwickelt, und da im Gleichgewicht Angebot und Nachfrage stets ausgeglichen sein sollen, gilt als Bedingung für stetiges Vollbeschäftigungswachstum:

$$(3) \quad L_A = L_N \quad \text{oder} \quad L_0 e^{nt} = L_0 e^{[(s/v) - a]t}, \quad \text{oder} \quad 1 = e^{[(s/v) - (an)]t}.$$

Erläuterungen 7 zur Erweiterung des Harrod'schen Grundmodells

Stetiges Vollbeschäftigungswachstum kann also dann und nur dann realisiert werden, wenn die Bedingung

$$(4) \quad g_v = s/v \cdot \frac{1}{\mu} = g_n^*, \text{ wobei } \mu = m + n,$$

erfüllt ist.

Nimmt man nunmehr (weiterhin unter Zugrundelegung einer linear-limitationalen Produktionsfunktion) an, daß der gesamte technische Fortschritt allein kapitalsparend wirkt (i.e., $m = 0$), dann stellt sich heraus, daß dieser "Solow-neutrale" technische Fortschritt mit stetigem Wachstum, wie es bisher verstanden wurde, inkonsistent ist. 1) Dasselbe gilt dann auch für die "realistischere" Art technischen Fortschritts, der Kombination aus arbeit- und kapitalsparenden, oder "Hicks-neutralen" technischen Fortschritt.

$$1) \text{ Solow-Neutralität: } Y = P(K, L) \text{ oder } Y = P(K e^{lt}, L)$$

$$\Rightarrow Y = (K e^{lt})/v \cdot L/u \Rightarrow \ln Y = lt + \ln K - \ln v.$$

Die erste Ableitung nach der Zeit, gibt: $DY/Y = 1 + DK/K$. Dies bedeutet, daß die Wachstumsrate des Output um den Betrag 1 der Rate des kapitalsparenden technischen Fortschritts zu niedrig ist, um mit dem Wachstum des Kapitalbestandes Schritt halten zu können.

Dies gilt mit Einschränkungen. HARROD, R.Y.: a.a.O., S. 27-28 erweitert sein Grundmodell unter Verwendung der Keynes'schen Gleichgewichtsbeziehung: $Y = C + I + EX - IM$, "...to reduce the influence of the acceleration principle". Formal lassen sich HARROD's Hinweise folgendenmaßen berücksichtigen:

$$(27) \quad C = c Y; \quad c = 1 - s; \quad s = \text{const}; \quad I = I_1 + I_2 + I_3.$$

$I_1 = \text{const}$: HARROD: "One part (of outlays of capital, A.d.V.) ... is conceived to be quite independent both of the current level of income and its current rate of growth."

$I_2 = i^* Y$: HARROD: "The other, ..., is conceived to vary with the current level of income, ...". stellt das Akzeleratorprinzip dar.

$I_3 = v DY$: HARROD: "It is reasonable to measure exports, including invisible exports and the earnings of foreign investments, in absolute terms."

$EX = \text{const}$: HARROD: "Imports, on the other hand, are better taken as a fraction, ..., of the current level of income."

$IM = m^* Y$: HARROD: "Imports, on the other hand, are better taken as a fraction, ..., of the current level of income."

$$\text{Somit: } Y = (1 - s) Y + I_1 + i^* Y + v DY + EX - m^* Y;$$

$$(i^*, m^*, s, v = \text{const}) \Rightarrow v DY - (m^* + s - i^*) Y + EX + I_1 = 0$$

$$\text{Typ: } v DY - s Y + A = 0, \text{ wobei } A = (m^* + s - i^*)$$

$$\text{und } A = EX + I_1$$

$$Y = \frac{EX + I_1}{m^* + s - i^*} + \left(Y_0 - \frac{EX + I_1}{m^* + s - i^*} \right) e^{\frac{m^* + s - i^*}{v} t}$$

$$g_v = \frac{s + m^* - i^*}{v} = \frac{s}{v} + \frac{m^* - i^*}{v}. \text{ Lösungsmethode, vgl.}$$

BRONSTEIN, I.N. und SEMENDJAJEV, K.A.: a.a.O., S. 375-423. Indem nunmehr vier anstatt zwei Koeffizienten an der Bestimmung der Gleichgewichts- und Vollbeschäftigungswachstumsrate beteiligt sind, kann in der Tat von einem reduzierten Einfluss des Akzeleratorprinzips gesprochen werden.

Die Implikationen dieser Lösung sind eindeutig: Je kleiner die Werte für EX , I_1 und i^* und je größer der Wert für m^* (Y , s , $v = \text{const}$), desto größer werden die Werte der Anfangsbedingung und der Wachstumsrate. Ein Zahlungsbilanzproblem existiert für diese Volkswirtschaft nicht.

I: Chronologische Übersicht zur Integration in Ostafrika

- 1917 Einrichtung einer Freihandelszone zwischen Kenia und Uganda; Fusion der Zollverwaltungen Kenias und Ugandas
- 1920 Gründung der "East African Currency Board"; Währungsunion in Ostafrika; Konstituierung des "Court of Appeal for East Africa"; Beginn protektionistischer Praktiken in Kenia Verletzung des sog. Kongobecken-Abkommens;
- 1923 Einrichtung einer Zollunion zwischen Kenia, Tanganjika und Uganda mit primär fiskalischen Zielsetzungen;
- 1925 Vereinigung der Post- und Fernmeldedienste Kenias und Ugandas;
- 1926 Institutionalisierung der "Conference of Governors of British East Africa";
- 1927 Übernahme der Hafenverwaltung von Mombasa durch die "Kenya-Uganda Railways and Harbours Administration";
- 1933 Zusammenschluß der Post- und Fernmeldedienste Kenias, Tanganjikas und Ugandas;
- 1933-40 Unionsdiskussion (vgl. auch § 5, Kap. 2);
- 1939 Institutionierung von Einkommensteuern in Ostafrika;
- 1941 Konstituierung des "East African Economic Council" zur Koordinierung der Kriegsvorkehrungen in Ostafrika;
- 1944 Kenias Initiative, einen "Joint East African War Council" einzurichten, wird in Tanganjika und Uganda abgelehnt;
- 1946 Gründung der "East African Airways Corporation" durch Kenia, Tanganjika, Uganda und Sansibar unter Beteiligung der BOAC;

1948

Fusion der "Kenya-Uganda Railways and Harbours Administration" mit den "Tanganjika Railways and Harbours Services" führt zur "East African Railways and Harbours Administration"; aus der Vereinigung der Zollverwaltungen geht das "East African Customs and Excise Department" hervor; "East African High Commission" und der "East African Legislative Assembly";

1961

Ablösung der "East African High Commission" durch die "East African Common Services Organization"; Gründung des "Raisman-Distributable-Pool-Fund";

1963

Veröffentlichung der "Federation Declaration"; das sog. Kampala-Abkommen (Bewilligungssystem zur Beeinflussung der Standortentscheidungen sog. Common-Market-Industries) scheitert am Widerstand Kenias;

1966

Gründung nationaler Zentralbanken Ende der Währungsunion Ende freien Kapitalverkehrs;

1967

Ratifizierung des "Treaty of East African Co-operation"; "Transfer Tax" und Reorganisation der Gemeinschaftseinrichtungen (vgl. auch § 14).

Quellen: Vgl. BANFIELD, J., a.a.O.; BATES, M.L., a.a.O.; BENNETT, G., a.a.O.; GREEN, R.H., a.a.O.; GURULI, Kassim: Towards an Independent and Equal East African Common Market, in: East Africa Journal, Vol. 8, No. 9 (Sept. 1971), S. 25 - 34; HATCH, J., a.a.O.; INGHAM, K., "Short-Term Governors", "Cameron" und "History of East Africa", a.a.O.; LEYS, C. and ROBSON, P., a.a.O.; MIDDLETON, J., a.a.O.; NDEGMA, P., a.a.O.; PHILIP, K., a.a.O.; SANE, E.D.U.: The Operation of the East African Common Market under the Treaty, Paper No. 5, vorgelegt beim: The 1972 E.A.C. Study Seminar on Integration and Regional Plan Co-ordination, Kampala 1972; WRIGLEY, C.C., a.a.O.

II: Monatliche Niederschlagsmengen in Kenia und Tansania

Land	Dim.	Jan.	Feb.	März.	Apr.	Mai	Jun.	Jul.	Aug.	Spt.	Okt.	Nov.	Dez.	Jahr
Kenia	mm	22.8	25.4	64.2	136.9	95.7	37.8	30.7	36.6	33.3	54.7	106.4	75.6	720.2
	Z	3.17	3.53	8.92	19.02	13.28	5.24	4.26	5.09	4.62	7.60	14.77	10.50	100.00
	Rang	12	11	5	1	3	7	10	8	9	6	2	4	-
Tansania	mm	148.4	127.9	143.1	118.0	40.4	8.7	6.9	7.1	12.3	24.1	63.0	127.8	827.7
	Z	12.92	15.45	17.29	14.26	4.88	1.05	0.83	0.86	1.49	2.91	7.61	15.44	100.00
	Rang	1	3	2	5	7	10	12	11	9	8	6	4	-

Konzentrationsmaße:

$$\alpha_T = 0.568 < \alpha_K = 0.675 < 1 ; \alpha = \frac{\sum_{i=1}^{n/2} x_i}{\sum_{i=1}^{n/2} y_i} ;$$

$$\lambda_T = |0.453| > \lambda_K = |0.318| > 0 ; \text{vgl. Anm. 2), S. 171;}$$

Quellen: "Kenya Statistical Abstract 1971, a.a.O., S. 6-7 und
"Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 1.

III: Ethnische, rassische und geographische Verteilung der Bevölkerung in Kenia und Tansania

Kenia 1962	" St ä m m e "								R a s s e n						Gesamtbe- völkerung Kenias 1962	
	Kikuyu	Luo	Luhya	Kamba	Kalenjin- Konglomerat.	Kisii	Meru	Alle and- 25 Stämme	Afrikaner	Asiaten	Europäer	Araber	Alle sonst. Rassen	Nicht- Afrikaner	Z	Anz.
Provinzen	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z	
Western	0.1	3.0	7.0	...	0.3	0.1	...	1.8	12.33	...	...	...	...	...	12.34	'066
Nyanza	0.1	7.0	5.0	...	0.1	5.0	...	2.3	19.56	0.09	0.03	0.01	...	0.14	19.70	'701
Rift Vall.	4.0	3.0	0.3	0.1	10.0	1.0	0.1	1.7	20.27	0.17	0.05	0.03	...	0.26	20.53	'773
Central	11.0	0.1	0.1	0.5	0.1	0.1	1.5	2.1	15.51	0.04	0.01	0.01	...	0.06	15.57	'345
Nairobi	0.5	0.1	0.1	0.1	0.1	...	...	0.5	1.46	1.06	0.34	0.20	0.03	1.63	3.09	'267
Eastern	3.0	...	...	10.0	...	...	3.0	1.7	17.71	...	...	...	...	...	17.71	'530
NorthEast.	0.1	...	...	...	...	...	0.2	1.8	2.29	...	...	...	...	...	2.29	'198
Coast	0.1	...	...	0.1	0.1	...	0.2	7.2	7.73	0.68	0.21	0.13	...	1.04	8.77	'754
Gesamt- Z	19.01	133.0	125.8	10.81	10.70	6.23	5.09	19.14	96.86	2.05	0.65	0.39	0.05	3.14	100.00	---
Bevlgk.Anz	'642	'148	'086	'933	'924	'538	'439	'653	8'366	'177	'056	'034	'004	'270	---	8'636
Tansania 1957	S t ä m m e								R a s s e n						Gesamtbe- völkerung Tansanias 1957	
	Sukuma	Nyamwezi	Makonde	Haya	Chagga	Gogo	Ha	Alle and- 95 Stämme	dto.	dto.	dto.	dto.	dto.	dto.	Z	Anz.
Regionen																
Kigoma	...	0.1	...	0.1	...	...	2.4	1.7	4.33	0.01	...	...	...	0.02	4.35	'383
West Lake	0.5	...	...	3.4	...	...	0.5	1.4	5.81	0.02	0.01	0.01	...	0.04	5.85	'514
Mwanza	7.0	0.1	...	0.1	...	...	0.1	2.1	9.42	0.07	0.01	0.01	...	0.10	9.52	'836
Mara	0.5	...	...	...	...	...	...	3.3	3.93	0.02	...	...	...	0.02	3.96	'348
Shinyanga	4.0	1.0	...	...	...	...	0.1	2.4	7.46	0.02	0.01	0.02	...	0.05	7.52	'06
Tabora	0.1	2.6	...	...	...	0.1	0.1	3.4	6.37	0.03	0.01	0.03	0.01	0.08	6.46	'56
Mbeya	...	0.1	...	...	...	0.1	...	5.8	6.12	0.02	0.01	...	...	0.04	6.16	'541
Singida	...	0.1	...	...	...	1.0	...	3.1	4.21	0.01	...	0.01	...	0.03	4.24	'373
Arusha	0.1	...	...	...	0.1	...	...	4.3	4.55	0.05	0.03	...	0.01	0.09	4.64	'408
Dodoma	...	...	...	...	...	2.0	...	3.7	5.79	0.03	0.01	0.01	0.01	0.06	5.85	'514
Iringa	...	...	...	...	...	0.1	...	5.3	5.53	0.02	0.01	...	...	0.04	5.57	'489
Morogoro	...	...	...	...	...	0.1	...	6.0	6.16	0.04	0.01	0.01	...	0.07	6.23	'548
Kilimanj.	...	...	...	...	3.4	...	...	1.9	5.32	0.05	0.02	...	...	0.07	5.39	'474
Tanga	...	...	...	...	...	...	...	6.3	6.41	0.11	0.03	0.04	0.01	0.19	6.59	'579
Coast	...	...	...	...	...	...	...	5.6	5.67	0.32	0.06	0.05	0.01	0.44	6.11	'537
Mtwara	...	...	3.6	...	...	...	...	4.7	8.44	0.05	0.01	...	...	0.06	8.50	'747
Ruvuma	...	...	0.1	...	...	...	...	2.9	3.03	...	...	...	...	0.01	3.04	'267
Stat.Fehl.	...	...	...	...	...	...	...	...	0.03	...	...	...	...	...	0.03	'003
Gesamt- Z	12.44	4.13	3.80	3.70	3.62	3.41	3.30	64.20	98.60	0.87	0.23	0.22	0.09	1.40	100.00	---
Bevlgk.Anz	'093	'363	'334	'325	'318	'299	'290	5'643	8'665	'077	'021	'020	'007	'123	---	8'789

Quellen: "Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S. 12 ff.;

MOLNOS, Angela: Die sozialwissenschaftliche Erforschung Ostafrikas 1954-1963, Berlin, Heidelberg, New York 1965, S. 296 ff.;

ROTHCHILD, D., a.a.O., S. 698;

"Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 23 ff.

IV: Geographische Verteilung der Bildungschancen in Kenia und Tansania

Kenia	Kenia	Anz. Kinder im Primarschulalter	Anzahl der Primarschüler	Anzahl der Sekundarschüler	Sekundarschüler Primarschüler	Primarschüler : Kinder im Schulalter	Bevölkerung	Bevölkerung ohne formelle Ausbildung	Kinder im Vorschulalter	Bevölkerung im Schul- u. Nachschulalter	davon ohne Ausbildung:	Erwachsene ohne Ausbildung : Erwachsenen-Bevölk.
	1964 und 1969											
	Provinzen	Tsd.	Tsd.	Anz.	%	%	%	%	%	%	%	%
	Western	232.5	164.2	7374	4.49	70.62	12.14	8.37	3.28	8.86	5.09	57.4
	Nyanza	354.1	193.7	6551	3.38	54.70	19.39	14.56	5.24	14.15	9.32	65.87
	Rift Vall	373.7	144.2	6414	4.45	38.59	20.20	15.87	5.45	14.75	10.24	70.64
	Central	265.9	250.0	14907	10.40	98.27	15.31	9.78	4.13	14.57	6.44	44.20
	Nairobi	29.0	39.8	5230			4.65	2.05	1.26			
	Eastern	337.4	166.9	5908	3.54	49.47	17.43	13.30	4.71	12.72	8.59	67.53
	NorthEast Coast	44.8	0.9	56	0.06	2.01	2.25	2.18	0.61	1.64	1.57	95.73
		120.3	55.1	6753	12.26	45.80	8.63	6.81	2.33	6.30	4.48	71.11
Kenia		1'758	1'015	63193	6.23	57.73	10000	72.92	27.01	72.99	45.91	62.90
Tansania	Tansania	Anz. Kinder im Primarschulalter (7-13 Jahre)	Primarschüler		Sekundarschüler		Sekundarschüler Primarschüler		Primarschüler : Kinder im Schulalter			
	1965											
	Regionen	%	Tsd.	Anz.	Anz.	%	%					
	Kigoma	0.78	79.4	22497	224	1.00	28.33					
	West Lake	1.05	106.9	62659	1257	2.01	58.61					
	Mwanza	1.71	174.1	59626	1845	3.09	34.25					
	Mara	0.71	72.3	36232	657	1.81	48.12					
	Shinyanga	1.35	137.4	32849	75	...	23.91					
	Tabora	1.16	118.1	28473	1631	5.73	24.11					
	Mbeya	1.11	113.0	57855	948	1.64	51.20					
	Singida	0.76	77.4	30353	---	---	39.22					
	Arusha	0.84	85.5	34954	746	2.13	40.88					
	Dodoma	1.05	106.9	36544	1472	4.03	34.19					
	Iringa	1.00	101.8	33689	1493	4.43	33.09					
	Morogoro	1.12	114.0	44263	1375	3.11	38.83					
	Kilimanj.	0.97	98.7	87100	2543	2.92	88.25					
	Tanga	1.19	121.1	63249	1572	1.81	52.23					
	Coast	1.10	112.0	44268	5074	11.46	39.53					
	Mtwara	1.53	155.7	65718	1254	1.91	42.21					
	Ruvuma	0.55	56.0	29019	694	2.39	51.82					
Tansania		17.98	1'830	769348	22860	2.97	42.03					

Quellen: "Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S. 17-19;
 ROTHCHILD, D., a.a.O., S. 692-693
 "Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 24 u. S. 176-177.

V: Berufliche Qualifikationen nach Rassen in Kenia und Tansania

1964	Beschäftigung Subsistenzsec	Lohn-Landar- beiter	Sonst. unge- lernte Lohn- arbeiter	"D" Facharbei- ter	"C" Angestell- te	"B" Leitende An- gestellte	"A" Akademi- ker	Alle Beschäf- tigten	Alle Nicht- Beschäftigten	Amtlich ge- schätzte Bevölkerung 1964	
Afrikaner	19.09	2.22	2.83	0.04	0.23	0.11	0.02	24.52	72.49	97.01	8'832
Asiaten	...	0.06	0.21	0.01	0.26	0.01	0.02	0.51	1.50	2.01	'183
Europäer	...	...	...	...	0.07	0.02	0.04	0.13	0.41	0.54	'049
Andere	...	0.02	0.09	---	---	---	---	0.11	0.33	0.44	'040
Kenia	Z 19.09	2.30	3.12	0.05	0.50	0.14	0.07	25.26	74.74	100.00	---
	Anz '738	'209	'284	'005	'045	'013	'007	2'300	6'804	---	9'104
Afrikaner	?	?	?	?	0.13	0.04	0.01	0.18	98.41	98.59	9'849
Asiaten	?	?	?	?	0.07	0.01	0.01	0.08	0.82	0.90	'090
Europäer	?	?	?	?	0.01	0.01	0.02	0.04	0.16	0.20	'020
Andere	?	?	?	?	--	--	--	--	0.31	0.31	'031
	Z ?	?	?	?	0.21	0.06	0.03	0.30	99.70	100.00	---
	Anz ?	?	?	?	0.21	'006	'003	'030	9'961	---	9'990
Kenia					Tansania						
"A" "B" "C" Total					Bevölke- rungsgrup- pe	"A" "B" "C" Total					
Z Z Z Z Anz.						Z Z Z Z Anz.					
5.08	2.94	10.35	18.36	11815	1. Europäer Asiaten Afrikaner	5.76	2.86	5.04	13.67	4030	
2.71	1.91	27.72	32.34	20814		2.03	1.59	23.15	26.77	7894	
2.29	15.07	31.94	49.30	31731		1.71	15.15	42.71	59.56	17565	
10.08	19.91	70.01	100.00	---	Total	9.50	19.59	70.91	100.00	---	
6488	12815	45057	---	64360		2801	5778	20910	---	29489	
50.35	14.75	14.78	18.36	0.54	2. Europäer Asiaten Afrikaner	60.69	14.59	7.11	13.67	0.20	
26.90	9.59	39.59	32.34	2.01		21.35	8.10	32.66	26.77	0.90	
22.75	75.66	45.63	49.30	97.01		17.96	77.31	60.24	59.56	98.59	
100.00	100.00	100.00	100.00	99.56	Total	100.00	100.00	100.00	100.00	99.69	
93.24	27.32	27.37	34.00	3. Europäer Asiaten Afrikaner	30345	72.95	35.55	68.35			
13.38	4.77	19.70	16.09		23.72	9.00	36.28	29.74			
0.23	0.78	0.47	0.51		0.18	0.78	0.61	0.60			

*: in Tansania alle Beschäftigten, die mindestens der Qualifikation "C" genügen
 "A": "...requiring a university degree;" (S.14);
 "B": "... requiring 2 or 3 years post Form 4 formal education/training." (S.15);
 "C": "... requiring secondary school education (Form 4) for adequate performance of the full array of tasks involved in the occupation." (S.15);
 "D": "... are skilled manual occupations requiring a fairly high degree of skills but not the more educational base called for by the skilled manual occupations included in Cat. C." (S.26); 100.007
 * : Wegen der Nicht-Berücksichtigung "anderer Rassen" ist die Summe kleiner
 1. Verteilung der Spitzenpositionen auf Afrikaner, Asiaten und Europäer;
 2. Verteilung der Spitzenpositionen auf Afrikaner, Asiaten und Europäer pro Berufskategorie;
 3. Über-/Unterrepräsentationsmaße (Wert jeder Spalte von 2. dividiert durch den Wert der letzten Spalte);
 Quellen: Republic of Kenya (Hrsg.): High-Level Manpower (Requirements and Resources in Kenya) 1964-1970, Nairobi 1965;
 "Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S. 13;
 RESNICK, I. N., a.a.O., Table 1, S. 110 und
 "Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S.24.

VI: Kapitalgüterausrüstung der wichtigsten Seehäfen Ostafrikas.

Gegenstand der Inventarisierung	Dim.	Mombasa	Dar-es-Salaam	Tanga-Lindi-Kilwa	Tansania	Ostafrika
Liegeplätze für Seeschiffe	Anz. m	13 2344	3 549	2 380	5 929	18 3273
Festmacheplätze für Leichter	Anz. m	2 412	4 588	2 381	6 969	8 1380
Festmacheplätze für Dauen	Anz. ...	...	...	...	...	3 ...
Löschplätze für Öl in Fässern	Anz. qm	7432	...	...	...	1 7432
Löschbrücken für Rohstofflieferungen	Anz. ...	2	1	...	1	3
Löschplätze für Kohlen	Anz. tons	12000	...	...	...	1 12000
Stückgut-Lagerhallen	Anz. 000qm	21 107	16 56	9 22	4 1.8	50 186
Kühlfürer	Anz. cbm	2890	...	...	...	1 2890
Abfertigungsst. für d. Passagiere	Anz. ...	9	8	9	...	26
Gepäckhallen	Anz. qm	4600	...	...	...	1 4600
Zollgutlager	Anz. qm	1100	...	...	...	1 1100
Überdachte Stellagerfläche	qm	50200	46200	7600	4600	108600
Verschiedene Transport- und Fördereinrichtungen	Anz. ...	85	36	17	9	147
Krane	"	2	...	...	...	2
Förderbänder	"	86	28	12	3	129
Gabelstapler	"	1	4	...	...	4
Traktoren	"	47	33	4	13	50
Hubwagen	"	...	6	...	...	6
Laufkatzen	"	22500	16000	1200	1000	40700
Paletten	"	118	39	18	...	175
"Scannells"	"	...	...	...	...	...
Löschleichter und Pontons	"	27	32	32	3	94

Weiters: 5 Buggierschiffe, 12 Schleppleichter, 1 Feuerlöschboot, 8 Lotenboote, 1 Küstenmotorschiff, 25 Barkassen und rd. 76200 E.C.P. (Electric Candle Power) installierter Seeleuchtenleistung

*: 1 metr. Tonne = 0.98421 long tons = 1.10231 short tons;
Die Kapitalgüterausrüstung der Dauhäfen (Dauen: arabische Segelschiffe) von Mombasa, Lamu, Malindi und Engamoyo ließ sich nicht ermitteln.
Quelle: East African Railways & Harbours (Hrsg.), Annual Report 1963, a.a.O., S. 56-57.

VII: Kapitalgüterausrüstung des ostafrikanischen Eisenbahnbetriebes, 1963

Gegenstand der Inventarisierung	Dim.	"Kenya-Uganda-plus-Tanganyika-Line"	"Kenya-Uganda-Line"*	"Tanga-Line"*	"Tanganyika-Central-Line"	"T-C-L-plus Tanganyika-Line"*
a Lokomotiven	Anz. Kap1)	353 = 77% 5684 = 82%	298 = 65% 4800 = 69%	55 = 12% 884 = 13%	108 = 23% 1265 = 18%	163 = 35% 2149 = 31%
b Personenwagen	Anz. Kap2)	710 = 75% 16768 = 75%	600 = 63% 14260 = 63%	110 = 12% 2608 = 12%	236 = 25% 5496 = 25%	346 = 37% 8104 = 37%
c Güterwageneinheiten (GWE)	Anz. Kap3)	12631 = 81% 189Tsd = 81%	10667 = 68% 160Tsd = 68%	1964 = 13% 29Tsd = 13%	2928 = 19% 44Tsd = 19%	4892 = 32% 73Tsd = 32%
d Relevante Streckenlänge	km Z	2662 64	2248 54	414 10	1474 36	1888 46
a ^f Zugverm/Lok	mt	16,102	* : Schätzungen		11,713	13,184
b ^f Plätze/P'wagen	Anz.2)	23,617	1): Zugvermögen in metrischen Tonnen		23,288	23,422
c ^f Tragfähigkeit/GWE	t	14,963	2): Anzahl der Liege- und Sitzplätze		14,755	14,922
e Lokomot/km	Anz.	0.1326	3): Grundeinheit ist ein Waggon mit 2 Achsen		0.0733	0.086
f P'wagen/km	Anz.	0.2667	4): in tons		0.1601	0.183
g GWE/km	Anz.3)	4.7449	5): Mombasa-Kasese		1.9864	2.591
h=l/e=Lok/km	km	75.415	Tanga-Moshi		136.426	115.875
i=fh=P'wagen/Lok	Anz.	20.113	Daressalam-Kigoma		21.842	21.240
j=gh=GWE/Lok	Anz.3)	357.837			270.997	300.244
k=ib=Plätze/Zug	Anz.2)	475			509	498
l=jc=Gütertrspkap./zug	t	5354			3999	4480

Quelle: East African Railways & Harbours (Hrsg.), a.a.O., S. 53.

VIII: Bestand an Straßen und Straßenfahrzeugen in Kenia und Tansania, 1962

T a n s a n i a ¹			Straßenart		Bitumen		Schotterstraßen		K e n i a		
Straßenart					klassifiz. Straßen		unklassif.				
	km	%			km	%	km	%	km	%	
Territor. Main Roads	6214	18	Primary Roads		1074	2.6	3457	8.3	1504	3.6	
Local Main Roads	10057	29	Secondary Roads		415	1.0	9586	23.0	512	1.2	
Other Roads ²	18264	53	Minor a. AdministrR		-	-	25126	60.3	-	-	
Total	34535	100	Total		1489	3.6	38169	91.6	2016	4.8	
Fahrzeugart	a		b		c		d		e		
	Kenia		E.A. Road Serv.		= a - b		Tansania		= b		
	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	
Schwer-LKW	10424	11.7	111	50.4	10313	11.6	6386	14.1		6497	14.3
Anhänger	2413	2.7	31	14.1	2382	2.7	542	1.2		573	1.3
Omnibusse	1362	1.5	65	29.6	1297	1.4	1526	3.4		1591	3.5
PKW u. Klein-LKW	65226 ¹⁾	73.2	13 ³⁾	5.9	65213	73.4	26803 ⁴⁾	59.4		26816	59.1
Motorräder/Roller	5090	5.7	-	--	5090	5.7	4495		wie	4495	9.9
Sonst. Motorfahrz.	4578	5.1	-	--	4578	5.2	1774 ⁵⁾	3.9	b	1774 ⁵⁾	3.9
Behörden-PKW							3406 ⁶⁾	7.5		3406 ⁶⁾	7.5
" - Motorräder	2)				2)		2176)	0.5		2176)	0
Total	89093	99.9	220	100.0	88873	100.0	45149	100.0		45369	100.0

1 : Klassifizierte Straßen einschließlich der von Lokalbehörden unterhaltenen Wege;

2 : Davon 17155 km "District Roads". Der Rest teilt sich auf in "Township Roads" und "Other Settlement Roads";

1): "Motor Cars, Utilities, Panel Vans, Pick-ups etc."

2): Die Fahrzeuge der Behörden sind mit Ausnahme militärischer Fahrzeuge bereits in den obenstehenden Ziffern enthalten;

3): "Service Vehicles";

4): "Saloon, Estate Cars and Station Wagons plus Jeeps, Land Rovers, Pick-ups etc. plus Box Body

5): "Tractors, Tankers, Graders, Rollers, Cranes plus Ambulances and Caravans"; Light Vans etc"

6): Ob incl. oder excl. militärischer Fahrzeuge, ließ sich nicht feststellen;

Quellen: "Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 77;

"Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S. 141 u. 143;

East African Railways & Harbours (Hrsg.), a.a.O., S. 55.

IX: Installierte Kraftwerkskapazität in Kenia und Tansania, 1962
(in KW)

Art der Energieerzeugung	K e n i a		Tansania ¹⁾		Total
Heizkraftwerke	73909	± 74%	28633	± 59%	102542 ± 69%
Wasserkraftwerke	26410	± 26%	20220	± 41%	46630 ± 31%
Heizkraftwerke und Wasserkraftwerke	100319	± 100%	48853	± 100%	149172 ± 100%
		67%		33%	100%

1) Ohne industrielle Selbstversorger;

Quellen: "Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S. 116;

"Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 94.

X: Registrierte Firmen in Kenia und Tansania 1962

Klassifikation der Firmen	K e n i a		Tansania ¹⁾		Total
Private inländische Firm.	4300	± 86%	1537	± 67%	5837 ± 79%
Öffentliche inländ. Firm.	100	± 2%	88	± 4%	188 ± 3%
Summe inländ. Firmen	4433 ²⁾	± 88%	1625	± 71%	6058 ± 82%
Ausländische Firmen	610	± 12%	676	± 29%	1286 ± 18%
Summe inländischer und ausländischer Firmen	5043	= 100%	2301	= 100%	7344 = 100%
		69%		31%	100%

*: Schätzungen nach Maßgabe der jährlichen Zu- und Abgänge an registrierten Firmen;

1): "Excludes companies unlimited or limited by guarantee";

2): "Includes a very large element of dormant establishments";

Quellen: "Kenya Statistical Abstract 1963", a.a.O., S. 63;

"Kenya Statistical Abstract 1971", a.a.O., S. 79;

"Tanzania Statistical Abstract 1966", a.a.O., S. 99.

Erläuterungen 8 zur Eisenbahndichte in Kenia und Tansania, 1963

Ein "Gesamtstreckennetz" von rd. 5800 km verband 1963 288 Stationen in Kenia, Tansania und Uganda, wobei wegen der günstigeren Linienführung der Kenya-Uganda-Linie durch Regionen dichter Besiedlung die Stationsdichte in Kenia ungleich größer war als auf der Tanyika-Central-Linie. Obwohl in Tansania mit 2 900 km etwa 10% mehr Gleise¹⁾ verlegt waren als in Kenia, erscheint dieser Vorsprung in einem anderen Licht, wenn man ihn in Relation zur Größe der Bevölkerung und/oder des Territoriums beider Länder sieht:

a. Eisenbahndichte in Kenia und Tansania, 1963

Gleislänge km	Landfläche		Bevölkerung Z	Landfl./Gleisl. qkm/km		Bevölk./Gleisl. Personen / km	
	X	Y		X	Y		
Kenia	2600	47	569 Tsd 35	8,9 Mill.	47	210,2 ≈ 220	3427 ≈ 3400
Tansania	2900	53	884 Tsd 61	9,8 "	53	306,8 ≈ 210	3379 ≈ 3400
K. und T.	5500	100	1453 Tsd 90	18,7 Mill.	100	266,2 ≈ 260	3390 ≈ 3400

Quellen: Vgl. Tab. VII und Tab. III im mathem.-stat. Anhang

1) Unter "Gleis" wird hier ein "Schienenpaar" verstanden; wegen der Mehrgleisigkeit bestimmter Strecken ist die Gleislänge größer als die Streckenlänge.

Der Schluß, daß das Angebot an Eisenbahn-Transportkapazität in Tansania geringer war als in Kenia erhärtet sich bei Betrachtung des rollenden Materials: Während auf der Tanyika-Central-Linie durchschnittlich alle 150 km ein Zug anzutreffen war, waren es auf der Kenya-Uganda-Linie einschließlich der mit ihr verbundenen und in Tansania operierenden "Tanga-Linie" zwei¹⁾. Bestand im ersten Fall der Zug (statistisch) aus einer Lokomotive mit rd. 12 Tonnen Zugvermögen, 22 Personenwagen mit ca. 510 Plätzen und rd. 230 Güterwageneinheiten mit einer Beförderungskapazität von etwa 4 000 Tonnen, 80 im zweiten aus einer Lokomotive mit einem Traktionsvermögen von rd. 16 Tonnen, 20 Personenwagen für etwa 480 Fahrgäste und ca. 360 Güterwageneinheiten mit 5.300 - 5.400 Tonnen Tragfähigkeit.²⁾ Selbst unter der - für Tansania optimistischen - Annahme der Gleichverteilung des rollenden Materials auf Kenya-Uganda- und Tanga-Linie ändert sich die Kapazitätsverteilung wegen des relativ geringen Gewichts der Tanga-Linie am gesamten Eisenbahnsystems Tansanias nicht entscheidend zugunsten dieses Landes.³⁾

1) Die Verbindung der Tanyika-Central-Linie mit dem übrigen Eisenbahnsystem Ostafrikas wurde erstmals am 17.8.1963 mit Eröffnung der "Ruvu-Muyusi-Linie" hergestellt.
2) Vgl. Tab. VII, a.a.O.
3) Vgl. Tab. VII, a.a.O.

XI: Struktur und Volumen der konsolidierten Bilanzen der Geschäftsbanken in Ostafrika
per 31. Dezember 1963

A k t i v a							P a s s i v a								
	K.	T.	Z.	U.	Δ	E.A.		K.	T.	Z.	U.	Δ	E.A.		
Kassenbestand	1.9	1.2	0.1	1.6	--	4.7	Einlagen:								
Übersee-Guthab.	--	1.7	0.2	--	-1.9	--	Sicht-	34.6	18.5	2.0	9.7	--	64.9		
Wechsel:							Termin-	4.3	4.6	0.7	1.6	--	11.1		
Ostafrikan.-	2.6	0.5	...	0.2	--	3.2	Spar-	7.5	3.0	0.3	3.3	--	14.0		
Sonst.Länder	1.0	0.3	0.1	0.2	--	1.7	Summe Einlagen	46.4	26.1	3.0	14.6	--	90.0		
Schatz-	--	1.0	--	0.4	--	1.5	And.Verbindlkt	0.9	--	--	2.8	-1.9	1.8		
Fordgn.gegen:							Banken-Verblkt	--	--	--	3.6	-3.6	--		
Handel,Trsp.	15.8	3.0	0.3	3.9	--	22.9	Sonst.Passiva	4.9	1.9	0.2	1.3	--	8.2		
Landwirtschft	4.4	7.0	1.6	2.4	--	15.4									
Industrie	3.6	2.1	...	5.3	--	11.0									
Sonst.Sektrn	10.0	4.5	...	5.1	--	19.6									
Banken-Fordgn. ¹⁾	4.3	3.1	0.8	0.1	-3.6	4.8									
Beteiligungen	1.9	0.1	0.1	0.2	--	2.3									
Sonst.Aktiva	6.7	3.5	0.1	2.8	--	13.0									
Summe der	Z	52.1	27.9	3.2	22.2	-5.5	100.0	Summe der	Z	52.1	27.9	3.2	22.2	-5.5	100.0
Aktiva	100.0	70.31	33.7678	4.271	30.010	-7.374	134.899	Passiva	70.323	33.7678	4.271	30.010	-7.374	134.899	

K.: Kenia; T.: Tansania; Z.: Sansibar; U.: Uganda; Δ : geographisch unzuweisbar; E.A.: Ost-
1) Forderungen/Verbindlichkeiten gegen/gegenüber Banken in Ostafrika; afrika;
Quelle: East African Common Services Organization -Statistical Department- Economic and Sta-
tistical Review, No. 13 (Dec. 1964), S.

IX: Struktur der Einkommenssteuerverzahler und ihrer Einkommen in Kenia und Tansania

Year of Income 1967				Year of Income 1968				Year of Income 1969							
Main Trade Group and Status		a	b	c	Main Trade Group and Status		a	b	c	Main Trade Group and Status		a	b	c	
1	Electricity and Water	C	125583	0.03	1.54	Mining	C	49100	0.02	0.46	Electricity and Water	C	165714	0.03	2.08
2	Manufacture	C	29195	0.33	10.58	Manufacture	C	23199	0.51	4.55	Manufacture	C	25191	0.32	11.06
3	Mining	C	24421	0.05	0.48	Wholesale & Retail	C	12380	3.62	13.96	Mining	C	31200	0.34	0.42
4	Transport & Communicat.	C	17304	0.30	2.03	Finance	C	11380	0.38	1.74	Transport & Communicat.	C	31344	0.31	2.15
5	Finance	C	11257	0.56	2.47	Transport & Communicat.	C	8354	0.27	0.91	Finance	C	17186	0.50	3.31
6	Construction	C	8741	0.22	3.76	Construction	C	8980	0.19	0.62	Wholesale & Retail	C	7495	2.66	7.62
7	Wholesale & Retail	C	3582	2.68	7.34	Agriculture	C	4985	1.19	2.65	Agriculture	C	6449	1.20	2.97
8	Agriculture	C	5133	1.40	2.81	Real Estate	C	4489	2.23	2.23	Construction	C	6462	0.53	0.26
9	Services	C	4047	1.05	1.36	Services	C	4233	0.87	1.08	Real Estate	C	4741	0.83	0.31
10	Mining	E	2419	0.24	0.33	Services	E	3498	2.05	2.46	Real Estate	C	3605	1.02	1.41
11	Agriculture	E	2949	2.92	3.36	Mining	E	3180	0.58	0.71	Mining	E	3728	0.46	0.57
12	Services	E	2925	2.17	2.48	Electricity and Water	E	3165	0.05	0.06	Manufacture	E	3059	4.08	4.83
13	Manufacture	E	2650	3.51	4.03	Manufacture	E	3028	4.26	4.94	Electricity and Water	E	3029	0.50	0.58
14	Construction	E	2668	0.69	0.71	Mining	E	3000	0.04	0.05	Services	E	3000	1.94	2.23
15	Construction	I	2638	0.37	0.38	Electricity and Water	E	2991	0.52	0.71	Agriculture	E	2934	2.44	2.74
16	Real Estate	I	2601	0.34	0.33	Construction	E	2958	0.26	0.37	Mining	E	2950	0.35	0.05
17	Electricity and Water	I	2630	0.04	0.04	Agriculture	E	2864	2.96	3.24	Construction	E	2332	0.82	1.00
18	Electricity and Water	I	2565	0.54	0.54	Wholesale & Retail	E	2611	14.14	14.12	Wholesale & Retail	E	2732	13.25	10.76
19	Real Estate	I	2592	1.47	1.28	Construction	E	2610	0.39	0.39	Real Estate	E	2693	5.74	5.59
20	Wholesale & Retail	I	2550	14.03	13.77	Real Estate	E	2573	6.34	6.24	Finance	E	2519	2.62	2.64
21	Finance	I	2526	2.70	2.59	Finance	E	2517	2.59	2.78	Electricity and Water	E	2526	0.35	0.04
22	Services	I	2488	3.49	3.25	Services	E	2508	4.05	4.05	Construction	E	2491	0.87	0.91
23	Other	E	2304	1.68	1.58	Other	E	2256	2.43	2.14	Construction	E	2456	4.03	0.49
24	Agriculture	I	2280	2.24	2.50	Finance	E	2200	0.15	0.12	Services	E	2444	4.47	4.18
25	Transport & Communicat.	E	2220	8.57	7.59	Agriculture	E	2197	2.21	1.86	Transport & Communicat.	E	2270	7.86	6.82
26	Finance	I	1917	0.16	0.12	Transport & Communicat.	E	2191	9.13	7.65	Agriculture	E	2155	1.60	1.32
27	Manufacture	I	1898	0.93	0.69	Manufacture	E	2056	0.87	0.63	Transport & Communicat.	E	2047	4.00	0.31
28	Wholesale & Retail	I	1783	17.33	12.11	Transport & Communicat.	E	1885	0.53	0.38	Finance	E	2030	0.14	0.11
29	Mining	I	1567	0.03	0.05	Wholesale & Retail	I	1768	20.93	14.15	Manufacture	I	1951	0.91	0.68
30	Real Estate	I	1363	0.79	0.42	Other	C	1514	0.89	0.52	Wholesale & Retail	I	1667	17.56	13.21
31	Other	C	1243	0.67	0.32	Real Estate	C	1312	1.30	0.65	Other	C	1463	0.52	0.27
32	Transport & Communicat.	I	1026	1.22	0.49	Other	I	641	14.70	3.60	Real Estate	I	1267	1.34	0.42
33	Other	I	617	20.55	4.95	Electricity and Water	C	250	0.02	...	Other	I	521	22.57	4.52
34	Total	relat.	—	100.0	100.0	Total	relat.	—	100.0	100.0	Total	relat.	—	100.0	100.0
35	Kenya 1967	absol.	2561	36160	37117	Kenya 1968	absol.	2615	41163	107642	Kenya 1969	absol.	2614	42703	111643
Tanzania															
1	Electricity and Water	C	244500	0.02	2.05	Mining	C	182333	0.09	6.30	Mining	C	434950	0.12	18.97
2	Mining	C	151368	0.10	5.94	Manufacture	C	263559	0.75	7.78	Electricity and Water	C	133143	0.64	2.03
3	Manufacture	C	24215	0.32	8.45	Electricity and Water	C	24607	0.02	0.17	Manufacture	C	12509	0.34	4.33
4	Finance	C	18747	0.39	2.75	Finance	C	15672	0.36	2.20	Finance	C	10629	0.37	1.5
5	Transport & Communicat.	C	13690	0.40	2.02	Transport & Communicat.	C	11331	0.13	1.73	Transport & Communicat.	C	10405	0.43	1.7
6	Wholesale & Retail	C	13326	2.61	13.22	Wholesale & Retail	C	12831	2.43	12.25	Wholesale & Retail	C	8779	2.29	8.4
7	Construction	C	9533	0.29	1.01	Agriculture	C	12132	0.47	2.24	Agriculture	C	7863	0.89	2.82
8	Agriculture	C	8683	0.77	2.33	Construction	C	6978	0.26	0.72	Construction	C	7532	0.33	0.85
9	Services	C	4346	0.60	0.99	Services	C	5840	0.55	1.27	Construction	E	2824	1.53	1.61
10	Mining	E	3235	1.07	1.31	Manufacture	E	2950	2.94	3.42	Manufacture	E	2813	2.39	2.52
11	Manufacture	E	2943	3.25	3.33	Mining	E	2947	1.33	1.54	Agriculture	E	2597	4.28	4.17
12	Construction	E	2781	0.22	2.25	Construction	E	2717	1.55	2.02	Mining	E	2533	1.16	1.10
13	Construction	E	2719	2.16	2.25	Electricity and Water	E	2730	0.02	0.03	Electricity and Water	E	2477	0.45	0.42
14	Electricity and Water	E	2710	0.54	0.56	Agriculture	E	2588	4.32	4.40	Services	E	2391	1.52	1.36
15	Wholesale & Retail	E	2621	3.74	3.73	Electricity and Water	E	2533	0.53	0.53	Wholesale & Retail	E	2376	10.17	9.06
16	Wholesale & Retail	E	2402	11.41	10.42	Wholesale & Retail	E	2379	11.13	10.42	Services	E	2342	0.85	0.69
17	Real Estate	E	2292	3.03	2.64	Real Estate	E	2352	3.28	2.90	Real Estate	E	2272	3.00	2.55
18	Services	E	2250	1.52	1.30	Manufacture	E	2186	1.07	0.92	Other	E	2170	0.55	0.45
19	Finance	E	2083	1.58	1.25	Services	E	2119	1.52	1.27	Transport & Communicat.	E	2137	10.19	8.24
20	Agriculture	E	2046	0.84	0.65	Finance	E	2080	1.61	1.31	Real Estate	E	1932	0.68	0.49
21	Manufacture	E	1925	0.86	0.63	Other	E	2039	0.60	0.43	Finance	E	1872	1.59	1.11
22	Other	E	1857	0.57	0.40	Construction	E	1965	0.38	0.30	Services	E	1819	4.45	3.03
23	Services	E	1840	5.76	4.03	Agriculture	E	1909	1.22	0.92	Manufacture	E	1815	1.37	0.73
24	Transport & Communicat.	E	1837	7.99	5.25	Transport & Communicat.	E	1552	0.87	0.65	Agriculture	E	1799	1.67	0.72
25	Other	E	1746	0.36	0.24	Mining	E	1889	0.65	0.04	Transport & Communicat.	E	1739	0.78	0.51
26	Real Estate	E	1724	0.63	0.41	Transport & Communicat.	E	1832	10.21	7.35	Wholesale & Retail	E	1652	25.94	16.4
27	Transport & Communicat.	E	1697	1.16	0.75	Finance	E	1878	0.13	0.65	Electricity and Water	E	1583	0.62	0.31
28	Wholesale & Retail	E	1536	30.49	15.33	Services	E	1809	0.81	4.13	Finance	E	1553	2.21	1.01
29	Electricity and Water	E	1474	0.19	0.06	Real Estate	E	1727	0.56	0.39	Real Estate	E	1439	0.33	0.18
30	Finance	E	1474	0.19	0.06	Other	E	1641	0.38	0.24	Real Estate	E	1154	0.50	0.49
31	Real Estate	E	1080	1.43	0.53	Wholesale & Retail	E	1636	39.78	19.45	Mining	E	1063	0.69	0.04
32	Mining	E	1000	0.07	0.03	Real Estate	E	1239	1.45	0.71	Construction	E	932	0.26	0.30
33	Other	E	339	15.09	1.95	Other	E	366	12.73	1.43	Other	E	415	20.71	3.22
34	Total	relat.	—	100.0	100.0	Total	relat.	—	100.0	100.0	Total	relat.	—	100.0	100.0
35	Tanzania 1967	absol.	2630	18412	48426	Tanzania 1968	absol.	2542	17558	11363	Tanzania 1969	absol.	2668	17150	45042

Report for the Period 1st July 1968 to 30th June 1969, Nairobi 1969, Schedule No.4;

Erläuterungen 9 zur Tabelle XI: Struktur und Volumen der konsolidierten Bilanzen...

1. Die Bilanzsumme der in Kenia bilanzierenden Banken etwa genau so groß war wie die Bilanzsummen der Banken in Tansania und Uganda zusammen. Dieser Sachverhalt bestätigt einmal mehr die Erfahrung, daß die wirtschaftliche Aktivität im monetären Sektor Kenias größer als die in den beiden ostafrikanischen Partnerländern zusammen war.

2. Der Kassenbestand von knapp 5% der Bilanzsumme kann als relativ hoch und als Ausdruck relativ hoher Barzahlungsgewohnheiten betrachtet werden.

3. Die geringen, nicht Noten und Münzen repräsentierenden Forderungen der Geschäftsbanken gegenüber der Currency Board (subsumiert unter Übersee-Guthaben), sind Ausdruck der Tatsache, daß die Banken keiner Verpflichtung unterlagen, zinslose Mindestreserven bei dieser Behörde zu unterhalten. Die "nationale" Geldmengenversorgung wurde vielmehr entweder durch Rückgriff auf die Reserven der Filialen in den Partnerländern oder letztlich auf die der Muttergesellschaften in London gesteuert, so daß das Geschäftsbankensystem selbst diese Zentralbankenfunktion vollzog.

4. Der Zeitfaktor war (und ist) schuld an der auffälligen Tatsache, daß sich Forderungen und Verbindlichkeiten der Geschäftsbanken untereinander innerhalb des selben, geographisch eindeutig definierten Gebietes nicht zu null saldierten. Große Entfernungen und langsame Kommunikationsmittel führten dazu, daß Kredit und Debet ein und desselben Geschäftsvorganges zu unterschiedlichen Zeitpunkten von Kreditör und Debitör verbucht wurden.

5. Eine andere Eigenschaft der Inter-Ostafrika-Bankenverschuldung ist indessen wichtiger: Der Saldo dieser Transaktionen, d.h. die länderweise Nettoverschuldung der Banken untereinander wies für viele Jahre Kenia als Kreditör aus, wobei sich die Banken in Kenia nicht selten in London refinanzierten; dies bedeutet, daß Nairobi als zentraler Finanzplatz Ostafrikas intermediäre Funktionen zwischen London und der "Peripherie" wahrnahm.

6. Der signifikant höhere Anteil der "Beteiligungen" an der Bankenbilanzsumme Kenias im Vergleich zu den Partnerländern bestreift einmal mehr die zentrale Rolle Kenias innerhalb Ostafrikas.

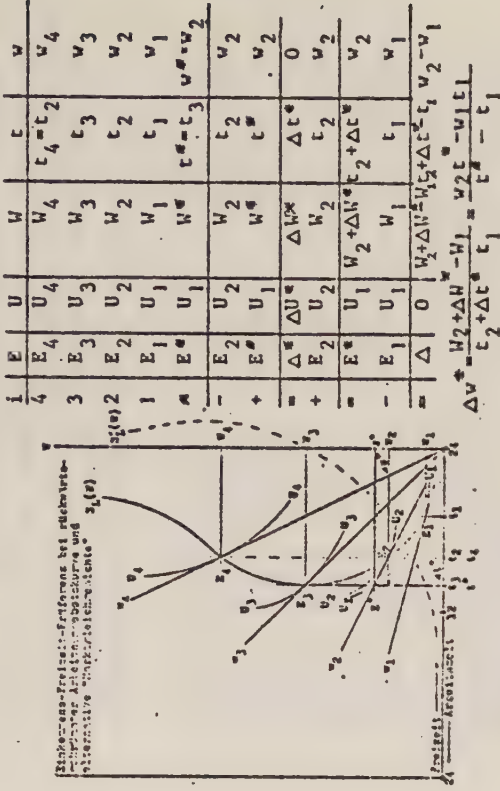
7. Das Volumen kurzfristiger Forderungen, repräsentiert durch Handelswechsel, Darlehen und Kontokorrentkredit-Zusagen, ist mit mehr als 50% der Bilanzsumme weniger auffällig als die Branchenverteilung der Gläubiger: Knapp die Hälfte dieser Forderungen richtet sich - bei eindeutiger Konzentration in Kenia - gegen Handels- und Verkehrsunternehmen und rund 10% bzw. 15% gegen landwirtschaftliche und industrielle Unternehmen. Diese Struktur des Aktivgeschäftes beweist die These, daß die Banken mehr an der Finanzierung der Vermarktung als an der Finanzierung der Produktion interessiert waren, daß sie nach mehr als fünfjähriger Erfahrung in Ostafrika fortführen, britische Bankpraktiken zu importieren, Standards,

"... which few indigenous enterprises - agricultural, commercial, or industrial are able to reach and to demand collateral which is often non-existent".1)

1) ENGBERG, H.L., a.a.O., S. 199-200.

Erläuterungen 10 zum Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt beim Vorliegen einer rückwärts-gekrümmten Arbeitsangebotskurve

- (a) Die Arbeitsangebotskurve $S_L(W)$ ist bei gegebener Freizeit-Geldeinkommens-Präferenz eines Tagelöhners durch U_i Indifferenzkurven und w_i Stundenlohnsätze (hier: $i=4$) eindeutig bestimmt (Vgl. Schaubild).
 (b) Alle durch E_i repräsentierten Einkommens-Freizeit-Kombinationen bereiten dem Arbeiter den jeweils größtmöglichen Nutzen.
 (c) Da für jeden Lohnsatz $w_i > w_3$ ein Lohnsatz $w_i < w_3$ existiert, für den der Arbeiter bereit ist, dieselbe



- Menge arbeitsfreier Zeit zu opfern, sind bei rationalem Verhalten der Arbeitgeber alle $E_i > E_3$ -Kombinationen für das Zustandekommen eines Arbeitskontraktes irrelevant.
 (d) E_3 repräsentiert die Einkommens-Freizeit-Kombination maximalen Arbeitsangebotes/Freizeitopfers.
 (e) Gelingt es einem Arbeitgeber, den Arbeiter durch Zwangsmaßnahmen (z.B. durch glaubhafte Androhung von Prügel) zum Lohnsatz $w_2 < w_3$ $t^* > t_2$ Stunden arbeiten zu lassen, so bewertet der Arbeiter diese Situation als Unnutzen (ausgedrückt durch die niedrigere Indifferenzkurve U_1).

8. Beim Passivgeschäft der Banken ist auch wieder weniger das Volumen als die Struktur der Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Banken bemerkenswert: Beträgt z.B. bei deutschen Unversalbanken das Verhältnis der Sicht-, Termin- und Spareinlagen jeweils rund 20% der Passiva¹⁾, so lautet dieses Verhältnis bei den Banken in Ostafrika rund 65:11:15. Berücksichtigt man unterschiedliche Bilanzierungspraktiken, nach denen britische Banken den Betrag des zugesagten Kredits bilanzieren, während kontinentale Banken lediglich den effektiv abgerufenen Kreditbetrag bilanzieren, so reduziert sich das hohe Gewicht der Sichtverbindlichkeiten der Banken in Ostafrika. Ob dieser Grund indessen ausreicht, den großen Anteil der Sichtverbindlichkeiten von 65% hinreichend zu erklären, erscheint äußerst fraglich, so daß vielmehr angenommen werden muß, daß die unterschiedliche Verbindlichkeitenstruktur auch Ausdruck materieller Unterschiede des Gläubigerverhaltens war.

9. Die buchhalterische Darstellung der Tatsache, daß die in Ostafrika arbeitenden Geschäftsbanken in London inkorporiert waren, äußert sich schließlich darin, daß sie in ihren Bilanzen praktisch kein Eigenkapital auswiesen.

¹⁾ Vgl. z.B. Deutsche Bank Aktiengesellschaft (Hrsg.): Geschäftsbericht für das Jahr 1970, ohne Ort und Jahr, S. 52 - 64.

(f) Da bei diesem Nutzenniveau und Abwesenheit von Zwangsmaßnahmen die durch E_1 repräsentierte Einkommens-Freizeit-Kombination (beim Stundenlohn w_1) zustande käme, die Zwangsanwendung jedoch die durch E_2 repräsentierte Kombination sicherstellt, gilt für den Grenzlohnsatz der Zwangsarbeit aus der Sicht des Arbeiters: $\Delta w^* = (w_2^* - w_1) / (t_2^* - t_1) = (w_2 t_2^* - w_1 t_1) / (t_2^* - t_1)$.

(g) Aus der Sicht des Arbeitgebers gilt für den Grenzlohnsatz: $\Delta w^* = \Delta w^* / \Delta t^* = w_2 / t_2 - w_1$.

(h) Für die Grenzlohnsatzdifferenz, $\Delta w^* = w_2 - \Delta w^*$, und für das Grenzlohnsatzverhältnis, $\Delta w^* = \frac{w_2 t_2^* - w_1 t_1}{t_2^* - t_1}$, gilt: $\Delta w^* = \frac{t_2 - w_1}{t_2 + \Delta t^* - t_1}$.

wobei $t_2 + \Delta t^* = t_2^*$

Erläuterungen II zur algebraischen Bestimmung von Konzentrationsmaßen

(a) Dividiert man den Zahlenwert der Fläche des durch einen "Lorenz-Polygonzug" und durch die "Gleichverteilungshypothese" in einem Lorenzdiagramm gebildeten Segments durch den Wert der maximalen Ungleichverteilungsfläche, so erhält man einen Koeffizienten λ ($0 \leq \lambda \leq 1$), der unter Verwendung der n empirisch beobachteten $x_i - y_i$ -Wertepaare ($i = 1, 2, 3, \dots, n$) nach der Formel

$$\lambda = 10^{-4} \sum_{i=1}^n \left[x_i \left(\sum_{j=1}^n y_j + \sum_{i=1}^n y_i - 100 \right) \right]$$

berechnet werden kann. (Diese Darstellung hat cet. par. gegenüber der graphischen den Vorteil, auch bei Überschneidung von je zwei Lorenzkurven eindeutige Aussagen zu ermöglichen.)

(b) Für die Werte der Übersicht f erhält man:

Arbeit	Kf.komm.	$\sum_{i=1}^n y_i$	$\sum_{i=1}^n y_i - 100 = (\dots) x_i = [\dots]$	Skizze
1	42.4	10.9	100.0 - 89.1 = 10.9	
2	24.7	18.4	89.1 - 70.7 = 18.4	
3	22.7	15.5	70.7 - 55.2 = 15.5	
4	4.2	12.8	55.2 - 41.4 = 13.8	
5	2.0	8.2	41.4 - 34.3 = 7.1	
6	1.5	18.5	34.3 - 17.7 = 16.6	
7	1.5	14.9	17.7 - 2.8 = 14.9	
8	0.3	2.3	2.8 - 0.3 = 2.5	
9	0.1	0.5	0.3 - 0.1 = 0.2	
100.0	100.0	100.0	0.2 - 0.1 = 0.1	

(c) Die verfügbare Evidenz scheint darauf hinzuweisen, daß die Konzentration der Geldeinkommen in Kenia 1961 größer war als in England 1876 ($\lambda_2 = 0.512$; Quelle: Vgl. KRELLE, Wilhelm: Verteilungstheorie, Wiesbaden 1962, S. 158), in beiden Fällen aber geringer als die durch ein Kreis-segment - $M(0|1)$, $r = 1$ - repräsentierte (Referenz-)Verteilungssituation $\lambda_3 : 0 < 0.512 < 0.553 < 0.571 < 1$, wobei $\lambda_3 = 0.5 (\pi - 2)$.

(d) Der absolute Fehler $\Delta \lambda_3$ in λ_3 , der durch die näherungsweise Darstellung des Kreisbogens durch einen Polygonzug entsteht, wird bei "günstiger" Lage der $x_i - y_i$ -Wertepaare für $i = 7$ und $j = i + 1$:

$$\Delta \lambda_3 = j \sin \frac{90^\circ}{j} - \frac{\pi}{2} = 8 \sin \frac{90^\circ}{8} - \frac{\pi}{2}$$

$0.010037 \approx 1.00\%$.

Einheiten führen. 1)

Um heterogene Größen in einer einzigen Aggregatgröße zusammenfassen zu können, ist es notwendig, sie in homogene zu überführen. Anstatt ein geeignetes, d.h. von der subjektiven Wertschätzung der Wirtschaftssubjekte absolut unabhängiges Maß zu wählen, setzt sich die Konvention durch, den "Wert" des Sozialprodukts zu messen. Der Wert eines Gutes i wird üblicherweise als Austauschrelation oder "relativer Preis" dieses Gutes in bezug auf ein anderes definiert, so daß z.B. geschrieben werden kann:

$$\phi(ME_{G_i}) = \lambda \sum_{j=1}^n X(ME_{G_{j-1}}), \text{ wobei } \phi + 0 \quad 2) \text{ so daß gilt:}$$

$$1(ME_{G_i}) = \lambda \sum_{j=1}^n ME_{G_{j-1}} \quad 1 \quad \pi_i \quad \text{und} \quad \pi_i + \infty$$

π_i bezeichnet somit den Austauschpreis des Gutes i in Mengeneinheiten des Gutes $i = 1$. Welches der i Güter man nun als tertium comparationis wählt, ist prinzipiell gleichgültig. Es kann sich dabei um Gold bestimmter Güte und Menge, mit oder ohne Prägung ebenso handeln, wie um ein Rechtsgut in Form einer verbrieften Forderung gegen die Notenbank oder sonst ein anderes, geeignetes Gut. 3)

- 1) Vgl. NEMCHINOV, Vasilij S.: The Use of Statistical and Mathematical Methods in Soviet Planning, in: BARNI, Tibor (Hrsg.): Structural Interdependence and Economic Development, London 1963, S.171-188.
- 2) Als negative Preise - oder "Unwerte" bestimmter (meistens unterlassener) Leistungen - wären z.B. kalkulatorische "soziale Kosten" denkbar.
- 3) Die Mängel dieses Verfahrens - interpersonelle und intertemporale Bewertungswillkür - können auch nicht durch die Berücksichtigung von Preisindizes beseitigt werden: Bezeichnet π_i den Umsatz der Ware i zum Basiszeitpunkt τ zum Durchschnittspreis π_i ($i = 1, 2, 3, \dots, \alpha$; $\alpha < \infty$) so können z.B. die Indizes nach Laspeyres, P_L , und Paasche, P_P , in folgender Weise notiert werden:

$$P = P_P = 1/P_L = \frac{\sum_{i=1}^{\alpha} \pi_i \pi_i}{\sum_{i=1}^{\alpha} \pi_i \pi_i} \quad \text{wobei } \pi_i \text{ den Preis der Ware } i \text{ zu einem anderen als den Basiszeitpunkt angibt. Für } \Delta \tau = 0 \text{ gilt } P = 1$$

Erläuterungen 12 zur Sozialproduktmessung

Ausgangspunkt der Sozialproduktmessungsprozedur muß die Erfassung aller j Mengeneinheiten des/der in der j -ten Produktionsstätte erzeugten i -ten Gutes/Leistung sein.

$i = 1, 2, 3, \dots$; (pro Jahr und Erde)

$j = 1, 2, 3, \dots$; (pro Jahr und Erde)

$= 0, 1, 2, \dots$; (in "natürlichen" Mengeneinheiten, ME)

Diese einfach lautende Forderung ist indessen in keinem Land der Erde realisiert.

1. weil die statistische Praxis die Fiktion von der Identität sozialer und wirtschaftlicher Organisationseinheiten aufrechterhält: Das Beharren, "Haushalte" als "Konsumtionsstätten" zu betrachten, verflächt die Messergebnisse in dem Maße, wie in Haushalten Güter, Leistungen und - nicht zuletzt - auch Arbeitskräfte "produziert" werden;
2. weil meßbare Schäden, die bei der Produktion erwünschter Güter und Leistungen quasi als Koppelprodukte anfallen, nur zu einem unbestimmten Teil ihres tatsächlichen Ausmaßes in die laufende Periodenrechnung eingehen; 1)
3. weil nur wenige Länder - wie z.B. die Sowjetunion - und diese lediglich für planungs-strategisch wichtige Güter und Leistungen, Materialkonten in physischen

1) Der unbekannte Rest wird i.d.R. unverbucht der nächsten Generation vererbt. Finanziert der Staat die Beseitigung derartiger Schäden aus Steuermitteln, dann erscheinen Umverteilungseffekte unvermeidbar.

Multipliziert man nun die produzierten Mengen φ_j^i mit ihren ME-Preisen π^i , so erhält man den Wert der von der Produktionsstätte j erzeugten Mengen des Gutes i, $\varphi_j^i \pi^i = \omega_j^i$, und als Summe aller ω_j^i über i und j den "Bruttowert des Output" ¹⁾ aller Produktionsstätten der Erde: $\sum_{j=1}^{\beta} \sum_{i=1}^{\alpha} \omega_j^i$.

Berücksichtigt man die Einwendungen 1. und 2. sowie die Tatsache, daß die Sozialproduktmessung immer eine nationale Angelegenheit ist, so lassen sich die Mengen aller i, j in folgende Teilmengen aufspalten:

- j = 1, 2, 3, ..., β = Anzahl aller Produktionsstätten der Erde
- j = 1, 2, 3, ..., $\bar{x}$ + Anzahl aller statistisch erfaßten inländischen Produktionsstätten
- j = $\bar{x}+1, \bar{x}+2, \dots, \bar{x}^*$ + Anzahl aller statistisch erfaßten ausländischen Produktionsstätten
- j = $\bar{x}^*+1, \bar{x}^*+2, \dots, \bar{x}$ + Anzahl aller stat. nicht erfaßten ausländischen Produktionsstätten
- j = $\bar{x}+1, \bar{x}^*+2, \dots, \beta$ + Anzahl aller stat. nicht erfaßten inländischen Produktionsstätten;
- und
- i = 1, 2, 3, ..., α = Anzahl aller produzierten Güter und Leistungen
- i = 1, 2, 3, ..., ε + Anzahl aller "wertvollen" ($\pi^i > 0$) G. u. L.
- i = $\varepsilon+1, \varepsilon+2, \dots, \varepsilon^*$ + Anzahl aller "wertlosen" ($\pi^i = 0$) Koppelprodukte

und für $\Delta \pi \neq 0$ gilt P 1. Die Unmöglichkeit, zu zwei verschiedenen Zeitpunkten am selben Ort ein und dasselbe Warenbündel identifizieren zu können, begrenzt den Wert dieser Indizes. Zur Verwendung von Indexziffern für Realeinkommensvergleiche, vgl. HEINEMANN, Hans-Joachim: Entwicklungshilfe, technischer Fortschritt und Terms of Trade, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 23 (1964), S. 115 - 162, insbes. S. 127 - 130.

2) Der Bruttowert des Output wird hier definiert als gesamte meßbare Periodenproduktion gleichgültig, ob sie bewertet oder nicht bewertet, "richtig" oder

i = $\varepsilon+1, \varepsilon+2, \dots, \alpha$ Anzahl aller schädlichen ($\pi^i < 0$) Koppelprodukte

Betrachtet man den Bruttowert des Output aller Produktionsstätten als relevante Ausgangsgröße zur Beurteilung der Produktionsergebnisse von Volkswirtschaften, so bleibt festzuhalten, daß Sozialprodukt-Meßverfahren in praxi nur unter äußerst zufälligen Umständen jene Größe messen, die hier als relevant bezeichnet wurde, wenn nämlich gilt:

$$(1) \Delta \omega_j^i = \sum_{i=1}^{\alpha} \sum_{j=1}^{\beta} \omega_j^i - \sum_{i=1}^{\varepsilon^*} \sum_{j=1}^{\beta} \omega_j^i = \sum_{i=1}^{\beta} \sum_{j=1}^{\alpha} \omega_j^i - \sum_{i=1}^{\beta} \sum_{j=1}^{\alpha} \omega_j^i = 0;$$

d.h. dann und nur dann, wenn der Gesamtwert der statisch nicht erfaßten wertvollen Produktion genau gleich ist dem Wert aller bei der Produktion von Gütern und Leistungen verursachten und unverrechnet gebliebenen "sozialen Kosten".

Um vom effektiven Maßobjekt, dem "pseudo-Output" aller Unternehmungen, $\sum_{j=1}^{\beta} \sum_{i=1}^{\alpha} \omega_j^i$, zu einer Ausdrucksform des Sozialprodukts zu gelangen, sind einige Manipulationen erforderlich:

1. Zerlegung des Output in eine nationale und eine nicht-nationale Komponente:

$$(2) \sum_{j=1}^{\beta} \sum_{i=1}^{\alpha} \omega_j^i = \sum_{j=1}^{\varepsilon^*} \sum_{i=1}^{\alpha} \omega_j^i + \sum_{j=\varepsilon^*+1}^{\beta} \sum_{i=1}^{\alpha} \omega_j^i;$$

oder in Kurznotation:

$$= \sum_{j=1}^{\varepsilon^*} \Omega_j + \sum_{j=\varepsilon^*+1}^{\beta} \Omega_j \text{ für } \sum_{i=1}^{\alpha} \omega_j^i = \Omega$$

"falsch" bewertet ist.

1) Vgl. Anmerkung 2 auf Seite 178.

$\mathcal{K} = 1, 2, 3, \dots, \eta$ ($\eta < \epsilon$) Güter- und Leistungsgruppen,
 (kurz Erzeugnisgruppen)
 und die Mengen
 $j, \mathcal{J} = 1, 2, 3, \dots, \mathcal{K}-1, \mathcal{K}, \mathcal{K}+1, \dots, \mathcal{K}^*$ aller Unternehmungen in
 $J, \mathcal{J} = 1, 2, 3, \dots, \mathcal{J}-1, \mathcal{J}, \mathcal{J}+1, \dots, \mathcal{J}^*$ ($\mathcal{J}^* < \mathcal{K}^*$) in- und ausländische Beschäftigungsbereichen zusammen, so
 erhöht man ohne Berücksichtigung von Subventionen und
 indirekten Steuern das Bruttoinlandsprodukt zu Faktor-
 kosten:

$$(5) \text{ BIP}_{PK} = \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \omega_{j,\mathcal{J}}^f - \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \omega_{j,\mathcal{J}}^f + \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \omega_{j,\mathcal{J}}^f - \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \omega_{j,\mathcal{J}}^f$$

oder

$$(5.a) \text{ BIP}_{PK} = \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \Omega_{j,\mathcal{J}}^f + \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \Omega_{j,\mathcal{J}}^f - \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \Omega_{j,\mathcal{J}}^f + \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \Omega_{j,\mathcal{J}}^f$$

Die algebraische Summe der Aggregate (5) kann als Saldo der "Haben-Posten" eines nationalen Produktionskontos interpretiert werden, der genau gleich sein muß (per definitionem) dem Betrag der auf der Soll-Seite verbuchten Wertschöpfung; - also der Summe aller bei der Produktion der $\mathcal{K}$ Erzeugnisgruppen in den J Beschäftigungsbereichen entstandenen Einkommen: $\sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \Omega_{j,\mathcal{J}}^f = Y$.

2. Berücksichtigung von Vorleistungen:
 Bezeichnet j nunmehr eine produzierende und Vorleistungen empfangende Unternehmung und $\mathcal{J}$ eine Vorleistung abgebende Unternehmung ($j, \mathcal{J} = 1, 2, 3, \dots, \mathcal{K}^*$), so stellt $\omega_{j,\mathcal{J}}^i = \omega_{j,\mathcal{J}}^i$ den Wert des Gutes (der Leistung) i dar, den die Unternehmung j von der Unternehmung $\mathcal{J}$ als Vorleistung bezogen hat. Unter Anwendung der eingeführten Kurznotationen erhält man somit den Gesamtwert aller Inter-Unternehmens-Vorleistungen, mit:

$$(3) V = \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \Omega_{j,\mathcal{J}}^i = \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \Omega_{j,\mathcal{J}}^i + \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \Omega_{j,\mathcal{J}}^i - \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \Omega_{j,\mathcal{J}}^i$$

Beachtet man, daß Lieferungen ausländischer Unternehmungen untereinander für die Ermittlung des inländischen Produktionsergebnisses statistisch unwirksam sind und daß ohne entsprechende Berücksichtigung intranationaler Vorleistungen das inländische Produktionsergebnis zu hoch, Bezüge aus dem Ausland das inländische Produktionsergebnis zu hoch und Lieferungen an das Ausland das inländische Produktionsergebnis zu niedrig ausweisen würden, dann ist die Art der Berücksichtigung der Matrix-Elemente bei der Ermittlung des Bruttoinlandsproduktes, BIP, eindeutig bestimmt:

$$(4) \text{ BIP} = \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \Omega_{j,\mathcal{J}}^i + \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \Omega_{j,\mathcal{J}}^i - \sum_{j=1}^{\mathcal{K}} \sum_{\mathcal{J}=1}^{\mathcal{J}} \Omega_{j,\mathcal{J}}^i$$

Inlands-Pseudoprodukt - inländische Vorleistgn. + Exporte - Importe

Paßt man die Menge

$i = 1, 2, 3, \dots, \epsilon$ aller "wertvollen" Güter und Leistungen in

Funktionale Gliederung der Staatsausgaben Kenias

	1961/62			1962/63			1963/64			1964/65			1965/66			1966/67			1967/68			1968/69		
	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT
meine Verwltg.: Zentralbehörden	1.65	...	1.65	1.93	0.47	2.41	1.83	0.50	2.33	2.22	0.41	2.63	2.13	0.31	2.44	2.14	0.20	2.34	1.63	0.39	2.02	1.62	0.20	1.82
meine Verwltg.: Provinzbehörden	3.55	0.12	3.67	3.29	0.08	3.37	3.06	0.22	3.28	3.52	0.07	3.59	2.82	0.04	2.86	2.47	0.06	2.53	2.45	0.04	2.49	2.32	0.09	2.42
a- und Innere Sicherheit	15.11	0.76	15.87	13.75	0.49	14.24	11.73	0.11	11.84	11.31	0.20	11.51	11.05	0.34	11.39	11.14	0.42	11.56	11.09	0.73	11.82	9.93	0.70	10.63
kräfte	0.54	0.05	0.59	0.29	...	0.29	1.71	...	1.71	4.12	0.19	4.31	4.98	0.22	5.20	6.00	0.23	6.23	6.13	0.35	6.49	5.03	0.26	5.29
rtige Angelegenheiten	...	...	...	...	...	...	...	...	...	0.83	...	0.83	0.80	...	0.80	0.73	...	0.73	0.75	...	0.75	0.76	0.03	0.79
verwaltung	2.96	...	2.96	2.73	0.02	2.75	2.12	0.03	2.14	2.35	...	2.35	2.25	0.03	2.27	2.81	0.01	2.82	2.01	0.14	2.15	1.96	0.20	2.17
leinste Dienstleistungen	24.11	0.22	24.33	22.00	1.06	23.06	20.25	1.21	21.45	24.41	0.67	25.28	24.03	0.93	24.96	25.29	0.93	26.21	24.06	1.66	25.71	21.64	1.58	23.22
enbau und -unterhaltung	4.01	2.25	6.26	3.55	2.30	5.85	2.34	2.76	5.11	1.77	2.30	4.20	2.29	4.38	6.67	2.19	4.60	6.79	2.11	4.83	6.94	2.31	5.74	8.04
ige Verkehrseinrichtungen	0.69	0.51	1.21	0.46	0.19	0.65	0.49	0.02	0.51	0.58	0.06	0.64	0.55	0.07	0.62	0.63	0.11	0.74	0.57	0.21	0.78	0.59	0.10	0.69
e Infrastrukturleistungen	0.05	0.03	0.08	0.04	0.07	0.11	0.11	0.02	0.13	0.08	0.06	0.13	0.04	0.02	0.06	0.07	...	0.07	0.06	...	0.06	0.07	...	0.07
rastrukturleistungen	8.39	2.60	11.99	7.12	3.02	10.14	5.44	3.50	8.94	5.36	2.70	8.25	5.64	5.10	10.74	6.15	5.37	11.52	5.40	5.88	11.28	5.67	6.28	11.95
irtschaft	6.09	4.53	10.62	7.47	8.77	16.23	4.12	13.76	17.88	4.44	11.02	16.26	5.47	6.87	12.34	4.29	6.45	10.73	5.89	4.25	10.84	5.92	5.15	11.08
irtschaft	2.12	0.28	2.39	1.82	0.18	2.00	1.72	0.16	1.88	1.59	0.22	1.81	1.69	0.27	1.96	1.41	0.20	1.63	1.20	0.26	1.54	1.36	0.37	1.73
wirtschaft	1.53	0.08	1.61	1.44	0.08	1.52	1.21	0.14	1.34	1.41	0.17	1.57	1.20	0.25	1.53	1.15	0.93	2.08	1.05	0.57	1.72	1.01	0.45	1.46
ild und Fischerei	0.32	0.07	0.39	0.30	0.05	0.35	0.26	0.01	0.27	0.33	0.02	0.35	0.35	0.19	0.53	0.42	0.13	0.55	0.46	0.20	0.65	0.48	0.10	0.73
nalparks und Tourismus	0.16	0.05	0.21	0.16	0.07	0.23	0.16	0.06	0.23	0.13	0.19	0.32	0.17	0.06	0.23	0.16	0.38	0.54	0.14	0.74	0.89	0.13	0.39	0.53
l und Industrie	0.30	...	0.30	0.19	0.05	0.24	0.16	...	0.16	0.47	0.05	0.51	0.36	0.08	0.44	1.00	0.62	1.62	3.30	0.77	4.07	3.98	1.06	5.04
schätze und Bergbau	1.19	0.02	1.21	1.02	0.03	1.05	0.96	0.01	0.97	1.01	0.56	1.57	0.85	0.54	1.39	0.83	0.55	1.38	0.76	0.60	1.36	0.76	0.72	1.48
ngsförderung	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
irtschaftsförderung	11.69	5.04	16.73	12.40	3.23	21.64	8.59	14.17	22.75	9.38	13.01	22.39	10.16	5.27	18.43	9.26	9.28	18.54	12.96	8.20	21.06	13.66	8.33	21.99
ngs- u. Ausbildungswesen	14.60	1.15	15.75	12.96	0.83	13.79	10.22	0.63	10.84	8.81	0.85	9.65	7.55	1.34	8.89	8.44	0.90	9.34	8.32	2.09	10.41	8.54	2.78	11.33
idheitswesen	6.22	0.32	6.54	5.61	0.30	5.91	4.25	0.23	4.48	4.23	0.20	4.43	4.58	0.22	4.80	4.53	0.27	4.79	4.50	0.92	5.43	4.52	1.12	5.63
le Beziehungen	0.65	0.01	0.65	0.56	0.01	0.56	0.38	0.01	0.39	0.36	0.01	0.37	0.44	0.01	0.45	0.34	0.02	0.36	0.23	...	0.23	0.28	...	0.28
ngsförderung	0.05	0.75	0.80	0.10	0.43	0.52	0.06	0.20	0.26	0.01	0.72	0.76	0.05	0.60	0.65	0.09	1.55	1.77	0.69	0.37	0.56	0.09	2.03	2.12
ige Soziale Dienste	2.14	0.07	2.21	1.42	0.08	1.50	0.94	0.05	0.99	2.09	0.13	2.21	1.97	0.56	2.53	2.34	0.55	2.89	2.21	0.32	2.53	2.08	0.25	2.33
ziale Dienste	23.66	2.29	25.95	20.65	1.55	22.29	15.85	1.11	16.96	15.58	1.91	17.49	14.60	2.74	17.33	15.74	3.31	19.05	15.41	4.20	19.61	15.51	6.18	21.69
ationswesen	0.43	...	0.43	0.49	0.01	0.50	0.37	...	0.37	0.39	...	0.39	0.39	...	0.39	0.42	...	0.42	0.40	0.36	0.46	0.39	0.05	0.43
ige Öffentliche Bauarbeiten	2.52	0.38	2.89	2.34	0.30	2.64	1.68	0.26	1.94	1.79	0.11	1.90	1.72	0.14	1.87	1.46	0.38	1.85	1.40	0.29	1.68	1.42	0.17	1.59
hnicht-spezifisierb. Leistungen	0.37	0.06	0.43	0.27	...	0.27	0.96	...	0.96	0.21	0.05	0.26	0.04	0.19	0.23	0.04	...	0.04	0.02	0.07	0.09	0.05	0.06	0.10
unktional nicht-aufteilb. Leistn.	3.32	0.44	3.75	3.09	0.31	3.40	3.02	0.26	3.28	2.37	0.16	2.55	2.15	0.34	2.46	1.92	0.23	2.30	1.81	0.42	2.23	1.86	0.27	2.13
ahlungen	6.29	...	6.29	6.34	...	6.34	5.95	...	5.95	6.25	...	6.25	6.10	...	6.10	6.10	...	6.10	5.71	...	5.71	5.69	...	5.69
ungen an Tilgungsfonds	0.27	...	0.27	0.88	...	0.88	0.74	...	0.74	0.72	...	0.72	0.66	...	0.66	0.65	...	0.65	0.82	...	0.82	0.70	...	0.70
ahlungen	0.67	...	0.67	0.85	...	0.85	0.95	...	0.95	2.05	...	2.05	3.16	...	3.16	2.97	...	2.97	2.02	...	2.02	2.14	...	2.14
eichschaltungen an Beamte	0.50	...	0.50	2.85	...	2.85	8.21	...	8.21	5.10	...	5.10	4.19	...	4.19	3.51	...	3.51	2.43	...	2.43	0.14	...	0.14
e an Internat./Organisationen	...	...	...	...	...	...	1.55	...	1.55	0.01	...	0.01	0.91	...	0.91	0.43	...	0.43	0.28	0.21	0.50	0.26	0.57	0.83
osten und Abfindungen	3.50	...	3.50	4.49	...	4.49	6.48	...	6.48	5.47	...	5.47	4.87	...	4.87	4.63	...	4.63	3.31	...	3.31	3.50	...	3.50
kost. u. Reparatuerbeihilfen	1.71	...	1.71	1.40	0.01	1.41	1.39	...	1.39	0.94	...	0.94	0.80	...	0.80	0.60	...	0.60	0.60	...	0.60	0.52	...	0.52
zifizierb. Zahlgn. an Lokalbehörd.	1.45	1.37	2.91	1.64	1.00	2.65	0.93	0.43	1.36	2.84	0.66	3.50	4.33	1.01	5.34	3.40	...	3.40	4.08	0.13	4.21	5.34	0.10	5.43
ufende Zahlungsverpflichtungen	15.17	1.37	16.54	18.45	1.01	19.46	26.10	0.44	26.52	23.30	0.66	24.04	25.04	1.01	26.05	22.38	...	22.38	19.76	0.34	20.11	18.35	...	...
sante Staatsausgaben	96.34	13.66	110.00	83.72	16.28	100.00	79.33	20.67	100.00	80.62	19.31	100.00	81.62	18.39	100.00	80.73	19.27	100.00	79.30	20.70	100.00	76.70	23.30	100.00
ster-Budget-Transaktionen	1.16	5.44	6.60	1.10	1.10	2.20	7.20	1.12	8.32	8.16	1.19	9.35	3.15	1.81	4.95	...	...	...	0.39	1.57	1.96	0.41	1.34	1.75
Staatseinnahmen lt. Haushaltsrechnung	97.50	19.10	106.60	94.89	20.43	105.32	87.24	22.39	109.63	89.85	20.80	109.7	94.76	20.19	105.0	...	...	...	79.69	22.27	102.0	77.11	24.65	101.8
esante St.ausgaben (in Tsd. K.S.)	45220	7155	52375	48238	9397	57735	54043	14085	68128	56977	13521	70538	63267	14252	77519	68529	16357	84836	74938	19575	94563	80515	24463	104978
lenabweichungen (in Tsd. K.S.):	1961/62			1962/63			1963/64			1964/65			1965/66			1966/67			1967/68			1968/69		
o:	Stat. Abstract 64	Stat. Abstract 65	Stat. Abstract 64	Stat. Abstract 65	Stat. Abstract 64	Stat. Abstract 65	Stat. Abstract 64	Stat. Abstract 65	Stat. Abstract 64	Stat. Abstract 65	Stat. Abstract 64	Stat. Abstract 65	Stat. Abstract 64	Stat. Abstract 65	Stat. Abstract 64	Stat. Abstract 65	Stat. Abstract 64	Stat. Abstract 65	Stat. Abstract 64	Stat. Abstract 65	Stat. Abstract 64	Stat. Abstract 65	Stat. Abstract 64	Stat. Abstract 65
Central Administration	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Defence	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Roads	2093	---	---	2101	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Agriculture	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Education	7993	---	---	7646	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Compensation Payments to Designated Officers	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Passages and Leave Expenses	900	---	---	893	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
	10986	---	---	10901	---	---	15028	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
	---	---	---	85	---	---	1257	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Comprising Transfers to Recurrent Account and Other Internal Transfers;
Including Transfers to Regional Accounts;
Kenya Statistical Abstract 1964 mit Kenya Statistical Abstract 1974, a.a.O.

Funktionale Gliederung der Staatsausgaben Tansanias

	1961/62			1962/63			1963/64			1964/65			1965/66			1966/67			1967/68			1968/69		
	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT
meine Verwaltg.: Zentralbehörden	1.63	—	1.63	3.87	—	3.87	4.57	—	4.57	1.62	0.01	1.63	2.53	—	2.53	2.19	—	2.19	2.53	—	2.53	2.42	—	2.42
s. Verwaltg.: Regional- u. Lokalbeh.	2.76	—	2.76	2.87	—	2.87	1.77	—	1.77	3.00	0.30	3.30	2.98	0.09	3.07	2.66	0.42	3.01	3.04	0.93	3.97	3.65	1.37	4.42
s- und Innere Sicherheit	7.94	—	7.94	7.88	—	7.88	8.26	—	8.26	9.38	0.89	10.27	9.11	0.80	9.90	8.30	1.10	9.40	7.77	0.53	8.30	7.73	0.19	7.90
kräfte u. "National Service"	0.87	—	0.87	1.64	—	1.64	2.28	—	2.28	4.17	0.80	4.97	3.92	0.79	4.71	4.24	1.75	5.99	5.28	2.36	7.64	4.43	1.62	6.09
rtige Angelegenheiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.62	0.06	1.68	1.34	0.10	1.44	1.26	0.06	1.32	1.22	0.06	1.28	1.25	0.10	1.35
zverwaltung	0.71	—	0.71	0.96	—	0.96	0.54	—	0.54	1.77	—	1.77	3.72	1.79 ^c	5.51	1.62	—	1.62	2.51	0.20 ^d	2.71	2.16	0.08	2.24
ge allgem. Staatsdienste	1.11	—	1.11	0.37	—	0.37	0.48	—	0.48	0.23	—	0.23	0.22	—	0.22	0.24	—	0.24	0.19	—	0.19	0.17	—	0.17
lgemeine Staatsdienste	15.03	—	15.03	17.58	—	17.58	17.90	—	17.90	21.80	2.05	23.85	23.83	3.56	27.39	20.44	3.33	23.77	22.55	4.07	26.62	31.25	3.35	24.66
s. öffentl. Infrastrukturarbeiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.04	—	3.04	2.30	—	2.30	2.17	—	2.17	1.94	0.27 ^a	2.31	1.77	—	1.77
ebau und -erhaltung	3.95	3.25	7.21	4.13	2.72	6.86	3.64	2.39	6.03	—	2.30	—	2.66	—	2.66	—	5.76	—	5.76	—	4.44	—	—	—
ätzebau u. -unterhaltung	0.21	0.12	0.33	0.04	0.08	0.12	—	0.26	0.26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.04	—	—	—	
ge Verkehrseinrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0.27	0.27	—	0.31	0.31	—	1.26	1.26	—	1.05	—	1.29	1.1	6.0
versorgung u. Bewässerung	0.28	1.71	2.00	0.47	1.48	1.95	0.79	1.60	2.39	2.03	5.07	7.10	2.32	3.21	5.53	1.83	3.42	5.25	1.41	3.20	4.64	1.26	5.76	7.02
en und Erschließungsarbeiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0.70	—	0.70	0.51	—	0.51	0.38	—	0.38	0.36	—	0.36
und Erschließungsarbeiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0.01	—	0.01	0.02	—	0.02
rastrukturleistungen	4.54	5.09	9.54	3.63	4.28	7.91	2.86	4.25	7.10	5.07	7.63	12.70	5.31	6.18	11.56	4.51	10.44	14.95	3.97	2.06	2.92	1.49	17.16	20.65
irtschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
irtschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
riedene Agrar-Dienste	4.02	2.48	6.50	4.39	1.36	5.74	4.05	1.49	5.54	—	0.12	6.28	5.86	0.65	6.93	5.90	0.31	6.64	6.64	0.43	7.51	6.23	1.39	8.14
irtschaftswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0.27	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ke, Wild, Forsten, Fischerei, Tourismus	0.94	0.46	1.39	2.15	0.59	2.74	2.22	0.42	2.63	0.19	0.03	0.22	0.55	0.05	0.60	0.86	0.80	1.66	—	1.04	0.06	0.01	—	0.01
l und Industrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
schätze	0.42	0.09	0.51	0.41	0.09	0.51	0.39	0.05	0.44	1.02	0.07	1.09	0.66	0.67	1.33	0.62	0.38	1.50	0.28	0.50 ^k	0.77	0.27	0.21	0.49
meine Wirtschaftsdienste	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ige Wirtschaftsdienste	1.39 ^a	1.74 ^a	3.13	1.29	1.60 ^a	2.88	0.44	1.23 ^a	1.67	0.09	0.09	0.18	0.27	0.08	0.35	0.24	0.38	0.31	0.32	0.04	0.35	0.27	0.01	—
ingsförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
entwicklung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
entwicklung u. "Ujamaa Dörfer"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ziale Dienste	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
rmationswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ge öffentliche Bauarbeiten	2.96	3.13	6.15	4.04	1.66	5.70	3.51	0.37	3.88	0.55	—	0.55	0.89	0.09	0.98	0.83	0.03	0.86	0.61	0.04	0.65	0.58	—	0.53
sh., nicht-spezifizierte Leistungen	9.15	1.22	10.37	2.19	1.24 ^b	3.43	4.74	6.24 ^b	10.97	5.20	—	5.20	4.67	—	4.67	6.44	—	6.44	6.27	—	6.27	6.54	—	6.54
h., nicht-spezifizierte Leistungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
unktional nicht-aufteilb. Dienste	12.11	4.41	16.52	3.20	2.90	6.10	9.54	6.61	16.15	5.76	—	5.76	5.56	0.09	5.65	7.27	0.03	7.30	6.88	0.04	6.91	7.12	—	7.12
erte Schulden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ierte Schulden	4.96	—	4.96	5.38	—	5.38	5.34	—	5.34	2.47	—	2.47	2.37	—	2.37	4.58	—	4.58	5.32	—	5.32	3.75	—	3.75
ezine Schulden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
agliche Verbindlichkeiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
leichszahlungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
alteilbeteiligungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
üge an internat. Organisationen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ionszahlungen	4.76	—	4.76	3.93	—	3.93	4.90	—	4.90	2.67	—	2.67	2.45	—	2.45	2.52	—	2.52	2.18	—	2.18	0.77	—	0.77
rdnungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ekosten u. M. Beihilfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
zahlungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
chiedene andere Zahlungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
aufende Zahlungsverpflichtungen	2.71	—	2.71	2.32	—	2.32	10.24	—	10.24	12.72	—	12.72	18.64	—	18.64	19.14	—	19.14	17.09	—	17.09	14.43	—	14.43
pprepr.-in-Aid-Consol.-Fund-Serv.	14.13	—	14.13	22.22	—	22.22	15.35	—	15.35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
esante Staatsausgaben	30.24	19.66	100.0	34.92	15.07	100.0	32.11	17.09	100.0	37.13	20.82	100.0	37.42	20.59	100.0	36.90	23.10	100.0	35.58	24.42	100.0	37.23	27.97	100.0
nter-Budget-Transaktionen	—	—	—	0.93	—	0.93	1.75	—	1.75	4.08	—	4.08	0.38	—	0.39	0.17	—	0.17	3.28	—	3.28	5.26	—	5.26
St'Ausgab. lt. Haushaltsrechnung	30.24	19.66	100.0	35.85	15.07	100.9	33.86	17.09	101.8	41.21	20.82	104.1	41.81	20.58	104.4	37.07	23.10	100.2	38.86	24.42	103.3	37.29	27.97	100.0
esante St'Ausgaben (in Mill.T.Shs.)	746.6			752.4			812.3			980.0			1117.7			1274.1			1409.1			1646.0		

Ökonomische Gliederung der Staatsausgaben Kenias

	1961/62			1962/63			1963/64			1964/65			1965/66			1966/67			1967/68			1968/69		
	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT
ausgaben an die Landwirtschaft an andere Sektoren	1,14 0,31	—	1,14 0,31	1,11 0,20	—	1,11 0,20	0,48 0,12	—	0,48 0,12	0,39 0,02	—	0,39 0,02	0,97 0,04	—	0,97 0,04	0,63 0,11	—	0,63 0,11	2,53 0,03	—	2,53 0,03	2,63 0,05	—	2,63 0,05
einseitige Übertragungen	1,45	—	1,45	1,31	—	1,31	0,60	—	0,60	0,40	—	0,40	1,01	—	1,01	0,74	—	0,74	2,61	—	2,61	2,68	—	2,68
ausgaben an Tiefbauwerken	—	3,52	3,52	—	3,47	3,47	—	1,56 ^a	1,56	—	3,01	3,01	—	4,01	4,01	—	6,39	6,39	—	7,16	7,16	—	7,46	7,46
Hochbauten ohne Wohnungen	—	2,23	2,23	—	1,29	1,29	—	1,18	1,18	—	1,41	1,41	—	1,61	1,61	—	1,91	1,91	—	3,50	3,50	—	4,18	4,18
Wohnbauten	—	0,79	0,79	—	0,51	0,51	—	0,43	0,43	—	0,36	0,36	—	0,60	0,60	—	0,58	0,58	—	1,19	1,19	—	1,36	1,36
Anlag., Masch., Ausrüstungen	—	0,87	0,87	—	1,00	1,00	—	0,71 ^b	0,71	—	0,73	0,73	—	1,13	1,13	—	1,67	1,67	—	1,55	1,55	—	1,84	1,84
Fahrzeugen	—	1,02	1,02	—	0,71	0,71	—	0,72 ^c	0,72	—	0,70	0,70	—	0,89	0,89	—	1,10	1,10	—	0,98	0,98	—	0,72	0,72
Grund und Boden	—	—	—	—	—	—	—	0,03	0,03	—	0,06	0,06	—	0,05	0,05	—	0,24	0,24	—	0,83	0,83	—	0,27	0,27
Brutto-Kapitalbildung	—	8,43	8,43	—	6,98	6,98	—	4,63	4,63	—	6,28	6,28	—	8,29	8,29	—	11,80	11,80	—	15,20	15,20	—	15,81	15,81
ausgaben an Haushalte	—	1,15	1,15	—	0,82	0,82	—	0,47	0,47	—	0,30	0,30	—	—	—	—	0,06	0,06	—	—	—	—	—	—
private Unternehmungen	—	0,06	0,06	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,03	0,03	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Staatsunternehmungen	—	0,78	0,78	—	0,95	0,95	—	1,86	1,86	—	1,49	1,49	—	3,67	3,67	—	4,36	4,36	—	3,16	3,16	—	2,92	2,92
Behörden und Ämter	—	3,07	3,07	—	4,28	4,28	—	7,03	7,03	—	6,83	6,83	—	3,56	3,56	—	3,01	3,01	—	3,73	3,73	—	5,69	5,69
Kreditverleihung	—	5,05	5,05	—	6,06	6,06	—	9,37	9,37	—	8,62	8,62	—	7,26	7,26	—	7,43	7,43	—	7,23	7,23	—	9,58	9,58
ausgaben von Inlandsschulden	—	0,04	0,04	—	0,02	0,02	—	0,02	0,02	—	1,19	1,19	—	1,68	1,68	—	0,10	0,10	—	0,10	0,10	—	0,54	0,54
ausgaben an Tilgungsfonds	—	0,97	0,97	—	0,68	0,68	—	0,74	0,74	—	0,72	0,72	—	0,66	0,66	—	0,65	0,65	—	0,82	0,82	—	0,70	0,70
ausgaben von Auslandsschulden	—	0,63	0,63	—	0,83	0,83	—	2,58 ^d	2,58	—	2,54	2,54	—	3,69	3,69	—	3,34	3,34	—	1,96	1,96	—	1,59	1,59
Abnahme von Staatsschulden	—	1,64	1,64	—	1,73	1,73	—	3,33	3,33	—	4,44	4,44	—	6,04	6,04	—	4,09	4,09	—	2,88	2,88	—	2,84	2,84
ausgaben für Inlandsschulden	1,90	—	1,90	1,73	—	1,73	1,63	—	1,63	1,62	—	1,62	1,64	—	1,64	1,78	—	1,78	1,97	—	1,97	2,28	—	2,28
" Auslandsschulden	4,39	—	4,39	4,61	—	4,61	4,32	—	4,32	4,63	—	4,63	4,46	—	4,46	4,41	—	4,41	3,75	—	3,75	3,41	—	3,41
ausgaben an Dienstleistungen	6,29	—	6,29	6,34	—	6,34	5,95	—	5,95	6,25	—	6,25	6,10	—	6,10	6,19	—	6,19	5,72	—	5,72	5,69	—	5,69
ausgaben an Personen (incl. Pensionen)	5,13	—	5,13	6,92 ^b	—	6,92	7,53 ^c	—	7,53	6,01	—	6,01	5,33	—	5,33	5,14	—	5,14	4,24	—	4,24	4,09	—	4,09
Bildungs- u. kulturelle Instit.	9,25	—	9,25	8,28	—	8,28	6,54	—	6,54	5,86	—	5,86	5,88	—	5,88	4,27	—	4,27	5,00	—	5,00	5,22	—	5,22
andere private Vereinigungen	0,73	—	0,73	0,36	—	0,36	0,20	—	0,20	0,45	—	0,45	0,29	—	0,29	0,29	—	0,29	0,36	—	0,36	0,31	—	0,31
lokale Behörden	2,73	—	2,73	2,96	—	2,96	1,50	—	1,50	3,44	—	3,44	4,45	—	4,45	3,52	—	3,52	4,74	—	4,74	5,42	—	5,42
Miedlungsbehörden	—	—	—	3,36	—	3,36	4,13	—	4,13	3,24	—	3,24	1,20	—	1,20	0,81	—	0,81	0,54	—	0,54	0,48	—	0,48
Straßenbauämter	6,05	—	6,05	4,99	—	4,99	3,50	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Staatsunternehmungen	0,25	—	0,25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,06	0,06	—	0,36	0,36	—	0,55	0,55	—	0,32	0,32
S.A.C.-Organisationen	0,45 ^d	—	0,45	0,37 ^e	—	0,37	0,19	—	0,19	0,18	—	0,18	0,27	—	0,27	0,14	—	0,14	0,12	—	0,12	0,12	—	0,12
sonst., ausl., Empfänger	0,48 ^f	—	0,48	2,40 ^g	—	2,40	8,74	—	8,74	4,94	—	4,94	5,12	—	5,12	4,00	—	4,00	3,01	—	3,01	1,06	—	1,06
sonst., sonstige Übertragungen	0,36	—	0,36	0,66	—	0,66	0,74	—	0,74	0,67	—	0,67	0,28	—	0,28	2,03	—	2,03	1,25	—	1,25	1,31	—	1,31
verschiedene Transaktionen	25,41	—	25,41	30,32	—	30,32	33,07	—	33,07	24,73	—	24,73	22,82	0,06	22,82	20,21	0,36	20,57	18,66	0,55	19,21	18,01	0,22	18,33
Leistungsgelde	34,32	—	34,32	30,70 ^b	—	30,70	26,85	—	26,85	28,42	—	28,42	26,52	—	26,52	27,09	—	27,09	25,04	—	25,04	25,07	—	25,07
Zuschüsse	1,35	—	1,35	1,28	—	1,28	1,04	—	1,04	1,03	—	1,03	1,05	—	1,05	0,98	—	0,98	0,94	—	0,94	1,02	—	1,02
Beihilfen	1,67	—	1,67	1,41	—	1,41	1,29	—	1,29	0,74	—	0,74	0,94	—	0,94	0,80	—	0,80	0,57	—	0,57	0,49	—	0,49
Fonds-Zuweisungen	0,56	—	0,56	0,72	—	0,72	0,84	—	0,84	0,64	—	0,64	0,59	—	0,59	0,53	—	0,53	0,43	—	0,43	0,42	—	0,42
und Zuschläge	0,43	—	0,43	0,20	—	0,20	1,05 ^e	—	1,05	2,78	—	2,78	3,08	—	3,08	3,70	—	3,70	3,42	—	3,42	3,07	—	3,07
Pensionen u. Gratifikationen	0,15	—	0,15	0,13	—	0,13	0,11	—	0,11	0,10	—	0,10	0,09	—	0,09	0,11	—	0,11	0,11	—	0,11	0,13	—	0,13
u. Pachten für Wohnbauten	0,30	—	0,30	0,26	—	0,26	0,23	—	0,23	0,24	—	0,24	0,24	—	0,24	0,30	—	0,30	0,28	—	0,28	0,30	—	0,30
für and. Bauten	0,32	—	0,32	0,27	—	0,27	0,25	—	0,25	0,28	—	0,28	0,28	—	0,28	0,35	—	0,35	0,32	—	0,32	0,37	—	0,37
Rechts- u. Reparaturausgaben	2,42	—	2,42	2,28	—	2,28	1,27	—	1,27	2,45	—	2,45	2,75	—	2,75	2,16	—	2,16	2,56	—	2,56	2,42	—	2,42
Kosten	1,69	—	1,69	1,60	—	1,60	1,73	—	1,73	2,45	—	2,45	2,55	—	2,55	2,77	—	2,77	2,44	—	2,44	2,27	—	2,27
ausst., Büromaterial, Porti	1,73	—	1,73	1,40	—	1,40	1,18	—	1,18	0,95	—	0,95	1,06	—	1,06	1,09	—	1,09	0,75	—	0,75	0,73	—	0,73
Bildungskurse	0,17	—	0,17	0,28	—	0,28	0,03	—	0,03	0,05	—	0,05	0,03	—	0,03	0,04	—	0,04	0,03	—	0,03	0,09	—	0,09
Schulung- u. Untersuchungsaufträge	0,35	—	0,35	0,22	—	0,22	0,25	—	0,25	0,34	—	0,34	0,35	—	0,35	0,47	—	0,47	0,30	—	0,30	0,34	—	0,34
Stellungsgebühren	0,08	—	0,08	0,06	—	0,06	0,08	—	0,08	0,10	—	0,10	0,13	—	0,13	0,20	—	0,20	0,16	—	0,16	0,16	—	0,16
Tagungen, Konferenzen usw.	0,07	—	0,07	0,14	—	0,14	0,05	—	0,05	0,13	—	0,13	0,12	—	0,12	0,08	—	0,08	0,04	—	0,04	0,07	—	0,07
Wasser u. Hausverwaltung	0,53	—	0,53	0,56	—	0,56	0,51	—	0,51	0,66	—	0,66	0,74	—	0,74	0,67	—	0,67	0,76					

atzwerte; zur Methode, vgl. Ann. 1), S. 205 und Ann.), S. ;
 Internal Subventions and Grants from the Treasury to local Authorities rose from about Shs. 15Mill. to 75Mills.; in addition Grants-in-Aid for Primary Schools increased sig-
 nificantly;
 - 1.e) : Contributions to Funds were as follows: (in Mill.Shs.): 1.b) 18.8, 1.c) 20.0, 1.d) 22.3, 1.e) 30.0;
 including Student's Welfare Bursaries;
 Student's Welfare Bursaries-Payments dropped from about Shs 15-20 Mills. annually to 2-3 Mills.
 Grants-in-Aid division to Voluntary Agencies increased from about Shs. 5-10 Mills. to 25-30 Mills. annually;
 Because of the proposed Self-sufficiency of Prastatal contributions to them occur only sporadically;
 Contributions to the State-Party, TANU, rose significantly;
 mainly contributions to the University of East Africa;
 - 1.o) : High proportions of Contributions to International Organizations unexplained were as follows: (in Mill.Shs.)) : 1.l) 9.5, 1.m) 18.7, 1.n) 25.4, 1.o) 21.1;
 Shs. 5.1 Mills. paid by the Ministry of Commerce and Co-operatives;
 Shs. 10.0 Mills. paid by the Ministry of Commerce and Co-operatives;
 Expenditures for Construction and Works comprises mainly of expenditures for the construction of roads and water works;
 About 50% of these expenditures may be allocated to the building of schools;
 Out of these Shs. 7.9 Mills. were spent for the building of Teachers' Houses;
 Shs. 10.4 Mills. alone were spent for the Population Census;
 Expenditure for the Investigation of Mineral Resources rose from less than Shs. 1 Mill. annually to about 10 Mills.
 The Settlement Division spent Shs. 3.5 Mills. alone whereas formerly it spent about 0.1 Mill. only;
 Out of these Expenditures for Defence-Purposes were as follows (in Mill.Shs.): 64/65: 5.8; 65/66: 8.0; 66/67: 19.5; 67/68: 31.4; 68/69: 22.3; 69/70: 46.2; 70/71: 74.7;
 71/72: 136.8
 Paid by the Treasury to unstated recipients;
 These Transfers remained unspecified;
 Out of these Shs. 153.3 Mills. were spent for the Tanzania-Zambia-Railway;
 en. vgl. Tab. XIII: Funktionale Gliederung der Staat.ausgaben Tanzania

Funktionale Gliederung der Staatseinnahmen Kenias

	1961/62			1962/63			1963/64			1964/65			1965/66			1966/67			1967/68			1968/69		
	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT
Steuern	19.07	—	19.07	18.96	—	18.96	19.19	—	19.19	18.49	—	18.49	21.55	—	21.55	21.96	—	21.96	23.76 ^a	—	23.76	22.01	—	22.01
Grundbesitzsteuer	3.12	—	3.12	2.15	—	2.15	0.21	—	0.21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0.43	—	0.43	1.41	—	1.41
Erbschaftsteuer	—	—	—	0.02	—	0.02	—	—	—	0.25	0.25	0.62	0.62	1.25	0.88	—	0.88	1.16	—	1.16	0.43	—	0.43	
Stempelsteuer	0.17	—	0.17	0.05	—	0.05	—	—	—	0.22	0.22	—	0.25	0.35	—	0.35	0.35	—	0.35	0.38	—	0.38	0.29	—
Sonstige Steuern	0.09	0.09	0.18	0.05	—	0.05	—	—	—	0.05	—	0.08	—	0.08	0.06	—	0.06	0.16	—	0.16	0.13	—	0.13	
Steuern auf Einkommen u. Vermögen	22.46	0.09	22.55	21.22	—	21.22	19.45	0.47	19.92	19.19	0.88	20.06	22.84	—	22.84	23.63	—	23.63	25.12	—	25.12	24.09	—	24.09
Steuern auf Umsatz	21.67	—	21.67	23.46	—	23.46	19.86	—	19.86	21.83	—	21.83	23.33	—	23.33	23.47	—	23.47	20.64 ^a	—	20.64	20.35	—	20.35
Steuern auf Einkommen u. Vermögen	7.15	—	7.15	9.29	—	9.29	8.73	—	8.73	8.57	—	8.57	8.55	—	8.55	9.91	—	9.91	10.81 ^b	—	10.81	10.59	—	10.59
Steuern auf Einkommen u. Vermögen	1.00	—	1.00	0.88	—	0.88	1.13	—	1.13	0.99	—	0.99	0.94	—	0.94	0.94	—	0.94	0.82	—	0.82	0.85	—	0.85
Steuern auf Einkommen u. Vermögen	0.11	—	0.11	0.10	—	0.10	0.09	—	0.09	0.01	—	0.01	0.13	—	0.13	0.09	—	0.09	0.07	—	0.07	0.07	—	0.07
Steuern auf Einkommen u. Vermögen	1.99	—	1.99	1.85	—	1.85	1.55	—	1.55	1.58	—	1.58	1.60	—	1.60	1.82	—	1.82	1.73	—	1.73	1.67	—	1.67
Steuern auf Einkommen u. Vermögen	1.48	—	1.48	1.46	—	1.46	1.16	—	1.16	1.15	—	1.15	1.33	—	1.33	1.54	—	1.54	1.45	—	1.45	1.42	—	1.42
Steuern auf Einkommen u. Vermögen	0.32	—	0.32	0.29	—	0.29	0.10	—	0.10	0.02	—	0.02	0.01	—	0.01	0.01	—	0.01	0.21	—	0.21	0.25	—	0.25
Steuern auf Einkommen u. Vermögen	0.89	—	0.89	0.73	—	0.73	1.02	—	1.02	1.00	—	1.00	1.16	—	1.16	0.83	—	0.83	0.86	—	0.86	0.80	—	0.80
Steuern auf Einkommen u. Vermögen	0.28	—	0.28	0.27	—	0.27	0.23	—	0.23	0.25	—	0.25	0.25	—	0.25	0.21	—	0.21	0.20	—	0.20	0.27	—	0.27
Steuern auf Konsum u. Produktion	34.88	—	34.88	38.32	—	38.32	33.87	—	33.87	35.40	—	35.40	37.29	—	37.29	38.81	—	38.81	36.79	—	36.79	36.67	—	36.67
Steuern auf Konsum u. Produktion	57.32	0.09	57.41	59.54	—	59.54	53.32	0.47	53.79	54.58	0.88	55.46	60.13	—	60.13	62.43	—	62.43	61.21	—	61.21	60.76	—	60.76
Steuern auf Konsum u. Produktion	4.44 ^a	4.20	8.64	2.66 ^b	6.39	9.05	6.56	6.45	13.01	4.88	4.83	9.70	3.24	3.30	6.53	3.17	0.64	3.80	1.64	0.20	1.84	0.61	0.02	0.63
Steuern auf Konsum u. Produktion	4.73 ^b	—	4.73	1.84 ^c	—	1.84	0.83	—	0.83	1.80	—	1.80	0.07	—	0.07	0.05	—	0.05	0.03	—	0.03	0.05	—	0.05
Steuern auf Konsum u. Produktion	—	0.15	0.15	—	0.23	0.23	—	—	—	0.40	0.40	—	0.24	0.24	—	0.02	—	0.03	0.03	—	0.03	—	—	—
Steuern auf Konsum u. Produktion	0.08 ^d	0.10	0.18	0.07 ^e	0.12	0.19	0.14	0.02	0.16	0.11	1.53	1.64	0.31	0.11	0.42	0.11	0.09	0.20	0.09	0.02	0.11	0.08	0.14	0.22
Steuern auf Konsum u. Produktion	—	0.01	0.01	—	0.01	0.01	—	0.10	0.10	—	0.05	0.05	—	0.08	0.08	—	0.05	0.05	—	0.01	0.01	—	0.01	0.01
Steuern auf Konsum u. Produktion	9.25	4.46	13.71	4.57	6.75	11.31	7.54	6.96	14.49	6.79	6.65	13.43	3.61	3.51	7.12	3.33	0.80	4.13	1.76	0.24	2.00	0.74	0.17	0.91
Steuern auf Konsum u. Produktion	0.74	—	0.74	0.74	—	0.74	0.63	—	0.63	0.57	—	0.57	0.60	—	0.60	0.52	—	0.52	0.49	—	0.49	0.46	—	0.46
Steuern auf Konsum u. Produktion	0.57	—	0.57	0.52	—	0.52	0.44	—	0.44	0.54	—	0.54	0.53	—	0.53	0.66	—	0.66	0.60	—	0.60	0.57	—	0.57
Steuern auf Konsum u. Produktion	1.48	—	1.48	1.18	—	1.18	0.86	—	0.86	0.44	—	0.44	0.20	—	0.20	0.28	—	0.28	0.23	—	0.23	0.30	—	0.30
Steuern auf Konsum u. Produktion	1.04	—	1.04	1.00	—	1.00	0.93	—	0.93	1.01	—	1.01	1.18	—	1.18	1.07	—	1.07	1.00	—	1.00	0.98	—	0.98
Steuern auf Konsum u. Produktion	0.63	—	0.68	0.60	—	0.60	0.53	—	0.53	0.55	—	0.55	0.42	—	0.42	0.41	—	0.41	0.40	—	0.40	0.33	—	0.33
Steuern auf Konsum u. Produktion	0.78	—	0.78	0.92	—	0.92	0.74	—	0.74	0.59	—	0.59	0.59	—	0.59	0.52	—	0.52	0.71	—	0.71	0.62	—	0.62
Steuern auf Konsum u. Produktion	0.31	—	0.31	0.33	—	0.33	0.37	—	0.37	0.36	—	0.36	0.21	—	0.21	0.19	—	0.19	0.23	—	0.23	0.32	—	0.32
Steuern auf Konsum u. Produktion	0.12	—	0.12	0.22	—	0.22	0.18	—	0.18	0.20	—	0.20	0.20	—	0.20	0.24	—	0.24	0.24	—	0.24	0.34	—	0.34
Steuern auf Konsum u. Produktion	0.24	—	0.24	0.22	—	0.22	0.20	—	0.20	0.19	—	0.19	0.19	—	0.19	0.16	—	0.16	0.12	—	0.12	0.10	—	0.10
Steuern auf Konsum u. Produktion	0.70	—	0.70	0.85	—	0.85	0.67	—	0.67	0.68	—	0.68	0.80	—	0.80	0.83	—	0.83	1.08	—	1.08	1.14	—	1.14
Steuern auf Konsum u. Produktion	1.29	—	1.29	0.67	—	0.67	0.64	—	0.64	1.39	—	1.39	1.64	—	1.64	1.38	—	1.38	2.01	—	2.01	1.77	—	1.77
Steuern auf Konsum u. Produktion	7.95	—	7.95	7.25	—	7.25	6.18	—	6.18	6.52	—	6.52	6.55	—	6.55	6.85	—	6.85	7.13	—	7.13	6.93	—	6.93
Steuern auf Konsum u. Produktion	3.24	—	3.24	3.12	—	3.12	2.95	—	2.95	3.67	—	3.67	3.69	—	3.69	4.20	—	4.20	6.05	—	6.05	5.98	—	5.98
Steuern auf Konsum u. Produktion	0.64	0.41	1.05	0.96	—	0.96	—	0.82	0.82	—	0.87	0.87	1.88	—	1.88	—	—	1.88	1.18	—	1.18	2.13	—	2.13
Steuern auf Konsum u. Produktion	3.89	0.41	4.29	4.00	—	4.00	2.95	0.82	3.77	3.67	0.87	4.54	5.57	—	5.57	4.20	—	4.20	7.24	—	7.24	8.11	—	8.11
Steuern auf Konsum u. Produktion	—	8.23	8.23	0.43	9.18	9.61	5.61	8.50	14.11	3.74	8.53	12.27	2.94	5.35	8.31	2.60	2.67	5.26	1.31	3.28	4.59	0.10	2.04	2.14
Steuern auf Konsum u. Produktion	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Steuern auf Konsum u. Produktion	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Steuern auf Konsum u. Produktion	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Steuern auf Konsum u. Produktion	—	1.28	1.28	—	1.16	1.16	—	1.06	1.06	—	1.67	1.67	—	0.27	0.27	—	0.52	0.52	—	0.55	0.55	—	0.26	0.26
Steuern auf Konsum u. Produktion	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Steuern auf Konsum u. Produktion	—	0.30	0.30	—	0.06	0.06	—	—	—	—	0.20	0.20	—	0.23	0.23	—	0.27	0.27	—	0.60	0.60	—	0.27	0.27
Steuern auf Konsum u. Produktion	—	0.54	0.54	—	—	—	—	—	—	—	1.41	1.41	—	0.76	0.76	—	8.75	8.75	—	8.22	8.22	—	7.43	7.43
Steuern auf Konsum u. Produktion	—	0.13	0.13	—	—	—	—	0.05	0.05	—	0.29	0.29	0.32	0.24	0.56	—	0.02	0.39	—	0.75	0.35	1.09	5.21 ^a	0.15
Steuern auf Konsum u. Produktion	—	10.47	10.47	0.43	11.50	11.93	5.61	10.01	15.63	3.45	12.36	15.82	3.26	10.25	14.11	2.62	15.71	18.32	2.05	15.36	17.42	5.31	14.11	19.42
Steuern auf Konsum u. Produktion	0.66	—	0.66	0.59	—	0.59	0.50	—	0.50	0.30	—													

4: Funktionale Gliederung der Staatseinnahmen Tansanias

	1961/62		1962/63		1963/64		1964/65		1965/66		1966/67		1967/68		1968/69	
	REC	DEV	REC	DEV	REC	DEV	REC	DEV	REC	DEV	REC	DEV	REC	DEV	REC	DEV
Kommens- u. Körperschaftsteuern	13.71	---	13.71	---	13.77	---	15.39	---	13.95	---	13.69	---	12.64	---	12.80	---
sonen- (Kopf-)steuern	3.64	---	3.64	---	2.16	---	2.60	---	2.27	---	2.63	---	5.91	---	5.97	---
erbschaftsteuern	0.16	---	0.16	---	1.68	---	2.31	---	3.10	---	1.09	---	3.02	---	2.53	---
schäftssteuern	0.13	---	0.13	---	0.01	---	0.12	---	0.14	---	0.06	---	0.05	---	0.03	---
uern auf Grund und Boden	0.15	---	0.15	---	0.14	---	0.18	---	0.12	---	0.11	---	0.13	---	0.09	---
ere Einkommens- u. Vermögenssteuern	0.06	---	0.06	---	0.04	---	0.04	---	0.12	---	0.11	---	0.13	---	0.09	---
Steuern auf Einkommen u. Vermögen	17.84	---	17.84	---	17.80	---	20.60	---	19.59	---	17.58	---	21.74	---	21.42	---
ortssteuern	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
brauchssteuern	7.36	---	23.38	---	24.09	---	26.62	---	26.17	---	23.10	---	23.10	---	23.63	---
alssteuern	---	---	7.36	---	8.43	---	8.63	---	9.96	---	9.72	---	8.90	---	9.70	---
anfersteuern	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
mpelsteuern	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
gnügnungssteuern	0.52	---	0.52	---	0.54	---	0.54	---	0.79	---	0.50	---	0.36	---	0.32	---
steuern	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
ffahrszeugsteuern	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
erbesteuern	1.45	---	1.45	---	1.49	---	1.41	---	1.41	---	2.24	---	1.90	---	2.04	---
ere Lizenzabgaben	0.32	---	0.32	---	0.25	---	0.26	---	0.22	---	0.22	---	0.19	---	0.23	---
eresteuern, Regergalien	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
chiedene andere Steuern	2.94	---	2.94	---	2.42	---	2.52	---	2.52	---	2.61	---	1.93	---	3.36	---
	0.81	---	0.81	---	0.68	---	1.15	---	0.11	---	0.12	---	0.12	---	0.09	---
Steuern auf Konsum u. Produktion	36.78	---	36.78	---	38.29	---	42.70	---	42.39	---	37.74	---	40.71	---	41.64	---
u. e. r. n	54.62	---	54.62	---	56.09	---	63.30	---	61.98	---	55.33	---	62.45	---	63.06	---
archifen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
von staatl. Handelsgesellschaften	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
aus und inländischen Quellen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
des Vereinigten Königreichs	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
der USA	9.22	9.22	---	---	12.73	---	3.22	3.22	---	---	---	---	---	---	---	---
der Volksrepublik China	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
and, Staaten u. internat. Organisat.	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Freiwillige einseitige Übertragun.	---	9.22	9.22	---	12.73	---	3.22	3.22	---	---	---	---	---	---	---	---
ichten für Grund und Boden	0.86	---	0.86	---	0.84	---	0.92	---	0.75	---	0.62	---	0.62	---	0.62	---
gwerkspachten	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
ausbeuten	0.86	---	0.86	---	0.65	---	0.61	---	0.53	---	0.53	---	0.48	---	0.47	---
gelte für Güterverkäufe	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
gelte für Dienstleistungen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
rückgebundene G-u-L-Eingelte	15.29	---	15.29	---	21.59	---	15.94	---	15.94	---	11.81	---	10.89	---	8.53	---
Güter- u. Leistungsverkäufe	17.00	---	17.00	---	23.08	---	17.48	---	13.52	---	13.52	---	12.41	---	10.15	---
kaufverl. für Vermögensgegenstände	0.33	---	0.33	---	0.49	---	0.13	---	0.09	---	0.09	---	0.16	---	0.16	---
nklauf gewährter Darlehen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
aserträge	2.44	---	2.44	---	1.74	---	2.26	---	0.75	---	0.75	---	0.60	---	0.60	---
ideneinnahmen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
ere Einkünfte aus Vermögen	0.04	---	0.04	---	0.05	---	---	---	0.01	---	0.01	---	0.20	---	0.01	---
Einnahmen aus Vermögensübertragun.	2.81	---	2.81	---	2.29	---	2.39	---	4.20	---	2.63	---	2.63	---	0.57	---
in Vereinigten Königreich	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
in den USA	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
in skandinavischen Ländern	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
in der Volksrepublik China	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
bei and, Staaten u. internat. Instit.	11.51	11.51	---	---	0.75	---	3.53	---	3.53	---	---	---	---	---	---	---
bei der E.A.C.	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
bei der Regierung von Sansibar	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
bei sonstigen inländ. Gläubigern	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Aufnahme langfrist. Verbindlichktn.	---	11.51	11.51	---	0.75	---	3.53	---	6.41	---	6.41	---	6.72	---	6.72	---
schüsse aus Übersee	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
von E.A.C.-Institutionen	1.57	---	1.57	---	1.69	---	2.12	---	2.12	---	1.90	---	1.77	---	1.77	---
der Sansibar-Regierung	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
der Agrar-Handelsmonopole	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
ationszuschüsse	0.45	---	0.45	---	0.31	---	0.05	---	0.05	---	0.18	---	0.12	---	0.11	---
rufe von Fonds u. and. Quellen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
zuschungen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
F.S.-Rückvergütungen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
ckvergütungen von E.A.C.-Instit.	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
stige Rückzahlungen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
L.-Gebühren für Betriebe	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
" " " Personen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
richtskosten, Straf- und Bußgelder	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
stige Gebühren	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
ndereinnahmen der Staatskasse	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
nn. aus gesetzl. Kompensationszahlgn.	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
verse und d. Zinzahlen	2.28	---	2.28	---	2.79	---	2.79	---	2.92	---	0.60	---	0.48	---	0.48	---
Zuschüsse, Rückzahlgn., Gebühren u.ä.	4.29	---	4.29	---	4.79	---	5.09	---	5.09	---	2.85	---	0.22	---	10.07	---
Un erklärte Einnahmen	---	0.55	0.55	---	0.27	---	0.27	---	5.00	---	1.64	---	1.64	---	11.49	---
Gesamte Staatseinnahmen	78.72	21.88	100.0	66.25	13.75	100.0	88.25	11.75	100.0	89.55	10.45	100.0	79.81	20.19	100.0	81.59
Inter-Budget-Transaktionen	---	---	---	0.90	0.90	---	1.82	1.82	---	4.27	4.27	---	0.38	0.38	---	0.18
I.) St.ausgaben lt. Haushaltsrechgn.	78.72	21.88	100.0	66.25	14.66	100.0	88.25	13.56	101.8	89.55	14.72	104.3	79.81	20.57	100.4	81.59
Gesamte St.ausgaben (in Mill. T.Shs.)	690.0	---	---	774.3	---	---	782.2	---	---	937.4	---	---	1124.4	---	---	1255.1
a.) Since 1966/67 including Development Levy;	6.a.)	---	---	6.a.)	---	---	6.a.)	---	---	6.a.)	---	---	6.a.)	---	---	6.a.)
b.) Municipal Tax;	6.b.)	---	---	6.b.)	---	---	6.b.)	---	---	6.b.)	---	---	6.b.)	---	---	6.b.)
c.) Rent Tax;	6.c.)	---	---	6.c.)	---	---	6.c.)	---	---	6.c.)	---	---	6.c.)	---	---	6.c.)
d.) Including Road Toll	6.d.)	---	---	6.d.)	---	---	6.d.)	---	---	6.d.)	---	---	6.d.)	---	---	6.d.)
e.) Game L., Firearms L., Gabori L., Radio L.,	6.e.)	---	---	6.e.)	---	---	6.e.)	---	---	6.e.)	---	---	6.e.)	---	---	6.e.)
f.) Fishing L., Tours Operat.L., Other Licences;	6.f.)	---	---	6.f.)	---	---	6.f.)	---	---	6.f.)	---	---	6.f.)	---	---	6.f.)
g.) Including Diamond Levy;	6.g.)	---	---	6.g.)	---	---	6.g.)	---	---	6.g.)	---	---	6.g.)	---	---	6.g.)
h.) Salt T., Electricity T., Soft-Drinks T., Tobacco T., Tax	6.h.)	---	---	6.h.)	---	---	6.h.)	---	---	6.h.)	---	---	6.h.)	---	---	6.h.)
i.) on Pyrethrum Flowers, T. on Mineral Capital, Taxes;	6.i.)	---	---	6.i.)	---	---	6.i.)	---	---	6.i.)	---	---	6.i.)	---	---	6.i.)
j.) Pools, Hotel Levy, Forest Utilization at al. Taxes;	6.j.)	---	---	6.j.)	---	---	6.j.)	---	---	6.j.)	---	---	6.j.)	---	---	6.j.)
k.) Not specific;	6.k.)	---	---	6.k.)	---	---	6.k.)	---	---	6.k.)	---	---	6.k.)	---	---	6.k.)
l.) Out of these were Shs. 3.6 Mills. from Voluntary Agen-	6.l.)	---	---	6.l.)	---	---	6.l.)	---	---	6.l.)	---	---	6.l.)	---	---	6.l.)
m.) Computed item;	6.m.)	---	---	6.m.)	---	---	6.m.)	---	---	6.m.)	---	---	6.m.)	---	---	6.m.)
n.) 16.3 Mills. Norway Grant, 7.4 Mills. Scandinavia Grants;	6.n.)	---	---	6.n.)	---	---	6.n.)	---	---	6.n.)	---	---	6.n.)	---	---	6.n.)
o.) Including Mining-Royalties;	6.o.)	---	---	6.o.)	---	---	6.o.)	---	---	6.o.)	---	---	6.o.)	---	---	6.o.)
p.) Work Receipts + Receipts for the Supply of Physical +	6.p.)	---	---	6.p.)	---	---	6.p.)	---	---	6.p.)	---	---	6.p.)	---	---	6.p.)
q.) Intellectual Services;	6.q.)	---	---	6.q.)	---	---	6.q.)	---	---	6.q.)	---	---	6.q.)	---	---	6.q.)
r.) Including Consol. Fund Services-Reimbursements;	6.r.)	---	---	6.r.)	---	---	6.r.)	---	---	6.r.)	---	---	6.r.)	---	---	6.r.)
s.) Mainly E.A.-Currency B.- and Bank of T.-Dividends;	6.s.)	---	---	6.s.)	---	---	6.s.)	---	---	6.s.)	---	---	6.s.)	---	---	6.s.)

XVIII: Ökonomische Gliederung der Staatseinnahmen Kenias

	1961/62			1962/63			1963/64			1964/65			1965/66			1966/67			1967/68			1968/69		
	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT
Einkommenssteuern	19.07	---	19.07	18.96	---	18.96	19.19	---	19.19	18.49	---	18.49	21.55	---	21.55	21.96	---	21.96	23.76 ^a	---	23.76	22.01	---	22.01
"Graduated Personal Tax"	3.12	---	3.12	2.15	---	2.15	0.21	---	0.21	0.02	---	0.02	---	---	---	---	---	---	0.43	---	0.43	1.41	---	1.41
Exportsölle	---	---	---	0.02	---	0.02	0.25	---	0.25	1.25	---	1.25	0.88	---	0.88	1.16	---	1.16	0.43	---	0.43	0.33	---	0.33
Andere "direkte" Steuern	0.19	---	0.19	0.05	---	0.05	0.22	---	0.22	0.25	---	0.25	0.35	---	0.35	0.35	---	0.35	0.38	---	0.38	0.29	---	0.29
1. "Direkte Steuern"	22.37	---	22.37	21.17	---	21.17	19.87	---	19.87	20.00	---	20.00	22.79	---	22.79	23.47	---	23.47	24.99	---	24.99	24.03	---	24.03
Importölle	21.67	---	21.67	23.46	---	23.46	19.36	---	19.36	21.83	---	21.83	23.33	---	23.33	23.47	---	23.47	20.64 ^a	---	20.64	20.35	---	20.35
Verbrauchssteuern	7.15	---	7.15	9.29	---	9.29	8.73	---	8.73	8.57	---	8.57	8.55	---	8.55	9.91	---	9.91	10.81	---	10.81	10.39	---	10.39
Stempel- u. Verkehrssteuern	1.00	---	1.00	0.88	---	0.88	1.13	---	1.13	0.99	---	0.99	0.94	---	0.94	0.94	---	0.94	0.82	---	0.82	0.85	---	0.85
Gewerbe- u. Handelssteuern	0.55	---	0.55	0.51	---	0.51	0.33	---	0.33	0.22	---	0.22	0.21	---	0.21	0.18	---	0.18	0.37	---	0.37	0.46	---	0.46
Andere "indirekte" Steuern	4.44	---	4.44	4.09	---	4.09	3.89	---	3.89	3.69	---	3.69	3.78	---	3.78	3.96	---	3.96	3.76	---	3.76	3.72	---	3.72
2. "Indirekte Steuern"	34.80	---	34.80	38.22	---	38.22	33.93	---	33.93	35.30	---	35.30	36.31	---	36.31	39.45	---	39.45	36.40	---	36.40	36.26	---	36.26
Steuern	57.17	---	57.17	59.39	---	59.39	53.80	---	53.80	55.30	---	55.30	59.60	---	59.60	61.52	---	61.52	61.29	---	61.29	60.29	---	60.29
Ausländische "Finanzhilfen"	---	1.50	1.50	---	1.78	1.78	---	0.93	0.93	---	0.31	0.31	---	0.50	0.50	---	0.16	0.16	---	0.04	0.04	---	---	---
Inländische Finanzhilfen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
3. Finanzhilfen	---	1.50	1.50	---	1.78	1.78	---	0.93	0.93	---	0.37	0.37	---	0.58	0.58	---	0.20	0.20	---	0.05	0.05	---	---	---
Mieten und Pachten	1.43	---	1.43	1.31	---	1.31	1.11	---	1.11	1.19	---	1.19	1.18	---	1.18	1.34	---	1.34	1.22	---	1.22	1.10	---	1.10
"Royalties"	0.28	---	0.28	0.26	---	0.26	0.22	---	0.22	0.24	---	0.24	0.25	---	0.25	0.21	---	0.21	0.20	---	0.20	0.27	---	0.27
Zinsen und Dividenden von	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Haushalten	0.23	---	0.23	0.06	---	0.06	0.06	---	0.06	0.07	---	0.07	0.06	---	0.06	0.06	---	0.06	0.04	---	0.04	0.03	---	0.03
privaten Unternehmungen	0.14	---	0.14	0.18	---	0.18	0.11	---	0.11	0.27	---	0.27	0.09	---	0.09	0.24	---	0.24	0.19	---	0.19	0.19	---	0.19
öffentlichen Unternehmungen	0.68	---	0.68	1.02	---	1.02	0.97	---	0.97	0.95	---	0.95	1.04	---	1.04	1.07	---	1.07	1.09	---	1.09	1.10	---	1.10
and.inländ.Behörden	1.18	---	1.18	0.95	---	0.95	1.11	---	1.11	2.16	---	2.16	2.81	---	2.81	1.37	---	1.37	2.41	---	2.41	3.10	---	3.10
versch.ausland,Auftraggeber	0.05	---	0.05	0.07	---	0.07	0.06	---	0.06	0.17	---	0.17	0.22	---	0.22	0.07	---	0.07	0.02	---	0.02	0.02	---	0.02
4. Erträge aus Öffentlichem Vermögen	3.99	---	3.99	3.85	---	3.85	3.63	---	3.63	5.05	---	5.05	5.66	---	5.66	4.37	---	4.37	5.18	---	5.18	5.81	---	5.81
Entgelte für Güter und Leistungen	7.40	---	7.40	6.87	---	6.87	5.68	---	5.68	6.13	---	6.13	6.60	---	6.60	6.22	---	6.22	6.77	---	6.77	6.55	---	6.55
Entgelte für Vermögensverkäufe	---	0.10	0.10	---	0.01	0.01	---	0.01	---	---	---	---	0.01	---	0.01	---	0.03	---	0.03	---	---	---	---	---
5. Verkaufserlöse	7.40	0.10	7.50	6.87	0.01	6.87	5.68	0.01	5.69	6.13	---	6.14	6.60	0.01	6.61	6.22	0.03	6.25	6.77	---	6.77	6.55	---	6.55
Darlehensrückzahlungen von	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Haushalten	---	1.28	1.28	---	0.74	0.74	---	0.17	0.17	---	0.16	0.18	---	0.23	0.23	---	0.16	0.16	---	0.12	0.12	---	0.03	---
privaten Unternehmungen	---	---	---	---	0.09	0.09	---	0.07	0.07	---	---	---	---	0.10	0.10	---	0.24	0.24	---	0.02	0.02	---	---	---
öffentlichen Unternehmungen	---	0.14	0.14	---	0.29	0.29	---	0.24	0.24	---	0.48	0.48	---	0.39	0.39	---	0.26	0.26	---	2.64	2.64	---	3.12	---
and.inländ.Behörden	---	0.41	0.41	---	0.25	0.25	---	0.22	0.22	---	0.52	0.52	---	0.86	0.86	---	0.73	0.73	---	0.91	0.91	---	0.52	---
versch.ausland,Schuldner	---	---	---	---	0.01	0.01	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
6. Abnahme öffentlicher Forderungen	---	1.83	1.83	---	1.37	1.37	---	0.70	0.70	---	1.19	1.18	---	1.58	1.58	---	1.39	1.39	---	3.69	3.69	---	3.71	---
Übertragungen von	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Haushalten	0.67	---	0.67	0.79	---	0.79	0.60	---	0.60	0.69	---	0.69	0.84	---	0.84	0.77	---	0.77	0.66	---	0.66	0.69	---	0.69
privaten Unternehmungen	---	---	---	---	---	---	0.01	---	0.01	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0.01	---	0.01
öffentlichen Unternehmungen	0.26	---	0.26	0.07	---	0.07	0.03	---	0.03	0.04	---	0.04	0.04	---	0.04	0.03	---	0.03	0.04	---	0.04	0.01	---	0.01
and.inländ.Behörden	1.20	---	1.20	1.10	---	1.10	1.03	---	1.03	0.42	---	0.42	1.00	---	1.00	0.48	---	0.48	0.36	---	0.36	---	---	---
versch.ausland,Auftraggeber	12.34 ^a	---	12.34	9.51 ^a	---	9.51	13.52	---	13.52	13.07	---	13.07	6.42	---	6.42	6.42	---	6.42	3.90	---	3.90	0.89	---	0.89
Rückvergütungen von Ausgaben	1.26 ^c	---	1.26	1.89 ^b	---	1.89	1.82	---	1.82	1.62	---	1.62	1.14	---	1.14	1.85	---	1.85	2.20	---	2.20	1.79	---	1.79
Verschied. sonstige Übertragungen	1.08	---	1.08	0.61	---	0.61	0.47	---	0.47	0.31	---	0.31	0.71	---	0.71	0.53	---	0.53	0.50	---	0.50	0.58	---	0.58
7. Verschiedene Übertragungen	16.81	---	16.81	14.06	---	14.06	19.48	---	19.48	16.15	---	16.15	10.15	---	10.15	7.56	---	7.56	5.51	---	5.51	3.97	---	3.97
Aufnahme langfr.Auslandskredite	---	9.96	9.96	---	11.93	11.93	---	15.57	15.57	---	14.69	14.69	---	12.79	12.79	---	9.16	9.16	---	8.10	8.10	---	6.62	6.62
" " Inlandskredite	---	0.54	0.54	---	---	---	---	---	---	---	1.41	1.41	---	2.72	2.72	---	9.14	9.14	---	8.57	8.57	---	7.73	7.73
Aufnahme kurzfrist.Inlandskredite	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
8. Öffentliche Neuverschuldung	---	10.50	10.50	---	11.93	11.93	---	15.57	15.57	---	15.82	15.82	---	15.83	15.83	---	18.32	18.32	---	17.42	17.42	---	19.56	19.56
9. Unerklärte Einnahmen	---	0.70	0.70	---	0.74	0.74	---	0.19	0.19	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
II. Gesamte Staatseinnahmen	85.37	14.63	100.0	84.17	15.81	100.0	82.59	17.41	100.0	82.63	17.37	100.0	82.01	17.99	100.0	80.07	19.93	100.0	78.84	21.16	100.0	76.73	23.27	100.0
10. Inter-Budget-Transaktionen	5.75	0.65	6.40	4.62	0.61	5.24	9.52 ^b	---	9.52	9.35 ^b	---	9.35	5.21	---	5.21	---	---	---	1.91	---	1.91	1.72	---	1.72
(II.) St.einnahmen lt.Haushaltsrechne	91.11	15.28	106.4	88.79	16.44	105.2	92.11	17.41	109.5	91.98	17.37	109.4	87.22	17.99	105.2	---	---	---	80.76	21.16	101.9	78.45	23.27	101.7

1.a): Income Tax 1967/68	1.1.	"Statistical Abstract 1969":	22677 Tsd.K.S.;	1.1.	"Statistical Abstract 1970 u.1971":	22969 Tsd.K.S.;
2.a): Import Duties 1967/68	"	"	19763 " ;	"	"	19952 " ;
2.b): Export Duties 1967/68	"	"	10349 " ;	"	"	10448 " ;
	1961/62	1962/63	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68
4.a): Interest, Dividends and Profits from Governmental Agencies	---	629	557	935	1569	699
4.b): Transfers from Other Governmental Agencies	---	716	692	938	304	2120
7.d): Transfers from the Rest of the World	6539	6668	4756	5580	---	---
7.f): Reimbursements of Expenditure	1028	681	1500	1111	---	---
Totals	7557	7349	7601	7940	1873	2819
Diff.	---	218	339	---	---	1

Quelle, vgl. Tab. XII: Funktionale Gliederung der Staatsausgaben Kenias

IX: Ökonomische Gliederung der Staatseinnahmen Tansanias

	1961/62			1962/63			1963/64			1964/65			1965/66			1966/67			1967/68			1968/69				
	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT	REC	DEV	TOT		
Einkommens- u. Körperschaftsteuern	13,71	---	13,71	13,77	---	13,77	15,39	---	15,39	13,95	---	13,95	13,69	---	13,69	12,64	---	12,64	12,80	---	12,80	16,30	---	16,30		
Personen- (Kopf-)steuern	3,64	---	3,64	2,16	---	2,16	2,60	---	2,60	2,27	---	2,27	2,63	---	2,63	5,91	---	5,91	5,97	---	5,97	5,64	---	5,64		
Exportzölle	0,16	---	0,16	1,68	---	1,68	2,31	---	2,31	3,10	---	3,10	1,09	---	1,09	3,02	---	3,02	2,53	---	2,53	3,43	---	3,43		
Erbschaftsteuern	0,13	---	0,13	0,01	---	0,01	0,12	---	0,12	0,14	---	0,14	0,06	---	0,06	0,05	---	0,05	0,03	---	0,03	0,05	---	0,05		
Anderes "direkte" Steuern	0,13 ^b	---	0,13	0,04 ^a	---	0,04	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---		
1. "Direkte Steuern"	17,77	---	17,77	17,65	---	17,65	20,42	---	20,42	19,47	---	19,47	17,48	---	17,48	21,62	---	21,62	21,33	---	21,33	25,42	---	25,42		
Importzölle	23,38	---	23,38	24,09	---	24,09	26,62	---	26,62	26,17	---	26,17	23,10	---	23,10	23,63	---	23,63	24,53	---	24,53	23,88	---	23,88		
Verbrauchssteuern	7,36	---	7,36	8,83	---	8,83	9,96	---	9,96	9,72	---	9,72	8,90	---	8,90	9,70	---	9,70	10,21	---	10,21	10,47	---	10,47		
"Transfersteuern"	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---		
Stempelsteuern	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---		
Vergütungssteuern	0,52	---	0,52	0,54	---	0,54	0,79	---	0,79	0,50	---	0,50	0,36	---	0,36	0,32	---	0,32	0,26	---	0,26	0,24	---	0,24		
Biersteuern	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,20	---	0,18	---	---	---	0,28	---	0,28	0,25	---	0,25	0,23	---	0,23		
Kraftfahrzeugsteuern	1,45	---	1,45	1,49	---	1,49	1,41	---	1,41	2,24	---	2,24	1,90	---	1,90	2,04	---	2,04	1,85	---	1,85	1,83	---	1,83		
Gewerbesteuer	0,32	---	0,32	0,25	---	0,25	0,26	---	0,26	0,22	---	0,22	0,19	---	0,19	0,23	---	0,23	0,19	---	0,19	0,15	---	0,15		
Anderer Lizenzabgaben	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,29	---	0,29	0,44	---	0,44	0,41	---	0,41	0,41	---	0,41	0,36	---	0,36		
Verschied. andere "indirekte" Steuern	0,74	---	0,74	0,68	---	0,68	1,15	---	1,15	0,11	---	0,11	0,12	---	0,12	0,09	---	0,09	0,06	---	0,06	0,36	---	0,36		
2. "Indirekte Steuern"	33,77	---	33,77	35,88	---	35,88	40,18	---	40,18	39,78	---	39,78	35,81	---	35,81	37,34	---	37,34	39,77	---	39,77	39,41	---	39,41		
Steuern	51,54	---	51,54	53,53	---	53,53	60,60	---	60,60	59,25	---	59,25	53,29	---	53,29	58,96	---	58,96	60,10	---	60,10	64,03	---	64,03		
Inländische Finanzhilfen	---	9,22 ^d	9,22	---	12,73 ^e	12,73	---	3,22 ^d	3,22	---	0,20	0,20	---	0,10	0,10	---	0,08	0,08	---	0,12	0,12	---	0,27	0,27		
Ausländische "Finanzhilfen"	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1,97	1,97	---	0,69	0,69	---	0,87	0,87	---	0,18	0,18	---	0,01	0,01		
3. Finanzhilfen	---	9,22	9,22	---	12,73	12,73	---	3,22	3,22	---	2,18	2,18	---	0,78	0,78	---	0,95	0,95	---	0,30	0,30	---	0,29	0,29		
Pachten für Grund und Boden	0,86	---	0,86	0,84	---	0,84	0,92	---	0,92	0,75	---	0,75	0,62	---	0,62	0,62	---	0,62	0,56	---	0,56	0,55	---	0,55		
Pachtprämien	0,15	---	0,15	0,14	---	0,14	0,18	---	0,18	0,12	---	0,12	0,11	---	0,11	0,13	---	0,13	0,09	---	0,09	0,18	---	0,18		
Gebaudemieten	0,86	---	0,86	0,65	---	0,65	0,65	---	0,65	0,61	---	0,61	0,53	---	0,53	0,48	---	0,48	0,43	---	0,43	0,43	---	0,43		
Bergwerksabgaben	a	---	a	a	---	a	a	---	a	0,02	---	0,02	0,02	---	0,02	0,02	---	0,02	0,01	---	0,01	0,01	---	0,01		
"Royalties"	2,94	---	2,94	2,42	---	2,42	2,52	---	2,52	2,61	---	2,61	1,93	---	1,93	3,36	---	3,36	2,87	---	2,87	2,08	---	2,08		
Zinsen und Dividenden von parastaatlichen Organisationen E.A.C.-Organisationen anderen Auftraggebern	2,44	---	2,44	1,74	---	1,74	2,26	---	2,26	1,36 ^d	---	1,36	1,66	---	1,66	---	---	---	0,78	---	0,78	0,70	---	0,70		
Vermögensverkäufe u. Kreditrückzahlgn. Verschied. andere Vermögenserträge	0,33	---	0,33	0,49	---	0,49	0,13	---	0,13	0,09	---	0,09	0,16	---	0,16	0,30	---	0,30	0,07	---	0,07	0,24	---	0,24		
	0,04	---	0,04	0,05	---	0,05	---	---	---	0,01	---	0,01	0,20	---	0,20	0,01	---	0,01	0,07	---	0,07	---	---	---		
4. Erträge aus öffentlichen Vermögen	7,61	---	7,61	6,33	---	6,33	6,62	---	6,62	8,24	---	8,24	5,79	---	5,79	5,16	---	5,16	6,62	---	6,62	5,19	---	5,19		
Entgelte für Güter und Leistungen Zweckgebundene G-u-L-Entgelte	15,29 ^a	---	15,29	21,59 ^a	---	21,59	15,94 ^a	---	15,94	11,81	---	11,81	10,89	---	10,89	8,53	---	8,53	7,57	---	7,57	7,95	---	7,95		
5. Verkaufserlöse	15,29	---	15,29	21,59	---	21,59	15,94	---	15,94	12,21	---	12,21	11,29	---	11,29	9,04	---	9,04	7,90	---	7,90	8,27	---	8,27		
Übertragungen von Haushalten privaten Unternehmungen parastaatlichen Organisationen inländischen Behörden E.A.C.-Organisationen anderen ausländ. Auftraggebern Verschied. sonstige Übertragungen C.P.S.-Rückvergütungen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---		
	0,45	---	0,45	0,31	---	0,31	0,05	---	0,05	1,50 ^d	0,11	1,61	1,73 ^a	1,18	2,91	0,82 ^c	1,28	2,10	0,28	---	0,28	0,30	---	0,30		
	1,97	---	1,97	1,69	---	1,69	2,12	---	2,12	2,00	---	2,00	1,87	---	1,87	2,02	---	2,02	2,66	---	2,66	0,98	---	0,98		
	2,28	---	2,28	2,79	---	2,79	2,92	---	2,92	0,78	0,12	0,90	0,62	0,01	0,63	0,84	0,23	1,05	0,69 ^x	0,08	0,77	0,60	---	0,60		
	n	---	n	n	---	n	n	---	n	5,57	---	5,57	5,23	---	5,23	3,91	---	3,91	2,07	---	2,07	1,22	---	1,22		
6. Verschiedene Übertragungen	4,29	---	4,29	4,79	---	4,79	5,09	---	5,09	9,85	0,22	10,07	9,45	1,19	10,64	7,63	1,51	9,13	5,70	0,08	5,78	3,10	---	3,10		
Aufnahme langfrist. Inlandskredite Auslandskredite	---	11,51	11,51	---	0,75	0,75	---	3,53	3,53	---	6,41	6,41	---	6,72	6,72	0,80 ^b	---	0,80	9,28	---	5,80	5,80	0,87	---	0,87	
7. Öffentliche Kreditaufnahme	---	11,51	11,51	---	0,75	0,75	---	3,53	3,53	---	6,41	6,41	---	6,72	6,72	0,80	9,28	10,08	---	5,80	5,80	0,87	---	0,87		
II. Unerklärtes Stanohehen	---	0,55	0,55	---	0,27	0,27	---	5,00	5,00	---	1,64	1,64	---	11,49	11,49	---	6,63	6,63	---	13,46	13,46	---	9,59	9,59		
II. Geante Staatseinnahmen	79,72	21,28	100,0	85,25	13,75	100,0	88,25	11,75	100,0	89,55	10,45	100,0	79,81	20,19	100,0	81,59	18,41	100,0	80,33	12,67	100,0	82,26	17,74	100,0		
9. Inter-Budget-Transfers	---	---	---	---	0,90	0,90	---	1,82	1,82	---	4,27	4,27	---	0,38	0,38	---	0,18	0,18	---	3,29	3,29	---	5,61	5,61		
(II.) St. Einnahmen lt. Haushaltsrechnung	79,72	21,28	100,0	86,25	14,66	100,9	88,25	13,56	101,8	89,55	14,72	104,3	79,81	20,56	100,4	81,59	18,59	100,2	80,33	22,96	103,3	82,26	23,35	105,6		

- 1.a): From 1966/67 onwards including Development Levy;
- 1.b): Education and Municipal Tax ;
- 1.c): Municipal Tax only;
- 1.d): Rent Tax;
- 2.a): Including Road Toll;
- 2.b): See note 2.b) of Table XVII;
- 2.c): " " 2.c) of Table XVII;
- 3.a): Not specified;
- 3.b): Out of these Shs. 8.6 Mills. from Voluntary Agencies;
- 3.c): Out of these Shs. 16.3 Mills. from Norway and Shs. 7.4 Mills. "Scandinavia Grant";
- 4.a): Including Mining Royalties;
- 4.b): Including Diamond Levy;
- 4.c): Loan-Repayments only"
- 4.d): Out of these Shs. 17.4 Mills. originated from Williamson's Diamonds;
- 5.a): Including Consolidated Fund-Services-Reimbursements;

	6.a)	6.a)	6.b)	6.c)
Private Corps	1.3	0.4	1.7	
Parasats	5.5	7.9	11.5	
Unallocable	4.7	5.5	4.7	
Total	11.9	13.4	17.9	
6.d):	Out of these Shs. 10.0 Mills. "Zanzibar Contribution to Union Matters";			
6.e):	12.0 Mills. Shs. "Zanzibar Contrib. to Union Matters";			
6.f):	8.1	"	"	"
6.g):	"Contribution from Development Vote": 6.5 Mills. Shs.;			
6.h):	"	"	7.6	"
	and 39.2 Mills. Shs. "Receipts from Miscell. Funds";			
6.i):	Development Vote: 6.5 Mills.; Miscell. Funds: 35.2 Mills.;			
6.j):	Mainly E.A.C.-Distributable Pool Contributions and/or E.A.C.-General Fund-Reimbursements;			
6.k):	Unspecifiable computation error in source of Shs. 0.9 Mills.; see note 7.h. Table XVII;			
6.l):	Out of these Shs. 30.0 Mills. came from "Statutory Compensation"-Payments:			

6.m): Out of these Shs. 23.3 Mills. were "not-repeated";
6.n): See note 5.a);
7.a): Zanzibar Government Loan;
7.b): Zanzibar Government Grant and Loan;
7.c): "Items not-repeated";

Literaturverzeichnis

- Africa Research Limited (Hrsg.): Africa Research Bulletin (Economic, Financial and Technical Series), Exeter 1967.
- ALLEN, Roy G. D.: Macro-Economic Theory, London 1970.
- ALUKO, S. A.: Population Growth and the Level of Income (A Survey), in: The Journal of modern African Studies, 9,4 (1971), S. 561-575; (im folgenden zitiert als The JoMAS).
- ARMAH, Ayi Kwei: Die Schönen sind noch nicht geboren (Originaltitel: The Beautiful Ones are not yet Born), Olten und Freiburg i. Br. 1971.
- ARROW, Kenneth J.: The Economic Implications of Learning by Doing, in: The Review of Economic Studies, Vol.29 (1962), S. 155-173.
- ARROW, Kenneth J., CHENERY, Hollis B., MINHAS, Bagicha S. SOLOW, Robert M.: Capital-Labour Substitution and Economic Efficiency, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 43 (Aug. 1961), S. 225-250.
- BALASSA, Bela: The Theory of Economic Integration, London 1962.
- BALD, Detlef: Deutsch-Ostafrika 1900-1914 (Eine Studie über Verwaltung, Interessengruppen und wirtschaftliche Erschließung, München 1970.
- BANFIELD, Jane: The Structure and Administration of the East African Common Services Organization, in: LEYS, Colin and ROBSON, Peter (Hrsg.): Federation in East Africa (Opportunities and Problems), Nairobi 1965, S. 30-40.
- BARAN, Paul A. und SWEEZY, Paul M.: Monopolkapital, Frankfurt 1970
- BARDHAN, Pranab: Equilibrium Growth in a Model of Economic Obsolescence of Machines, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 83 (1969), S. 312-323.

- BATES, Margaret L.: Tanganyika: Changes in African Life 1918-45, in :HARLOW, Vincent and CHILVER, E. M. (Hrsg.): History of East Africa, Vol. 2, Oxford 1965, S. 625-638.
- BEHRENDT, Richard F.: Gesellschaftliche Aspekte der Entwicklungsförderung, in: Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 35 (1965), S. 507-534.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium (Hrsg.): Kriterien und Konsequenzen der Staatsverschuldung, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 100 (1968), S. 860-863.
- BEN-AMOR, Abdelmalek and CLAIRMONT, frederick: Planning in Africa, in: The JOMAS, 3,4 (1965), S. 473-497.
- BENNETT, George: Settlers and Politics in Kenya, in: HARLOW, Vincent and CHILVER, E. M. (Hrsg.): History of East Africa, Vol. 2, Oxford 1965, S. 265-332
- BENSUSAN BUTT, David M.: On Economic Growth (An Essay in Pure Theory), Oxford 1960.
- BERTAUX, Pierre: Afrika: Von der Vorgeschichte bis zu den Staaten der Gegenwart, Frankfurt a. M. 1966.
- BETTELHEIM, Charles: Calcul économique et formes de propriété, Paris 1970.
- BIENEFELD, M. A.: Labour in Tanzania, in: CLIFFE, Lionel and SAUL, John S. (Hrsg.): Socialism in Tanzania, Dar-es-Salaam 1972, S. 338-346.
- BLACK, John: The Technical Progress Function and the Production Function, in: Economica (May 1962), S. 166-170.
- BLISS, Christopher J.: On Putty-Clay, in: The Review of Economic Studies, Vol. 35 (1968), S. 105-132.
- BLUNDELL, Michael: So Rough a Wind, London 1964.
- BOHNET, Michael: Tanzania: Bilanz und Perspektiven eines sozialistischen Entwicklungslandes, in: Internationales Afrika Forum, 4, 8. Jhrg., (Apr. 1972), S. 251-259.

- BRONSTEIN, I.N. und SEMENDJAJEW, K. A.: Taschenbuch der Mathematik, Zürich, Frankfurt a. M. 1973.
- BUCHANAN, James M.: Public Principles of Public Debt (A Defense and Restatement), Homewood Ill. 1958.
- Derselbe: Fiscal Theory and Political Economy (Selected Essays), Chapel Hill N. C. 1960.
- CHAMPERNOWNE, David G.: A Note on J.v. Neumann's Article on 'A Model of Economic Equilibrium', in: The Review of Economic Studies, Vol. 13 (1945/46), S. 10-18.
- CHENERY, Hollis B.: Komparativer Vorteil und Entwicklungspolitik, in: FRITSCH, Bruno (Hrsg.): Entwicklungsländer, Köln, Berlin 1968, S. 18-51; (Originaltitel: Comparative Advantage and Development Policy, in: The American Economic Review, 1961).
- CHIDZERO, B. T. G.: Tanganyika and International Trusteeship, London, New York, Toronto 1961.
- CLARK, Paul G.: Development Planning in East Africa, Nairobi 1968.
- CONDON, John C.: Nation Building and Image Building in the Tanzanian Press, in: The JoMAS, 5,3 (1967), S. 335-354.
- DAVIDSON, Basil: Urzeit und Geschichte Afrikas, Hamburg 1961.
- Deutsche Bank Aktiengesellschaft (Hrsg.): Geschäftsbericht für das Jahr 1970, ohne Ort und Jahr.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Beschlissen auf dem Außerordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 21. und 22. November 1963 in Düsseldorf), ohne Ort und Jahr.
- DOBB, Maurice H.: An Essay on Economic Growth and Planning, London 1960.
- DOBRKA-WOYDT, Z.: Criteria for Evaluation of Investment Projects in Manufacturing Industry, E.R.B.-Paper 68.18, Dar-es-Salaam 1968.
- DOMAR, Evsey: Capital Expansion, Rate of Growth and Employment, in: Econometrica, Vol. 14 (Apr. 1946), S. 137-147.

- DOSSER, Douglas G. M.: Tax Incidence and Growth, in:
The Economic Journal, Vol. 71 (1961), S. 572-591.
- DUE, John F.: Taxation and Economic Development in
Tropical Africa, Cambridge Mass. 1963.
- DUNLOP, Frank T.: The Theory of Contemporary Wage Theory,
London 1964.
- East African Airways Corporation (Hrsg.): Annual Report
and Accounts for the Year Ending December 31st 1966,
Nairobi 1967.
- Dieselbe: An Outstanding Year for EAA (A Reveiw⁺ of Pro-
gress in 1961), ohne Ort und Jahr; +: Druckfehler
der Quelle, A.d.V.
- East African Common Services Organization (Hrsg.): East
African Railways & Harbours (Annual Report 1963),
Nairobi 1964.
- Dieselbe: (East African Income Tax Department): Report
for the Period 1st July 1962 to 30th June 1963, Nai-
robi 1963.
- East African Community (Hrsg.): Economic and Statistical
Review, No. 9 (Dec. 1963), Nairobi 1964.
- Dieselbe: Statistical Survey of the East African Communi-
ty, unveröffentlichtes Maschinenskriptum, Nairobi
1972.
- Dieselbe (East African Customs and Excise Department):
Annual Trade Report of Tanzania, Uganda and Kenya
(For the Year Ended 31st December 1972), Mombasa 1973.
- Dieselbe (East African Income Tax Department): Report for
the Period 1st July 19.. to 30th June 19.., Nairobi
19.. .
- ECKSTEIN, Otto: A Survey of the Theory of Public Expen-
diture Criteria, in: National Bureau of Economic Re-
search (Hrsg.): Public Finances: Needs, Sources and
Utilization, Princeton 1961, S. 439-494.
- EHRLICH, Cyril: Some Aspects of Economic Policy in Tan-
ganyika, 1945-60, in: The JoMAS, 2,2 (1964), S. 265-
278.

ENGBERG, Holger L.: Commercial Banking in Eyst Africa, 1950-1963, in: The JoMAS, 3,2 (1965), S. 175-200.

FECHER, Hans: Einige Bemerkungen über "Incentive-Wirkungen" der Einkommensbesteuerung, in: Public Finance (International Quarterly Journal), Vol. 20 (1965), S. 76-117.

Derselbe: Inzidenzprobleme finanzpolitischer Mittel zur Vermögensumverteilung, in: ALBERS, Willi (Hrsg.): Öffentliche Finanzwirtschaft und Verteilung I, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 75/I (1974), S. 95-145.

Derselbe: Probleme der Zweckbindung öffentlicher Einnahmen (Dargestellt am Beispiel der Spezialisierung von Kraftverkehrsabgaben für die öffentlichen Ausgaben im Straßenwesen), Berlin 1963.

FLIEDNER, Hanfried: Die Bodenrechtsreform in Kenia, Berlin, Heidelberg, New York 1965.

FLINT, John E.: The Wider Background to Partition and Colonial Occupation, in: OLIVER, Roland and MATHEW, Gervase (Hrsg.): History of East Africa, Vol. 1, Oxford 1963, S. 391-432.

Derselbe: Zanzibar 1890-1950, in: HARLOW, Vincent and CHILVER, E.M. (Hrsg.): History of East Africa, Vol. 2, a.a.O., S. 641-671.

FLOHR, E. F.: Tanganjika, in: SCHWINDT, Martin (Hrsg.): Die Staaten und Länder der Erde, Berlin, Hannover, Darmstadt 1959, S. 756-761.

FÖHL, Carl: Volkswirtschaftliche Regelkreise höherer Ordnung, in: GEYER, Herbert und OPPELT, Winfried (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Regelungsvorgänge im Vergleich zu Regelungsvorgängen in der Technik mit Beiträgen von ..., München 1957, S. 49-75.

FRANCIS, E. K.: Wissenschaftliche Grundlagen soziologischen Denkens, Bern und München 1965.

FRANK, André G.: Die Entwicklung der Unterentwicklung, in: Derselbe et al. (Hrsg.): Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus, Berlin 1969, S. 30-45.

- FREEMAN-GRENVILLE, G. S. P.: The German Sphere 1884-98, in: OLIVER, Roland and MATHEW, Gervase (Hrsg.): a.a.O., S. 433-453.
- FRIEDMAN, Milton: Foreign Economic Aid (Means and Objectives), in: Yale Review, Vol. 47 (June 1958), S. 500-516.
- FRITSCH, Bruno: Die ökonomische Theorie als Instrument der Entwicklungspolitik, in: Kyklos, Vol. 18 (1965), S. 259- 276.
- GAVRILOVA, A.: Urbanisation in Africa, in: The JoMAS, 9,2 (1971), S. 291-296.
- George Philip & Son Limited (Hrsg.): Road Map of East Africa, London 1965.
- GHAJ, Dharam P.: Asians in East Africa: Problems and Prospects, in: The JoMAS, 3,1 (1965), S. 35-52.
- Derselbe: Taxation for Development (A Case Study for Uganda), Nairobi 1966.
- GOODWIN, Richard M.: The Non-Linear Accelerator and the Principle of Business, in: Economertica, Vol. 19 (Jan. 1951), S. 1-17.
- GREEN, Reginald H.: The Treaty for East African Co-operation (A Summary and Interpretation), in: The JoMAS, 5,3 (1967), S. 414-419.
- GRUNDY, Kenneth W.: The "Class Stuggle" in Africa (An Examination of Conflicting Theories), in: The JoMAS, 2,3 (1964), S. 379-394.
- GÜSTEN, Rolf und HELMSCHROTT, Helmut: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in Tropisch-Afrika, Berlin, Heidelberg, New York 1965.
- GUTENBERG, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaft (Zweiter Band: Der Absatz), Berlin Göttingen, Heidelberg 1962.
- GUTH, Wilfried: Zum Rückzahlungsproblem der Entwicklungsländer (Ansatzpunkte für eine realistische Entwicklungspolitik), in: Jahrbücher für Nationalökonomie, Bd. 178 (1965), S. 158-168.

- GUTTERIDGE, William F.: Review of: The Man on Horseback: The Role of the Military in Politics, by S. E. Finer, in: The JoMAS, 1,2 (1963), S. 279.
- Derselbe: Review of: The Role of the Military in Underdeveloped Countries, edited by J. J. Johnson, in: The JoMAS, 1,1 (1963), S. 128.
- HAHN, Frank H.: On Two-Sector Growth Models, in: The Review of Economic Studies, Vol. 32 (1965), S. 339-346.
- HAHN, Frank H. and MATTHEWS, Russel C. O.: The Theory of Economic Growth (A Survey), in: The Economic Journal, Vol. 74 (Dec. 1964), S. 779-902.
- HANSEN, Bent: Ett Bidrag till Incidensläran, in: Ekonomiska Tidskrift, Vol. 56 (1954), S. 195-213.
- Derselbe: Finanzpolitikens Ekonomiska Teori, Uppsalla 1955; englisch: The Economic Theory of Fiscal Policy, London 1958.
- HARBESON, John W.: Land Reforms and Policies in Kenya, 1954-70, in: the JoMAS, 9,2 (1971), S. 231-251.
- HARROD, Roy F.: An Essay in Dynamic Theory, in: The Economic Journal, Vol. 49 (1939), S. 14-33.
- HATCH, John: A History of Postwar Africa, London 1965.
- HEAD, John G.: On Merit Goods, in: Finanzarchiv, N.F. Bd. 25 (1966), S. 1-29.
- HEDTKAMP, Günter: Lehrbuch der Finanzwissenschaft, Neuwied u. Berlin 1968.
- HEINEMANN, Hans-Joachim: Entwicklungshilfe, Technischer Fortschritt und Terms of Trade, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 23 (1964), S. 115-162.
- HELLER, Walter W.: Finanzpolitik für unterentwickelte Volkswirtschaften, in: RECKTENWALD, Horst C. (Hrsg.): Finanzpolitik, Köln, Berlin 1969, S. 171-192; (Originaltitel: Taxes and Fiscal Policy in Underdeveloped Countries).

HENDERSON, W. O.: German East Africa, 1884-1918, in:
HARLOW, Vincent and CHILVER, E. M. a.a.O., S. 123-162.

HICKS, John R.: A Contribution to the Theory of the
Trade Cycle, Oxford 1951.

HICKS, Ursula K.: Development Finance (Planning and
Control), Oxford 1965.

Dieselbe: Development from Below (Local Government and
Financing in Developing Countries of the Commonwealth)
Oxford 1961.

HOFMEIER, Rolf: Transport and Economic Development in
Tanzania (With Particular Reference to Roads and
Road Transport), München 1973.

ILLIFFE, John: Tanzania under German and British Rule,
in: CLIFFE, Lionel and SAUL, John S. (Hrsg.): So-
cialism in Tanzania, Vol. 1 (Politics), Nairobi,
Dar-es-Salaam 1972, S. 8-17.

INGHAM, Kenneth: A History of East Africa, London 1962.

Derselbe: Tanganyika: The Mandate and Cameron, 1919-
1931, in: HARLOW, Vincent and CHILVER, E. M., a.a.O.,
S. 543-593.

Derselbe: Tanganyika: Slump and Short-Term Governors,
1932-1945, in: HARLOW, Vincent and CHILVER, E. M.,
a.a.O., S. 594-624.

International Bank for Reconstruction and Development
-IBRD- (Hrsg.): The International Bank for Recon-
struction and Development 1946-1953, Baltimore 1954.

Dieselbe: The Economic Development of Tanganyika, 1950-
60, Baltimore 1961.

International Bureau of Fiscal Documentation (Hrsg.):
African Tax Systems, Amsterdam 1974 ff. (Loseblatt-
veröffentlichung).

JACKSON, Dudley: Economic Development and Income Distri-
bution in Eastern Africa, in: The JoMAS, 9,4 (1971),
S. 531-542.

JAESCHKE, Ernst: Zwischen Sansibar und Serengeti, Erlan-
gen 1968.

JOCHIMSEN, Reimut: Dualismus als Problem der wirtschaft-
lichen Entwicklung, in: FRITSCH, Bruno (Hrsg.): Ent-
wicklungsländer, Köln, Berlin 1968, S. 65-80.

- JOHANSEN, Leif: Substitution versus Fixed Production Coefficients in the Theory of Economic Growth (A Synthesis), in: Econometrica Vol. 27 (Apr. 1959), S. 157-176.
- JOHNSON, Harry G.: Essays in Monetary Economics, London 1967.
- JORGENSEN, Dale W.: On Stability in the Sense of Harrod, in: Economica, Vol. 27 (Aug. 1960), S. 243-248.
- JORGENSEN, Dale W. and GRILICHES, Zvi: The Explanation of Productivity Changes, in: The Review of Economic Studies, Vol. 34 (1967), S. 249-283.
- KADE, Gerhard: Wachstumsmodelle, Input-Output-Analyse und Entwicklungsprogrammierung, in: Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung, Bd. 10 (1964), S. 20-80.
- KAHN, Richard F.: Exercises in the Analysis of Growth, in: Oxford Economic Papers, Vol. 11 (June 1959), S. 143-156.
- KALDOR, Nicolas: A Model of Economic Growth, in: The Economic Journal, Vol. 67 (Dec. 1957), S. 591-624.
- Derselbe: Taxation for Economic Development, in: The JoMAS, 1,1 (1963), S. 7-23.
- Derselbe: Alternative Theories of Distribution, in: The Review of Economic Studies, Vol. 23 (1955/56), S. 83-100.
- Derselbe: International Trade and Economic Development, in: The JoMAS, 2,4 (1964), S. 491-511.
- KALDOR, Nicolas and MIRRLEES James A.: A New Model of Economic Growth, in: The Review of Economic Studies, Vol. 29 (1962), S. 174-192.
- KALECKI, Michal: Theory of Economic Dynamics (An Essay in Cyclical and Long-run Changes in Capitalist Economy), New York 1954.
- Kenya, Central Bank of (Hrsg.): First Annual Report for the Year Ended 30th June 1967, Nairobi 1967 (und alle folgenden Jahrgänge).
- Kenya Colony and Protectorate - Department of Agriculture - (Hrsg.): A Plan to Intensify the Development of African Agriculture in Kenya (Compiled by Roger J. M. Swynnerton), Nairobi 1954.

Kenya, Republic of (Hrsg.): Development Plan for the Period 1970 to 1974, Nairobi 1969.

Dieselbe: Economic Survey, 1963, Nairobi 1963 (und alle folgenden Jahrgänge).

Dieselbe: African Socialism and its Application to Planning in Kenya, Nairobi 1965.

Dieselbe: The National House of Representatives: Official Report

Dieselbe: Statistical Abstract 19.. (der Jahrgänge 1960 mit 1974, A.d.V.), Nairobi 1960 ff.

Dieselbe: Treaty for East African Co-operation, Nairobi 1967.

Dieselbe: Three Years of Independence (Building for a Better Future), Nairobi 1966.

KENYATTA, Jomo: Facing Mount Kenya, London 1965.

KEYNES, John M.: The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936.

KIEWIET-HEMPHILL, Marie de: The British Sphere, 1884-94, in: OLIVER, Roland and MATHEW, Gervase (Hrsg.), a.a.O., S. 391-432.

KÖLLNER, Lutz: Grundfragen der Finanzpolitik in Entwicklungsländern, in: Schmollers Jahrbuch, Bd. 83 (1963), S. 171-204.

KOFF, David and MUHLL, George von der : Political Socialisation in Kenya and Tanzania, in: The JoMAS, 5,1 (1967), S. 13-51.

KOLMS, Heinz: Finanzwissenschaft, Bd. I,II,III,IV, Berlin 1959 (I), 1964 (II), 1966 (III) u. 1964 (IV).

KRELLE, Wilhelm: Verteilungstheorie, Wiesbaden 1962.

LETNEV, A. B.: The Neocolonialists as Interpreters of Socialism, in: SOLODOVNIKOV, Vasilij G. (Hrsg.): Africa in Soviet Studies (1968 Annual), Moscow 1969, S. 56-67.

- LEVHARI, David: Further Implikations of Learning by Doing, in: The Review of Economic Studies, Vol. 35 (1967), S. 31-38.
- LEYS, Colin and ROBSON, Peter: Introduction zu: Dieselben (Hrsg.): Federation in East Africa (Opportunities and Problems), Nairobi 1965, S. 1-5.
- LISTOWEL, Judith: The Making of Tanganyika, London 1965.
- LOFCHIE, Michael F.: Zanzibar: Background to Revolution, Princeton 1965.
- LORENZ, Detlef: Zur Typologie der Entwicklungsländer, in: Jahrbuch der Sozialwissenschaft, Bd. 12 (1963), Heft 3, S. 354-380.
- LOTH, Heinrich: Griff nach Ostafrika (Politik des deutschen Imperialismus und antikolonialer Kampf - Legende und Wirklichkeit), Berlin 1968.
- LOW, D. A.: British East Africa: The establishment of British Rule, 1895-1912, in: HARLOW, Vincent and CHILVER, E. M. (Hrsg.), a.a.O., S. 1-56.
- LUGARD, Frederick J. D., Lord: The Dual Mandate in British Tropical Africa, London 1965.
- LURY, Dennis: National Accounts in Africa, in: The JoMAS, 2,1 (1964), S. 99-110.
- Derselbe: The Statistical Background, in: LEYS, Colin and ROBSON, Peter (Hrsg.), a.a.O., S. 223 ff.
- MAFEJE, Archie: The Ideology of Tribalism, in: The JoMAS, 9,2 (1971), S. 253-261.
- MAHALANOBIS, Prasanta C.: Talks on Planning, in: Indian Statistical Series, No. 14, London, Calcutta 1961.
- MAINI, Krishan M.: Land Law in East Africa, Nairobi 1967.
- MANGAT, J. S.: A History of the Asians in East Africa 1886 to 1945, Oxford 1969.
- MANN, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1966.

- MARSH, Zoë and KINGSNORTH, G. W.: An Introduction to the History of East Africa, Cambridge 1961.
- MBOYA, Tom: East African Labour Policy and Federation, in: LEYS, Colin and ROBSON, Peter (Hrsg.), a.a.O., S. 102-110.
- McKEAN, Roland N.: The Unseen Hand in Government, in: The American Economic Review, Vol. 55 (1965), S. 496-506.
- MEAD, Donald C.: Economic Co-operation in East Africa, in: The JoMAS, 7,2 (1969), S. 277-287.
- MIDDLETON, John: Kenya: Administration and Changes in African Life, 1912-45, in: HARLOW, Vincent and CHILVER, E. M. (Hrsg.), a.a.O., S. 333-392.
- MÖLLER, Hans: Internationale Wirtschaftsorganisationen, Wiesbaden 1960.
- MUSGRAVE, Richard A.: On Incidence, in: The Journal of Political Economy, Vol. 61 (1953), S. 306-323.
- Derselbe: The Theory of Public Finance (A Study in Public Economy), Tokyo 1961.
- NDEGWA, Philip: The Common Market and Development in East Africa, Nairobi 1968.
- NEMCHINOV, Vasilij S.: The Use of Statistical and Mathematical Methods in Soviet Planning, in: BARNA, Tibor (Hrsg.): Structural Interdependence and Economic Development, London 1963, S. 171-188.
- Neue Zürcher Zeitung (Hrsg.): ddp-Meldung, Arusha 16. Jan. 1975, in: NZZ Nr. 14 vom 18./19. Januar 1975, S. 4.
- NEUMANN, John von: Über ein ökonomisches Gleichungssystem und eine Verallgemeinerung des Brouwerschen Fixpunktsatzes, in: MENGER, Karl (Hrsg.): Ergebnisse eines mathematischen Kolloquiums, Heft 8 (1935-1936), Wien 1937, S. 73-83.
- NEWLYN, Walter T.: Finance and Development, Nairobi 1968.
- Derselbe: Money in an African Context, Nairobi, Lusaka, Addis Ababa 1967.
- Derselbe: Money Markets in East Africa, in: The JoMAS, 4,4 (1966), S. 471-478.
- N. N.: Tanzania: Mögliche Hintergründe und Folgen der Ermordung von Sansibar-Präsident Karume, in: Internationales Afrika Forum 8. Jhrg. Nr. 5 (Mai 1972), S. 303.

NYE, Joseph S.: The Extent and Viability of East African Co-operation, in: LEYS, Colin and ROBSON, Peter (Hrsg.), a.a.O., S. 41-55.

NYERERE, Julius, K.: Freedom and Socialism-Uhuru na Ujamaa (A Selection from Writings and Speeches 1965-1967), Nairobi, Dar.es-Salaam 1969.

Derselbe: The Role of an African University, in: The JoMAS, 9,1 (1971), S. 107-114.

OGBURN, William F.: Social Change, New York 1952.

PASINETTI, Luigi: A New Theoretical Approach to Problems of Economic Growth, in: Pontificia Academia Scientiarum (Hrsg.): The Economic Approach to Development Planning, Amsterdam 1965, S. 571-688.

Derselb.: Rate of Profit and Income Distribution in Relation to the Role of Economic Growth, in: The Review of Economic Studies, Vol. 29 (1962), S. 267-279.

PATTERSON, J. H.: The Man-Eaters of the Tsavo, London 1910.

PEACOCK, Alan T. and DOSSER, Douglas G. M.: The National Income of Tanganyika 1952-54, Colonial Studies No. 26, London 1958.

Dieselben: Input-Output-Analysis in an Underdeveloped Country (A Case Study), in: The Review of Economic Studies, Vol. 25, S. 21-24.

PENROSE, Edith F.: Malthus and the Underdeveloped Areas, in: The Economic Journal, Vol. 67 (June 1957), S. 219-239.

PFISTER, Bernhard: Die Problematik des Faktors Arbeit in Entwicklungsländern und Entwicklungspolitik, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 178 (Aug. 1965), S. 169-185.

PHELPS, Edmund S.: Fiscal Neutrality Toward Economic Growth (Analysis of a Taxation Principle), New York 1965.

Derselbe: Substitution, Fixed Proportions, Growth and Distribution, in: International Economic Review, Vol. 4 (Sept. 1963), S. 265-288.

- PHILIP, Kjeld: Reflections on the Treaty for East African Co-operation, Paper, vorgelegt beim: The 1972 E.A.C. Study Seminar on Integration and Regional Plan Co-ordination, Kampala 1972.
- PHILLIPS, Almarin W.: Stabilisation Policy in a Closed Economy, in: The Economic Journal, Vol. (June 1954), S. 290-323.
- Derselbe: The Tableau Economique as a Simple Leontief Model, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 69 (Feb. 1955), S. 137-144.
- PIGOU, Arthur C.: A study in Public Finance, London 1928.
- PRESSLER, Gerhard: Regelungstechnik, Mannheim, Wien, Zürich 1967.
- PREST, Alan R.: Public Finance in Underdeveloped Countries, New York 1963.
- RAIKES, P. et al.: Regional Planning in Tanzania (An Economic View from the Field), E.R.B.-Paper 68.8, Dar-es-Salaam 1968.
- RAUM, O. F.: German East Africa: Changes in African Life and German Administration 1892-1914, in: HARLOW, Vincent and CHILVER, E. M. (Hrsg.), a.a.O., S. 163-207.
- RESNICK, Idrian N.: Manpower Development in Tanzania, in: The JoMAS, 5,1 (1967), S. 10)-123.
- REY, Lucien: The Revolution in Zanzibar, in: CLIFFE, Lionel and SAUL, John S. (Hrsg.), a.a.O., S. 29-31.
- ROBINSON, Joan: The Accumulation of Capital, London 1956.
- Dieselbe: Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft (Eine Auseinandersetzung mit ihren Grundgedanken und Ideologien), München 1965; (Originaltitel: Economic Philosophy, London 1962).
- Dieselbe: A Model of Accumulation, in: Dieselbe: Essays in the Theory of Economic Growth, London 1962, S. 22-87.
- Dieselbe: The Production Function and the Theory of Capital, in: The Review of Economic Studies, Vol. 21 (1954), S. 81-106.

- ROBSON, Peter: Federal Finance, in: LEYS, Colin and ROBSON, Peter (Hrsg.), a.a.O., S. 124-144.
- ROE, Alan R.: The Future of the Company in Tanzanian Development, in: The JoMAS, 7,1 (1969), S. 47-67.
- ROSENSTEIN-RODAN, Paul N.: International Aid for Underdeveloped Countries, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 43,2 (1961), S. 107-138.
- ROTHCHILD, Donald: Ethnic Inequalities in Kenya, in: The JoMAS, 7,4 (1969), S. 689-711.
- RWEYEMAMU, Anthony H.: Managing Planned Development: Tanzania's Experience, in: The JoMAS, 4,1 (1966), S. 1-16.
- RWEYEMAMU, Justinian F.: The Causes of Poverty in the Periphery, in: The JoMAS, 9,3 (1971), S. 435-455.
- Derselbe: International Trade and the Developing Countries, in: The JoMAS, 7,2 (1969), S. 203-219.
- SALIN, Edgar: Unterentwickelte Länder: Begriff und Wirklichkeit, in: Kyklos, Vol. 12 (1959), S. 402-427.
- SAMUELSON, Paul A.: Aspects of Public Expenditure Theories, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 40 (1958), S. 332-338.
- Derselbe: Interactions between the Multiplier Analysis and the Principle of Acceleration, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 21 (May 1939), S. 75-78.
- Derselbe: Parable and Realism in Capital Theory (The Surrogate Production Function), in: The Review of Economic Studies, Vol. 29 (June 1962), S. 193-206.
- Derselbe: The Pure Theory of Public Expenditure, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 36 (1954), S. 387-389.
- Derselbe: Volkswirtschaftslehre (Eine Einführung), Band I und II, Köln 1965; (Originaltitel: Economics - An Introductory Analysis, New York 1961).

- SANGER, Clyde and NOTTINGHAM? John: The Kenya General Election of 1963, in: The JoMAS, 2,1 (1964), S. 1-40.
- SCHNEIDER, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, Tübingen 1967.
- Derselbe: Einführung in die Wirtschaftstheorie, I .Teil: Ausgewählte Kapitel der Geschichte der Wirtschaftstheorie, Tübingen 1965.
- SCHITTGER, Lübke: Besteuerung und wirtschaftliche Entwicklung in Ostafrika, Berlin, Heidelberg, New York 1966.
- SCOTTON, Carol M. M.: Some Swahili Political Words, in: The JoMAS, 3,4 (1965), S. 527-542.
- SEERS, Dudley: The Role of Industry in Development (Some Falacies), in: The JoMAS, 1,4 (1963), S. 461-465.
- SEGAL, Mark D.: The Revenue Effect of East African Transfer Taxes, E.R.B.-Paper 71.5, Dar-es-Salaam 1971.
- SEIDMAN, Ann: Comparative Development Strategies in East Africa, Nairobi 1972.
- Dieselbe: Prospects for African Exports, in: The JoMAS, 9,3 (1971), S. 409-428.
- SEN, Amartya K.: Choice of Techniques, Oxford 1960.
- Derselbe: The Money Rate of Interest in the Pure Theory of Growth, in: HAHN, Frank H. and BRECHLING F.P.R. (Hrsg.): The Theory of Interest Rates, London 1965, S. 267-280.
- SHOUP, Carl S.: Public Finance, Chicago 1969.
- SIMBA, Iddi: Possibilities of Regional Industrial Planning (The Role of a Development Bank), Paper No. 12, vorgelegt beim: The 1972 E.A.C. Study Seminar on Integration and Regional Plan Co-ordination, Kampala 1972.
- SKLAR, Richard L.: Political Science and National Integration (A Radical Approach), in: The JoMAS, 5,1 (1967), S. 1-11.
- SLATER, Wilfried E. G.: Productivity and Technical Change, Cambridge 1960.

- SMIRNOW, Wladimir I.: Lehrgang der höheren Mathematik, Berlin 1956 (Teil I), 1955 (Teil II), 1954 (Teil III,1) u. 1955 (Teil III,2).
- SOLOW, Robert M.: A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 70 (1956), S. 65-94.
- Derselbe: Investment and Technical Change, in: ARROW, Kenneth J., KARLIN, Samuel and SUPPES, Patrick (Hrsg.): Mathematical Methods in Social Sciences 1959, Stanford Cal. 1966, S. 89-104.
- Derselbe: Note on Uzawa's Two-Sector Model of Economic Growth, in: The Review of Economic Studies, Vol. 29 (1962), S. 48-50.
- Derselbe: Substitution and Fixed Proportions in the Theory of Capital, in: The Review of Economic Studies, Vol. 29 (1962 b), S. 207-218.
- STANILAND, Martin: The Rhetoric of Centre-Periphery Relations, in: The JoMAS, 8,4 (1970), S. 617-636.
- STEIN, Leslie: Developing Countries and International Trade (An Alternativ View), in: The JoMAS, 8,4 (1970), S. 605-616.
- STROMBACH, Werner et al.: Mathematische Logik (Ihre Grundprobleme in Theorie und Anwendung), München 1972.
- SWAN, Trevor W.: Growth Models: Of Golden Ages and Production Functions (Paper Presented at the International Economic Association Round-Table Conference on Economic Development at Gamagori, Japan 1960), in: BERRILL, Kenneth E. (Hrsg.): Economic Development with Special Reference to East Asia, New York 1966, S. 3-18.
- Tanganyika Government (Hrsg.): Development Plan for Tanganyika, 1961/62- 1963/64, Dar-es-Salaam
- Tanzania, The United Republic of (Hrsg.): The Appropriation Accounts, Revenue Statements, Accounts of the Funds and Other Public Accounts of Tanzania (For the Year 19.. - der Jahrgänge 1963 mit 1973, A.d.V. -), Dar-es-Salaam 1964 ff.
- Dieselbe: Background to the Budget (And Economic Survey) 1968-69, Dar-es-Salaam 1968.

- Tanzania, The United Republic of (Hrsg.): The Economic Survey 1971-72, Dar-es-Salaam 1972.
- Dieselbe: The Economic Survey und Annual Plan, 1970-71, Dar-es-Salaam 1970.
- Dieselbe: National Accounts of Tanzania 1964 to 1970, Dar-es-Salaam 1972.
- Dieselbe: National Accounts of Tanzania 1964 -1972, Dar-es-Salaam.
- Dieselbe: Statistical Abstract 1966, Dar-es-Salaam 1968.
- The Nationalist (Tageszeitung, A.d.V.; Hrsg.): The "Official" Version of the Zanzibar Revolution, abgedruckt in: CLIFFE, Lionel and SAUL, John S. (Hrsg.), a.a.O., S. 38-40.
- TIGNOR, Robert L.: Colonial Chiefs in Chiefless Societies, in: The JoMAS, 9,3 (1971), S. 339-359.
- TINBERGEN, Jan: Development Planning, London 1967.
- TOBIN, James: A Dynamic Aggregative Model, in: The Journal of Political Economy, Vol. 63 (1955), S. 103-115.
- TORDOFF, William: Regional Administration in Tanzania, in: The JoMAS, 3,1 (1965), S. 63-90.
- UZAWA, Hirofumi: Neutral Inventions and the Stability of Growth Equilibrium, in: The Review of Economic Studies, Vol. 28 (Feb. 1961), S. 117-124.
- Derselbe: On a Two-Sector Model of Economic Growth, in: The Review of Economic Studies, Vol. 29 (1962), S. 40-47.
- VENGROFF, Richard: Urban Government and Nation Building in East Africa, in: The JoMAS, 9,4 (1971), S. 577-592.
- WEBER, Max: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1968.
- Derselbe: Wirtschaft und Gesellschaft (Grundriß der verstehenden Soziologie - Mit einem Anhang: Die rationalen und soziologischen Grundlagen der Musik); Vierte, neu herausgegebene Auflage, besorgt von Johannes Winckelmann, 1. und 2. Halbband, Tübingen 1956.

WEEKS, John F.: Wage Policy and the Colonial Legacy (A Comparative Study), in: The JoMAS, 9,3 (1971), S. 361-387.

WELCH, Claude E.: Soldier and State in Africa, in: The JoMAS, 5,3 (1967), S. 305-322.

WRIGLEY, Christopher C.: Kenya: The Patterns of Economic Life, 1902-45, in: HARLOW, Vincent and CHILVER E. M. (Hrsg.), a.a.O., S. 209-264.

- GURULI, Kassim: Towards an Independent and Equal East African Common Market, in: East Africa Journal, Vol. 8, No. 9 (Sept. 1971), S. 25-32.
- Kenya, Republic of; The National Assembly (Hrsg.): Budget Speech, Nairobi 1968.
- Kenya, Republic of (Hrsg.): Budget Speech for the Fiscal Year 1971/72 (1st July - 30th June) by The Hon. Mwai Kibaki, E.G.H., M.P., Minister for Finance and Economic Planning, Nairobi 1971.
- Dieselbe: Economic Survey 1966, Nairobi 1966.
- Dieselbe: Economic Survey 1971, Nairobi 1971.
- Dieselbe: High-Level Manpower (Requirements and Resources in Kenya) 1964 - 1970, Nairobi 1965.
- Kenya, Republic of; The National Assembly: House of Representatives (Hrsg.): Official Report (Budget Speech), Nairobi 1966, S. 711-730.
- Kenya, Republic of (Hrsg.): Speech delivered to the National Assembly on 15th June, 1972 by the Hon. Mwai Kibaki, Minister for Finance and Economic Planning, Republic of Kenya, when presenting the Budget for the Fiscal Year 1972/73 (1st July to 30th June), Nairobi 1972.
- Dieselbe: Speech delivered to the National Assembly on the 19th June, 1969 by the Hon. J.S. Gichuru, Minister of Finance, Republic of Kenya, on presenting the Budget for the Fiscal Year 1969/70 (1st July to 30th June), Nairobi 1969.
- MOLNOS, Angela: Die sozialwissenschaftliche Erforschung Ostafrikas 1954 - 1963, Berlin, Heidelberg, New York 1965.
- SAWE, E.D.U.: The Operation of the East African Common Market under the Treaty; Paper No. 5, vorgelegt beim: The 1972 E.A.C. Study Seminar on Integration and Regional Plan Co-ordination, Kampala 1972.
- Tanzania, The United Republic of (Hrsg.): Speech by the Honourable the Minister for Finance (Introducing the Estimates of Revenue and Expenditure 1967/68, 1968/69, 1969/70, 1970/71 to the National Assembly, on 14th June, 1967, 18th June, 1968, 19th June, 1969, 17th June, 1970), Dar-es-Salaam 1967, 1968, 1969, 1970.
- Dieselbe: Speech by the Minister for Finance introducing the Estimates of Public Revenue and Expenditure for 1971/72 to the National Assembly on 17th June, 1971, Dar-es-Salaam 1971.
- Dieselbe: Speech by the Minister for Finance, The Hon. C.D. Msuya. (Introducing the Estimates of Public Revenue and Expenditure to National Assembly on 15th June, 1972), Dar-es-Salaam 1972.

Tabellarischer Lebenslauf

Personalien:

Name: MUCKHOFF, Reinhard O.K.
geboren am: 31. August 1942 in Hannover
Wohnort: 8000 München 40, Belgradstr. 68 III
Nationalität: deutsch

Bildung und Ausbildung:

1963: Abschluß der Schulbildung an der
Humboldtschule in Hannover mit dem
Zeugnis der Reife;
1965: Abschluß der zweijährigen Stammhaus-
lehre bei der Siemens & Halske AG,
München, als Industriekaufmann;
1969: Abschluß des Studiums zum Diplom-
Volkswirt an der Ludwig-Maximilians-
Universität München;
1970: Angestellter bei der Siemens AG
in München;
1971-1976: Doktorand der Universität München.

Muckhoff

Ehrenwörtliche Erklärung

Hiermit erkläre ich,

1. daß die vorliegende Dissertation von mir ohne fremde Hilfe angefertigt wurde,
2. daß sämtliche Quellen sowie die mir zuteil gewordenen Anregungen in der Arbeit in geeigneter Weise gekennzeichnet sind,
3. daß ich sie das erste Mal bei einer Universität einreiche und
4. daß sie weder ganz noch teilweise veröffentlicht wurde.

München, den

30. März 1976

Muckhoff

